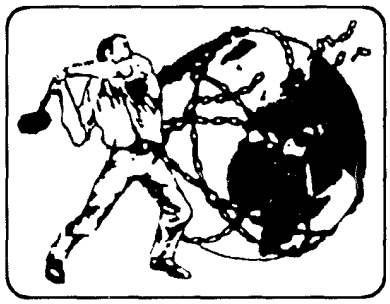
PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

März 1997 15,– DM

* Politische Stellungnahmen 1995 - 1996

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Sozialismus
in
Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung

* Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten

I

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1995

Januar (1) — 36000 "unerwünschte Ausländer" abgeschoben, 3500 ständig in Abschiebehaft!! **Der mörderische Terror der Abschiebehaft und der Abschiebungen!** * Solidarität mit dem Antifaschisten Nino! — 1

Plakat — Opfer der mörderischen Abschiebepolitik! Kampf dem staatlichen Abschiebeterror! — 4

Februar-März (2-3) — 50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! **Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!** — 5

April (4) — Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen! 50 Jahre Schwur von Buchenwald: **"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"** — 11

Mai (5) — 8.Mai 1995 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus! **Das Potsdamer Abkommen - eine sehr scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!** ✍ *Diskussionsbeitrag* — 21

Juni (6) — Polizeiüberfall auf vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin! **Solidarität mit den vietnamesischen Arbeiterinnen u. Arbeitern im Kampf gegen Medienhetze, Polizei- und Abschiebeterror!** — 27

Juli (7) — Gegen die Heuchelei der Repräsentanten und Medien des deutschen Imperialismus: **Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte "Umweltverschmutzung"!** ✍ *Diskussionsbeiträge* — 29

August (8) — Kurdische Hungerstreikende am 27.7.1995 in Frankfurt/Main von SEK-Trupps auseinandergeprügelt! **Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden!** * Erklärung von "Gegen die Strömung": Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien! ✍ *Diskussionsbeiträge* — 37

Plakat — Kämpft für die sofortige Freilassung der kurdischen Genossinnen und Genossen aus den Gefängnissen des deutschen Imperialismus! — 41

September-Oktober (9-10)	Am 1.September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen: **Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien!** * Die Nazis verstärken ihren rassistischen Terror! ✍ *Diskussionsbeiträge*	43
Beilage	5 Jahre Einverleibung der DDR	53
November (11)	**Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr!** ✍ *Diskussionsbeitrag*	57
Dezember (12)	Zum 100. Todestag von F. Engels: **Friedrich Engels - revolutionärer Kämpfer für den wissenschaftlichen Kommunismus** ✍ *Diskussionsbeitrag*	61
Plakat	"Klassenkämpfe in Frankreich" Unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!	70

1996

Januar (1)	**Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen in Frankreich!** ✍ *Diskussionsbeitrag*	71
Februar (2)	**Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!**	77
Plakat	Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien vertuscht!	83
Plakat	Nazi-Massaker durch Brandanschlag von Lübeck! Doppelt und dreifach zurückschlagen!	
März (3)	"Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!" **Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven** * Solidarität mit den gegen die deutsche Polizei kämpfenden Kurdinnen und Kurden! * Der Naziterror geht weiter! * Erklärung zur Besetzung der deutschen Botschaft in Mexiko! * "taz" und "junge Welt" vertuschen im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit!	85
Flugzettel	(Geplanter) Rede Beitrag des Buchladen-Dimitroff auf der Demonstration "Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!" am 23.3.96 in Lübeck ✍ *Diskussionsbeitrag*	91
April/Mai (4-5)	**Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift "Was tun?"**	97
Beilage	Erklärung der Redaktion von "Radikal Brechen" zum Zusammenschluß mit "Gegen die Strömung"	101

Mai (5)	**Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen!** * Solidarität mit dem gerechten Widerstand gegen den Castor-Transport!	107
Plakat	Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in den Kasernen und im Betrieb!	109
Juni (6)	**Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!**	111
Juli/August (7-8)	Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: **Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution** ✍ *Diskussionsbeitrag*	113
Beilagen	Das "Manifest von Aguas Blancas" des Ejército Popular Revolucionario	131
	Thesen der Resolutionen der 2. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung"	135
	* Zur Broschüre - "Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996: ✍ Diskussionsbeitrag	143
September (9)	Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen: **Der Polizeistaat bei der Arbeit!**	149
Oktober (10)	Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: **Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!** * Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!	153
November (11)	Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen - Der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei "auf der Flucht erschossen" - Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet! **Nazis und Polizei - Mord und Totschlag!** ✍ *Diskussionsbeitrag*	157
Dezember (12)	60 Jahre spanischer Bürgerkrieg: **Die Bedeutung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention**	163

☆

✍ *Diskussionsbeitrag*: Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

Politische Stellungnahmen

1995 - 1996

in

Flugblättern und Plakaten

von GEGEN DIE STRÖMUNG

und

Diskussionsbeiträge

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

1/95 Januar 1995

**36000 "unerwünschte Ausländer" abgeschoben,
3500 ständig in Abschiebehaft!!**

Der mörderische Terror der Abschiebehaft und der Abschiebungen!

Abschiebehaft des deutschen Staates, das ist in dreifacher Hinsicht mörderischer Terror. Erstens schwebt das Damoklesschwert der Abschiebehaft und der Abschiebung über einem großen Teil der in Deutschland lebenden sogenannten "Ausländer", schüchtert ein und erzeugt keinesfalls unberechtigte Angst vor diesem Staat. Zweitens ist die besondere Situation in der Abschiebehaft noch unmenschlicher als die Situation in sonstigen bundesrepublikanischen Gefängnissen. Drittens aber, und das ist der entscheidende Punkt, bedeutet die Abschiebung von Häftlingen in andere zutiefst undemokratische Staaten nicht selten die gezielte und geplante Abschiebung direkt ins Gefängnis dieser Staaten, bedeutet Folter, ja Mord!

Durch den Aufstand algerischer Häftlinge vor einigen Monaten wurde zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland bewußt, daß seit 1992 systematisch eigene Gefängnisse mit ca. 3 500 Plätzen geschaffen worden sind, die nur einen Zweck haben: Menschen zur Abschiebung "bereit zu halten", also Menschen zu inhaftieren, deren Abschiebung beschlossen worden ist. 10 mal im Jahr wird "umgeschlagen", heißt es im zynischen "Abschiebedeutsch", also ca. 35 000 Menschen sind es, die in einem Jahr abgeschoben worden sind, und nach Planung des Bundesinnenministeriums und der Ausländerbehörde auch 1995 "mindestens" abgeschoben werden sollen.

Die Alltäglichkeit der Abschiebung, und der "Gewöhnungseffekt"

Seit vielen Jahren schon werden tausende von Asylsuchenden, deren Anträge abgelehnt werden, von den Ausländerbehörden verhaftet und abgeschoben. Gab es - etwa nach der Selbsttötung von Kemal Altun, der 1983 aus dem Fenster eines Gerichtssaales aus Verzweiflung und Protest gegen die mörderische Abschiebung in die Türkei sprang - noch mehr oder minder Reaktionen, Demonstrationen und Aktionen in der Öffentlichkeit gegen Abschiebungen, so ist heute ein erschreckender "Gewöhnungseffekt" festzustellen.

Die Liste der bekanntgewordenen Selbsttötungen von Abschiebehäftlingen ist lang - und doch ist die massive Aufklärung über Ursachen, Umstände und Folgen der Abschiebungen, vor allem aber der aktive Kampf gegen diese Abschiebungen nicht im Mittelpunkt des Interesses der wirklich demokratischen, sich selbst revolutionär verstehenden Linken. Das muß sich ändern und es ist gerade auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich das ändert.

Der mörderische Terror der Abschiebehaft ist ein wichtiges Einschüchterungsmittel

Die Tatsache, daß zehntausende von Menschen Jahr für Jahr vom Polizeiapparat verhaftet, inhaftiert und abgeschoben werden, trifft in erster Linie die Abgeschobenen. Monatelang im Gefängnis ohne den Funken einer Schuld, mit der Aussicht auf weitere Inhaftierung in ihren Heimatländern, oft genug der rassistischen und nationalistischen Schikane des Bewachungspersonals ausgesetzt, sind sie die unmittelbar Betroffenen des oft genug mörderischen Abschiebeterrors.

Doch es entspricht der Tradition der in Deutschland herrschenden Klasse, des deutschen Imperialismus, ganz bewußt mit mörderischem Terror gegen eine bestimmte Gruppe insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung und der Verbreitung von Angst zu schüren. So ist es auch bei diesem Abschiebeterror: Er dient mittelbar auch dazu, allen "Nichtdeutschen" die Macht des Staates vorzuexerzieren.

Solidarität mit dem Antifaschisten Nino!

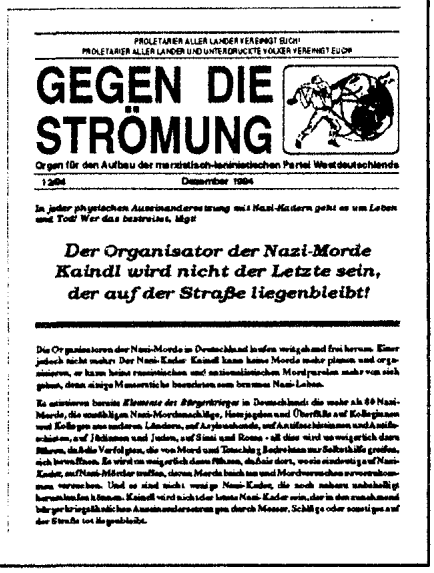
Kurz nach Erscheinen unseres Flugblattes ***"Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt"*** wurde in Riesa in der Nähe von Dresden ein 17-jähriger Jugendlicher mit seiner Freundin von Nazi-Skins überfallen und schwer verletzt. Es gelang ihm, in Notwehr sein Leben und das seiner Freundin zu retten, weil er sich mit einem Messer verteidigte. In dem Aufruf zu einer Solidaritätsdemonstration für Nino in Großenhain (bei Riesa) am 28.1.95 heißt es:

> **"In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 1995 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen 10 Faschisten und dem Antifaschisten Nino und seiner Freundin vor dem Lokal 'Grillbar' in Riesa. Als die beiden die Gaststätte verlassen wollten, wurden sie angegriffen. Nino wehrte sich, dabei wurde einer der angreifenden Neonazis tödlich verletzt. Nino erlitt einen Schädelbasisbruch und innere Verletzungen. Daß Nino noch lebt, hat er seinem schnellen Handeln zu verdanken. Erst im November 1994 wurde Michael aus Zittau von einem Neonazi auf offener Straße erstochen.**
>
> **Diese Ereignisse stehen nur als Beispiele für den unverminderten Straßenterror von Faschisten in Ostsachsen. Polizei und Justiz warten seit 1992 mit immerwährenden Erfolgsmeldungen gegen die organisierte rechtsextreme Szene auf. In Wirklichkeit dienen staatlich geförderte Jugendclubs als Sammelpunkte für organisierte Neonazis und werden bewußt geduldet. Antifaschistischer Widerstand hingegen wird kriminalisiert."**

Es gilt die Solidarität mit Nino zu organisieren, um so mehr, da bei seiner Gegenwehr ein Nazi tot liegen blieb, und Presse und Nazis massive Drohungen gegen ihn ausgestoßen haben. Solidaritätsadressen, aber auch Geld können geschickt werden an:

***Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzerstr. 4
60327 Frankfurt/Main***

***K. Klimkeit, Konto Nr.: 56 80 45-601, Postbank Frankfurt/Main
Bankleitzahl: 500 100 60
Stichwort: Solidarität mit Nino***



PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

1/94 Dezember 1994

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Hetzern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt

Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Zur Revolte von 40 Abschiebehäftlingen in Kassel am 29. Juli 1994

Die Antwort des Staates: Systematische Mißhandlungen, Massenverschleppungen von mindestens 50 Gefangenen

Zur Vorgeschichte

Am 29.7.1994 begann im Abschiebegefängnis "Elwe" in Kassel eine Revolte von ca. 40 Abschiebehäftlingen, die meisten aus Algerien, die zum Teil schon 15 Monate auf ihre Abschiebung warteten. "Haftgründe" sind zumeist bei ihnen Dinge, die nur Menschen "begehen" können, die keinen deutschen Paß haben: Flucht in die BRD, keine gültigen Papiere etc.

Ein Schließer wurde als Geisel genommen. "Bewaffnet" waren die Revoltierenden lediglich mit einigen Taschenmessern. Sie forderten einen Bus und freies Geleit nach Frankreich.

Nach 24 Stunden war die Revolte beendet mit Hilfe von Spezialeinheiten des SEK, der GSG 9, einem Wasserwerfer sowie einem Großaufgebot von Bereitschaftspolizei.

Rachefeldzug nach der Niederschlagung

Unmittelbar nach der Niederschlagung beginnt der Rachefeldzug des Staates. Augenzeugen berichten, daß ***noch um 10.30 Uhr SEK-Einheiten das Gefängnis stürmen und Schüsse zu hören*** sind, die vermutlich von ***Tränengasgranaten*** stammen, die bereits während der Revolte reichlich verschossen worden waren.

Anwohner/innen des ehemaligen ***Gestapo-Gebäudes,*** das heute sinnigerweise die Polizei in Kassel benutzt, berichteten, daß im Laufe des Vormittags mehrere Gefangenentransporter dort hineinfuhren. ***Zwischen 14.30 und 15.00 Uhr waren Schmerzensschreie und Stöhnen aus dem Innenhof der Polizei Kassel zu hören.*** Später fuhren drei Krankenwagen hinein.

Laut Berichten von Gefangenen, die in der Hessenschau vom 15.12.94 zum Teil öffentlich gemacht wurden, eskalierte der staatliche Unterdrückungsapparat seine Unterdrückung in den darauffolgenden Wochen und Monaten ***auf eine neue Stufe.***

Ein Häftling wird von der GSG 9 nach der brutalen Niederschlagung der Revolte abgeführt

In einem uns zugesandten Bericht des Gefangenen M.P. steht dazu:

> **"Daß Gefangene in Kassel geschlagen werden, ist 'normal' - dabei wird auch schon mal *gestorben. Die neue Qualität,* wie sie sich im vorliegenden Fall darstellt (gemeint ist nach der Niederschlagung der Revolte in Kassel, A.d.V.) ist darin zu *sehen, daß eine ganze Gruppe von Gefangenen über mehrere Tage hinweg mehr oder weniger systematisch mißhandelt wurde!"***

In einem Brief desselben Gefangenen an das Hessische Justizministerium, den er uns als Kopie zuschickte, heißt es weiter:

> **"Vielleicht wäre es angebracht, die Ministerin zumindest dann zu informieren, wenn Vorwürfe im Raum stehen, die man vulgo *Folter nennt?!"***
>
> **"In Nacht- und Nebelaktionen wurden mindestens 50 Gefangene aus der JVA Kassel I in andere JVAs des Landes Hessen verschleppt - bis heute hält man ihnen ihren kargen Besitz vor!**
>
> **Man hat das Gerücht gestreut, es gäbe eine Waffe in der JVA, und hatte dieses Gerücht dann zum Anlaß für die Verlegungen genommen. Gleichzeitig sollen *die Zellen von über 100 Gefangenen verwüstet worden sein.* Der Verdacht, dieser Terror diene alleine dem Zweck, die *potentiellen Zeugen einzuschüchtern, die ob der systematischen Mißhandlungen unruhig geworden waren,* drängt sich da natürlich um so mehr auf, als immer in solchen Situationen das Gerücht von einer Waffe in die *Welt* gesetzt wird."** ➔

Indirekt wird so auch den Menschen mit deutschem Paß signalisiert, welchen Wert dieser doch hat: alle anderen Menschen sind "zweiter Klasse", kurz - es wird gleichzeitig die Politik der Schürung nationaldeutscher Überheblichkeit betrieben.

Die Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus fordert direkt die Inhaftierung der Abgeschobenen in deren Heimatländern

Die Medienarbeit des deutschen Imperialismus in der Frage der Abschiebungen ist mehrgleisig:

Neben einer Linie der weitgehenden Vertuschung der genauen Umstände der Abschiebungen wird gleichzeitig die Anzahl der Abschiebungen als "großer Erfolg deutscher Planung" gefeiert und eine noch weitere Ausdehnung der Abschiebungen gefordert. Von ganz besonderer Bedeutung ist dabei, daß bei manchen Veröffentlichungen sehr deutlich "bedauert" wird, daß abgeschobene Häftlinge wieder "illegal einreisen", weil sie in den Heimatländern nicht direkt weiter in Haft genommen werden. Hier wird deutlich, daß es im wesentlichen Interesse der Abschiebepolitik des deutschen Imperialismus ist, eben mit den Innenministern und Polizeibehörden anderer Länder zu "kooperieren", damit dort die Abgeschobenen möglichst sofort inhaftiert werden. Es versteht sich, daß dies insbesondere für die demokratisch und revolutionär handelnden "Abschiebehäftlinge" organisiert wird.

Unsere Aufgaben

Es war, ist und bleibt unsere Aufgabe, anhand der Abschiebepraxis dieses Staates die Aufklärung über den mörderischen Charakter dieses Staates voranzutreiben, der nichts verdient außer zerschlagen zu werden.

Abschiebungen in Staaten, die politische Häftlinge foltern und morden, ist ein staatlich sanktioniertes Verbrechen.

Daß mehr oder minder deutlich Regierung und "Opposition" einheitlich die "Erfolge" bei der Abschiebung feiern, zeigt, daß sie moralisch auf dem Niveau von Mördern und Folterern stehen. Es zeigt, daß die "demokratischen" Phrasen nur leere Worte, Schall und Rauch sind, daß der deutsche Staatsapparat in Wirklichkeit ein gut organisiertes Organ des deutschen Imperialismus ist, der vor Mord und Folter zur Sicherung seiner Interessen noch nie zurückgeschreckt ist.

Unsere unmittelbare Aufgabe über die Aufklärung hinaus ist es, wo es geht "Sand ins Getriebe" zu streuen, durch praktische Aktionen, Akte der unmittelbaren Solidarität. Insbesondere dort, wo Abschiebung direkt und eindeutig mit Folter und Mord zusammenhängt, gilt es Abschiebehäftlinge der Mordmaschinerie zu entreißen, im engeren und weiteren Umkreis Menschen in solche Aktionen einzubeziehen und zu unterstützen.

Diese unmittelbare demokratische Selbstverständlichkeit ist heute keine Selbstverständlichkeit. Solange hier keine Fortschritte erzielt werden ist an eine wirklich proletarisch-internationalistische revolutionäre Bewegung in breiterem Umfang so oder so nicht einmal zu denken.

☆☆☆

Unsere grundlegende Position zu der Frage der Abschiebungen ergibt sich aus unserer Haltung zum Asylrecht. Im Entwurf der Resolution "Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus" für die 2. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung" heißt es dazu:

Politisches Asylrecht für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten!

Der westdeutsche Imperialismus war seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 zum staatlichen Unterschlupf für Nazi-Verbrecher auch aus anderen Ländern geworden, die von ihren Völkern zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Heute versuchen die Folter-Offiziere aus Chile, Faschisten aus den Philippinen, Diktatoren, die von ihren Völkern gestürzt wurden, gerade auch in Deutschland unter Berufung auf das "Asylrecht" Unterschlupf zu bekommen. Schon vor 200 Jahren beschloß die bürgerliche Französische Revolution, das Asylrecht bewußt einzuführen, nämlich für die von den Tyrannen Verfolgten und nicht für die Tyrannen und ihre Henkersknechte.

Schließlich kommt der Gefangene zu dem Resümee:

> **"Man will den Gefangenen natürlich - *und das ist eine Tradition der Nazis* - vormachen, sie seien völlig hilf- und wehrlos den Eskapaden der Kommandantur ausgeliefert - exakt diese Rechnung geht aber nicht mehr auf. Der Terror wird voraussichtlich *nicht die totale Angst, sondern* Wut auslösen, einfach weil zu viele Leute zu wenig zu verlieren haben!"**

Solidaritätsaktion mit den revoltierenden Abschiebehäftlingen in Kassel

Während der Revolte gab es außer einem Haufen rassistischer Schaulustiger ***Demonstrantinnen und Demonstranten, die ihre Solidarität mit Parolen bekundeten: "Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle, jetzt sofort!"*** Die Gefangenen antworteten: ***"Hoch die internationale Solidarität".***

Ab 14.00 Uhr zogen Gasschwaden von CS-Gas aus den zerbrochenen Fensterscheiben des Gefängnisses. Kurz danach gab es Sicht- und Ruf-Kontakte der Gefangenen mit Demonstranten und Demonstrantinnen. Danach räumte die Polizei das erste Mal weiträumig. Die Beschimpfungen durch den rassistischen Mob nahmen zu.

Als gegen 17.30 Uhr ein Seil über die Mauer geworfen wurde, rückte Polizei mit Maschinenpistolen an. Leute auf der Straße rufen: "Mörder!" "Waffen weg!"

Gegen 18.00 Uhr nach weiteren Parolen sprach die Polizei von einer "nicht genehmigten Demonstration. Anschließend räumten SEK-Einheiten unter Schlagstockeinsatz.

Um 21.00 kam es zu weiteren Solidaritätskundgebungen - diesmal auf der Rückseite des Gefängnisses. Es folgten neue Knüppeleinsätze. 11 Personen wurden festgenommen, es gab viele Kopfverletzungen. Sämtliche Festgenommenen wurden erkennungsdienstlich "mißhandelt". Die Polizei teilte mit, die Festgenommenen würden erst freigelassen, wenn die Solidaritätsaktionen am Gefängnis Kassel-Elwe eingestellt würden. Tatsächlich kamen sie erst am nächsten Tag wieder auf freien Fuß, nachdem die Polizei ihre Aktionen offiziell eingestellt hatte.

☆☆☆

Der Revolte in Kassel waren in anderen Abschiebegefängnissen u.a. folgende Widerstandsaktionen vorausgegangen:

1993 gab es im "Hafthaus Herne" mehrere kollektive Hungerstreiks.

Ein ***Hungerstreik begann am 12.4.93; fast alle Gefangene beteiligten sich 2-3 Tage daran,*** eine kleinere Gruppe führte ihn ***9 Tage*** durch. In einem Brief von vier Abschiebegefangenen ***zum Hungerstreik in Herne*** heißt es:

> **"Sie sollen wissen, daß wir seit dem 12.4.1993 im Hungerstreik sind. Fast alle Nationalitäten, die hier sind, beteiligen sich am Hungerstreik ...**
>
> **Sie sollen wissen, daß wir mit schlimmen Augen angesehen werden, daß man uns mit Stöcken bewacht, und das Schlagen fängt an etwas Normales zu sein. Gestern *wurde ein Rumäne geschlagen, weil er eine* Kassette einlegen wollte."**

Ebenfalls in Herne verbarrikadierten sich vier Häftlinge und riefen Freiheitsparolen. Nach der gewaltsamen Brechung dieser Protestaktionen wurden die vier gewaltsam in Einzelzellen gebracht und dort laut ihrer Aussage ***mit Händen und Füßen an Betten gefesselt und dann geschlagen.***
(Flüchtlingsreferat - Herne, Jahresbericht 1993, S. 14/16)

Im ***Januar 1994*** versuchten Gefangene an drei Tagen hintereinander, ihre Zelle in Brand zu stecken. Ähnliche Aktionen gab es auch in den Abschiebegefängnisse von Gütersloh und Moers, kollektive Hungerstreiks gab es u.a. auch in Coesfeld.

Am ***24.4. und 1.5.1994*** revoltierten Gefangene im Abschiebegefängnis Büren.

Am ***30.4.1994*** besetzten algerische Gefangene im Abschiebegefängnis Leverkusen das Dach. Nur unter massivem Polizeieinsatz konnte die Revolte niedergeschlagen werden, unter anderem mit einer speziellen für Gefängnisrevolten ausgebildeten SEK-Einheit, die bezeichnenderweise in der Nähe von Büren stationiert ist. Nach Verhandlungen mit Politikern der Landesregierung wurde diese SEK-Einheit in der darauffolgenden Nacht eingesetzt, 30 Gefangene mußten auf dem Hof antreten, einige von ihnen, darunter die 4 an den Verhandlungen Beteiligten wurden "ausgesondert" und in andere Gefängnisse verlegt. Die anderen Gefangenen mußten über Nacht auf dem Hof stehenbleiben, am nächsten Tag war das Abschiebegefängnis "für Besucher geschlossen". Essensentzug und Einsperren in videoüberwachten "Beruhigungszellen" waren weitere bekanntgewordene Strafen. Nach der Revolte kamen Angestellte des algerischen Generalkonsulats in das Gefängnis. Ihnen wurden die Häftlinge vorgeführt, um die Abschiebungen direkter zu organisieren. Mittlerweile sind derartige Vorführungen regelmäßig üblich.
("Antifaschistische NRW Zeitung" Nr. 6, S. 16, 17)

Das gerade trifft einen Kernpunkt: Die deutschen Imperialisten wollen das Asylrecht noch mehr einschränken für die wirklich vom Imperialismus und von jeglicher Reaktion Verfolgten und wollen es ausweiten für die Faschisten und Reaktionäre aller Länder.

Mit der Einfügung des Art. 16a im Grundgesetz wurde das Asylrecht nahezu abgeschafft (durch die generelle Abweisung aller aus einem sogenannten "sicheren Drittstaat" eingereisten Asylsuchenden, die schikanöse Verkürzung der Rechtsmittelfristen usw.) Die mit brutalen Repressionsmaßnahmen verknüpften verschärften Grenzkontrollen, insbesondere an der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik, die immer widerwärtigere Behandlung von Flüchtlingen in sogenannten "Asylbeweberberunterkünften", "Sammellagern", Abschiebegefängnissen und Sonderzonen wie auf dem Frankfurter Flughafen, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden, die Einstufung der Asylsuchenden unterhalb des Existenzminimums (Kürzung der Sozialhilfe), bis hin zu tagtäglichen Mißhandlungen durch die deutschen Staatsbüttel, Polizei- und BGS-Schergen, die auch vor Folter und Morden nicht zurückschrecken - all das hat die Lage der Flüchtlinge auf das unerträglichste verschärft. Die kommunistischen Kräfte in Deutschland dagegen kämpfen für das Asylrecht der vom Imperialismus und den Reaktionären Verfolgten. Viele von ihnen können für die deutschen Revolutionäre Vorbild sein, von denjenigen Flüchtlingen, die in ihren Heimatländern gegen Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft haben, können die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter für den demokratischen und revolutionären Kampf hier lernen.

Es ist eine Aufgabe, die reaktionäre Demagogie zu bekämpfen, daß "politisch verfolgt" nach dem "Grundgesetz", aber auch nach internationalen Verträgen nur sei, wer selbst in einer politischen Organisation Mitglied war bzw. sich ausdrücklich politisch betätigte und deswegen verfolgt wird. In Wirklichkeit beinhaltet der Begriff des politisch Verfolgten, daß Menschen aus politischem Kalkül heraus, aus politischer Berechnung verfolgt werden, wobei eben nicht nur deren ausdrücklich politische Tätigkeit Grund der Verfolgung ist, sondern gerade auch rassistische, nationale und andere Gesichtspunkte der Aufhänger hierfür sind. Das reaktionäre Manöver, die Frage des Asylrechts zu vermischen mit den Problemen der modernen Völkerwanderung, um sowohl das Asylrecht abzuschaffen als auch das Recht auf Arbeitssuche in Deutschland für Werktätige aus anderen Ländern abzulehnen, muß zerschlagen werden, indem wir offensiv sowohl das Recht auf Suche nach Arbeit für die "Verdammten dieser Erde" verteidigen, als auch offensiv das Recht auf Asyl als demokratisch definiertes Grundrecht.

Solidarität, wärmste Sympathie, wirkliche Unterstützung - das ist es, was die deutsche Arbeiterbewegung gegenüber diesen vom Imperialismus verfolgten "Verdammten dieser Erde" erlernen und hervorbringen muß. Darüberhinaus muß sie Haß, Kampf auf Leben und Tod gegenüber dem deutschen Imperialismus entfalten, der mit widerwärtigen Kampagnen und mörderischen Abschiebepraktiken gegen "Scheinasylanten" etc. zu Felde zieht.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

Opfer der mörderischen Abschiebepolitik!

"Die meisten Opfer
bleiben ohne Namen.
Einige wurden bekannt.
Wir trauern stellvertretend
für alle Opfer um:

Pfarrer Kwaku, *Ghana, Selbsttötung am 4.1.93 in der Abschiebehaft München*

Massivi Daniel Lopez, *Angola, Selbsttötung am 15.10.93 in der Abschiebehaft Trier*

Emanuel Thomas Tout, *Sudan, Selbsttötung am 25.12.93 in der Abschiebehaft Herne*

Emmanuel Ehi, *Nigeria, Selbsttötung am 10.12.93 in der Abschiebehaft Regensburg*

Son-Ha Hoang, *Vietnam, er starb am 27.1.94 in München an den Folgen einer Selbstverbrennung aus Angst vor der Abschiebung*

Kola Bankole, *Nigeria, er starb an den Folgen einer "Beruhigungsspritze" und/oder der Knebelung am 30.8.94 während der Abschiebung vom Frankfurter Flughafen."*

(Aus dem Aufruf zum "zivilen Ungehorsam gegen Abschiebehaft" vom 10. Dezember 1994 in Worms; Abgedruckt in: *Corriere d'Italia, 24/31 Dicembre 1994*, S.10)

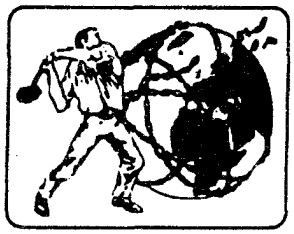
★ *Kampf dem staatlichen Abschiebeterror!* ★

Wir berichteten über die Aktion in Worms in unserem Flugblatt 12/94. Wir bitten um weitere Angaben, um eine möglichst vollständige Liste der Opfer des staatlichen Abschiebeterrors als Plakat verbreiten zu können.

Als A 2-Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main. Preis pro Stück 1 DM

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

2-3/95 Februar-März 1995

50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!

Nach einem die Überlebenden Nazi-Opfer von Auschwitz entwürdigenden Medienrummel um den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz folgte - gut getimet - "endlich" der Aufschrei der "deutschen Seele". Bundespräsident Herzog, der zu Auschwitz nichts zu sagen hatte, ergriff das Wort, um das angebliche Kriegsverbrechen gegen Dresden anzuklagen und den Krieg gegen Nazi-Deutschland mit dem Krieg der Nazis gleichzustellen und gleichermaßen zu verurteilen. Und er gab noch eins drauf: "Wir, die Deutschen" sind großzügig, "wir" verzichten auf die Verfolgung der Kriegsverbrecher, die Dresden zerstört haben, verkündete er, nicht ohne Blick auf die angeblich so rachsüchtigen Juden, die Deutschland Auschwitz immer noch nicht verzeihen können, statt gegenseitige Anklagen endlich einzustellen!!

Proteste gegen das Spektakel in Dresden wie die Aktion gegen die Herzog-Rede wurden sofort polizeilich verhindert. Transparente wie "Deutsche Täter sind keine Opfer" und Parolen wie "Protestieren wir gegen den deutschen Opferkult und die Kontinuität des Täterregimes" genügten, um Polizei und "wütende Bürger" in Aktion treten zu lassen. Mehrere Demonstrantinnen und Demonstranten wurden festgenommen, während der Dresdner REP-Verband unbehelligt seinen "Trauer"-Kranz am Heidefriedhof niederlegen konnte - neben dem Kranz der Bundeswehr, der von Generalinspekteur Neumann dort plaziert wurde!

Während im Vorfeld dieser Protestaktion in Dresden zunächst wichtiges an inhaltlicher Arbeit geleistet wurde, um nationalistische und pronazistische Argumentationen innerhalb der sich als "revolutionär" verstehenden Bewegung aufs Korn zu nehmen [1], zerbrach der Versuch eines breiteren Protestbündnisses bald wieder an zwei scheinbar extrem gegenüberstehenden, gleichermaßen absurden Positionen.

Während eine Gruppierung in großsprecherischer und absurder Art und Weise zur Bedingung der Aktionseinheit eine "antinationale Haltung" gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf in der Türkei und dem auch national gegen die USA motivierten bewaffneten Kampf in Mexiko erhob [2], zeigte sich auf der anderen Seite eine derartige Flachheit der Argumentation, daß man sich dazu verstieg, "die Bombardierung Dresdens, die Aussiedlung der Deutschen und die Vergewaltigung deutscher Frauen durch alliierte Soldaten"[3] in einem Atemzug zur Diskussion zu stellen. Anstatt die Berechtigung der alliierten Kriegsführung mit dem Ziel der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands zu unterstreichen, wurden mit solchen Formulierungen die Geschichtsfälscher des deutschen Imperialismus unterstützt.

Für die von der Deportation bedrohten Jüdinnen und Juden bedeutete die Bombardierung Dresdens eine Chance zum Überleben!

In einem Bericht eines Überlebenden des Nazi-Völkermordes heißt es:

"Am Morgen des 13. Februar 1945 kam der Befehl, die letzten in Dresden zurückgebliebenen Sternträger zu evakuieren. Bisher vor der Deportation bewahrt, weil sie in "Mischehe" lebten, waren sie nun dem sicheren Ende verfallen... Am Abend dieses 13. Februar brach die Katastrophe über Dresden herein: Die Bomben fielen, die Häuser stürzten, der Phosphor strömte, die brennenden Balken krachten auf "arische" und "nichtarische" Köpfe... wen aber von den etwa 70 Sternträgern diese Nacht verschonte, dem bedeutete sie Errettung, denn im allgemeinen Chaos konnte er der Gestapo entkommen."

Dabei ist es wesentlich zu verstehen, daß beide Gruppierungen durchaus auf Grund der Empörung ihres Umfelds die Demagogie des Dresden-Spektakels als Manöver des deutschen Imperialismus anprangern wollten. Angesichts des enormen ideologischen und politischen Drucks, infolge eines fehlenden grundlegend richtigen Standpunktes zur Frage des zweiten Weltkrieges und der nationalen Frage im Imperialismus verhedderten sie sich allerdings hoffnungslos. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, daß auch üble abgehalfterte "Politprofis" des Opportunismus ihre Finger im Spiel hatten, um durch Überspitzungen und Provokationen jede echte Diskussion zu beenden und ins absurde zu führen.

Nachfolgend in zwölf Punkten zusammengefaßte Ergebnisse unserer Diskussion:

1.

Die Bombardierung Dresdens ist nicht zufällig das Thema Nummer 1, um den Krieg der Staaten der Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland als Kriegsverbrechen anzuprangern. Denn in diesem Fragenkomplex bündeln sich wesentliche Fragen, komplizierte Fragen.

Grundlegende Klarheit über den deutschen Imperialismus, den Nazi-Faschismus und den Verlauf des 2. Weltkrieges, sowie die Besonderheiten und Probleme der Anti-Hitler-Koalition sind Voraussetzung, um die aggressiven Lügenkampagnen der deutschen Imperialisten bekämpfen zu können, ohne nach- oder klein beizugeben. Das ist Voraussetzung dafür, daß komplizierte Probleme nicht unzulässig vereinfacht oder einfache Fragen unzulässig verkompliziert werden.

Um zu den drei entscheidenden Fragenkomplexen - zur Bombardierung Dresdens, zum Luftkrieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland überhaupt sowie zur Zielsetzung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, Deutschland zu besetzen, um den Nazismus zu zerschlagen - fundiert Stellung beziehen zu können, ist zunächst die ***Geschichte der Fragestellung*** zu beleuchten. Diese Fragen wurden seit Beginn der Luftangriffe auf Deutschland, insbesondere in den letzten Kriegsjahren und -monaten, von Goebbels zum Zentrum der Nazi-Propaganda gemacht - und zwar nachweisbar mit dem Ziel, gerade auch jene an den Nazi-Staat und die Nazi-Wehrmacht zu binden, die nicht mehr an die Nazi-Ideologie und auch nicht mehr an den "Sieg Deutschlands" glauben.

2.

Daß die Propagandamaschinerie Goebbels gut geölt war und sehr große Erfolge gerade auch bei den "normalen" Deutschen hatte - soll heißen, bei jenen, die keine wichtige Funktion im Nazi-Apparat hatten - zeigte sich am krassesten in den letzten Wochen und Tagen des Krieges. Aufgrund des weltgeschichtlich noch nie dagewesenen Ausmaßes an reaktionärer Verhetzung, an Verbohrtheit und Charakterlosigkeit war die große Mehrheit eines Volkes, des ***deutschen Volkes, nicht in der Lage, den Krieg von sich aus zu beenden und die Nazi-Führung zu stürzen.***

S. 2: Zu Herzogs Demagogen-Rede in Dresden
S. 4: Die Analyse der Position der SED von 1950 zur Bombardierung Dresdens ergibt: Deutscher Chauvinismus!

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht

3.

Nach dem Krieg, nach 1945, wurde ohne wirkliche Unterbrechung bis heute das Thema "Bombardierung Dresdens" ohne Unterlaß gepflegt und gehegt. Die Analyse der Artikel und Bücher zu diesem Thema zeigt, daß sie - mit ganz wenigen Ausnahmen - nicht nur in der Tradition von Goebbels [4] *mit Lügen über die Bombardierung Dresdens selbst* und über die Zusammenhänge, die dazu führten, arbeiten, sondern frontal den Luftkrieg der Alliierten als "barbarisch" angreifen. Dabei wird vor allem ein zentrales Ziel verfolgt: Mit der "Aber-die-anderen-haben-doch-auch"- Ideologie wird die Rechtmäßigkeit des Befreiungskrieges der Staaten der Anti-Hitler-Koalition überhaupt bestritten. Die verbrecherischen und mörderischen Kriegsanstrengungen der Nazi-Armee gerade auch in den letzten Monaten des Krieges werden damit verteidigt und gerechtfertigt. Deutschland wird als "Opfer" eines angeblichen "Angriffes" der Alliierten dargestellt. [5] ***Die welthistorische Schande des "Durchhaltens" der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf der Linie der Nazi-Propaganda bis buchstäblich zur letzten Minute des Krieges soll beschönigt oder gar gerechtfertigt werden.*** [6]

Es ist daher auch kein Zufall, daß der heute führende "Historiker" der international operierenden Nazis, D. Irving, für den deutschen Markt in den 60er und 70er Jahren gleich drei Bücher über Dresden und den Luftkrieg veröffentlichte und die Bombardierung Dresdens als "Kriegsverbrechen" diffamierte, ehe er vor der Weltöffentlichkeit die Existenz der Nazi-Vernichtungslager als "Auschwitz-Lüge" bezeichnete.

Zunächst zu Auschwitz schweigen und umso mehr zu Dresden das Maul aufreißen - das war die Taktik von D. Irving, bevor er offener und direkter Nazi-Positionen einnahm.

Zunächst am 27. Januar, dem 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz "sich zurückhalten", um *dann wenige Wochen später unverhohlen anläßlich* der Bombardierung Dresdens "Haß gegen den Krieg" zu predigen", also Haß gegen die Armeen der Anti-Hitler-Koalition - das ist der Kern des Auftretens des neuen Bundespräsidenten Herzog, das ist der heutige Stand der offiziellen Propaganda der Politiker des deutschen Imperialismus.

4.

Lassen wir einmal Herrn Herzog und andere Figuren im Dienste des deutschen Imperialismus beiseite. Was sind die Gründe, die es erleichtern, daß diese Demagogen Erfolg haben? Warum verstehen manche Jugendliche heute unter dem Einfluß der Presse und der anderen Medien gerade den Komplex "Dresden" ganz und gar nicht, wenn sie auch sonst in vielen Fragen den Medien gegenüber kritisch eingestellt sind?

Ausgangspunkt für eine ruhige, überzeugende Erklärung und Begründung ist ein prinzipielles Verständnis dafür, daß die Völker überfallener Länder, die ausgeraubt und versklavt werden oder werden sollen, das Recht haben, sich zu wehren, das Recht haben, einen Verteidigungskrieg zu führen, einen Krieg, der ganz und gar berechtigt, ja gerecht ist. [7]

Das ist der allererste und noch relativ einfache Schritt - als Voraussetzung, um den zweiten Schritt zu verstehen: Es genügte ganz offensichtlich nicht, die Nazi-Wehrmacht lediglich wieder zurück nach Deutschland zu jagen und somit das eigene Land von den Nazi-Mördern zu befreien. Warum war das nicht ausreichend, ja absurd? Aus dem einfachen Grund, weil die Nazis und ihre Militärmaschinerie sich auf dem Gebiet Deutschlands hätten erholen können, um den Krieg erneut mit ganzer Macht weiterzuführen. Das war der Hauptgrund für die weiterreichenden *Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition:* eine wirkliche Beendigung des Krieges auf der Basis ***der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands*** nach der Zerschlagung des Nazi-Staates und vor allem der Nazi-Armee. Dies war der entscheidende, wenn auch nicht der einzige Grund, warum die Staaten der Anti-Hitler-Koalition die Grenzen Deutschlands überschreiten, Deutschland besetzen mußten. Somit ergab sich das Problem, daß alliierte Soldaten auf "deutschem Boden" kämpfen mußten. Damit war auch klar, daß die Nazis eine große Möglichkeit erhielten, die Bevölkerung weiter an Nazi-Deutschland zu binden, ihren Aggressionskrieg ge-

Zu Herzogs Demagogen-Rede in Dresden

1) "Um die deutschen Opfer unserer Geschichte trauern"

Herzog zitiert als Richtlinie seiner "Trauer" die offizielle Rede am "Volkstrauertag":

> **"Wir denken heute an die Opfer von Gewalt und Krieg, Kinder, Frauen und Männer aller Völker. Wir gedenken der Soldaten, die in den Weltkriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren."**

Herzog schlußfolgert:

> **"Genau das ist der Geist, aus dem heraus wir auch um die deutschen Opfer unserer Geschichte trauern."**

Hier wird die Tür geöffnet, um unter der Maske der Ablehnung der Trauer nur um die "Deutschen", pauschal die deutschen Nazi-Täter wieder in die Kategorie der Opfer einzureihen.

2) Dresden im "juristischen Sinne"...

Herzog ist - anders als die Alliierten, so wird suggeriert - großzügig und verzichtet auf "Kriegsverbrecher-Prozesse" gegen die Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition und erklärt:

> **"Es gibt keinen Sinn, darüber zu richten, ob der Bombenkrieg, an dessen Unmenschlichkeit niemand zweifelt, im juristischen Sinne rechtmäßig war oder nicht. Was bringt uns das..."**

In dieser Passage stecken drei revanchistische Gedanken:

a) Es werden alle konsequenten Vertreter der Anti-Hitler-Koalition zu einem "niemand" erklärt. Die Rechtmäßigkeit der Bombardierung der Großstädte Deutschlands wird von Verteidigern des Nazi-Staates und seinen Kollaborateuren bezweifelt. Das ist der Kern.

b) Indem Herzog behauptet, daß eine solche Feststellung "keinen Sinn" macht, deutet er natürlich an, daß "eigentlich" diese Bombardierungen angebliche "Kriegsverbrechen" seien, aber die ach so "großzügigen Deutschen" auf eine juristische Verurteilung verzichten.

c) Hier ist angelegt, was für 1996 als nächster Schritt auf dem Weg der Revision der Geschichte schon vorbereitet ist: Die gerechten Nürnberger Prozesse gegen die Nazi-Kriegsverbrecher sollen als "unsinnig" diffamiert werden.

3) Die Phrase von der angeblichen "Sinnlosigkeit des Krieges gegen die Nazis"

Herzog greift frontal den gerechten Krieg der Anti-Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland an:

> **"...wir wollen nicht vergessen, daß es (Dresden, A.d.V.) im Rahmen eines Krieges zerstört wurde, den eine deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hatte. Gerade deshalb zeigt Dresden aber auch die ganze Sinnlosigkeit moderner Kriege."**

"Gerade deshalb?" Diese zwei Wörtchen sind eine demagogische Operation. Gerade weil Deutschland (das Nazi-Regime als "deutsche Regierung" zu bezeichnen, ist auch ein Zungenschlag, der es in sich hat, der eine gewisse Rechtmäßigkeit dieses Regimes suggeriert) den Krieg verschuldet hat, deshalb soll der Verteidigungskrieg der Alliierten "sinnlos" sein?

Herzog benennt ganz bewußt den entscheidenden kausalen Zusammenhang, um ihn dann rotzfrech in Goebbelsscher Manier einfach ohne jegliches Argument offensiv zu bestreiten.

4) Herzog predigt Haß gegen den Krieg "als solchen"

Diese These vorbereitend behauptet Herzog:

> **"Erst wenn man sich vorstellt, wer alles unter den Bombenopfern von Dresden gewesen sein muß, wird die menschliche Tragödie moderner Kriegführung handgreiflich. Da waren die in der Wolle gefärbten Nazis und Gestapoleute, die Deportationslisten für Juden zusammenstellten. Da waren Juden, die auf diesen Listen standen."**

Und die angeblich "unmenschlichen Alliierten", so suggeriert diese übelste demagogische Passage, vernichteten nicht nur Nazis, sie waren beteiligt an der "Judenvernichtung"!!

Abgesehen davon, daß weit über 95% der Juden aus Deutschland schon in die Vernichtungslager deportiert worden waren, als Dresden bombardiert wurde, wird unterschlagen, daß die vor der Deportation in den sicheren Tod stehenden Juden die Bombardierung der Großstädte ausdrücklich begrüßten als Chance, im Chaos zu entkommen und vor allem, weil der Luftkrieg gegen Nazi-Deutschland Vorbote der bedingungslose Kapitulation dieses Nazi-Deutschlands war.

Nun kommt Herzog zum Kern:

> **"Es ist der Krieg als solcher, den wir hassen müssen wie die Pest. Vor allem den modernen Krieg, in dem es weder Front noch Heimat gibt."**

"Der Krieg als solcher"... Hier ist klar, daß es Herzog nicht allein um die Bombardierung Dresdens oder die Luftangriffe auf deutsche Großstädte geht, es geht ihm darum, den Krieg der Alliierten *gegen Nazi-Deutschland* überhaupt zur "Pest" zu erklären, den es zu hassen gilt!

So schließt sich der Kreis: Die Verurteilung der Bombardierung Dresdens ist nur der "Aufhänger" um den Befreiungskrieg der Alliierten zu diffamieren und mit dem Raub und Vernichtungskrieg der Nazis gleichzustellen!

(Quelle der Herzog-Rede: "Das Parlament" Nr. 9, 24.2.1995)

gen andere Völker "umzubenennen" in einen "Verteidigungskrieg", einen angeblich nun sowieso "gerechten" Krieg angesichts der Offensive der Staaten der Anti-Hitler-Koalition.

5.

Eine solche Situation wäre nur dann vermeidbar gewesen, wenn sich Stalins Hoffnung zu Anfang des Krieges, daß es aufgrund revolutionärer Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung zu einer Erhebung der antinazistischen Kräfte in Deutschland kommen würde - erleichtert durch die harten Schläge der Partisanen und alliierten Armeen gegen die Nazis - erfüllt hätte (Siehe Stalin, Werke Band 14, S. 255/256). [8] Als aber klar war und klar wurde, daß mit einer solchen Erhebung nicht zu rechnen war (selbst in der Kriegsgefangenschaft zeigte sich, daß die Mehrheit der vielzitierten "einfachen deutschen Landser" - vollgesogen mit Nazi-Ideologie - nicht bereit war, gegen die Nazi-Verbrecher zu kämpfen), blieb als realistisches Ziel zur Beendigung des Krieges und der Befreiung Europas und Deutschlands vom Nazi-Faschismus nur die Perspektive der ***vollständigen Besetzung Deutschlands durch die regulären Armeen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition*** als Grundbedingung für die vollständige Kapitulation Nazi-Deutschlands.

6.

Nur wer das Ziel der vollständigen Besetzung Nazi-Deutschlands als berechtigt anerkennt, hat überhaupt die Möglichkeit zu begreifen und zu akzeptieren, ***warum die systematische Bombardierung aller Großstädte und regionaler Zentren Deutschlands*** eine durch vielfache Gründe ***berechtigte*** und wichtige Form der Kriegsführung der Luftwaffe der USA und Englands ***war.***

Die Gründe für einen solchen Luftkrieg ergaben sich keinesfalls ***nur*** aus "rein militärischen" Gesichtspunkten, wenn diese Gesichtspunkte auch wesentliches Gewicht haben. Von sehr großem Gewicht war es, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu "überzeugen", daß die Nazis größenwahnsinnige Lügner sind.

7.

Die Bombardierung von Großstädten war ein Novum in der Kriegsführung, das von den Nazis mit der Bombardierung Guernicas, Rotterdams, Warschaus, Coventrys usw. eingeführt wurde. Die Nazi-Führung hatte nach diesen Bombardierungen großmäulig erklärt, daß "niemals eine Bombe deutsche Städte treffen" würde. Die Nazis glaubten auf dem Höhepunkt ihrer Macht, sie seien "unbesiegbar".

Ein Ziel der Kriegsführung der Anti-Hitler-Koalition war es gerade, durch den Luftkrieg unwiderlegbar den ***Mythos der "Unbesiegbarkeit"*** der deutschen Luftwaffe, Bombe für Bombe den Glauben an die "Unfehlbarkeit" der Nazi-Führer zu ***zerschlagen,*** um die Bindung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung an eine Führung, die offensichtlich ihre "Schutz"-Versprechen nicht halten konnte, zu brechen. Daß die Bombardierungen der deutschen Großstädte gerade in diesem Sinne Wirkung zeigte, durchaus erfolgreich waren, auch bei der Demoralisierung der direkten Nazi-Anhänger, belegen interne Nazi-Berichte. Der "Sicherheitsdienst" der SS meldete nach der Bombardierung Hamburgs im Jahre 1943:

> **"...daß eine große Stadt nach der anderen dem Erdboden gleichgemacht werde, liege wie ein Alpdruck auf allen Volksgenossen und trage sehr wesentlich dazu bei, das Gefühl der Unsicherheit und Ausweglosigkeit zu verstärken."**
> (Bericht des SD vom 29.7.43, Borbersch, München 1968 "Meldungen aus dem Reich", zitiert nach: Götz Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S. 100)

Das galt gerade auch für jene große Mehrheit, an denen Kategorien wie "Schuld an Guernica", "moralische Verantwortung" für KZs und Vernichtungslager sowieso wirkungslos abprallten. Diese Mehrheit, erzogen nach der Philosophie "Der Stärkere hat recht" und ihr gläubig verfallen, konnte sich nicht etwa von der Nazi-Führung lösen, weil ihnen klar wurde, daß die Nazis einen verbrecherischen Krieg angefangen hatten. Dies war nur möglich, wenn klar war, daß mit Hitler und seinen Leuten dieser Krieg nicht zu gewinnen war, daß die "Stärkeren" eben die Anderen, die alliierten Armeen waren. ***Das*** war die Realität, das war der Bewußtseinsstand bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

8.

Dabei ist es aber doch sehr wichtig zu verstehen, daß diese angeführten Überlegungen nicht die einzigen, vielleicht noch nicht einmal die gewichtigsten Gründe für den Luftkrieg waren. ***Es gab klare militärische Notwendigkeiten, auf die nazistische Taktik der "Verwandlung der Großstädte in Festungen" zu reagieren,*** Nachschub und Infrastruktur sowie auch Industrie zu zerstören, die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erzwingen, um die nazistische Vernichtungsmaschinerie zu stoppen und schließlich Deutschland mit möglichst geringen eigenen Verlusten besetzen zu können.

9.

Dabei ehrt es die Staaten und Armeen der Anti-Hitler-Koalition, mit wieviel Anstrengungen und Mühen sie die deutsche Bevölkerung immer wieder über die Selbstverständlichkeit informierte, daß die Großstädte als logistische und militärische Zentralen längst Kampfgebiet sind. Unermüdlich wurde immer wieder erklärt: ***"Frauen und Kinder aber haben auf dem Schlachtfeld nichts zu suchen"***, die deutsche Bevölkerung habe endlich die Großstädte zu verlassen. Und wenn sie schon zu feige zum Aufstand gegen Hitler seien, sollten sie wenigstens Frauen und Kinder aus den zum militärischen Schlachtfeld erklärten Großstädten wegbringen, die Evakuierung selbst durchführen oder - wie am Beispiel Berlins - gegen den Nazi-Staat durchsetzen.

In einem englischen Flugblatt vom 1. September 1943 mit dem Titel ***"An die Zivilbevölkerung der deutschen Industriegebiete"***, das das Antifaschistische Plenum und die Jugend-Antifa-Aktion (JAA) aus Braunschweig zur Verteidigung des alliierten Luftkrieges veröffentlichte, heißt es:

> **"Am 10. Mai 1942 hat Premierminister Churchill alle deutschen Städte, in denen sich die Rüstungsfabriken der deutschen Kriegsmaschine befinden, öffentlich zum Kriegsgebiet erklärt und die deutsche Zivilbevölkerung aufgefordert, diese Städte zu verlassen. Die deutsche Regierung hat es über ein Jahr lang in verbrecherischer Weise unterlassen, hinlängliche Vorkehrungen zur Evakuierung der Bevölkerung aus diesen Gebieten zu treffen...**
>
> **Solange diese bedingungslose Kapitulation nicht erfolgt ist, stellen sämtliche deutschen Industriestädte einen Kriegsschauplatz dar. Jede Zivilperson, die sich auf diesem Kriegsschauplatz aufhält, läuft selbstverständlich ebenso Gefahr, ihr Leben zu verlieren, wie jede Zivilperson, die sich unbefugt auf einem Schlachtfeld aufhält...**
>
> **Wer diese Warnung mißachtet, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben."**

In einem ähnlichen Flugblatt vom 23. Juni 1943 steht:

> **Dieses Gebiet ist Schlachtfeld... Was die Frauen und Kinder betrifft, so haben sie auf einem Schlachtfeld nichts zu suchen."**
> (Zitiert nach: G. Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S. 403)

Millionen von Flugblättern, tägliche Radio-Sendungen von Radio Moskau und BBC in deutscher Sprache (oft genug im BBC mit genauer Angabe der Uhrzeit der Bombardierung) stellten klar, daß die Angriffe sich gegen Nazi-Deutschland richteten, Teil des Kampfes für die bedingungslose Kapitulation, für die Zerstörung der Macht der Nazis war.

10.

Was waren nun die ***Resultate des alliierten Luftkrieges,*** darunter schließlich auch gegen Dresden?

a) Die deutsche Großmäuligkeit von der "Vernichtung der Sowjetunion und Englands" war dem defensiven Nazi-Gejammer über die "Zerstörung Deutschlands" gewichen.

b) Daß dieser Krieg verloren, die Alliierten mächtiger waren, erkannten durch den dauernden Luftkrieg auch Teile der Nazi-Anhänger.

c) Deutsche Flugzeuge und Militär waren in den bombardierten Großstädten gebunden, statt an der Front kämpfen zu können.

d) Industrie und Wohnraum für die in der Industrie Arbeitenden, waren in großem Umfang zerstört; Nachschub und Nachschubwege, aber auch Zentralen der Nazi-Verwaltung wurden in erheblichem Umfang vernichtet.

11.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen kann über jene Art der "Argumente" gesprochen werden, die gegen die Bombardierung Dresdens seit 1945 ohne Unterbrechung und mit gleicher Niveaulosigkeit immer und immer wieder vorgebracht werden. Dabei ist es zunächst keineswegs nebensächlich, daß all jene, die ganz spezielle "Dresden-Gründe" benennen, keinesfalls nur gegen die Bombardierung Dresdens sind, um statt dessen eine gründlichere Zerstörung Berlins oder Hamburgs zu fordern! Das wäre zwar abstrakt denkbar, ist aber in der Realität nicht existent. ***All die "Dresden-Gründe" dienen nur als Vorwand, um den Luftkrieg, ja die alliierte Kriegsführung überhaupt als "ungerecht", ja als angebliches "Kriegsverbrechen" zu diffamieren.*** [9]

Lohnt es sich da, diese "Dresden-Gründe" auch noch im Einzelnen zu widerlegen? Ja, unter dem Gesichtspunkt, Schwankenden und Verunsicherten zu helfen, die ganze demagogische Kette der Hetze gegen die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu durchschauen.

12.

Das fünffache Credo der "Dresden-Ideologen" lautet:

a) "Der Krieg war doch schon entschieden". Wäre also die Bombardierung 2 Jahre vorher berechtigt gewesen? Soll das damit gesagt werden? Wohl kaum. Daß der Krieg schon "entschieden" war, ist eine Halbwahrheit. Es stimmt einerseits seit der Schlacht um Stalingrad, stimmt andererseits nicht, da bis zum 8. Mai 1945 in Berlin Haus um Haus von der Roten Armee erkämpft werden mußte, die Verluste gerade der Roten Armee in den letzten Monaten des 2.

Die Analyse der Position der SED von 1950 zur Bombardierung Dresdens ergibt: Deutscher Chauvinismus!

Es gehört zu den Schändlichkeiten des SED-Revisionismus, daß und wie bereits in den 50er Jahren schmutziger Nationalismus verbreitet und provoziert wurde.

Infolge der dem Revisionismus und Opportunismus eigenen Prinzipienlosigkeit waren die programmatisch richtigen Aussagen des Aufrufs der KPD vom 11.6.1945 zum gerechten Krieg der Anti-Hitler-Koalition und der Mitverantwortung des deutschen Volkes an den Nazi-Verbrechen relativ rasch beiseitegelegt, wenn es galt, sich an von nazistischer Ideologie beeinflußte breite Massen der Bevölkerung anzuschmieren. Dies wurde besonders kraß am Beispiel Dresdens durchgezogen.

In einer Erklärung "Gegen Bombenteppiche der USA-Barbaren in Korea" wird versucht, die deutsche Bevölkerung mit dem faulen nationalistischen Trick zu mobilisieren, die Bombardierung Deutschlands in der Nazi-Zeit mit der Bombardierung Koreas direkt gleichzusetzen. Es heißt in der ZK-Erklärung der SED vom 24. August 1950:

> **"Die deutsche Bevölkerung hat am eigenen Leibe die Wirkung dieser amerikanischen Bombenteppiche verspürt. Die Vernichtung Dresdens zu einem Zeitpunkt, als die Niederlage des Nazisystems längst besiegelt war, die Zerstörung großer Teile des Stadtkerns von Berlin, die Vernichtung von Arbeitervierteln in vielen deutschen Städten durch diese Bombenteppiche bei gleichzeitiger Erhaltung militärisch-industrieller Objekte, sind noch in allzu deutlicher Erinnerung."**
> (Dokumente der SED Band III, Berlin 1952, S. 196)

Mit dieser Erklärung erschwert, ja verunmöglicht das ZK der SED es kommunistischen Kritikern vollständig oder fast vollständig, solche nationalistischen Ungeheuerlichkeiten solidarisch zu kritisieren. Denn buchstäblich jeder Gedankengang ist zutiefst falsch, ein Zugeständnis an die Nazi-Ideologie oder selbst nazistisch.

Punkt 1: Der Krieg einschließlich des Luftkrieges gegen Deutschland war unabhängig von irgendwelchen Nebensächlichkeiten von seiten der Anti-Hitler-Koalition ein gerechter Krieg. Der Krieg der USA gegen Korea, einschließlich des Luftkrieges war ein zutiefst ungerechter Krieg.

Punkt 2: Das koreanische Volk kämpfte in seiner übergroßen Mehrheit unter Führung kommunistischer Kräfte seit vielen Jahren schon im antijapanischen Krieg und dann im Kampf gegen den USA-Imperialismus einen gerechten und heldenhaften Kampf um seine soziale und nationale Befreiung. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit kämpfte nicht gegen die Nazi-Diktatur, ergriff nicht spätestens nach der Schlacht um Stalingrad jeden Zipfel einer Möglichkeit des Aufstandes in Deutschland, sondern hielt Stellungen, unterstützte das Nazi-Regime bis buchstäblich fünf Minuten nach zwölf.

Die Gleichsetzung beider Kriege und damit die Gleichsetzung der Haltung beider Völker im Zusammenhang mit dem jeweiligen Krieg ist eine vollständige Abkehr von der Wahrheit und vom wissenschaftlichen Kommunismus.

Punkt 3: Die Parole von der "Vernichtung Dresdens" ist jene scheinbar kleine Übertreibung, die besondere Beachtung verdient. Sie ist erstens unwahr, denn Dresden ist zerstört, aber nicht vernichtet worden. Zweitens soll hier suggeriert werden, daß "nicht nur die Nazis" "vernichtet haben", sondern auch "die anderen"!!

Punkt 4: Der eingeschobene Teilsatz "zu einem Zeitpunkt, als die Niederlage des Nazisystems längst besiegelt war" ist eine krasse Unwahrheit, da die Niederlage erst am 8. Mai 1945 besiegelt war und vorher Haus um Haus erkämpft werden mußte, jeder Meter buchstäblich mit den Leichen der Soldaten der Roten Armee gepflastert war. Indem hier der Eindruck erweckt wird, daß auf einem "wehrlosen, eh schon besiegten" Gegner herumgetrampelt worden wäre, wird die historische Wahrheit entstellt.

Die ganze historische Wahrheit ist, daß es zu den Absurditäten der Nazi-Barbarei gehörte, daß auch nach der Unmöglichkeit eines Sieges, die Nazis mit der Politik der verbrannten Erde, der Massenhinrichtungen auch eigener desertierender Soldaten nicht bereit waren zu kapitulieren und buchstäblich, Armeeteil für Armeeteil aufgerieben, vernichtet, gefangen genommen oder unmittelbar zur Kapitulation gezwungen werden mußten.

Punkt 5: "Die Vernichtung von Arbeitervierteln" wird hier angesprochen. Hier wird der Krieg gegen Nazi-Deutschland sozusagen als "arbeiterfeindlich" dargestellt. Das ist so absurd, wie angesichts getroffener Kirchtürme eine "antiklerikale" Haltung zu unterstellen. Tatsache war, daß der Bombenkrieg gegen Deutschland sich sowohl gegen die Industrieanlagen als auch gegen die Wohnbevölkerung richtete, wobei entgegen pauschalen Aussagen erhebliche Industrieanlagen von strategischer Bedeutung bombardiert und vernichtet wurden und - angesichts der Parole von der angeblichen "Vernichtung Dresdens" - erstaunlich viele Wohnungen verschont blieben.

Diese Erklärung des ZK deckt grundlegende Fehler der SED bei der Bewußtmachung und Erziehung der Arbeiterklasse in der DDR auf, insbesondere eine ganz falsche pragmatisch-opportunistische Haltung zur Teilnahme der anglo-amerikanischen Kräfte an der Anti-Hitler-Koalition.

In extrem undialektischer Weise wird angesichts des imperialistischen Terrors der USA nach 1945, wie etwa in Korea, die von den antinazistischen Kräften dominierte Anti-Hitler-Koalition im nachhinein so zerlegt, als wäre die Kriegführung der USA und Englands gegen Deutschland "ungerecht".

Hier verbindet sich das nationalistische Rechtfertigungsbedürfnis, daß das "deutsche Volk doch so schlecht gar nicht gewesen sei" mit pseudo-antiimperialistischer Argumentation zu einem widerlichen Knäuel, der mit einer dialektisch-materialistischen Analyse der historischen Umstände der Entstehung, Durchsetzung und schließlich des Bruchs der Anti-Hitler-Koalition zwischen so ungleichen Kräften wie der sozialistischen Sowjetunion und den imperialistischen USA und dem imperialistischen England nichts aber auch gar nichts zu tun hat.

Noch schlimmer ist ein Artikel in der "Sächsischen Zeitung" der SED vom 14. 2.1955. Dort heißt es, Dresden sei ein **"...bestialischer Massenmord anglo-amerikanischer Luftpiraten"** gewesen. Weiter steht dort:

> **"Dresden sollte sterben für die höheren Gewinne der Rüstungsmillionäre... Amerikanische Finanzmagnaten wollten unsere Kultur einebnen und uns soweit demokratisieren, daß unser Volk für eine Dose Preserved Butter von Oscar Mayer aus Chicago seine Ehre wegwerfen würde."**

So oder so ähnlich hätte das auch im "Völkischen Beobachter" stehen können oder heute in der "Deutschen Nationalzeitung"!

Ähnlich formuliert auch Seydewitz 1955, ein SED-Funktionär und nach 1945 Bürgermeister von Dresden:

> **"So war denn die Zerstörung der Kunststadt Dresden am Ende des Krieges ein durch nichts zu entschuldigendes barbarisches Verbrechen..."**
> (M. Seydewitz, Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden, Berlin 1955, S. 105)

Seydewitz, den Irving in seinen Büchern häufig zustimmend zitiert (siehe: Neue Illustrierte, Köln 25/62), verbreitet die Nazi-Lüge, daß alliierte Tiefflieger "Jagd auf Flüchtlinge" gemacht hätten: (1)

> **"Auf der Tiergartenstraße schossen die Tiefflieger ebenfalls in die Menge"**
> (ebenda, S. 28)

Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Hans Loch, behauptete 1955 sogar, daß durch die US-Bomber **"mehr als 300.000 friedliche Menschen, Frauen, Greise und Kinder"** (H. Loch, Auferstehung einzigartiger Kunst durch edle Freundestat, Berlin 1955, S. 6) "hingemordet" worden wären, was präzise der heutigen Nazi-Propaganda zu diesem Punkt entspricht.

* * *

Die PDS bzw. das "Neue Deutschland" als PDS-nahe Zeitung zog sich wie folgt aus der Affäre:

Ohne als PDS überregional Stellung zu beziehen, druckte das "Neue Deutschland" vom 13.2.95 den *"Erlebnisbericht" eines Dresdner SED-Mitgliedes* älteren Jahrgangs ab, der im Stile der "Deutschen Nationalzeitung" von einem "putzigen SA-Mann" berichtet und von "einfachen Leuten" in Dresden spricht, die als "Opfer" der Bombardierung hingestellt werden.

Zentral wird der Nazi-Kollaborateur Gerhart Hauptmann mit seinem Zitat in Szene gesetzt:

> **"Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens."**

Dieser Gerhart Hauptmann war ein solch eingefleischter Nationalist und Nazi-Kollaborateur, daß er noch 1946 die alliierten Flugzeuge als "feindliche Flugzeuge" beschimpfte:

> **"Ich habe die Sodom- und Gomorrha-Höllen der feindlichen Flugzeuge persönlich erlebt."**
> (Zitiert nach: FR, 13.2.95)

Auch hier kann das Fazit nur lauten: Die Position der PDS/"Neues Deutschland" zu Dresden - schmutziger deutscher Chauvinismus!

---

(1) Urheber dieser Nazi-Lüge ist Rudolf Sparing, der in der Nazi-Wochenzeitschrift "Das Reich" am 4. März in seinem Hetzartikel "Der Tod von Dresden" das erste Mal die Horrormeldung über "Tiefflieger-angriffe auf Flüchtlinge" verbreitete. Danach hat diese Lüge ein Autor nach dem anderen übernommen, über Seydewitz bis zu Irving, der ähnlich wie Seydewitz behauptet:

> **"Die Elbwiesen gehörten zu den bevorzugten Jagdrevieren der Tiefflieger. Immer wieder heulen sie heran, lassen ihre Bordkanonen in das Gewimmel der Menschen und Fahrzeuge hämmern..."**
> (D. Irving, "Wie Deutschlands Städte starben", Neue Illustrierte, Köln 25/1962)

Der bürgerliche Historiker Götz Bergander nennt drei Argumente, die belegen, daß diese Horrormeldungen eine dreckige Nazi-Lüge sind:

- Der Feuersturm über Dresden hat Tiefflieger-angriffe völlig unmöglich gemacht.
- Der Treibstoff der Jagdflieger hätte nicht ausgereicht, außerdem war der Flugzeugtyp "Lancaster", der über Dresden eingesetzt wurde, nicht geeignet dafür.
- In den Berichten der Alliierten, die an allen Punkten genau waren, wurde nichts über Tiefflieger-angriffe mit Bordwaffen berichtet.

(G. Bergander, Dresden im Luftkrieg, Köln 1977, S. 219-246)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 58 — Dezember 1991 — 4,- DM

Die Entwicklung der SED - ein Teil der "deutschen Misere"

Was heute auf dem Gebiet der Ex-DDR passiert, hat selbst pessimistische Erwartungen übertroffen. Nachdem sich die Versprechungen der westdeutschen Politiker als Lug und Betrug herausgestellt hatten, nachdem Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Ex-DDR ihren Arbeitsplatz verloren hatten, die Lebensbedingungen sich in rasantem Tempo verschlechterten, entwickelte sich bisher keine ernsthafte Massenbewegung gegen dieses brutale Vorgehen der westdeutschen Imperialisten, gegen die in immer rasanterem Tempo vor sich gehende Einverleibung der DDR.

Doch es kann noch schlimmer. Die Neonazis konnten besonders rechtskräftige Teile der DDR-Bevölkerung für eine deutsch-nationale Protestbewegung gegen alle "Nichtdeutschen" mobilisieren. Der Pogrom in Hoyerswerda sieht für den "Erfolg" der Nazis.

Immer noch demokratische und fortschrittliche Kräfte verhalten angesichts dieser Situation zunehmend in Resignation und Defätismus. Währenddes Pogrom greift um sich oder die eigene Wut wird durch Geschimpfe über die katastrophale Lage der Arbeiterbewegung abgelenkt. Doch das alles führt nicht weiter.

Wollen wir das heutige Geschehen in der Ex-DDR wirklich verstehen, so müssen wir unbedingt die tieferliegenden Ursachen dieser Entwicklung analysieren. Die wirklichen Ursachen der heutigen Zustände in der Ex-DDR ist unmöglich ohne die kritische Analyse der Geschichte und Vorgeschichte der DDR und der SED.

Für alle revolutionären und kommunistischen Kräfte ist die Analyse der Geschichte der SED von überragender Bedeutung. Denn die zunehmende Welle des Antikommunismus kann nicht bekämpft werden ohne vollständige Klarheit über die Entwicklungsetappen einer Partei, die 1945/46 versprach, das Erbe Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns, das Erbe Friedrich Engels' und Karl Marx' anzutreten, und bei Honecker, Krenz, Modrow und Schalck-Golodkowski endete.

Weltkrieges große Ausmaße annahmen. [10] Obwohl der Krieg "schon längst entschieden" war. Weil "entschieden" solange hypothetisch blieb, bis nicht die bedingungslose Kapitulation real durchgesetzt war.

b) "Dresden hatte doch keine militärische Bedeutung, seine Bombardierung war doch sinnlos" wird behauptet. Das sahen die Nazis anders, die Dresden planmäßig zur "Festung" ausbauten. Und das sahen auch die Alliierten anders, die ganz eindeutig erklärten, daß Dresden eine wichtige Nazi-Festung war.

Eine sowjetische Erklärung von 1945 legte dar, daß Dresden,

> **"eine Rüstkammer Deutschlands sei, ein Pulverfaß, eine Nachschubquelle, die das Material für die Vernichtung friedliebender Völker liefert."**
> (W. A. Ruben, Abschaum der Menschheit, 2.6.45, Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung)

In einem Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 wird Dresden als ***"mächtiger Verteidigungsknoten in Sachsen"*** charakterisiert. (Zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3./4. Mai 1975) [11]

c) "Dresden war doch Aufnahmestadt für Flüchtlinge" heißt es, die "armen Flüchtlinge..." folgt meistens. Das Problem war jedoch, daß die Flüchtlingsbewegung dem Vormarsch der Roten Armee nützte. Die Festsetzung, administrative Versorgung und militärische Rekrutierung der Flüchtlinge diente hingegen nur der Stabilisierung des zusammenbrechenden Nazi-Regimes. Es lag in der Tragik dieser Phase des Krieges, daß die Flüchtlinge in jeder Hinsicht den Nazis noch mehr glaubten als den Alliierten, die massiv und deutlich die Evakuierung der Großstädte gefordert hatten. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser "Flüchtlinge" Nazi-Verbrecher waren, die ihre Bestrafung durch die Rote Armee zu recht fürchteten.

d) Vielleicht am unerträglichsten ist das Gejammer über die "zerstörte Kultur" und die zerstörte "Frauenkirche" (die nun für 160 Millionen DM wieder aufgebaut werden wird). Vor allem die revisionistische SED tut sich dabei besonders hervor. In ihrer Standardliteratur über die Zerstörung Dresdens wird immer wieder gejammert, daß ***"Dresden - Kleinod der Menschheit"*** zerstört wurde (siehe: W. Weidauer, Inferno Dresden, 8. Auflage, Berlin 1990, S. 5).

Es war Krieg. So einfach ist das. Und wer die Zerstörung von Kultur nicht will, mußte den Aufstand gegen das Nazi-Regime wagen, anstatt sich bis zum Schluß am Nazi-Krieg zu beteiligen!

e) Das mit Sicherheit demagogischste Argument ist die Behauptung, daß die Zerstörung von 60% der Häuser Dresdens sich eigentlich gegen den Vormarsch der Roten Armee gerichtet habe. Diese Art der Argumentation (die keinesfalls nur von den SED-Revisionisten vorgetragen wird), übersieht, daß die Nazis so oder so auf ihrem Rückzug die Politik der "Verbrannten Erde" betrieben haben. Dabei gehört zu den Ungereimtheiten der "Dresden-Ideologen", daß sie einerseits behaupten, der Luftkrieg sei besonders massiv im Osten durchgeführt worden, um durch die Zerstörungen der Roten Armee die wirtschaftliche Basis für den Neuanfang zu erschweren, gleichzeitig wird aber "angeprangert", daß doch ach so wenig Industrie in Dresden zerstört worden sei. Nur nebenbei: Die Zerstörung Dresdens [12] ist gering, gemessen an zerstörten Gebäuden in Städten wie Köln, Stuttgart, Pforzheim usw. Auch dies zeigt, daß dieser Argumentationsstrang ein Schuß ist, der nach hinten los geht.

Ja, es gab Widersprüche zwischen den Armeen der imperialistischen Länder USA und England einerseits und der Armee der sozialistischen Sowjetunion andererseits. Doch diese Widersprüche bezogen sich nicht darauf, daß die Sowjetunion etwa an England kritisierte, daß es zu heftig und brutal Deutschland bekämpfte, sondern ganz im Gegenteil, daß zu schwach und zu ineffektiv gekämpft wurde. [13]

☆ ☆ ☆

Die Bombardierung deutscher Großstädte geschah im Einvernehmen aller Alliierten. Das zeigen die Dokumente eindeutig. Zum Beispiel schrieb Stalin am 19. 4. 1943 an Churchill:

> **"Ich freue mich, daß Sie beabsichtigen, die Bombenangriffe auf deutsche Städte in ständig wachsendem Umfang fortzusetzen."**
> (Stalin, Briefwechsel mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, Berlin 1961)

Und am 14. Januar 1944 schreibt er an Churchill:

> **"Folglich brauchen Sie die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen, sondern sollten sie möglichst verstärken."**
> (ebenda, S. 230)

Die richtige Haltung zu Dresden ist keine Spezialfrage irgendwelcher studierten Militärs oder Möchtegern-"Militärfachleute", die darüber fachsimpeln, wo mehr oder wo weniger Bomben hätten geworfen werden müssen. [14]

> ***Es ist bei genauerem Hinsehen überhaupt keine Dresden-Frage: Es geht um die Rechtfertigung der Kriegsanstrengungen der Nazis als "Verteidigung", um die Diffamierung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, es geht darum, den Nazi-Faschismus schrittweise zu rehabilitieren - wobei diese Schritte immer größer werden.***

Es ist die zwingende Aufgabe aller kommunistischen Kräfte, auch wenn es eigentlich nur um konsequent demokratisch zu klärende Fragen geht, auch bei der Aufklärung dieser Fragen voranzugehen, Informationen, Materialien und Dokumente zu verbreiten, um richtigen antinazistischen Dokumenten angesichts der Geschichtsfälscher zum Durchbruch zu verhelfen.

Jeder Mann muß mitkämpfen!

Durch Anschlag wurde heute folgender Aufruf des Gauleiters bekanntgegeben:

Männer Ostsachsens!

Der General der Panzertruppen Gräser teilt mir soeben mit:

„Gauleiter!

Wir haben die in Sachsen eingebrochenen Bolschewisten abgeschnitten und werden sie vernichten."

Ich rufe deshalb alle Männer Sachsens ostwärts der Elbe auf, die Waffe in die Hand zu nehmen und den verhaßten Feind zu schlagen, der nur in einzelnen Abteilungen durch das Land zieht.

Jeder Mann muß mitkämpfen! Jede Waffe beteiligt sein. Die Bolschewistenhorden sollen merken, daß sie in unsere Heimat nicht ungestraft einbrechen können.

Jetzt gilt es! Wenn Ihr alle mannhaft und tapfer seid, dann gelingt es, diese asiatischen Horden zu vernichten.

Heil Hitler

Martin Mutschmann, Gauleiter.

Bis zur letzten Minute: Durchhalte-Aufruf der Nazis vom 24. April 1945

Einsatz aller Arbeitskräfte für die Verteidigungsbereitschaft

Anordnung des Kommandanten des Festungsbereichs Dresden

Der Ernst der gegenblicklichen Lage erfordert außergewöhnliche Maßnahmen, um die Verteidigungsbereitschaft des Verteidigungsbereiches beschleunigt zu vollenden. Jeder ist verpflichtet, seine ganze Arbeitskraft dafür einzusetzen.

Um Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, ordne ich an: Jeder Mann, jede Frau sowie Jungen und Mädchen (vom 14. Lebensjahr an) stellen sich mit Schanzgerät (Hacke, Schaufel und Spaten) täglich (einschließlich Sonntag) ab 21. April 8 Uhr zum Stellungsbau oder zu Aufräumungsarbeiten an den durch Plakate bekanntgegebenen Stellplätzen.

Arbeitszeit für Männer (vom 18. Lebensjahr aufwärts) von 8 bis 16 Uhr, für Frauen und Jugendliche von 8 bis 12 Uhr. Verpflegung ist mitzubringen. Der bereits angesetzte Einsatz der Betriebe für Schanz- oder Rüstungsarbeit bleibt bestehen.

Der Kommandant des Festungsbereiches Dresden:

gez.: Prinz von und zu Liechtenstein
General der Infanterie.

Ein Nazi-Dokument, das zeigt, daß Dresden zur Festung ausgebaut wurde

Anmerkungen und Quellen

(1) Vor allem ist da der Aufruf ***"Kein Friede mit Deutschland! Keine Träne für Dresden! Der Krieg der Anti-Hitler-Koalition war gerecht"*** zu nennen.

Zum Beispiel wird gegen die Lüge von der "sinnlosen Zerstörung Dresdens" nicht nur insgesamt der Krieg gegen Nazi-Deutschland, sondern auch der Luftkrieg der Alliierten im Kern richtig verteidigt:

> **"Sinn des Bombenkrieges gegen NS-Deutschland war erstens Zerstörung der industriellen Kriegswirtschaft, insbesondere der Treibstoffversorgung, zweitens die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung und drittens, Vergeltung für Städte wie Coventry zu üben."**

(2) Die Gruppe "ak kassiber Berlin" schreibt:

> **"Wir sehen, daß die Sehnsucht, in Deutschland möge es ein bißchen so sein, wie woanders, sei es Chiapas oder Kurdistan, immer noch stark vorhanden ist. Wir halten sie aber für falsch und gefährlich: sie ist auch ein Ausdruck der Verdrängung der deutschen Geschichte, die eben nicht tot und schon gar nicht vergangen ist."**
>
> **"So teilen wir z.B., daß es für eine antinationale Aktion zum 8. Mai keinen positiven Bezug auf die nationalen Befreiungsbewegungen geben darf."**
> ("Tragen wir den deutschen Konsens oder nicht, akzeptieren wir einen deutschen Frieden oder lassen es bleiben", ak kassiber berlin, Dezember 94, S. 4 bzw. 2)

Beide Zitate zusammen zeugen bei diesen angeblich "Antideutschen" in Wirklichkeit von "urdeutschem" Gemüt. Weil Deutschland ***nicht*** national unterdrückt ist, soll der Befreiungskampf des kurdischen Volkes und der Befreiungskampf in Mexiko keine nationale Komponente haben dürfen, dürfe man "keinen positiven Bezug" auf nationale Befreiungskämpfe nehmen?

Diese "deutsche Ausdehnung" - was in Deutschland richtig ist, gilt auch in allen anderen Ländern - ist zutiefst schematisch, antirevolutionär und ganz und gar nicht internationalistisch.

An dieser Stelle auch noch eine kurze Bemerkung zu dem Begriff "antideutsch". Die Verfasser dieses Begriffes sind Deutsche, aber tun so, als wären sie es nicht oder betonen sie wollen es nicht sein, als ob das eine Frage des Wollens ist. Sie sind Deutsche und können sich aus den mit dieser objektiven Tatsache verbundenen Konsequenzen nicht feige und demagogisch entziehen (siehe dazu auch unsere Kritik an der "Radikalen Linken" und ihrer Parole "Nie wieder Deutschland", in: "Gegen die Strömung" Nr. 50, S. 18-22).

(3) Die "Broschürengruppe" versteigt sich in ihrer Kritik an den "Antideutschen" zu folgender Aussage:

> **"Ebenso lehnen wir alle Versuche ab, die Bombardierung Dresdens oder anderer deutscher Städte oder der Aussiedlung Deutscher aus den vom Faschismus überfallenen Nachbarländern oder die Vergewaltigung von Frauen durch Soldaten der Anti-Hitler-Koalition mit dem Faschismus und der Shoa aufzurechnen."**
> (Interim, Nr. 317, 2.2.1995, S. 26)

Hier werden in einem Atemzug der Völkermord an den europäischen Juden, gerechte antinazistische Maßnahmen (Umsiedlungen) und Probleme innerhalb der Armeen der Anti-Hitler-Koalition genannt. Mit keinem Wort wird klargemacht, *was davon Verbrechen sind und was nicht. Ja, es* wird suggeriert und Raum dafür gelassen, auch die gerechten Umsiedlungen als "Verbrechen" einzustufen, das zwar nicht ganz so schlimm wie die Nazi-Verbrechen war, deshalb nicht "aufzurechnen" sei, aber eben auch ein Verbrechen war.

Dagegen muß klargestellt werden:

Die Nazi-Verbrechen waren Verbrechen, die in ihrer Dimension in der bisherigen Weltgeschichte einmalig sind.

Die sicherlich innerhalb der Armeen der Anti-Hitler-Koalition vereinzelt vorgekommenen Vergewaltigungen oder auch Plünderungen wurden von den alliierten Armeen nach deren Richtlinien bekämpft und bestraft.

Die Umsiedlungen deutscher Bevölkerung nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens aus Polen und der Tschechoslowakei waren Maßnahmen, die gegen die Rolle der deutschen Bevölkerung als "fünfte Kolonnen" *des Nazi-Faschismus in diesen Ländern gerichtet waren.* Die Umsiedlungen waren Teil des Kampfes zur vollständigen Vernichtung der Überreste des Nazi-Faschismus nach 1945 und zur Vernichtung der Kriegsgefahr, die vom deutschen Imperialismus ausging und ausgeht, die wir auch heute gegen die Hetze der deutschen Imperialisten offensiv verteidigen müssen.

(4) Wie weit Nazi-Quellen heute wieder offiziell Bestandteil der Propaganda des deutschen Imperialismus sind, zeigt sich ganz besonders deutlich am Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". In einer besonderen Dokumentation zu den Bombardierungen Hamburgs wurden ohne jeden distanzierenden Kommentar "dokumentierte Augenzeugenberichte für den Hamburger Polizeipräsidenten aus dem Jahre 1943" abgedruckt. ("Operation Gomorrha, Luftangriffe auf Hamburg vor 50 Jahren", Beilage zum Spiegel 29/1993, S. 3)

(5) Bezeichnend ist auch, daß so gut wie niemand der 56.000 Mitglieder der englischen und US-amerikanischen Flugzeugbesatzungen der Bomber-Staffeln gedenkt, die von den Nazis abgeschossen, ermordet wurden.

(6) Die FAZ leugnet die historische Wahrheit, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes bis zum 8. Mai 1945 hinter den Nazis stand:

> **"Die Zahl der fanatischen oder auch nur verzweifelten Anhänger des nationalsozialistischen Staates war klein geworden."**
> (FAZ, 11.2.95)

(7) Wie Stalin 1946 feststellte, hatte der 2. Weltkrieg **"von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges"** (vergl. Stalin, Rede in der Wählerversammlung... 9.2.1946, Werke Band 15, S. 38), er war *vom Gesamtcharakter her also ein gerechter Krieg* gegen die Nazis und ihre faschistischen Verbündeten.

Lenin machte klar, daß bei der Bestimmung des Charakters eines Krieges Fragen wie "Wer hat den ersten Schuß abgegeben?" völlig unwesentlich sind und stellte klar:

> **"Der Spießbürger begreift nicht, daß der Krieg die 'Fortsetzung der Politik' ist, er begnügt sich deshalb mit der Erklärung: 'der Feind greift an', 'der Feind ist in mein Land eingefallen', ohne Gedanken sich darüber zu machen, *worum* der Krieg geführt *wird*, von *welchen* Klassen, um *welchen* politischen Zieles willen."**
> (Lenin, "Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den 'imperialistischen Ökonomismus'", 1916, Werke Band 23, S. 24)

(8) Stalin erklärte - leider zu optimistisch in bezug auf Deutschland - am 6. 11. 1941 in einer Rede in Moskau:

> **"...daß nicht nur das europäische Hinterland, sondern auch das deutsche Hinterland der deutschen Truppen einen Vulkan darstellt, bereit auszubrechen und die hitlerschen Abenteurer zu begraben."**
> (Stalin, Der 24. Jahrestag der Oktoberrevolution, Werke Band 14, S. 255/256)

Am 1. Mai 1942 formulierte Stalin ähnlich:

> ***"Für das deutsche Volk wird es immer klarer, daß* der einzige Ausweg aus der geschaffenen Lage darin besteht, Deutschland von der Abenteurerclique Hitler-Göring zu befreien."**
> (Stalin, Befehl des Volkskommissars für Verteidigung vom 1.5.1942, Werke Band 14, S. 272)

(9) In einem Kommentar der FR vom 13. 2. 95 mit der bezeichnenden Überschrift "Auschwitz, Dresden, Hiroshima" wird die Bombardierung Dresdens direkt als "Kriegsverbrechen" diffamiert:

> **"Daß die Briten Dresden zweimal ohne strategische Absichten und Ziele ins Visier nahmen, die Einsätze somit die Dimension eines Racheaktes bekamen: das festzuhalten ist auch Deutschen erlaubt... Dresden und Hiroshima waren Kriegsverbrechen."**

Die FAZ erklärt die Bombardierung Dresdens indirekt zum "Verbrechen", wenn sie im Zusammenhang mit dem Luftkrieg der Alliierten von "Angriffen auf wehrlose deutsche Städte" (FAZ, 11.2.95) *spricht.*

Die schon zitierte "Broschürengruppe" argumentiert im Fahrwasser von Herzog, wenn sie behauptet, daß ja angeblich die Bomben auf Dresden auch gegen Nazi-Opfer wie jüdische Menschen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene gerichtet waren:

> **"Nicht nur Deutsche (eine kleine Minderheit Widerständlerinnen, untergetauchter Juden und Jüdinnen und eine große Mehrheit Mittäterinnen) haben in Dresden eins auf die Schnauze bekommen. In Dresden lebten nicht nur Deutsche, sondern auch Fremdarbeiterinnen und Kriegsgefangene aus verschiedenen Ländern..."**
> (Interim Nr. 317, 2.2.1995, S. 26)

(10) Allein in den zwei Tagen der Kämpfe zur Besetzung Dresdens verlor die Rote Armee noch 200 Personen. Ein Befehl des Oberkommandos der Roten Armee von 1945 lautet:

> **"Die Kämpfer der 1. Ukrainischen Front haben nach zweitägigen schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen und heute am 8. Mai die Stadt Dresden genommen, einen mächtigen Verteidigungsknoten in Sachsen."**
> (Zitiert nach: Sächsische Zeitung, 3./4. Mai 1975)

(11) In einem Dokument der englischen Luftwaffe von 1945 heißt es:

> **"Dresden, die siebtgrößte Stadt Deutschlands ... hat sich zu einem Industriezentrum vorrangigster Bedeutung entwickelt und ist, wie jede andere große Stadt mit einer Vielzahl von Telefon- und Bahnverbindungen, von höchstem Wert für die Kontrolle der Verteidigung jenes Frontabschnittes, der jetzt von Marschall Konjews Durchbruch bedroht ist. Der Angriff (auf Dresden, A.d.V.) hat den Zweck den Feind dort zu schlagen, wo er es am meisten spüren wird..."**
> (Aus einem internen RAF-Memo, 1945, Review of the work of Int. I)

Dresden war Eisenbahn- und Verwaltungszentrum, nach Berlin und Leipzig die größte Stadt im Gebiet der "Ostfront", Garnisonsstadt, in der große Truppenteile konzentriert waren. Dresden war ohne Zweifel eine der wichtigsten Nazi-Festungen.

Auf der Grundlage dieser Fakten muß bewußt sein, daß zum Zeitpunkt der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 die Rote Armee nur 110 km entfernt im Kampf mit den Nazi-Truppen lag. Vor allem über Dresden wurde der Nachschub der Nazis für die "Ostfront" organisiert, Dresden war entscheidendes Koordinationszentrum, gerade auch um den Vormarsch der Roten Armee zu bekämpfen.

(12) Immer wieder reden die diversen "Dresden-Ideologen" auch entgegen der historischen Wahrheit von der "Vernichtung Dresdens" und wollen damit suggerieren, daß ja fast kein Unterschied mehr zwischen der Bombardierung Dresdens und dem nazistischen Völkermord, der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis bestünde. Die FAZ spricht schon in der Überschrift ihrer Ausgabe vom 11.2.95 von der "Vernichtung auf einen Schlag" .Herzog beginnt seine Dresden-Rede damit, daß "die Stadt Dresden durch Bomben vernichtet worden" sei. (Das Parlament 24. 2. 95, Nr. 9/95, S. 11) In Wirklichkeit sind eben lediglich selbst laut einer offiziellen Berechnung der westdeutschen Regierung ca. 60% der Wohnungen in Dresden zerstört worden. Dresden steht laut dieser Quelle erst an 22. Stelle einer Liste der von den Bombardierungen betroffenen deutschen Städte. (Dokumente deutscher Kriegsschäden, Band I, Bonn 1958-64, S. 52 f.)

(13) Auf der Seite der englischen und amerikanischen imperialistischen Staaten spielten bei der mehr oder minder konsequenten Befolgung einer gegen die Nazis gerichteten Politik nicht nur die Prinzipien imperialistischen Konkurrenzdenkens gegen die imperialistische Großmacht Deutschland eine wesentliche Rolle. Der - heute vielleicht schwer vorstellbare, aber damals klar vorhandene - ungeheure moralische Druck der Bevölkerung der "eigenen" Länder angesichts der weltweiten Verbrechen des Nazifaschismus hatte in gewisser Hinsicht eine noch grundlegendere Bedeutung.

Die westlichen Alliierten waren unter dem Druck der Weltöffentlichkeit, der wachsenden Autorität der sozialistischen Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland trug, unter dem Druck der eigenen Bevölkerung mehr und mehr ***gezwungen***, der sozialistischen Sowjetunion (klassenmäßig ihr Erzfeind) beizustehen, Waffen zu liefern, endlich die "zweite Front" im Westen zu eröffnen und die verabredeten Bombardierungen Nazi-Deutschlands energisch durchzuführen.

(14) So heißt es bei der schon zitierten "Broschürengruppe":

> **"...(es) stellt sich doch die Frage, ob die Bomben auf Dresden nicht effektiver für das Ziel, die Niederlage Deutschlands zu erreichen hätten eingesetzt werden können."**
> (Interim, Nr. 317, 2.2.95, S. 26)

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

★ Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

★ Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

★ Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

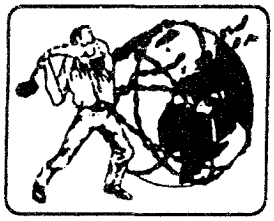
ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

4/95 April 1995 DM 1,-

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!

50 Jahre Schwur von Buchenwald:

"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"

Buchenwald... das ist für *die deutschen Imperialisten* das Stichwort für ihre reaktionäre Propaganda der Gleichsetzung der Nazi-KZs mit den notwendigen und berechtigten antinazistischen Internierungslagern nach 1945 in Deutschland.

Buchenwald... das ist für die *SED/PDS-Revisionisten* ein Anlaß, ihr deutsch-chauvinistisches, ganz und gar nicht kommunistisches Weltbild zu transportieren. Es wird eine ganz bestimmte Vorstellung, ein ganz bestimmter Inhalt der Ereignisse in Buchenwald mit Verschiebungen und Verfälschungen zur "Rettung der Ehre der deutschen Nation" propagiert.

Buchenwald... ist dagegen für *die kommunistischen Kräfte*, ist für uns ein Symbol, an dem sehr, sehr viel über die Nazi-Verbrechen und ihre hauptsächlichen Verursacher, die Haltung des deutschen Volkes während der Nazi-Zeit, die Rolle der KPD vor 1945, die Rolle der KPD und SED nach 1945, die Rolle der Armeen der Anti-Hitler-Koalition und der Erfüllung oder Nichterfüllung des Schwurs von Buchenwald in Deutschland nach 1945 erklärt und geklärt werden kann.

Der Nazi-Terror im KZ Buchenwald

Das KZ Buchenwald wurde vom Nazi-Regime im Juli 1937 in der Nähe von Weimar mitten in Deutschland errichtet.

Wer nach Buchenwald verschleppt wurde, war - wie in den anderen Nazi-KZs auch - ***mörderischen Lebensbedingungen*** ausgesetzt: ***Hunger, den schlimmsten Krankheiten wie Typhus oder Ruhr, systematischem Schlafentzug, tagtäglichem Terror und ständiger Schikane durch die SS bei gleichzeitiger brutaler Sklavenarbeit in Betrieben des deutschen Imperialismus gemäß dem Nazi-Programm "Vernichtung durch Arbeit"*** - das bestimmte den "Alltag" für die Häftlinge.

Der Nazi-Terror war weitgehend unberechenbar, erzeugte dadurch Entsetzen und Schrecken, die Häftlinge mußten jederzeit damit rechnen, daß sie das nächste Opfer der SS werden könnten. Die Nazis erschlugen, zertrampelten, erschossen, erhängten, erwürgten und ertränkten tagtäglich Häftlinge. Folter aller Art gegen Häftlinge - auch das gehörte zum "Alltag" des KZ Buchenwald.

Das KZ Buchenwald war kein Nazi-Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Belzec, Sobibor und Chelmno, es war jedoch Teil des Systems der KZs und Vernichtungslager, das vor allem den industriellen Völkermord an über 6 Millionen Juden und Jüdinnen, an über 500.000 Sinti und Roma durchführte.

Auch im KZ Buchenwald, wie auch in den meisten anderen KZs, wurden ***Massenmorde an Juden, Sinti und Roma*** durchgeführt. Juden und

☐ *Militärische Invasion des türkischen faschistischen Regimes im Irak mit Unterstützung des deutschen Imperialismus*

Trotz der Heuchelei von Kinkel und Co über die "Kriegsführung" der Türkei und der "Drohung", die deutschen Waffenlieferungen einzufrieren, kann sich das türkische faschistische Regime bei seiner Invasion im Irak, seinem Bombenterror, der Vernichtung ganzer Landstriche, der Liquidierung von Dörfern, der Massaker der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung der Loyalität der deutschen Regierung sicher sein.

Das PKK-Verbot bildet eine direkte, auch militärische Unterstützung für das türkische Regime; die mörderischen Abschiebungen von Kurden in die Klauen des türkischen Regimes, die gerade jetzt wieder mit Aufhebung des niemals wirklich realisierten "Abschiebestopps" massenhaft anlaufen sollen; die umfangreichen Waffenlieferungen aus DDR-Beständen an die Türkei - diese Fakten beweisen eindeutig, daß ein Drahtzieher auch des jetzigen Terrors des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk die deutschen Imperialisten sind.

☐ *Solidarität mit dem Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen!*

Angesichts der militärischen Eskalation in der Türkei und im Irak verstärken die kurdischen Genossinnen und Genossen ihren Kampf gegen das türkische faschistische Regime auch in Deutschland, wie z.B. mit Angriffen auf türkische Banken, mit Massendemonstrationen. Mit diesem gerechten Kampf gilt es mit aller Kraft internationalistische Solidarität zu entwickeln, diesen Kampf gilt es gegen jegliche Verleumdungen zu verteidigen.

Es gilt jede Möglichkeit zu nutzen, den Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen auf der Straße gegen den deutschen Staatsapparat, den Kampf gegen die Abschiebungen maximal zu unterstützen.

☐ *Solidarität mit der vom Nazi-Terror bedrohten kurdischen und türkischen Bevölkerung!*

Die Nazis verschärfen zeitgleich mit der Verstärkung der gerechten Aktionen der kurdischen Genossinnen und Genossen ihren mörderischen Terror. Die Nazis treten als "Trittbrettfahrer" auf und erzeugen unter der Bevölkerung aus der Türkei Angst und Schrecken. Die bürgerlichen Medien verschleiern den Nazi-Terror, um die Nazi-Pest zu verharmlosen.

Der Kampf für die internationalistische Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes kann in Deutschland nicht wirklich geführt werden, wenn er nicht verknüpft wird mit dem Kampf gegen den Nazi-Terror, der sich vor allem auch gegen die kurdische und türkische Bevölkerung richtet.

S.6: Kritik der chauvinistischen Phrase der SED-Revisionisten von der "Rettung der Ehre der deutschen Nation" durch den Widerstand in Buchenwald!

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht

Nazi-Verbrecher aus dem KZ Buchenwald - in Westdeutschland amnestiert, versorgt und gepflegt

Die Geschichte vieler Nazi-Verbrecher aus dem KZ Buchenwald ist in mehrerer Hinsicht typisch für die Geschichte von hundertausenden von Gestapo, SD- und SS-Mördern. Diese Nazi-Verbrecher, die in Westdeutschland nach 1945 nicht verurteilt, sondern gehegt und gepflegt wurden, haben vor allem den Aufbau der westdeutschen Polizei, der Geheimdienste, der Bundeswehr und des Justiz- und Beamtenapparats vorangetrieben und durchgeführt.

Aus dem KZ Buchenwald sind die bekanntesten Fälle:

● Der SS-"Arzt" und Obersturmbannführer Eisele war von 1940 bis 1943 als "Lagerarzt" direkt an der Ermordung von tausenden von Häftlingen durch Giftspritzen beteiligt. Hunderte von Häftlingen hat er mit Sicherheit eigenhändig ermordet. Er war gefürchtet und berüchtigt, machte Jagd nach Häftlingen im Krankenbau und auf dem Appellplatz. 1947 wurde dieser Nazi-Mörder im Dachauer Buchenwaldprozeß von einem US-Militärgericht in Westdeutschland gerechterweise zum Tode verurteilt, 1948 aber schon zu lebenslanger Haft begnadigt. 1950 war Eisele wieder auf freiem Fuß und praktizierte als Arzt in München. Er konnte ins Ausland flüchten und starb dort 1967 eines natürliche Todes.

● Der SS-Hauptscharführer Otto, führend beteiligt an der Ermordung von über 8000 sowjetischen Kriegsgefangenen durch die getarnte Genickschußanlage und einer der Mörder Ernst Thälmanns, wurde im Dachauer Buchenwaldprozeß zu nur 20 Jahren Haft verurteilt. Schon 1952 war dieser Nazi-Verbrecher wieder frei, erhielt als "Spätheimkehrer" 6000 DM vom westdeutschen Staat und wurde Lehrer in Geldern/Rheinland. Die westdeutsche Justiz nahm trotz der Zeugenaussage des ehemaligen polnischen Häftlings Marian Zgoda, die dieser bis in die 60er Jahre immer wieder wiederholte, erst 1962 die Ermittlungen auf. Jedoch erst 1985 konnte der Rechtsanwalt der Tochter Ernst Thälmanns die Erhebung der Anklage erzwingen. Otto wurde zu einer lächerlichen Strafe verurteilt, konnte nach wie vor frei herumlaufen und kassierte seine Pension vom westdeutschen Staat. Vor einigen Jahren ist auch Otto eines natürlichen Todes gestorben.

● Der SS-Massenmörder Sommer, der "Henker von Buchenwald" wurde 1947 in Westdeutschland von einem überlebenden Häftling des KZ Buchenwald erkannt. Trotzdem blieb er noch 10 Jahre auf freiem Fuß. Immer wieder attestierten ihm Juristen und Ärzte angebliche "Verhandlungsunfähigkeit". Erst 1958 wurde ihm in Westdeutschland auf internationalen Druck hin der Prozeß gemacht. Trotz des Urteils "Lebenslänglich" wurde er schon 1968 amnestiert und lebte noch 1984 im komfortablen Altenpflegeheim Stephanusheim in Rummelsberg.

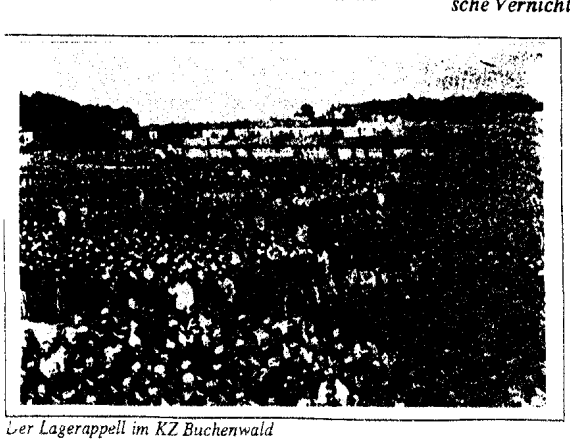
Man darf sich keinen Illusionen hingeben: Viele Nazi-Verbrecher sind ihrer gerechten Strafe vor allem mit Hilfe des deutschen Imperialismus entgangen und sind - ohne jemals bestraft zu werden - gestorben.

Jedoch gilt es auch und gerade heute angesichts der sich immer weiter ausbreitenden Nazi-Pest in Deutschland alles zu tun, damit sämtliche heute noch lebenden Nazi-Mörder nicht ruhig im Bett sterben und ihre Verbrechen ungesühnt bleiben, sondern daß möglichst viele ihre gerechte Strafe bekommen!

Jüdinnen, Sinti und Roma und die "slawischen Untermenschen" standen in der Nazi-Hierarchie ganz unten, gegen sie wurde besonders grausam und brutal vorgegangen.

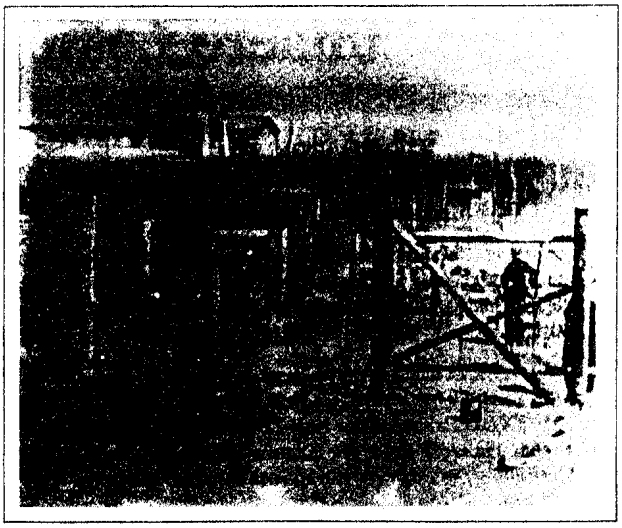
Insgesamt ist bekannt, daß 40.000 Juden und Jüdinnen von den Nazis ins KZ Buchenwald verschleppt wurden. Nach dem Nazi-Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland und Österreich im November 1938 wurden von den über 12.000 nach Buchenwald eingelieferten Juden und Jüdinnen in kurzer Zeit 600 ermordet. Von den im September 1939 aus Österreich und der Tschechoslowakei eingelieferten 2500 Juden und Jüdinnen wurden innerhalb eines Jahres auf besonders barbarische Weise 2000 ermordet. Die Nazi-Bestien ließen die Häftlinge erfrieren, verhungern und ermordeten sie mit vergiftetem Essen.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges wüteten die Nazi-Mörder auch in Buchenwald besonders barbarisch, um den Himmler-Befehl "Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen" in die Tat umzusetzen. In nur 4 Monaten, vom Januar bis zum April 1945 wurden über 7000 jüdische Häftlinge von den Nazis ermordet, zum großen Teil auf den Todesmärschen durch Deutschland.



Der Lagerappell im KZ Buchenwald

Im Juni 1938 kam der erste Massentransport von 1000 deutschen Sinti und Roma nach Buchenwald. Sinti und Roma wurden in Buchenwald systematisch gequält und ermordet, bekamen keine Winterkleidung, sie mußten schwerste Sklavenarbeit durchführen. Die Sterblichkeitsrate unter Sinti und Roma war besonders hoch. Die belegten Transporte zeigen, daß 20.000 Sinti und Roma in Buchenwald eingekerkert waren, wieviele davon ermordet wurden ist unbekannt. (R. Rose / W. Weis, Sinti und Roma im "Dritten Reich", Göttingen 1991, S. 95/96)



Das Todeslager innerhalb des KZ Buchenwald für polnische Häftlinge

Nach dem Überfall des Nazi-Faschismus auf die sozialistische Sowjetunion im Juni 1941 begann gemäß dem ideologischen Programm der "Ausrottung des Bolschewismus" die ***systematische Vernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen,*** zuerst durch die SS-"Einsatzgruppen" und die Nazi-Wehrmacht und dann auch immer mehr durch das System der Nazi-KZs. 5,7 Millionen Rotarmisten gerieten in Gefangenschaft, 3,3 Millionen wurden ermordet, davon allein bis zum Februar, also in 8 Monaten, 2 Millionen.

In Buchenwald wurden sowjetische Kriegsgefangene durch eine besondere Bestialität planmäßig vernichtet. In einem Pferdestall wurde eine getarnte Genickschußanlage aufgebaut und damit von Oktober 1941 bis Anfang 1944 8433 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Auch ***polnische Häftlinge,*** die gemäß der Nazi-Ideologie "Untermenschen" waren, wurden in Buchenwald ermordet. Die größte bekannte, systematisch geplante und durchgeführte Massenmordaktion an polnischen Häftlingen begann im Oktober 1939. Bis zum Februar 1940 wurden in einem extra dafür errichteten Todeslager innerhalb Buchenwalds durch Erfrieren und Verhungern 3000 Häftlinge ermordet, die Überlebenden durch SS-"Ärzte" mit Giftspritzen ermordet.

Die SS-Mörder im weißen Kittel waren nicht nur an der Ermordung dieser polnischen Häftlinge beteiligt. Sie folterten und ermordeten systematisch vor allem jüdische und sowjetische Häftlinge mittels ***pseudomedizinischer Experimente*** durch Typhus-, Fleckfieber-, Cholera- und andere todbringende Infektionserreger. Allein von den 1000 Häftlingen, die mit Fleckfieberregern infiziert wurden, starben sofort 158 Häftlinge.

Fast 8 Jahre lang, bis zur Befreiung am 11. April 1945, hatte die Nazi-Bestie gewütet, schreckliche Verbrechen an Häftlingen aus über 30 Nationen verübt. In dieser Zeit waren insgesamt 250.000 Häftlinge im KZ Buchenwald inhaftiert, 70.000 bis 80.000 von ihnen wurden von den Nazis in Buchenwald ermordet, nur 21.000 überlebten diese Hölle.

Im Verlaufe des 2. Weltkrieges wurde es immer klarer und gegen Ende des Krieges war es erschreckende Realität: Aufgrund des weltgeschichtlich noch nie dagewesenen Ausmaßes an reaktionärer Verhetzung, an Verbohrtheit und Charakterlosigkeit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, die buchstäblich bis zur letzten Minute des Krieges den Nazis gefolgt ist, war das deutsche Volk nicht in der Lage, den Nazi-Terror von sich aus zu beenden und den Sturz des Nazi-Regimes durchzuführen.

> ***Das Ende des Nazi-Terrors wurde nicht durch das deutsche Volk herbeigeführt.***

Die Befreiung vom Nazi-Faschismus kam von "außen", durch die alliierten Armeen, vor allem die Roten Armee, mit Unterstützung der Partisanen und Partisaninnen der von den Nazis besetzten Länder. Deutschland wurde durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt, die die politische Macht übernahmen und ausübten.

Warum die antinazistischen Internierungslager nach 1945 notwendig waren

Die Propagandisten des deutschen Imperialismus sind sich einig: Die antinazistischen Internierungslager der Roten Armee nach 1945 in der SBZ/DDR - wie zum Beispiel das Lager Buchenwald - werden als "ungerecht", als "Verbrechen", die internierten Nazis werden als "Opfer" hingestellt. Der Antikommunismus, der insbesondere in der Form des Antistalinismus vorherrscht, wird geschickt ausgenutzt, es wird daran angeknüpft und die Lüge "Stalins Lager waren genauso schlimm wie die Nazi-Lager" verfehlt seine Wirkung auch bei vielen ehrlichen Antinazisten nicht. Buchenwald spielte und spielt in dieser Propaganda eine besondere Rolle, wurde zum reaktionären Symbol für all diese Geschichtsfälscher.

Doch alle diese reaktionären Hetzer werden die Wahrheit nicht aus der Welt schaffen können:

> ***Das System der KZs und Vernichtungslager des Nazi-Faschismus diente den Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus, der Vernichtung, Ausbeutung und Unterdrückung der Völker.***

Der weltweite antinazistische Kampf der Völker hatte die Vernichtung des Nazi-Faschismus zum Ziel, die Befreiung der Völker von seiner bestialischen Herrschaft. Die Internierungslager der Roten Armee - wie auch der englischen Armee und der US-Armee in Westdeutschland - entsprechend den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition waren zentraler Bestandteil dieses Kampfes, der ja nach dem 8. Mai 1945 noch lange nicht zu Ende war.

Am 8. Mai 1945 war die militärische Niederlage der Nazis besiegelt. Jedoch war der Nazi-Faschismus keineswegs vollständig zerschlagen und vernichtet. Kader des Nazi-Faschismus gab es noch auf allen Gebieten, so auch im gesamten Staatsapparat. Millionen aktiver Nazis in der NSDAP, der SA, der SS, der Gestapo oder der Nazi-Wehrmacht waren an den Verbrechen des Nazi-Faschismus mehr oder weniger beteiligt, sie alle waren nach dem 8. Mai 1945 natürlich nicht über Nacht verschwunden. Versprengte militärische Einheiten der SS, der Wehrmacht oder "Werwölfe" (illegale bewaffnete Nazi-Gruppen) stellten eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die alliierten Armeen dar. Vor allem aber waren die Wurzeln des Nazi-Faschismus noch nicht beseitigt.

Das Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition vom August 1945 wurde zur Grundlage für den Kampf zur vollständigen Vernichtung des Nazi-Faschismus. Es legte drei zentrale Aufgaben der Entnazifizierung Deutschlands fest:

- Säuberung sämtlicher Teile des Staatsapparates, sämtlicher Ämter und Betriebe von aktiven Nazis,
- Aburteilung der Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer,
- Verhaftung und Internierung sämtlicher leitender Nazi-Funktionäre und beliebiger Personen, die für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens gefährlich sind.

Zur dritten Aufgabe heißt es im Potsdamer Abkommen:

> **"Nazistische Parteiführer und die Leitung der nazistischen Ämter und Organisationen und beliebige andere Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."**
> (Die Potsdamer Konferenz 1945, Berlin 1986, S. 386)

Aus mehreren Gründen waren die Internierungslager der Anti-Hitler-Koalition für die Durchführung der Entnazifizierung zentral:

Erstens galt es insgesamt die Entnazifizierung, die Aburteilung der großen wie der "kleinen" Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer, der großen wie "kleinen" Nazi-Kollaborateure nach dem Grundsatz durchzuführen, den Stalin als Antwort auf die Frage gegeben hat, wie weit man bei der Verfolgung zweitrangiger Nazi-Verbrecher gehen sollte:

> **"Je weiter man gehen wird, desto besser."**
> (Stalin Werke Band 15, S. 92)

Nicht zu viele, sondern viel zu wenige aktive Nazis und andere Reaktionäre wurden nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland interniert!

In der Direktive Nr. 39 des alliierten Kontrollrates vom 12. 10. 1946 wurden die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens konkretisiert und für ganz Deutschland einheitliche Kriterien für die Entnazifizierung festgelegt, nach denen vorgegangen werden sollte:

> **"Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:**
>
> **a) Die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;**
>
> **b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;**
>
> **c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.**
> (Amtsblatt des Alliierten Kontrollrates. Nummer 11, 31.10.1945)

Die Realität der Entnazifizierung in Bezug auf Internierung, Verurteilung und Vollstrekkung der Strafen sah in Deutschland bis in die 40er Jahren folgendermaßen aus:

- Insgesamt wurden in ***ganz Deutschland*** lediglich ca. 350.000 Personen aufgrund der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens und des alliierten Kontrollrates interniert.
- Bis zum 31. Mai 1946 wurden in der ***britischen Besatzungszone*** 71.250 Personen interniert, davon 65.000 aufgrund der automatischen Arrestkategorie, 4044 als Kriegsverbrecher, 2100 zur Sicherung der Besatzungsmacht. In der ***Besatzungszone der USA*** waren im Winter 1945 120.00 Personen interniert.

In ***Westdeutschland*** wurden lediglich ca. 4000 Personen verurteilt, ca. 800 zum Tode, von denen ca. 500 hingerichtet wurden. Die Todesurteile und Hinrichtungen wurden alle in den ersten Monaten nach dem 8. Mai 1945 ausgesprochen bzw. durchgeführt.

- Nach amtlichen sowjetischen Angaben Ende der 40er Jahre wurden bis zum Januar 1947 65.138 Personen in der ***SBZ*** interniert.

In der SBZ waren bis zum 1. 1. 1947 von 14.820 einsitzenden Nazi-Kriegsverbrechern 14.240 verurteilt, davon 95% zwischen 1945 und 1950, 138 Kriegsverbrecher wurden zum Tode verurteilt.

Angesichts der Tatsache von Millionen aktiver Nazis, die direkt oder indirekt an schlimmsten Nazi-Verbrechen beteiligt waren, kann die einzige vom antinazistischen Standpunkt aus gezogene Schlußfolgerung lauten:

> ***Nicht zu viele, sondern viel zu wenige sind interniert worden, viel zu wenige Nazi-Verbrecher sind wirklich gerecht bestraft worden, viel zu viele sind vor allem ab den 50er Jahren mit Hilfe der westdeutschen Imperialisten, der USA und Englands geflüchtet, untergetaucht und niemals zur Rechenschaft gezogen worden!***

Quellen: H. Wember, Umerziehung im Lager, Essen 1991, Spiegel Spezial Nr. 4/1995

Die "MLPD" im Fahrwasser der Nazis: Die Lüge von der "systematischen Vernichtung" deutscher Kriegsgefangener in US-Lagern

Wer die nebenstehend abgebildete Broschüre der "MLPD" zunächst von der Grafik und dem Titel her anschaut, könnte meinen, es mit einer Publikation der Nazis zu tun zu haben. Herausgeber ist aber die "MLPD". Und was in der Broschüre geschrieben steht, entspricht der äußeren Aufmachung: Der Inhalt könnte ohne Probleme das Publikum auf jeder Wahlkampfveranstaltung von Schönhuber zu Beifallsstürmen hinreißen.

Es wird, kurz gesagt, aufgerechnet, ganz im Tenor des deutschen Imperialismus, der seit Jahr und Tag angebliche Verbrechen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition auflistet, um so die Verbrechen des Nazi-Faschismus zu relativieren.

Nicht nur der reißerische Titel "Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen" schwimmt auf dieser "Relativierungswelle". Die braune Soße ergießt sich in der ganzen Broschüre über die Leserin und den Leser: "US-Kriegsverbrechen totgeschwiegen" heißt es da in einer Überschrift. Worin bestanden denn nun die "Verbrechen" an jenen deutschen Soldaten, die in ihrer übergroßen Mehrheit bis zum Schluß nicht wagten zu desertieren und ihre Munition im Auftrag der Nazis verschossen oder selber Nazis waren?

Die "MLPD" benutzt in dieser Broschüre den Begriff "systematische Vernichtung". Doch wer erwartet, nun würde wirklich über "systematische Vernichtung", über die industriell organisierten Mordfabriken in den Nazi-Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Belzec, Majdanek-Lublin, Chelmno und Auschwitz-Birkenau gesprochen, in die die Häftlinge, vor allem jüdische Gefangene sowie Sinti und Roma, nur mit einem Ziel eingeliefert wurden, nämlich für die "systematische Vernichtung", der wird eines schlechteren belehrt!

Die "MLPD" behauptet, ein Teilnehmerstaat der Anti-Hitler-Koalition, die USA, hätten (das sagt die "MLPD" und nicht etwa die "REPs"!)

> **"die systematische *Vernichtung* deutscher Kriegsgefangener in den amerikanischen Lagern" betrieben.**
> (S. 27 dieser Broschüre, die 1985 erschien und auch in der "Roten Fahne", Zentralorgan der MLPD, propagiert wird)

"Systematische Vernichtung"??

Die "MLPD" betrachtet es als Enthüllung, daß 3000 deutsche Kriegsgefangene, die vorher in der Nazi-Wehrmacht gedient hatten, in einem US-amerikanischen Kriegsgefangenenlager an Krankheit und Erschöpfung in drei Monaten starben. Mag sein, daß selbst diese Zahlen von Nazis stammen, mag sein, daß diese Zahlen stimmen. Sie beweisen erst einmal gar nichts. Ebenso wie die Zahl der in sowjetischen Lagern gestorbenen deutschen Häftlinge gar nichts beweist.

3000 Tote, das war die Zahl der Menschen, die innerhalb von zwei Stunden - und der industrielle Massenmord lief rund um die Uhr, tagtäglich - in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau, in Treblinka oder Sobibor ermordet werden konnten.

Das war "systematische Vernichtung".

Die demgegenüber mehr oder weniger komfortablen Lager der Staaten der Anti-Hitler-Koalition damit auch nur in Zusammenhang zu bringen, ist nicht einfach ein Fehler, das ist ein wirkliches Verbrechen, das ist nazistische Propaganda!

Wir sind sehr für eine Differenzierung der durchaus sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Haltung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition. Allerdings völlig anders als die "MLPD".

Der wesentliche Unterschied war in Wahrheit der, daß in den US-Lagern schon bald nach 1945 die Masse der alten Nazis bevorzugt, unter "humanitärem" Mäntelchen die Verfolgung der großen und kleinen Nazi-Henker hintertrieben wurde. Dort wurde eine "Entnazifizierung" betrieben, die einer "Nazifizierung" Westdeutschlands gleichkam, während wenigstens in den ersten zehn Jahren nach 1945 die Sowjetunion und die Rote Armee die Nazi-Henker ermittelten, bestraften und hinrichteten. 1955 allerdings, zwei Jahre nach dem Tod Stalins, begann die Sowjetunion als Anbiederung an die westlichen Imperialisten mit der Freilassung deutscher Kriegsverbrecher - ein von Adenauer groß gefeierter Sieg. Das gilt es anzuprangern, nicht aber die angeblich zu "harte" Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Das ist aber ganz und gar nicht die Herangehensweise der "MLPD".

In ihrem Chauvinismus scheut sie sich nicht, auch die sozialistische Sowjetunion zur Zeit Stalins als angeblich "zu hart" anzugreifen und das Potsdamer Abkommen zu beschimpfen. In dem Buch Willi Dickhuts mit dem Titel "So war's damals... Erinnerungen eines Solinger Arbeiters" läßt die "MLPD" ein KPD-Mitglied die Verleumdungen gegen das Potsdamer Abkommen und die Sowjetunion Stalins vorbringen, um dann zu schlußfolgern:

> **"Die Kritik war durchaus berechtigt."**
> (ebenda, S. 526)

Welche Kritik? Lassen wir also auch, obwohl es ungeheure Verleumdungen sind, diese angebliche "Kritik" auf deutsch-chauvinistischer Basis zu Wort kommen:

> **"Daß wir (die KPD, A.d.V) mitverantwortlich für das gemacht werden, was in der russischen Politik als unsere Volksinteressen gefährdend angesehen wird. Z.B. die Haltung der Sowjet-Regierung in der Frage der Ostgrenze Deutschlands, der Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Gebieten, der Verweigerung der Aufhebung der Zonengrenze, der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen. Besonders schädigend ist gerade das Verhalten der Sowjet-Regierung im letzten Fall. "**
> (ebenda, S. 526)

Konkret wird hier als "Gefährdung der Volksinteressen" (was für ein Ausdruck!!) angesehen:

★ Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

★ Die Umsiedlungen der in ihrer Mehrheit nazistisch verhetzten deutschen Bevölkerung aus Polen und der CSSR entsprechend dem Potsdamer Abkommen

★ Die Festsetzung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, ihr Einsatz bei der Wiederherstellung der von ihnen zerstörten Sowjetunion, die nötigen Maßnahmen, um die großen und kleinen Nazi-Henker ausfindig zu machen, ihre Verurteilung usw.

Es ist eigentlich nur logisch, daß die vorgeblich gegen die USA gerichteten Angriffe der schlechten "Behandlung", gar "systematischen Vernichtung" deutscher Kriegsgefangener sich auch (oder gerade) gegen die Sowjetunion zur Zeit Stalins richtet.

Diese ganze revanchistische und deutsch-nationalistische Grundauffassung steckt ganz, ganz tief in den Köpfen der führenden Kräfte der "MLPD". Mit der Haltung von Marx und Engels, mit der Haltung von Kommunisten und Kommunistinnen hat das ganze wirklich *nichts* zu tun.

Um diesen Grundsatz verwirklichen zu können, war es unerläßlich, sämtliche der Beteiligung oder Unterstützung an Nazi-Verbrechen Verdächtigen sofort zu internieren, damit sie nicht untertauchen, ja flüchten und sich damit ihrer gerechten Strafe entziehen konnten.

Zweitens war die Internierung aller Personen, die das Potsdamer Abkommen und seine Umsetzung gefährden konnten oder bekämpften, zentral, um die Entstehung einer pronazistischen antialliierten Bewegung schon im Keim zu erstikken, um den maximalen Schutz der alliierten Soldaten in Deutschland gegen Nazi-Anschläge zu gewährleisten.

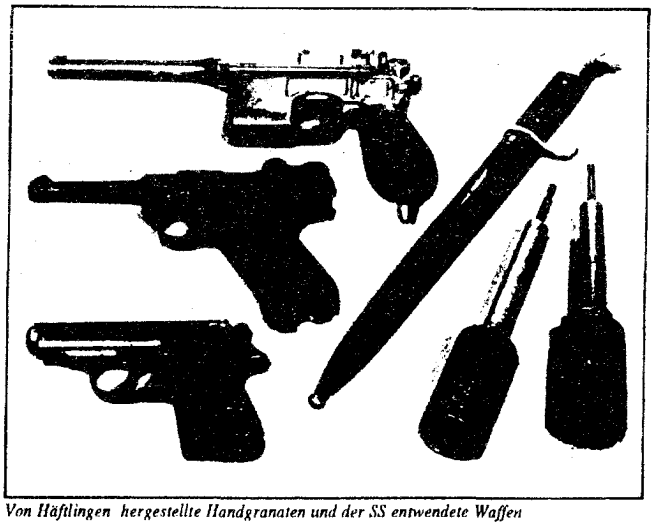
Ein Argument gegen die Internierungslager ist, daß angeblich "Unschuldige" interniert worden sind. Von den insgesamt ca. 350.000 Internierten gibt es vielleicht wirklich zwei, drei oder vier Fälle, in denen die Internierung nicht korrekt war. Aber selbst da ist Skepsis angebracht. Die Namen, ihre Lebensgeschichte und die ihnen gemachten Vorwürfe sollen erst einmal auf den Tisch gelegt werden. Es muß bewußt sein:

Es gab allein 12 Millionen NSDAP-Mitglieder, davon 500.000 SS-Leute, 60.000 Gestapo-Henker, hundertausende nazistische Blockwarte und Spitzel. Im Verhältnis dazu ist die Zahl von 350.000 Internierten ungeheuer gering, mit Sicherheit eben zu gering als zu groß!

Eines der dümmsten Argumente ist die Behauptung, die im Ton der Empörung vorgetragen wird, daß auch "SPD-Mitglieder" interniert waren. Dies wird als weiterer "Beweis" für die "Ungerechtigkeiten der Internierung" präsentiert. Ja es ist wahr, daß auch SPD-Mitglieder interniert waren, aber es sollte doch klar sein, daß Tausende und Abertausende von Nazi-Funktionären *sehr rasch* in die SPD eingetreten sind, um sich "unangreifbar zu machen." Zudem: Ob SPD, CDU oder "parteilos" - wer gegen das Potsdamer Abkommen hetzte, gefährdete die Besetzung Deutschlands und wurde völlig zu Recht interniert!

Der Kern, der gegen die reaktionären Hetzer immer wieder betont werden muß und auch für den heutigen Kampf gegen die Nazis zentrale Bedeutung hat, ist:

Ohne diktatorische Gewalt gegen Nazis und Nazi-Verbrecher, ohne ihre maximale Niederhaltung, Internierung und weitestgehende Aburteilung konnte nach dem 8. Mai 1945 die Entna-



Von Häftlingen hergestellte Handgranaten und der SS entwendete Waffen

zifizierung nicht durchgeführt werden, die Parole "Demokratie für alle" nützt damals wie heute im Kampf gegen die Nazis nur den Nazis selbst.

Den kommunistischen Widerstand im KZ Buchenwald verteidigen!

Es ist kein Zufall, daß gerade der internationale kommunistische Widerstand im KZ Buchenwald in letzter Zeit immer mehr zu einem vorrangigen Ziel der antikommunistischen Hetze der deutschen Imperialisten wird. Von der Propaganda der BILD-Zeitung "Kommunisten halfen Nazis" bis zu subtileren Methoden der Diffamierung, wie der weitgehenden Säuberung der Gedenkstätte des KZ Buchenwald von der Erinnerung an den kommunistischen Widerstand, weil dessen Rolle angeblich "überhöht" gewesen sei - das Ziel ist vor allem den am besten organisierten kommunistischen Widerstand in einem Nazi-KZ zu diffamieren, um insgesamt den kommunistischen Widerstand gegen den Nazi-Faschismus zu diskreditieren. Die historische Wahrheit ist eindeutig:

> ***Die führende Kraft im Kampf gegen die Nazis waren die kommunistischen Kräfte aller Länder, die vom Nazi-Faschismus überfallen wurden und die kommunistischen Kräfte aus Deutschland - das kann gerade auch am KZ Buchenwald gezeigt werden.***

Der Kampf um die "Häftlingsselbstverwaltung"

Sofort nach der Errichtung des KZ Buchenwald wurden deutsche Kommunisten eingeliefert. 1937/38 waren über 7000 deutsche Häftlinge im KZ Buchenwald eingekerkert, vor allem Mitglieder der KPD, die während dieser Zeit den "Grundstamm" der Häftlinge bildeten. Bis die ersten Genossen aus anderen Ländern 1938/39 nach Buchenwald verschleppt wurden, hatten die deutschen antinazistischen Häftlinge unter Führung der Kommunisten bereits ein Netz illegaler Verbindungen errichtet und wichtige Erfolge im *Kampf um die "Häftlingsselbstverwaltung"* erzielt.

Die "Häftlingsselbstverwaltung" sollte nach einem Plan der Nazis die innere Verwaltung, das "Funktionieren" des KZ-"Alltags" garantieren und gleichzeitig durch Einbeziehen von kommunistischen Kadern diese materiell und moralisch korrumpieren, sie sollte die nationalen Gegensätze schüren und so vom Kampf gegen die SS ablenken.

Die Frage war, ob sich die Antinazisten an der "Häftlingsselbstverwaltung" beteiligen sollten. Die Gratwanderung, die riesigen Probleme, die dabei entstanden, z.B. was es heißt immer konkret jegliche Anpassungspolitik, jegliche Kollaboration mit dem Feind, jegliche unzulässige Kompromisse zu erkennen und zu vermeiden, sich nicht korrumpieren zu lassen, den unversöhnlichen Haß gegen die Nazis zu bewahren und gleichzeitig nicht solche Kompromisse abzulehnen, die den Häftlingen nützen - all das kann am Kampf der komunistischen Kräfte gegen die pronazistischen Häftlinge um die "Häftlingsselbstverwaltung" im KZ Buchenwald erklärt und bewußt gemacht werden.

Rettung von Häftlingsleben durch Verstecken im Krankenbau, prügelnde Kapos entfernen, eine bessere Verteilung des Essens gewährleisten - das ist nur ein Ausschnitt des Erfolges des großartigen Kampfes der kommunistischen Kräfte in der "Häftlingsselbstverwaltung". Deutsche Kommunisten hatten in diesem Kampf die besten Bedingungen, weil sie von den Nazis als "Arier" bevorzugt auf Posten der "Häftlingsselbstverwaltung" gestellt wurden.

> ***Sie leisteten hervorragendes und haben es ermöglicht, daß immer weitergehend auch kommunistische Kräfte anderer Nationalitäten in die "Häftlingselbstverwaltung" miteinbezogen werden konnten und so der Widerstand noch effektiver wurde, die Todesrate in Buchenwald erheblich gesenkt werden konnte.***

Der Kampf gegen das Nazi-System von "Teile und Herrsche" und für den Proletarischen Internationalismus

Die Organisierung einer internationalen Widerstandsorganisation erforderte von den Kommunisten einen ausdauernden ***Kampf um den proletarischen Internationalismus.*** Denn das System der Nazis zielte darauf ab, vor allem die nationalen Gegensätze zwischen den Häftlingen zu schüren mit einem ausgeklügelten System von "Teile und Herrsche". So bekamen deutsche und österreichische Häftlinge bestimmte Privilegien, um sie zu korrumpieren, an unterster Stufe standen die "slawischen Untermenschen", die Juden und die Sinti und Roma, gegen die besonders barbarisch vorgegangen wurde. Dabei wurden von den Nazis sämtliche chauvinistischen Vorurteile bei den Häftlingen ausgenutzt, um sie gegeneinander auszuspielen, vor allem auch der Antisemitismus und Antiziganismus, die ja gerade auch vor 1933 in Deutschland schon tief verwurzelt waren. Das für die internationalistische Zusammenarbeit erforderliche Vertrauen mußte erst hergestellt werden. Ein überlebender deutscher kommunistischer Häftling des KZ Buchenwald schildert die Aufgabe folgendermaßen:

> **"Das Internationale Lagerkomitee führte eine große Erziehungsarbeit zur Ausschaltung der Gegensätze zwischen den einzelnen Nationen durch, die naturgemäß in einem faschistischen Konzentrationslager vorhanden waren und immer wieder in Erscheinung traten. Mit aller Schärfe wurde der Kampf gegen die Überheblichkeit einiger deutscher Häftlinge geführt, die bewußt oder unbewußt die faschistische Ideologie des Herrenstandpunktes auch im Verhältnis zu den Häftlingen anderer Nationen anwenden wollten."**
> ("Die Tat", Berlin, 11.4.1952)

Vor allem die sowjetischen Genossen haben in diesem Kampf hervorragendes geleistet. Sowjetische Kommunisten schafften es, eine Zeitung für die sowjetischen Kriegsgefangenen herauszugeben und Artikel gegen den Antikommunismus wie z.B. "Die Freundschaft der Nationalitäten in der UdSSR" zu schreiben, die unter den Häftlingen diskutiert wurden.

Erst wenn es gelang, sich im Kampf gegen den Hunger, die Krankheiten, die brutalen Lebensbedingungen, die bei den Häftlingen eine tiefe Demoralisierung erzeugten, zusammenzuschließen, war die weitgehende Überwindung der nationalen Gegensätze wirklich möglich. Denn Vertrauen vor allem in die deutschen antinazistischen Häftlinge konnte nur geschaffen werden, wenn diese ganz materiell beweisen konnten, daß Kampf gegen die Nazis für sie bedeutete, daß sie maximal solidarisch waren mit den Häftlingen anderer Nationalität.

Auch hier wurde im KZ Buchenwald herausragendes geleistet, insbesondere im Kampf für die von den Nazis am brutalsten Gequälten, die sowjetischen und jüdischen Häftlinge.

Als nach dem antisemitischen Pogrom im November 1938 die Nazis im KZ Buchenwald die verschleppten jüdischen Häftlinge in einem eigenen Lager innerhalb Buchenwalds isolierten und systematisch durch Hunger und Krankheiten ermorden wollten, wurde sofort vor allem von österreichischen und deutschen Kommunisten eine breite Solidarität organisiert. Unter Lebensgefahr wurden Kleidung, Eßgeschirr und Lebensmittel in das Sonderlager geschmuggelt, es wurde eine Typhus-Impfung durchgeführt und so der Widerstand der jüdischen Häftlinge im Sonderlager gegen ihre Ermordung unterstützt und gestärkt.

Eine weitere entscheidende Aktion für den internationalistischen Zusammenschluß des Widerstands im KZ Buchenwald war die Solidarität mit den ersten 2000 sowjetischen Kriegsgefangenen. Ihre Ankunft wurde nicht, wie die Nazis sich das vorgestellt hatten, zur Präsentation der "bolschewistischen Untermenschen", sondern zu einer kraftvollen Manifestation des Kampfes gegen den nazistischen Antikommunismus. Aus allen

Kritik der chauvinistischen Phrase der SED-Revisionisten von der "Rettung der Ehre der deutschen Nation" durch den Widerstand in Buchenwald

In dem Buch von Günther Kühn und Wolfgang Weber, "Stärker als die Wölfe", einem der DDR-Standardwerke über die IMO und die Geschichte der Befreiung Buchenwalds aus den 70er Jahren, wird auf S. 266 ein "Auszug aus der Resolution der elf in Buchenwald vertretenen kommunistischen Parteien vom 19. 4. 1945" abgedruckt. Dabei wird sogar vor Fälschung nicht zurückgeschreckt und ohne jede Skrupel werden zwei Absätze aus der Resolution der 11 Kommunistischen Parteien vom 19. 4. 1945 einfach wegretuschiert, die a) die Rolle der US-Armee bei der Befreiung Buchenwalds aufzeigen und b) klarstellen, daß für die 11 Kommunistischen Parteien Genosse Stalin der unbestrittene und anerkannte führende Genosse der kommunistischen Weltbewegung war. Was sind die Gründe dafür, daß die Rolle der USA und der sozialistischen Sowjetunion im wahrsten Sinne des Wortes wegoperiert wurden? Es liegt auf der Hand, daß so der Mythos der "Selbstbefreiung" gepflegt werden soll.

❑ Gründe für die Übertreibung der Rolle der deutschen Kommunisten und der Entstehung der Theorie der "Selbstbefreiung"

Warum wurde der Beitrag des deutschen kommunistischen Widerstandes, der Beitrag des kommunistischen Widerstandes zur Befreiung Buchenwalds entgegen den historischen Tatsachen so aufgebauscht und aufgebläht bis zum Mythos von der "Selbstbefreiung" und dabei sogar vor plumper Fälschung nicht zurückgeschreckt? Die Gründe liegen tiefer als nur in einer falschen Haltung zur Geschichte Buchenwalds.

Die Anerkennung der Mitschuld des deutschen Volkes an den Nazi-Verbrechen, die noch im Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945 verankert war, wurde zuerst verschwiegen, immer weiter aufgeweicht und schließlich Schritt für Schritt im Laufe der 50er Jahre von der SED revidiert.

Es entstand eine Tradition der schändlichsten chauvinistischen Ausfälle der SED und ihrer führenden Kader.

Diese Tradition beginnt schon 1946 vor der Gründung der SED mit Äußerungen von Pieck, Parteivorsitzender der KPD und nach Gründung der SED Mitglied des Polbüros der SED, der schlimmen deutschen Chauvinismus propagiert, ja die Parole "Deutschland über alles" variiert:

> **"Sie (die Kommunistische Partei, A.d.V) verkörpert die großen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und stellt das Vaterland über alles."**
> (W. Pieck, "Um die Erneuerung der deutschen Kultur", 3.2.1946, Reden und Aufsätze, Berlin 1952, Band 2, S. 34)

Diese Tradition wird fortgeführt in einer ZK-Erklärung der SED "Gegen Bombenteppiche der USA-Barbaren in Korea", in der die gerechte Bombardierung Nazi-Dresdens im Februar 1945 mit dem reaktionären Krieg der USA gegen Korea von 1950 direkt gleichgesetzt wird. Es werden Formulierungen wie "Vernichtung Dresdens" benutzt, um auch die alliierten Armeen der "Kriegsverbrechen" zu beschuldigen:

> **"Die deutsche Bevölkerung hat am eigenen Leibe die Wirkung dieser amerikanischen Bombenteppiche verspürt. Die Vernichtung Dresdens zu einem Zeitpunkt, als die Niederlage des Nazisystems längst besiegelt war, die Zerstörung großer Teile des Stadtkerns von Berlin, die Vernichtung von Arbeitervierteln in vielen deutschen Städten durch diese Bombenteppiche bei gleichzeitiger Erhaltung militärisch-industrieller Objekte, sind noch in allzu deutlicher Erinnerung."**
> (Dokumente der SED, Band III, Berlin 1952, S. 196)

Diese Linie setzt sich 1952 fort mit der chauvinistisch-antisemitisch gefärbten ZK-Erklärung der SED zum Ausschluß von Paul Merker aus der SED, die die berechtigte Forderung nach Wiedergutmachung der Nazi-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung als "Verschiebung von deutschem Volksvermögen" diffamiert:

> **"Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er (P. Merker, A.d.V.) mit den Worten: 'Die Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen."**
> (Dokumente der SED, Band 4, Berlin 1954, S. 206)

Ein widerlicher Höhepunkt wurde 1955 erreicht, als sich Pieck und Grotewohl für die Freilassung der 9626 Nazi-Kriegsverbrecher in der Sowjetunion im chauvinistischem Konkurrenzkampf mit Adenauer einsetzen. Obwohl es eine Tatsache war, daß diese über 9000 Nazis keineswegs "einfache" Kriegsgefangene waren, sondern wie der sowjetische Ministerpräsident Bulganin 1955 klarstellte, Kriegsverbrecher, die die schlimmsten Massenmorde begangen hatten, fälscht Pieck diese Nazi-Bestien in angebliche "Kriegsgefangene" um:

> **"Ich halte daher den Zeitpunkt für gekommen, mich an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ... mit einer offiziellen Fürsprache der Deutschen Demokratischen Republik für die vorfristige Entlassung aller ehemaligen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion Strafen verbüßen, und ihre Rückkehr in die Heimat zu wenden."**
> (Aus dem Schreiben von Pieck an Woroschilow vom 31.8.1955)

Dieser "Einsatz" von führenden Kadern der SED und die schließliche Amnestie eines Teils dieser Nazi-Mörder in der DDR war eine beispiellose Charakterlosigkeit, ein Meilenstein auf dem Weg zur völligen moralischen Versumpfung der SED!

Das war der Rahmen für ein Vergessen und Verdrängen, ja für die offene Revidierung der Linie des Potsdamer Abkommens in der SBZ/DDR.

❑ Warum es absurd ist, daß der Widerstand in Buchenwald die "Ehre der deutschen Nation" gerettet haben soll

In dieser Tradition wurde dann auch vor allem ab den 60 er Jahren von den SED-Revisionisten die systematische Verfälschung der Rolle des Widerstandes der KPD gegen die Nazis betrieben und die nationalistische Phrase von der "Rettung der Ehre der deutschen Nation" durch den Widerstand der KPD (siehe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, band 5, Berlin 1966, S. 436) geprägt und immer weitergehender vor allem auch auf den Kampf der deutschen Kommunisten im KZ Buchenwald zugespitzt propagiert, um die Mitschuld des deutschen Volkes an den Nazi-Verbrechen auch mit dieser "Argumentation" immer weiter zu relativieren. Vor allem der Kampf im KZ Buchenwald mußte immer wieder dafür herhalten, um den Mythos von einem "Stück selbtsbefreiten Deutschland" zu schüren und am Leben zu halten.

Die Phrase in Ulbrichts "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", daß der Widerstand deutscher Kommunistinnen und Kommunisten "die Ehre der deutschen Nation" gerettet haben soll ist in mehrfacher Hinsicht absurd:

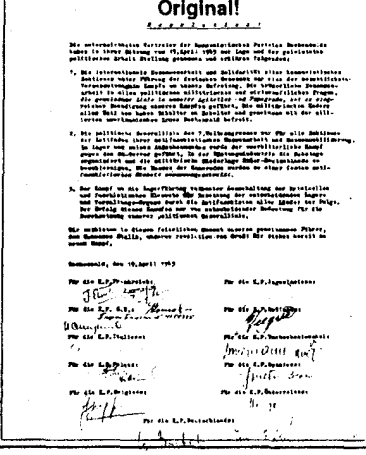
- Der deutsche Widerstand war gemessen an den Aufgaben ungeheuer gering. Er leistete keinen wirklich nennenswerten Beitrag zum militärischen Sieg über Nazi-Deutschland.

- Seine Bedeutung lag vor allem darin, die dreckige Lebenslüge der nazistisch verseuchten Spießer und Verbrecher zu widerlegen, die nach 1945 behaupteten, "man hätte ja nichts machen können"! Man konnte - der deutsche Widerstand hat es bewiesen - und damit die Schande der großen Mehrheit des deutschen Volkes bloßgelegt. Von einer "Ehre der deutschen Nation" also keine Spur!

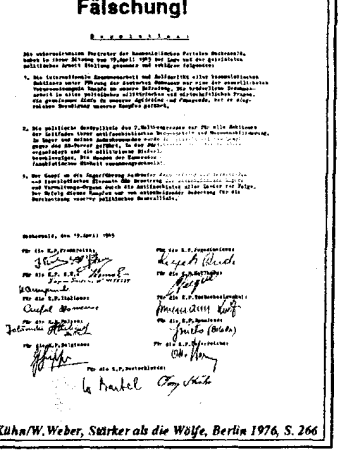
- Grundsätzlich war und ist "die deutsche Nation" eine reaktionär-imperialistische Nation, für deren "Ehre" sich nur reaktionäre Nationalisten und Chauvinisten einsetzen, wie die Nazis und mit den Nazis kollaborierende Nationalisten. Der Versuch der SED-Revisionisten, dieses Vokabular zu "nutzen", um sich an reaktionäre, nationalistische Vorstellungen anzuschleimen, war nur Ausdruck dafür, daß ein proletarisch-internationalistischer Standpunkt weitgehend oder völlig abhanden gekommen war!

Die SED-Revisionisten verfälschen die Resolution der 11 Kommunistischen Parteien vom 19.4.1945!

Original!



Fälschung!



Quelle: G.Kühn/W.Weber, Stärker als die Wölfe, Berlin 1976, S. 266

Baracken strömten Antinazisten und steckten den halbverhungerten Häftlingen unter Lebensgefahr ein Stück Brot oder Kartoffeln zu, was für viele erst einmal das Überleben bedeutete. In den nächsten Monaten führten die antinazistischen Häftlinge aller Nationalitäten gemeinsam mit den sowjetischen Häftlingen einen Kampf gegen ihre Ermordung. Essen wurde organisiert und zu den isolierten sowjetischen Gefangenen geschmuggelt.

GEGEN DIE STRÖMUNG

Die Entwicklung der SED - ein Teil der "deutschen Misere"

Der Widerstand im KZ Buchenwald hat es schließlich durch den unermüdlichen Kampf um die internationalistische Solidarität, in jahrelanger Kleinarbeit und mit viel Geduld und Vorsicht geschafft, ein durchdachtes, weitreichendes illegales Netz von Verbindungen aufzubauen und die Organisierung einer internationalen Widerstandsfront durchzusetzen. Ab 1942 begannen die verschiedenen nationalen Widerstandsorganisationen mit dem Aufbau militärischer Organisationen, die sich im Winter 1942/43 in der "Internationalen Militärorganisation" (IMO) zusammenschlossen. Im Sommer 1943 wurde dann das Internationale Lagerkomitee (ILK) gegründet. Im ILK waren die Repräsentanten der in Buchenwald kämpfenden kommunistischen Widerstandsgruppen verschiedener Länder vertreten. Das ILK war das anerkannte politische und ideologische Führungszentrum des antinazistischen Kampfes. Dort wurden alle wesentlichen politischen Aktivitäten der internationalen Solidarität und des antifaschistischen Widerstandes zentral geplant, koordiniert, durchgeführt und abgesichert. Die Beschlüsse des ILK wurden auf der Basis der mehrheitlichen demokratischen Abstimmung ihrer Mitglieder getroffen. Die Führung der IMO wurde den drei deutschen Genossen übertragen, die bisher die deutsche Militärorganisation geleitet hatten; einer von ihnen war gleichzeitig leitendes Mitglied des ILK und daher verantwortlich für die laufende Verbindung von IMO und ILK.

Unter Führung des ILK und der IMO wurde ein Kampf unter heute kaum vorstellbaren Bedingungen geführt, der nur als heldenhaft bezeichnet werden kann. Es wurde der legale mit dem illegalen Kampf gegen das barbarische Nazi-System im KZ Buchenwald verknüpft, für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge, gegen Spitzel und die Spaltungsversuche der Nazis, für die Entfaltung der Sabotage in den Rüstungsbetrieben bei Buchenwald, für die Schaffung bewaffneter Gruppen und die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.

Welch hohes Ansehen die kommunistischen Kräfte im KZ Buchenwald genossen wird auch klar durch die Aussage des christlich-demokratischen Häftlings Eugen Kogon:

"Der Verdienst der Kommunisten um die KL-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden."
(E. Kogon, Der SS-Staat, München 1983, S. 330)

Kein hauptsächlich "deutscher" Widerstand!

Schaut man sich die diversen DDR und SED-Standardwerke zum Widerstand im KZ Buchenwald an, so fällt vor allem auf, daß durch Gewichtung, reservierte Seitenzahl und Stil der deutsche kommunistische Widerstand eindeutig in den Vordergrund gestellt wird.

Prüfsteine gegen solche oder ähnliche deutschchauvinistische Sichtweisen sind nicht schwer zu finden:

- Wer weiß, daß von 12 Mitgliedern des ILK nur 3 deutsche Kommunisten waren,
- wer weiß, daß von den 900 militärischen Kämpfern der IMO nur 115 deutsche Häftlinge waren,
- wer weiß, daß der Funkspezialist, der den Sender gebaut hat, mit dessen Hilfe mit der US-Armee Kontakt aufgenommen wurde, ein polnischer Häftling war,

der kann eigentlich nicht im Traum daran denken - wenn ein ehrliches Interesse, den Widerstand gegen antikommunistische Angriffe zu verteidigen, damit verknüpft ist - den international geführten und geprägten Widerstand in Buchenwald in einen hauptsächlich deutsch bestimmten Widerstand umzufälschen. In Wirklichkeit diskreditiert eine solche Haltung durch Übertreibung den internationalen Widerstand und verunglimpft auch den hervorragenden ***internationalistisch geprägten*** Beitrag der deutschen Kommunisten. Durch diese Überbewertung der "deutschen Verdienste" wird zudem auch der deutsche Nationalismus und Chauvinismus in der deutschen kommunistischen und Arbeiterbewegung gefördert und gestärkt.

> Das Fazit kann nur lauten: ***Die Widerstandsaktionen in Buchenwald waren vor allem proletarisch-internationalistische Aktionen,*** wo die deutschen kommunistischen Kader eine gewichtige, aber in vielerlei Hinsicht auch untergeordnete Rolle gespielt haben!

Kampf für die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand

Eine zentrale Erfahrung des Kampfes des internationalen Widerstandes in Buchenwald war die Tatsache, daß es neben dem Kampf um die scheinbar kleinen Erfolge, im Kampf ums tägliche Überleben, im Kampf gegen die Nazi-Ideologie gelang, das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren und auf die Aufgabe hin zu orientieren, ***den bewaffneten Aufstand gegen die Nazi-Henker auf illegaler Basis zu planen und vorzubereiten,*** als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Nazi-Faschismus.

Dem ILK und der IMO gelang es, systematisch den bewaffneten Aufstand auf allen Ebenen vorzubereiten. Ein genauer ***Aufstands-Plan wurde erarbeitet***, in zweiter Linie aber auch ein ***"Defensivplan"***. Der ***Offensivplan*** sah vor, daß die Häftlinge den Zeitpunkt des Aufstandes aufgrund günstiger innerer und äußerer Bedingungen ***selbst*** bestimmen. Durch die sofortige Inbesitznahme der Waffenarsenale der SS sowie einer nahen Waffenfabrik, sollte die Bewaffnung tausender Häftling ermöglicht werden. Nach der Befreiung des Lagers wollten die Häftlinge sich mit dem antinazistischen Widerstand in der Umgebung von Weimar vereinigen.

Der ***Defensivplan*** war für den Fall ausgearbeitet worden, daß die Nazis das Lager liquidieren. In diesem Fall sollte unabhängig vom Kräfteverhältnis versucht werden, die SS zu überwältigen und aus dem Lager auszubrechen. Das war die Alternative zur kampflosen Aufgabe. Warum diese Unterscheidung heute so wichtig ist, werden wir weiter unten genauer erklären.

Die ***militärische Ausbildung*** der Mitglieder der IMO wurde praktisch und theoretisch durchgeführt. Alle Militärkader wurden an der Pistole und dem Karabiner drei bis fünfmal unterrichtet, für diese Ausbildung wurden legale und illegale Möglichkeiten genutzt bzw. geschickt miteinander kombiniert. Die ***Waffenbeschaffung*** der IMO stellt ein weiteres hervorragendes Beispiel dar, wie unermüdlich und vorbildlich der antinazistische Widerstand sein Netz geknüpft und eingesetzt hatte. Folgende Waffen wurden vor allem aus den Gustloff-Werken, dem Bahnhof Buchenwalds, sowie aus den Waffenkammern der SS besorgt und zum Teil auch selbst entwickelt und gebaut: 1 leichtes Maschinengewehr, 96 Karabiner, etwa 100 Pisto-

Bewaffnete Häftlinge übergeben den US-Truppen gefangene SS-Mörder

len, 124 Handgranaten, davon 16 aus den Beständen der SS, der Rest wurde in Eigenproduktion der IMO, von sowjetischen und polnischen Genossen hergestellt. Außerdem waren noch 50 Hieb- und ca. 100 Stichwaffen vorhanden und 1100 Brandflaschen.

1945 hatte die IMO 900 militärisch ausgebildete Kämpfer, die sich u.a. aus Offizieren und Soldaten der Roten Armee, Partisanen der verschiedensten Länder oder Interbrigadisten, und auch militärisch weniger erfahrenen Genossen zusammensetzten, die in Fünfergruppen organisiert waren.

Die nationale Zusammensetzung der militärischen Kader war wie folgt:

Sowjetunion: 56 Gruppen, Spanien: 9 Gruppen, Tschechoslowakei: 21 Gruppen, Italien: 5 Gruppen, Jugoslawien: 16 Gruppen, Ungarn: 6 Gruppen, Polen: 14 Gruppen, Deutschland: 23 Gruppen, Frankreich: 22 Gruppen, Österreich: 5 Gruppen, Niederlande: 2 Gruppen, Belgien: 8 Gruppen, Nachrichtenzug (Teil der "Häftlingsselbstverwaltung"): 7 Gruppen.

Die sowjetische Gruppe war nicht nur die zahlenmäßig stärkste, sondern auch die organisierteste und erfahrenste, sie war der Kern der illegalen Militärorganisation.

Warum die These der SED/DKP Revisionisten von der "Selbstbefreiung" den Widerstand in Buchenwald diffamiert

Keine Frage über den Widerstand im KZ Buchenwald ist so von den SED/DKP-Revisionisten beackert und bearbeitet worden wie die Frage der Befreiung Buchenwalds. In nahezu sämtlichen Büchern, Artikeln oder Aufsätzen aus der DDR oder von der DKP bis heute ist vom "Aufstand" und der "Selbstbefreiung Buchenwalds" die Rede.

Natürlich entspricht es der Wahrheit, daß das Lager beim Eintreffen der US-Truppen schon fest in der Hand der internationalen Widerstandsorganisation war, daß die internationale Widerstandsorganisation 225 SS-Mörder gefangengenommen hat, daß nach der Befreiung ein bewaffneter Schutz der Häftlinge gegen versprengte Nazi-Trupps organisiert wurde und daß die US-Truppen zunächst weiter auf Weimar marschierten und erst zwei Tage später die Leitung des Lagers übernommen haben. Das bestreiten nur eingefleischte Antikommunisten.

Es ist jedoch völlig falsch und ein Trick, diese historischen Tatsachen als "Selbstbefreiung" oder "Aufstand" zu bezeichnen.

Der Schlüssel zum Verständnis, warum die revisionistische These von der "Selbstbefreiung" falsch ist, besteht in der genauen Unterscheidung von Defensiv- und Offensivplan und in der wahrheitsgemäßen Einschätzung der Rolle der US-Truppen bei der Befreiung des KZ Buchenwald.

Die Schilderung des Berichtes des ILK, die Schilderungen verschiedener überlebender Häftlinge aller Nationen direkt nach 1945 machen den realen Beitrag des internationalen Widerstandes zur Befreiung Buchenwalds klar. Das Fazit kann nur lauten:

Es kann nicht von einem wirklichen bewaffneten Aufstand gesprochen werden, es kann nicht davon gesprochen werden, daß der Offensivplan verwirklicht worden wäre. Denn es fehlte die relevante bewaffnete Gegenmacht, die besiegt werden mußte. Es war eher eine Art friedliche Machtübernahme, eine Realisierung des Defensivplanes mit dem Herannahen der US-Truppen und der damit zusammenhängenden Flucht von über 2700 der 3000 SS-Leute. Die faktische Leistung des Widerstandes zur Befreiung Buchenwalds war also militärisch gesehen relativ gering, moralisch jedoch von riesiger Bedeutung für die antinazistischen Häftlinge, für den Kampf in den Nazi-KZs, es war die "Krönung" des jahrelangen illegalen Kampfes gegen die SS.

Die revisionistische "Selbstbefreiungsthese" hingegen provoziert die Frage: Warum wurde nicht schon eine Woche früher, auch wenn die US-Truppen noch weit weg waren, die Evakuierung der jüdischen und sowjetischen Häftlinge auf die Todesmärsche durch die SS, wo noch Tausende ermordet wurden, mit einer bewaffneten Erhebung verhindert?

Es wird bewußt, daß die Taktik des ILK - keine Auslösung des bewaffneten Aufstandes, das maximale Herannahen der US-Truppen abwarten - ***dann*** ein Verbrechen gewesen wäre, wenn es möglich gewesen wäre, daß sich das KZ Buchenwald ohne Nähe der US-Truppen hätte wirklich selbst befreien können und damit die Evakuierten vor den Todesmärschen hätte retten können. Ist dies klar, wird auch klar, daß die Bagatellisierung der Rolle der US-Truppen den großartigen Kampf der militärisch ungeheuer schwachen Widerstandsorganisation und ***die richtige Taktik des ILK*** im Grunde diffamiert und in den Dreck zieht.

Die Frage, ob und wann der Aufstand ausgelöst werden sollte, wurde im ILK immer wieder diskutiert. Die Verzögerung der Auslösung des Aufstandes bedeutete für alle Beteiligten eine riesige

Aus dem Bericht des ILK direkt nach 1945 über die Befreiung des KZ Buchenwald am 11.4.1945

"Gleichzeitig mit dem Erscheinen neuer Jagdbomber um 11.45 Uhr ertönte die bisher nur probeweise benutzte Feindalarmsirene. SS-Leute rannten herum und suchten von ihrem Raubgut zu retten, was sie nur konnten. Der Kommandant Pister war schon vorher mit seinem Mörderstab abgefahren, und um 12.10 Uhr hörten die Häftlinge zum letzten Mal die verhaßte Stimme des Rapportführes Hofschulte: 'Sämtliche SS-Leute aus dem Lager!' In Hochspannung verrannen die letzten Minuten. Langsam kreisten in geringer Höhe *Aufklärer. MG-Salven knatterten unaufhörlich.*

Dazwischen hörte man die Abschüsse aus Panzerkanonen. Der Kampflärm wurde immer deutlicher...

Um 14 Uhr marschierte eine Kompanie SS-Reserve in Richtung Front, bog dann aber ab um sich in Richtung Osten 'abzusetzen'... MG-Schüsse gellen auf, Tiefflieger schießen zur Erde. Das müssen flüchtende Panzer sein!

Wie vom Fieber geschüttelt liegen die bewaffneten Stoßtrupps des Lagers hinter Hügeln, zum Sturm auf den Zaun bereit. Noch immer kein Befehl zum Eingreifen. Im oberen Kommandanturbereich ist es noch ruhiger. Jemand ruft die Posten *von den Türmen. Zwei SS-Russen drükken* sich aus der Feuerlinie. Ein russischer Häftling ruft ihnen zu, die Waffen wegzuwerfen. Sie tun es. Der Sturm bricht *los. An fünf, sechs Stellen wird der Zaun* zerissen. Schüsse fallen in nächster Nähe. Über den Appellplatz rast eine Gruppe von Bewaffneten. LA (Lagerältester, A.d.V.) Eiden an ihrer Spitze. Es passieren auch schon die ersten Panzer die Straße nach Hottelstedt - SS-Revier. Sie dringen in den Kommandanturbereich ein und durchfuhren ihn, ohne sich aufzuhalten, in Richtung Weimar. Am Tor wurde die schwerbewaffnete Wache überwältigt. Kameraden vom Lagerschutz erstürmten den Turm, montierten das schwere MG ab. Die ersten Handgranaten und Panzerfäuste wurden erbeutet. Auch an der hinteren Seite des Lagers wurden die Zäune durchbrochen und die Wachtürme gestürmt.

Um 15.15 Uhr flattert die weiße Fahne auf Turm 1. Das Lager rast. Alles will Waffen und drängt nach außen. Die Kasernen werden gestürmt. Überall werden Waffen erbeutet, ins Lager gebracht und neue Gruppen mit ihnen ausgerüstet. Die ersten Gefangenen werden eingebracht. Der Lageräteste schickt seinen ersten Aufruf durch das Mikrophon: 'Kameraden! Die Faschisten sind geflohen. Ein internationales Lagerkomitee hat die Macht übernommen. Wir fordern euch auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Das Lager wird gesichert. Bleibt, soweit ihr nicht eingeteilt seid, in den Blocks!' Das Lager jubelte und blieb nicht in den Blocks. Jeder wollte eine Waffe und jeder wollte *dabei sein. Ein seit 1933 in Haft befindlicher* Kommunist begrüßte die ersten, den Durchbruchspanzern folgenden Spähwagen und gab ihnen Auskunft. Ununterbrochen *rollten Panzer über die Straße.* Laufend wurden SS-Leute, Soldaten und in Uniform gesteckte Hitler-Jungen eingebracht. Das Schlachtfeld war mit abgerissenen Achselstücken und den sonst so beliebten Sternen bedeckt. Zwei tote SS-Leute lagen an der Straße.

Das internationale Komitee hatte sofort nach Auftauchen der ersten Panzer seine Arbeit aufgenommen, und als gegen Abend die ersten amerikanischen Offiziere den Kommandanturbereich betraten, war bereits durch die militärische Leitung eine Sicherheitskette um das ganze Lager gezogen. Die amerikanischen Offiziere sprachen sich anerkennend über das tatkräftige Handeln der Häftlinge aus und sagten, nachdem sie über die Lage informiert waren, alle mögliche Hilfe zu.

Die Schlacht um das Konzentrationslager Buchenwald war geschlagen."

(Aus: KZ Buchenwald - Bericht des Internationalen Lagerkomitees, Weimar 1949, S. 211-212)

Der Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von den Nazibestien und ihren Helfershelfern ermordeten

51.000 Gefangenen!

51.000 erschossen, gehängt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet, abgespritzt.

51.000 Väter, Brüder und Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und hundertausende Kinder klagen an. Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen. Wenn uns eines am Leben hielt, dann war es der Gedanke:

Es kommt der Tag der Rache!

Heute sind wir frei!

Wir danken den verbündeten Armeen, den Amerikanern, Engländern, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt den Frieden und das Leben erkämpfen. Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisators und Initiators des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt.

F. E. Roosevelt!

Ehre seinem Angedenken!

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. Uns beseelte eine Idee. Unsere Sache ist gerecht - unser muß der Sieg sein.

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, opferreichen Kampf. Und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitler-Fahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Apellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren Gemordeten, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

Wir schwören!

moralische Belastung, erforderte eine riesige moralische Verantwortung, weil ja bewußt war, daß Evakuierung gleichbedeutend war mit Ermordung einer großen Anzahl von Häftlingen auf den Todesmärschen. Die richtige Beantwortung dieser Frage war eine schwierige und sehr komplizierte Frage und es gibt nur eine wahrheitsgemäße Antwort, warum das ILK keinen Aufstand ausgelöst hat:

Ohne Flucht von über 2700 der schwerbewaffneten 3000 SS-Bewacher vor den herannahenden US-Truppen konnte keinerlei Aufstand Erfolg haben, weil die militärische Überlegenheit der SS gegenüber der IMO zu groß war und es keine sympathisierende Bevölkerung in der Nähe des Lagers gab, die den Aufstand hätte unterstützen und die flüchtenden Häftlinge hätte schützen können - ganz im Gegenteil. In der Umgebung von Weimar wurde die deutsche Bevölkerung mit großem Erfolg zur Unterstützung der Nazis im "Volkssturm" mobilisiert. Ein Aufstand, die Realisierung des Offensivplans in dieser Situation hätte eine Niederlage bedeutet, was die Gefahr der Liquidierung des gesamten Lagers, gemäß dem Himmler-Befehl "Kein Häftling darf den Alliierten lebendig in die Hände fallen", ungeheuer erhöht hätte.

Bei der Herausstellung des hervorragenden Beitrags der internationalen Widerstandsorganisation bei der Befreiung und Rettung von über 21.000 Häftlingen aus den Klauen der Nazi-Mörder muß auch bewußt sein, daß diese in gewissem Sinne wirklich nur als hervorragend bezeichnet werden können, daß aber in gewissem Sinne der Widerstand nur wenig leisten konnte - so tragisch das auch war und ist. Ein Beispiel:

Es war eine großartige Leistung, die Evakuierung von 1500 jüdischen Gefangenen auf die Todesmärsche am 4.-5. April 2 Tage hinauszuzögern - was auch durch Tiefffliegerangriffe der US-Armee unterstützt wurde, weil dadurch die SS sich eine ganze Zeit nicht aus ihren Schutzräumen wagte. Zuvor konnten die Nazis solche Evakuierungen zumeist in ein bis zwei Stunden durchführen. Jedoch konnte die Taktik der Verzögerung der Evakuierungen bis zum Herannahen der US-Armee nicht verhindern, daß die Nazis insgesamt vom 6.-10.4. über 28.000 Häftlinge auf Todesmärsche schicken konnte, wo tausende noch von den Nazi-Bestien vor dem Herannahen der alliierten Armeen ermordet wurden.

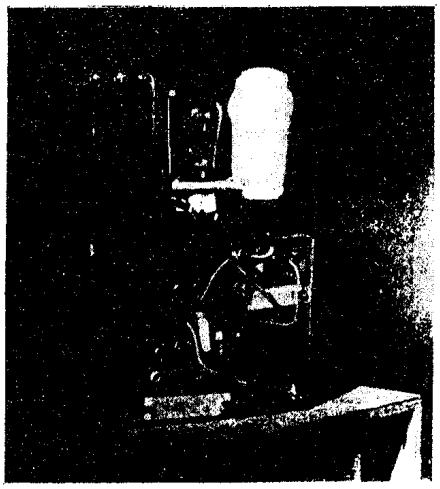
Die 11 in Buchenwald kämpfenden Kommunistischen Parteien formulierten am 19. 4. 1945 zur Befreiung Buchenwalds:

> **"Die militärischen Kader aller Nationen haben Schulter an Schulter und gemeinsam mit der alliierten amerikanischen Armee Buchenwald befreit."**

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum die 11 Kommunistischen Parteien direkt nach der Befreiung Buchenwalds eben nicht von einer "Selbstbefreiung" sprachen:

■ Zu klar war direkt nach 1945, daß die alliierten Truppen Deutschland vom Nazi-Regime befreit hatten, zu klar war die sehr gewichtige Rolle, die die US-Truppen für die Befreiung Buchenwalds gespielt hatten: Hätte es die US-Truppen nicht gegeben, hätte es am 11. April 1945 keine Befreiung Buchenwalds gegeben!

■ Diese Aussagen haben wirkliche Kommunisten gemacht, die ***Bescheidenheit*** als wesentliches kommunistisches Merkmal verinnerlicht und wirklich realistisch ihren Widerstand in den weltweiten Kampf gegen die Nazis eingeordnet hatten.



Der Empfänger des Funkgerätes, mit dem das ILK Kontakt zu den US-Truppen aufnahm

Die tiefe Bedeutung des Schwurs von Buchenwald analysieren!

Im Schwur von Buchenwald heißt es "Die ***Vernichtung*** des ***Nazismus*** mit seinen ***Wurzeln*** ist unsere Losung!"

Diese Formulierung wurde im Schwur von Buchenwald, der unter führender Beteiligung der kommunistischen Kräfte erarbeitet wurde, ganz bewußt gewählt und ist auch heute eine programmatische Aufgabenstellung für die kommunistischen Kräfte in Deutschland, die genau durchdacht und diskutiert werden muß.

1. Diese Formulierung macht deutlich, daß nach der Befreiung Buchenwalds der Kampf gegen den Nazismus keineswegs als beendet erklärt werden durfte, sondern daß der Kampf bis zur vollständigen Vernichtung des Nazismus mit seinen ***Wurzeln*** weitergeführt werden mußte und werden muß.

Diese Betonung der Wurzeln beinhaltet vor allem aus kommunistischer Sicht, daß der Nazismus alle allgemeinen Merkmale der offen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals - wie der 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale richtig den Faschismus definierte - besaß.

> Das bedeutet, daß die entscheidenden ***Wurzeln des Nazismus im System des Kapitalismus*** liegen und daß er deshalb endgültig mitsamt seinen Wurzeln nur vernichtet werden kann, wenn der Imperialismus in der proletarischen Revolution vernichtet wird.

2. Die Formulierung "Vernichtung" ist eine Kampfansage an jegliche reformistische oder revisionistische Vorstellung, die eine Art "Zurückdrängen" des Nazismus propagiert. Der Kampf zur vollständigen Vernichtung des Nazismus ist ein blutiger Kampf, bedeutet die Vorbereitung und Verwirklichung großer Aufgaben für die kommunistischen Kräfte. Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Verbünde-

Die Ermordung Ernst Thälmanns im KZ Buchenwald

Am 16. 9. 1944 meldete der "Völkische Beobachter", daß Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD, angeblich bei einem "Terrorangriff" der alliierten Luftwaffe auf Weimar und Umgebung ums Leben gekommen sei. Dies war eine Lüge, die bis heute von Nazis, aber auch von anderen reaktionären Kräften in Deutschland verbreitet wird. Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Es ist bewiesen, daß Ernst Thälmann am 18. 8. 1944 im KZ Buchenwald auf direkten Befehl von Hitler und Himmler von den Nazis ermordet wurde. Der polnische Häftling Marian Zgoda hatte von einem Versteck aus die Ermordung des Genossen Thälmann beobachtet und sagte im Dachauer Buchenwald-Prozeß vor einem US-Militärgericht 1947 aus:

> **"Ich verließ durch den Luftschacht dennoch meine Unterkunft und gelangte auf den Hof des Krematoriums. Hinter einem Schlackehaufen verbarg ich mich. Dort lag ich bis 24 Uhr und beobachtete, wie folgende Personen nach und nach in der angeführten Reihenfolge das Krematorium betraten: Stabsscharführer Otto, Lagerführer Obersturmführer Gust, Rapportführer Hofschulte, Kommandoführer Oberscharführer Warnstedt, Adjutant Schmidt, Lagerarzt Hauptsturmführer Schiedlausky, Oberscharführer Werner Berger, Unterscharführer Stoppe...**
>
> **0 Uhr 10 Minuten kamen die beiden Kommandoführer des Krematoriums heraus und öffneten das Tor im Hofe, um einen großen Personenwagen einzulassen. Dem Wagen entstiegen drei Zivilisten, von denen offensichtlich zwei den dritten, der in der Mitte ging, bewachten. Den Gefangenen sah ich nur von hinten. Er war groß breitschultrig und hatte eine Glatze... Inzwischen waren auch die übrigen SS-Leute auf den Hof gekommen und flankierten die Eingangstür des Krematoriums. Die Zivilisten ließen ihren Gefangenen vorgehen. In dem Augenblick, als er das SS-Spalier passiert hatte und das Krematorium betrat, fielen drei Schüsse hinter ihm vom Hof her.**
>
> **Anschließend begaben sich alle SS-Leute und die beiden Zivilisten in das Krematorium und schlossen die Tür hinter sich zu. Etwa drei Minuten später fiel ein vierter Schuß im Krematorium. Offensichtlich war es der übliche Fangschuß.**
>
> **20 bis 25 Minuten später verließen die Unterführer das Krematorium. Dabei sagte Hofschulte zu Otto: 'Weißt du wer das war?' Otto antwortete: 'Das war der Kommunistenführer Thälmann.'"**
> (Neues Deutschland, 7.5.1947)

Die Nazis hatten den Genossen Thälmann 11 Jahre eingekerkert, gequält und gefoltert - aber er kämpfte unermüdlich weiter und blieb ein ungebrochener Kommunist. Der Plan der Nazis, einen Prozeß gegen Ernst Thälmann zu eröffnen und ihn als "reuigen Kommunisten" zu präsentieren, um die nazistische antikommunistische Hetze zu steigern, scheiterte kläglich.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges steigerten die Nazis die gezielte Ermordung kommunistischer Kader in den KZs und Gefängnissen, um so die kommunistischen Kräfte für den Kampf nach dem Ende des 2. Weltkrieges möglichst weitgehend zu schwächen. Im Zuge dieser Aktion beschloß die Nazi-Führung, Ernst Thälmann ohne Prozeß zu ermorden.

ten den bewaffneten Kampf zur gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates des deutschen Imperialismus unter Führung ihrer Kommunistischen Partei siegreich durchführt, es geht darum, die Diktatur des Proletariats zu errichten, die gestürzten Ausbeuter niederzuhalten und maximale proletarische Demokratie für die Masse der Werktätigen zu realisieren im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus - ohne diese gigantischen Aufgaben anzupacken und in die Tat umzusetzen ist die Ausrottung des Nazismus mit seinen sämtlichen Wurzeln unmöglich!

Es wäre jedoch falsch und kurzsichtig, daraus zu schließen, der radikaldemokratische Kampf gegen die Nazis und die Faschisierung, sowie gegen alle anderen Ungerechtigkeiten des imperialistischen Systems sei unwichtig. Es ist ja gerade so, daß vor allem auch in diesen demokratischen Kämpfen das notwendige Bewußtsein und der notwendige Grad der Organisierung bei den Arbeiterinnen und Arbeitern anhand ihrer eigenen Erfahrungen durch die Erziehungsarbeit der Kommunistischen Partei geschaffen werden muß, um die Arbeiterklasse zu befähigen, schließlich den Kampf zur Vernichtung der Wurzeln des Nazismus erfolgreich durchführen zu können.

3. Jedoch beinhaltet die Formulierung "Nazismus" auch eine besondere Aufgabenstellung für die kommunistischen Kräfte in Deutschland. Denn der aus der deutschen Geschichte gewachsene Nazismus, der Nazi-Faschismus, hatte wesentliche Besonderheiten, er war nicht der "Zwillingsbruder" des italienischen Faschismus. Die besonders reaktionäre Nazi-Ideologie, die welthistorisch bisher einmaligen Nazi-Verbrechen - der industriell durchgeführte und staatlich organisierte Völkermord -, die riesige Massenverankerung des Nazi-Faschismus im deutschen Volke - das sind nur die wichtigsten Besonderheiten, die erkannt, eingeordnet und woraus die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden mußten und müssen.

> *Die Wurzeln des Nazismus vernichten - das bedeutet unter anderem gerade auch die verbrecherische "deutsche Ideologie" als Wurzel der Nazi-Ideologie zu vernichten,* um erfolgreich auf diesem Weg und in diesem Kampf die sozialistische Revolution durchführen und weiterführen zu können!

★★★

Der Kampf der kommunistischen Kräfte im KZ Buchenwald ist Teil der kommunistischen Tradition, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus steht, der von Marx, Engels, Lenin und Stalin ausgearbeitet wurde. Der Kampf der kommunistischen Kräfte im KZ Buchenwald ist Teil des illegalen und legalen Kampfs, ist Teil der Tradition des Bürgerkriegs gegen den Imperialismus, des Kampfes für die wirkliche Diktatur des Proletariats, den Sozialismus und Kommunismus wie es in Ansätzen in den ersten Jahren der DDR spürbar war und nicht für einen revisionistischen Polizeistaat!

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

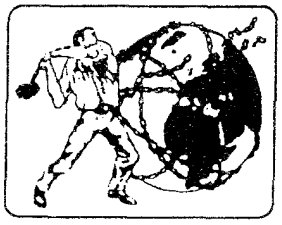
ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

5/95 Mai 1995

8. Mai 1994: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

Das Potsdamer Abkommen - eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

Wer die Debatten und Scheindebatten der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß zwei nur scheinbar sich wirklich gegenüberstehende Kräfte "streiten". Jene, die den 8. Mai als Tag der "Knechtung Deutschlands" bezeichnen und sich rühmen ihren Eid auf Adolf Hitler "nie gebrochen zu haben" sind gar nicht so weit entfernt von jenen, die so tun, als hätte es nach dem 8. Mai 1945 eine wirkliche "Befreiung" gegeben und daraus schlußfolgern, daß das "heutige Deutschland" ja in keiner Weise mit dem Deutschland vor dem 8. Mai zu vergleichen sei. Das Potsdamer Abkommen ist eine scharfe Waffe zur Widerlegung beider sich scheinbar im Kern widersprechender Propagandastränge des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus heute.

Ohne die Fülle der anderen wesentlichen Punkte des Potsdamer Abkommens zu übersehen, muß bewußt sein, daß in der heutigen Situation die geschichtsrevisionistische Propaganda gegen die gerechten Umsiedlungen sogenannter "Deutschstämmiger" aus Osteuropa ein zentraler Punkt der ideologischen Offensive des deutschen Imperialismus bildet, dem entschieden entgegengetreten werden muß - gerade auch mit Hilfe des Potsdamer Abkommens.

Die reaktionären Ideologen um Alfred Dregger konzentrieren sich darauf, die Umsiedlung von Nazi-Anhängern aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Beschlüssen des Potsdamer Abkommens als "Vertreibung" und "großes Unrecht" zu bezeichnen. Und was wird ihnen geantwortet? Das sei "zwar Unrecht, aber doch die Folge des 2. Weltkrieges"!

Diese Antwort ist kein Zufall. Denn an einem Punkt sind sich alle Propagandisten des deutschen Imperialismus einig: Die Umsiedlungen und die entsprechenden Beschlüsse der Staaten der Anti-Hitler-Koalition werden als "historisches Unrecht" diffamiert.

Im Potsdamer Abkommen heißt es zur Frage der Umsiedlungen:

> "XII Geregelte Überführung der deutschen Bevölkerung
>
> Die Konferenz erzielte folgende Vereinbarung über die Aussiedlung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:
>
> Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder eines Teils derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben ist, nach Deutschland durchgeführt werden muß."
> (Die Potsdamer (Berliner) Konferenz 1945, Berlin 1986, S. 413)

Die revanchistischen Pläne gegen Polen und die "Oder-Neiße-Grenze" bekämpfen!

Der deutsche Imperialismus steht in der langen blutigen Tradition des Nazi-Faschismus, des reaktionären Preußen und der deutschen Ordensritter, die sich allesamt in einer Vielzahl von reaktionären Kriegen polnische Gebiete zusammenraubten. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der im Verlaufe seines verbrecherischen nazifaschistischen Überfalls auf Polen sechs Millionen Menschen ermordete und fast zwei Millionen zur Sklavenarbeit in sein Reich verschleppte. Diese nazifaschistischen Greueltaten konnten nicht ohne Billigung und Unterstützung der großen Mehrheit der in Polen lebenden deutschen Bevölkerung geschehen.

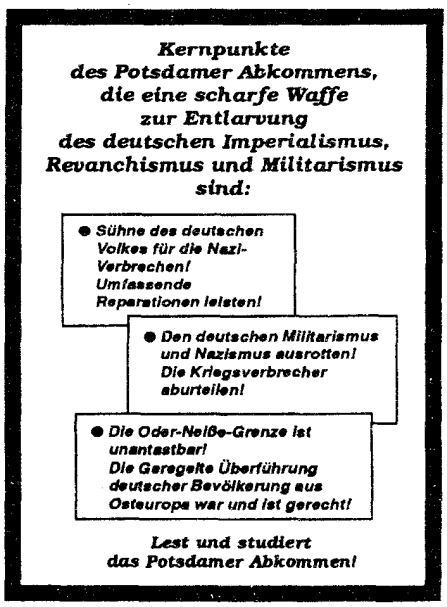
Der deutsche Imperialismus hat sein Verlangen nach der Revision der Grenzen, nach der "Heimholung" der angeblich "deutschen" Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten "Ostpreußen"), nie aufgegeben. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluß des "Grenzvertrages" mit Polen 1990 - den die west/deutschen Imperialisten aus reinem imperialistischen Kalkül abschlossen, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen - hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt.

Statt dessen wird weiter gegen die berechtigte und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die in den angeblich ehemaligen "deutschen

Neuerscheinung!

Das A2-Plakat "Kernpunkte des Potsdamer Abkommens, die eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus sind" (Preis: 1 DM pro Stück), sowie die Broschüre "Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945" (A 5-Broschüre, 24 Seiten, Preis: 2 DM) mit dem vollständigen Text des Potsdamer Abkommens können bestellt werden bei:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main



Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist veröffentlicht

Ostgebieten" "als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling" in den Grenzen von 1937 lebenden angeblich "Deutschstämmigen" die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Großdeutsche Rechtsansprüche vor allem Polen gegenüber bestehen also nach wie vor fort.

Gegen diese revanchistische Propaganda und Politik des deutschen Imperialismus ist es grundlegend die Maßnahmen der Konferenz von Jalta und des Potsdamer Abkommens gerade in Bezug auf Polen als völlig gerecht zu propagieren.

Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als rechtmäßige Westgrenze Polens und die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den ehemals zum "Deutschen Reich" gehörenden Gebieten entsprach den legitimen Sicherheitsinteressen der polnischen Bevölkerung und der Tatsache, daß die weitgehend nazifaschistisch eingestellte deutsche Bevölkerung dieser Gebiete den nazifaschistischen Verbrechen gegenüber Polen nichts entgegengestellt bzw. diese aktiv unterstützt hatte.

Die revanchistischen Pläne gegen die Tschechische Republik bekämpfen!

Die angebliche "Sudetenfrage" ist ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die Revanchisten behaupten, daß die deutschsprachige Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig "vertrieben" worden sei und es deren "Heimatrecht" durchzusetzen gelte.

Gegen die revanchistische "Vertriebenen"-Hetze müssen die historischen Tatsachen festgestellt und propagiert werden:

● Das Münchner Abkommen von 1938 zwischen dem nazifaschistischen Deutschland, Italien, Frankreich und England war ***ein von vornherein ungültiges und unrechtmäßiges imperialistisches Diktat***, bei dem Teile der Tschechoslowakei an Nazideutschland ausgeliefert wurden, um die Aggression des deutschen Imperialismus nach Osten, gegen die damals sozialistische UdSSR zu lenken. Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben das Münchner Abkommen von 1938 nie als von Anfang an ungültig erklärt.

● Die große Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung in der Tschechoslowakei spielte in der Politik der Nazi - Faschisten die Rolle einer "fünften Kolonne" der deutschen Angriffspolitik. Die machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten "Protektorat Böhmen und Mähren".

● Deshalb ist der Beschluß des Potsdamer Abkommens, die deutsche Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland zu überführen, gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte "Deutschstämmige" noch einmal zur "fünften Kolonne" einer von Deutschland ausgehenden Aggression würden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund deren pronazistischer Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Nazi-Verbrechen nicht mehr möglich.

Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben sich mit diesem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs niemals abgefunden und betreiben auch in dieser Richtung eine Politik der revanchistischen Revision. Heute werden vom deutschen imperialistischen Staat die revanchistischen "Vertriebenenverbände" massiv unterstützt und Anstrengungen zur Regelung der sogenannten "Sudetenfrage" enorm verstärkt. Nicht nur im Grenzgebiet zu Deutschland sind teilweise bereits ganze Industriezweige in der Hand des deutschen Kapitals. Die deutschen Imperialisten üben zunehmenden Druck auf die tschechische Regierung aus und verweigern unter dem Vorwand der sogenannten "Sudetenfrage" den tschechischen Opfern des Nazi-Faschismus jegliche Entschädigung.

Das Potsdamer Abkommen und der Kampf um die proletarische Revolution

Die Vertragswerke der Vergangenheit, das Potsdamer Abkommen oder auch Entwürfe für einen Friedensvertrag können heute als ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein. Sie sind jedoch wesentliche Waffen im Kampfe um die geschichtliche Wahrheit, und viele besondere Punkte in diesen Dokumenten unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes heute an vielen Fronten gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus (die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen usw.).

Es geht vor allem um folgendes: Jeder einzelne Punkt des Potsdamer Abkommens, insbesondere auch die Beschlüsse über die Umsiedlungen müssen ideologisch und politisch verstanden und gegen die Hetze der deutschen Imperialisten verteidigt werden. Das ist ein grundlegendes Prinzip, das sich aus der Geschichte Deutschlands zwingend ergibt. Über "Sozialismus und Kommunismus" zu diskutieren wird dann absurd und reaktionär, wenn selbst einfachste und grundlegendste demokratische Prinzipien, wie sie im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, nicht durchdacht, nicht akzeptiert oder sogar angegriffen werden.

Mit der Anerkennung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens als starke Waffe im Kampf gegen die "deutsche Ideologie" heute - wie wichtig dieser Schritt auch ist - ist es aber noch lange nicht getan.

> ***Es gilt gerade an einem Tag, wie dem 1. Mai, dem Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, Grundfragen der sozialistischen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, der Prinzipien des Sozialismus und Kommunismus, Fragen des Aufbaus der Kommunistischen Partei zur Diskussion zu stellen.***

Das ist nötig gerade auch gegenüber solchen Kräften die aus ihrem Selbstverständnis heraus "antifaschistische Arbeit vor Ort" leisten, ja sogar behaupten sie seien "für den Kommunismus", aber konkret vorgeben "zuviel zu tun zu haben", so daß sie angeblich keine Zeit für grundlegende Diskussion haben (wobei teilweise wohl dahinter steht, daß ihnen wirklich gründliche und harte politische und ideologische Diskussionen fremd sind, ja sie solche Diskussionen auch fürchten).

Grundlegende kommunistische Prinzipien zu propagieren und zur Diskussion zu stellen, ist aber auch nötig gegenüber denjenigen Kräften, die tatsächlich an einigen Punkten den deutschen Nationalismus bekämpfen, sich aber absurderweise als "antideutsch" bezeichnen. Diese Kräfte verbreiten die Stimmung man könne eh nichts gegen den Masseneinfluß des deutschen Imperialismus machen. Sie bemerken teilweise nicht, daß sie wie typisch deutsche Intellektuelle einfach das Handtuch werfen und kapitulieren!

Die "Wurzeln des Nazismus" ausreißen und vernichten, wie der Schwur der überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald formulierte - das heißt mehr als im Grunde nur reformistische Arbeit am eigenen Ort zu leisten, dafür ist eine gewaltige, grundlegende, revolutionäre kommunistische Arbeit nötig:

Es geht darum, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten den reaktionären Staatsapparat des deutschen Imperialismus zerschlagen (Wer kann ernsthaft behaupten, wenn er oder sie wirklich revolutionär eingestellt ist, das dies "friedlich", ohne Bürgerkrieg gehen wird ??). Es geht darum, die kapitalistischen Kommandohöhen der Wirtschaft durch Enteignung zu brechen und in sozialistisches Eigentum der Arbeiterklasse umzuwandeln, ja im langwierigen und sich immer weiter verschärfenden Klassenkampf gilt es die gesamte kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln umzugestalten. Es geht vor allem darum, auf den Trümmern des bürgerlichen Staates einen neuen Staat aufzubauen, wie in Marx beschrieb und er in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins realisiert wurde: die Diktatur des Proletariats, die die gestürzten Ausbeuter und sämtliche Reaktionäre niederhält und echte sozialistische Demokratie verwirklicht.

Ernsthaft über Revolution nachdenken, ernsthaft die Wurzeln des Nazismus vernichten wollen - das heißt zwangsläufig früher oder später auf die Frage der Kommunistischen Partei zu stoßen, das bedeutet auch sich früher oder später mit den Grundlagen der Linie von "Gegen die Strömung" auseinanderzusetzen!

Demnächst erscheint:

Flugblatt von "RadikalBrechen":

"Die angeblich 'antideutschen' Deutschen kapitulieren in Wirklichkeit vor den Aufgaben des realen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!"

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

Kernpunkte des Potsdamer Abkommens, die eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus sind:

Sühne des deutschen Volkes für die Nazi-Verbrechen! Umfassende Reparationen leisten!

Den deutschen Militarismus und Nazismus ausrotten! Die Kriegsverbrecher aburteilen!

Die Oder-Neiße-Grenze ist unantastbar! Die Geregelte Überführung deutscher Bevölkerung aus Osteuropa war und ist gerecht!

Lest und studiert das Potsdamer Abkommen!

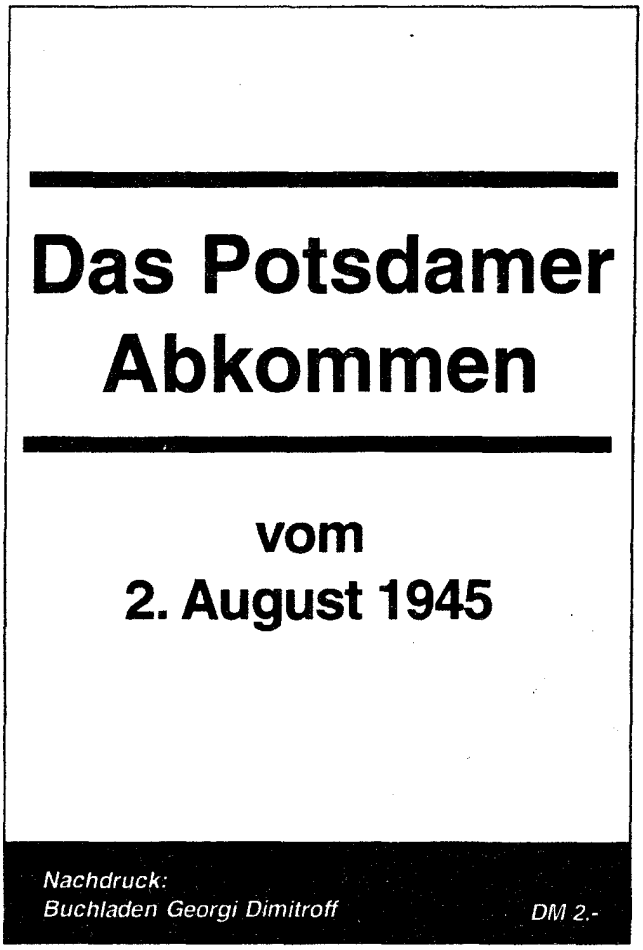
Dieses A-2 Plakat (Preis 1 DM), sowie die Broschure "Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945" (A-5, 24 Seiten, Preis 2- DM) können bestellt werden bei Buchladen Georgi Dimitroff, Koelnerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Das "Potsdamer Abkommen" lesen und studieren!

u.a. zu den Themen:

Mitschuld des deutschen Volkes!
Pflicht zu Reparationen!
Notwendige u. gerechte Umsiedlung deutscher Bevölkerung!
Oder-Neiße-Grenze ist unantastbar!
Den Nazismus und deutschen Militarismus vernichten!

Broschüre des BUCHLADEN DIMITROFF



Diskussionsbeitrag zum Potsdamer Abkommen und eine Anmerkung zum Plakat des Buchladen Dimitroffs

Von den Genossinnen und Genossen von "radikal brechen" wurde uns der folgende Beitrag übergeben, der sich zwar auf deren Nr. 11 bezieht, aber in erster Linie betrifft er den Nachdruck des Potsdamer Abkommens und das Plakat dazu.

Zur Aufgabenstellung des Potsdamer Abkommens, den deutschen Militarismus und Nazismus "auszurotten"

Dieser Punkt hat nur indirekt etwas mit RB zu tun, aber da auf S. 7 als Ausgangspunkt des Potsdamer Abkommens die "*Ausrottung* des Militarismus und Nazismus" hervorgehoben wird, will ich mein Problem hier zur Sprache bringen.

Ich empfinde die Formulierung im Potsdamer Abkommen, "der deutsche Militarismus und Nazismus werden *ausgerottet*" (S. 6) als heikel. Das Potsdamer Abkommen war ein demokratisches Aufgabenprogramm, daß die bürgerlich-kapitalistische Ordnung in Deutschland nicht beseitigen wollte. Das sein Ziel nicht die Liquidierung des Kapitalismus in Deutschland war, ergibt sich aus den historischen Gegebenheiten und erscheint mir zunächst einmal angesichts der Situation in Deutschland 1945 richtig.

Nun bedeutet "Ausrotten" aber völlige Vernichtung, sozusagen "mit Stumpf und Stiel". Da fängt das Problem an: Solange es Kapitalismus gibt, wird es Militarismus und Nazismus geben - natürlich in unterschiedlicher Ausprägung, aber die "*Ausrottung* des Militarismus und Nazismus" ist doch eigentlich erst mit der Liquidierung des Kapitalismus möglich (vgl. auch die Ausführungen im GDS-Flugblatt zum Schwur von Buchenwald). Da es aber nicht das Ziel des Potsdamer Abkommens war, in Deutschland den Kapitalismus zu liquidieren, erscheint mir diese Aufgabenstellung mit dem demokratischen Charakter, den das Potsdamer Abkommen besitzt, nicht vereinbar.

Eine andere Frage ist, ob man das Ziel "*Ausrottung* des Militarismus und Nazismus" als Aufgabe, die im Potsdamer Abkommen formuliert wird, propagiert, das erscheint mir - wie in "radikal brechen" und auch im Buchladen-Plakat zum Potsdamer Abkommen - durchaus korrekt. Wobei allerdings die Frage ist, ob dafür der Begriff "Kernpunkt" (wie auf dem Plakat) richtig ist - da bin ich mir selbst allerdings unsicher.

Erste Anmerkungen zum Diskussionsbeitrag

Den Überlegungen des Genossen zum Potsdamer-Abkommen kann ich nicht zustimmen.

1) Es ist richtig, daß das Potsdamer Abkommen nicht die Zielsetzung hatte den Kapitalismus zu beseitigen, welches sich ja nun schon allein aus der Tatsache ergibt, daß 3 imperialistische Staaten dieses Abkommen mit unterzeichneten.

Die Frage stellt sich: Welcher Schaden kann entstehen, wenn das Potsdamer Abkommen eine notwendige Aufgabe formuliert, die - richtig verstanden - letztlich auch gegen den Kapitalismus gerichtet werden soll.

Positiv ist, daß den kommunistischen Kräften in Deutschland damit eine starke politisch-ideologische Waffe an die Hand gegeben wurde, im Kampf gegen Militarismus und Nazismus.

Rein theoretisch ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß dadurch Illusionen in die westlichen Alliierten gefördert werden konnten. Aber Anhaltspunkte, daß dadurch jemand wirklich auf die Idee kam, die USA, England, Frankreich würden nun für die Verwirklichung antikapitalistischer Forderungen eintreten, war offensichtlich ganz abwegig.

Entscheidend war für die sozialistische Sowjetunion, daß den demokratischen Kräften in Deutschland die Aufgabe gestellt wurde, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein Kriegsherd, wieder ein Hort des Faschismus, eine Bedrohung für die Völker der Welt werden konnte. Und da der deutsche Imperialismus gerade mal 3 Jahrzehnte vorher schon einen Weltkrieg angezettelt hatte, war es natürlich auch von aktueller Bedeutung, diese Aufgabe grundlegender zu stellen. Und warum dies nicht versucht werden sollte - gegen den Widerstand der westlichen Alliierten - im Potsdamer Abkommen zu fixieren, darauf gibt der Kritiker keine Antwort. Warum sollten die demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus bekämpft hatten, oft Seite an Seite mit den Kommunistinnen und Kommunisten, und einen gewaltigen Haß gegen den deutschen Faschismus hatten, nicht zusätzlich einen Anstoß bekommen, die Sache zu durchdenken, den Kampf gegen den Nazismus bis zu Ende zu führen, seine Wurzeln zu vernichten.

"Mit dem demokratischen Charakter" des Abkommens sei es "nicht zu vereinbaren", heißt es in dem Papier. Aber warum denn nicht? Warum sollen demokratische Forderungen nicht so gestellt werden, daß sie in eine antikapitalistische Richtung, in Richtung proletarische Revolution weisen? Wie ist das in der Gewerkschaft mit solchen Formulierungen, die sich z.B. richten gegen Rassismus und Chauvinismus und die Aufgabe stellen das Übel an der Wurzel zu packen, die Ursachen zu beseitigen? Solche Forderungen auch auf einem Gewerkschaftstag - gegen den Widerstand der heutigen Gewerkschaftsführung - zu verankern, birgt auch die Gefahr in sich, Illusionen in die Gewerkschaft zu schüren. Gerade Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist es in ihrer Agitprop und in Diskussionen hier den Zusammenhang zwischen demokratischen und sozialistischen Kampf herzustellen - eine solche Forderung zur grundsätzlichen Kritik des Kapitalismus zu nutzen und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft zu begründen.

2.) Zu der Anmerkung zum Plakat

Sind die Kernpunkte - Festlegung der Oder-Neiße-Grenze, Notwendigkeit der Umsiedlungen - klar umrissene Festlegungen, so ist die Forderung der Vernichtung (der Begriff "Ausrottung" erinnert zu sehr an das Vokabular der Nazis) des deutschen Militarismus und Nazismus, eine eher programmatische Aufgabenstellung. Er beinhaltete konkret solche Aufgaben wie Entnazifizierung, Verfolgung und Verurteilung der Kriegsverbrecher. Das Ziel der Vernichtung des dt. Militarismus und Nazismus und auf welchem Weg, das einzig verwirklicht werden konnte, war eindeutig Aufgabe der kommunistischen Kräfte und wurde daher auch nicht von den westlichen Alliierten erwartet.

Die Forderung den deutschen Militaristen, den Kriegsverbrechern ein für alle Mal den Garaus zu machen, jegliche Möglichkeiten auf einen neuen Krieg, einen erneuten Völkermord zunichte zu machen, sind grundlegend und von so zentraler Bedeutung, daß sie unbedingt hervorzuheben sind, einen Kernpunkt des Potsdamer Abkommens bilden.

Dieser Kernpunkt war von den kommunistischen Kräften damals zu erklären und ist für uns nachwievor aktuell: ohne Zerschlagung des kapitalistischen Systems, ohne sozialistische Revolution des bewaffneten Proletariats kann dies nicht Wirklichkeit werden.

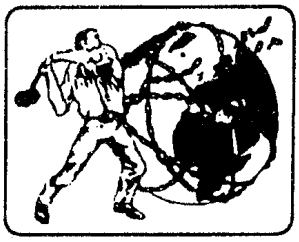
Eine Nachbemerkung:

Das in dem Beitrag des Genossen angeschnittene Problem ist durchaus von großer Bedeutung, da die ganze Raffinesse des Verhältnisses von demokratischen und sozialistischen Forderungen an dieser Frage diskutiert werden kann. Im Zusammenhang mit der Resolution der II. Parteikonferenz über demokratischen und sozialistischen Kampf werden wir vertiefend - anhand der Schriften von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale - darauf zurückkommen.

Info-Redaktion

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

6/95 Juni 1995

Polizeiüberfall auf vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin!

Solidarität mit den vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf gegen Medienhetze, Polizei- und Abschiebeterror!

Nach dem "Durchbruch" bei den deutsch-vietnamesischen Abschiebungsverhandlungen ließ der Berliner Innensenator sofort erklären, nunmehr sei der "Weg frei" für die Abschiebung "illegal in Deutschland lebender Vietnamesen". Daß in die deutsch-vietnamesischen Beziehungen und die Abschiebepraxis nach Vietnam "Normalität" eingekehrt ist, dafür haben die Herrschenden durch ein mit einer Bestechungssumme von 100 Millionen DM erkauften sogenannten "Rückführungsabkommen" gesorgt.

Die geplanten Massenabschiebungen werden sich im Kern schließlich gegen die Gruppe der ehemals 16.000 vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter der Ex-DDR richten und wurden zeitlich gut abgestimmt nach "Innen" durch eine Kette von Lügen, polizeilichen Maßnahmen und Polizeiterror vorbereitet.

Ein Höhepunkt ist der Überfall der Polizei auf ein von vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeitern bewohntes Haus in Berlin.

Der Kampf vietnamesischer Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Polizeiüberfall

Am frühen Abend des 4. Mai 1995 drang die Polizei in ein Wohnheim vietnamesischer Arbeiterfamilien in der Rhinstraße in Berlin-Friedrichshain ein unter dem Vorwand sie suche nach einem sogenannten illegalen Gemüsehändler. Zunächst wurden 14 Menschen festgenommen. Als ein Vietnamese von Polizeiknüppeln getroffen blutüberströmt zusammenbrach, bewußtlos aus einem Mannschaftswagen fiel - und danach 15 Minuten mit einem Schädeltrauma auf der Straße liegen gelassen wurde -, begann der Widerstand der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Polizeiüberfall. Es wurden mehrere Flaschen aus den Fenstern auf die Polizei geworfen.

Als die Polizei daraufhin das Wohnheim unter Schlagstockeinsatz stürmte, wurden sie durch entschlossenen Widerstand zurückgedrängt. Auch ein zweiter Angriff mit zwei Hundertschaften Verstärkung wurde ebenfalls zurückgeschlagen.

Erst beim dritten Angriff gelang es der Polizei, das Haus zu stürmen. Dabei wurde massiv Tränengas in die Wohnungen geschossen. Ein Kind wurde von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen, ein weiteres Kind mußte wegen Erstickungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Insgesamt mußten mindestens sieben Bewohner und Bewohnerinnen des Wohnheimes im Krankenhaus behandelt werden.

Polizeiliche Durchsuchung des Buchladen Georgi Dimitroff!

❑ Der Anlaß: Verbreitung des Plakats "Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen!"

In Frankfurt/Main wurde am 21.6.95 mit einem Aufgebot von 20 Polizisten das "Kurdistan Informationszentrum" unter dem Vorwand des "Verdachts der Werbung für die PKK" durchsucht. Es wurden Videofilme, Flugblätter, Zeitschriften und Disketten beschlagnahmt.

Zeitgleich lief in den Räumen des Buchladens Georgi Dimitroff in der Kobienzerstr. 4 und in Privaträumen des presserechtlich Verantwortlichen von "Gegen die Strömung" mehrere Stunden lang ebenfalls eine polizeiliche Durchsuchung. Der "offizielle Grund": Ein Ermittlungsverfahren nach "§ 20 Vereinsgesetz" wegen Versendung und Verkauf von "PKK-orientierten Plakaten". Beschlagnahmt wurden u.a. mehrere Aufkleber, Flugblätter von "Gegen die Strömung" und des Buchladens Georgi Dimitroff, Exemplare des "Kurdistan-Reports", des "Kurdistan-Rundbriefes" und der Zeitschrift "Inisiyatif". Der Anlaß der Durchsuchung war die Verbreitung des Plakats des Buchladen Georgi Dimitroff "Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen", das für die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf eintritt und gegen das Verbot kurdischer Organisationen in der BRD gerichtet ist.

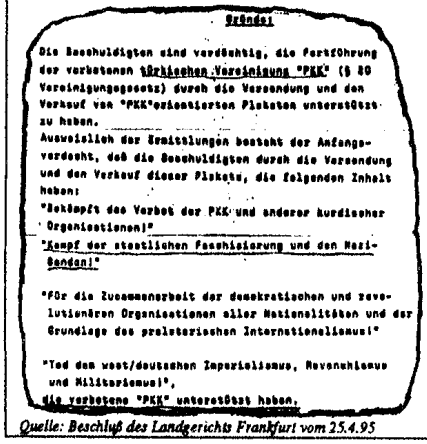
❑ Das Landgericht Frankfurt stellt sich in die Tradition des türkischen Folter-Regimes: Die PKK wird als "türkische Vereinigung" bezeichnet!

Im Beschluß zur Durchsuchung bezeichnet das Landgericht Frankfurt die PKK als "türkische Vereinigung". Als hätte das Landgericht noch nie etwas davon gehört, daß die PKK eine kurdische Organisation ist, stellt es sich mit dieser Formulierung in die reaktionäre Tradition des türkischen Folter-Regimes, das die kurdische Bevölkerung bis heute als angebliche "Bergtürken" diffamiert.

❑ "Kampf der staatlichen Faschisierung und den Nazi-Banden"="PKK-Unterstützung"!

Im Beschluß des Landgerichtes Frankfurt wird versucht, nicht nur die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf, sondern auch den demokratischen Kampf gegen Nazismus und Faschisierung mit Hilfe des polizeilichen Schlagworts "PKK-Unterstützung" zu kriminalisieren.

Mit messerscharfer polizeistaatlicher Logik heißt es, es bestehe der "Verdacht", daß mit der Parole "Kampf der staatlichen Faschisierung und den Nazi-Banden" auf dem Plakat "die verbotene 'PKK' unterstützt" worden wäre.So werden alle, die die Nazi-Banden bekämpfen, die Widerstand gegen die staatliche Faschisierung organisieren, wie z.B. gegen die Abschiebungen von kurdischen Flüchtlingen an das reaktionäre türkische Regime durch den deutschen Imperialismus, zu potentiellen "PKK-Unterstützern" erklärt.



Gründe:

Die Beschuldigten sind verdächtig, die Fortführung der verbotenen türkischen Vereinigung "PKK" (§ 20 Vereinigungsgesetz) durch die Versendung und den Verkauf von "PKK"-orientierten Plakaten unterstützt zu haben.

Ausweislich der Ermittlungen besteht der Anfangsverdacht, daß die Beschuldigten durch die Versendung und den Verkauf dieser Plakate, die folgenden Inhalt haben:

"Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen!"

"Kampf der staatlichen Faschisierung und den Nazi-Banden!"

"Für die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten und der Grundlage des proletarischen Internationalismus!"

"Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!",

die verbotene "PKK" unterstützt haben.

Quelle: Beschluß des Landgerichts Frankfurt vom 25.4.95

Der Widerstand der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter war eine richtige Antwort auf den monatelangen Polizeiterror gegen Menschen aus Vietnam, er war ein Zeichen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Systematische staatliche Lügen, Mißhandlungen und Terror gegen Vietnamesinnen und Vietnamesen

Der Polizeiüberfall vom 5. Mai 1995 ist kein Einzelfall.

Seit Monaten wird durch eine chauvinistische und rassistische Berichterstattung der bürgerlichen Medien und durch Plakatwände auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Berlins eine antivietnamesische Stimmung geschürt. Durch diese systematische Kampagne der deutschen Imperialisten soll der deutschen Bevölkerung durch die Gleichung "Vietnamese=Schwarzhändler=kriminell=Mafia=gehört abgeschoben" die deutsch-europäische Herrenmenschenideologie verstärkt eingeimpft, der massive Polizeiterror gerechtfertigt und die geplanten Massenabschiebungen vorbereitet werden.

Nicht nur die rassistische Medienkampagne gegen die sogenannten "kriminellen Vietnamesen" läuft schon seit Monaten auf Hochtouren. Der Polizeiüberfall vom 5. Mai 1995 ist nur ein Glied in einer Kette von systematischem, seit Jahren stattfindendem antivietnamesischen Polizeiterror, der dazu dient, die Lage der hier lebenden 40.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen so unerträglich wie möglich zu machen und sie so zum Verlassen Deutschlands zu zwingen, um die Zahl der vietnamesischen Arbeiter und Arbeiterinnen auch schon vor den geplanten Massenabschiebungen maximal zu verringern.

Hier nur einige Beispiele von Polizeiterror, die in letzter Zeit bekannt geworden sind:

● Wohnungsdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Anwesenheit der Bewohner sind in Wohnheimen für vietnamesische Arbeiter und Arbeiterinnen an der Tagesordnung. Schikanöse Kontrollen durch die Einführung von Magnetkarten für die Bewohner und Eingangsschleusen sind nur ein Beispiel für den Ausbau der Wohnheime zu polizeilich überwachten und kontrollierten Einrichtungen.

● Seit mehreren Monaten werden Wohnungen von Vietnamesinnen und Vietnamesen in Berlin von hunderten von Polizisten gestürmt und die wenigen Habseligkeiten werden unter dem Vorwand, sie würden aus "Beutegut" stammen, beschlagnahmt. Oftmals wird bei solchen Überfällen die Wohungseinrichtung verwüstet.

● In dem Bericht von Amnesty International "Ausländer als Opfer - Polizeiliche Mißhandlungen in der BRD" vom Mai 1995 werden mehrere Mißhandlungen von Vietnamesen durch deutsche Polizisten in den letzten Jahren exemplarisch auf der Grundlage der Aussagen der Opfer des Polizeiterrors beschrieben.

Dort heißt es u.a.:

> **"Die Vietnamesen L. und T. erhoben den Vorwurf, im Mai 1994 im Ostberliner Stadtteil Pankow von vier Polizeibeamten in Zivil verfolgt worden zu sein. Die beiden Männer fanden in einem Abwasserkanal Zuflucht, wo sie eine Welle ausharrten, die ihnen wie eine Ewigkeit erschien. Als sie wieder herauskamen, wurden sie von den Beamten, die ihnen aufgelauert hatten, tätlich angegriffen. L. machte geltend, er sei wiederholt ins Gesicht geschlagen worden und in den Kanal gezerrt worden, wo ihm ein Beamter Karateschläge gegen den Nacken versetzt habe. Anschließend trafen weitere Polizisten ein, von denen einer L. fragte, wo seine Zigaretten seien. Als er nicht antwortete, wurde er erneut geschlagen und gezwungen, etwa 20 Minuten lang in dem Kanal, in dem das Wasser kniehoch stand, hin- und herzulaufen. Nachdem die Beamten gegangen waren, kehrte L. nach Hause zurück. Nach seinen Angaben verspürte er derart starke Schmerzen im Gesicht, daß er nicht essen konnte."**
> (Amnesty International,"Ausländer als Opfer - Polizeiliche Mißhandlungen in der BRD", Mai 1995, S. 11)

Ein weiteres Beispiel:

> **"Nguyen T., dessen Hände auf dem Rücken mit Handschellen gefesselt wurden, mußte sich schließlich mit dem Gesicht nach unten auf den Rücksitz des Polizeiwagens legen. Zwei Beamte setzten sich auf seinen Rücken, so daß er kaum Luft holen konnte. Während der gesamten Fahrt zur nächsten Polizeistation soll einer der Polizisten ihm immer wieder Schläge versetzt haben.**
>
> **Nguyen T. gab an, nach seiner Ankunft auf der Polizeiwache erneut geschlagen worden zu sein. Einmal sei ihm dabei so schlecht geworden, daß er sich habe übergeben müssen...**
>
> **Bei einer am Tage nach den mutmaßlichen Mißhandlungen durchgeführten medizinischen Untersuchung wurden am Körper des Vietnamesen zahlreiche Prellungen sowie eine Haarriß-Fraktur am linken Jochbein diagnostiziert. Diese Diagnose erhärtet den von Nguyen T. erhobenen Vorwurf, geschlagen worden zu sein. Während des Gesprächs mit amnesty international im August 1994 litt er noch immer an heftigen Kopfschmerzen, Sehstörungen und Schwindelanfällen."**
> (ebenda, S. 13)

● In Chemnitz wurden am 7. April 1995 in der Innenstadt alle sich dort aufhaltenden Vietnamesinnen und Vietnamesen von der Polizei zusammengetrieben. Dabei zog ein Polizist seine Waffe und verletzte eine Vietnamesin durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich.

● Am 5. Mai 1995 wurde in Berlin ein Vietnamese von einem Polizisten niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt.

Schon aus diesen wenigen Beispielen wird klar: Den in Deutschland lebenden vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeitern werden nicht nur selbstverständliche Bürgerrechte fast vollständig verwehrt, sondern auch elementarste Menschenrechte. Mißhandlungen und gezielte Mordversuche durch die deutsche Polizei sind keine "Ausrutscher", sondern haben System und bedrohen tagtäglich das Leben der Vietnamesinnen und Vietnamesen in Deutschland.

Dieser Polizeiterror muß auch als Drohung des deutschen Imperialismus gegen andere hier lebende "unerwünschte" Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern verstanden und ernst genommen werden.

Aufgaben der Solidarität und Proletarischer Internationalismus

Solidarität mit dem gerechten Kampf der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Medienhetze, Polizeiterror und drohende Massenabschiebungen bedeutet vor allem auch Enthüllung sämtlicher antivietnamesischer Maßnahmen des deutschen Staates und konkrete Unterstützung der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter bei ihrem Kampf auf der Straße gegen die deutsche Polizei.

Um diesen Kampf maximal unterstützen und den Kampf gegen jegliche Diskriminierung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern anpacken zu können, müssen wir gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus für den Zusammenschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationen kämpfen.

Das sind wesentliche Merkmale eines wirklich demokratischen Kampfes.

Das sind auch wesentliche Voraussetzungen für den Kampf um den Sieg des Sozialismus und Kommunismus. Wir kämpfen auf allen Ebenen für die Annäherung an den proletarischen Internationalismus und für seine Verwirklichung. Es geht vor allem darum, die Losungen "Proletarier aller Länder vereinigt euch!" und "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch" in die Praxis umzusetzen, um Schulter an Schulter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, mit den unterdrückten Völkern aller Länder den deutschen Imperialismus und das gesamte System des Weltimperialismus in der proletarischen Revolution vernichten zu können!

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

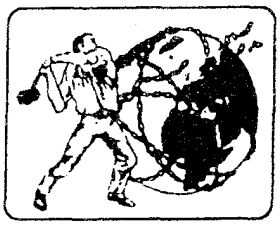
ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

7/95 Juli 1995

Gegen die Heuchelei der Repräsentanten und Medien des deutschen Imperialismus:

Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte "Umweltverschmutzung"!

April 1995: Die deutschen Imperialisten setzen den ersten Castor-Transport mit hochradioaktivem Atommüll gegen einen breiten, teilweise militanten Widerstand unter Einsatz eines der größten Polizeiaufgebote der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte und mit breitem Konsens der bürgerlichen Politiker durch. Juni/Juli 1995: Ein scheinbar ganz anderes Bild zeichnet sich ab: Gegen den Plan des britisch-niederländischen Ölkonzerns Shell zur Versenkung der Ölplattform "Brent Spar" in der Nordsee und die Ankündigung der französischen Regierung von Atomwaffentests in ihrem Kolonialgebiet Mururoa-Atoll sind sich plötzlich "alle einig". "Alle ziehen an einem Strang" - ob beim Boykott von Shell-Tankstellen oder von französischem Wein - mit dem Segen einer Allianz von Süssmuth, Waigel, Fischer, Gysi und Konsorten.

Diese scheinbare Ungereimtheit zeigt deutlich, daß es diesen Herrschaften nicht um Protest gegen den Raubbau an der Natur, der Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen gehen kann. Vielmehr geht es um handfeste ökonomische und politische Interessen, um den Konkurrenzkampf gegen andere imperialistische Großmächte. Gerade die deutschen Imperialisten sind Experten darin, sich als *das* "Umwelt-Gewissen" aufzuspielen, wenn es sich gegen andere imperialistische Mächte richtet. Dies ist eine willkommene Gelegenheit, sich - angesichts der Tatsache, daß gerade die deutschen Imperialisten bei der Verschmutzung der Nordsee mit den Industriegiften aus Elbe und Rhein ganz oben stehen - international zu profilieren, um im Kampf gegen die imperialistischen Konkurrenten weitere Pluspunkte zu sammeln. Geht es jedoch um "das eigene Land" - sprich die eigenen Profitinteressen -, werden sie eben mit Polizeiknüppeln durchgesetzt.

Die Erfahrungen der militanten Protestbewegung gegen den Castor-Transport auswerten!

Als im April 1995 durchsickerte, daß die seit dem 19. Juli 1994 auf dem Gelände des AKW Philippsburg bereitstehenden Castor-Behälter mit der Bahn auf den Weg gebracht werden sollen, lösten Kräfte der Anti-Atom-Protestbewegung den "Tag X" aus.

Obwohl für die Transportstrecke und rund um das Atomlager Gorleben ein polizeiliches Versammlungsverbot verkündet worden war, ließen sich viele davon nicht einschüchtern und leisteten militanten Widerstand nicht nur in der Gegend um das Zwischenlager in Gorleben, sondern an verschiedenen Stellen des Transportes auf Schiene und Straße. Immer wieder kam es zu Demonstrationen, Blockaden und Durchbrechungen der Polizeiketten. Flexiblen, gutvorbereiteten und -ausgerüsteten Kleingruppen mit der nötigen Ortskenntnis gelang es, die Polizeikontrollen zu umgehen und zu den Bahngleisen vorzudringen.

Schon vor dem eigentlichen "Tag X" war der Zugverkehr auf dem bis zuletzt als "Staatsgeheimnis" behandelten Transportweg sabotiert worden. Waggons wurden entgleist, Barrikaden angezündet und Bahngleise besetzt. Teilweise wurden Schienen ausgehöhlt oder durchgesägt, an den Bahn-Oberleitungen wurden Sabotage-Aktionen durchgeführt, mit umgesägten Bäumen und brennenden Strohballen wurden Straßenblockaden errichtet.

Zur "Absicherung" des Castor-Transports waren mindestens 5000 Polizisten und 3600 Angehörige des Bundesgrenzschutzes (darunter auch der GSG 9) im Einsatz. Die Polizei versuchte insbesondere in der Region um das Zwischenlager schon im Vorfeld, jegliche Aktionen gegen den Atommüll-Transport zu unterbinden. Fahrzeuge wurden kontrolliert und gegen etliche "verdächtige" Personen wurde für Lüchow-Dannenberg ein "Landkreisverbot" ausgesprochen, es herrschte quasi eine Art "Ausnahmezustand". Demonstrationen wurden eingekesselt, mit Reiterstaffeln, CS-Gas und Wasserwerfern auseinandergeprügelt. Eine von Bauern organisierte Treckerblockade vor zwei Polizeikasernen wurde auseinandergejagt, die Bauern von den Treckern geprügelt, Reifen zerstochen und Dieselleitungen zerschnitten, so daß Dieseltanks auf den Feldern ausliefen. In der Pressemitteilung des Ermittlungsausschusses Gorleben vom 22.5.95 heißt es zu der Polizeirepression:

> *"... So wurden bei Festnahmen Personen bis zu zwei Stunden mit Plastikschnüren gefesselt und am Boden liegend festgehalten. Immer wieder wurde körperliche Gewalt angedroht und angewendet ... Allein 50 Personen haben sich beim EA als verletzt gemeldet. Die tatsächliche Zahl schätzen wir um ein vielfaches höher. Gemeldet wurden vor allem Kopfverletzungen durch Schlagstöcke, Faustschläge, Tritte, Wasserwerfer, CS-Gaseinsatz ..."*

Im Aufruf "Sie kommen nicht durch" zum "Tag X" vom 22.4.95 trafen die Castor-Gegnerinnen und -Gegner genau den Nagel auf den Kopf: ***"Die Erfahrung lehrt, daß die vielgerühmte Rechtsstaatlichkeit lediglich jene Profitinteressen schützt, die für den ökologischen Ausverkauf verantwortlich zeichnen..."*** Die Phrasen von "Recht und Demokratie" sind Lug und Trug, die staatlichen Repressionsorgane, Polizei, BGS, militärische Einheiten und wenn notwendig auch die Bundeswehr, treten auf den Plan bei jeder zugespitzten Auseinandersetzung, bei der die Interessen des deutschen Imperialismus massiv bedroht und gefährdet sind. Sie sind der Hauptbestandteil des imperialistischen Staatsapparates, der die Interessen der kapitalistischen Geldsäcke schützt. Auf die "Neutralität der Justiz", auf die "Ausschöpfung des Rechtsweges" hoffen oder auf den "parlamentarischen Weg", auf eine der bürgerlichen Parteien setzen - das ist eine legalistische Illusion, die das Wesen dieses Staatsapparates als Unterdrückungsmaschine in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und die anderen Ausgebeuteten verkennt.

Die atomare Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus bekämpfen!

War das unmittelbare Ziel der Proteste, den Castor-Transport zu stoppen, so richtete sich dieser Kampf jedoch objektiv auch gegen die Atompolitik des deutschen Imperialismus, die von seiner imperialistischen Kriegspolitik nicht zu trennen ist. Das Zwischenlager Gorleben ist ein wichtiger Bestandteil der eigenständigen Kriegsindustrie des deutschen Imperialismus. Es dient der Schließung der Kette von den einzelnen Atomkraftwerken bis zur Gewinnung von atomwaffenfähigem Plutonium. Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr, der jederzeitige Zugriff auf Uran, die Ausbaufähigkeit des sogenannten "Atomprogramms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" für die Atomwaffenproduktion, die führende Rolle der deutschen Imperialisten bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung z.B. Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens, des Iraks, Brasiliens, die Erprobung verschiedener Träger für Atomraketen, in Zaire oder Argentinien, zeigen, daß der deutsche Imperialismus die faktische Verfügungsgewalt über Atomwaffen besitzt. Daran ändert auch nichts, daß dies aus Gründen politischer Opportunität offiziell nicht zugegeben wird. Es bleibt das Ziel des deutschen Imperialismus, auch offiziell "Atommacht" zu werden, Atomwaffen zu besitzen, alle dem noch entgegenstehenden rechtlichen Bestimmungen und Verträge aufzuheben.

Die "deutsche Ideologie" und die Politik der Klassenversöhnung in der "Umweltfrage" bekämpfen!

Immer wieder stößt man bei den verschiedenen Umwelt-Protestbewegungen auf folgendes Problem: Da können "alle an einem Strang ziehen", sei es bei Verbraucherboykotten wie gegen Shell oder beim Widerstand gegen den Castor-Transport. "Alle WendländerInnen" halten zusammen - vom Groß-

Demnächst erscheint: Flugblatt 8/95 von "Gegen die Strömung": Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden!
Aus dem Inhalt: Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien!

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht

Über die kommunistische Haltung zur Natur

Im grundlegenden Werk des Marxismus, dem "Kapital", zeigte Marx, daß die kapitalistische Produktion die Technik und Produktivität nur entwickelt,

"indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."
(Marx, "Das Kapital, Erster Band", 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 530)

In einem späteren Werk geht Engels detailliert auf die Ursachen der Zerstörung der Umwelt- und Lebensbedingungen der werktätigen Massen ein:

"Die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten können sich nur um den unmittelbarsten Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt - soweit es sich um den Nutzen des erzeugten oder ausgetauschten Artikels handelt - tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder."
(Engels, " Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen", 1876, Marx/Engels Werke Band 20, S. 455)

Das bedeutet, daß nur durch die Ersetzung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine sozialistische, kommunistische Produktionsweise die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen, der Raubbau an der Natur wirklich beseitigt werden kann.

Zwei große Kämpfe sind durchgehend für die Entwicklung der Menschheit seit der Urgesellschaft bestimmend: der Kampf mit der Natur (Produktionskampf) und der Kampf zwischen den Menschen (in der Klassengesellschaft der Klassenkampf). Diese grundlegenden Auseinandersetzungen werden auch im Kommunismus nicht aufhören, wenngleich sie dann keinen Klassencharakter mehr tragen, einen völlig anderen, eben bewußten, planmäßigen Charakter im Interesse der arbeitenden Menschen haben werden. "Umweltschutz" bedeutet unter den Bedingungen des Kommunismus also keineswegs "Schutz der Natur, so wie sie ist". Die Menschen können die Naturgesetze zwar nicht aufheben oder ändern, aber wenn sie diese Gesetze erkannt haben, sie berücksichtigen und sachkundig anwenden, sind die Menschen

"...imstande, ihren Wirkungsbereich einzuschränken, den zerstörenden Naturkräften eine andere Richtung zu geben, die zerstörenden Naturkräfte in den Dienst der Gesellschaft zu stellen."
(Stalin,"Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, Werke Band 15, S. 25)

Engels warnte davor, sich gegenüber der Natur wie ein Eroberer aufzuführen. Auch und gerade für die sozialistische und kommunistische Gesellschaft gilt:

"... daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze zu erkennen und richtig anwenden zu können."
(Engels, " Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen", 1876, Marx/Engels Werke Band 20, S. 453)

Programmatisch führte Engels für die Zeit im Kommunismus aus:

"Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation... Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Mal bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Die Gesetzes ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht... Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit."
(Engels, "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", 1880, Marx/Engels Werke Band 19, S. 226)

grundbesitzer, der seine Ländereien für ein Hüttendorf zur Verfügung stellt, über den Bürgermeister und den Dorfpfaffen bis hin zu den sich als links verstehenden Kräften. Das Gemeinsame wird in den Vordergrund gestellt, weil "alle" in der "Umweltfrage" angeblich gleiche Interessen haben.

Dagegen gilt es z.B. den Unterschied herauszuarbeiten, wie verschmutzt die Luft in Arbeitervierteln und industriellen Ballungszentren ist und wie in Villengegenden der Superreichen im Grünen. Gegen jegliche Politik der Klassenversöhnung unter dem Motto "Umweltzerstörung betrifft alle" muß betont und bewußt gemacht werden, daß die Folgen des kapitalistischen Raubbaus an der Natur zwar langfristig auch die Reichen, die Mitglieder der herrschenden Klasse treffen, doch diese haben vielfältigere Möglichkeiten, Vorsorge zu treffen, sich vor Schäden zu schützen.

Das ist eine Seite. Folgenschwerer ist jedoch die Tatsache, daß eine solche Ideologie in den Protestbewegungen Illusionen in den deutschen Imperialismus schürt. Die Klassenwidersprüche werden zugekleistert und mit Hilfe der Propaganda "Wir sitzen alle auf dem gleichen Ast" wird nicht selten deutscher Nationalismus, der "Zusammenhalt der Deutschen für den Erhalt des ***deutschen*** Walds, der ***deutschen*** Heimat " geschürt und gefördert.

Ohne Kampf gegen diese "deutsche Ideologie" und ihre Propagandisten ist an einen vorwärtsführenden Kampf gegen die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der werktätigen Massen nicht zu denken.

Nur die Zerschlagung des kapitalistischen Systems kann Schluß machen mit dem Raubbau an der Natur!

Der Raubbau an der Natur, die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen, ist eine unvermeidliche Auswirkung des imperialistischen Systems, eines Systems, dessen höchster Zweck die Gewährleistung und Sicherung maximaler Profite für eine zahlenmäßig kleine Schicht von Kapitalisten ist. Für ein solches System sind nicht nur die Masse der werktätigen Menschen, sondern die gesamte Natur nur unter dem Blickwinkel des Maximalprofits interessant. In der kapitalistischen Produktionsweise zählt gegenüber der Natur wie der Gesellschaft nur der unmittelbarste Nutzeffekt, der zu erzielende Profit ist die einzige Triebfeder, während die entfernteren schädlichen Nachwirkungen auf Natur und Lebensbedingungen unbeachtet bleiben. Die Verschmutzung der Luft, die Vergiftung des Bodens, der Flüsse und Meere, das Absterben großer Teile der Wälder, radioaktive Verseuchung, Klimaveränderungen durch Abholzung der Regenwälder, Ozonloch usw. - das alles sind Realitäten, die das Leben und die Gesundheit vor allem der Masse der Werktätigen bedrohen.

Angesichts der Tatsache, daß die ehemals revisionistisch-kapitalistischen Länder - von der DDR bis zur Sowjetunion - in einer Art und Weise die westlich-kapitalistischen Länder an "umweltzerstörerischen" Maßnahmen auf Kosten der Werktätigen nachgeahmt, ja teilweise gar übertroffen haben, ist es nicht verwunderlich, daß auch auf diesem Gebiet der Antikommunismus fröhliche Urstände feiert: "Da seht ihr, ob Kapitalismus oder Sozialismus", so tönen die bürgerlichen Ideologen, "Jacke wie Hose, die Umwelt wurde hier wie dort zerstört."

Das ist eine Halbwahrheit. Nicht recht haben sie, daß der Sozialismus (der ja die Herrschaft des Proletariats und die Interessen der Werktätigen verwirklichen muß und insbesondere in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins auch verwirklicht hat) diese Zustände herbeigeführt habe. Hier gilt es klarzustellen, daß diese angeblich sozialistischen Länder eben kapitalistische Länder unter revisionistischem Deckmantel waren. Die gemeinsame Ursache, hier wie dort, war das Profitprinzip: Die jeweils herrschende revisionistisch-kapitalistische oder offen kapitalistische Klasse nimmt keine Rücksicht auf die Interessen der Werktätigen. Und die werktätigen Massen hatten dort - trotz aller Phrasen und Beteuerungen - und haben hier in Wahrheit nicht wirklich etwas zu sagen.

Dies beweist nur einmal mehr, daß der kapitalistische Raubbau an den natürlichen Ressourcen, die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der werktätigen Massen durch das kapitalistische System nur beseitigt werden kann, wenn dieses System selbst beseitigt wird. Dies ist nicht möglich durch spektakuläre Einzelaktionen, sondern nur durch den Bürgerkrieg der ausgebeuteten Millionenmassen unter Führung der Arbeiterklasse, der die Zerschlagung des reaktionären Staatsapparats des deutschen Imperialismus, den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats erkämpft. Dies ist nur möglich, wenn die ganze verfluchte kapitalistische Profitwirtschaft mit sämtlichen Wurzeln ausgerissen wird und mit Hilfe der Diktatur des Proletariats über sämtliche Reaktionäre im langwierigen, sich immer weiter verschärfenden Klassenkampf ersetzt wird, zuerst durch eine sozialistische Gesellschaft, die breiteste Demokratie für die ehemals Ausgebeuteten verwirklicht, und schließlich durch den Kommunismus, wo es keine Ausbeutung, keine Unterdrückung und keine Klassen mehr gibt!

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Zwei berechtigte Kritiken am Flugblatt

"Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte 'Umweltverschmutzung'!" (7/95)

1. Kritikbrief

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben Eure Nr. 7/95 "Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte 'Umweltverschmutzung'" gelesen und diskutiert. In dem Abschnitt "Die atomare Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus bekämpfen!" erwähnt Ihr "die führende Rolle der deutschen Imperialisten bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung z.B. Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens, des Iraks, Brasiliens ...". Wir wüßten gern genauer, wie diese Rolle aussieht. Vielleicht könnt Ihr uns ja Literatur dazu empfehlen.

In dem Abschnitt "Die deutsche Ideologie und die Politik der Klassenversöhnung in der 'Umweltfrage' bekämpfen!" finden wir das Beispiel mit der unterschiedlichen Luftverschmutzung sehr weit hergeholt. In dem ganzen Abschnitt bezieht Ihr Euch ausschließlich auf die Verhältnisse in der BRD. Deutlicher werden die Klassenwidersprüche und das "Interesse" der Bourgeoisie am "Umweltschutz", wenn man sich anguckt, wie sie hier produzieren, läßt im Unterschied zu abhängigen Ländern (z.B. Bayer, BASF in Mexiko), wo sie unter anderem größere Profite macht, weil sie die Natur auf Kosten der Werktätigen noch krasser ausbeutet. Gerade wenn es um die Bekämpfung des deutschen Nationalismus in den Protestbewegungen geht, darf man das Verhältnis zu den abhängigen Ländern nicht außer Acht lassen. Wenn es nur um die Erhaltung des "deutschen Waldes" ginge, könnte man ja schon fast froh sein. Wenn aber z. B. "mehr deutsches Engagement bei der Lösung globaler Umweltprobleme" gefordert wird, wird damit imperialistischer Einmischung Vorschub geleistet.

Solidarische Grüße

2. Kritikbrief

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine Kritik bezieht sich auf die zweite Seite des Flugblatts, erste Spalte, zweiter Absatz. Es geht in diesem Absatz um die "Deutsche Ideologie" in der Umweltfrage, um die Betroffenheit der Klassen, daß die Umweltzerstörung zwar die Bourgeoisie auch trifft, daß sie aber bessere Möglichkeiten hat, sich zu schützen.

Ich finde es sehr wichtig, die "Wir sitzen-alle-in-einem-Boot-Lüge" zu entlarven und zu sagen, daß die Ursache der Sache die Profitgier der Imperialisten ist und daß es auch da keine gemeinsame Interessen geben kann. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß wer wirklich den Raubbau an der Natur beenden will, sich gegen die Bourgeoisie stellen muß, das imperialistische System zerschlagen muß.

Ich meine, in dem Flugblatt fehlt der Punkt, daß die Umweltzerstörung die Völker der abhängigen Länder, die Arbeiter und die Bauern, noch viel härter trifft als die Arbeiter und Bauern in den kapitalistischen Ländern. Die Bourgeoisie, namentlich die deutsche, baut dort Fabriken, in denen nicht der mindeste Schutz für die Arbeiter vorhanden ist, sei das nun ein Filter im Schornstein der Fabrik oder Schutzkleidung in Chemiefabriken. Pflanzenschutzmittel, die in Deutschland wegen ihrer Schädlichkeit verboten sind, werden dort produziert und müssen von den Leuten verwendet

werden. Giftmüll wird dorthin verscherbelt, irgendwelche Tests, die sie hier nie machen würden weil, sie so gefährlich sind, werden dort durchgeführt, etc. etc....

Die Lage der Menschen dort ist unglaublich schlecht, weil die Imperialisten dort den Dreck produzieren, den sie hier nicht produzieren dürfen und weil's billiger ist. Und irgendwie profitieren wir, die in einem imperialistischen Land leben, von ihrem Elend, allein durch die Extra-Profite, die da rausgezogen wer den.

Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist: In dem Flugblatt wird sehr richtig klargestellt, gegen wen man kämpfen muß, nicht aber mit wem, oder auf wessen Seite man sich stellen muß, mit wem man solidarisch sein muß, wer der Verbündete in diesem Kampf sein muß. Und das sind doch die Menschen in den abhängigen Ländern, meine ich.

Ich meine, dieser Punkt gehört unbedingt dazu. Weil dieser Punkt fehlt, jedenfalls nicht so ausgearbeitet ist, wie er es meiner Meinung nach verdient hat, hat dieses Flugblatt etwas von einer "rein deutschen Perspektive", was nicht gut ist.

Eine Frage habe ich noch zu der Überschrift. Und zwar finde ich es nicht so ganz verständlich, warum "Umweltverchmutzung" in Gänsefüßchen geschrieben wird.

* * *

Antwort auf die berechtigten Kritiken

● Zur Hauptkritik (in beiden Briefen)

Als erstes wird auf den gemeinsamen Punkt in beiden Kritiken eingegangen.

"Wenn es um die Bekämpfung des deutschen Nationalismus in den Protestbewegungen geht, darf man das Verhältnis zu den abhängigen Ländern nicht außer Acht lassen.", heißt es im 1.Kritikbrief. Ja, gerade mit der imperialistischen Großachtpolitik z.B. in Sachen Giftmüllbeseitigung oder deren Ablagerung wird dies ganz krass deutlich. Erfüllen Staat und Kapital im imperialistischen Mutterland noch gewisse Sicherheitsauflagen, ist davon spätestens in Tschechien, in Polen und erst recht in afrikanischen Ländern fast nichts mehr von wahrzunehmen, geht das Kapital ganz offen und brutal über eine Unzahl von Leichen. In der Produktion wird genauso oder ähnlich verfahren, wofür nicht allein die Opfer von Bophal Zeugen sind.

Eure Kritik trifft einen wesentlichen Mangel des Flugblatts und dies ist ein gravierender ideologischer Fehler unsererseits, sich bei dem Thema beinah nur auf Deutschland bezogen zu haben. Daß der Auslöser für das Thema der Protest und Widerstand gegen den Castor-Transport war, darf dafür keine Rechtfertigung sein. Spätestens bei dem Giftmüll (Brent Spar Versenkung) hätten wir sehen müssen, daß hier die imperialistische Konkurrenz, die eine Seite ist, die andere Seite aber, die Frage der Opfer außerhalb der eigenen Grenzen. Gerade wenn es um imperialistische "Umweltpolitik" geht, muß aufgezeigt werden, daß die deutschen Saubermänner, nur auf ihrem eigenen Gebiet aufgrund der jahrelangen Proteste bestimmte Standards einführen, wenn diese auch nicht generell praktiziert werden. Und wenn es um neue Produktionstechnologien geht, die einen besseren Sicherheitsstandard haben sollen oder weniger Lärm und geringere Verbrennungs- und Abgaswerte verursachen sollen, dann um die Konkurrenz für die Produktion in erster Linie für die hochindustrialisierten imperialistischen Länder hinter sich zu lassen, selbst das Geschäft machen zu können.

Proteste und Widerstand in den halbkolonialen und abhängigen Ländern werden mit faschistischen Methoden, mit Massakern begegnet und so niedergemacht. Auch dieser Unterschied muß bewußt sein, ohne das polizeistaatliche Vorgehen des deutschen Unterdrückungsapparat verharmlosen zu wollen, aber es in Relation zu setzen, das ist nötig. Allein schon, um die verfluchte deutsche und auch eurozentristische Überhebichkeit innerhalb solcher Protestbewegungen zurückzuschlagen. ("Seht, was wir hier in

Deutschland, in Mitteleuropa schon erreicht haben...")

Wobei eben nicht vergessen werden darf, wie die Monopole und der imperialistische Staat sich im eigenen Land Zugeständnisse abringen lassen, und in den osteuropäischen Ländern, in Afrika und Asien dieselben Herrschaften oder eine ihrer Filialen das Leben und die Gesundheit der Völker in gewaltigen Ausmaßen ruiniert.*) Die Kritik, daß der Punkt fehlt, "daß die Umweltzerstörung die Völker der abhängigen Länder, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Bäuerinnen und Bauern, davon viel härter trifft als ihre Klassenbrüder und -schwestern in den kapitalistischen Ländern" ist berechtigt, mehr noch, es ist ein Punkt der bei dem Thema nicht ausgeklammert werden darf, weil sonst ein sehr verzerrtes, ja unrealistisches Bild entsteht, nur ein Teil der Wahrheit aufgedeckt wird.

Es wird im Flugblatt zwar richtig aufgezeigt, daß der Raubbau an der Natur nur durch die Zerschlagung des imperialistischen Systems ein Ende gesetzt werden kann - aber es wird nicht zum Kampf gegen die imperialistische Ausbeutungspolitik, gegen den Raubbau an der Natur, dem Raubbau an Leben und Gesundheit der unterdrückten Völker durch die Monopole des Imperialismus, insbesondere des eigenen, des deutschen Imperialismus Stellung genommen. Natürlich wird die Diktatur des Proletariats damit Schluß machen, aber das Proletariat der imperialistischen Länder, das Proletariat in Deutschland, die Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die revolutionären und kommunistischen Kräfte müssen schon heute dagegen auftreten, schon heute dafür eintreten die Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker zu propagieren und zu praktizieren. Schon heute, unter kapitalistischen Bedingungen gilt es, sich mit den berechtigten Forderungen nach Entschädigung für die Opfer, für die geschädigten und mißbrauchten Völker zu solidarisieren und sie zu unterstützen gegenüber den Monopolen und dem deutschen Staatsapparat - wie das Beispiel Bophal hat deutlich werden lassen.

* * *

● Antwort auf den 1. Kritikbrief

Liebe Freunde,

es ist wirklich gut, daß ihr Euch so genau mit unseren Flugblättern auseinandersetzt, denn nur so kommt es wirklich zu einer Überprüfung unserer Arbeit, zu einem kritischen Herangehen - auch und gerade unserer eigenen Genossinnen und Genossen - gegenüber unseren Publikationen, seien sie auch schon zum x-ten Male vorher diskutiert worden. Auf diesem Weg lebt die Kritik und Selbstkritik, können wir selbst und kann eben von außen, durch die revolutionäre Öffentlichkeit unsere Linie oder aber die Umsetzung der richtigen Linie geprüft werden.

Gespannt bin ich darauf, wie Euch die ROT FRONT Nr. 1 gefällt und natürlich nochmehr welche Fragen und welche Kritiken ihr daran habt. Laßt Euch nur nicht durch die 150 Seiten schrecken, nehmt Euch den Teil heraus, den Ihr besonders wichtig findet, diskutiert ihn genau und schreibt uns Eure Kritik bzw. laßt uns einmal darüber mündlich diskutieren... Wenn Ihr Zeit und Interesse habt, so können wir Euch eines unserer nächsten Infos zukommen lassen zu den Themen - demokratischer und sozialistischer Kampf; Hegemonie des Proletariats; proletarische Revolution: Bürgerkrieg und bewaffneter Aufstand. Dabei handelt es sich um allererste Entwürfe, wo noch viel dran zu arbeiten ist. Eure Erwartungen an programmatischen Dokumenten zu diesem Thema würden uns am meisten interessieren. Also laßt von Euch hören. Nun zu den Kritiken im Einzelnen:

1. Auf Eure Hauptkritik bin ich bereits im Einleitungsteil eingegangen.

2. Ihr stellt richtig fest, daß die Forderung nach Lösung der globalen Umweltprobleme durch den Imperialismus bedeutet, der

---

*) Es wäre jedoch eine nicht ganz zutreffende Verallgemeinerung, zu sagen, die Völker der abhängigen Länder seien *immer* mehr betroffen von der Umweltzerstörung. Zum Beispiel sind von den Atomtests der französischen Imperialisten besonders die Völker im Südpazifik betroffen, aber Atomtests gab es auch in der sozialimperialistischen Sowjetunion und jetzt in der GUS ebenso wie in den USA. Tschernobyl, der bisher größte „Atomunfall", passierte nicht in einem abhängigen Land. Der Dioxin-Unfall von Seveso, das war in Italien. Gorleben - der hochradioaktive Müll soll in der BRD gelagert werden, etc. etc.

imperialistischen Einmischung Vorschub zu leisten, und fordert als eine notwendige Aufgabe der Protestbewegungen den Kampf dagegen. Ich sehe andererseits bei Euch die Gefahr einer Geringschätzung des Kampfes gegen den deutschen Nationalismus, wenn ihr über die nationalistische Propaganda für den Erhalt des "deutschen Waldes" schreibt, "wenn es nur (darum)... ginge, könnte man ja schon fast froh sein." Und hier offensichtlich die eine notwendige Aufgabe gegen die andere stellt.

Warum hier die eine wichtige Aufgabe der Entlarvung gegen eine andere wichtige Aufgabe der Entlarvung stellen? So etwas wie ein vorrangig und nachrangig ergibt sich hier nicht, ist jedenfalls nicht erkennbar. sonst müßtet genauer begründen, wie ihr das meint.

Den Kampf gegen die imperialistische Politik ohne den Kampf gegen den deutschen Nationalismus, die deutsche Ideologie zu führen ist letztlich ja ein hilfloses Unterfangen. Denn da geht es auch gerade um die Entlarvung, des "wir sitzen alle in einem Boot", wenn es um "unsere deutsche Heimat" geht. Ähnlich, wenn z.B. von Gewerkschaftsführern nationalistisch eingeheizt wird, mit dem Schlagwort, "wir müssen den 'Standort Deutschland' erhalten.", gilt es auch dieses zu entlarven ohne zu vergessen, andererseits die Unterstützung der imperialistischen Politik der Ausbeutung der unterdrückten Völker durch die Gewerkschaftsführung anzuprangern.

3. Zur Luftverschmutzung in den Arbeitervierteln im Gegensatz zu den Villengegenden der Reichen - warum das arg weit hergeholt sein soll, das sehe ich allerdings nicht. In den großen Industriestädte liegt der Unterschied auf der Hand. Ohne zu behaupten, daß die Villengegenden davon ganz verschont blieben und das steht wird im Flugblatt auch nicht gesagt. (mit der Ozonbelastung sieht es wieder anders aus)

Ich hoffe, Material über die atomare Bewaffnung habt ihr in der Zwischenzeit über den Buchladen bekommen. Darüberhinaus gab es in unseren Reihen vor Jahren dazu eine ausführliche Debatte, die wir Euch gerne zukommen lassen, wenn ihr daran interessiert seit.

Mit internationalistischen Grüßen

Info-Redaktion

● Antwort auf den 2. Kritikbrief

Liebe Genossin,

auf Deine Hauptkritiken ist bereits in dem Einleitungsteil eingegangen worden. Hier nun zu den einzelnen Punkten Deiner Kritik:

Warum schreiben wir die "Umweltverschmutzung" in Anführungszeichen? und, schreiben ausdrücklich - sogenannte "Umweltverschmutzung", ist noch hinzu zu fügen.

Im Info 9-10 gab es dazu bereits eine kritische Anfrage (S. 16); in der bereits aufgezeigt wird, daß die Schwierigkeit mit dem Begriff darin besteht, daß es sehr wohl eine kapitalistische Verschmutzung der Umwelt als Folge der Profitmacherei gibt, aber dieser Begriff eben das speziell kapitalistische, deren Ursache verdeckt. Und Verschmutzung hat vom Begriff her etwas arg verharmlosendes, wenn es nicht nur - wie dies von bürgerlicher Seite aus in der Regel getan wird - auf die "natürliche" Umwelt bezogen wird, sondern auf die Auswirkungen auf die ausgebeuteten und werktätigen Menschen, auf deren Leben und Gesundheit. Gerade letzteres wird nicht einmal halbwegs durch diesen Begriff angedeutet, geschweige denn wirklich klar benannt.

Und es hat natürlich auch die Seite, daß die Vergiftung des Bodens, der Luft und des Wassers durch die Monopole, wie Höchst, BASF usw. und in Folge die Ruinierung der Gesundheit, des Lebens in erster Linie der werktätigen Menschen gleich gestellt wird, mit demjenigen der seinen kaputten Fernseher nicht recyclen läßt.

Bei der Gelegenheit bietet es sich an eine Replik auf unsere Antwort im Info 9-10 zu machen. Die kritische Anmerkung "auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, als wäre es falsch, von 'Umweltverschmutzung' im Zusammenhang mit kapitalistischer Naturzerstörung zu sprechen" ist ja wirklich nicht so abwegig, wenn es ausdrücklich heißt: "sogenannte 'Umweltverschmutzung'". Und es ist tatsächlich nicht klar

und wird eben nicht erläutert, warum wir dies so bezeichnen. Kurzum - es ging darum, klarzustellen, daß wir keinen alternativen Begriff haben, der das Thema allgemeinverständlich benennt und nicht mit all den Einschränkungen belastet ist, wie es gerade in den vorherigen Zeilen ausgeführt worden ist und wir die Charakterisierung "sogenannte" vorgenommen haben, weil dies der allgemein verständliche Sprachgebrauch ist - allerdings die Sache trotzdem nicht treffend bezeichnet und mit falschen Vorstellungen verbunden ist.

Info-Redaktion

❑ Eine weitere Kritik am Flugblatt "Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte ´Umweltverschmutzung´" (7/95)

Dieser Titel des Flugblatts nimmt mit der Formulierung von der "sogenannten ´Umweltverschmutzung´" eine polemische Abgrenzung von der bürgerlichen Umweltpropaganda vor, jedoch wird dies im Text nicht mehr direkt aufgegriffen. Dadurch bleibt diese Polemik unverständlich; auf den ersten Blick könnte sogar der Eindruck entstehen, als wäre es falsch, von "Umweltverschmutzung" im Zusammenhang mit kapitalistischer Na^1turzerstörung zu sprechen.

Die Schwierigkeiten mit diesem nicht zu Unrecht in Anführungszeichen gesetzten Begriff ist, daß es zwar eine Verschmutzung der Umwelt als Folge der kapitalistischen Profitmacherei tatsächlich gibt, aber das spezifisch kapitalistische daran so verdeckt wird. Außerdem - und das wäre der unmittelbare Anlaß, von der sogenannten "Umweltverschmutzung" zu sprechen - wird damit so getan, als ginge es nur um die ´natürliche´ Umwelt, um Luft, Wasser, Parks und Biotope und nicht um die Folgen vor allem für die Masse der werktätigen Menschen.

Dieser Zusammenhang wird zwar im Flugblatt inhaltlich auch angesprochen (S.2, 2.Sp., 1.Abs.), aber die plakative Polemik in der Überschrift wird nicht mehr aufgenommen und erläutert, Dadurch ist sie schwer oder gar nicht nachvollziehbar.

Antwort auf die Kritik

Du hast insofern recht mit Deiner Kritik, als daß wir den Begriff "sogenannte ´Umweltverschmutzung´" nicht direkt erläutern, aber indirekt wird gerade darauf ausführlich eingegangen: Im Text prägen wir stattdessen die Begriffe "Raubbau an der Natur" und Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen", die unserer Meinung nach treffend sind, was wir in den Abschnitten "Die ´deutsche Ideologie´ und die Politik der Klassenversöhnung in der ´Umweltfrage´ bekämpfen!" und "Nur die Zerschlagung des kapitalistischen Systems kann Schluß machen mit dem Raubbau an der Natur!" auch erklären.

Den Kritikpunkt, daß wir mit der Überschrift den Eindruck erwecken könnten "als wäre es falsch, von ´Umweltverschmutzung´ im Zusammenhang mit kapitalistischer Naturzerstörung zu sprechen", wie Du schreibst, halten wir allerdings schlichtweg für absurd. Falls jedenfalls trotzdem jemand auf diese Idee kommt, müßte er oder sie sich halt die Mühe machen, außer der Überschrift auch noch den Rest vom Flugblatt zu lesen.

☆ ☆ ☆

Solidaritätsveranstaltung

für den revolutionären bewaffneten Kampf in Mexiko!

Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

In der Nacht zum 1. Januar 1994 wurde in Chiapas/Mexiko ein Aufstand ausgelöst und dabei gleichzeitig fünf Städte von der revolutionären bewaffneten Befreiungsarmee eingenommen. Befreite Gebiete wurden geschaffen, die teilweise bis heute noch bestehen.

Vertreter des "Movimiento Democrático Independiente Mexicano" (Mexikanische Unabhängige Demokratische Bewegung) und der "Frente Democrático Oriental de México Emiliano Zapata" (Demokratische Front des Ostens von Mexiko Emiliano Zapata) berichten über den bewaffneten Kampf in Mexiko und die aktuelle Situation für die revolutionären Kräfte in den Bergen von Chiapas nach der militärischen Offensive der reaktionären mexikanischen Armee in den letzten Monaten, sowie über die Ziele der Revolution in Mexiko.

Die Veranstaltung soll DemokratInnen und RevolutionärInnen aus verschiedenen Ländern die Möglichkeit geben, mit mexikanischen GenossInnen über ihre politische Linie zu diskutieren und Möglichkeiten der praktischen Solidarität zu finden. Deshalb wird es für Fragen und Diskussionen viel Raum geben.

Ort: K-Raum des FBZ, Nîmesstraße 2, Braunschweig

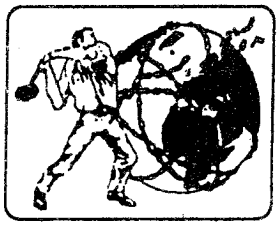
Zeit: 19.00 Uhr

Datum: Samstag, 8. April 1995

Veranstalter: Antifaschistisches Plenum und Jugend Antifa Aktion (JAA) Braunschweig
Unterstützer: Antifaschistisches Plenum Wolfsburg, Buchladen Georgi Dimitroff - Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

8/95 August 1995

Kurdische Hungerstreikende am 27.7.1995 in Frankfurt/Main von SEK-Trupps auseinandergeprügelt!

Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden!

In den letzten Wochen wurde der staatliche Terror gegen die kurdische Bevölkerung in Deutschland massiv verschärft. Als Vorwand diente der gerechte kurdische Widerstand, Demonstrationen, Hungerstreiks, Besetzungen, die sich direkt gegen den deutschen Staat richteten, gegen seine Rolle als massiver Unterstützer und Drahtzieher der Politik der türkischen Militärdiktatur.

Brutalste paramilitärische Polizeieinsätze von vermummten SEK-Einheiten, Wasserwerfereinsätze, Prügelorgien und dutzende von Mißhandlungen, rassistische polizeistaatliche Kontrollen, Hunderte von Festnahmen - das ist die "Bilanz" des Polizeiterrors gegen den kurdischen Widerstand innerhalb von nur einigen wenigen Tagen, der begleitet war von massiver antikurdischer Hetze der bürgerlichen Medien. Im Kampf gegen diesen Polizeiterror und Hetze breiteste Solidarität zu organisieren, die kurdischen Werktätigen in ihrem beispielhaften Kampf nicht alleine lassen - das ist die Aufgabe aller fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Kräfte in Deutschland.

Paramilitärischer Polizeieinsatz des SEK in Frankfurt und der verstärkte Widerstand der Kurdinnen und Kurden

Der unmittelbare Anlaß für die verstärkten Widerstandsaktionen der kurdischen Werktätigen in Deutschland war einerseits die solidarische Unterstützung von mehr als 10.000 kurdischen politischen Gefangenen in den Kerkern des türkischen Folterregimes, die für die Anerkennung als Kriegsgefangene und für die Beendigung der Massaker der türkischen Armee gegen die kurdische Zivilbevölkerung in der Türkei seit dem 14. Juli 1995 mit einem Hungerstreik kämpfen. Andererseits richteten sich die kurdischen Widerstandsaktionen direkt gegen den deutschen Staat, gegen seine massive ideologische, politische und militärische Unterstützung der türkischen Militärdiktatur, gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, vor allem auch gegen die drohende Auslieferung von Kani Yilmaz, dem Vertreter der ERNK in Europa, von England nach Deutschland und die mörderische und menschenverachtende Abschiebepolitik von Kurdinnen und Kurden an den türkischen Staat. Die Widerstandsaktionen waren vielfältig: ein Hungerstreik von bis zu 500 Kurdinnen und Kurden in Berlin und Frankfurt, Demonstrationen, Besetzung

Frankfurt/Main, 27.7.95: Militante Gegenwehr von Kurdinnen und Kurden gegen einen Polizeiangriff

Erklärung von "Gegen die Strömung":

Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien!

Ein neues Kapitel der blutigen Geschichte des deutschen Imperialismus hat begonnen: Direkter Kriegseinsatz der Bundeswehr!

Mit Raketen bestückte Tornado-Jagdbomber, Aufklärungsflugzeuge und mindestens 2000 Soldaten, darunter Fallschirmspringer und Pioniereinheiten, ein Schnellbootverband und Minenabwehreinheiten werden für den Kriegseinsatz in Ex-Jugoslawien nach Italien verlegt, 500 Soldaten einer "Sanitätseinheit" werden als militärische Vorhut in Kroatien stationiert - 50 Jahre nach dem Ende des Raubkriegs des deutschen Imperialismus und seiner Nazi-Wehrmacht wird ein direkter und offener Kriegseinsatz der Bundeswehr zur Sicherung und Ausweitung der politischen, militärischen und ökonomischen Einflußsphären des deutschen Imperialismus vorbereitet, wird blutige Realität für die Völker Ex-Jugoslawiens.

Die deutschen Imperialisten machen damit einen enormen Schritt voran bei ihrer allseitigen Kriegsvorbereitung: Es geht um die Gewöhnung der Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze, um die Übung der eigenen Armee und Waffen "im Ernstfall", es geht um die Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter imperialistischer Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen und vor allem auch gegen die Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten und um die langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

Die Kriegshetze und Verdummungspropaganda der bürgerlichen Politiker und Medien zur Rechtfertigung des Kriegseinsatzes entlarven und bekämpfen!

Gegen das demagogische Hauptmanöver von der angeblich "humanen Aufgabe" der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien muß klargestellt werden:

Der Krieg in Ex-Jugoslawien ist von allen Seiten her ein reaktionärer Krieg, bei dem klar ist, daß die Verlierer die Völker Ex-Jugoslawiens sind. Bei diesem Krieg geht es keiner Seite um "Humanität" oder "Gerechtigkeit" - weder den kroatischen Reaktionären, den serbischen Reaktionären noch anderen reaktionären Kräften in Bosnien-Herzegowina, und erst recht nicht den imperialistischen Kriegstreibern -, sondern um die Ausweitung der eigenen Einflußsphären.

Der reaktionäre Krieg in Ex-Jugoslawien wurde vor allem von den imperialistischen Großmächten angezettelt, geschürt, und am Laufen gehalten, gerade auch vom deutschen Imperialismus - durch diplomatische Anerkennungsmanöver, Abschiebung von Deserteuren, Waffenlieferungen, ökonomische Druckmittel und Kanonenbootpolitik.

Fortsetzung, S. 2 ➔

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht

Fortsetzung von S. 1

Die UNO, die unter der Flagge des "Menschen- und Völkerrechts" segelt, in Wirklichkeit ein imperialistisches Kriegsinstrument ist, dient gerade auch dem deutschen Imperialismus nur als Feigenblatt, um seine räuberischen Ziele zu verhüllen.

Hinter der Heuchelei von der "internationalen Verantwortung, der man sich nicht entziehen kann" steht in Wirklichkeit ein weiterer Vorstoß der deutschen Imperialisten zur Durchsetzung ihrer Weltherrschaftspolitik im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Mächte.

Die Berufung auf die "Verantwortung aus der deutschen Geschichte" ist ein beispielloser Zynismus. Die grundlegende Wahrheit ist: Der deutsche Imperialismus ist schon längst wieder ein eigenständiger Kriegsherd, eine besonders aggressive und raubgierige imperialistische Großmacht, denn er ist im Kern derselbe Imperialismus, der den 1. Weltkrieg ausgelöst hat, der mit Hilfe des Nazi-Faschismus schon einmal die Weltherrschaft der deutschen "Herrenrasse" auf bestialische Weise verwirklichen wollte. Die Nazi-Wehrmacht und die SS-Schergen des deutschen Imperialismus hinterließen gerade auch in Jugoslawien ihre blutige Spur: von tagtäglichem Mord und Raub, Massenerschießungen vor allem auch an der serbischen Bevölkerung bis zum Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma. Und die Bundeswehr - das ist die mörderische Kriegsmaschinerie des deutschen Imperialismus. Von alten Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht aufgebaut, hat in der Bundeswehr eine Generation von Militärs das Sagen, die unter dem Motto "Unsere Väter waren keine Verbrecher" die Tradition der deutschen Wehrmacht beschwört, die Schlachten des 2. Weltkriegs durchstudiert und es nun - das dritte Mal - "besser" machen will.

Berlin, 26.6.95: Demonstration gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien

Gegen lähmenden Defätismus und Resignation: Kampf gegen die Bundeswehr, in den Kasernen, in den Betrieben und auf den Straßen! Solidarität mit allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften Ex-Jugoslawiens!

Bittere Wahrheit ist: Mit dem ganzen Arsenal gut auf einander abgestimmter Hetze, Demagogien und Lügen ist es den deutschen Imperialisten bisher weitgehend gelungen, Proteste und Widerstand gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr gar nicht erst aufkommen zu lassen. Um so mehr steht als eine wichtige Aufgabe an, ohne Wenn und Aber gegen die militaristische Rechtfertigungspropaganda, gegen jegliches "Verständnis", jegliche Unterstützung der Kriegsvorbereitung und Kriegsmaßnahmen des "eigenen", des deutschen Imperialismus, unseres Hauptfeindes, aufs schärfste anzukämpfen. Ebenso gilt es die deutsche "Herrenmenschen"-Ideologie zu bekämpfen, die der deutschen Bourgeoisie schon immer dazu gedient hat, die Bevölkerung ideologisch auf Kriege gegen andere Völker einzustimmen, so zum Beispiel die antiserbische Hetze, die lückenlos an die "Serbien muß sterbien"-Propaganda im 1. Weltkrieg und an die Goebbelsche Hetze anknüpft.

So sehr spontane Protestaktionen, so sehr individuelle Kriegsdienstverweigerungen und Desertationen als erster Schritt zu begrüßen sind, so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militanten antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert in den Betrieben und in der Bundeswehr selbst.

Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, der im Blut der von ihm ausgebeuteten, unterdrückten und massakrierten Völker steht!

eines Büros von RTL in Hannover und Bremen, sowie militante Aktionen gegen türkische Banken und Reisebüros - um nur die wichtigsten zu nennen.

Dieser Kampf der kurdischen Werktätigen in Deutschland in den letzten Wochen war Teil einer weltweiten Kampagne. In mehreren Städten, von Moskau über Berlin bis nach Washington haben sich weltweit 1400 Kurden und Kurdinnen dem Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen in der Türkei angeschlossen.

Gegen den breiten und entschlossenen kurdischen Widerstand eskalierte der deutsche Imperialismus gezielt und planmäßig seinen Polizeiterror.

Schon seit dem Beginn des Solidaritäts-Hungerstreiks der Kurdinnen und Kurden in Deutschland am 21.7.95 war die deutsche Polizei zeitweise massiv mit mehreren Hundertschaften in Berlin und Frankfurt zur Einschüchterung präsent. Immer wieder wurde provoziert, von Polizei und bürgerlichen Medien behauptet es würde PKK-Werbung für eine sogenannte terroristische Vereinigung betrieben und so die Stimmung geschürt und geschaffen, um den Polizeiterror zu verschärfen.

Am 27.7.95 gegen 13 Uhr griff die Polizei die 250 Hungerstreikenden in Frankfurt mit einem Wasserwerfer und unter Schlagstockeinsatz an, um den Hungerstreik zu beenden und die Kundgebung an der Hauptwache zu zerschlagen. Der Vorwand: "Werbung für die verbotene PKK" durch "laute PKK-Rufe". Durch massiven beeindruckenden militanten Widerstand mit Hilfe von Steinen, Gasflaschen, Kochtöpfen und Stöcken konnte die Polizei von den kurdischen Kämpferinnen und Kämpfern zurückgeschlagen und mit einem Wurfgeschoß-Hagel auf Distanz gehalten werden. Nach dieser vorübergehenden Niederlage für die Polizei eskalierte der staatliche Terror weiter.

Eine Stunde später marschierten mehrere Hundertschaften, drei Wasserwerfer und eine vermummte, paramilitärisch ausgerüstete SEK-Einheit auf und griffen erneut die Hungerstreikenden an, die sich in ihre Übernachtungszelte zurückgezogen hatten. Die Wasserwerfer wurden massiv eingesetzt und sollten die Zelte "sturmreif" schießen. Danach gingen vor allem die SEK-Einheiten mit besonderer Brutalität vor: Brutalster Knüppeleinsatz, gezielte Fußtritte und Faustschläge waren die "Spezialität" dieser Terrortrupps. Einzeln wurden die widerstandleistenden Kurdinnen und Kurden aus den Zelten gezerrt, ein Polizeikessel gebildet und 230 Kurdinnen

Frankfurt/Main, 27.7.95: Kurden im Kampf gegen die Polizei

Frankfurt/Main, 27.7.95: Über 200 Kurdinnen und Kurden von deutscher Polizei brutal geprügelt und dann gefesselt

und Kurden die Hände auf den Rücken gefesselt, mit dem Bauch in den Dreck geworfen. Das alles war wiederum begleitet von massiven Prügeleien, vor allem auch auf den Kopf der Opfer, was zu vielen riesigen Platzwunden und mehreren zum Teil schwer Verletzten führte.

Erst gegen 15 Uhr hatten die Polizeikräfte des deutschen Imperialismus wieder "alles im Griff", die Festgenommenen wurden in Polizeitransportern gezerrt, getreten und geprügelt und ins Gefängnis abtransportiert. Den Festgenommen wurde damit gedroht, daß gegen sie Verfahren wegen "schweren Landfriedensbruch" eröffnet werden würden.

Nach der brutalen Festnahme der Hungerstreikenden versammelten sich 200 Kurdinnen und Kurden auf der Hauptwache und protestierten gegen den antikurdischen Polizeiterror. Gegen 22 Uhr wurde auch diese Protestversammlung durch prügelnde Polizei und Wasserwerfereinsatz aufgelöst. Daraufhin formierte sich noch am selben Abend eine Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt und es wurden mehrere Schaufenster entglast. Gegen versuchte Polzeiangriffe wurde militante Gegenwehr organisiert. Dennoch wurden fünf Personen festgenommen.

Auch am Freitag, den 28. Juli ging der Widerstand weiter. Rund um die Hauptwache herrschte faktischer Ausnahmezustand. Wasserwerfer, Hundertschaften und patroullierende Polizeitrupps, die jeden festnahmen, die Personalien aufnahmen oder vertrieben, der in ihrer rassistischen Vorstellung "kurdisch" aussah, bestimmten das Bild. Trotz dieser massiven Polizeipräsens protestierten ca. 120 Kurdinnen und Kurden gegen den Polizeiterror auf der Hauptwache. Auch diese Versammlung wurde am Nachmittag von der Polizei durch Knüppeleinsatz aufgelöst gegen sich militant mit Steinen und Flaschen zur Wehr setzenden Demonstrantinnen und Demonstranten.

Am 30.7.95 wollten kurdische Werktätige gegen die tagelangen Polizeiangriffe in Frankfurt eine größere Demonstration in der Frankfurter Innenstadt organisieren. Ein neuer Höhepunkt des Polizeiterrors begann.

Rassistische Gesichtskontrollen

Schon am Samstag, den 29.7.95 wurden in Bayern zwei Busse auf dem Weg nach Frankfurt von der

Gülnaz Baghistani starb an den Folgen des von der deutschen Polizei erzwungenen Marsches der hungerstreikenden Kurdinnen und Kurden in Berlin!

Gülnaz Baghistani hatte sich wie mehrere hundert Kurdinnen und Kurden in Deutschland ab dem 20. Juli am Solidaritätshungerstreik mit dem Hungerstreik der über 10.000 kurdischen politischen Gefangenen in den Gefängnissen des türkischen Folterregimes in Berlin beteiligt. Sechs Tage lang kämpfte sie mit ihren Genossinnen und Genossen für die Forderungen der kurdischen Gefangenen und gegen die antikurdische Politik des deutschen Staates.

Am Mittwoch, den 26.Juli löste die Polizei den Hungerstreik in Berlin vor der Gedächtniskirche brutal auf. Gülnaz Baghistani gab, wie auch die anderen hungerstreikenden Kurdinnen und Kurden, ihren Kampf nicht auf. Die 230 Hungerstreikenden liefen zu Fuß zum 8 Kilometer entfernten kurdischen Kulturzentrum in Berlin-Kreuzberg, um ihren Hungerstreik fortzusetzen. An den Folgen des von der deutschen Polizei erzwungenen Marsches starb Gülnaz Baghistani am 27.7.95 an Herzversagen.

Der Kampf für den Gülnaz Baghistani gestorben ist geht weiter. Der Hungerstreik in Berlin wird unbefristet fortgesetzt. Trotz massiver antikurdischer Hetze, 3000 aufgebotenen Polizeisten, darunter SEK-Einheiten, demonstrierten am 1.8.95 mehrere Zehntausend Kurdinnen und Kurden in Berlin gegen den Tod von Gülnaz Baghistani. In Parolen wie "Nichts ist vergeben, nichts ist vergessen" brachten sie ihre Wut und ihren Haß gegen den deutschen Staatsapparat zum Ausdruck. Auf Transparenten wurde auch die Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen gefordert und die Waffenlieferungen des deutschen Imperialismus an die Türkei angeprangert.

Auch die Beerdigung von Gülnaz Baghistani wurde zu einer kämpferischen Demonstration gegen den deutschen Staat und das türkische Folterregime. In Osnabrück demonstrierten am 2.8.95 500 Kurdinnen und Kurden mit dem Sarg von Gülnaz an der Spitze durch die Innenstadt zum Stadtfriedhof, wo Gülnaz Baghistani beerdigt wurde.

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Den Nazi-Terror gegen die türkische und kurdische Bevölkerung nicht unterschätzen!

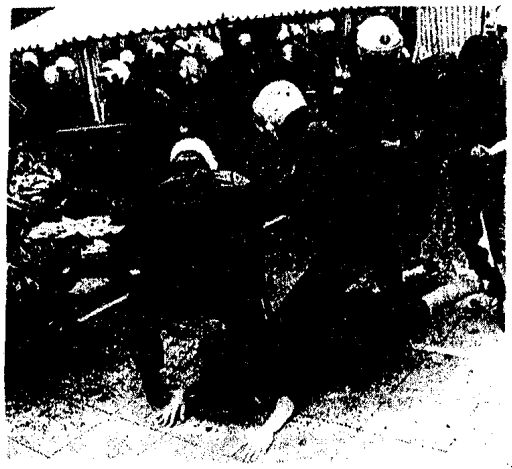
Die Nazis verschärfen zeitgleich mit der Verstärkung der gerechten Aktionen der kurdischen Genossinnen und Genossen ihren mörderischen Terror gegen die, die in ihrem nazistischen Weltbild als "undeutsch" gelten.

Die Nazis treten als "Trittbrettfahrer" auf und erzeugen auch unter der Bevölkerung aus der Türkei Angst und Schrecken. Die bürgerlichen Medien verschleiern den Nazi-Terror, um die Nazi-Pest zu verharmlosen.

Der Kampf für die internationalistische Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes kann in Deutschland nicht wirklich geführt werden, wenn er nicht verknüpft wird mit dem Kampf gegen den Nazi-Terror, der sich vor allem auch gegen die kurdische und türkische Bevölkerung richtet.

Polizei gestoppt und drei Stunden lang festgehalten. Der Höhepunkt der Polizeikontrollen lag jedoch im Frankfurter Raum. Auf sämtlichen Autobahnzufahrten und anderen wichtigen Einfallstraßen, sowie in der gesamten Frankfurter Innenstadt wurden am 30.7.95 massive Polizeikontrollen mit mehreren Hundertschaften, teilweise mit Wasserwerfern ausgerüstet, errichtet, um die erwartete Demonstration zu verhindern. Dabei wurde ganz bewußt in rassistischer Manier vorgegangen: Es gab eine Weisung alle Fahrzeuge, deren Insassen "nach Augenschein Kurden waren" zu stoppen, zu überprüfen und nicht in den Raum Frankfurt durchzulassen. In typisch deutsch-rassistischer Manier wurden Gesichtskontrollen durchgeführt und alle zurückgewiesen, die im rassistischen Weltbild der deutschen Polizisten als "Kurden" galten. Insgesamt wurden laut bürgerlichen Medien über 370 Fahrzeuge kontrolliert und über 170 Personen zurückgewiesen. Die Polizeikontrollen wurden den ganzen Sonntag bis spät in die Nacht durchgeführt und es wurden später die Kontrollen auch auf Fahrzeuge ausgedehnt, die Frankfurt verlassen wollten. In ganz Frankfurt wurden alle Personen, die in rassistischer Manier von der Polizei als "Ausländer" abgestempelt wurden zu einer "zentralen Sammelstelle" gebracht, d.h. sie wurden festgenommen und interniert!

Am selben Tag war wiederum die Frankfurter Hauptwache von Wasserwerfern und Hundertschaften Bereitschaftspolizei besetzt, der Ausnahmezustand in der Frankfurter Innenstadt erklärt. Es wurden insgesamt wiederum ca. 80 Kurdinnen und Kurden, die gegen den Polizeiterror protestierten, festgenommen und ihre Personalien festgestellt.



Frankfurt/Main, 27.7.95: Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden

Der Polizeiterror war ein Angriff nicht nur gegen die PKK, sondern gegen alle in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden

Dieser verschärfte Polizeiterror war ein gezielter Angriff gegen den organisierten kurdischen Widerstand in Deutschland, insbesondere auch gegen die PKK. Jedoch müssen diese Polizeiaktionen auch als Angriff gegen alle in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden begriffen werden. Denn: Ganz bewußt wurde bei den rassistischen Gesichtskontrollen nicht mehr differenziert in "PKK" und "gute Kurden", sondern insgesamt "alle Kurden" als potentielle "Gewalttäter" eingestuft und entsprechend "behandelt". Die Hetze der bürgerlichen Medien und Politiker geht in dieselbe Richtung. Da wird die sofortige Abschiebung "kurdischer Gewalttäter" gefordert z.B. beim "Mißbrauch des Demonstrationsrechtes", d.h. wenn ein Kurde oder eine Kurdin gegen den antikurdischen Polizeiterror dennoch protestieren will, auch wenn der deutsche Staat dies in Polizeistaat-Manier verbietet. Auch die Aufhebung des Abschiebestopps für Kurden in Hessen, der kurz vor dem Polizeiterror in Frankfurt durchgezogen wurde, ist ein Baustein des in großen Schritten verschärften Terrors des deutschen Staates gegen die in Deutschland lebende kurdische Bevölkerung.

Die kurdischen Werktätigen in ihrem beispielhaften Kampf gegen den deutschen Staatsapparat nicht alleine lassen!

Angesichts dieses Polizeiterrors durch den Staatsapparat des deutschen Imperialismus ist die Organisierung breitester Solidarität mit dem Kampf der kurdischen Werktätigen für alle fortschrittlichen, revolutionären und kommunistischen Kräfte eine zentrale Aufgabe.

Es geht darum die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer in ihrem beispielhaften Kampf vor allem auf der Straße gegen die deutsche Polizei nicht alleine zu lassen, Seite an Seite mit ihnen auch militant zu kämpfen. Es gilt jede Möglichkeit zu nutzen, den Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen gegen die Abschiebungen, die sich in nächster Zeit verschärfen werden, maximal zu unterstützen. Mit ihrem gerechten Kampf gilt es mit aller Kraft internationalistische Solidarität zu entwickeln, diesen Kampf gilt es gegen jegliche Verleumdungen zu verteidigen!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!

Januar 1994

GEGEN DIE STRÖMUNG

Die Drecksargumente gegen die kurdische Befreiungsbewegung zerschlagen!

Es lebe der Rote 1. Mai! Es lebe der Proletarische Internationalismus! Es lebe der Kommunismus!

April 1994

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

Kämpft für die sofortige Freilassung der kurdischen Genossinnen und Genossen aus den Gefängnissen des deutschen Imperialismus!

Buchladen-Kollektiv Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main
Bestellung des Plakats über Fax-Nr.: 069/730920

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Kritik am Flugblatt "Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden!" (8/95)

Liebe Genossinnen und Genossen,

in eurer Nr. 8 "Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden" habt Ihr einen Kasten zum Kriegseinsatz im Balkankrieg, wo ihr auch die Kontinuität von Wehrmacht und Bundeswehr richtig schildert. Nicht so eindeutig dargestellt finden wir den Kampf gegen die Bundeswehr. Ihr schreibt im letzten Satz: "... so notwendig halten wir die Diskussion über weitergehende und wirksamere Aktionsformen, über militanten antimilitaristischen Kampf, vor allem gut organisiert in den Betrieben und in der Bundeswehr selbst." Wir denken nicht, daß es daraufhin zu massenhaften Eintritten in die Bundeswehr kommt, aber durch das "vor allem" und das Fehlen einer genaueren Erklärung, wie ihr das meint, könnte man glauben, ihr haltet eine Unterwanderung der Bundeswehr für sinnvoll. Das kann' s ja nicht sein, zumal ihr vorher die historische Verbundenheit klar herausstellt, die eigentlich deutlich macht, wie perspektivlos Gedanken auf Reformierbarkeit sind.

Solidarische Grüße

Antwort auf Kritik

Vorweg - das Flugblatt "Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr" geht auf das Thema Kampf in der Bundeswehr ausführlich ein und wird Euch sicher eine klarere Vorstellung über unsere Linie in dieser Frage geben und klarstellen, daß wir uns keine Illusionen machen und auch nicht schüren wollen, über eine Reformierbarkeit der Bundeswehr. Nun zu der konkreten Kritik:

* In der von Euch kritisierten Passage geht es um "weitergehende und wirksamere AKTIONSformen" und "militanter antimilitaristischer Kampf" in den Betrieben und der Bundeswehr . Eine Erläuterung fehlt an dieser Stelle und das macht die Aussage für verschiedene Auslegungen offen. Eine Unterwanderung der Bundeswehr schließt den militanten antimilitaristischen Kampf nicht automatisch aus, da habt ihr Recht. Eine Reformierbarkeit oder in dem Sinne, die Bundeswehr zu unterwandern, um sie zu übernehmen paßt aber m.M.n. nicht zu antimilitaristischen, militanten Kampf - kann aber von ausgefuchsten Reformisten und Opportunisten durchaus auch in dem Sinne verwandt werde und ist daher nicht klar und eindeutig genug fixiert, wirklich noch offen für opportunistische Auslegungen. Ihr habt mit Eurer Kritik also genau den wunden Punkt getroffen...

Das neue Flugblatt stellt diese Sache nun klar, in dem es "die langfristige und grundlegende Perspektive der Zerschlagung der imperialistischen Armee" formuliert (S. 2, Spalte 1, letzter Absatz) und keine Illusion aufkommen läßt: "Weniger denn je kann und wird es gelingen, in diesen Kernbereich wirklich tief einzudringen und eine imperialistische Armee 'von innen heraus' unbrauchbar zu machen oder zu neutralisieren." (Ebd., 3. Abs.)

* Aufgrund des genaueren Nachlesens des Flugblatts (8/95), speziell des Kastens "Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien" bin ich auf einen direkten Fehler gestoßen, den ich Euch an dieser Stelle noch nennen will.

"So sehr spontane Protestaktionen, so sehr individuelle *Kriegsdienstverweigerungen* und Desertationen als erster Schritt zu *begrüßen* sind, ..." (dann folgt die von Euch kritisierte Stelle) - finde ich entgegen unserer Propaganda, die sogenannte 'Totalverweigerung' als wirklich Kriegsdienst verweigernd zu unterstützen und die "normale Kriegsdienstverweigerung", sprich den zivilen Ersatzdienst auch als eine Art Kriegsdienst aufzuzeigen, in der die ZdL'er letztlich mit zum Krieg herangezogen werden können und werden. Im neuen Flugblatt wird diese Unterscheidung gesehen, indem klar gesagt wird, daß die "sogenannten 'Totalverweigerer' in ihrem Kampf gegen den deutschen Militarismus mit allen Kräften" zu unterstützen sind. (S. 1, 3. Spalte, Abs. 5)

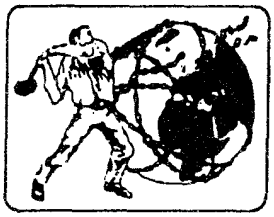
Mit internationalistischen Grüßen

Info-Redaktion

☆ ☆ ☆

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

9/10/95 September/Oktober 1995

Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen:

Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien!

„Deutsche Soldaten kämpfen wieder, auf den Tag 56 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges" **(FR, 2.9.1995). 50 Jahre nach Kriegsende ist der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr Realität geworden. Das Datum ist bezeichnend und gewiß nicht zufällig: Genau am 1. September vor 56 Jahren verkündete der oberste Kettenhund des deutschen Imperialismus Hitler: „Ab Halbfünf wird zurückgeschossen". Die Nazi-Wehrmacht fiel in Polen ein, bombardierte Warschau, begann den schrecklichsten Raub- und Vernichtungskrieg in der Geschichte der Menschheit. Mit dieser kaum zu überbietenden Provokation wird bewußt herausgekehrt, daß sich die deutschen Imperialisten heute scheinbar wieder alles „leisten" können - und dies ausgerechnet auf dem Gebiet von Ex-Jugoslawien, wo die deutschen Imperialisten im Zweiten Weltkrieg ungeheure Verbrechen verübten und ihre Völkermordpolitik betrieben.**

So provokativ das Datum ist, entscheidend ist, daß dieser Schritt in der „Logik" der Entwicklung des deutschen Imperialismus liegt, daß er in alarmierender Weise anzeigt, wohin sich Deutschland bewegt: Der deutsche Imperialismus ist schon längst wieder ein eigenständiger Kriegsherd, eine besonders aggressive und raubgierige imperialistische Großmacht, die ihre Weltmachtrolle, gestärkt durch die Einverleibung der DDR, jetzt auch offen militärisch anmeldet und mit der Bundeswehr weltweit durchsetzt. Mit der „Salamitaktik" der Kriegseskalation und großangelegter Verdummungspropaganda, die ihre Wirkung gerade auch mit Hilfe der Kriegs-"Grünen" entfaltet, sollen die Ausgebeuteten daran gewöhnt werden, wieder fürs „Vaterland", d.h. für die Raub- und Weltherrschaftsinteressen des deutschen Monopolkapitals in den Krieg zu ziehen und damit immer schwerere Mitschuld an Verbrechen gegen die Völker zu tragen.

Die Luftangriffe mit Hilfe der deutschen Soldaten erstrecken sich auf das gesamte Gebiet der bosnischen Serben. Bis zum 10. September wurden über 2500 Einsätze geflogen, von denen nach Angaben des NATO-Oberkommandos Südeuropa etwa die Hälfte Kampfeinsätze waren. Schon kurz nach Beginn der Bombardements standen die serbischen Außenbezirke von Sarajevo in Flammen. Die Opfer sind vorwiegend Zivilisten. Offiziell zugegeben wurde, daß „aus Versehen" ein Krankenhaus bombardiert wurde, wobei es zahlreiche Tote und Verletzte gab. Kein Geheimnis ist auch, daß E-Werke, Staudämme und Telefonzentralen zerstört werden. („Bild", 12.9.1995).

Keine imperialistische Verschleierungssprache von „begrenzten Kriseninterventionsaktionen" usw. kann darüber hinwegtäuschen, daß von den imperialistischen NATO-Truppen verschiedener Staaten in Ex-Jugoslawien heute Krieg geführt wird. ***Und dies gilt gerade auch für die Bundeswehr der deutschen Imperialisten.*** Das Herumgerede, daß die mit Raketen bestückten Tornado-Jagdbomber und mindestens 2000 Soldaten, darunter Fallschirmspringer und Pioniereinheiten, ein Schnellbootverband und Minenabwehreinheiten angeblich „nicht direkt" in das Kampfgeschehen eingreifen würden, ist Augenwischerei. Der deutsche Kriegsminister selbst brüstet sich damit, die Tornados seien die „einzigen", „die punktgenau die Feuerleitstellen von Raketenstellungen bekämpfen können" („Monitor", 5.1.1995), und genau dafür sind sie auch dort. Nicht minder sind die 500 Soldaten einer „Sanitätseinheit", die als militärische Vorhut bereits direkt in Kroatien stationiert sind, Teil des direkten und offenen Kriegseinsatzes.

Die Ermordung von 34 Zivilisten auf dem Marktplatz in Sarajevo Ende August 1995 war nur ein Vorwand [1] für die Eskalation der imperialistischen Intervention in einen Krieg, dessen wirklicher Charakter und wirkliche Ursachen von allen daran „interessierten" Seiten bewußt vertuscht und verfälscht werden.

Ein reaktionärer und imperialistischer Krieg gegen die Interessen aller Völker Ex-Jugoslawiens

Beim Krieg in Ex-Jugoslawien geht es nicht um solch edle Ziele wie „Selbstbestimmungsrecht der

Die Nazis verstärken ihren rassistischen Mord-Terror!

Der Nazi-Terror hat einen neuen grausamen Höhepunkt erreicht. Mehrere Brandanschläge, Verwüstungen von jüdischen Friedhöfen, viele zum Teil Schwerverletzte und ermordete Menschen aus anderen Ländern. Daß selbst dies nur die Spitze des gesamten Nazi-Terrors ist, wird auch klar, wenn man sich anschaut, wie systematisch vor allem seit dem verstärkten Kampf der kurdischen Genossinnen und Genossen in Deutschland durch das Zusammenspiel von bürgerlichen Medien, von Polizei und Justiz der Nazi-Terror insbesondere auch gegen die kurdische und türkische Bevölkerung versucht wird zu verschleiern. Jedesmal wird stereotyp über die bürgerlichen Medien verbreitet: *"Ein ausländerfeindlicher Hintergrund ist nicht festzustellen."*

Zwei Beispiele:

* 29. August 1995: Durch einen Brandanschlag auf ein türkisches Geschäft, ein türkisches Reisebüro, eine türkische Zeitung, ein türkisches Kulturzentrum und einen kurdischen Laden in einem Ulmer Hochhaus wurden zwei Flüchtlinge aus Ghana und dem Tschad ermordet, zwei Menschen wurden verletzt. Beide Flüchtlinge erstickten qualvoll, als sie versuchten, vor dem Feuer, das im Erdgeschoß des Hochhauses ausbrach, mit dem Fahrstuhl nach oben zu flüchten. Das LKA begann noch am selben Tag seine antikurdische Hetze. „PKK-Anschlag", mögliches Motiv „Schutzgelderpressung". Ein Nazi-Anschlag wurde vom LKA ohne jede Begründung von Anfang an kategorisch ausgeschlossen. (junge Welt, 30.8.95) Kurze Zeit nach dem 29. August hat sich die ERNK in einer Erklärung eindeutig von dem mörderischen Brandanschlag in Ulm distanziert.

* In einigen wenigen Fällen kann die ganze schreckliche Wahrheit sogar von den bürgerlichen Medien nicht ganz verschwiegen werden. Über ein Jahr nach einem Brandanschlag auf ein von Menschen aus anderen Ländern bewohntes Mehrfamilienhaus in der Stuttgarter Innenstadt am 16. März 1994, bei dem sieben Menschen aus anderen Ländern ermordet wurden und 16 Menschen teilweise schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten, präsentiert die deutsche Polizei einen Täter. Bis zu diesem Zeitpunkt galt folgende Version: Noch am selben Tag des Anschlags wurde in der bürgerlichen Presse behauptet, es gäbe keine Hinweise auf eine ausländerfeindliche Tat. Die Polizei verdächtigte dann „Drogensüchtige". Die Wahrheit ist: Ein deutscher Nazi, der selbst als Motiv „Haß auf Ausländer" angab, hat nach eigener Aussage nicht nur diesen Brandanschlag verübt, sondern noch weitere sechzehn nazistische Brandanschläge auf Wohnhäuser in Stuttgart und Esslingen begangen, bei denen nur durch Zufall niemand verletzt oder ermordet wurde.

Es ist eine zentrale Aufgabe des antinazistischen Kampfes, jedes wirklich radikal-demokratischen Kampfes die chauvinistische und rassistische Hetze, die Lügen der verschiedenen Abteilungen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus zur Verschleierung des Nazi-Terrors systematisch zu entlarven und das ganze ungeheure Ausmaß des tagtäglichen Nazi-Terrors aufzudecken, vor allem durch Recherche vor Ort, solidarischer Zusammenarbeit mit den Nazi-Opfern und organisiertem Informationsaustausch zwischen den antinazistischen Kräften!

3. Oktober 1995 - kein Grund zum Feiern, ein Grund zum Kämpfen! (Beilage "5 Jahre Einverleibung der DDR")

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht

Nationen", „Minderheitenschutz", „Demokratie" und „Freiheit" und was es noch dergleichen an proklamierten Zielen der imperialistischen Großmächte gibt. Hier geht es einzig und allein um ***reaktionäre Machtinteressen und imperialistische Machtpolitik, um Einflußgebiete, um die Rechte auf Ausbeutung der Völker Jugoslawiens***, alles andere sind nur vorgeschobene Gründe, Vorwände, pure Heuchelei.

Die reaktionären nationalistischen kroatischen Kräfte und die reaktionären nationalistischen großserbischen Kräfte erweisen sich als die Hauptkontrahenten in einer bewaffneten Auseinandersetzung, welche die revolutionären Traditionen der Völker Jugoslawiens aus der Zeit des Kampfes gegen Nazideutschland mit Füßen tritt. Bezeichnend dafür ist, daß die kroatischen Reaktionäre und Nationalisten in Zagreb am 28.12.1993 große Gedenkfeiern für Ante Pavelic, den „Führer" und obersten Schlächter des faschistischen Ustascha-Staats 1941-1945 durchführten, während die großserbischen Chauvinisten in Belgrad den Tschetnik-Führer Vasa Cubrilovic feierten, der vor dem Zweiten Weltkrieg unermüdlich zum Völkermord an allen Albanern aufhetzte (vgl. Frankfurter Rundschau, 17.2.1994).

Die kroatischen Reaktionäre, die serbischen Reaktionäre und die anderen reaktionären Kräfte stehen allerdings nicht allein da. Sie sind vor allem ausführende Organe der Interessen der imperialistischen Großmächte, deren Rivalitäten um die Neuaufteilung der Welt sich verknüpfen mit den realen, auch geschichtlich bedingten Problemen der Völker Jugoslawiens, die deren innere Angelegenheit sind. Die triumphierende offene Reaktion in Ex-Jugoslawien erweist sich als wesentlicher Hebel für die imperialistischen Großmächte - vor allem auch für den deutschen Imperialismus, der an traditionelle revanchistische und nazifaschistische Beziehungen anknüpft -, um Jugoslawien unter sich aufzuteilen.

Fest stehen bei alledem allerdings schon die Verlierer: die Völker Jugoslawiens. Für die Volksmassen Ex-Jugoslawiens bedeutet die nationalistisch-chauvinistische Aufteilungs- und Vertreibungspolitik der jeweiligen reaktionären Machthaber ebenso wie die imperialistische Militärintervention noch mehr Leid, noch mehr Blut und Morden, denn die imperialistischen „Rettungsmaßnahmen" dienen einzig und allein der Durchsetzung imperialistischer Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen, wobei rücksichtslos gerade gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen wird.

Die Parteinahme des deutschen Imperialismus für Kroatien macht eine besondere Entlarvung der kroatischen Ustascha-Verbrecher nötig, ohne die serbische Seite „schönzureden"

Die bürgerlichen Medien Deutschlands prangern seit Jahren lautstark die „serbischen Untaten" an, wobei sie äußerst „großzügig" sind bei der Zurechnung der Massaker und Pogrome zur serbischen Seite. Selbstverständlich, die Belgrader Machthaber, wie Milosevic und Konsorten sind erzreaktionär und chauvinistisch, sie führen einen zutiefst ungerechten Krieg. Auf ihr Konto gehen unzählige Verbrechen gegen die Völker Jugoslawiens. Das zeigt sich am deutlichsten an der militärischen Besetzung des Kosovo, dessen albanische Bevölkerungsmehrheit praktisch rechtlos gemacht und deren Kampf für ihre Rechte immer wieder blutig niedergeschlagen wurde. Das gilt auch für die reaktionäre serbische „Opposition" um Vuk Draskovic, die einen Staat in der Tradition des Königreichs Serbien auf ihre Fahne geschrieben hat, der in der Zwischenkriegszeit bekanntlich auf der Unterdrückung der Nichtserben beruhte.

Die Sympathie und Unterstützung des deutschen Imperialismus liegt jedoch klar auf der Seite jener kroatischen politischen Kräfte, die sich mit dem großen „U" deutlich zur Gründung des Ustascha-Staates 1941 bekennen.

Die deutschen Imperialisten bekennen sich offensichtlich in Ländern wie Ex-Jugoslawien ungleich offener und ungenierter zur Tradition des Nazifaschismus als im eigenen Land. Dabei knüpfen sie an den alten Verbindungen an, spinnen kunstvoll ihr Netz der Einflußnahme und Unterjochung. Bezeichnend ist dafür, wie die Kriegsverbrechen der kroatischen Machthaber bei ihrem „Blitzkrieg" in der Krajina von den deutschen Imperialisten vertuscht, beschönigt, ja gerechtfertigt wurden und werden.

Ein Beispiel: Bei ihrem „Blitzkrieg" zur Eroberung der Krajina verübte die kroatische Soldateska in Ustascha-Manier ungeheure Verbrechen. Annähernd 200.000 Serbinnen und Serben wurden vertrieben. Das war „vom Umfang her die größte ethnische Säuberungsaktion des gesamten bisherigen Bürgerkriegs" (Süddeutsche Zeitung, 5.9.1995). Die Flüchtenden wurden noch aus der Luft beschossen, mit Kampfflugzeugen aus Deutschland („Monitor", 24.8.1995). Zurückbleibende wurden in ihren Häusern ermordet. UN-Beobachter und eine Delegation der Internationalen Helsinki Föderation fanden überall Beweise für die systematische Zerstörung und Plünderung der Häuser von Serbinnen und Serben durch die kroatische Armee, durch die kroatische Polizei, durch „Brandstiftungskommandos". An mehreren Orten haben UN-Angehörige Leichen mit abgetrennten Köpfen gefunden (vgl. „Die Zeit", 8.9.1995). Als der deutsche Kanzler unlängst verkündete, die Intensivierung des Kriegs der imperialistischen Mächte und die Beteiligung der Bundeswehr daran sei unaufschiebbar geworden wegen der *„Brutalität, ja, ich möchte sagen, Bestialität der letzten Tage"*, da hat er ***diese*** Bestialität allerdings nicht gemeint.

GEGEN DIE STRÖMUNG

Warum der west/deutsche Imperialismus Kroatien anerkennt

Die geschichtlichen Probleme der Völker Jugoslawiens rechtfertigen unter keinen Umständen das Völkergemetzel

Was heute in Bosnien-Herzegowina geschieht und überhaupt in den Gebieten Ex-Jugoslawiens in den letzten Jahren geschehen ist, läßt sich keineswegs einfach durch die Geschichte erklären. Doch die Kenntnis wichtiger historischer Fakten und Zusammenhänge ist für das Verständnis der heutigen Situation auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens unerläßlich. Besonders die reaktionären nationalistischen kroatischen Kräfte und die reaktionären nationalistischen großserbischen Kräfte berufen sich auf die Vergangenheit („Ustascha" und „Tschetniks"). Die deutschen Imperialisten erklären mehr oder weniger offen, daß Jugoslawien von Anfang an nur ein „künstliches Gebilde" gewesen sei, das schon längst hätte zerschlagen werden sollen.

1918 wurde Jugoslawien als „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" gegründet. Jugoslawien entstand als „Vielvölkerstaat", gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Nationen und nationalen Minderheiten - Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedonier, Montenegriner, Albaner, Ungarn, Roma, um einige zu nennen. Der Kampf zwischen der serbischen und kroatischen Bourgeoisie um die politische Vorherrschaft im SHS-Staat endete mit der serbischen Hegemonie, obwohl vor allem in Kroatien der Kapitalismus weiter entwickelt war als in Serbien. Charakteristisches Merkmal über weite Strecken war in der Geschichte des jugoslawischen Staates die Herrschaft des großserbischen Chauvinismus.

Am 6.4.1941 überfiel der deutsche Imperialismus (im Bund mit dem faschistischen Italien) Jugoslawien. Unter der Schirmherrschaft des deutschen Nazi-Aggressors riefen kroatische Faschisten vier Tage nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Jugoslawien den „Unabhängigen Staat Kroatien" aus, der sich Bosnien und Herzegowina einverleibte. Dieser Ustascha-Staat betrieb die Vertreibung und Ermordung Hunderttausender von Serben sowie Zehntausender Juden und Roma. Serbien wurde von den deutschen Besatzern als „Feindland" behandelt, Montenegro zerschlagen und in zehn Besatzungsgebiete zerstückelt, Slowenien zwischen Deutschland und Italien aufgeteilt.

Die monarchistischen großserbisch orientierten Tschetnikverbände des Generals Mihailovic kollaborierten bald mit den nazifaschistischen Besatzern gegen die unter Führung der KP Jugoslawiens stehende antifaschistische Befreiungsfront und die Volksbefreiungsarmee.

Lediglich nach dem Sieg der Partisanenarmee im Bündnis mit der Roten Armee über die Nazifaschisten gab es für kurze Zeit einen Hoffnungsschimmer für die Völker Jugoslawiens, auf dem Weg hin zum Sozialismus auch die nationale Unterdrückung abzuschaffen und ein friedliches, freiwilliges Zusammenleben der verschiedenen Nationen und Nationalitäten zu erreichen. Das fand seinen Ausdruck auch in der jugoslawischen Verfassung, in der das Recht auf Lostrennung einer jeden Nation fixiert wurde (Artikel 1 der Verfassung, „Recht auf freien Austritt").

Doch Tito und seine Anhänger gingen den Weg des Verrats, den Weg der Anbiederung an die Imperialisten, den kapitalistischen Weg und machte damit all diese Hoffnungen zunichte.

Nach einigen fortschrittlichen Maßnahmen wie der Bodenreform im August 1945 schlug die KP Jugoslawiens eine grundlegend falsche Politik des jugoslawischen Nationalismus und der Klassenversöhnung ein.[2]

Es zeigte sich, daß nicht die Arbeiterklasse die Macht hatte, sondern eine Klasse von Profiteuren, Fabrikdirektoren, Staatsbürokraten und Agrarkapitalisten.

Das alles bedeutete unvermeidlich auch, daß das im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten entstandene Bündnis der Völker Jugoslawiens untergraben wurde. Denn dort, wo wirtschaftlich nur noch das nackte Profitinteresse regiert, kann es auch kein friedliches Zusammenleben in einer Förderation gleichberechtigter Nationen und Nationalitäten geben. Dort zählt nicht mehr, was für das Bündnis der Völker wichtig ist, sondern gilt der nackte nationale Egoismus. Es herrschte fortan in Jugoslawien immer heftigerer nationaler Hader und nationale Unterdrückung, auch wenn dies nach außen zunächst noch nicht offen aufbrach. Besonders deutlich zeigt dies die scharfe Unterdrückung des Kosovo, der faktisch eine serbische Kolonie ist, sowie die seit langem stattfindende Diskriminierung der Roma.

Nazi-Verbrechen in Jugoslawien

Am 6. April 1941 überfiel der Nazi-Faschismus und sein faschistischer Verbündeter Italien Jugoslawien. Die Nazi-Wehrmacht und die SS besetzten das Land und es wurde ein brutales Terror- und Mord-Regime errichtet. Vier Jahre später wurde die deutsche Wehrmacht und die SS durch die jugoslawische Volksbefreiungsarmee mit Unterstützung der bulgarischen Volksarmee und vor allem der sowjetischen Roten Armee vernichtend militärisch geschlagen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren von den Nazis und ihren einheimischen Handlangern über 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Jugoslawiens ermordet worden, das waren über 10% der Gesamtbevölkerung. Der materielle Schaden wurde auf 9,1 Mrd Dollar beziffert.

Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Roma

Die Völkermordpolitik der Nazis in Jugoslawien gegenüber der jüdischen Bevölkerung und den Roma war Teil des Nazi-Mordplanes, des staatlich organisierten industriell durchgeführten Massenmordes an 6 Millionen Juden und über 500.000 Sinti und Roma Europas. Von der rassistischen Gesetzgebung, der Verschleppung in KZs und Ghettos über antisemitische und antiziganistische Pogrome bis zur brutalen Zwangsarbeit - alle diese Terrormaßnahmen dienten der Vorbereitung und Durchführung des rassistischen Massenmordes, der direkt nach dem Einmarsch der Nazis begann.

Insgesamt wurden über 80.000 Jüdinnen und Juden, ca. 125.000 Roma aus Jugoslawien von den Nazis und ihren faschistischen Schergen ermordet. Im August 1942 verkündete ein Nazi-Scherge stolz: Serbien sei „das einzige Land, in dem Judenfrage und Ziegeunerfrage gelöst". 1944 wurde dann auch Kroatien für „juden- und zigeunerfrei" erklärt.

In Serbien übernahm vor allem die Nazi-Wehrmacht die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der Roma. Es wurde der Befehl ausgegeben, daß alle „Juden und Zigeuner" als „Geißeln" interniert werden sollten. Sie wurden daraufhin in KZs und Ghettos verschleppt. 1941 direkt nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien wurden sogenannte „Sühnebefehle" erlassen, nach denen für jeden verwundeten deutschen Soldaten 50 und für jeden toten deutschen Soldaten 100 „Juden, Zigeuner und Kommunisten" ermordet werden sollten. Bei den massenhaften Morden waren vor allem Jüdinnen und Juden - vom Kind bis zum Greis - betroffen. In drei Tagen, vom 27.-30. Oktober wurden allein nördlich von Pancevo vom Infantrie-Regiment 433 der Wehrmacht 2200 Jüdinnen und Juden durch Erschießen ermordet. Bis zum 31. Dezember ermordete die Nazi-Wehrmacht mehr als 30.000 Menschen, vor allem jüdische Bevölkerung.

Nach der jüdischen Bevölkerung wurden bei den Geiselerschießungen vor allem auch Roma ermordet. Als die deutsche Wehrmacht im Oktober 1941 9000 Einwohner Serbiens ermordete, waren darunter viele Roma. Am 21. Oktober 1941 wurden von einem Infanterieregiment der 717. Division der deutschen Wehrmacht in Kragujevac in sieben Stunden in einem wahren Blutrausch 7000 Menschen mit Maschinengewehren niedergemetzelt, davon waren Tausende Jüdinnen und Juden und hunderte Roma. Am 11. Dezember 1943 wurden in Leskowatz 293 Roma von der Wehrmacht erschossen. Insgesamt sind während der Nazi-Besetzung mehrere Tausend Roma von der Wehrmacht und der SS bei den Geiselerschießungen ermordet worden.

Im KZ Sajmiste wurden von der SS ***Massenmorde durch Giftgas*** durchgeführt. Vom März bis April 1942 wurden in einem mobilen Lastwagen über 7000 Häftlinge, 6500 Jüdinnen und Juden und 500 Roma, vor allem Kinder, Frauen und Greise, durch Autoabgase grausam ermordet.

In Kroatien, wo die Nazis einen Vasallenstaat gründeten, der von den kroatischen Faschisten, der Ustascha, formell geführt wurde, wurde der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Roma auch unter der Regie der Nazis, aber im wesentlichen durch die kroatischen Faschisten selbst, durchgeführt. Allein im Todeslager Jasenovac wurden über 20.000 Jüdinnen und Juden und 30.000 Roma von der Ustascha ermordet, insgesamt wurden in Kroatien 26.000 Jüdinnen und Juden und 40.000 Roma ermordet - auf bestialische Art und Weise erschlagen, erschossen, ertränkt oder durch Essensentzug ermordet.

Die Nazi-Wehrmacht und die SS organisierten vor allem gegen Ende des Krieges aus ganz Jugoslawien - als der industrielle Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma seinen bestialischen Höhepunkt erreichte - ***massenhafte Deportationen in die nazistischen KZs und Vernichtungslager.*** Insgesamt wurden 28.000 Jüdinnen und Juden und mehrere Tausend Roma aus Jugoslawien in den Nazi-KZs oder Vernichtungslagern außerhalb Jugoslawiens ermordet.

Massenmorde an serbischer Bevölkerung

In ganz Jugoslawien war die serbische Bevölkerung von Anfang an ganz in der Tradition der antiserbischen Politik des deutschen Imperialismus ebenfalls einem Terror- und Mordregime der Nazis und ihrer Handlanger unterworfen. Insgesamt wurden allein von der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien 80.000 Geiseln ermordet, davon war ein großer Teil serbische Bevölkerung. Frauen, Männer, Kinder und Greise wurden allein nur deshalb ermordet, weil sie in den Gebieten lebten oder gelebt hatten, wo es Partisanenaktionen gab. Systematisch wurden ganze Dörfer vernichtet und die Einwohner ermordet oder in KZs verschleppt. Bei nazistischen Massenmorden im Herbst 1941 z.B. im Bezirk Macva (6000 Ermordete), in Krajelvo (2000 Ermordete) und in Kragujevac (7000 Ermordete) wurden mehrere Tausend Serbinnen und Serben von der deutschen Wehrmacht erschossen. Von den 50.000 in Nazi-KZs in Serbien Ermordeten war ein großer Teil serbische Bevölkerung.

Im Ustascha-Staat wurde die serbische Bevölkerung besonders brutal verfolgt. Der Ustascha-Staat hatte die Verfolgung der serbischen Bevölkerung in Kroatien auf seine Fahnen geschrieben. Hunderttausende wurden vertrieben oder ermordet.

Opfer der antinazistischen Kräfte

Auch im direkten Kampf gegen die antinazistischen Kräfte gingen die Nazis und ihre bewaffneten Kräfte in Jugoslawien brutal und grausam vor. Die Opfer waren besonders hoch. Während der Kämpfe gegen die Nazi-Okkupanten und ihre einheimischen Handlanger hatten die jugoslawischen Volksbefreiungskräfte rund 305.000 Tote und über 425.000 Verletzte zu beklagen, über 35.000 Soldaten der Roten Armee waren gefallen, verwundet oder wurden vermißt. Die bulgarische Volksarmee hatte Verluste von über 24.000 Soldaten.

Quellen: M. Gilbert, „Endlösung", Reinbek 1982, V. Dedijer, „Jasenovac - das jugoslawische Auschwitz und der Vatikan", Verhandlungsniederschriften der „Nürnberger Prozesse", „Der zweite Weltkrieg", Pahl-Rugenstein-Verlag, „Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945", Hrsg. Rom e.V. Köln, H. Heer/K. Naumann (Hrsg.), „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944", Hamburg 1995, „Zeit-Punkte" Nr. 3/1995, „Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht", W. Benz (Hrsg.), „Dimension des Völkermordes - Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945", Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

Der Kampf zwischen den verschiedenen nationalen bürgerlichen Cliquen spitzte sich immer mehr zu, vor allem zwischen kroatischen und serbischen Nationalisten. In der immer schärferen wirtschaftlichen Krise des Landes wurde der Nationalismus zunehmend auch als ***Ablenkungsinstrument*** und ***Spaltungsmittel*** für die unzufriedenen Werktätigen mobilisiert, die immer wieder machtvolle Demonstrationen gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und sozialen Abbau durchführten.

Heute, nach dem Zerfall, ja nach der territorialen Zerschlagung Jugoslawiens ist die Situation dort so, daß sich mit den beiden Hauptkontrahenten, den großserbischen Chauvinisten nach dem Vorbild der monarchofaschistischen Tschetniks und den kroatischen Nationalisten, die an die Tradition der Ustascha-Faschisten anknüpfen, vor allem ***zwei konterrevolutionäre Bewegungen gegenüberstehen***, die beide von den revolutionären Kräften der Völker Jugoslawiens entschieden bekämpft werden müssen.

Das Beispiel Bosnien-Herzegowina

Geschichte und nationale Zusammensetzung Bosnien-Herzegowinas machen diese ehemalige Republik Jugoslawiens zu einem bevorzugten Schlachtfeld chauvinistischer Herrschaftsansprüche. In Bosnien bilden die in Jugoslawien als eigene Nationalität anerkannte, serboisch/kroatisch sprechende Moslem-Bevölkerung mit mehr als 40 Prozent die größte Bevölkerungsgruppe. Mit rund 32 Prozent sind die Serben die zweitgrößte Gruppe, die Kroaten machen rund 18 Prozent aus.

Bosnien, das 1908 „offiziell" von Österreich annektiert worden war, existierte im 1918 neu gegründeten jugoslawischen Staat nicht als staatlich-territoriale Einheit. Sowohl kroatische als auch serbische Reaktionäre behaupteten, daß die bosnisch-moslemische Bevölkerung „eigentlich" zu ihnen gehören würde.

Nach der Aufteilung Jugoslawiens durch Nazi-Deutschland und das faschistische Italien wurden Bosnien und Herzegowina dem kroatischen faschistischen Ustascha-Staat zugeschlagen. Dabei gab es zwischen den Tschetniks und der Ustascha folgende „Arbeitsteilung": Die serbischen Tschetniks spezialisierten sich auf die Terrorisierung der Gebiete mit moslemischer Bevölkerung, während die Ustascha vor allem Serben, Roma und Juden abschlachtete. Im Ergebnis des siegreichen antifaschistischen Befreiungskriegs entstand Bosnien-Herzegowina 1945 als eigene Republik.

Die bürgerlichen Medien versuchen heute den Eindruck zu erwecken, daß alles in Ordnung sei, wenn die bosnisch-serbischen reaktionären Machthaber sich zurückziehen, bzw. die Belgrader reaktionären Machthaber die serbischen Armeekräfte („Tschetniks") zurückpfeifen würden. Doch inzwischen ist kaum mehr zu übersehen, daß die kroatischen reaktionären Machthaber ebenso reaktionäre und expansionistische Gelüste haben wie die serbischen. Beide reaktionären Cliquen und Machthaber sind sich über die Teilung Bosnien-Herzegowinas im Grunde schon längst einig. Gleich-

Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus

Die Bundeswehr: Aufgebaut von SS-Mördern und Generälen der verbrecherischen Nazi-Wehrmacht

So wie in der Wirtschaft und dem westdeutschen Staatsapparat - von der Politik, Justiz, bis hin zur Verwaltung, Schule und Polizei - wurde auch die Bundeswehr fast ausschließlich von alten Nazi-Offizieren der SS und der Wehrmacht *aufgebaut, die ihren Eid auf Adolf Hitler nie gebrochen* und dem Nazi-Faschismus bis zuletzt „treu gedient" hatten.

Schon die ersten Berater der Regierung Adenauer in Militärfragen waren hohe Offiziere der Nazi-Wehrmacht.

Genannt seien z.B. ***Hans Speidel,*** ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, erster Befehlshaber der Bundeswehr in den 50er und 60er Jahren; ***Adolf Heusinger,*** ehemaliger General der Nazi-Wehrmacht, neben Speidel erster Befehlshaber der Bundeswehr und ab 1957 erster Generalinspekteur; ***Friedrich Foertsch,*** Oberstleutnant der Nazi-Wehrmacht, einer der Befehlshaber beim Überfall auf Jugoslawien und beteiligt an der Zerstörung Leningrads sowie unzähliger weiterer sowjetischer Städte und Dörfer, nach 1945 Generalleutnant der Bundeswehr und zeitweise Generalinspekteur.

Sie nahmen an den Verhandlungen über die Remilitarisierung Westdeutschlands mit den Westmächten teil und betrieben im 1950 eigens *dafür eingerichteten „Amt Blank"*, dem Vorläufer des 1955 offiziell gebildeten Bonner Kriegsministeriums, die organisatorischen Vorbereitungen für den Aufbau und die offizielle Gründung der Bundeswehr.

Und dies alles sind keine „Einzelfälle": Im Jahre 1958 stammten 12.900 Offiziere der Bundeswehr aus der deutschen Nazi-Wehrmacht. Auch wenn diese personelle Kontinuität nicht das einzige und auch nicht das ausschlaggebende Beweismittel *ist dafür, daß die Fäden der deutschen* Geschichte nicht durchgeschnitten wurden, so ist sie doch ein anschauliches zusätzliches Argument.

Doch selbst in seinen Gesetzen machte der westdeutsche Imperialismus von Anfang an klar, daß er die Bundeswehr als Fortsetzer der faschistischen Nazi-Wehrmacht begreift. Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, daß auf „militärisch-fachliches Können aus der Vergangenheit zurückzugreifen" ist (§ 54) und daß die Soldaten der früheren „Wehrmacht" entsprechend ihrem letzten Dienstgrad eingezogen werden (§ 36). Selbst ehemalige Mitglieder der in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen von 1945 eindeutig als verbrecherische Organisationen eingestufte nazifaschistische SS, einschließlich der Verbände der Waffen-SS wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen!

Die Bundeswehr: Auch ideologisch in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Militarismus und Revanchismus

Auch all das militaristisch-nazistische Gedankengut, die ideologische Vorbereitung für einen neuen Raubkrieg wurde gepflegt und fortgesetzt.

Zwar faselte z.B. der ehemalige Inspekteur der Bundeswehr Baudissin von der „Gnade des Nullpunktes", womit er demagogisch jegliche Verbindung zur Nazi-Wehrmacht ebenso wie jegliche Schuld oder Verantwortung für deren Verbrechen *leugnete. Doch von Anfang an ließen* führende Militärs wie z.B. der ehemalige Offizier der Nazi-Wehrmacht im „Rußlandfeldzug", Ausbilder der Panzergrenadiere und späteren Brigadegeneral der Bundeswehr Heinz Karst, keinen *Zweifel daran, welche Traditon die Bundeswehr* fortsetzt. Karst, der die Bundeswehr nacht 1945 an führender Stelle wieder aufbaute und schließlich General des Erziehungs- und Bildungswesens wurde, verkündete als Gründungsmitglied des erzreaktionären rechten „Studienzentrums Weikersheim", in dessen Präsidium u. a. auch der berüchtigte Nazi-Richter und ehemalige badend-würtembergische Ministerpräsident Filbinger sitzt und das sich 1986 u. a. auf mehreren Offizierstagungen der „Geschichte und Tradition in der Bildung der Bundeswehroffiziere. Problem: Deutsche Wehrmacht" angenommen hat:

> *„Die Kernfrage ist daher und bleibt, wie die Bundeswehr sich zur Wehrmacht stellen soll, in der die Väter dienten, eine Bundeswehr, deren Gründer Soldaten der Wehrmacht waren. Wir können und müssen die Reichswehr und Wehrmacht daher in die Traditionspflege der Bundeswehr einbeziehen, soweit der Verfassungsauftrag das zuläßt."*
> *(„Bundeswehr im geschichtlichen Niemandsland?", Studienzentrum Weikersheim, 1986, S. 41)*

Heute hat in der Bundeswehr eine Generation von Militärs das Sagen, die unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher!" die barbarischen Verbrechen der Nazi-Wehrmacht reinwaschen will, ihre Rolle als Instrument des Nazifaschismus und des deutschen Finanzkapitals zur Durchführung seiner Weltherrschafts- und Völkermordpläne leugnet, eine Generation, die die „Traditionspflege" (die „soldatischen Leistungen" und „beispielhafte Disziplin") beschwört und die Schlachten und Manöver des Zweiten Weltkrieges durchstudiert, um es beim dritten Mal "besser" zu machen.

Auch ein Blick auf die Benennung der Bundeswehrkasernen ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich: Nicht nur, daß die Bundeswehr an das reaktionäre Preußentum (siehe „Preußen-Kaserne" in Schleswig) anknüpft, nicht nur, daß darin ganz offen die revanchistischen Ansprüche der deutschen Imperialisten zum Ausdruck kommen (siehe z.B. die „Ostpreußen-Kaserne" in Hornburg für die angeblich „verlorenen Ostgebiete", sprich polnisches Staatsgebiete oder auch die „Ostmark-Kaserne" in Weiden zur Unterstreichung der revanchistischen Bestrebungen der deutschen Imperialisten für die Eingliederung Österreichs „heim ins Reich"). Darüber hinaus propagiert die Bundeswehr auch Hitlers Mustergenerale als Vorbild. Ein Beispiel ist die Eduard-Dietl-Kaserne in Füssen. Dietl war ein Nazi der ersten Stunde, schon 1920 am Kapp-Putsch und 1923 an Hitlers Putschversuch beteiligt. Im Zweiten Weltkrieg führte er als Wehrmachtsgeneral seine Nazi-Truppen bis vor Murmansk.

Der heutige Kommandeur der Dietl-Kaserne hält diesen Prototyp des Nazi-Offiziers für ein „gutes Beispiel für soldatische Tugenden" (siehe FR vom 14.7.92) Kriegsminister Rühe begründet die Kasernenbenennung mit der „Würdigung der unbestrittenen Leistungen" des Nazi-Generals Dietl (Kriegsminister Rühe in einem Brief an Inge Aicher-Scholl, FR vom 8.6.94).

Dietl ist kein „Einzelfall": Mit der Benennung von Kasernen nach ***Ludwig Kübler*** (General der Nazi-Wehrmacht, Befehlshaber der „Operationszone adriatisches Küstenland", 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt), ***Willhelm von Leeb*** (Herresgruppenchef bei der Aggression gegen die Sowjetunion), ***Hasso von Manteuffel*** (Befehlshaber der Division „Großdeutschland"), ***Wolfram von Richthofen*** (Stabschef der „Legion Condor", die im spanischen Bürgerkrieg die baskische Stadt Guernica zerbombte) u.v.a.m. stellt sich die Bundeswehr bewußt in die Tradition der Nazi-Wehrmacht und verkauft Raubkrieg und Völkermord als „soldatische Tugend".

Ungebrochene Tradition: Reaktionäres Preußentum, Nazifaschismus und deutscher Imperialismus in einer Linie

Die Rehabilitierung der Nazi-Wehrmacht und der Mörder der Waffen-SS durch Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch des Soldatenfriedhofes in Bitburg 1985, die Verbeugung Kohls fünf Jahre später vor dem Leichnam des Preußenkönigs *Friedrich II. in Potsdam unter dem Aufmarsch* einer Ehrenwache der Bundeswehr sind zwei bezeichnende Beispiele für die ungebrochene Tradition des westdeutschen bzw. heute wieder deutschen Imperialismus.

Symbolisch sollte damit vor aller Welt dokumentiert werden, daß mit der „Bewältigung" der verbrecherischen deutschen Vergangenheit endlich Schluß sei und besonders die Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg aus der Geschichte gestrichen werde. Zugleich beinhaltete dies auch eine unverhüllte Drohung des deutschen Imperialismus an die Völker, daß der Faden seiner verbrecherischen Tradition nicht durchgeschnitten ist, sondern daß er die Weltgeschichte im Geiste des reaktionären Preußentums und des Nazifaschismus fortschreiben will.

Die ideologische Einstimmung der eigenen Bevölkerung auf die Kriegsziele und Methoden des preußischen Königs, der bewußte Rückgriff auf die angeblich „großen Führer" in der Geschichte Deutschlands ist ein wesentlicher Bestandteil der Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus. Der Militarismus, der den deutschen Imperialismus heute und in seiner Geschichte besonders prägt, geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum.

Das Preußentum steht *für Annexionskriege, für großmachtchauvinistische Überheblichkeit, für brutale Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker, für die Herrschaft der Militärclique, die dem ganzen* Staatsleben ihren Stempel aufdrückt, für kastenmäßige Arroganz und schranken*lose Willkür des feudalen* Junkertums, für kleinliche Bevormundung und Unterdrückung durch den polizeilich-bürokratischen Apparat *einerseits und die sklavische* Dienstbeflissenheit des preußischen Bürgers. Die „preußischen Tugenden", der militärische Geist *des „blinden Gehorsams"* lebt heute in der Bundeswehr des deutschen Imperialismus verstärkt wieder auf. Die Bundeswehr gab 1986 zum 200. Todestag des Kriegsverbrechers *Friedrichs II eine Broschüre heraus mit* dem Titel „Friedrich der Große" (Schriftenreihe „Innere Führung, Beiheft 4/86 zur Information für die innere Truppe"), in der es heißt: „Vieles aus diesen militärischen Schriften kann zeitlose Gültigkeit beanspruchen"(ebda, S. 9).

Die Würdigung des reaktionären Preußentums zeigt, welch bedeutenden Stellenwert es für die deutschen Imperialisten und ihr ideologisches Selbstverständnis hat, insbesondere für das Militär und die Kriegsvorbereitung. Wie ihre preußischen und nazifaschistischen Ahnherren wird die deutsche Bourgeoisie nicht zögern mit dem Einsatz ihrer Bundeswehr für die Niederschlagung des revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse, für Raubkrieg und Völkermord gegen andere Völker.

zeitig streiten sie darum, weil beide Seiten das Maximum an Beute für sich herausholen möchten.

Die bosnisch-moslemische Staatsführung unter Itzetbegovic betreibt im Kern das selbe reaktionäre Spiel. Sie ist nicht minder nationalistisch wie die kroatischen und serbischen Reaktionäre. Sie betreibt ebenso provokatorisch wie diese den nationalistischen Krieg, läßt Massaker und Vertreibungen durchführen.[3] Allerdings steht auf einem ganz anderen Blatt, was und wieviel von einem Staat Bosnien-Herzegowina gegenüber den Ansprüchen der kroatischen und serbischen nationalistischen Reaktionäre übrig bleibt, zumal die kroatischen Machthaber das vorübergehende Militärbündnis mit der bosnischen Armee lediglich als Mittel zum Zweck betrachten, ein „unabhängiges Kroatien in den historischen Grenzen", d.h. den Grenzen des Ustascha-Staates, zu errichten, welche Bosnien-Herzegowina umfaßt hatten.

Doch gerade in Bosnien-Herzegowina zeigt sich heute besonders deutlich, daß die weitere Entwicklung keineswegs nur und vor allem durch die Kräfteverhältnisse der inneren Reaktion Ex-Jugoslawiens entschieden wird.

Die eigentlichen Anheizer und Kriegsbrandstifter sind die imperialistischen Großmächte

Die Darstellung, in Jugoslawien werde ein mörderischer Krieg geführt, während die imperialistischen Großmächte „hilflos" und „untätig" zusehen, stellte und stellt die Wahrheit auf den Kopf. Der reaktionäre Krieg in Ex-Jugoslawien wurde und wird vor allem von den imperialistischen Großmächten angezettelt und am laufen gehalten. So wird etwa die bosnisch-moslemische Armee, die gegenwärtig „erfolgreich" vorstößt, von „kampferprobten" amerikanischen Beratern ausgebildet, geschult und angeleitet, während in der kroatischen Armee nach Auskunft des Staatsministers im Bundesinnenministerium Neussel zum Beispiel bereits 1992 ca. 30 deutsche Militärausbilder aktiv waren (vgl. Pohl, Jugoslawien, Kiel 1993, S.24).

Über die Völker Jugoslawiens hinweg und vor allem gegen deren Interessen schmieden die verschiedenen imperialistischen Mächte, vor allem die Großmächte, in verschiedenen Konstellationen und Koalitionen gemäß ihren jeweiligen Interessen immer neue „Pläne" für die Aufteilung und Neuaufteilung Ex-Jugoslawiens. Dabei verlassen sie sich nicht allein und nicht vor allem auf das diplomatische Parkett. Ungeachtet aller „Sanktionen" rüsten sie die von ihnen abhängigen reaktionären Kräfte in Ex-Jugoslawien mit Waffen und Beratern aus. Und vor allem sind sie schon längst dazu übergegangen, ihre eigenen Truppen „vor Ort" zu stationieren.

Mit der direkten Armeeintervention soll die Politik der Aufteilung bzw. Neuaufteilung des ehemaligen Jugoslawien militärisch abgesichert und vollendet werden. Sind deutsche, amerikanische, britische, französische, russische und andere Truppen einmal da, so werden sie natürlich so schnell auch nicht wieder abziehen, sondern faktisch als Okkupationsarmeen wirken.

Mit der Zustimmung zur Eskalation der imperialistischen Militärintervention hat sich auch überdeutlich gezeigt, daß die UNO, die unter der Flagge des „Menschen- und Völkerrechts" segelt, ein imperialistisches Kriegsinstrument ist, das den imperialistischen Räubern, gerade auch dem deutschen Imperialismus, nur als Feigenblatt dient, um ihre räuberischen Ziele zu verhüllen. Die UN-Oberen sanktionieren faktisch sämtliche Militäroperationen der imperialistischen Mächte in Ex-Jugoslawien, wobei sie beide Augen besonders fest zudrükken, wenn dabei ihre eigenen Beschlüsse von den NATO-Mächten mit Füßen getreten werden.

Nicht nur von der Kriegssituation, dem Schlachten, Vernichten und Zerstören in Ex-Jugoslawien profitieren die Imperialisten, sondern besonders auch von der Situation nach dem Krieg. Dann können sie in mancher Hinsicht ihre Klauen noch tiefer hineinschlagen. Heute schon bereiten sie alles vor, um sich direkt oder indirekt als militärische „Schutzmacht" festzusetzen und um beim wirtschaftlichen „Wiederaufbau" riesige Profite aus dem Elend und der Not der Völker Jugoslawiens herauszuholen.

Der Krieg in Ex-Jugoslawien wurde vor allem vom deutschen Imperialismus gewollt und geschürt

Hier in Deutschland muß besonders „unsere" imperialistische Großmacht, der deutsche Imperialismus, unter die Lupe genommen werden, ohne die Rolle der anderen Imperialisten zu ignorieren oder gering zu schätzen.

Der Krieg in Ex-Jugoslawien wurde ohne Frage vor allem vom deutschen Imperialismus gewollt und geschürt. Dieser drängte am meisten - und nicht zum erstenmal! - auf die gewaltsame, auch militärische Zerschlagung Jugoslawiens, um seine expansionistischen und revanchistischen Ziele voranzutreiben und durchzusetzen.

Noch als der jugoslawische Staat bestand, war Deutschland mit Abstand der größte Handelspartner und Kreditgeber nicht nur Jugoslawiens insgesamt, sondern auch jeder einzelnen seiner sechs Republiken. Auf alle Phasen der jugoslawischen Entwicklung bis hin zum Bürgerkrieg hatte das deutsche Monopolkapital und seine politischen Sachwalter also einen massiven Einfluß. Sogar in der Währungspolitik hatte sich Jugoslawien Ende der 80er Jahre bedingungslos der Bundesbank in Frankfurt/Main unterstellt, also ohne Mitspracherecht den Dinar fest an die D-Mark gebunden. Die D-Mark wurde in den letzten Jahren zu einer Zweitwährung (offiziell dadurch anerkannt, daß Staatsbetriebe einen Teil der Löhne in D-Mark auszahlten). Diese Bedeutung der D-Mark ist durch den Krieg und die starke Inflation noch gestiegen. Auf dem Schwarzmarkt ist die D-Mark teilweise inzwischen die einzige akzeptierte Währung. (Vgl. Pohl, Jugoslawien, Kiel 1993, S.14/15).

Bereits in den 10 Jahren vor Ausbruch des Kriegs hat West/Deutschland für über 2 Milliarden DM Waffen nach Jugoslawien geliefert (vgl. ebenda, S.4).

Als nach der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens im Juni 1991 der Krieg zwischen den kroatischen Chauvinisten und den großserbischen Chauvinisten ausbrach, ermunterte Genscher mit den Worten: *„Mit jedem Schuß rückt die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens näher"* die kroatische Seite direkt zur Fortsetzung und Ausdehnung des Kriegs (zitiert nach Pohl, Jugoslawien, Kiel 1993, S.16).

Die Vorreiterrolle der deutschen Imperialisten bei der Anerkennung Kroatiens bedeutete klar und eindeutig, den nationalistischen Bürgerkrieg zu provozieren und auszulösen. Dabei war von Anfang an klar, daß der „neue" kroatische Staat keineswegs die Rechte der nationalen Minderheiten anerkennen würde. Nichtkroaten wurden massiv entlassen, aus ihren Wohnungen und Häusern geworfen oder ganz vertrieben. In Zagreb protestierte Ende November 1993 der "Koordinationsausschuß der Jüdischen Gemeinden in der Republik Kroatien" gegen die in Kroatien planmäßig betriebene Rehabilitierung des Ustascha-Staates: Daß die Ustascha-Währung "Kuna" wieder kroatisches Zahlungsmittel ist, Straßen und Schulen nach Ustascha-Verbrechern wie Mile Budak, einem Planer der Massenmorde an der jüdischen und serbischen Bevölkerung, umbenannt werden, in ehemaligen Ustascha-KZs Ustascha-Verbrecher beigesetzte werden sollen usw. (Frankfurter Rundschau, 17.2.1994)

Die ersten Flüchtlinge im jugoslawischen Bürgerkrieg waren dann auch über 100.000 Serbinnen und Serben, die aus Kroatien flohen, weil sie tatsächlich von kroatischen Nationalisten bedroht wurden oder weil sie aus ihrer Erinnerung der „Kroatengreuel" im Zweiten Weltkrieg diese Verfolgung erwarteten.

Insbesondere bedeutete diese diplomatische „Anerkennungspolitik" angesichts der Herrschaft äußerst reaktionärer und nationalistischer Kräfte in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien ebenso voraussehbar, daß die Lunte an das Pulverfaß in Bosnien-Herzegowina gelegt wurde, wo früher die serbische, kroatische und bosnische Bevölkerung in einer staatlichen Einheit gelebt hatte.

Die deutschen Imperialisten sind mit den kroatischen Reaktionären - in der Tradition von Nazi-Faschismus und Ustascha -eine regelrechte Waffenbrüderschaft eingegangen. Auf kroatischer Seite sind ungefähr 1000 deutsche „Freiwillige" als Soldaten oder Ausbilder am Krieg beteiligt (vgl. Pohl, ebenda, S.21), darunter viele Nazis, die dort ihr Mordhandwerk praktisch erlernen und erproben.

Die deutschen Imperialisten, inzwischen schon Waffenexporteur Nr. 2 in der Welt, versorgen die kroatische Armee mit Waffen und Munition. Wie die Londoner Militärfachzeitschrift „Jane´s Defense" unter Berufung auf UNO- und NATO-Quellen sowie Beobachter der EU feststellte, gibt es in Kroatien nicht nur MIG-21-BIS-Kampfflugzeugen sondern auch MI-24-Kampfhubschrauber, kleinere Waffen, Munition und auch Handbücher und Trainingshilfen aus dem Bestand der ehemaligen NVA, die nach der Einverleibung der DDR nicht verschrottet, sondern nur „umgestrichen" wurden, um an Kroatien (und über die Türkei teilweise auch an die bosnische Armee) übergeben zu werden.

Ziel der deutschen Imperialisten ist es, ihren enorm gewachsenen Einfluß in Ex-Jugoslawien dauerhaft auch militärisch abzusichern. Schon kurz nach dem offenen und direkten Kriegseintritt der Bundeswehr verkündete der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbands Gertz im Saarländischen Rundfunk, die Stationierung deutscher Soldaten in Kroatien sei denkbar und sinnvoll („FAZ", 3.9.1995).

Der deutsche Imperialismus will nicht nur in Kroatien zunehmend schalten und walten, wie er will, sondern auch in Bosnien weiter vorstoßen, um die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu vertiefen. *„Die Bundesregierung beschäftigt sich schon jetzt mit der Möglichkeit finanzieller Hilfe zum Wiederaufbau Bosniens nach dem Ende des Krieges."* („FAZ", 4.9.1995). Und nicht nur das. Im bosnischen Teil von Mostar, der zwischen Kroatien und Bosnien geteilten Stadt, gibt es seit einiger Zeit bereits einen deutschen Bürgermeister, den ehemaligen Bremer Bürgermeister Koschnick. Zugleich haben Dutzende deutsche Polizisten und Angehörige des Bundesgrenzschutzes dort die staatlichen Unterdrückungsfunktionen übernommen, weitere sollen folgen.

Doch den deutschen Imperialisten geht es mit allem, was sie heute in Ex-Jugoslawien verbrechen und betreiben, noch um viel mehr.

Der Stellenwert des Bundeswehr-Kriegseinsatzes im Konzept des deutschen Imperialismus zur Weltmacht

Der deutsche Imperialismus hat in diesem Jahrhundert schon zwei große Versuche gestartet, andere imperialistische Großmächte im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt zu schlagen, um unangefochten als Nr.1 in der Welt die Völker bis aufs Blut auszubeuten und zu knechten. Der erste Weltkrieg ging verloren. Es war ein imperialistischer Krieg, vor allem geführt von den imperialistischen Großmächten um die Kolonien.

Die menschenverachtende Abschiebepolitik der deutschen Imperialisten liefert Kanonenfutter für den Krieg in Jugoslawien

Die etwa 350-400 000 Flüchtlinge aus Jugoslawien, die die deutsche Grenze seit der faktischen weitgehenden Abschaffung des Rechts auf Asyl 1993 fast nur noch illegal überschreiten können und größtenteils bei ihren Familien und Freunden in Deutschland Zuflucht gefunden haben, werden in den allerwenigsten Fällen als „asylberechtigt" anerkannt. Wenige erhalten höchstens den Status „Kriegs- bzw. Bürgerkriegsflüchtlinge" oder eine „Aufenthaltsbefugnis" wie die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina. Die meisten werden für eine gewisse Zeit „geduldet", d.h. ihre Abschiebung wird lediglich momentan „ausgesetzt", zumeist ohne irgendwelche staatliche Unterstützungsleistungen.

Von den insgesamt etwa 4,3 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen Jugoslawiens gelang es lediglich 750 000, die von 1991 bis 1994 vor dem Krieg flohen, das ehemalige Jugoslawien zu verlassen und vorwiegend in verschiedenen europäischen Staaten unterzukommen. Darunter ist eine erhebliche Anzahl von Kriegsdienstverweigern und Deserteuren, die sich weigerten an einem mörderischen nationalistischen Geschwisterkrieg oder irgendwelchen sogenannten „ethnischen Säuberungen" teilzunehmen. Schätzungen des Anti-Kriegszentrums Belgrad und der Friedensgruppe „Mütter in Schwarz" variieren zwischen 100 000 und 300 000 für Serbien und Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Kroatien, davon befinden sich heute etwa die Hälfte in Deutschland. Für Flüchtlinge aus Serbien ist es oft viel schwieriger, dem Kriegseinsatz zu entkommen, weil sie besonders diskriminiert werden und von europäischen Staaten und auch vom Staat der deutschen Imperialisten nicht ins Land gelassen werden. Deshalb stammen die Flüchtlinge, die aus verschiedensten Gründen vor den unerträglichen kriegerischen Zuständen im ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland geflohen sind, hauptsächlich aus Kroatien oder aus Bosnien.

Der Krieg in Ex-Jugoslawien galt bei den deutschen Behörden zunächst als gewisses Abschiebehindernis. Davon ausgenommen waren allerdings die Roma, von denen die rassistischen deutschen Behörden durchgehend und massenhaft abgeschoben wurden.

Die deutschen Imperialisten begannen mit Massenabschiebungen von Kriegsflüchtlingen aus Jugoslawien bereits im Frühjahr 1994, die ersten waren Serben und Kosovo-Albaner, die vor dem Kriegseinsatz gegen Bosnier geflohen waren. Die nächsten waren Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Kroatien, die ebenfalls nicht in Bosnien kämpfen wollten. Weiteren 60 000 Flüchtlingen, die aus serbisch besetzten, umkämpften oder zerstörten Gebieten Kroatiens stammen oder auf der Flucht einen kroatischen Paß erhalten haben, droht jetzt, nachdem ihre sogenannte „Duldung" spätestens Mitte bzw. September diesen Jahres abgelaufen ist, die Abschiebung aus Deutschland nach Kroatien. Im Rahmen eines mit der kroatischen Regierung ausgehandeltes „Rückübernahmeabkommens" vom April 1994 beginnt damit die zweite Phase der Abschiebewelle kroatischer Kriegsflüchtlinge.

Demonstration von Deserteuren aus Ex-Jugoslawien in Berlin

Sowohl in der neuen Verfassung Serbien-Montenegros als auch in der Verfassung Kroatiens existiert zwar das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, aber nur auf dem Papier. In Serbien droht darauf Haft bis 20 Jahre und es sind bereits schätzungsweise 20 000 Strafverfahren eingeleitet worden. Kroatischen Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern drohen ebenfalls Fronteinsatz oder Haft. Sie haben keine Möglichkeit, sich auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu berufen, weil die Frist für sie als Einberufene längst abgelaufen ist. Besonders Flüchtlinge aus Bosnien und Serbien werden sofort zwangsrekrutiert, Männer werden razzienartig von der Straße weg, von zu Hause oder aus Gaststätten heraus mitgenommen und oft unter Einsatz von Gewalt direkt zur Front gebracht. In Bosnien-Herzegowina werden Deserteure geschlagen und mißhandelt, bis zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, ihre Häuser oder Wohnungen sowie Autos werden beschlagnahmt, ihre Frauen werden entlassen, ihren Familien werden vom Telefon- und Stromnetz abgeschnitten.

Hinter der sich „human" gebenden Charaktermaske, die angeblich den gepeinigten Menschen im ehemaligen Jugoslawien „alle Hilfe" geben will (bis hin zu Bombardierungen), zeigt sich immer deutlicher die brutale eiskalte Fratze der deutschen Imperialisten und Bürokraten. Die Flüchtlinge werden bewußt und direkt ihren Peinigern ausgeliefert, werden entweder zwangsrekrutiert für eine Armee und für einen Krieg, den sie nicht wollen, oder werden ins Gefängnis geworfen und mit Folter bedroht wie in Kosovo-Albanien. Die deutschen Imperialisten liefern also nicht nur Waffen und fliegen Kriegseinsätze, sondern liefern zugleich auch Soldaten an die Kriegsparteien, Kanonenfutter für den Krieg in Jugoslawien.

Quellen: FAZ, 11.8.95, FR, 27.1.95/7.3.94, amnesty international/asyl-info 2/94,

25 Jahre später - die Kräfteverhältnisse hatten sich durch die Existenz der damals noch sozialistischen Sowjetunion und durch das weltweite Anwachsen revolutionärer Kräfte in wesentlichen Punkten geändert - unternahm der deutsche Imperialismus einen zweiten Anlauf in einem Krieg, der sich nicht nur gegen die anderen imperialistischen Großmächte richtete, sondern vor allem auch gegen die revolutionären Kräfte und die sozialistische Sowjetunion. Auch aus diesem Krieg ging der deutsche Imperialismus, der während des Zweiten Weltkriegs zugleich die furchtbarsten Völkermordverbrechen beging, wiederum besiegt hervor.

Seit 1945 sind die anderen imperialistischen Großmächte in Punkto offener Militäraktionen dem deutschen Imperialismus einige Schritte voraus: Die USA bombardieren und intervenieren seit gut vier Jahrzehnten in allen Teilen der Welt, England eroberte z.B. kriegerisch die Falklandinseln/Malvinas und die französischen Imperialisten operierten bzw. operieren militärisch in Vietnam, im Tschad und anderen Teilen Afrikas. Der russische Sozialimperialismus führte in den 80 er Jahren einen verbrecherischen, imperialistischen Krieg in Afghanistan und Eritrea, heute führen die russischen Imperialisten eine brutale imperialistische Intervention in Tschetschenien durch.

Doch gerade nachdem der deutsche Imperialismus sich einen Großteil seines im Zweiten Weltkrieg angeblich „verlorenen" Territoriums in Form der Ex-DDR gerade wieder einverleibt hatte, unternahm er sogleich mit dem Alleingang zur Anerkennung Kroatiens sowie auch Sloweniens auch international einen massiven internationalen Vorstoß. Damit hat die imperialistische Diplomatie eines Herrn Genscher im Auftrag der deutschen Monopolbourgeoisie einige entscheidende Pluspunkte gewonnen gegenüber den US-Imperialisten, aber auch gegenüber den westeuropäischen Konkurrenten.

50 Jahre nach dem von seiten der Nazis mit barbarischsten Mitteln geführten Zweiten Weltkrieg ist der deutsche Imperialismus wieder so stark, daß seine obersten Repräsentanten unverschämt ihre Weltmachtansprüche anmelden. Ausgerechnet am 30.Januar 1991., am Jahrestag, an dem die deutsche Bourgeoisie 1933 die Hebel der Macht in die Hände der Nazis gelegt hatte, verkündete Kohl:

> *„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und sollte diese ausweiten."*

Kinkel hat die Marschroute des „wiedervereinigten" Deutschland mit ebenso unverschämter Deutlichkeit umrissen:

> *„Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind:... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."*
> *(FAZ, 19.3.1993)*

Es geht den deutschen Imperialisten darum, zunehmend weltweit auch militärisch voll „präsent" zu sein, mit jeder „Selbstbeschränkung" Schluß zu machen, sich mit aller Konsequenz als militärische „Weltmacht" durchzusetzen.

Es war schon kein Zufall, daß die Regierung des deutschen Imperialismus einen Tag nach der Entscheidung über den Bundeswehr-Einsatz in Somalia 1993 die offizielle Bewerbung um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat abgab. Damals schrieb „Der Spiegel":

> *„Der schöne Traum von der Rückkehr Deutschlands in die Weltpolitik (ist) der eigentliche Grund des Somalia-Einsatzes."*
> (Der Spiegel, 19.7.1993)

Mit dem direkten und offenen Kriegseinsatz der Bundeswehr in Bosnien hat der deutsche Imperialismus einen weiteren großen Schritt auf diesem Weg gemacht.

Es geht um die Gewöhnung der Bevölkerung an direkte Kriegseinsätze, um die Übung der eigenen Armee und Waffen im „Ernstfall", es geht um die Vorbereitung lokaler, eigenständig geführter imperialistischer Kriege des deutschen Imperialismus, die sich gegen imperialistische Rivalen und vor allem

Die kriegstreiberischen Demagogien der Grünen entlarven!

Vor Jahren waren die Grünen nicht nur mit dem Anspruch einer „Umweltpartei" angetreten, sondern bekannten sich auch zur „Gewaltfreiheit", *gaben sich ein gewisses antimilitaristisches* Image, was sie auch für etliche ehrliche Bundeswehrgegner anziehend machte. Doch mit ihrer grundlegenden Zustimmung zur imperialistischen Intervention in Ex-Jugoslawien im allgemeinen und zur Teilnahme der Bundeswehr am Kriegseinsatz dort hat sich deutlicher denn je gezeigt, daß die Grünen-Partei eine Agentur des deutschen Imperialismus ist, die sich in Übereinstimmung mit dessen grundlegenden Zielen nach innen und nach außen befindet. Krista Sager, Vorstandssprecherin der Grünen, erklärte z.B., es sei die gerechte Mission der Nato, die Serben *„auf den Boden einer zivilen Gesellschaft zurückzuzwingen."* (Interview mit der Zeitung „Jungen Welt", 1.9.95) Die Vorreiterrolle bei der militaristischen Ausrichtung der Grünen hat aber eindeutig ihr „Star" Joschka Fischer übernommen, der dazu auch zu den übelsten demagogischen Tricks greift. Zwei zentrale Manöver stehen dabei im Vordergrund:

1. Es sei schändlich, den Verfolgten in Bosnien die Befreiung mit den Mitteln zu verweigern, durch die „wir Deutschen die Befreiung von Hitler zu verdanken hatten,"

2. Die Linke habe den Krieg nie absolut abgelehnt und sogar aktiv daran teilgenommen wie in Spanien 1936 bis 1939.

Der grundlegende ***politische*** Betrug besteht darin, den heutigen reaktionären und imperialistischen Krieg in Bosnien bzw. Ex-Jugoslawien gleichzusetzen mit dem damaligen antifaschistischen Krieg in Spanien und dem antifaschistischen Weltkrieg gegen den Nazi-Faschismus.

Der grundlegende ***ideologische*** Betrug besteht darin, theoretisch scheinbar richtig die Untauglichkeit der absoluten Gewaltlosigkeit anzugreifen, um in Wirklichkeit nur Propaganda für die Unterstützung eines reaktionären, imperialistischen Kriegs zu betreiben.

Dagegen muß vor allem klargestellt werden, daß es nicht um „den" Krieg an sich geht, sondern es zwei Arten von Kriegen gibt:

> ***„a) einen gerechten Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen, oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus, oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten, und***
>
> ***b) einen ungerechten, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven."***
>
> *(„Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang, 1938, S.210)*

Die Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei und alle revolutionären Kräfte müssen die ungerechten Kriege bekämpfen, Kriege wie heute der in Ex-Jugoslawien. Dagegen müssen sie die gerechten Kriege unterstützen und führen, Kriege wie damals in Spanien gegen den Faschismus, gegen die Nazi-Aggression.

Wir unterstützen die Partisaninnen und Partisanen im Zweiten Weltkrieg, der Roten Armee der damals sozialistischen UdSSR und aller, die in der Tat nur mit Waffengewalt die Armeen des Nazifaschismus zerschmettern konnten, wir unterstützen die bewaffneten Befreiungskämpfe heute in Mexiko, auf dem kurdischen Gebiet in den Staatsgrenzen der Türkei usw. Und grundsätzlich ist es eben so, daß die reaktionären Kriege nur durch die revolutionären Kriege abgeschafft werden können.

auch gegen die Befreiungskämpfe der Völker in allen Teilen der Welt richten und um die langfristige Vorbereitung weltweiter imperialistischer Kriege zur Neuaufteilung der Welt gegen die anderen imperialistischen Großmächte.

Der Kriegseinsatz in Bosnien dient auch dazu, die Politik der offiziellen atomaren Bewaffnung der Bundeswehr - faktisch verfügt die Bundeswehr heute bereits darüber - voranzutreiben:

> *"Wir haben am 30. Juni 1995 beschlossen, deutsche Soldaten gegebenenfalls an Kriegen allenthalben auf der Welt teilnehmen zu lassen; zuerst in Bosnien. Begründet das nicht einen Anspruch auf Atomwaffen?"*
> (Günter Gaus, Mitherausgeber der Wochenzeitung Freitag, in „Junge Welt", 8.7.1995)

Daß sich die deutschen Imperialisten dabei auch noch auf die „Verantwortung aus der deutschen Geschichte berufen, ist ein beispielloser Zynismus. Die grundlegende Wahrheit ist: Der deutsche Imperialismus ist schon längst wieder ein eigenständiger Kriegsherd, eine besonders aggressive und raubgierige imperialistische Großmacht, denn er ist im Kern derselbe Imperialismus, der den 1. Weltkrieg ausgelöst hat, der mit Hilfe des Nazi-Faschismus schon einmal die Weltherrschaft der deutschen „Herrenrasse" auf bestialische Weise verwirklichen wollte.

GEGEN DIE STRÖMUNG

Die west/deutschen Militaristen bei der Arbeit!

Deutsche Arroganz und "Tapferkeit"

Kriegsheiter

Nicht nur kurzfristige Politik

Lehren aus dem Krieg zwischen Iran und Irak

Die Bundeswehr - mörderische Kriegsmaschinerie des deutschen Imperialismus

Wenn nun deutsche Soldaten direkt am Krieg in Ex-Jugoslawien teilnehmen, so geschieht das keineswegs „aus humanitären Gründen" oder „Solidarität" mit den amerikanischen, britischen, französischen Imperialisten. Hinter der Heuchelei von der „Solidarität mit den Verbündeten" und von der „internationalen Verantwortung, der man sich nicht entziehen kann", steht in Wirklichkeit der Vorstoß der deutschen Imperialisten zur Durchsetzung ihrer Weltherrschaftspolitik im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Mächte. Der deutsche Kriegsminister Rühe hat das auch ganz klar ausgesprochen:

> *„Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Fall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates."*
> *(Rühe, „Verteidigungspolitische Richtlinien" vom 26.11.1993)*

Laut den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" vom 26.11.1993 gehört zu den „deutschen Interessen" die *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen"*. Die eigenständigen räuberischen Großmachtinteressen des deutschen Imperialismus sind es, welche die Bundeswehr weltweit durchsetzen soll. Daraufhin wurde und wird die Bundeswehr ausgerichtet. Im Zusammenhang mit dem Kriegseinsatz der Bundeswehr in Bosnien, verkündete der deutsche Kriegsminister, daß die Kriegsvorbereitungen nunmehr noch beschleunigt werden sollen: *„Wir haben jetzt Schritt für Schritt Verbände zur Krisenreaktionsfähigkeit einsatzbereit zu machen."* (Rühe, „Die Bundeswehr mit Blick nach vorne", Das Parlament, 1./8.Sept. 1995, S.5)

Die Scheingefechte zwischen Regierung und „Opposition" darum, ob der Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien oder anderswo zu diesem Zeitpunkt oder erst später „angemessen" sei, soll gerade vom Kern ablenken:

Die Bundeswehr ist nicht nur die Bürgerkriegsarmee des deutschen Imperialismus nach innen, gegen Aufstände, Revolutionen und Massenkämpfe der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger, sondern sie ist Aggressionsarmee des deutschen Imperialismus nach außen. Die Bundeswehr dient der Sicherung und Ausweitung der Ausbeuterinteressen des deutschen Imperialismus, sie dient seinem Kampf um die Weltherrschaft gegen die imperialistischen Konkurrenten und der Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern. Die Bundeswehr ist die zweitstärkste Armee der NATO, sie ist mit modernsten Waffen ausgerüstet. Die Bundeswehr ist die schlagkräftigste Armee in Europa, die in kürzester Frist im Bedarfsfall über zwei Millionen Reservisten mobilisieren kann und über 50.000 hochspezialisierte, elitemäßig ausgebildete Eingreiftruppen für den blitzschnellen Einsatz verfügt. Die Bundeswehr ist die mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Werkzeug der imperialistischen Aggression und Konterrevolution!

Aufgaben und Perspektiven des Kampfes und der internationalen Solidarität gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr

Daß der auf dem Territorium Ex-Jugoslawiens geführte Krieg auf allen Seiten ungerecht und reaktionär ist, heißt bei weitem nicht, daß es für internationale Solidarität und Unterstützung keinen Raum gebe. Unsere Solidarität gilt den gemetzelten Völkern Jugoslawiens und besonders all jenen Kräften, die sich dem Treiben der Reaktion, der chauvinistischen Hetz-, Haß- und Aufspaltungspolitik entgegenstellen. So haben sich z.B. auf der serbischen Seite, auf der Seite

Kroatiens und auf der Seite Bosniens in den letzten Jahren Hunderttausende Deserteure und Kriegsdienstverweigerer dem Krieg entzogen. Ein großer Teil von ihnen ist ins Ausland geflüchtet, viele haben sich im Land versteckt oder suchen andere Möglichkeiten, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Sie müssen praktisch unterstützt werden!

Völlig falsch wäre es, sich auf eine der reaktionären Seiten zu stellen. Weder die chauvinistischen Führer der Serben, noch die zutiefst reaktionären Führer der Kroaten oder die reaktionäre bosnische Führung vertreten die Interessen ihrer Völker. Die Völker dieser Länder werden sich früher oder später gewaltsam gegen jeweils „ihre" reaktionären konterrevolutionären Führer erheben, sie werden sich in diesem Kampf zusammenschließen, um nach der revolutionären Beseitigung dieser Herrschercliquen alle Fragen zu klären.

In diesem Kampf wird sich auch die revolutionäre Erkenntnis durchsetzen, daß es letztlich nicht darauf ankommt, wie im Detail die staatlichen Grenzen verlaufen, sondern auf das Bündnis und die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Werktätigen gegen die einheimische Reaktion und die Imperialisten. Im unerbittlichen Kampf gegen nationalistische und chauvinistische Entzweiungs- und Unterdrückungspolitik werden die Völker Ex-Jugoslawiens mit Hilfe sich bildender revolutionärer, kommunistischer Organisationen anhand ihrer eigenen Erfahrungen feststellen, daß sie sich nur auf demokratischer Grundlage - unter effektiver Sicherung des nationalen Selbstbestimmungsrechts einschließlich des Rechts auf staatliche Lostrennung - im gemeinsamen Kampf zusammenschließen können und müssen.

Die Perspektive des Kampfes kann nur die revolutionäre Umwälzung der ganzen bisherigen Gesellschaftsordnung, der Krieg gegen die Einmischung der imperialistischen Großmächte und gegen die einheimischen reaktionären Kräfte, die in der einen oder anderen Weise mit den imperialistischen Großmächten verbunden sind, sein.

Unsere Aufgabe ist es, alle revolutionären Kräfte in Ex-Jugoslawien in ihrem harten Kampf tatkräftig zu unterstützen, unermüdlich den deutschen Imperialismus anzuprangern, klar zu machen,, daß er die Politik der Zerstörung und der inneren Kriege in diesen Ländern forciert, um das zerstörte Land noch weiter zu Billigpreisen aufzukaufen und unter seiner Vorherrschaft in seinem Interesse „sanieren" zu können.

Gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr, gegen alle Formen des Militäreinsatzes und der Stationierung von Bundeswehr-Truppen in Ex-Jugoslawien und gegen die Bundeswehr überhaupt muß die Propaganda und Agitation verstärkt werden. Antimilitaristische Aktionen gegen Kriegseinsätze müssen wir nach Kräften unterstützen und wo immer möglich mit der langfristigen Perspektive des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus verbinden.

Der Teilnahme an der forcierten Kriegspolitik des deutschen Imperialismus werden sich auch hierzulande antimilitaristisch eingestellte Kräfte widersetzen, Desertationen sind die logische Folge.

Das Bewußtsein über die wirkliche Rolle der Bundeswehr in diesem System, über die Notwendigkeit ihrer gewaltsamen Zerschlagung in der proletarischen Revolution, die Bereitschaft einen Kampf auf Leben und Tod mit dieser hochgerüsteten Armee des deutschen Imperialismus zu führen, wird nicht über Nacht bei der Mehrheit der Arbeiterklasse entstehen. Eigene Erfahrungen mit dieser Bundeswehr beim Einsatz in anderen Ländern, im kriegerischen Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Großmächten, im Kampf sowohl gegen revolutionäre Kräfte in anderen Ländern, als auch gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Land, blutige Erfahrungen werden dazu nötig sein. Aber auch diese Erfahrungen allein werden nicht ausreichen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit, der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, gerade auch der Partisanenkämpfe in den vom deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten, darunter Jugoslawien, müssen von uns ausgewertet und propagiert werden, um dem Hochmut des deutschen Imperialismus wirksam entgegentreten zu können.

Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg ist der einzige Ansatzpunkt, damit zunächst aus Tageskämpfen gegen dieses oder jenes Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen; Kämpfe, welche die Ideen des Sozialismus und Kommunismus und der Vernichtung des Kapitalismus zum Ziel haben werden. Nur in solchen Kämpfen wird eine revolutionäre bewaffnete Arbeiterklasse entstehen, die, gestützt auf die proletarische Demokratie der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse, auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus die Waffe der Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre nicht mehr aus der Hand geben wird.

Die Situation fehlender Kämpfe dagegen heute zeigt, wie ernst die Lage ist, und wieviel Anstrengungen für den systematischen Kampf nötig sind, zur Vereinheitlichung der demokratischen Kräfte, vor allem aber zum Kampf für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei, um eine zentrale Kraft zu bilden, die alle nötigen Kämpfe bündeln und mit klarer Perspektive zusammenführen kann!

Anmerkungen

[1] Der Krieg der imperialistischen Mächte, bei dem heute mit Artillerie, Bomben und Raketen aus allen Rohren geschossen wird, wurde zunächst vor allem demagogisch als „Vergeltungsschlag" hingestellt für die Ermordung von 34 Zivilisten durch einen Granateneinschlag auf dem Marktplatz in Sarajevo.

Die Verantwortung der bosnisch-serbischen Armee wurde nie bewiesen. Eine gemeinsame Untersuchungskommission aller Bürgerkriegsseiten und der UNO wurde von den imperialistischen Oberherren kategorisch abgelehnt.

Bereits unmittelbar nach der blutigen Provokation auf dem Marktplatz in Sarajevo hatte sogar eine bürgerliche deutsche Zeitung die Möglichkeit eingeräumt, die Granaten könnten *„nach der Regie eines bosnischen 'Reichstagsbrands' den Vorwand für ein militärisches Eingreifen"* liefern (Dresdner Neueste Nachrichten", 30.8.1995).

Doch ob es nun serbische, kroatische oder bosnisch-moslemische Provokateure waren - „ein Vorwand mußte her", wie die bürgerliche „Die Zeit" am 8.9.1995 zugab, und da durfte auch keine Rolle spielen, daß die machthabenden politischen und militärischen Führer der bosnischen Serben nur einen Tag zuvor sogar dem amerikanischen „Friedensplan" ausdrücklich zugestimmt hatten.

[2] Bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg machten die Tito-Revisionisten den Versuch, sich ganz Albanien einzuverleiben, was im letzten Moment durch den Widerstand Stalins und der KPdSU(B) sowie auch aus der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik Albanien verhindert wurde.

Nach einer Phase der solidarischen Kritik Stalins, der KPdSU(B) und des Kommunistischen Informationsbüros mußte die titoistische Führung der KP Jugoslawiens als konterrevolutionär verurteilt werden, da sie auf ihrer falschen Politik und Ideologie beharrte und den Weg des Verrats beschritt. (Das Kominform war der 1947 gegründete, und auch für andere Parteien offene Zusammenschluß mehrerer Kommunistischer Parteien, der KPdSU(B), der KP Bulgariens, der KP Frankreichs, der KP Italiens, der KP der Tschechoslowakei, der KP Polens, der KP Rumäniens, der KP Ungarns und zunächst auch der KP Jugoslawiens, zwecks gegenseitiger Information, Beratung und Kritik. Nach der Machtergreifung der modernen Revisionisten verlor das Kominform seine Funktion und wurde 1956 auch formell aufgelöst.)

Die weitere Entwicklung der KP Jugoslawiens bestätigte, daß dies völlig zurecht geschah:

1951 bereits wurde ein „Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe" mit den US-Imperialisten abgeschlossen, welches amerikanische Rüstungslieferungen im Austausch gegen Rohstoffe vorsah.

In der internationalen Politik unterstützten die Tito-Revisionisten unverhohlen die US-Aggression in Korea. In der UNO stimmten die Vertreter der Tito-Clique für das „Embargo" gegen China und Korea.

Auf dem Land wurde die von der KPdSU(B) und dem Kominform zuvor kritisierte, bürokratisch verordnete und überhastete Kollektivierungsbewegung bald völlig abgebrochen und überhaupt fast ganz rückgängig gemacht. Bereits 1956 waren wieder 91% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in privater Hand (vgl. P. Bartl, Gründzüge der jugoslawischen Geschichte, Darmstadt 1985, S.145).

Im titoistischen Jugoslawien gab es weder eine geplante Innenwirtschaft noch ein Außenhandelsmonopol. Der jugoslawische „Selbstverwaltungs-Sozialismus" war nichts als ein Betrug an den Arbeiterinnen und Arbeitern Jugoslawiens. Das zeigt schon die Tatsache, daß die „selbstverwalteten" Betriebe sich gegenseitig Konkurrenz machten. Anfang der Sechzigerjahre bereits waren Hunderttausende arbeitslos und gezwungen, ihre Arbeitskraft in anderen Ländern zu verkaufen (vgl. C. G. Ströhm, Ohne Tito - kann Jugoslawien überleben? Graz Wien Köln 1976, S.143).

[3] Im Juli 1993 kam es in Sarajevo zum sogenannten „Brot-Warteschlangenmassaker" mit vielen Toten. Für dieses wurden sogleich bosnisch-serbische Kräfte verantwortlich gemacht. Einige UNO-Mitarbeiter haben später eingestanden, daß nicht bosnische Serben, sondern bosnisch-moslemische Kräfte die Sprengstoffe in Brand gesetzt hatten, um im UNO-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Serbien durchzusetzen. (Siehe Klaus Bittermann (Hg.), Serbien muß sterbien, Berlin 1994, S.28)

★

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16:30 - 18:30 Uhr
Samstag 10:00 - 13:00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Kritiken zum Flugblatt "Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien" (9-10/95)

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Flugblatt hat mir gut gefallen, jedoch habe ich einen Punkt vermißt. Wie war die Haltung des deutschen Imperialismus gegenüber den Völkern Jugoslawiens bevor es den Staat Jugoslawien gab, also vor 1918? Bereits im ersten Weltkrieg war die Parole "Serbien muß sterben" weit verbreitet. Dies hätte zumindest erwähnt werden müssen.

Antwort an unseren Leser

..., es stimmt die Haltung des deutschen Imperialismus im I. Weltkrieg haben wir im Flugblatt nicht aufgezeigt und entlarvt. Es wäre mit Sicherheit für das Verständnis auch aktueller Fragen eine Hilfe gewesen.

So z.B. über die aktuelle antiserbische Hetze in Deutschland, und daß diese nicht von der Politik des deutschen Imperialismus auf dem Balkan zu trennen ist, wenn berücksichtigt wird: daß z.B. Serbien von Ende 1915 bis 1918 u.a. von deutschen Truppen besetzt war, ein Ziel der deutschen Imperialisten in enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen Imperialismus war, Serbien zu zertrümmern.

Der historische Hintergrund und Zusammenhang vor der Gründung des jugoslawischen Staates und die Entwicklung bis zum Ende des II. Weltkriegs wird in der ROTEN FAHNE Nr. 247 der MLPÖ (von Juli 1992) - "Was geht in Jugoslawien vor?" - dargestellt. (siehe insb. S. 9/10 - "Wichtige Fakten aus der Geschichte Jugoslawiens") Diese RF-Ausgabe wurde von uns damals auch an alle Flugblattbezieher versandt, um über das Thema ausführlich zu informieren und sollte in jedem Fall herangezogen werden, wenn man sich mit dem Thema näher auseinandersetzen will.

Weitere Kritik zum Bosnien-Flugblatt

Liebe Genossinnen und Genossen,

"Dieses Flugblatt hat mir sehr gefallen.... Mein Problempunkt: "großserbische reaktionäre Kräfte" contra (einfach) "kroatische reaktionäre Kräfte". In früheren Flugblättern (z.B. Januar 1992) wird nicht von großserbischen reaktionären Kräften geredet... Daß der (groß)serbische Chauvinismus kurzzeitig politisch (zwischen dem I. und 2. Weltkrieg) einen Sieg davongetragen hatte, ist keine Begründung für die heutige Zeit. Die Großkroaten haben während des 2. Weltkrieges eher (mit deutscher Hilfe) einen Sieg erreicht und heute ist doch eher eine "Patt-Situation" zwischen den großkroatischen und großserbischen Kräften.

Ich habe mit dem Zusatz "groß" dann keine Probleme, wenn er im konkreten Fall auch für die kroatischen reaktionären Kräfte verwendet wird.. ."

Antwort auf die Kritik

Hallo, lieber Flugblatt-Kritiker,

danke für Deinen Kommentar zum Bosnien-Flugblatt. Die Bezeichnung "großserbische Reaktionäre", die ab S.2 an mehreren Stellen (wenn auch nicht durchgängig) benutzt wird, ist kein Ausdruck einer veränderten Linie von GDS gegenüber den diversen Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien.... Ich glaube vielmehr, daß sich hier die Wortwahl der deutschen Medien niederschlägt und bei den Verfasser/innen des Flugblattes sich unbemerkt eingeschlichen hat. In dieser Hinsicht immer wieder wachsam zu sein, ist von größter Bedeutung, gerade angesichts einer Situation in Deutschland, in der ganz bewußt einseitig die serbische Seite angeprangert wird, um so die mit Deutschland verbündete kroatische (und - mit Abstand - auch die bosnische) Seite aus der Schußlinie zu nehmen. Danke also für deine kritische Aufmerksamkeit.

Solidarität mit dem revolutionären bewaffneten Kampf in Mexiko!

Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

revolucionaria en México!

¡Libertad por todos los presos revolucionarios!

Veranstaltung mit Genossen aus Mexiko
Acto de información y discusión con compañeros mexicanos

27.10.1995 - 19 Uhr
Humboldt Universität, Raum 3038,
Hauptgebäude, Unter den Linden 6

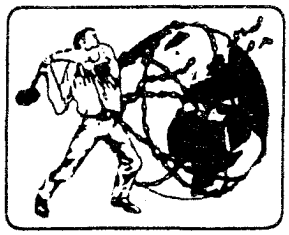
Veranstalter: ReferentInnenRat der HUB, Vertrieb für Internationale Literatur - Berlin

Unterstützer: Buchladen Georgi Dimitroff - Frankfurt/Main

V.i.S.d.P. Vertrieb für internationale Literatur,

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

10/94 Oktober 1994

Entwurf einer Resolution für die 2. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung"

5 Jahre Einverleibung der DDR - 5 Jahre Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Fünf Jahre nach der "Öffnung der Mauer" durch das bankrotte revisionistisch-kapitalistische SED-Regime am 9. November 1989 hat der west/deutsche Imperialismus die Einverleibung der DDR in seinen Herrschaftsbereich auch militärisch abgeschlossen. Auch in Westberlin, das bereits lange vorher faktisch einverleibt und als 11. Bundesland der BRD behandelt worden war, wurde nun die alleinige, auch militärische Oberhoheit durchgesetzt.

Die Politik der Einverleibung durch den west/deutschen Imperialismus und ihre Folgen

Mit dem Beginn der Einverleibung der DDR am 9. November 1989 hat der west/deutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus einen bedeutenden Meilenstein auf seinem bereits über vier Jahrzehnte andauernden Weg erreicht, alle Ergebnisse seiner historischen Niederlage im 2. Weltkrieg rückgängig zu machen. Mit dem Erreichen ihres ersten Ziels, der vollständigen Einverleibung der DDR und Westberlins, kann die west/deutsche Bourgeoisie nun wieder über ganz Deutschland ihre Diktatur ausüben und hat sich auf politischem, ökonomischem, militärischem und ideologischem Gebiet auch für die imperialistische Rivalität um internationale Einflußsphären erheblich gestärkt. Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus will mehr: das "Deutsche Reich" in den Grenzen von 1937 wiederherstellen, die offizielle Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten, vor allem im Kampf gegen Frankreich und England in Europa die Nr. 1 werden und schließlich die Weltherrschaft gegen alle imperialistischen Großmächte durchsetzen.

Da der westdeutsche bzw. heute wieder deutsche Imperialismus seinen Herrschaftsbereich momentan *scheinbar durch rein "friedliche" Expansion* ausdehnen kann, entsteht der Eindruck, als ob er ein militärisches Vorgehen gar nicht nötig habe und der Frieden "sicherer" geworden sei. Durch diesen gewaltigen Etappensieg, durch seine gewachsene Stärke ist der deutsche Imperialismus heute keineswegs zufriedengestellt oder gar weniger gefährlich geworden. Wie die Geschichte des räuberischen deutschen Imperialismus gezeigt hat, steigert die Einverleibung anderer Gebiete nur den Appetit der Imperialisten. ***Seine großen Erfolge haben den deutschen Imperialismus nur noch beutegieriger und aggressiver gemacht.***

❑ Stärkung auf politischem Gebiet

Der deutsche Imperialismus hat seine ***politische Macht*** gestärkt. Erstmals nach dem 2. Weltkrieg hat er es geschafft, sein Territorium bis zur Grenze Polens zu erweitern und seinen Staatsapparat, sein politisches Herrschafts- und Betrugssystem planmäßig auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszudehnen. Das System der politischen und ideologischen Herrschaft mit Parteien, Parlament, Wahlen und Medienapparat, mittels Einverleibung vorhandener Organisationen bzw. Aufbau von Ostfilialen wurde relativ schnell nach westdeutschem Vorbild eingerichtet. Der Staatsapparat der ehemaligen DDR wurde teilweise aufgelöst, umgebaut und in die Befehls- und Hierarchiestruktur des westdeutschen Militär-, Polizei-, Justiz- und Beamtenapparates eingegliedert. Personelle Säuberungen und Ausrichtung nach westdeutschem Vorbild erfolgten vor allem bei den Spitzenpositionen, während der ganze "Mittelbau" ziemlich problemlos übernommen werden konnte. Dieser für die Einverleibung wichtige Aspekt muß als Folge der Charakterlosigkeit der revisionistischen SED-Erziehung erklärt werden, die nie wirklich die typisch deutsche Staatsverehrung und dumpfe Autoritätsgläubigkeit bekämpft, sondern im Gegenteil in vielerlei Hinsicht kultiviert hat.

❑ Stärkung auf ökonomischem Gebiet

Der deutsche Imperialismus hat seine ***wirtschaftliche Macht*** gestärkt. Die west/deutsche Monopolbourgeoisie hat die in Händen der revisionistischen DDR Bourgeoisie befindlichen wesentlichen Produktionsmittel unmittelbar an sich gerissen und damit die Verfügungsgewalt über das gesamte Wirtschaftspotential, die Industrie und Landwirtschaft der ehemaligen DDR erlangt. Der Ausverkauf der profitabelsten Betriebe an die Großbanken und Konzerne bzw. die Stillegung der unprofitablen Teile - zumindest wurden sie als Konkurrenten ausgeschaltet - erfolgte Zug um Zug bis heute mit Hilfe der staatlichen "Treuhandanstalt". Dadurch ergeben sich enorme Möglichkeiten der profitbringenden Kapitalanlage, der effektiveren und planmäßigeren Ausbeutung der Werktätigen der ehemaligen DDR, deren durchschnittliche Bruttolöhne bei 70% des westdeutschen Lohnniveaus liegen. Besonders infam sind die Anstrengungen der west/deutschen Imperialisten, die nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in der damaligen SBZ von 1945 - 1949 durchgeführten Enteignungen von Junkern und Naziverbrechern durch die Hintertür mittels Milliardenentschädigung wieder rückgängig zu machen.

Die Einverleibung der DDR und Westberlins erleichtert auch die Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker. Durch Ausnutzung der Wirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR, vor allem zu den ehemaligen revisionistischen Ländern des "Ostblocks", wachsen die Möglichkeiten der deutschen Imperialisten, in andere Länder vorzudringen bzw. ihre bereits erreichten Positionen auszubauen. Dadurch gehen sie auch gestärkt in den internationalen Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte, *insbesondere gegen den US-Imperialismus*, aber auch gegen den russischen und den japanischen Imperialismus oder besonders um die Vorherrschaft in Europa gegen die englischen und französischen Imperialisten.

An unsere Leserinnen und Leser!

Wir rufen auf zur Diskussion über diesen Resolutionsentwurf und bitten um Anregungen, Kritiken und Verbesserungsvorschläge!

Zuschriften bitte an:

Buchladen Georgi Dimitroff,
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt

Öffnungszeiten: Mittwoch bis Freitag 16.30-18.30 Uhr, Samstag 10-13 Uhr, Montag/Dienstag geschlossen

Beilage: **3. Oktober 1994: Kampfdemonstration in Bremen gegen den revanchistischen "Nationalfeiertag"!**

GEGEN DIE STRÖMUNG

Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus!

Gegen die Einverleibung der DDR!

Kritik an der "Radikalen Linken"

❑ Stärkung auf militärischem Gebiet

Die Einverleibung der DDR und Westberlins hat auch die ***militärische Macht*** des deutschen Imperialismus gestärkt. Damit hat er nicht nur die Befehlsgewalt und das Aufmarschgebiet der Bundeswehr bis an die deutsch-polnische Grenze ausgedehnt, sich nicht nur die ehemaligen NVA-Truppen untergeordnet und deren militärische Einrichtungen und Bewaffnung angeeignet. Vor allem kann er heute mit gewachsener Stärke die Völker der Welt noch massiver mit neuen Kriegen bedrohen und die anderen imperialistischen Großmächte im Kampf um Einflußsphären militärisch herausfordern: Der deutsche Imperialismus führt heute bereits weltweit militärische Einsätze durch und bereitet sich auf längere lokale Kriege und schließlich auch auf Kriege gegen die anderen imperialistischen Großmächte vor.

❑ Stärkung auf ideologischem Gebiet

Aus der Einverleibung der DDR und Westberlins hat der deutsche Imperialismus auch enormen ***ideologischen Gewinn*** gezogen. Nach dem Abzug aller Armeeinheiten der ehemaligen Sowjetunion von deutschem Boden und dem Abzug der anderen alliierten Siegermächte des 2. Weltkriegs tritt der deutsche Imperialismus nun in der Pose des ***"Siegers der Nachkriegsgeschichte"*** auf. Ihm ist es gelungen, die volle Souveränität über ganz Deutschland wieder zu erringen, ohne einen Friedensvertrag abschließen zu müssen mit all den damit verbundenen berechtigten Forderungen nach Entschädigung der Millionen Opfer der Nazi-Herrschaft und nach Reparationsleistungen an die von den Nazifaschisten geschundenen Völker. Das jahrzehntelange revanchistische Getrommel der westdeutschen Imperialisten, das Offenhalten der "deutschen Frage" erhielt seine praktische Bestätigung. Der Erfolg stützt die Fortsetzung der revanchistischen Propaganda und Politik als wesentliche Basis, um die werktätige Bevölkerung an die kriegstreiberische Expansionspolitik der deutschen Imperialisten für ihre weitergehenden Ziele zu binden.

Dabei hat der Bankrott des revisionistischen Herrschaftssystems in der DDR und anderen osteuropäischen Staaten als angeblich praktischer Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus zusätzliche Munition für die Propaganda des Antikommunismus geliefert. Dieser Bankrott wird zudem erfolgreich benutzt, um die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in der SBZ und DDR in den ersten Jahren als ungerecht, diktatorisch und verbrecherisch zu verleumden und die Revision der Nachkriegsgeschichte voranzutreiben.

Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die "deutsche Einheit" durchgesetzt wurde, demonstriert, welches ***Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus*** sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich "links-fortschrittliche" Kreise. Unter der Losung der "Wiedervereinigung der deutschen Nation" wurde eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationale Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als "undeutsch" bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden.

Vorgeschichte und Etappen der Einverleibung der DDR

Die deutsche "Wiedervereinigung" war von vornherein Teil des revanchistischen Programms des westdeutschen Imperialismus, offen formuliert in der alten Präambel des Grundgesetzes. Die systematische wirtschaftliche und politisch-ideologische Durchdringung der DDR war Bestandteil dieser Strategie.

Der ***Verrat der modernen Revisionisten***, die zunehmende Verkommenheit der revisionistisch-kapitalistischen Herrschaft in der DDR haben den Boden für die revanchistische Einverleibungspolitik der westdeutschen Imperialisten bereitet. Die anfänglich hoffnungsvollen Ansätze für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung hin zum Sozialismus in der SBZ bzw. dann in der DDR wurden durch den sich ausbreitenden Opportunismus in der SED, die nach Stalins Tod völlig im Sog des internationalen Chruschtschow-Revisionismus versank, bald zunichte gemacht.

Die DDR geriet in immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit von den westdeutschen Imperialisten. Längst bevor die Mauer fiel, hatten diese auf die Ökonomie und Politik der DDR einen wesentlichen Einfluß und verfügten "zukunftsorientiert" über genaue Kenntnisse der Lage.

Die entscheidende äußere Bedingung für die faktische Durchführung der Einverleibung war der sich rasch zuspitzende Bankrott der revisionistisch-kapitalistischen Regimes in Osteuropa gegen Ende der 80er Jahre, vor allem in der Sowjetunion unter Gorbatschow.

- Mit der Ermöglichung der ***Massenflucht von DDR-Bürgern*** nach Geheimverhandlungen der westdeutschen Imperialisten mit der ungarischen Regierung, beginnend mit dem Abbau der ungarischen Grenzanlagen zu Österreich im Mai und verstärkt ***durch die Grenzöffnung Ungarns am 11. September 1989,*** wurde die DDR-Führung massiv unter Druck gesetzt und destabilisiert.

- In diffuser "Opposition" zu dem revisionistisch verkommenen, mit entwürdigenden Methoden arbeitenden Polizeistaat der DDR entstand ***im Oktober 1989 eine Massenbewegung in der DDR.*** Unter der Parole ***"Wir*** sind das Volk!" gab es anfänglich möglicherweise eigenständige, auch berechtigte Proteste gegen Waffenschiebergeschäfte und Korruption, Momente des Aufbegehrens gegen den verhaßten Staatsapparat. Allerdings schwamm diese Bewegung von Anfang an weitgehend im ideologischen Fahrwasser der westdeutschen Revanchisten und ging ihren "Rattenfängern" mehr und mehr auf den Leim. Durch deutschnationalistische Parolen konnten die westdeutschen Imperialisten diese Massenbewegung rasch beherrschen und zu ihrem Werkzeug machen.

- Mit der ***Öffnung der Mauer in Berlin am 9. November 1989*** und der anschließenden Öffnung der Grenzen zu Westdeutschland durch das (nach dem erzwungenem Rücktritt Honneckers) weitgehend handlungsunfähig gewordene SED-Regime war für die westdeutschen Imperialisten der entscheidende ***Durchbruch im Innern*** erzielt worden. Die Massendemonstrationen in der DDR wurden nun von nationalistischen Parolen wie "Wir sind ***ein*** Volk!" und "Deutschland - einig Vaterland" beherrscht.

- Der entscheidende ***Durchbruch auf internationaler Ebene erfolgte Anfang Februar 1990,*** nach dem getrennten Besuch von Modrow und von Kohl in Moskau, ***durch Gorbatschows Kapitulation vor dem westdeutschen Revanchismus*** mit seiner Erklärung, daß die Sowjetunion die "Vereinigung der Deutschen" akzeptiere.

- Der entscheidende ***politisch-ideologische Durchbruch*** war erreicht, als sich die SED-Übergangsregierung unter Ministerpräsident Modrow verpflichtete, ***sogenannte "freie Wahlen" in der DDR am 18. März 1990*** nach westdeutschem Vorbild abzuhalten. Die Weichen wurden damit auf "Anschluß an die BRD" gestellt, und am 18. März ging es eigentlich nur noch darum, welche Partei des westdeutschen Imperialismus die DDR an den westdeutschen Imperialismus übergibt.

- Der entscheidende ***wirtschaftliche Durchbruch,*** basierend auf der systematischen Übereignung der entscheidenden Produktionsmittel an das westdeutsche Finanzkapital, wurde durch das Inkrafttreten der ***Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990*** erreicht. Die Ausdehnung des Währungsbereiches der D-Mark auf ganz Deutschland und die gleichzeitige Einrichtung des staatlichen "Treuhand"-Konzerns waren entscheidend für die finanzielle Unterwerfung und den wirtschaftlichen Ausverkauf der DDR.

- Entscheidende Voraussetzung für die ***staatlich-juristische Annexion der DDR durch den "Einigungsvertrag" am 3. Oktober 1990*** war die Unterzeichnung des ***"Zwei-plus-Vier-Vertrags"***. Dieser gab den westdeutschen Imperialisten unter Umgehung eines Friedensvertrages den Weg zur Erlangung der vollständigen faktischen und formalen Souveränität mit festgelegtem schrittweisem Abzug der sowjetischen und westalliierten Truppen und zur systematischen Einverleibung der DDR frei. Die vertragliche Regelung der konkreten Übergabemodalitäten, Rechts- und Besitzverhältnisse war die formal-juristische Absicherung der Einverleibung.

☆

Die ***praktische Durchführung der Einverleibung*** der ehemaligen DDR auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet war im Oktober 1990 noch lange nicht erledigt, sondern mußte erst noch auf allen diesen Gebieten vollständig durchgesetzt werden. Dies geschah Stück für Stück in den nachfolgenden Jahren.

Die Etappe der vollständigen Einverleibung ist mit dem ***weitgehenden Abzug der Truppen anderer imperialistischer Großmächte*** (abgesehen von einigen Truppenteilen im Rahmen der NATO), der Truppen des russischen Imperialismus bzw. der Truppen der westlichen alliierten imperialistischen Mächte ***Ende August / Anfang September 1994*** und der damit erlangten tatsächlichen und uneingeschränkten staatlichen Souveränität und militärischen Oberhoheit über das gesamte Territorium der ehemaligen DDR und Westberlins vor allem militärisch bis auf Details abgeschlossen.

Profitable Lügen

Die Halbierung der etwa 10 Millionen Arbeitsplätze der ehemaligen DDR in nur vier Jahren ist ein Kahlschlag, der in diesem Tempo "friedlich" bisher wohl nirgendwo auf der Erde stattgefunden hat. Mit der Propaganda-Lüge, daß die gesamte Wirtschaft der ehemaligen DDR "vollständig marode" wäre und nur aus "Schrott" bestünde, wurde das Verschleudern an westdeutsche Konzerne zu "Billigstpreisen" und das "Plattmachen" an und für sich funktionstüchtiger Betriebe, um lästige Konkurrenz auszuschalten, "plausibel" gemacht.

Dies diente und dient vor allem dazu, unter penetranter Berufung auf die angeblichen "Kosten der Einheit" die Ausplünderung der Werktätigen über Lohndrückerei, massive Preis-, Miet- und Steuererhöhungen sowie millionenfache Arbeitslosigkeit und erzwungene Frührente als "unvermeidliche Roßkur" darzustellen und einen allseitigen Feldzug für die verschärfte Ausbeutung und reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung der ehemaligen DDR durchzuführen. Je nach Situation und demagogischer Notwendigkeit wurde und wird das Hohelied auf die "Deutsche Einheit" gesungen, als angebliche Garantie für "blühende Landschaften", "Aufschwung" und "Sicherheit der Arbeitsplätze" nach Überwindung kleinerer Übergangsprobleme. Oder die Heuchler der west/deutschen Bourgeoisie überboten und überbieten sich bei ihren "herzzerreißenden" Klagen, daß sie angeblich draufzahlen müßten und bald pleite wären. Dies dient den Profithaien allein dazu, die profitable Lüge besser verkaufen zu können, daß bis dahin der "Gürtel enger geschnallt", die Löhne auf dem niedrigen Niveau gehalten, die sozialen Leistungen und die gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte abgebaut werden müßten.

Der weitere Kampf gegen die Folgen der Einverleibung und die Perspektiven der proletarischen Revolution gegen den deutschen Imperialismus

Wir müssen heute feststellen, daß die deutschen Imperialisten einen einheitlichen Staatsapparat in ganz Deutschland geschaffen und gefestigt haben. Damit wurde die Einverleibung der DDR und Westberlins und die vollständige Herrschaft des deutschen Imperialismus über ganz Deutschland durchgesetzt. Die Folgen dieses Raubzuges wurden für viele jedoch erst in den letzten Jahren so richtig sichtbar und bewußt.

Wir haben seit der Gründung von "Gegen die Strömung" 1974 gegen revanchistische Einverleibungspolitik und deutschen Chauvinismus die verschiedenen Perspektiven für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolutionen in Westdeutschland, Westberlin und der DDR propagiert. Diese Notwendigkeit von drei eigenständigen revolutionären Organisations- und Arbeitsbereichen basierte auf den tatsächlich vorhandenen Unterschieden, die mit der staatlichen Übernahme der DDR am 3. Oktober 1990 nicht einfach verschwunden waren. Wir haben unsere Linie einer eigenständigen Vorbereitung und Perspektive der proletarischen Revolution in den drei Arbeitsbereichen deshalb beibehalten, weil in dieser Umbruchphase die Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung in der Ex-DDR eben noch real vorhanden waren. Dies war unbedingt notwendig, um den Kampf gegen die Einverleibungspolitik des west/deutschen Imperialismus fortzuführen und nicht durch "vorauseilenden Gehorsam" mit der Strömung des deutschen Chauvinismus und Revanchismus zu schwimmen.

> ***Heute jedoch, nachdem die Einverleibung der DDR und Westberlins durchgesetzt und die Herrschaft der deutschen Imperialisten über ganz Deutschland gefestigt ist, muß den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen und von der Perspektive einer proletarischen Revolution in ganz Deutschland ausgegangen werden.***

Die wesentlich verschiedene Lage in Westdeutschland und der DDR mit getrennten Staatsapparaten bzw. in Westberlin mit entscheidenden Besonderheiten bezüglich des Militärapparats als Hauptkomponente des Staatsapparates, existiert nicht mehr. Wesentliche Unterschiede in dieser Hinsicht bestanden auch noch nach der staatlich-juristischen Angliederung der DDR. Vor allem waren noch über eine halbe Million Soldaten des russischen Imperialismus auf dem Boden der Ex-DDR stationiert, die aufgrund der instabilen und verworrenen Lage, der teilweise bürgerkriegsähnlichen Situation in der ehemaligen Sowjetunion einen unberechenbaren Störfaktor für die revanchistische Übernahme der DDR darstellten. Es bestand durchaus die Möglichkeit, daß durch einen Putsch in der ehemaligen Sowjetunion eine andere Clique die Oberhand gewinnt und gegen die Einverleibung der DDR als ihrem früheren Machtbereich auf Konfrontationskurs geht. Mit dem Abzug der Truppen des russischen Imperialismus und der Festigung des Staatsapparats des deutschen Imperialismus im weiteren Prozeß der Einverleibung sind diese Faktoren und Unterschiede jedoch heute beseitigt.

☆ ☆ ☆

Der Kampf gegen die Folgen der Einverleibung ist nicht zu Ende, er muß fortgeführt und mit aller Kraft unterstützt werden. Solche Tageskämpfe richten sich gegen die reale Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen in der Ex-DDR, die Bevormundung und allseitige Vereinnahmung durch den Staatsapparat der deutschen Imperialisten. Die monatelange Betriebsbesetzung in Bischofferode und andere Aktionen haben deutlich gemacht, daß es nicht nur um die unmittelbaren ökonomischen Forderungen, wie den Erhalt der Arbeitsplätze, geht, sondern um mehr.

Es handelt sich nicht allein um die Folgen der Einverleibung, sondern um die gesamte Einverleibungspolitik des deutschen Imperialismus. Auch wenn wir sagen, daß die deutschen Imperialisten heute die

Flugblätter von "Gegen die Strömung" gegen die Einverleibung der DDR und Westberlins

- ***November 1989: Der west/deutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!***
- ***Februar 1990: Westberlin ist kein Teil der Bundesrepublik!***
- ***März 1990: Gegen die Einverleibung der DDR!***
- ***Oktober 1990: 3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen? Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!***
- ***März 1991: Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!***
- ***Oktober 1992: Die Raubgeschäfte der Treuhand und die Ausbeuterphrasen der west/deutschen Bourgeoisie***
- ***August 1993: Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der Ex-DDR unterstützen!***
- ***November 1993: Der west/deutsche Imperialismus tritt in der Pose des Siegers des Zweiten Weltkrieges auf!***

Die Offensive gegen den "freundlichen Revisionismus" der PDS eröffnen!

Mit dem Bankrott der revisionistischen Regimes in Osteuropa ist nicht der moderne Revisionismus als opportunistische, dem wissenschaftlichen Kommunismus feindliche Ideologie zusammengebrochen oder gar verschwunden. Der moderne Revisionismus ist keinesfalls bankrott oder tot, er wechselt gegenwärtig nur seine Form und sein Gesicht. In der Gestalt der PDS verbreitet er als "freundlicher Revisionismus" seine parlamentaristischen Illusionen, seinen Reformismus, seinen "demokratischen Sozialismus" als antistalinistische "umweltverträgliche" Alternative. Die PDS präsentiert sich als Alternative in doppelter Hinsicht: sowohl gegenüber der bankrotten revisionistischen SED, die sie nicht wirklich analysiert, sondern deren Geschichte sie umgeht oder verfälscht, aber vor allem auch gegenüber der tatsächlichen Diktatur des Proletariats zur Zeit Lenins und Stalins und zu den wirklich revolutionären Kommunisten, die sie diffamiert und beschimpft, um sich als sogenannte "echte Demokraten" an die herrschende Klasse anzubiedern!

Die PDS versucht, sich den Werktätigen besonders in der ehemaligen DDR anzudienen, die unter den Folgen der Einverleibung am meisten zu leiden haben. Dabei wendet sie sich nicht gegen die revanchistische Einverleibung als solche, sondern tritt für die Illusion einer "gleichberechtigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten" (Wahlprogramm der PDS 1994) ein und stellt sich damit als die "bessere Wiedervereinigerin" vor. Diese Partei war es auch, die die DDR schließlich in kapitulantenhafter Manier für den west/deutschen Imperialismus "übergabereif" machte. Für die PDS steht außer Frage, daß sie sich auf den Boden des Grundgesetzes des westdeutschen Revanchismus stellt und trotz aller antikapitalistischen Phrasen die kapitalistische Gesellschaftsordnung im Grundsatz akzeptiert und verteidigt. Nicht zuletzt ihre schleimige Anbiederung an die SPD macht dies deutlich.

Die Gefährlichkeit dieser in Lug und Betrug erfahrenen Revisionisten, von denen die meisten ihre politische Ausbildung in der alten Honecker-SED erhalten haben, liegt auch darin, daß sie - anders als die DKP oder früher die SEW-Revisionisten - eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf fortschrittliche und antifaschistische Kräfte ausüben und versucht, sich in der linken Jugendbewegung eine Massenbasis zu schaffen. Unterstützt werden sie dabei von diversen pseudomarxistischen Gruppen wie BWK, "Arbeiterbund", "Arbeiterkampf" etc., aber auch von der DKP, die die PDS bei linken, sich noch an der Revolution orientierenden Kräften salonfähig machen wollen. Die PDS ist nicht ohne Erfolg darum bemüht, solche Kräfte zu desorientieren, sie aufzusaugen und ideologisch an das parlamentarisch-kapitalistische System zu binden.

Die PDS-Revisionisten müssen als Verfälscher der Grundideen des Kommunismus und der sozialistischen Revolution eine zentrale Zielscheibe des ideologischen Kampfes sein und auch ihre Manöver und politischen Kniefälle vor der herrschenden Klasse müssen vor den Antifaschisten und Revolutionären konkret entlarvt werden.

Theoretische und geschichtliche Argumente gegen einseitige Festlegungen des Arbeitsgebietes einer Kommunistischen Partei

"Eine Nation - eine Kommunistische Partei"?
"Ein Staat - eine Kommunistische Partei"?

"Gegen die Strömung" hat seit ihrer Gründung 1974 das chauvinistisch-nationalistische Konzept mancher sich "Marxisten-Leninisten" nennender Gruppen (wie etwa die MLPD und ihre Vorläuferorganisationen) bekämpft. Ganz bewußt haben wir *unser Arbeitsgebiet für den Aufbau der Kommunistischen Partei auf Westdeutschland* begrenzt. Warum?

Unserer Meinung nach hat die Teilung der deutschen Nation nicht zur Existenz zweier Nationen geführt. ***Die in diesem Rahmen entscheidende Frage*** für das Arbeitsgebiet beim Aufbau der Kommunistischen Partei ist aber nicht die nationale Frage, sondern die Frage der Staatsmacht.

Daher war es seinerzeit auch völlig richtig, daß nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland geteilt wurde und sich in den verschiedenen Teilen *Deutschlands verschiedene Bedingungen herauskristallisierten*, die KPD, die SED und die SEW als drei Parteien in einer Nation kämpften.

Die Formel "Eine Nation - eine Kommunistische Partei" widerspricht auch völlig der Linie und Politik Lenins, Stalins und der Bolschewiki, die unter den Bedingungen des zaristischen Rußlands in der Epoche des Imperialismus ***eine*** Kommunistische Partei aufbauten, die mehrere Nationen und Nationalitäten umfaßte, um den zaristischen Staatsapparat allseitig bekämpfen und zerschlagen zu können.

Diese entscheidenden geschichtlichen Erfahrungen zeigen, daß die Beantwortung der Frage nach dem Arbeitsgebiet, damals wie heute, die Ablehnung jeglicher nationalistischer Parteikonzepte beinhaltet.

Im Kampf gegen die nationalistische Formel "Eine Nation - eine Kommunistische Partei" haben wir *herausgestellt, daß die Hauptfrage jeder Revolution* die Frage der Staatsmacht ist. Daraus darf umgekehrt jedoch nicht schematisch die Formel gefolgert werden: "Ein Staat - eine Kommunistische Partei". In bestimmten Situationen bedeutet dies eine Unterstützung der Politik gegenüber den vom "eigenen" Imperialismus einverleibten Nationen und Völkern.

Zum Beispiel: Bei einer Einverleibung Österreichs durch den deutschen Imperialismus würde es trotz ***eines*** Staatsapparates in Deutschland und Österreich nach wie vor zwei Arbeitsgebiete zur Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution geben, also auch zwei Kommunistische Parteien. Dem entspricht auch die historische Erfahrung, daß nach der Okkupation Österreichs 1938 durch den deutschen Imperialismus die KPÖ den eigenständigen Kampf in ihrem Arbeitsgebiet fortführte und sich nicht mit der KPD vereinigte.

Aus unserer Analyse 1974 folgerten wir, daß eine eigenständige militärische, politische und ökonomische Entwicklung in der damaligen revisionistischen DDR unter den Verhältnissen der Anwesenheit sozialimperialistischer sowjetischer Truppen unbedingt eine eigene Partei, eine eigene proletarische Revolution in diesem Gebiet erforderlich machte. Westberlin lag auf dem Territorium der damaligen DDR und konnte sowieso nicht Westdeutschland "zugeschlagen" werden.

Das Arbeitsgebiet war für uns somit eindeutig Westdeutschland. Hier galt es eine eigenständige Kommunistische Partei aufzubauen und eine eigenständige proletarische Revolution vorzubereiten.

Heute, 1994, existiert auf dem Territorium einer Nation ein Staatsapparat, so daß die Perspektive nur der Aufbau einer einheitlichen Kommunistischen Partei in diesem Land, in Deutschland, sein kann.

Ex-DDR fest in ihren Krallen haben, heißt das nicht, daß die Einverleibung nicht mehr bekämpft werden muß. Kämpfe gegen die Einverleibung müssen wir unabhängig von ihren Erfolgsaussichten unterstützen, denn sie sind objektiv Kämpfe gegen fortdauerndes Unrecht, gegen den revanchistischen Vormarsch des deutschen Imperialismus. Allerdings müssen wir in jedem Fall deutlich machen, daß sich die Bedingungen geändert haben und davon ausgegangen werden muß, daß die Einverleibung letztlich nur durch die proletarische Revolution zu bekämpfen ist. Wer gegen die Einverleibung angeht, hat direkt den "gesamtdeutschen" Staatsapparat gegen sich.

Unsere Aufgabe ist es, die Kämpfe, die sich gegen die Einverleibung und ihre Folgen richten, als Anknüpfungspunkt für die Entlarvung der deutschen Imperialisten und vor allem als Hebel für die Propagierung und Vorbereitung der proletarischen Revolution zu nutzen. In diesen Kämpfen spielen die existierenden Unterschiede im Bewußtsein der Werktätigen der ehemaligen DDR aufgrund der fast fünf Jahrzehnte unterschiedlicher Geschichte und Erfahrungen eine wichtige Rolle. Diese sind auch deshalb zu berücksichtigen, weil die Kommunisten und Kommunistinnen bei der Propaganda für den Sturz des kapitalistischen Systems als letztendlich einzigem Ausweg aus Krisen, Massenarbeitslosigkeit, Faschisierung und revanchistischer Kriegstreiberei an den konkreten Erfahrungen der Werktätigen mit diesem System ansetzen müssen.

Nur die Vernichtung des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution kann seine verbrecherischen Pläne, nicht nur sämtliche verlorenen Gebiete wiederzuerlangen, sondern auch neue Territorien und Einflußsphären zu erobern und im imperialistischen Krieg gegen die anderen Großmächte die Weltherrschaft anzustreben, wirklich durchkreuzen.

Zielscheibe der proletarischen Revolution ist der deutsche Imperialismus. Dieser steht der Arbeiterklasse in ganz Deutschland als Hauptfeind gegenüber, der in der proletarischen Revolution gestürzt, dessen Staatsapparat im Bürgerkrieg vor allem durch die Arbeiterklasse zerschlagen werden muß.

Die Perspektive für die Arbeiterklasse und andere Werktätige, um die Übel des Imperialismus zu beseitigen, ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, der allerdings nichts mit den verlogenen pseudosozialistischen Verhältnissen der DDR zu tun hat, sondern ***gegen*** diese Erfahrung auf der Basis sozialistischer Demokratie erfolgen muß.

Unsere Haltung zum Aufbau der Kommunistischen Partei

Der Aufbau einer gemeinsamen Kommunistischen Partei, mit dem Ziel die proletarische Revolution in ganz Deutschland durchzuführen, kann nicht nur einfach aus der Aufnahme von marxistisch-leninistischen Kräften aus der Ex-DDR und Westberlin in die westdeutsche Organisation bestehen, sondern muß dort, wo es Ansätze von kommunistischer Organisierung oder kommunistische Organisationen gibt, ein solidarischer Prozeß der Diskussion und ideologischen Auseinandersetzung sein. Die Partei muß in den verschiedenen Teilbereichen mit den Kadern, die dort arbeiten und leben, aufgebaut werden. Als Vorstufe der gemeinsamen Organisierung kann es verschiedene Formen der Zusammenarbeit geben, die den Stand der ideologischen Einheit berücksichtigen.

Gegen mögliche Gefahren der Bevormundung oder Einverleibung muß eine gleichberechtigte Debatte mit den revolutionären und sich am Kommunismus orientierenden bzw. kommunistischen Kräften der ehemaligen DDR und Westberlins entfaltet werden. Diese Debatte muß geführt werden über die Linie der Revolution, über die ideologischen Aufgaben des Kampfes zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus und andere opportunistische Strömungen, über die Besonderheiten der Geschichte und der Aufgaben in den jeweiligen Teilbereichen. Das ist der Weg, um über die ideologische Einheit zur organisatorischen Einheit zu gelangen und den jeweils maximalen Beitrag zum Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland zu leisten.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax-Nr.: 069/730920

- Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
- Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
- Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

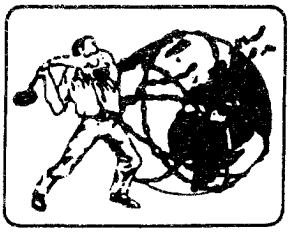
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

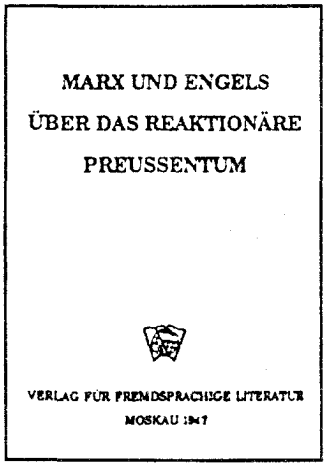
11/95 November 1995

Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr

Die deutschen Imperialisten feiern mit "Helm ab zum Gebet" und "Großem Zapfenstreich" die 40jährige Existenz der kriegstreiberischen Bundeswehr. Hunderte von "Festakten" und "Rekrutenvereidigungen" werden im ganzen Land - von Bonn über Wadern bis nach Bamberg - organisiert. Ganz bewußt und provozierend wird das ganze Arsenal der Tradition des deutschen Militarismus eingesetzt. So richtig und nötig die Pfiffe der Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die vom polizeistaatlichen Terror bedroht und eingeschnürt werden, auch sind: Der aktuelle und zukünftige Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr muß sich wesentlich weitergehende Ziele setzen, muß wesentlich weitergehende Formen annehmen.

O Ein Bereich ist mit Sicherheit die noch weitgehend auf demokratischer Ebene durchzuführende ***Aufklärung über die historische Kontinuität*** der Bundeswehr mit dem deutschen Militarismus.

Dabei steht an erster Stelle die Aufklärung über die vielfältige Kontinuität der Bundeswehr mit der Nazi-Wehrmacht. Die Benennung von Kasernen nach angeblich "verlorenen Ostgebieten" oder Nazi-Generälen bei gleichzeitiger fortwährender Diffamierung der Deserteure, denen bis heute in den meisten Fällen jegliche Rehabilitierung und Entschädigung verweigert wird, sind nur zwei Seiten derselben Medaille. Ganz offen stellt sich die heutige Bundeswehr auch ideologisch in die Tradition der Nazi-Wehrmacht, übernimmt "Liedgut" selbst von SS-Mördern und in den "Truppen-Büchereien" der Bundeswehr finden sich Machwerke von Autoren vom Schlage eines Grimm "Volk ohne Raum" oder Ahlfen "Der Kampf um Schlesien" (Siehe Reader "Kriegsverbrechen der frühen Bundeswehrgeneralität - Beteiligung am nationalsozialistischen Massenmord", Asta Mainz 1995, S. 52).



Aber auch die geschichtsfälschende Verklärung des preußischen Militarismus in den Kriegen um 1812, die Huldigungen an den preußischen Untertanengeist und Kadavergehorsam, die Vertuschung der Mordpolitik des deutschen Militärs gegen die unterdrückten Völker in Kolonialkriegen in Afrika und ihre verbrecherische Rolle im ersten Weltkrieg sind unerläßliche Bereiche der Aufklärung gegen den deutschen Militarismus, der heute in Gestalt der Bundeswehr immer dreister vor allem Jugendliche militaristisch indoktriniert.

O Ein zweiter Bereich betrifft die etwas schwierigere, aber gleichzeitig noch notwendigere Aufgabe der möglichst ***konkreten Aufklärung*** über die unter "humanistischem" Deckmantel ***aktuell durchgeführten Einsätze*** der Bundeswehr als Instrument des deutschen Imperialismus von Somalia, Kambodscha bis zum Kriegseinsatz in Ex-Jugoslawien. Eine besondere Rolle spielt dabei gegenwärtig die Entlarvung des Tricks der deutschen Imperialisten, sich hinter der "UNO-Flagge" zu verstecken.

Aber bei aller noch so nötigen Aufklärung als Kampfmittel zur Entlarvung der Rolle der Bundeswehr als mörderisches Instrument des deutschen Imperialismus, kann schließlich, wie Marx schrieb, ***"die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen"***.

Und hier sind wir bei einem Bereich angelangt, der wesentlich größere Schwierigkeiten aufwirft, selbst wenn der militante Widerstand gegen den deutschen Militarismus in Gestalt der Bundeswehr zunächst lediglich aus berechtigter demokratisch-radikaler Empörung gegen die Mordtaten des deutschen Militarismus, die Bombardierung Ex-Jugoslawiens usw. erfolgt.

Was sollen die antimilitaristisch eingestellten Soldaten *innerhalb des Bundeswehr tun*? Was ist die Aufgabe der militanten antimilitaristischen Bewegung außerhalb der Bundeswehr?

Es ist hier nicht der Platz, auf alle möglichen Formen des Kampfes und des Widerstandes einzugehen. Aktionen können phantasievoll sein, die Kämpfe können verschiedenste Formen annehmen. Von ganz besonderer Bedeutung ist, daß solche Aktionen ***bekanntgemacht*** werden, daß sie gut ***begründet*** werden und daß wir uns solchen Aktionen gegenüber ***solidarisch*** verhalten, auch wenn uns dieses oder jenes Detail vielleicht einmal nicht richtig erscheint. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Widerstand auf verschiedenen Ebenen zusammenwirken kann:

Es ist nicht jedermanns Sache, bewußt in die Bundeswehr zu gehen, um dort durch Agitation und Propaganda den deutschen Militarismus systematisch und planmäßig anzugreifen.

Wenn ein Soldat aus moralischer Empörung einen Befehl verweigert oder gar desertiert, dann kann ein solcher Akt des Widerstandes kaum hoch genug eingeschätzt werden. Solche Formen des antimilitaristischen Protestes gilt es zu publizieren und als vorbildlich zu propagieren. Dennoch werden die die Kommunisten innerhalb der Armee natürlich versuchen, ein breitverzweigtes illegales System von gut informierten und kampfbereiten Kadern innerhalb der imperialistischen Armee langfristig aufzubauen, um so den Interessen des proletarischen Internationalismus und der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution im eigenen Land maximal dienen zu können.

Nur bei oberflächlicher Betrachtungsweise ist es scheinbar ein Widerspruch, daß revolutionäre und kommunistische Kräfte selbstverständlich sogenannte "Totalverweigerer" in ihrem Kampf gegen den deutschen Militarismus mit allen Kräfte unterstützen, während kommunistische Kader den Kampf nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Bundeswehr aufnehmen.

Über die Notwendigkeit des Kampfes innerhalb der Bundeswehr

Die Aufgaben der kommunistischen Kader innerhalb der Bundeswehr sind vielfältig:

Selbstverständlich kann die Kenntnis militärischer Operationen von großer Bedeutung sein, insbesondere wenn die Bundeswehr gegen revolutionäre Befreiungsbewegungen, etwa gegen die kurdische Befreiungsbewegung eingesetzt wird.

Neben diesem nicht zu unterschätzenden Faktor ist es von wesentlicher Bedeutung, die einfachen Soldaten ***gegen*** die Verbrechen der Bundeswehr zu mobilisieren. Dabei können - grob analysiert - folgende Situationen unterschieden werden:

- Aktionen einzelner Soldaten, die lieber desertieren, als sich mörderischen Befehlen zu unterwerfen.
- Aktionen, bei der sich ganze Truppenteile mörderischen Befehlen widersetzen.
- Aktionen, die an einen aufstandsähnlichen Charakter herankommen, sich jedoch ein begrenztes Teilziel setzen.
- Aktionen, die direkt oder indirekt mit Kampfaktionen von "außen" gegen die Armee verbun-

den sind, den Aufstand der Arbeiterklasse und die bewaffnete proletarische Revolution unterstützen.

Kommunistische Agitation und Propaganda, Aktionen innerhalb der imperialistischen Armee sind notwendig und wichtig, sind gerade auch im Bewußtsein der hohen personellen und technischen Überlegenheit des Gegners von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Und nicht zuletzt hängt vom Grade der Festigkeit der Armee und ihrem Zustand auch der Grad der Festigkeit des Staatsapparates als Ganzes ab. Dabei gilt es aber die ganz besonders gefährliche Illusionen zu bekämpfen, daß es auch gelingen könnte, den wesentlichen Kernbereich von Elitetruppen und Offizierscorps zu neutralisieren oder sogar zu "überzeugen" und gewinnen. Die imperialistische herrschende Klasse hat genug Mittel und Möglichkeiten, um eine sehr effektive, treu ergebene, blind unterwürfige Meute von charakterlosen Mördern in erheblicher Zahl um sich zu scharen und im Kernbereich der Armee zu konzentrieren. Solche Eliteeinheiten, aber auch andere Truppenteile werden ohne Zögern auf Aufständische und rebellierende Soldaten schießen.

48 Seiten, DM 4.-

Weniger den je kann und wird es gelingen, in diesen Kernbereich wirklich tief einzudringen und eine imperialistische Armee "von innen heraus" unbrauchbar zu machen oder zu neutralisieren.

Die Geschichte des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus in allen Ländern, insbesondere aber in den imperialistischen Kernländern, zeigt, daß die antimilitaristischen und revolutionären Kräfte innerhalb einer imperialistischen, reaktionären Armee bei aller nötigen und erfolgreichen Arbeit nie ausreichten für einen wirklich effektiven Kampf. Aus der Analyse der Erfahrungen des Moskauer Aufstandes während der ersten russischen Revolution 1905 folgerte Lenin:

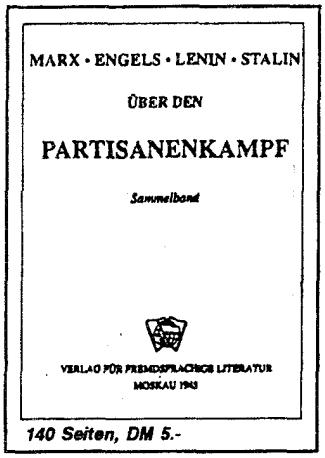
> **"Wir haben einige geistige 'Bearbeitung' der Truppen begonnen und werden sie noch beharrlicher betreiben. Aber wir werden traurige Pedanten sein, wenn wir vergessen, daß im Augenblick des Aufstandes auch ein physischer Kampf um die Truppen erforderlich ist."**
> (Lenin, "Die Lehren des Moskauer Aufstandes, 1906, Lenin Werke 11, S.160. Siehe auch: "Marx-Engels-Lenin-Stalin über den Partisanenkampf", Moskau 1945, S. 116. Nachdruck von "Gegen die Strömung")

Der Kampf außerhalb der Bundeswehr gegen die Bundeswehr

Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die langfristige und grundlegende Perspektive der Zerschlagung der imperialistischen Armee untrennbar verbundenen ist mit der Frage : Wer soll das tun? Wer kann das tun? Es heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß der Hauptteil der Arbeit zur Zerschlagung der Armee nur von der Bürgerkriegsarmee des Proletariats geleistet werden kann:

> **"Nicht Passivität müssen wir propagieren, nicht ein einfaches Darauf 'warten', daß die Truppen 'übergehen' - nein, wir müssen die Trommel rühren und die Massen davon überzeugen, daß es notwendig ist, kühn anzugreifen und mit den Waffen in der Hand die Regierungstruppen zu überfallen, daß es notwendig ist, hierbei die höheren Vorgesetzten zu vernichten und den allertatkräftigsten Kampf um die schwankenden Truppen zu führen."**
> (ebenda S.162 bzw. S. 117)

Für die Kommunistische Partei bedeutet dies sowohl das Studium und die Auswertung der Erfahrungen bewaffneter Kämpfe und Aufstände des internationalen Proletariats, die Auswertung der Erfahrungen beispielsweise der Roten Garden der russischen Bolschewiki zur Vorbereitung und Durchführung des Oktoberaufstandes, auch der Erfahrungen der von der KPD Thälmanns geführten Proletarischen Hundertschaften usw. Es bedeutet zugleich, Kurs auf die Ausbildung eigener militärisch geschulter Kader innerhalb und außerhalb der imperialistischen Armee zu nehmen, um die Perspektive der Mobilisierung der Mehrheit der Arbeiterklasse des Landes für die sozialistische Revolution unmittelbar mit der Schaffung militärischer Kräfte der sozialistischen Mehrheit der Arbeiterklasse zu verbinden, Keime einer eigenen proletarischen Armee in der Vorbereitung und Durchführung des Bürgerkriegs gegen den deutschen Imperialismus aufzubauen.



140 Seiten, DM 5.-

Alles nur graue Theorie? Leere Zukunftsmusik?

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, wieweit für jeden einzelnen die Perspektive der sozialistischen Revolution - unabhängig von konkreten Zeiträumen - die einzig wirklich tiefgehende, radikale und überzeugende Perspektive ist.

Gerade heute, in Zeiten des Rückgangs militanter Aktionen der revolutionären Kräfte und des scheinbar ungehinderten Vormarsches des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus halten wir es für angebracht, an die Worte Friedrich Engels zu erinnern, dessen Todestag sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährt. In verschiedenen Schriften hat Engels immer wieder betont, daß trotz zunehmender Schwierigkeiten des Straßenkampfes und des Barrikadenkampfes der Sieg der sozialistischen Revolution auf das engste damit verbunden ist, daß die kommunistischen Kräfte keinerlei Illusionen in die Legalität haben, daß sie wissen, daß der Kampf innerhalb und außerhalb einer reaktionäre Armee zusammengenommen reale Möglichkeiten bietet im Bürgerkrieg, um die verhaßte bürgerliche Armee als Hauptkomponente des Statsapparates zu zerschlagen, um der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie den Weg zu bereiten. Die Maxime von Friedrich Engels für den bewaffneten Aufstand als Kunst war :

> **"Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht fest entschlossen ist, alle Konsequenzen des Spiels auf sich zu nehmen. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Werte sich jeden Tag ändern können; die Kräfte des Gegners habe alle Vorteile der Organisation, der Disziplin und der hergebrachten Autorität auf ihrer Seite; kann man ihnen nicht mit starker Überlegenheit entgegentreten, so ist man geschlagen und vernichtet. Zweitens, hat man einmal den Weg des Aufstandes bestritten, so handle man mit der größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstandes; er ist verloren, noch bevor er sich mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche deinen Gegner, solange seine Kräfte zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch noch so kleine Erfolge, erhalte dir das moralische Übergewicht, das der Anfangserfolg der Erhebung dir verschafft hat; ziehe so die schwankenden Elemente auf deine Seite, die immer dem stärksten Antrieb folgen und sich immer auf die sicherere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, noch ehe sie ihre Kräfte gegen dich sammeln können; um mit den worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktitk, zu sprechen: de l'audace, de l'audace, encore de l'audace! (Kühnheit, Kühnheit, und abermals Kühnheit!)."**
> (Engels, "Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 1851/52, Marx/Engels Werke Band 8, S. 95. Siehe auch: Marx-Engels-Lenin-Stalin über den Partisanenkampf, S. 43, Nachdruck von "Gegen die Strömung")

Unabhängig von den vielfältigen Modifikationen, die diese Grundregel in verschiedenen historischen Situationen erfahren hat, bleibt sie doch in vielfacher Hinsicht ein Fanal und eine Richtschnur im Kampf, um radikal-demokratische Kämpfe innerhalb und außerhalb der Bundeswehr schließlich einzubinden und überzuleiten in die eigentliche Aufgaben der Kommunistischen Kräfte im Bürgerkrieg des Proletariats: Die Durchführung der tiefgehenden sozialistischen Revolution im Kampf für die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie, im Kampf für den Kommunismus Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder.

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4,
60327 Frankfurt/Main
Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr,
Samstag 10 - 13 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Kritik am Flugblatt
"Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr" (11/95)

"Hat mir gefallen, das Flugblatt. Folgende Anmerkungen zu dieser Passage im Flugblatt:

> *"... der deutsche Militarismus, der heute in Gestalt der Bundeswehr immer dreister vor allem Jugendliche militärisch indoktriniert. " (5.1 Mitte)*

Bei meiner Kritik geht es um folgende Punkte:

- Ist die vorherrschende Methode "immer **dreister**" in der militärischen Indoktrination **oder** "immer geschickter"?

- Werden "vor allem Jugendliche militärisch indoktriniert"? Es kommt so heraus in diesem Absatz, daß der Erfolg so eindeutig ist— dagegen spricht der **Anstieg der Wehrdienstverweigerung!** . . .

... Trotzdem ist auch weiter zu beachten, daß die Verweigerungsrate eher steigt als fällt. Dies ist ein kleiner aber nicht zu unterschätzender Punkt!

In bezug auf Ex-Jugoslawien sind die Propagandisten immer auch behutsam und vor allem **scheibchenweise** (also nicht "immer dreister") vorgegangen. Aus dem Ablenkungsmanöver "UN-Aktionen mit Bundeswehr — aber auf keinen Fall in Jugoslawien" (vor allem wegen der historischen Erfahrung) wurde allmählich immer stärker das neue Ablenkungsmanöver "nur humanitär - aber keine Kampfeinsätze" und nun heute: "Frieden bewahren/schaffen - gegebenenfalls auch durch Kampfeinsätze".

Propagandistisch brauchten sie diese ideologischen Verrenkungs- und Ablenkungsmanöver, auch gerade nach den Erfahrungen der Antikriegsbewegung zur Golfkriegszeit. Auch heute noch brauchen sie die ideologische Krücke von "Frieden schaffen/bewahren" - auch heute sagen sie, daß dies (noch) alles auf freiwilliger Basis sein soll, der Einsatz der Soldaten, der Wehrpflichtigen. Sie wollen (heute, in der Propaganda) auch vor allem **bewußte** Überzeugungstäter als Kriegssoldaten - zur Zeit nicht "vor allem immer dreister militärisch indoktrinierte Jugendliche".

Diesen Prozeß des Betrugs, der systematischen Propaganda der Irreführung **(noch** brauchen sie es) hätte man viel stärker im Flugblatt aufwerfen und anprangern müssen anhand ihrer Propagandasprüche. Dies fehlt. Diese Art von imperialistischer Militärpropaganda wird von GDS unterschätzt.

Die andere Palette wird von der Bundeswehr gemacht bzw. bereitgehalten - vom Kadavergehorsam bis zu Listen zur Liquidierung der "Wehrkraftzersetzer".

Sie gehen eher noch "behutsam" und nicht "immer dreister militärisch indoktrinierend" vor. Zum Teil ist die behutsame Art viel gefährlicher, weil sie auch tiefer geht (vor allem auch dann, wenn die Grünen-Pazifisten bis hin zu Opportunisten diese behutsame ideologische Bearbeitung positiv unterstützen ...

Antwort auf die Kritik

Hallo, lieber Flugblatt-Kritiker,

danke für Deinen ausführlichen Kommentar zum Bundeswehr-Flugblatt vom Ende vergangenen Jahres (11/95).

> *"...der deutsche Militarismus, der heute in Gestalt der Bundeswehr immer dreister vor allem Jugendliche militaristisch indoktriniert. " (S. 1 Mitte)*

Du meinst, der Betrug, die Raffinesse dieser militaristischen Indoktrination seien im Flugblatt zu kurz gekommen, und schlußfolgerst, daß diese Aktivitäten nicht als "immer dreister" sondern stattdessen als "immer *geschickter"* gekennzeichnet werden müssen.

Ich denke, es ist nicht richtig, dies beides gegnüberzustellen. Die Dreistigkeit wollten wir in diesem Flugblatt herausstellen angesichts öffentlicher Gelöbnisse gleich an Dutzenden von Orten zum "Jubiläum der Bundeswehr". Ansonsten wendet sich das Flugblatt an diejenigen, die bereit sind, aktiv gegen den Militarismus vorzugehen und schon begriffen haben, daß das unter Aussparung der Bundeswehr nicht geht, aber nicht richtig wissen, wie sie diesen Kampf führen sollen. Damit beschäftigt sich ja dann der größte Teil des Flugblattes anhand von Zitaten aus der Broschüre *"Über den Partisanenkampf'*

... Ich glaube nicht, daß die Steigerung der Kriegsdienstverweigerungsrate ein Beleg dafür sein kann, daß die militaristische Propaganda der deutschen Bourgeoisie angeblich "eher nicht 'immer dreister'" sei. Diese Propaganda arbeitet doch immer auf mehreren Ebenen, neben der grobschlächtigen, faschistischen, die feinnervige, pazifistischräsonnierende über die Schlechtigkeit von Gewalt. Bei aller scheibchenweisen Vorgehensweise fällt doch gerade in letzter Zeit auf, wie offen und unverhohlen Politiker/innen von praktisch *allen* Parteien sich zu deutschem Militarismus und Krieg bekennen.

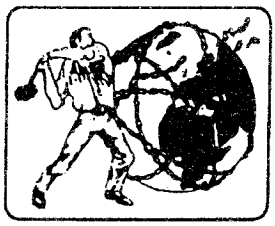
Und nicht zuletzt: Bei der Bundeswehr selber gibt es zwar mehr als genug Raffinessen und Heimtücke, um die Soldaten bei der Stange zu halten. Aber herrscht nicht gerade dort, der Kasernenhofton, die nackte Unterdrückung, um Duckmäusertum und "gesundes Kriegsmaterial" zu produzieren?

Du merkst, daß ich mit Deiner Gegenüberstellung von "dreist" und "geschickt" nicht einverstanden bin und hier Deine Kritik nicht teile.

Vielleicht machst Du Dir auch weiterhin die Mühe, unsere Flugblätter kritisch zu kommentieren? Wir wären Dir dafür dankbar.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

12/95 Dezember 1995

> **"Die Morgenröte einer neuen und besseren Gesellschaft steigt für die unterdrückten Klassen aller Länder leuchtend empor. Und überall schließen die Unterdrückten ihre Reihen; überall reichen sie sich über die verschiedenen Sprachen hinweg die Hand. Es formiert sich das Heer des internationalen Proletariats..."**
> (Engels, "Gruß an die Arbeiter Siziliens", 1894, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 447)

Zum 100. Todestag von F. Engels:

Friedrich Engels - revolutionärer Kämpfer für den wissenschaftlichen Kommunismus

Vor 100 Jahren starb Friedrich Engels. Wäre es nach ihm gegangen, müßten wir heute die Aktualität der Lehren über die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes des Proletariats für die sozialistische Revolution nicht so sehr hervorheben - das Thema wäre heute erledigt. Wäre es nach ihm gegangen, könnten wir im Zusammenhang mit der Praxis des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus seine Schriften und die seines Kampfgefährten Karl Marx mit anderem Schwerpunkt studieren. Doch die Geschichte "ging nicht nach ihm". Sie hat ihre eigenen Gesetze, Windungen und Wendungen und richtet sich nicht nach den Wünschen einzelner Personen, wie gerade Friedrich Engels nachdrücklich hervorhob.

Die 100 jährige Geschichte seit dem Tod von Friedrich Engels sind eine Geschichte großer Niederlagen, ungeheurer Erfolge, weiterer Niederlagen, weiterer Erfolge und Niederlagen. Zweifelsfrei befinden wir uns seit Jahrzehnten in einer Zeitspanne eines extremen Niedergangs der weltweiten wirklich kommunistischen Kräfte. Gerade diese geschichtliche Realität erfordert allerdings besonders eindringlich, vor allem für die systematische Arbeit des Aufbaus der Kommunistischen Partei gegen diverse Spielarten des Opportunismus und des modernen Revisionismus, Engels' überragende revolutionäre Leistung bei der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Kommunismus hervorzuheben.

Fest an der Seite der Arbeiterklasse

Das Proletariat lernte Engels in England kennen, in Manchester, dem Zentrum der englischen Industrie. Er durchwanderte die Arbeiterviertel und sah mit eigenen Augen ihr Elend und ihre Not. Doch vor allem stellte Engels als erster fest, daß das Proletariat nicht nur eine leidende Klasse ist, sondern gleichzeitig Träger der kommenden sozialistischen Revolution sein wird. Dabei nahm er dem Proletariat gegenüber, insbesondere in Deutschland unter noch nicht sehr klassenkämpferischen Bedingungen, keineswegs eine unkritische Haltung ein:

> **"Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird."**
> (Engels/Marx, "Die heilige Familie", 1845, Marx/Engels Werke, Band 2, S. 38, Hervorhebungen im Original)

Proletarischer Internationalist

Als proletarischer Internationalist stellte Engels fest, daß nur das Proletariat im Kampf für den Kommunismus den Nationalismus und die Feindschaft zwischen den Nationen beseitigen kann und muß. So entlarvte er bereits 1845 die verlogenen Phrasen der Bourgeoisie von "Völkerverständigung und ewigem Frieden" unter dem Banner der "europäischen Republik" und der Handelsfreiheit. Unterdessen, so Engels:

> **"... fangen die Proletarier aller Nationen, ohne viel Wesens davon zu machen, schon an, unter dem Banner der kommunistischen Demokratie *wirklich zu fraternisieren* ... Die Proletarier ... haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, einen und denselben Kampf vor sich."**
> (Engels, "Das Fest der Nationen in London", 1845, Marx/Engels Werke Band 2, S. 614)

Engels sah diese "Fraternisierung" der Nationen allerdings nicht als automatisches Ergebnis der Kämpfe und Revolutionen in den einzelnen Ländern, sondern betonte immer, daß dafür enorme Anstrengungen unternommen, große Aufgaben und Verpflichtungen erfüllt werden müssen. Die Niederschlagung der polnischen aufständischen Bauern durch die preußische Armee vor Augen formulierte er die für das Proletariat der Unterdrückernationen bedeutungsvolle Erkenntnis:

> **"Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andre Nationen zu unterdrücken."**
> (Engels, "Rede über Polen", 1847, Marx/Engels Werke, Band 4, S. 417)

Sein Freund Marx ergänzte 1870:

> **"Das Volk, das ein anderes Volk unterjocht, schmiedet seine eigenen Ketten."**
> (Marx, "Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz", 1870, Marx/Engels Werke, Band 16, S. 389)

Mit tiefer Solidarität verfolgten Engels und Marx die Befreiungskämpfe der national und kolonial unterdrückten Völker von Irland bis Indien. "Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird", schrieb Marx 1866 (Siehe Marx/Engels Werke, Band 31, S.536) im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen den rassistischen Südstaaten in der USA gegen die Nordstaaten und Engels unterstützte diesen Standpunkt.

Bis heute ist uneingeschränkt gültig und besonders angesichts der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazi-Faschismus doppelt und dreifach zu unterstreichen, was Engels diesbezüglich über Deutschland festgestellt hat:

> **"Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrükkung gegen alle anderen Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie wirklich revolutioniert ist."**
> (Engels, "Der Prager Aufstand", 1848, Marx/Engels Werke, Band 5, S. 81)

In diesem Zusammenhang legte Friedrich Engels grundlegend die proletarisch-internationalistische Linie zur Frage der Notwendigkeit von Reparationen und der Wiedergutmachung im Kampf für die siegreiche sozialistische Revolution dar, gerade auch was die Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der deutschen Imperialisten angeht:

> **"Nun aber steht hinter dem offiziellen Deutschland das sozialistische Deutschland, die Partei, der die Zukunft, die nahe Zukunft des Landes gehört. Sobald diese Partei an die Herrschaft kommt, kann sie diese weder ausüben noch festhalten, ohne die Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen, die ihre Amtsvorgänger gegen andre Nationen begangen haben."**
> (Engels, "Der Sozialismus in Deutschland", 1891-92, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 253)

Dieses Flugblatt wird im Zuge engerer Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht

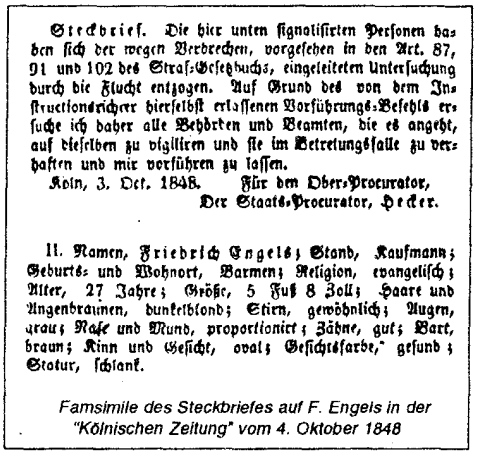
Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich! *(Siehe beiliegendes Plakat)*

Engels wußte, daß Nationalismus und Chauvinismus jede proletarische Bewegung ruinieren, wenn dieses Gift nicht unerbittlich bekämpft wird. Als sich die sozialistische Bewegung in Deutschland kräftig entwickelte und auch international eine hoch angesehene Stellung erwarb, warnte er deshalb eindringlich vor jedem Aufkommen nationaler Überheblichkeit und nationalen Dünkels:

> **"Vor allem aber gilt es, sich den echt internationalistischen Sinn zu wahren, der keinen patriotischen Chauvinismus aufkommen läßt, und der jeden neuen Schritt in der proletarischen Bewegung mit Freuden begrüßt, einerlei von welcher Nation er ausgeht."**
> (Engels, Vorbemerkung zu "Der deutsche Bauernkrieg", 1874, Marx/Engels Werke, Band 18, S. 517)

Schließlich war Engels in seinen letzten Lebensjahren auch mit dem zunehmendem Antisemitismus konfrontiert, der selbst in der sozialistischen Arbeiterbewegung Fuß zu fassen drohte. Engels wandte sich kategorisch gegen die damals sogar in einer Resolution der deutschen Sozialdemokratie vertretene These, die antisemitische "antikapitalistische" Phraseologie als eine Art ersten Schritt oder Brücke zu einer wirklich antikapitalistischen Haltung zu beschönigen. Der Antisemitismus, so Engels dagegen, dient

> **"nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel ... und damit können wir nichts zu schaffen haben."**
> (Engels, "Über den Antisemitismus", 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)



Steckbrief. Die hier unten signalisirten Personen haben sich der wegen Verbrechen, vorgesehen in den Art. 87, 91 und 102 des Straf-Gesetzbuchs, eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht entzogen. Auf Grund des von dem Instructionsrichter hierselbst erlassenen Vorführungs-Befehls ersuche ich daher alle Behörden und Beamten, die es angeht, auf dieselben zu vigiliren und sie im Betretungsfalle zu verhaften und mir vorführen zu lassen.

Köln, 3. Oct. 1848. Für den Ober-Procurator,
Der Staats-Procurator, Hecker.

N. Namen, Friedrich Engels; Stand, Kaufmann; Geburts- und Wohnort, Barmen; Religion, evangelisch; Alter, 27 Jahre; Größe, 5 Fuß 8 Zoll; Haare und Augenbrauen, dunkelblond; Stirn, gewöhnlich; Augen, grau; Nase und Mund, proportionirt; Zähne, gut; Bart, braun; Kinn und Gesicht, oval; Gesichtsfarbe, gesund; Statur, schlank.

Famsimile des Steckbriefes auf F. Engels in der "Kölnischen Zeitung" vom 4. Oktober 1848

Proletarischer Revolutionär und Fachmann des Proletariats für den bewaffneten Aufstand

Engels, der sich in der Revolution von 1848 auch unmittelbar an den bewaffneten Kämpfen gegen die Reaktion beteiligte, verfaßte eine Fülle bedeutender militärtheoretischer und militärstrategischer Arbeiten, was ihm auch den Spitznamen "General" eintrug. Lenin bezeichnete Engels zurecht als den *"großen Kenner dieser Sache"*, von dem alle Revolutionäre die für den Sieg des bewaffneten Aufstands und des revolutionären Kriegs nötigen militärischen Kenntnisse zu lernen haben (vgl. Lenin Werke, Band 8, S.68). Mit vernichtendem Sarkasmus überschüttete Engels all jene Schwätzer, die im Befreiungskampf des Proletariats die militärischen Fragen des Aufstands mißachten und nicht im grundlegenden Zusammenhang mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats sehen:

> **"Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen."**
> (Engels, "Von der Autorität", 1872/73, Marx/Engels Werke, Band 18, S. 308)

Der bewaffnete Kampf ist eine ***besondere***, die höchste Form des revolutionären Kampfes. Er ist besonderen, gründlich zu durchdenkenden Gesetzen unterworfen. In diesem Sinne schrieb Engels, daß der bewaffnete Aufstand des Proletariats eine "Kunst" ist genau wie der Krieg. Engels formulierte als grundlegende Prinzipien für den bewaffneten Aufstand:

> ***"Erstens* darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht fest entschlossen ist, alle Konsequenzen des Spiels auf sich zu nehmen. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Werte sich jeden Tag ändern können; die Kräfte des Gegners haben alle Vorteile der Organisation, der Disziplin und der hergebrachten Autorität auf ihrer Seite; kann man ihnen nicht mit starker Überlegenheit entgegentreten, so ist man geschlagen und vernichtet. *Zweitens*, hat man einmal den Weg des Aufstands beschritten, so handle man mit der größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands; er ist verloren, noch bevor er sich mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche deinen Gegner, solange seine Kräfte zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch noch so kleine Erfolge; erhalte dir das moralische Übergewicht, das der Anfangserfolg der Erhebung dir verschafft hat; ziehe so die schwankenden Elemente auf deine Seite, die immer dem stärksten Antrieb folgen und sich immer auf die sichere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, noch ehe sie ihre Kräfte gegen dich sammeln können; um mit den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik, zu sprechen: de l'audace, de l'audace, encore de l'audace! (Kühnheit, Kühnheit, und abermals Kühnheit!)."**
> (Engels, "Der Aufstand", 1852, Marx/Engels Werke, Band 8, S. 95)

In verschiedenen Schriften hat Engels immer wieder betont, daß trotz zunehmender Schwierigkeiten des Straßen- und des Barrikadenkampfes der Sieg der sozialistischen Revolution auf das engste damit verbunden ist, diese Leitsätze anhand der historischen Erfahrungen zu studieren und zu verstehen, um sie konsequent auf die Bedingungen für die bewaffnete Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates im jeweiligen Land anzuwenden. In seiner berühmten, von Revisionisten wie Kautsky nicht zufällig nur verstümmelt veröffentlichten und 1891 verfaßten "Einleitung" zur Marxschen Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich" von 1871 gibt Engels einen Rückblick auf über 40 Jahre Geschichte der Arbeiterbewegung seit der Revolution 1848 und der Pariser Kommune. Er betonte angesichts der erfolgreichen Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus die ***Notwendigkeit, daß zukünftig der Barrikadenkampf, der bewaffnete Kampf auch in Deutschland unter veränderten Bedingungen wieder auf den Plan treten wird und bewies, daß aus der modernen Bewaffnung der bürgerlichen Armee und Polizei keineswegs die Unmöglichkeit des siegreichen bewaffneten Aufstands gefolgert werden kann.***

Friedrich Engels hatte nicht nur genaue Kenntnis der Änderungen in der Bewaffnung der herrschenden Klasse und der Änderungen in der Organisation ihrer Armee, er kannte sich auch genaustens in diversen Kriegen zwischen den Staatsmächten der damaligen Zeit aus. Eine der bemerkenswertesten Stellen ist darunter ohne Zweifel seine geradezu verblüffend klare Vorhersage des vom preußisch-junkerlich-imperialistischen Deutschland ausgelösten Ersten Weltkrieges sowie der Bedingungen für die siegreiche Oktoberrevolution:

> **"Endlich ist kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; ... Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit; derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat ist absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse."**
> (Engels, "Einleitung zu Borkheims 'Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten'", 1887, Marx/Engels Werke, Band 21, S. 350 f.)

Und in der Tat wurden diese Bedingungen 1917 in einem Land, nämlich Rußland, für die Durchführung der Oktoberrevolution unter Führung Lenins und Stalins genützt.

Garant für die Sicherung des wissenschaftlichen Lebenswerkes von Karl Marx und seine systematische Verbreitung

Der Briefwechsel von Marx und Engels über "Das Kapital" ist ein eindrucksvoller Beweis ihrer theoretischen Zusammenarbeit und der Hilfestellung von Engels an Marx, bezeugt aber auch, wie sehr sich Engels in jeder Hinsicht - auch materiell - dafür einsetzte, daß Marx endlich sein Hauptwerk "Das Kapital" fertigstellen konnte. Denn für Engels war völlig klar:

> **"Solange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt gibt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre wie das vorliegende."**
> (Engels, "Rezension des Ersten Bandes 'Das Kapital' für das 'Demokratische Wochenblatt'", 1868, Marx/Engels Werke, Band 16, S. 235)

Zu Lebzeiten von Marx war lediglich der Band I von Marx' Hauptwerk "Das Kapital" erschienen. Marx starb, ohne es vollenden zu können. Im Rohentwurf war es jedoch schon fertig. Und nun machte sich Engels nach dem Tode seines Freundes und Genossen an die schwere Arbeit, Band II und III des "Kapitals" zu bearbeiten und zu veröffentlichen. 1883 begann die Arbeit an der Handschrift von Marx zu Band II und III des "Kapitals". Engels "entziffer-

Wichtige Werke von Friedrich Engels

Aus der riesigen Fülle von Büchern, Broschüren, Briefen und anderen Schriften von Engels sowie auch der grundlegenden Schriften des Kommunismus, die Engels zusammen mit Marx verfaßt hat - hier ist vor allem das ***"Manifest der Kommunistischen Partei"*** zu nennen - wollen wir hier einige seiner grundlegenden Werke vorstellen.

■ ***"Die Lage der Arbeiterklasse in England"*** von 1845 (Siehe MEW Band 2) ist, wie Lenin betont hat, eine furchtbare Anklage gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie, eine auch später nicht mehr übertroffene eindrucksvolle und wahrheitsgetreue Schilderung der Notlage der Arbeiterklasse, zugleich ein Beweis der schon damals bei Engels vorhandenen Überzeugung, daß das Proletariat zum Totengräber des Kapitalismus werden wird.

■ In seinem Werk ***"Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)"*** von 1878 (Siehe MEW Band 20), das zunächst in 38 Folgen im "Vorwärts" veröffentlicht wurde, verteidigt und entwickelt Engels in beißender Polemik gegen den theoretisch hochstapelnden Professor Eugen Dühring auf den Gebieten der Philosophie, der Naturwissenschaften, der Geschichte und der politischen Ökonomie die Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus - ein unverzichtbares Werk für die Schulung, für den theoretischen und ideologischen Kampf gegen pseudowissenschaftliche antikommunistische Angriffe gerade auch heute. Lenin bezeichnete es als ein wahres "Handbuch jedes klassenbewußten Arbeiters" (Siehe Lenin Werke, Band 19, S.4)

■ ***"Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft"*** von 1880 (Siehe MEW Band 19) ist eine Zusammenfassung wichtiger Passagen aus dem "Anti-Dühring" und, wie es Marx in einer Vorbemerkung 1880 einschätzte, eine "Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus". Darin greift Engels auch den zuerst von dem utopischen Sozialisten Fourier ausgesprochenen Grundgedanken auf, "daß in einer gegebnen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist." (MEW Band 19, S. 196)

■ In der ***"Dialektik der Natur"*** von 1883 (Siehe MEW Band 20) entwickelt Engels vor allem den dialektischen Materialismus gegen die bürgerlichen Verdrehungen und Spekulationen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften. Eine bahnbrechende Rolle für den historischen Materialismus ist darin der Abschnitt über den "Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen", der unter diesem Titel auch als Einzelschrift veröffentlicht wurde.

■ In seinem Werk ***"Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats"*** von 1884 (Siehe MEW Band 21) weist Engels den Zusammenhang nach zwischen der Entstehung der Klassenteilung in Unterdrückende und Unterdrückte, in Ausbeuter und Ausgebeutete, zwischen der Entstehung des Staates als Werkzeug der herrschenden Klasse und der beginnenden Unterdrückung der Frauen. Das Studium dieser Schrift, das Wissen um diese historischen Zusammenhänge und Entwicklungen erleichtert auch heute die wissenschaftliche Überzeugung, daß es möglich sein wird, auf der Basis des radikalen Brechens mit allen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen und allen Ideologien, die diese Verhältnisse zementieren helfen, auf einer höheren Stufe der geschichtlichen Entwicklung gesellschaftliche Verhältnisse entstehen zu lassen, in denen die Klassenunterschiede beseitigt werden, und auch die Unterdrückung der Frauen, wie jede andere Unterdrückung, endgültig der Geschichte angehören wird.

■ In ***"Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"*** von 1884 (Siehe MEW Band 21) faßt Engels - auch selbstkritisch gegenüber seiner eigenen Entwicklung - grundlegend zusammen, welche Bedeutung die umfassende Auseinandersetzung, Verwertung und Abrechnung mit der Philosophie Hegels und Feuerbachs für die Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus hatte.

Es ist unmöglich, alle Schriften von Engels aufzuzählen, die für das Studium unverzichtbar sind. Erwähnt seien nur noch seine Schrift ***"Zur Wohnungsfrage"*** (MEW Band 18) sowie seine zahlreichen Schriften zur Gesschichte der Klassenkämpfe in Deutschland wie ***"Der deutsche Bauernkrieg"*** (Siehe MEW Band 7) und ***"Revolution und Konterrevolution in Deutschland"*** (Siehe MEW Band 8).

te" den Orginaltext und bearbeitete ihn ganz im Sinne von Marx. Lenin schrieb später in genauer Kenntnis der Arbeit von Engels an Band II und III:

> **"In der Tat, diese beiden Bände des 'Kapitals' sind das Werk von zweien: von Marx und Engels."**
> (Lenin, "Friedrich Engels", 1896, Lenin Werke, Band 2, S. 12)

In der theoretischen Arbeit und im ideologischen Kampf hatte sich zu Lebzeiten von Marx zwischen den beiden eine vielfach unterschätzte Art Arbeitsteilung entwickelt, die sich sehr bewährte:

> **"Marx arbeitete an der Untersuchung der komplizierten Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Engels beleuchtete in außerordentlich flüssig geschriebenen, oft polemischen Arbeiten die allgemeinsten wissenschaftlichen Fragen und die verschiedensten Erscheinungen der Vergangenheit und Gegenwart im Geiste der materialistischen Geschichtsauffassung und der ökonomischen Theorie von Marx."**
> (Lenin, "Friedrich Engels", 1896, Lenin Werke, Band 2, S. 11)

Zur zentralen Frage der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen den Revisionismus beim Aufbau der Partei der Arbeiterklasse

Vier Jahre vor seinem Tod bestand Friedrich Engels angesichts des in der deutschen Sozialdemokratie um sich greifenden Opportunismus unnachgiebig darauf, die seit 15 Jahren in den Schubladen der SPD-Führung unter Verschluß gehaltenen Kritiken am "Gothaer Programm" zu veröffentlichen. Es war sein Verdienst, daß es gegen massive Widerstände in der Parteiführung gelang, diese harte Kritik an der Vertuschung der Gegensätze des Kapitalismus zu verbreiten und die Idee der Diktatur des Proletariats als einer ganzen zwischen Kapitalismus und Kommunismus liegenden Epoche breit publik zu machen, die Argumente für diese Diktatur, die Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus als grundlegende reale Perspektive der sozialistischen Revolution umfassend darzulegen. Engels' wuchtige, gegen die Revisionisten gerichteten Worte zur Einleitung des "Bürgerkrieges in Frankreich" lauten:

> **"Der sozialdemokratische* Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats."**
> (Engels' Einleitung zur Marx-Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich", 1890, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1972, S. 17 f.)

Engels beschrieb nicht nur das Wesen eines jeglichen Staates als "eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere" (Siehe ebenda, S. 17) und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, sondern machte eben deutlich, daß die maximale Entwicklung der proletarischen Demokratie und die maximale Stärkung der proletarischen Staatsmacht schließlich dazu führen wird, daß im Kommunismus der Staat überhaupt abstirbt. Diesen Hinweis gab er,

> **"... weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosopie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat."**
> (ebenda, S. 17)

Engels erkannte die Gefahr des Opportunismus und Revisionismus innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in der Zeitspanne von 1880 - 1894. Als er den ersten Entwurf des "Erfurter Programms" zu Gesicht bekam, schrieb er an Kautsky, daß er es für notwendig halte,

> **"auf den friedfertigen Opportunismus des 'Vorwärts' und das frisch-fromm-fröhlich-freie 'Hineinwachsen' der alten Sauerei 'in die sozialistische Gesellschaft' loszuhauen."**
> (Engels an K. Kautsky am 29.6.91, Marx/Engels Werke, Band 38, S. 125)

In seiner von der Führung der deutschen Sozialdemokratie erst 1901 veröffentlichten "Kritik des Erfurter Programms" von 1891 charakterisierte Engels treffend einen Wesenspunkt des Opportunismus:

> **"Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart willen mag 'ehrlich' gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der 'ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen."**
> (Engels, "Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891", 1891, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 234 f.)

In zahlreichen Schriften hob Engels die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse für den Sieg der sozialistischen Revolution hervor, die, geleitet von der revolutionären Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, ihre Ziele klar vor Augen haben, offen aussprechen und an diesen unter allen Umständen festhalten. Dazu benötigt sie ein genau formuliertes Programm:

> **"Eine neue Partei muß ein bestimmtes positives Programm haben, ein Programm, des-**

* Wir zitieren hier nach der in der Handschrift von Engels gebrauchten Formulierung. Die Redaktion der "Neuen Zeit" hatte daraus "deutscher Philister" gemacht. Engels mißbilligte diese eigenmächtige Änderung. In den "MEW" des Dietz-Verlags wird ebenfalls die Formulierung "deutscher Philister" übernommen, wobei die deutschen Revisionisten der SED 1963 nur in einer Anmerkung darauf verwiesen haben, daß die deutsche Sozialdemokratie aus "sozialdemokratische Philister" einfach "deutsche Philister" gemacht hatte (Vgl. MEW 22, S.199 und 588).

sen Einzelheiten wechseln mögen mit den Umständen und mit der Entwicklung der Partei selbst, aber immerhin ein Programm, worüber die Partei in jedem gegebenen Augenblick einig ist. Solange dieses Programm noch nicht herausgearbeitet ist, solange wird auch die Partei nur als Keim existieren; sie mag lokale Existenz haben, aber keine nationale; sie mag eine Partei sein ihrer Bestimmung nach, aber noch nicht in der Wirklichkeit."
(Engels, "Die Arbeiterbewegung in Amerika", 1887, Marx/Engels Werke, Band 21, S. 337)

Und was die Taktik der Partei angeht, so lehnte Engels die von den Oppertunisten der deutschen Sozialdemokratie mit Verweis auf das Bismarcksche "Sozialistengesetz" propagierte Leisetreterei entschieden ab:

"Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln: So böse war's nicht gemeint; - wie noch so viele tun. Wiederhauen muß man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück."
(Brief von Engels an E. Bernstein, 18.1.1883, Marx/Engels Werke, Band 23, S. 425)

"Engels war nicht unfehlbar ... aber da muß man ganz anders herangehen." (Lenin)

Es wäre selbstverständlich völlig unmarxistisch, davon auszugehen, daß ein an so herausragender Stelle kämpfender Genosse wie Engels, der von seiner Jugend als revolutionärer Demokrat bis hin zu seiner Entwicklung zum Kommunisten und Lehrmeister des internationalen Proletariats an so vielen Fronten des Klassenkampfes gekämpft hat, keine Fehler gemacht habe.

Ebensowenig wie Marx, Lenin oder Stalin hat sich Engels als unfehlbar betrachtet und natürlich auch nie von anderen eine solche Haltung ihm gegenüber verlangt. Die Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus üben in ihren Werken, wenn nötig, Selbstkritik und gehen auch gegenseitig kritisch auf die Werke ihrer großen Mitkämpfer bzw. Vorgänger ein.

So kommt Engels 1892, mehr als vier Jahrzehnte später, im Vorwort zur 2. deutschen Ausgabe seines Buches "Lage der arbeitenden Klasse in England" selbstkritisch darauf zurück, daß dieses Werk zu einer Zeit geschrieben wurde, als der wissenschaftliche Kommunismus noch nicht existierte und dieses Buch noch gewisse "Spuren der Abstammung" von einem der Vorfahren des modernen Sozialismus, der deutschen klassischen Philosophie enthält, so z.B. den Fehler, pauschal von der "Befreiung der ganzen Menschheit" zu reden, ohne klarzustellen, daß dies nur das Proletariat in einem erbitterten Klassenkampf gegen den Widerstand der Bourgeoisie erreichen kann (vgl. Marx/Engels Werke, Band 22, S. 321).

Ebenso bemerkte Engels im historischen Rückblick auf die Ergebnisse der Revolution von 1848 in Frankreich, daß er und Marx zunächst eine falsche Einschätzung hatten, als sie von einem schnellen Umschlagen dieser Revolution in eine vom Proletariat geführte Revolution ausgingen:

"Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben."
(Engels' Einleitung zu Marx-Schrift "Die Klassenkämpfe in Frankreich", 1895, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 515)

Die Feststellung, daß Engels eben nicht "unfehlbar" war, ist jedoch noch lange kein Freibrief für leichtfertige Kritik. Man muß schon wissen, wovon man spricht. Schon Lenin stellte z.B. zu der Schrift von F. Engels "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" fest:

"Es ist eines der grundlegenden Werke des modernen Sozialismus, worin man zu jedem Satz vertrauen haben, worin man sich darauf verlassen kann, daß kein einziger Satz aufs Geratewohl ausgesprochen, daß jeder auf der Grundlage eines riesigen historischen und politischen Materials niedergeschrieben ist."
(Lenin, "Über den Staat", 1919, Lenin Werke, Band 29, S. 463)

Natürlich läßt sich das nicht für alle Schriften der Klassiker - also auch Engels sagen - wohl aber für die grundlegenden Schriften, die er verfaßt hat, als er bereits zusammen mit Marx die Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus erarbeitet hatte. Dabei gilt es selbstverständlich, auch diese Werke kritisch zu studieren, ist doch der wissenschaftliche Kommunismus selbst seinem Wesen nach kritisch und revolutionär. Lenin schrieb über leichtfertige Engels-Kritiker:

"Ich habe in meinem Leben allzuoft mit angesehen, daß Engels unüberlegt des Opportunismus bezichtigt wurde, und verhalte mich äußerst mißtrauisch dagegen: Versuchen Sie nämlich erst mal zu beweisen, daß Engels unrecht hatte. Das können Sie nicht! ...

Nein, nein. Engels ist nicht unfehlbar. Marx ist nicht unfehlbar. Aber um ihre 'Fehler' nachzuweisen, muß man anders zu Werke gehen, wirklich ganz anders. So aber haben Sie tausendmal unrecht."
(Lenin in einem Brief an Ines Armand, nachdem diese Engels des Opportunismus in der Frage des Generalstreiks bezichtigt hatte. Siehe Lenin Werke, Band 35, S. 243)

Engels - Vorbild für revolutionäre Kommunistinnen und Kommunisten heute

In seinem Nachruf auf Friedrich Engels weist Lenin auf ein weit über die konkrete Biographie von Engels (wie auch von Marx) hinausgehendes Merkmal hin:

"Sie waren beide aus Demokraten zu Sozialisten geworden, und das demokratische Gefühl des Hasses gegen politische Willkür war bei ihnen außerordentlich stark. Dieses unmittelbare politische Gefühl, gepaart mit tiefem theoretischen Verständnis für den Zusammenhang zwischen politischer Willkür und wirtschaftlicher Unterdrückung sowie ihre reichen Lebenserfahrungen machten Marx und Engels gerade in politischer Hinsicht außerordentlich feinfühlig."
(Lenin, "Friedrich Engels", 1896, Lenin Werke, Band 2, S. 13)

Heute gibt es in Deutschland Leute, die sich "Kommunisten" nennen, in Wirklichkeit aber noch nicht einmal Demokraten sind, feige, gefühllos und mit pseudolinken Ausreden dem tagtäglich nötigen Kampf gegen politische Unterdrückung, Rassismus und Chauvinismus aus dem Weg gehen.

Gerade hier in Deutschland mit seiner verfluchten spießbürgerlichen Tradition, der weit verbreiteten und tiefsitzenden "unpolitischen" Gleichgültigkeit gegenüber den Verbrechen des mörderischen deutschen Imperialismus, muß um so mehr betont werden: Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen gerade auch in dieser Hinsicht von Engels lernen. Sie müssen als Kämpferinnen und Kämpfer für den Sieg der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats über alle Ausbeuter und Reaktionäre, des Sozialismus und Kommunismus und diesem Ziel untergeordnet auch in allen demokratischen Kämpfen vorangehen. Sie müssen alle Tagekämpfe, alle notwendigen demokratischen Kämpfe vorantreiben, radikal an die Wurzel gehen und dabei vor allem die sozialistische Revolution als übergeordnet und zentral begreifen und danach handeln.

☆☆☆

Kommen wir auf den Anfang zurück: Auch hundert Jahre nach dem Tode von Friedrich Engels herrscht weltweit das kapitalistische bzw. imperialistische Ausbeutungssystem. Nach den großen errungenen Siegen, allem voran den Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland 1917, mußte die kommunistische Weltbewegung durch den revisionistischen Verrat der ehemals ruhmreichen Kommunistischen Parteien der Sowjetunion, aber auch Chinas, Albaniens usw., ungeheure Niederlagen einstecken. Die Bourgeoisie schüttet ihren Hohn und Spott über die dadurch angeblich theoretisch und praktisch widerlegten Engels und Marx aus.

Doch wer z.B. Engels' Schrift "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" studiert, wird unschwer feststellen, daß sich buchstäblich alles, was er über die Gesetzmäßigkeiten und unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus schrieb, in der heutigen Realität vollauf und in steigendem Maße bestätigt hat und daß folglich auch alle seine Schlußfolgerungen über die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und Kommunismus unverminderte Gültigkeit besitzen. Wie Engels dort schreibt, scheidet der Mensch erst damit - in gewissem Sinne - endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche.

"Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats."
(Engels, "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", 1880, Marx/Engels Werke, Band 19, S. 228)

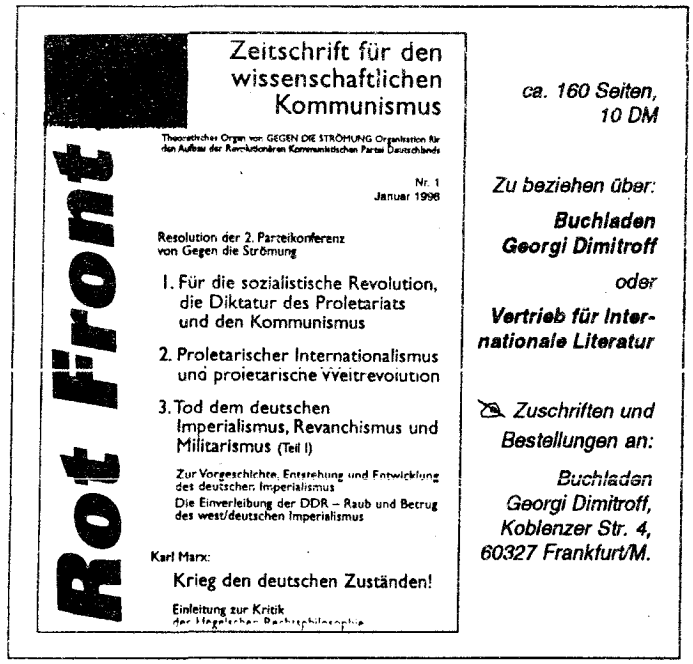
☆☆☆

Das Buchladen-Kollektiv Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M. wünscht allen Genossinnen und Genossen ein kämpferisches 1996!

ÖFFNUNGSZEITEN:
Mitttwoch - Freitag: 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag: 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag: geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: K. Klimkeit, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

Neuerscheinung



1.

Mit Heft 1 von ROT FRONT legt die Redaktion ein zunächst halbjährlich erscheinendes theoretisches Organ vor, das sich als grundlegende Aufgabe stellt, den wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren.

Aus gutem Grund enthält diese erste Nummer programmatische Dokumente im Kampf um den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland: Von vornherein soll klar sein, daß der Kampf für den wissenschaftlichen Kommunismus kein Selbstzweck ist, sondern dem Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei dienen muß.

Unter dem Titel "Krieg den deutschen Zuständen!" erscheint in diesem Heft auch die Schrift von Karl Marx, die im Original den heute nicht sehr attraktiven Titel hat: "Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie". In dieser ersten Kriegserklärung an die "deutschen Zustände" gibt Karl Marx schon sehr früh, vier Jahre vor dem Erscheinen des "Manifestes der Kommunistischen Partei" einen gedrängten Abriß der revolutionären Perspektive in Deutschland mit vielen hochinteressanten und hochaktuellen Einschätzungen. Wir haben redaktionelle Zwischenüberschriften und Hervorhebungen vorgenommen, um den Text pointierter zur Diskussion zu stellen.

Die abgedruckten Dokumente wurden auf der 2. Parteikonferenz gemeinsam von Genossinnen und Genossen der Organisationen "Gegen die Strömung", "Westberliner Kommunist" und "Radikal brechen" diskutiert und beschlossen. Auf dieser Grundlage haben sich die genannten Organisationen zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen.

☆ Der Zusammenschluß von GDS und WBK ist das Ergebnis einer 20jährigen Zusammenarbeit und die Folge der Entwicklung Deutschlands zu einem einheitlichen imperialistischen Staat. Er wurde gründlich diskutiert und vorbereitet.

☆ Anders ist es mit dem besonders erfreulichen Beitritt der jungen Genossinnen und Genossen um die Zeitschrift "Radikal brechen". Durch langjährige eigenständige Arbeit und intensive Diskussionen entstand eine Zusammenarbeit, die logisch im Zusammenschluß beider Organisationen auf klarer programmatischer Grundlage endete.

Die Resolutionen der Parteikonferenz von "Gegen die Strömung" stellen unsere gemeinsamen programmatischen Grundlagen dar.

2.

Diese Nummer enthält nach den beiden Resolutionen ***"Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus"*** und ***"Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution"*** auch Teil I der Resolution ***"Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus - grundlegende Aufgaben im Kampf für die sozialistische Revolution in Deutschland"*** als drittes programmatisches Dokument.

In diesem ersten Teil der Resolution werden zunächst geschichtliche Besonderheiten des deutschen Imperialismus analysiert und erklärt.

Dieser Teil schließt mit der Analyse der Einverleibung der DDR und der daraus resultierenden Notwendigkeit des Aufbaus einer Kommunistischen Partei in Deutschland.

In Heft 2 werden dann die aus den Besonderheiten des deutschen Imperialismus resultierenden besonderen, unerläßlichen Aufgaben des demokratischen Kampfes konfrontiert mit den wesentlichen Prinzipien der sozialistischen Revolution: den Fragen der Hegemonie des Proletariats, der nötigen Unterordnung der demokratischen unter die sozialistischen Kämpfe und der systematischen Vorbereitung des Bürgerkrieges, als grundlegender Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland.

In Heft 3 schließlich wird die Resolution ***"Über die Notwendigkeit und den Aufbau der Kommunistischen Partei"*** mit Schwerpunkt auf Fragen des innerparteilichen Kampfes abgedruckt werden.

Ab Heft 4 wird ROT FRONT der Situation des ideologischen Kampfes entsprechend grundlegende Texte des wissenschaftlichen Kommunismus veröffentlichen und kommentieren sowie vor allem auch durch eigene Artikel und wissenschaftliche Arbeiten einen kontinuierlichen und systematischen Kampf für die Propagierung des wissenschaftlichen Kommunismus führen - gegen alle Formen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere den Pseudokommunismus des modernen Revisionismus.

3.

Das Organ ROT FRONT soll und wird auch eine Tribüne solidarischer Debatten und Diskussionen sein. Die Angst vor der Debatte ist ein Wesensmerkmal aller Pseudomarxisten. Ein öffentliches Forum für solidarische Debatten ist um so wichtiger, da die weiterhin monatlich erscheinenden Flugblätter von "Gegen die Strömung" meist politische Stellungnahmen enthalten und oft keine Gelegenheit für gründliche schriftliche Debatten bieten können.

Die Rolle eines Forums für solidarische Debatten und den ideologischen Kampf überhaupt kann ROT FRONT um so besser spielen, als ein häufigeres Erscheinen garantiert ist. Es wird von uns nach einer Anlaufphase ein vierteljährliches Erscheinen angestrebt, um besser in aktuelle ideologische Auseinandersetzungen eingreifen zu können.

☆☆☆

Das letzte Wort bei einer solchen, dem Aufbau der Kommunistischen Partei verpflichteten Zeitschrift hat nur scheinbar die Redaktion. In Wirklichkeit haben ihre Leserinnen und Leser das letzte Wort. Sie entscheiden - gerade auch durch Briefe, Anregungen und eigene Beiträge, ob ein lebendiges und vorantreibendes Organ entsteht oder nicht. So sind die Leserinnen und Leser von ROT FRONT aufgerufen, diese Zeitschrift wirklich als ihre Zeitschrift zu betrachten und mit allen Mitteln zu unterstützen.

Redaktion ROT FRONT, Januar 1996

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildestr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Zu einem Kritikpapier am Flugblatt

"Zum 100. Todestag von F. Engels: Friedrich Engels - revolutionärer Kämpfer für den wissenschaftlichen Kommunismus" (12/95)

Im folgenden drucken wir eine (verspätete) Antwort auf eine ausführliche Kritik eines Genossen am GDS-Flugblatt ab. Im Rahmen von ausführlichen Anmerkungen, bei denen es um "Kleinigkeiten, Ungenauigkeiten, Vereinfachungen" ging, - die wir hier nicht gesondert abdrucken, die aber bei Interesse bei der Redaktion angefordert werden können - gab es daneben auch einige wichtige Kritikpunkte, auf die unbedingt geantwortet werden muß und die wir hier zusammenfassend darstellen und in der Antwort wiedergeben.

1.

An verschiedenen Stellen wurde mit Recht die unsaubere Methode des Zitierens kritisiert, die offensichtlich auch alles Korrekturlesen vor der endgültigen Drucklegung des Flugblattes "überstanden hat":

Unser Leser kritisiert in einer ganzen Liste falsche, unsaubere, schlampig redigierte Zitate:

S..1 Im Kästchen auf der Titelseite ist die Zitatquelle nicht korrekt: Aus "Sozialisten" sind "Arbeiter" gemacht worden. Aus "Gruß an die Sozialisten Siziliens" wurde "Gruß an die Arbeiter Siziliens" ...; außerdem falsche Seitenzahl - nicht S.447, sondern Seite 477 (MEW, Band 22) ist korrekt.

S.1, letztes Zitat der Seite: letzter Satz ist ein "haben" zu viel. Das Zitat endet also richtig: "...gegen andre Nationen begangen."

S.2, erstes Zitat: Aus "international" wurde "internationalistisch" gemacht. richtig heißt es: "Vor allem aber gilt es, sich den echten internationalen Sinn zu wahren..."

S.2, das lange Zitat in der *mittleren Spalte*: Der korrekte Titel der Schrift aus der zitiert wird lautet: "Revolution und Konterrevolution in Deutschland", in der lediglich ein Abschnitt lautet "Der Aufstand" (Außerdem sind die kursiven Hervorhebungen von *"Erstens"* und *"Zweitens"* nicht von Engels, sondern von den Flugblattverfasser/innen

S.2, das erste Zitat in der *rechten Spalte* beginnt richtig mit "Und", also: "Und endlich ist kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich..."

S.4, erstes Zitat fehlt ein "noch" im Zitat, das richtig heißt: "Solange dieses Programm noch nicht ausgearbeitet ist, solange wird auch die Partei nur noch als Keim existieren;"

S.4, zweites Zitat ist der falsche Band er Marx/Engels Werke angegeben. Das Zitat stammt nicht aus Band 23, sondern aus Band 35, S.425) Weiter wurde hier kritisiert, daß nicht ein Satz weiter zitiert wurde, wo es dann heißt "Dies war unsere Taktik von jeher". Diesen Satz hatte GDS auch auf Plakaten etc., stets mitzitiert.

S.4, erstes Zitat der *mittleren Spalte* fehlt ein "das", so daß es richtig heißt: "Es ist das eines der grundlegenden Werke des modernen Sozialismus..."

S.4, zweites Zitat der mittleren Spalte fehlen zwei Ausrufezeichen am Ende des folgenden Satzes: "Versuchen Sie nämlich erst mal zu beweisen, daß Engels unrecht hatte!!"

Schließlich S. 4, mittlere Spalte, letztes Zitat fehlen die Hervorhebungen Lenins im Zitat, nämlich der Worte "Demokraten", "Hasses", "in politischer Hinsicht"; also hätte das Zitat so aussehen müssen:

"Sie waren beide aus Demokraten zu Sozialisten geworden, und das demokrati-

sche Gefühl des Hasses gegen politische Willkür war bei ihnen außerordentlich stark. Dieses unmittelbare politische Gefühl, gepaart mit tiefem theoretischen Verständnis für den Zusammenhang zwischen politischer Willkür und wirtschaftlicher Unterdrückung sowie ihre reichen Lebenserfahrungen machten Marx und Engels gerade in politischer Hinsicht außerordentlich feinfühlig."

Das Fazit unseres Kritikers:

"Fast in jedem Punkt sind diese Fehler unbedeutend - aber die Fülle sollte zu denken geben - mit der Konsequenz des eigenständigen Kontrolldurchgangs."

Dieser Einschätzung können wir im Hinblick auf diese Liste von Kritiken nur zustimmen. Vielleicht sollten wir an dieser Stelle klarstellen, daß die Texte unserer Flugblätter niemals von einer verantwortlichen Person alleine erstellt werden. es gibt stets mehrere Durchgänge mit Zwischenbesprechungen, Recherchen und Materialsammlung, Sichtung von bereits Vorhandenem, Kritiken der Vorentwürfe — und am Schluß eben das Korrekturlesen.

Daß dabei die Genossinnen und Genossen davon ausgehen, daß die anderen vor ihnen ihre Arbeit verantwortungsbewußt erledigt haben, ist klar; sie dürfen sich aber darauf nicht verlassen, sondern sollten kontrollieren, ob diese Arbeit auch zur Zufriedenheit erledigt wurde. Genau das hat Lenin mit seinem bekannten Wort gemeint, daß Vertrauen gut ist; es muß als Voraussetzung verstanden werden für eine dann nachfolgende Kontrolle, die eben besser ist, der Arbeit erst den nötigen Erfolg bringt.

Genau dieses Leninsche Prinzip wurde beim vorliegenden Flugblatt nicht umgesetzt. Und egal ob die falschen, schlechten, ungenauen Zitate bereits im ersten oder erst in einem der folgenden Entwürfe aufgenommen wurden, bereits das ist ein Fehler, Zitate unkontrolliert in einen Entwurf zu setzen, der dann verschlimmert wird, wenn die Korrektoren nicht die Sorgfalt haben, diese Zitate zu kontrollieren.

2. Weitere Kritikpunkte

Ich will hier nicht auf diverse Vorschläge weiterer Veröffentlichungen zu Friedrich Engels eingehen. Wir beschränken uns auf die eigentlichen Kritikpunkte am Flugblatt:

- S.1 "Fest an der Seite der Arbeiterklasse", 1. Absatz:

"Das Proletariat lernte Engels in England kennen"

Hier fehlt zumindest ein "vor allem" oder ein "besonders"...

Mit diesem Kritikpunkt setzt sich unser Kritiker 4 Seiten lang auseinander. Es geht im Kern um folgendes: Engels kannte Arbeiterinnen und Arbeiter schon aus seiner Heimat in Wuppertal. Vom "Kennenlernen" ist in Flugblatt allerdings im Sinne einer dialektisch-materialistischen Erkenntnis die Rede. Das wird unserer Meinung nach aus dem weiteren Zusammenhang des Absatzes deutlich, in dem nicht nur Bezug genommen wird darauf, daß Manchester damals das "Zentrum der englischen Industrie" war, sondern vor allem darauf eingegangen wird, daß Engels die historische Rolle des Proletariats als "Träger der kommenden sozialistischen Revolution" erkannte. **Stilistisch** kann dieser knappe Absatz über Engels Haltung zum Proletariat sicherlich überarbeitet werden. Eine Klarstellung im Sinne der Beleuchtung der Rolle Englands als das klassisch kapitalistische Land, oder gar im biographischen Sinne, wie Engels das Proletariat in Wuppertal gesehen hat, was ihn nach England gebracht hat, ob das Elend der Arbeiter in Manchester dem der Arbeiter in Wuppertal entsprach, all das hier in diesem ersten Abschnitt des Flugblatts behandeln zu wollen, hätte eindeutig den Rahmen gesprengt.

"Doch vor allem stellte Engels *als erster* fest, daß das Proletariat nicht nur eine leidende Klasse ist, sondern gleichzeitig Träger der kommenden sozialistischen Revolution"

Ob Engels das wirklich als erster (in Kontrast hier wohl zu ... Marx?) feststellte...

halte ich aufgrund des heutigen Erkenntnisstandes für möglich, aber für gewagt, für unklar, für problematisch - vor allem für unnötig, das so groß herauszustellen.

Ich denke, daß diese Kritik nicht lange diskutiert zu werden braucht, auch wenn das bei unserem Kritiker über 6 Seiten geschehen ist. Wir haben durchaus nicht die Absicht, zwischen Marx und Engels in dieser oder in einer anderen Frage einen Keil treiben zu wollen — dabei würden wir scheitern. Also hätten wir hier formulieren können und sollen "gemeinsam mit Marx", denn in der Tat haben sich Marx und Engels gerade in den ersten Jahren sehr intensiv gemeinsam damit auseinandersetzt, was die später die Grundlagen des "Marxismus" werden sollten, unter anderem die Hegemonie des Proletariats in der sozialistischen Revolution.

- "S.1, rechte Spalte

  "Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andre Nationen zu unterdrücken."
  (Engels, "Rede über Polen", 1847, MEW Band 4, S.417)

  Sein Freund Marx *ergänzte* 1870:" (Um diesen Satz geht die Kritik!)

  "Das Volk das ein anderes Volk unterjocht, schmiedet seine eigenen Ketten."

  (Marx "Der Generalrat an den Förderalrat der romanischen Schweiz", 1870, MEW, Band 16, S.389)

  Warum das Wort "ergänzte"? Warum ergänzte Marx 1870, also 23 Jahre später Engels?

  Es kommt für mich so an, daß das Vorherige von Engels nicht 100% richtig ist - oder man es so alleine nicht stehen lassen kann."

Auch hier handelt es sich doch in Wirklichkeit bestenfalls um eine stilistische Kritik. Dabei kann allerdings diskutiert werden, ob hier nicht "Ergänzung" im Sinne einer Hinzufügung verstanden werden muß.

Fazit:

Wir halten es für unbedingt nötig, daß sich unsere Leserinnen und Leser gründlich mit unseren Flugblättern u.a. Publikationen auseinandersetzen, damit eine wirkliche Streitkultur gefördert wird - über richtig und falsch, über grundlegende Fragen des Aufbaus der KP, der proletarischen Revolution und des Kommunismus, über unsere Linie, über aktuelle politische Einschätzungen, etc. Allerdings sollte - gerade bei einer ersten Kritik, wo noch nicht klar ist ob damit nicht offene Türen eingerannt werden, der Kritik rasch zugestimmt werden wird - etwas weniger Mühe und Zeit für die Ausführung jedes Details aufgebracht werden. Vielmehr wird es hilfreich sein für die Kritik und für die Debatte, entsprechend gewichtet nach Kategorien der Kritik auch den Aufwand und den Umfang der Ausführungen, der unterschiedlichsten Argumente und Belege zu berücksichtigen. Bewährt hat sich bei den Debatten über Entwürfe zu den Resolutionen der II. Parteikonferenz folgende Einteilung: Kategorie 1 (Veto), 2 (wichtige Kritiken), 3 (weitere inhaltliche oder Gliederungskritiken) und erst dann 4 (Stil, Daten, u.a. z. B. welche Themenaspekte noch behandelt werden könnten). Wobei auch klar sein sollte, daß es nicht immer ein eindeutige Zuordnung geben kann bzw. gerade über die Bedeutung, das Kaliber der Kritik gestritten werden muß.

* * *

❑ Zum Verhältnis von Vertrauen und Kontrolle in der KP

Kritische Bemerkungen an der Antwort auf die Kritik am "Engels-Flugblatt"

Genosse x. greift in seiner Antwort die Devise auf:

"Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser." (S. 15)

Inwieweit tatsächlich Lenin das so gesagt hat, den Nachweis bleibt er schuldig. Wir sollten mit solchen allgemein gängigen Aussprüchen vorsichtiger umgehen und uns abgrenzen gegen eine Sichtweise, die nicht für die KP Vorbild sein kann: auch jeder Bürgerliche - der meint etwas zu sagen zu haben, führt diesen Ausspruch auf der Lippe und ordnet ihn wie selbstverständlich einfach Lenin zu.

Lenin war sehr für die Kontrolle der Durchführung in der Arbeit. Was aber nicht gleichzusetzen ist, mit der RANGORDNUNG - die dahinter steckt, in dem Sinne: Vertrauen ist ja schön und gut, aber die Kontrolle ist das A und O. Die Kontrolle, "die eben besser ist", wie Genosse x. schreibt. Solidarität, Vertrauen der Genossinnen und Genossen untereinander, einerseits und Kontrolle der Durchführung andererseits sind, sind in der KP voneinander nicht zu trennen und sind grundsätzliche Wesenszüge der Arbeit der KP, des innerparteilichen Kampfes. Es schließt eben gerade nicht aus, daß in konkreten Situationen die eine oder andere Seite mehr zu betonen ist. Das hängt dann eben davon ab, wo im gegebenen Moment, bei dem entsprechenden Kader die Hauptgefahr liegt. Die Debatte über die Kader im Info 1/96 und die Besprechung des Buches des Genossen Jaroslawski (Info 8/96) zeigen dies sehr anschaulich.

Mußte noch beim Entwurf für die ROT FRONT gegen die Vorstellung der Kontrolle als Ausnahme polemisiert werden (im gleichen Info, S. 12 wird dies getan:"Ist das Vertrauen zwischen Genossinnen und Genossen die Regel in der KP und das Mißtrauen/die Kontrolle die Ausnahme?"), so zeigt sich hier, der Vertreter des anderen Flügels, gegen die zu kämpfen ist. Der Genosse y. hat dies in seinem Beitrag zur ROT FRONT 3 auch schon aufgegriffen gehabt und klar gestellt: "Natürlich darf man sich dabei nicht 100% darauf verlassen, mit dem Hintergedanken 'muß ja nicht perfekt sein, wird ja eh' noch kontrolliert und verbessert'".

Und genau dies trifft den Punkt beim Genossen x., wenn er grundsätzlich davon ausgeht,

"erst die Kontrolle bringt der Arbeit den nötigen Erfolg." (S. 15)

Den Erfolg, heißt es und nicht: verbessert die Arbeit, wetzt die Schwächen aus, usw. Die Genossinnen und Genossen, die so herangehen, daß es ja eh noch kontrolliert wird, übernehmen nicht die volle Verantwortung für das-zu-Ende-führen, für das-zum-Abschluß-bringen ihrer Arbeit, sie verlassen sich auf andere. Auf Dauer führt dies dazu, bestimmte Schwächen zu konservieren, zu hüten wie den eigenen Augapfel, denn sie begreifen die Kontrolle der Durchführung nicht als Hilfe, als Unterstützung, als Ergänzung für die eigene Entwicklung, für die Förderung ihrer Stärken und für die Bekämpfung ihrer Schwächen.

Info-Redaktion

"Klassenkämpfe in Frankreich"

- so lautet der Titel einer der bedeutendsten Schriften von Marx über den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Während das Kapital tönt, es habe zumindest in Westeuropa "alles im Griff", also zeigen militanten Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich, daß das keineswegs stimmt.

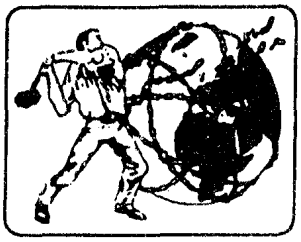
In Paris, in Le Havre, in Bordeaux, in Nantes und vielen anderen Städten und Regionen ... wird militant, internationalistisch und immer radikaler gekämpft.

Unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!

Als Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main, Fax: 069/730920

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/96 Januar 1996

Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!

Während das Kapital tönt, es habe zumindest in Westeuropa "alles im Griff", es habe zumindest hier die notwendige Friedhofsruhe geschaffen, so zeigten doch die militanten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Frankreich, daß das keinesfalls stimmt. In Paris, in Le Havre, Grenoble, Lyon, Nantes, Bordeaux und vielen anderen Städten und Regionen ... wurde militant, internationalistisch und immer radikaler gekämpft. Und nicht nur das. Die seit vier Wochen andauernden Streiks, Demonstrationen und Kämpfe in Frankreich lassen auch erahnen, was passiert, wenn einmal "alle Räder stillstehen", wenn die Arbeiterklasse nicht mehr auf die Abwiegelei und das Sozialpartnerschaftsgeschwätz der Gewerkschaftsfürsten hört.

Begonnen hat alles mit dem Streik der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner am 24. November gegen die "Sanierung", genauer: die geplante Entlassung von 30.000 Eisenbahnern bis zum Jahr 2000. Die Streiks und Demonstrationen griffen immer mehr um sich, Anfang Dezember beteiligten sich auch zunehmend Arbeiterinnen und Arbeiter weiterer Bereiche des öffentlichen Dienstes, z.B. bei der Post, der Telekom, Metros, Stromwerken, dem Flugverkehr, Schulen, Krankenhäusern, Banken, Steuer- und Zollbehörden, aber auch Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Autofirmen, der Druckereibetriebe, Bergarbeiter, Hafenarbeiter usw. Nach und nach begannen die Arbeiterinnen und Arbeiter zeitweilig sogar so wesentliche Kommandohöhen wie den Transport, Radiosender, Elektrizitätsversorgung usw. lahmzulegen.

Es kam zu Demonstrationen in zahllosen Städten, allein am 12. Dezember gingen über 2 Millionen auf der Straße. Die meisten Parolen und Transparente richteten sich gegen den staatlichen "Sozialplan" und wiesen teilweise auf die wahren Gründe der sozialen Mißstände und Kürzungen hin: *"Geld ist da - in den Kassen der Unternehmer!"*. Immigrantinnen und Immigranten, Studentinnen und Studenten. Arbeitslose, Obdachlose und antirassistisch-antifaschistische Gruppen schlossen sich mit eigenen Forderungen den Kämpfen an und beteiligen sich an den landesweiten Demonstrationen. So forderten die Immigrantinnen und Immigranten u. a. Schluß mit der rassistischen Diskriminierung und bessere Wohnungen, die Studenten und Studenten neben finanzieller Unterstützung die Beschlagnahmung der privaten Universitäten und keine Diskriminierung von Studenten aus anderen Ländern durch die Universitätsbehörden.

Knüppel und Tränengas - die wütende Antwort des Staates gegen die Streikenden

Im Anschluß an zahlreiche Demonstrationen kam es zu Auseinandersetzungen und Kämpfen mit der Polizei, auch der Einsatz des Militärs für den Pendlertransport wurde von der französischen Bourgeoisie in Erwägung gezogen. Während die Polizei gegen die Streikenden und Demonstranten mit Knüppeln und Tränengas vorging, während die Regierung keinen Schritt von ihrem Plan abwich und versuchte. mit 1000 Privatbussen das Verkehrschaos in Paris zu meistern - was sie täglich

Fortsetzung Seite3

"Das ist *ein* Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich!"

Die Kämpfe der Bergleute in Freyming-Merlebach

Freyming-Merlebach liegt im lothringischen Kohlenbecken. Die Bergarbeiter wollten eine Demonstration als Auftakt eines 24stündigen Streiks durchführen, sie forderten den Erhalt der Sonderregelungen für ihren Sozialschutz und höhere Löhne. Schon beim Aussteigen aus den Bussen wurden sie von Polizeitrupps mit Tränengas beschossen. Zahlreiche Fensterscheiben der Generaldirektion der Zechengesellschaft HBL gingen zu Bruch. Nach dem Angriff der Polizei auf die Demonstration der 3000 Bergarbeiter mit Hilfe von Tränengas und Plastikgeschossen blockierte ein Teil der Demonstranten die Autobahn, andere "wandten" sich an den Bürgermeister des Ortes Pierre Lang, der gleichzeitig Abgeordneter der Nationalversammlung und Berichterstatter für Kohleprobleme ist. Die Bergarbeiter nahmen ihn kurzerhand "in ihre Mitte" und so bekam er in vorderster Front der Demonstration die Wirkung der Tränengasgranaten zu spüren. Danach hielten ihn die Bergleute noch zwei Stunden in der Schachtanlage Vouters fest. Mit einem Schaufelbagger zertrümmerten sie die Scheiben des örtlichen Polizeikommisariats. Die Kämpfe gegen die Polizei entwickelten sich zu einer zwei Tage andauernden Straßenschlacht. Die Bergleute füllten Ballons mit Stahlschrauben und Stahlmuttern gegen die Polizei, bauten Barrikaden auf den Straßen. Es folgt ein Interview mit einem der Streikenden:

Zunächst zur Situation in Frankreich und speziell für die Bergleute?

In den letzten Jahren gingen etwa 23 % der Kaufkraft verloren. Und seit die neue Regierung am Ruder ist und der Plan Juppé rausgekommen ist, haben sich die 23% noch verschlimmert ... Wir sind jetzt soweit, daß 4 Mio. Leute überschuldet sind. Bisher haben wir 10 Millionen Menschen, die außer der Norm leben, also Leute, die arbeitslos sind, die auf der Straße sitzen, Kurzarbeiter, die praktisch weniger als 70 Stunden im Monat arbeiten, usw. Bon, das ist eine große Armut, die sich entwickelt hat, daher jetzt diese Unruhe. Der Druck vom Plan Juppé, das bringt jetzt alles zum platzen. Da kommt jetzt noch einiges an Verschlechterungen hinzu.

In dieser Region hier - Bergbau - wie ging das hier los? Gegen den Plan Juppé laufen ja die Auseinandersetzungen und Kämpfe in ganz Frankreich, hier ist die Situation ja noch mal speziell?

Ja, sie ist speziell. Da muß ich noch mal darauf zurückkommen, was ich am Anfang sagte. Erstmal die Kaufkraft, die seit 89 verloren ist. Dann ist auch die Perspektive, die ist sehr düster. Der französische Bergbau endet 2005, das ist das geplante Aus. Dann ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Jugendlichen und überhaupt für die Leute aus der Gegend sehr schlecht. Mit Ausnahme von dem Rummel um Mercedes, (Mercedeswerk), das ja im Nachbarort gebaut worden ist, aber das hat im großen Gesamten, also für die vielen verlorenen Arbeitsplätze, einen ganz, ganz geringen, minimalen Einfluß gehabt...

Wie ging es hier los mit dem Bergarbeiterstreik?

Also, der Streik ging am Donnerstag los, also sagen wir mal, der große Protest. Bloß, das war schon vorher, schon monatelang, daß es gegärt hat. Bisher haben wir schon verschiedene Demonstrationen gemacht, die immer friedlich abgelaufen sind, mit Ausnahme vielleicht vor der Sousprefecture von Forbach, mit dem einzigen Resultat, daß die Arbeitgeber überhaupt nicht zuhören und schon gar nicht verhandeln wollten.

Was sind die Forderungen der Bergleute im einzelnen?

Also, der französische Bergbau wird ja praktisch vom Staat dirigiert, das bedeutet, daß in Paris also der Rahmen der Lohnerhöhungen fest-

Fortsetzung nächste Seite

Bereiche, die jetzt nicht streiken, gegen die Streikenden aufbringen und ausspielen will, was nicht nur unsinnig ist, sondern auch einen Bürgerkrieg bringen kann. Und auch was wir Donnerstag und Freitag mitgemacht haben, das war kein normaler Streikzustand mehr, das war schon eine Straßenschlacht und fast schon richtiger Bürgerkrieg.

Ja, wenn auch jetzt noch draußen die Tränengasgranaten rumliegen sieht...

Och, das ist schon nichts mehr, die haben schon mit Lastwagen den ganzen Schrott weggebracht.

Und wie ist die Unterstützung durch die Bevölkerung hier für euren Kampf, die jetzt nicht unmittelbar mit dem Bergbau zu tun hat, gab's die auch noch nach der Schlacht mit der Polizei, oder wollte man dann nichts mehr mit Euch zu tun haben?

Nein nein nein nein, also wir rechnen auch weiter damit und denken, daß die ganze Bevölkerung der Gegend mitmacht, und wir rechnen mit 10.000 Personen, die wir hier in Merlebach für den Bergbau auf die Straße bringen.

Und wie wird's weitergehen, wie schätzt ihr eure Chancen ein?

Also bis jetzt sieht man schon, daß die Kapitalisten Stück für Stück nachgeben, auch der Staat teilweise nachgibt, weil er "sozialen Frieden" will und jetzt kommt es darauf an, wie weit jeder geht. Also wenn es soweit kommt, daß wir als Gewerkschaften vor unsere Leute gehen können und konkret sagen können, so, es hat sich gelohnt, dann ist die Sache klar. Nur, das Plan-Juppé-Problem müssen wir erst noch übertrumpfen, das ist für uns im Moment das wichtigste Problem.

So, eine letzte Frage bezieht sich auf die Situation in Deutschland, da kommen wir her, und die Situation mit Sozialabbau und Kürzungen hier und dort, da gibt es deutliche Parallelen zur Situation in Frankreich und das trifft die Arbeiter ja genauso, da gibt's zum Beispiel seit fünf Jahren auch Reallohnverluste, Arbeitslosenzahl über 5 Millionen, nur, man könnte bei uns im Moment fast glauben, daß der Staat alles mit uns machen kann, es wird kaum noch gekämpft, und auch von Solidarität mit dem Kampf hier in Frankreich ist nichts zu spüren, was denkt Ihr, wo das herkommt?

Das ist schon eine Mentalitätssache, man darf auch nicht vergessen, daß wir hier in Frankreich als erste eine Revolution gemacht haben, und das steckt auch noch drin, also geschichtliche Ursachen.

Und was würdet Ihr den Arbeitern in Deutschland in dieser Situation raten?

Die sollen sich wehren, die sollen sich wehren. Das Problem mit dem politischen Regime, die über uns sitzen, das will ich noch ein bißchen rausbringen, da wird man es so machen, daß ganz Europa mal ein bißchen wach wird. Und die Bergleute in Deutschland werden in Zukunft auch noch viele Probleme kriegen. Bei dem, was wir hier im Land so mitmachen, können wir prophezeien, daß das in Deutschland auch so weit kommt. Solange man sagt, die Kohle ist nicht rentabel, da muß man doch fragen, die ist nicht rentabel gegen was, gegen die Importe? Man hat hier versucht, kolumbianische Kohle zu waschen, was wäscht man von der Kohle runter? Blut von Kindern von 10 Jahren? Wo sind denn da die Menschenrechte, die immer so betont werden - also so geht das doch nicht weiter, daß Kinder von zehn Jahren in den Kohlegruben arbeiten müssen, noch dazu ohne Sicherheit, für nichts. Und immer reden sie von Menschenrechten - reden.

Danke für das Gespräch und alles Gute und viel Kraft für die Bergarbeiter in Lothringen und die Kämpfenden in ganz Frankreich.

(Das Interview führte eine Leserin von "Gegen die Strömung" im Dezember 1995)

900.000 DM kostete -, wurde von reaktionären Kräften gleichzeitig gegen die Streikenden gehetzt. Allen voran die faschistische "Front National", doch auch die gaullistische RPR stand dem in nichts nach. So hetzte der gaullistische Deputierte der Nationalversammlung Fourgous gegen die Streikenden: *"Es kommt nicht in Frage, mit Leuten zu verhandeln, die so ihre Verachtung für das Land gezeigt haben. Man wird diese Leute fragen müssen, welcher Rasse sie angehören."* (Junge Welt, 4.12.95). Als Antwort auf die Hetze der RPR besetzten einige Tage darauf Streikende in Limoges eine Radiostation, als dort ein "Parteikollege" interviewt werden sollte. Darüber hinaus gab es Versuche, gegen die Streiks gerichtete sogenannte "Verbraucherkomitees" aus der Taufe zu heben - mit recht bescheidenem Erfolg: In Paris nahmen an diesen Demonstrationen jeweils nur 1000 bis 3000 Streikgegner teil.

Die Abwiegelei der Gewerkschaftsfürsten

Aber nicht nur die Hetze und die Polizeiangriffe dienen dem Ziel, der Streikbewegung die Spitze abzubrechen. Eine viel größere Bedeutung und um ein vielfaches gefährlicher, weil nicht so offensichtlich, ist die Abwiegelei der pseudo-linken Gewerkschaften und Parteien. So riefen die reformistisch-revisionistische KPF und die reformistische PS erst nach einer Woche zu den Streiks auf, um die radikaleren Forderungen der Demonstrantinnen und Demonstranten abzuwürgen und auf rein wirtschaftliche zu beschränken zur Verhinderung einer weiteren Radikalisierung der Kämpfe gegen die Polizei. Auf dem CGT-Kongreß stimmten 55% der Delegierten gegen eine Vertagung des Kongresses zur Ermöglichung der Teilnahme an der Demonstration in Paris zu und begnügten sich mit der Entsendung einer "Delegation". Noch einen drauf setzte der Sekretär der revisionistisch-reformistischen KPF Robert Hue. Er verkündete am 7. Dezember in RTL, daß *"man nicht die (Streik-)Bewegung dazu bringen soll zu sagen, was sie nicht sagt ... Die Bewegung heute ist nicht auf einen politischen Wechsel aus."* Doch die Radikalität der Kämpfe auf der Straße straft ihn Lügen.

Auch die reformistische, sogenannte "sozialistische" Gewerkschaft CFDT stand dem in nichts nach. Zunächst ließ die Chefin der CFDT Nicole Notat verlauten, daß doch 85 bis 90 Prozent der Einschnitte ins Sozialsystem gerechtfertigt seien. Daraufhin trugen viele CFDT-Mitglieder ihre Buttons auf Demonstrationen mit dem Zusatz "CFDT - ohne Notat!". 500 CFDT-Mitglieder schalteten in Le Monde eine Anzeige, in der sie die totale Unterstützung für alle Streikaktionen bekundeten und somit indirekt ihre Vorsitzende angriffen.

Hinter der Abwiegelei der Gewerkschaftsfürsten stehen nicht zuletzt ganz handfeste, materielle Interessen. Die großen französischen Gewerkschaften sind an den Krankenkassen mit Geldern und Pöstchen beteiligt und haben aufgrund der finanziellen Einsparungen einfach Angst um ihre Privilegien. Die Gewerkschaftsbürokratie hat ein Interesse an den Protesten aus Angst um ihre Privilegien, doch wollen sie gleichzeitig die Streiks unter Kontrolle behalten, damit diese sich nicht verselbständigen. Die Kapitalisten und auch die Gewerkschaftsfürsten fürchten die von solchen Streikkämpfen ausgehende Mobilisierung, sie fürchten, daß aus dem "Funken ein Steppenbrand" wird. Viele Kolleginnen und Kollegen in Frankreich haben gespürt, daß sie ganz und gar nicht ohnmächtig sind, sondern daß sie selbst eine Macht darstellen, wenn sie sich nicht spalten lassen und gemeinsam kämpfen.

Streiflichter der Klassenkämpfe in Frankreich

1. Dezember 1995: Durch den Streik der Eisenbahner muß das deutsch-französische Militärmanöver in Südwestfrankreich abgesagt werden, da der Schienen- und Straßentransport der deutschen Panzer "nicht zu gewährleisten ist".

4. Dezember 1995: 80 von 100 Energieverteilerzentren werden bestreikt, ebenso 2/3 der Kraftwerke. In Nizza, Brest, Grenoble und Mouihouse wurden die Haushalte zum verbilligten Nachttarif mit Strom versorgt. In Finisterre liefern die Streikenden an 100.000 Haushalte kostenlos Strom.

5. Dezember 1995: Der Nah- und Fernverkehr ist landesweit lahmgelegt. Um zu verhindern, daß der Transport vom Schienen- auf den Straßenverkehr verlegt wird, blockieren LKW-Fahrer die Autobahn. Der staatliche Radiosender "France Inter" kann nur mit Hilfe eines Notprogramms senden. Die Streiks weiten sich auch auf die Privatindustrie aus, bestreikt werden Renault- und Michelin-Werke. Nach Auseinandersetzungen mit der Polizei in Paris, Montpellier wird als Antwort auf die brutalen Polizeiangriffe in Nantes der Busbahnhof niedergebrannt.

6. Dezember 1995: Rund einhundert Eisenbahner besetzen an der Autobahn bei Marseille die Mautstellen. Sie verteilen dort Flugblätter über den Streik und ihre Forderungen. Danach lassen sie die Autofahrer kostenlos die Mautstation passieren. Weitere einhundert Eisenbahner blockieren bei Martigues die Zufahrt zu einer Ölraffinerie.

7. Dezember 1995: Streikposten besetzen den Sitz der französischen Nationalbank Banque Français. In Nantes werden vor der Filiale der Banque Francais die Straßenbahnschienen herausgerissen. Etwa eine Million Menschen beteiligen sich an den Streiks. In Rouen und Bordeaux beteiligen sich 50.000 Menschen, in Caen und Marseille 100.000 Menschen, in Toulouse 80.000 Menschen an Demonstrationen. 1.500 Angestellte von Air France besetzen die Landebahn des Flughafens Orly. Den Tränengasangriff der Polizei beantworten sie mit Feuerlöschkanonen. Kampf der streikenden Bergarbeiter in Freyming-Merlebach (siehe Kasten).

8./9. Dezember 1995: Die Kämpfe weiten sich auf die Provinz aus. In Avignon wird die Rathaushalle besetzt. Zur Verhinderung eines Interviews mit einem gaullistischen Abgeordneten wird in Limognes ein Radiosender besetzt. Nach der Niederschlagung einer Demonstration, bei der die Polizei vor allem arabische Immigranten niedergeknüppelt und verhaftet hat mit dem Ziel einer Aburteilung im Schnellverfahren, ziehen einen Tag danach mehrere Hundert Uranbergarbeiter in Montpellier vor die Präfektur und fordern die Freilassung der Verhafteten.

12. Dezember 1995: Beginn des Druckerstreiks. Mehr als 2 Millionen Menschen gehen auf die Straße.

Ende Dezember 1995: Abbruch der Streiks.

(Quellen: "Junge Welt", "Die Tageszeitung", "Le Republicain Lorrain")

Die "Solidarität" der DGB-Führung: Solidarität mit dem Klassenfeind!

Und was fordert der DGB-Apparat? Unterstützung für deutsche Firmen, die "von den Auswirkungen des Streiks in Frankreich betroffen sind". Wieder einmal hat sich gezeigt: Die DGB-Führung und der DGB-Apparat stehen fest an der Seite der imperialistischen Bourgeoisie, sind durch tausend Fäden mit diesem imperialistischen Staatsapparat

"Das ist *ein* Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich!" (Fortsetzung des Interviews)

gesetzt wird, und der Rahmen war festgesetzt auf 1,7% als Lohnerhöhung. Aber bisher haben wir nur ein Prozent bekommen, die restlichen 0,5 oder 0,7% sind bis jetzt im Dezember noch nicht gefallen. Und insgesamt war das natürlich auch ein Aspekt, der über längere Zeit verteidigt und erkämpft wurde, wo aber bisher die Kapitalisten sich nicht dran gehalten haben. Die einzelnen Forderungen sind also erstens die Lohnerhöhung in diesem bereits festgesetzten Rahmen. Und dann muß man sehen, daß die gesamte "carriere" der Bergleute gekürzt wird, damit meine ich, daß der Lohn nach der Dauer der Beschäftigung in verschiedene Kategorien gestaffelt ist, und da ist durch die Perspektive von 2005 ja klar, daß die meisten der Bergleute, daß wir also keine große Aussicht mehr haben, und vor diesem Hintergrund fordern wir die Heraufsetzung dieser Kategorien für jeden einzelnen Bergmann um eine Stufe. Und außerdem ist ein Problem das mit der Krankenkasse: wir haben hier eine Sonderregelung im Unterschied zur Generalkrankenkasse von Frankreich - in Elsaß-Lothringen gibt es ja noch die alten Bismarck-Gesetze, und im Unterschied zu der Privatkasse in den anderen Departements haben wir im Moment in der Krankenkasse für die Bergleute eine hundertprozentige Rückerstattung für Arzneimittel, Krankenhäuser und ärztliche Behandlung, und der Plan Juppé will diese Sonderregelung flachsetzen, und da sehen wir genau, wohin das alles geht: das ist im großen und ganzen ein zusätzlicher Verlust für die Bergleute und vor allem auch für die Rentner - und da ist

unsere Forderung, daß das erhalten wird. Und das sind im wesentlichen unsere Forderungen.

Und was fordert ihr im Bezug auf das geplante Aus für den Bergbau in 2005?

Wir sind hundertprozentig dagegen. Und das ist ja klar: denn als Gewerkschaft haben wir doch die Vorstellung, daß unserer Rolle vorneweg die ist, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. Und in deren Interesse ist es ganz bestimmt nicht, daß die Betriebe dichtgemacht werden...

Und wie sind die Auseinandersetzungen dann gelaufen, ihr wolltet verhandeln und wurdet von der Polizei angegriffen?

Also nach monatelangen Forderungen und friedlichen Demonstrationen war es dann soweit, daß die Leute gesagt haben: Also jetzt ist Schluß, jetzt muß es zum Streik kommen! Und dann ist der Streik ausgerufen worden, und wir sind vor die Hauptverwaltung marschiert, um zu demonstrieren. Das war morgens zwischen halb sieben und sieben, und die Gewerkschaften haben über Lautsprecher ihre Manifestationen verkündet. Die Leute waren noch nicht alle da, die meisten waren noch unterwegs, auf der Straße und in Bussen, wir haben hier ja Zechen, die bis zu 18 Kilometer entfernt sind, und die waren noch nicht alle da, wir waren also zwischen 1000 und 2000 Leute, und alle hundertprozentig in Streikstimmung. Zwar nicht insgesamt, aber auch die Betriebe, die über Tage arbeiten, zu über 50 Prozent. Ja klar, und dann kamen wir auf diesen Platz, ein Großteil der Leute war noch nicht hier, und dann hat die Polizei sofort angefangen zu schießen. Ohne Ankündigung, mit Tränengas, na ja, und dann ging's los.

Habt ihr damit gerechnet, ward ihr darauf vorbereitet?

Nein überhaupt nicht. Also ich glaube, das lag am Druck der Prefectur, das ist die staatliche Vertretung im Landkreis, also der Polizeipräfekt ist die Vertretung vom Staat, von Paris. Der steht in Verbindung zum Ministerium in Paris, und der führt die Befehle aus Paris aus, und der ist auch der Chef der gesamten Polizei hier, auch in Verbindung mit dem Hauptkomissariat der Polizei in Metz und der Sousprefecture in Forbach. Bon, klar, also ich nehme an, daß der Staat dem auf die Klamotten gehauen hat und wollte gleich den Ton ankündigen und deutlich machen: so, halt. Und wir waren zunächst erschrocken, nur wir sind halt Bergmänner, nicht etwa Studenten, und das haben sie vergessen. Klar, und dann ging's los. Und dann gab es Verletzte, und dann geht der Druck von alleine los. Und da braucht man auch nicht mehr groß aufzurufen, da hat jeder gestreikt. Und da brauchte man auch keine Ordner mehr hinzustellen, um die Leute zurückzuhalten, dann ist alles aus. Und da haben wir gesagt, so, jetzt geht's nicht mehr so weiter. Und dann waren wir 4000 Leute.

Und dann gingen die Kämpfe den ganzen Tag weiter?

Ja, ja. Und die Polizei hat uns weiter beschossen, nicht nur mit Tränengas, auch mit anderen Sachen, mit Granaten, also mit Luftgranaten, mit Schreckgranaten, und jetzt haben wir einen im Krankenhaus mit Splittern im Auge. Das kommt auch noch dazu, und normalerweise, wenn die Polizei Tränengasgranaten schießt, dann wird über die Leute geschossen, das kommt dann von oben runter, und von wegen drüberschießen: Das sieht man teilweise sogar auf Bildern in den Zeitungen, Polizisten, die radikal gerade schießen. Und das ist natürlich nicht normal, daß die gerade anlegen und direkt in die Leute reinschießen.

Und wieviele Bergleute sind dabei verletzt worden?

Insgesamt über 80, aus den Krankenhäusern wurden bis Freitag 29 gemeldet, aber auch ein Polizist, also 28 sogar Schwerverletzte, und am Donnerstag hat z.B. auch ein Gewerkschafter von der CFDT einen Spannschuß direkt ins Gesicht bekommen, und der hat sämtliche Knochen im Gesicht gebrochen, Kieferbruch, und Platzwunden, das ganze Gesicht ist aufgeplatzt, und bis heute, 4 Tage später, kann er noch nicht wieder sehen. Der mußte mit dem Hubschrauber nach Strasbourg gebracht werden.

Man sieht draußen immer noch um die Hauptverwaltung starke Polizeikräfte in Kampfmontur?

Ja, die stehen drumrum, die haben bestimmt Angst, daß wir einen Angriff machen.

Und gestern waren Verhandlungen in Paris?

Und heute noch, deswegen sitzen wir hier zusammen und diskutieren, wie es morgen weitergeht. Im Moment ist die Situation noch nicht klar, und heute nachmittag ist eine Zusammenkunft von mehreren Gewerkschaften, wo beratschlagt wird, wie es morgen weitergeht, auf Grundlage der Verhandlungen, die jetzt noch laufen. Bis jetzt sind die mit Vorschlägen rausgekommen, mit denen können wir uns nicht abfinden. Wir können doch nicht vor die Bergleute gehen und denen erzählen, so, wir haben jetzt zwei Tage gestreikt, 30 Kollegen liegen im Krankenhaus und jetzt können wir wieder arbeiten gehen.

Wie hat sich der Polizeiangriff auf die Kampfbereitschaft ausgewirkt, haben die Leute da eher gesagt, das wird uns jetzt zu heiß, da geben wir uns lieber mit weniger zufrieden ...

Nein nein nein nein nein ... die Leute, die rausgegangen sind am Freitag, haben einen klaren Willen und wollen auf keinen Fall die Forderungen zurücknehmen - bloß, als Gewerkschaft sind wir jetzt auch in einer schwierigen Situation, also wenn wir so weitermachen, daß wir gegen die Polizeikraft noch mal vorgehen.....

Und rechnet ihr damit, daß ihr bei der nächsten Demonstration noch mal von der Polizei angegriffen werdet?

Also ich bin ziemlich lange bei der Sache dabei und habe schon einige Streiks mitgemacht, aber eine solche polizeiliche Brutalität habe ich bis jetzt noch nie erlebt. Sowas gab's noch nicht, die hatten für zwei Demonstranten einen Polizisten da stehen. Da war das schon vorgemünzt.

Und wie ist das Verhältnis der kämpfenden Bergleute in Lothringen beispielsweise zu den streikenden Eisenbahnern und Busfahrern in Paris, wird das als ein Kampf gesehen?

Das ist ein Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich.

Und da ist auch die gegenseitige Unterstützung da?

Ja, hundertprozentig. Auch was der Staat im Moment spielen will, ist, daß er spalten will und die

"Das kapitalistische System hat seinen Bankrott erwiesen!"

Wir, die Eisenbahner, wir wollten nicht '86 wiederholen. 1986, nach drei Wochen Streik hatten wir nichts gekriegt. Aber wir waren sehr isoliert. Diesmal, wenn ich sagen darf, wir haben sehr großes Glück gehabt: der Juppé-Plan, der alle Unzufriedenheiten zusammengebracht hat. Wir haben sehr schnell die Burschen von der Electricité de France, der Sozialversicherung, der Privaten getroffen. Wir haben alle gemeinsam gekämpft, sind viel weitergegangen als die spezifischen Forderungen der einzelnen Berufszweige. Wir haben uns jeden Tag gesehen. Wir haben diskutiert, so, wie wir nie die Gelegenheit haben, wenn wir arbeiten. Wir haben die Welt nicht neu gestaltet, aber es gab schon Ansätze...

Ich glaube, daß die Bewegung einen solchen Umfang angenommen hat, weil die Leute angefangen haben nachzudenken. Zwanzig Jahre lang hat man uns das gleiche gesagt: "Heute müßt ihr Opfer bringen für die Arbeitsplätze von morgen." Aber es gab immer mehr Opfer, und immer weniger Arbeitsplätze. Es war immer die gleiche Leier: "Morgen wird alles besser." Aber es war nie Besserung in Sicht. Diesmal haben wir entschieden, daß wir nicht darauf warten, den Bart vom Nikolaus zu bekommen, um uns zu bewegen.

Die Arbeiter dieses Landes wollen sich nicht mehr die Haare vom Kopf fressen lassen. Unsere Meinung wird uns nicht vom Institut Ipsos vorgegeben. Wir machen sie uns selbst, auf der Straße. Ich habe meine zwei Kinder zu der Demo mitgenommen. Sie sind 5 und 10 Jahre: für sie ist das besser als all die "Naturausflüge" und was weiß ich was. Für mich auch: ich habe mehr gelernt in den zwanzig Tagen als in fünfzehn Jahren Schule und meinen 36 Jahren.

Ich mag nicht die großen Sprüche, aber wir haben wirklich das Gefühl bekommen, einen historischen Moment zu erleben. Der Streikabbruch, das Zurück zum normalen Gang der Dinge wird sicher schwer sein. Aber es wird nicht die Niedergeschlagenheit sein. Denn die Niedergeschlagenheit von unseren Lebensbedingungen, die kennen wir schon gut genug.

Ich bin von Grund auf ein optimistischer Mensch. Es ist noch etwas verfrüht, eine Bilanz dieses Dezembermonats zu ziehen. Aber wir werden uns wiedersehen müssen, mit all den Kumpeln, die gestreikt haben. Wir werden all die etwas konfusen Ideen, die auf der Strasse aufgetaucht sind, zusammenbringen und werden schon sehen, was wir daraus machen können...

Das kapitalistische System hat seinen Bankrott erwiesen.

(Zitiert aus einer französischen Zeitung vom Dezember 1995)

verbunden, ja in vielerlei Hinsicht faktisch ein Teil des Staatsapparats des deutschen Imperialismus. DGB-Chef Schulte rief Anfang Dezember die französische Regierung und die Gewerkschaften "zu Gesprächen" auf. In der Erklärung des DGB vom 4. Dezember wurde zwar aus Opportunitätsgründen die "Art und Weise" der Dekretierung der Sozialkürzungen beanstandet, jedoch wurde für deutsche Firmen, "die von den Auswirkungen des Streiks betroffen sind", gefordert, daß die "Arbeitsverwaltung schnell und unbürokratisch die notwendige Unterstützung leistet". Diese offen bekundete Solidarität mit dem Klassenfeind, dieser offene Aufruf zum Streikbruch setzte sich auch in der unteren Führungsriege der DGB-Fürsten fest. Die Streikbrecherdienste der Deutschen Post AG, die über die Poststelle Strasbourg/Offenburg mit der Versendung französischer Auslandspost im Umfang von zehn Tonnen Briefen täglich einer "befreundeten Postverwaltung" aushelfen wollte, wurden vom Bezirkssekretär der Deutschen Postgewerkschaft in Freiburg Heribert Marquardt gerechtfertigt:

> *"...So kann man das nicht darstellen. Strasbourg/Offenburg ist ein Postübergang, wenn von dort Sendungen kommen, sind die von uns zu verteilen. (...) Es gibt ein Abkommen. Dem können wir uns nicht widersetzen (...) Es hilft ja nichts, wenn wir sie (die Lieferungen, A.d.V.) liegenlassen. Damit wird der Streik nicht unterlaufen. Es kann nicht sein, daß wir als Gewerkschaft zu diesem Streik aufrufen ..."*
>
> (Siehe "Junge Welt" vom 8. Dezember 1995)

Beispielhaft in vieler Hinsicht für wirkliche Klassensolidarität ist hingegen ein Aufruf der Arbeiter innen und Arbeiter von Alcatel Duisburg in ihrer Solidaritätserklärung schreiben sie unter anderem:

> **"... Unsere Kabelfabrik in Duisburg mit 500 Beschäftigten soll zum Juni 1996 dichtgemacht werden. Für Alcatel zählt nur der Maximalprofit und der erste Platz auf dem Weltmarkt. Aber wir, die Kabelarbeiter wollen diese verschärfte Ausbeutung nicht länger hinnehmen. Wir kämpfen nicht nur für uns selbst, sondern für die Arbeitsplätze und die Zukunft der Jugend. Nächste Woche werden uns die belgischen Kollegen von Alcatel-Bell besuchen. Wir wollen uns gemeinsam beraten und lernen, gemeinsam zu kämpfen, denn wir brauchen die internationale Einheit der Arbeiter. Wir laden auch Euch Kollegen von Alcatel de Paris zu diesem Treffen ein. Knüpft Kontakte mit uns! Vereinigen wir unsere Kräfte! Lassen wir uns nicht spalten durch Regionaldenken, durch Nationalismus und Konkurrenzkampf...!"**
>
> *(Aus einem Flugblatt des Arbeiterkomitees von* Alcatel Duisburg vom 6.12.95, verteilt auf einer Demonstration in Paris)

Die Perspektive der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter

Es ist wahr, daß die momentanen Klassenkämpfe in Frankreich ökonomische Tageskämpfe sind, in denen es um konkrete soziale und ökonomische Forderungen geht. Dennoch richten sie sich in ihrer Stoßrichtung auch gegen die Interessengemeinschaft der Kapitalisten und Politiker. Insofern sind die Mobilisierungen und Streikkämpfe in Frankreich ein erster Schritt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sehen anhand ihrer eigenen Erfahrung: Im Kampf selbst um die scheinbar banalsten Forderungen an die Bourgeoisie - gleich ob in Frankreich oder hier in Deutschland oder sonstwo auf der Welt -, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Interessen gegen die Gewerkschaftsführung und gegen die Angriffe des Staates durchsetzen. In solchen Kämpfen kann also der Boden bereitet werden für die Erkenntnis, daß der Staatsapparat keine über den Klassen stehende Institution ist, sondern das ausführende Organ der herrschenden Klasse.

Streikende Arbeiter demontieren die Straßenbahngleise vor der Banque de France in Nantes

Die Arbeiterinnen und Arbeiter machen die Erfahrung, daß diese Aktionen selbst bei der kleinsten Streikaktion geplant werden müssen, daß die Feinde mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen werden, den Kampf abzuwürgen und zu sabotieren. Diese Kämpfe werden zunehmend den vorherrschenden Legalismus und Pazifismus durchbrechen. Waren die Kämpfe der Arbeiterklasse in Frankreich im Grunde rein ökonomische Kämpfe um Reformen, so zeigt sich doch, wie wutschnaubend die imperialistische Bourgeoisie und ihr Staat darauf reagieren.

Die Arbeiterklasse, die sich im Kampf gegen die bestochene Arbeiteraristokratie, gegen Opportunismus und Verräterei durch die Arbeit der Kommunistischen Partei ihrer Lage und ihrer Rolle bewußt werden kann, entwickelt sich zur Trägerin einer völlig neuen, der sozialistischen Gesellschaftsform. Die Unlogik und Absurdität des Kapitalismus, die Frage nach einer anderen Gesellschaftsordnung zwingt die Arbeiterinnen und Arbeiter durch die sich immer weiter verschärfende Ausbeutung und Unterdrückung zum Kampf. Dieser Kampf ermöglicht die Vereinigung der sich revolutionierenden Arbeiterklasse mit dem wissenschaftlichen Kommunismus. Der Aufbau der Kommunistischen Partei als Teil und Vorhut der Arbeiterklasse bereitet den Boden für die Leitung und Radikalisierung der Kämpfe der gesamten werktätigen Massen bis zu zur Leitung des Kampfes gegen das Kapital, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergang zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Diese "allgemeine Wahrheit" konkretisiert sich in jedem Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Kämpfe in Frankreich helfen den kommunistischen Kräften in anderen Ländern, geben Mut, finden Solidarität und sind ein Lichtblick im langandauernden Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus.

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von "Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

In ***Bochum:*** *UBU, Universitätsstraße 150; in* ***Bonn:*** *Buchladen Che & Chandler, Breite Straße 46; in* ***Dortmund:*** *Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; in* ***Duisburg:*** *Antiquariat, Pulverweg 33b; in* ***Freiburg:*** *Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in* ***Göttingen:*** *Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; in* ***Hamburg:*** *Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in* ***Hannover:*** *Internationalismus Buchhandlung, Engelboster Damm 10; in* ***Herne:*** *Infoladen, Heinrichstr. 19; in* ***Karlsruhe:*** *Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in* ***Kiel:*** *Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in* ***Köln:*** *Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in* ***München:*** *Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in* ***Stuttgart:*** *Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Kritik am Flugblatt "Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich" (1/96)

Am Ende des Kastens "Streiflichter der Klassenkämpfe in Frankreich" wird geschrieben: "Ende Dezember 1995: Abbruch der Streiks".

So geschrieben wirkt dies zu abrupt, hat fast die selbe Wirkung wie die bürgerliche Presse, die ab dem Zeitpunkt fast gar nichts mehr über die Kämpfe berichtete. Zwar war die große Streikwelle an sich Ende Dezember zu Ende, vereinzelt wurde jedoch in verschiedenen Städten weitergestreikt (Marseille). Darüber hinaus gab es im Anschluß daran auch noch Streiks mit dem Ziel Streikgelder einzufordern.

Antwort auf die Kritik

Du hast sicherlich recht, daß die Formulierung im Flugblatt über den Abbruch der Streiks nicht ganz den Tatsachen entsprach. Die große Streikwelle, die fast das gesamte Land einen Monat lang lahmlegte, war wie du ja auch schreibst vorüber. Aber vereinzelt dauerten die Streiks an und in anderen Städten wurden immer wieder einmal ein oder zwei Tage gestreikt.

In Marseille streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Verkehrsbetriebe noch einen ganzen Monat weiter. dabei ging es vorallem um die Abschaffung von Arbeitsverträgen die den später eingestellten Kolleginnen und Kollegen weniger Urlaub und 1000 Francs weniger im Monat bedeuten.

Diese Streiks waren auch dadurch gekennzeichnet, daß Streikposten von Polizeisondereinheiten der CRS - wie die Poststelle in Caen am 28.12,1995 - geräumt wurden und Streikbrecher geschützt wurden.

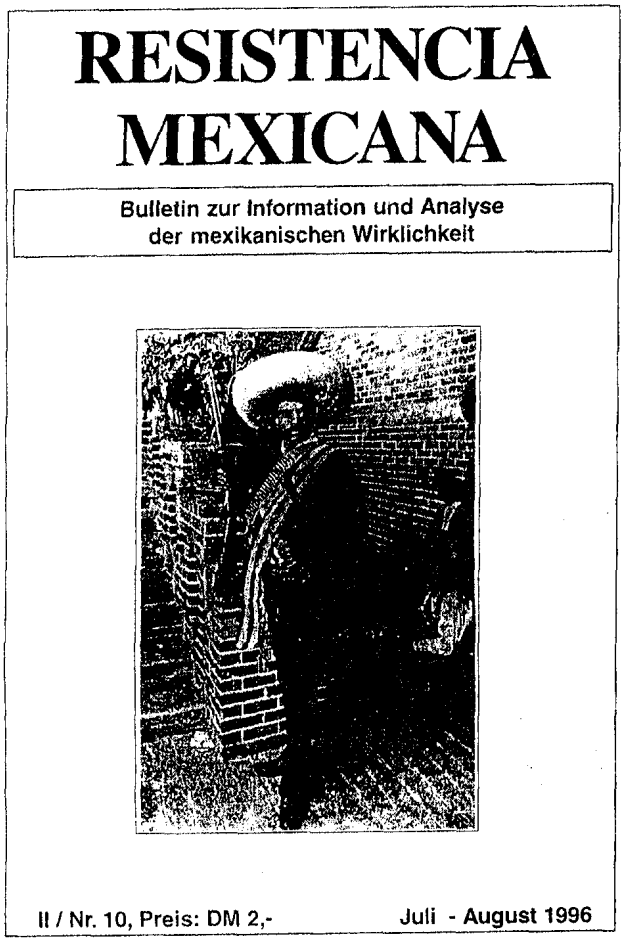
Doch was man ja nicht aus den Augen verlieren darf bei der gesamten Debatte ist, daß bis auf wenige Ausnahmen die Streiks abgebrochen wurden. Und dieser abrupte Streikabbruch zeigt um so deutlicher die Gefahr der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie, die es wieder einmal geschafft hatte die spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse abzuwürgen. Denn dort wo die spontane Kämpfe nicht von einer wirklichen Kommunistischen Partei geführt werden, wo das Klassenbewußtsein und somit das Bewußtsein über die verräterische Rolle der pseudokommunistischen CGT und der anderen opportunistischen Gewerkschaften nicht von außen hereingetragen wird.

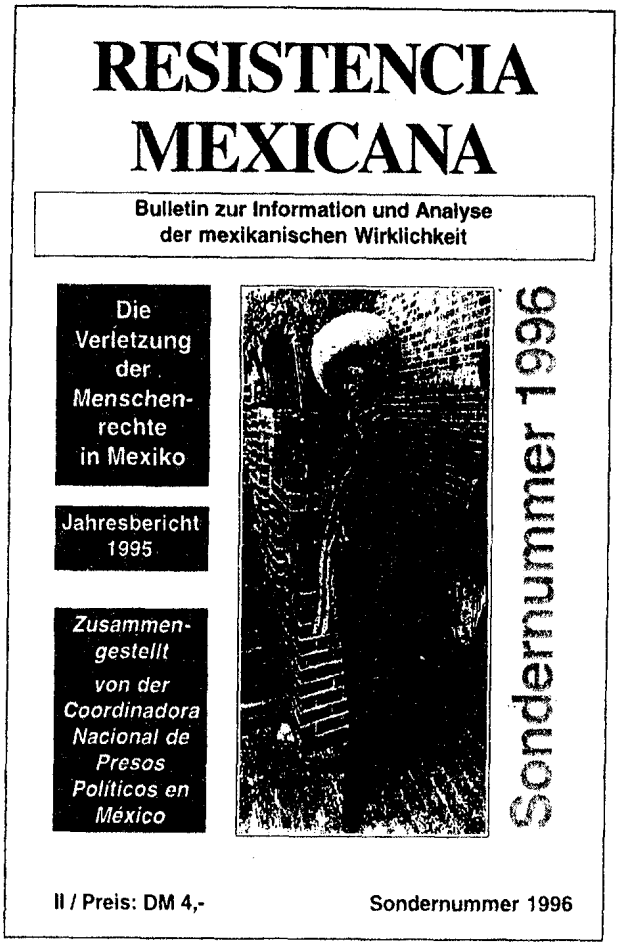
* * *

„RESISTENCIA MEXICANA“

Bulletin zur Information und Analyse der mexikanischen Wirklichkeit

Bisher erschienen sind die Nr. 1 - 11 und die Sonder-Nr. 1996





Aus dem Inhalt der neuesten Ausgaben:

Nr. 10 - „Manifest von Aguas Blancas“, Erklärung des EPR vom 28. Juni 1996
- Beitrag eines Gefangenenkollektivs des PROCUP-PDLP zu Fragen: bewaffneter Kampf und politische Massenarbeit / Charakter der Revolution / Strategie und Taktik / Fragen der Avantgarde

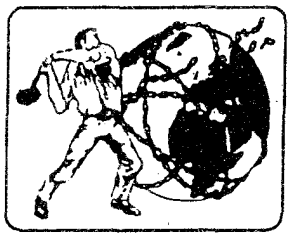
Nr. 11 - Interviews bürgerlicher Journalisten mit Kommandanten des EPR, zu Fragen des revolutionären Kampfes, zur Herausbildung des EPR und politischen Zielen des Kampfes
- Guerillakommuniqué und Erklärung des EPR und der PDPR (Partido Démocratico Popular Revolutionario) zu Aktionen am 29. August 1996, in dem Einheiten des EPR in 6 Bundesstaaten Militäraktionen durchführten

Bestellungen und Zuschriften bitte an:

„RESISTENCIA MEXICANA“
c/o Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/96 Februar 1996

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Zehn Ermordete war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlages in Lübeck. Bei einem regelrechten Massaker waren am 18. Januar 1996 in den Flammen des hauptsächlich von Menschen aus Zaire, Angola, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien, dem Libanon und Polen bewohnten Heimes für Asylsuchende in der Lübecker Hafenstraße Monique Bunga (27 Jahre) mit ihrer Tochter Suzanne (7 Jahre) aus Angola, Françoise Makudila (27 Jahre) mit ihren Kindern Christelle (6 Jahre), Daniel (1 Jahr), Legrand (4 Jahre), Mija (12 Jahre) und ihrer Stieftochter Christine (19 Jahre) aus Zaire sowie ein Mann aus dem Libanon und eine weitere Frau bei lebendigem Leibe verbrannt. Die übrigen Hausbewohner erlitten Verletzungen: 30 Schwerverletzte kämpften um ihr Leben und sind für immer gezeichnet, 20 Menschen wurden leicht verletzt.

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis: In polizeistaatlicher Art und Weise - ähnlich wie bei der Erschießung von Wolfgang Grams in Bad Kleinen 1993 - wurden Zeugenaussagen und Indizien vertuscht, Beweise fabriziert, Lügen verbreitet und von Polizisten den anfänglich drei bzw. vier verhafteten Nazis ein Alibi geliefert. Die Staatsanwaltschaft forderte die bürgerlichen Medien nachdrücklich zur "Zurückhaltung" bei der journalistischen Recherche auf. Als die "Ungereimtheiten" unübersehbar wurden, kam die Nachrichtensperre. Und es funktionierte: Selbst die sich als "kritisch" und "links" verstehenden Medien in Deutschland gingen rasch zur offiziell verordneten Darstellung und zum Verschweigen über.

Demonstration in Lübeck am 20.1.1996

Trotz all dieser Manöver kam es zunächst in Lübeck zu einer beeindruckenden Prostestdemonstration mit 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter eine große Anzahl von Menschen aus afrikanischen Ländern, bei der vor allem die Solidarität der revolutionären und demokratischen Gruppen aus der Türkei mit den afrikanischen Verfolgten und auch die Initiative und Tatkraft von Jugendlichen hervorstachen.

Rede der "Gruppe gegen Nationalismus und Rassismus" bei der Besetzung des Hamburger Rathausportals am 25.1.1996

Das Vertuschungsmanöver der staatlichen Behörden und der bürgerlichen Medien blieb nicht ohne Erfolg und lähmte den Protest auch vieler Antifa-Gruppen. Um so wichtiger scheint uns die gelungene Besetzung des Hamburger Rathausportals am 25. Januar, an der sich ca. 30 Antirassisten zur Durchbrechung der Nachrichtensperre beteiligten. Der Haupteingang wurde ungefähr eine Stunde unpassierbar gemacht und gleichzeitig ein Transparent mit der Aufschrift "Deutsche Normalität: Rassistische Angriffe an jedem Ort" über dem Eingang angebracht. Die Besetzerinnen und Besetzer riefen Parolen gegen Nationalismus und Rassismus und forderten u. a. die Einberufung einer internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Nazi-Morde von Lübeck. Die Aktion wurde schließlich von Polizei und Feuerwehr beendet, sechs Personen wurden vorläufig festgenommen und einige Personalen festgestellt. Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise die Rede der Besetzerinnen und Besetzer:

"Wir wollen mit dieser Aktion ein Zeichen gegen die derzeitige "Abwicklung" des Lübekker Anschlages durch Behörden und Öffentlichkeit setzen. Wir bezeichnen den derzeit stattfindenden Prozeß als Selbstreinigung Deutschlands von jeglicher Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Brandanschlages in Lübeck.

Im In- wie Ausland wurde direkt nach Bekanntwerden des verheerenden Brandes in Lübeck selbstverständlich davon ausgegangen, daß es sich um einen rassistischen Anschlag handelte. Die Tatsache der Zigtausenden von Anschlägen mit häufig tödlichem Ausgang auf Immigrantinnen und Flüchtlinge können selbst diejenigen nicht leugnen, deren Betroffenheit sich wieder einmal einzig darin erging, daß die ganze Welt die "Deutschen an den Pranger stellt".

Im Vordergrund der meisten Stellungnahmen stand die Sorge um den Ruf der Stadt Lübeck oder des Ansehens Deutschlands im Ausland. Trotzig wurde ständig wiederholt, daß die Deutschen "fremdenfreundlich" sind und sich dies durch ein paar "verwirrte Gewalttäter" auch nicht ändert. Die rassistische Normalität in diesem Land, die jenseits der immer wieder weltweit Schlagzeilen machenden mörderischen Anschläge durch u. a. massive Einschränkung des Asylrechts, Abschiebungen und Abschiebeknäste sowie einem Ausländergesetz, welches einen größeren Teil der in Deutschland Lebenden zu Menschen 2. Klasse degradiert, wurde auch in Lübeck von fast allen wieder verdrängt.

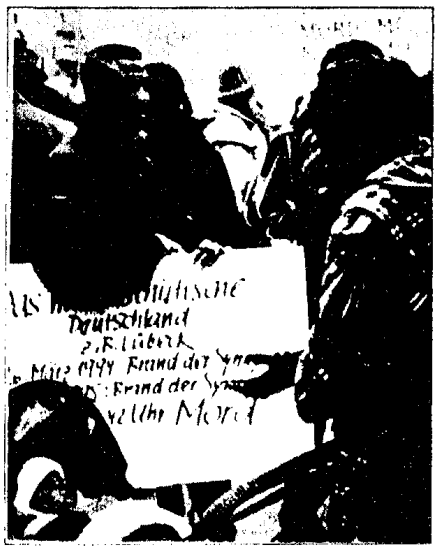
Das Verhalten der Medien und Ermittlungsbehörden folgte der Leitlinie, jegliche deutsche Verantwortung für Ursache und Ausmaß des Lübecker Anschlages so klein wie möglich zu halten und über die rassistische deutsche Wirklichkeit so wenig wie möglich deutlich werden zu lassen. Dabei erfüllte

⇨

Fordert die sofortige Freilassung des Heimbewohners Safoan Eid!

Warum Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien das Nazi-Massaker vertuschen

Angesichts der von Polizei und Staatsanwaltschaft geschickt initiierten Verhaftung eines libanesischen Bewohners des abgebrannten Hauses in Lübeck blieben weitere Protestaktionen jedoch aus. Es gelang den Akteuren des deutschen Imperialismus sehr rasch, die Lage wieder in den Griff zu bekommen. Und daran haben sie ein handfestes Interesse. Es gibt drei Gründe für den direkten Schutz der verhafteten Nazis, für die Vertuschung der Nazi-Morde:



Demonstration in Lübeck am 20.1.1996

- Da ist zum einen die - oft unterschätzte - klammheimliche oder offen gezeigte nationalistische und nazistische Gesinnung auch in organisierter Form in den Reihen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten. Erinnert sei hier nur an die Tatsache, daß ein V-Mann des deutschen Geheimdienstes erwiesenermaßen in der Solinger Nazi-Szene organisiert war und die Solinger Nazi-Mörder in seiner als "Kampfsportschule" getarnten Nazi-Kaderschmiede ausgebildet hat.
- Zum anderen gelang es durch die Verschleierungsmanöver, Proteste antinazistischer Kräfte zu verhindern.
- Viel entscheidender ist jedoch, daß Polizei und Staatsanwaltschaft im Einklang mit den hochoffiziellen Repräsentanten des deutschen Imperialismus sehr an der Wahrung des "Ansehens Deutschlands in der Welt" gelegen ist.

Ähnlich wie im großen geschichtlichen Maßstab Auschwitz "bedauert" wird - genau genommen nicht wegen der Ermordeten, sondern weil es dem "Ruhm Deutschlands" geschadet hat - überschlugen sich die Presse-Kommentare nach dem Motto "Wieder einmal hat es uns getroffen" - und mit "uns" waren die "armen Lübecker" gemeint, die so erneut in "Verruf" geraten seien.

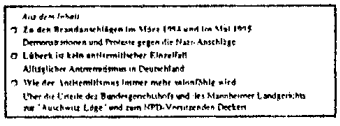
Nicht wegen der ermordeten afrikanischen Frauen und Kinder sind diese Heuchler vom Dienst beunruhigt: Nein, das "Ansehen der Stadt" bereitete ihnen Sorge. Und auch davon konnten sie befreit werden durch die Verhaftung eines libanesischen Hausbewohners. Eine Welle der Erleichterung schwappte durch die deutschen Spießerhaushalte. Waren sie kurz nach der Brandnacht noch so "betroffen", drehten sie plötzlich wieder richtig auf. Von "Vorverurteilungen", sogar "Vorurteilen gegen Nazis" war da die Rede und eine Flut übelster rassistischer und deutsch-chauvinistischer Klischees ergoß sich in der Presse, insbesondere gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe.

Zweifel an den absurden Beschuldigung tauchten zwar auf, wurden aber massiv beiseite geschoben. Fünf Tage nach dem Brandanschlag brachten Staatsanwaltschaft und Polizei schließlich eine Erklärung in Umlauf mit der Forderung an die Medien nach einer "gewissen Zurückhaltung". Momentan, so hieß es, würden noch Zeugen vernommen und der Wert ihrer Aussagen durch zuvor gewährte Interviews verringert werden.[1] Als der eine oder andere Journalist sich dann doch nicht der staatlich auferlegten "freiwilligen Zensur" beugen wollte, kam auch prompt die polizeistaatliche Nachrichtensperre.

Es genügt schon eine aufmerksame Lektüre der Presseberichte, eine Zusammenstellung der Medien-Berichterstattung, um einige der zentralen Lügenmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien aufzudecken.

Dokumentation

Zu den Nazi-Brandanschlägen auf die Synagoge in Lübeck



25 Seiten, DM 2,50

Diese und weitere Dokumentationen - z.B. zu Rostock 1992, zu Magdeburg 1994, zu Solingen 1993 usw. - sind zu bestellen über: Buchladen G. Dimitroff

Das Manöver mit der Belohnung und dem prompt gefundenen "Zeugen"

Nach fast zweitägigem Schweigen meldet sich am 20.1.1996 nach der Aussetzung einer Belohnung in Höhe von 50.000 DM für "sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen", ein 25jähriger freiwilliger Sanitätsfeuerwehrmann mit belastenden Aussagen bei der Polizei. Am selben Abend wird gegen den libanesischen Heimbewohner Safoan Eid Haftbefehl erlassen. Er soll "Täterwissen besitzen" und dem Sanitäter im Rettungsbus anvertraut haben: "Wir waren es."

Safoan Eid hat die gegen ihn erhobenen Vorwürfe von Anfang an bestritten. Durch seinen Anwalt machte er öffentlich, daß er nicht "Wir waren es", sondern "Sie waren es" gesagt hat. Es geht dabei nicht um einen im Durcheinander und der Hektik der Rettungsarbeiten "mißverstandenen Satz". Safoan Eid hat dem Rettungssanitäter vielmehr bereits in der Brand-

Rede der Besetzer und Besetzerinnen in Hamburg

(Fortsetzung von S.1)

gerade die scheinbare Offenheit der Berichterstattung (alles für möglich zu halten, nichts auszuschließen) und das geziehlte Hin und Her der Ermittlungsbehörden die Funktion, die eigentlichen Ursachen letztlich hinter einem Berg von Spekulationen verschwinden zu lassen.

Der Gipfel dieses unglaublichen Vorgangs war schließlich mit der Präsentation eines Flüchlinges, eines Opfers des Anschlages, als Täter erreicht. Diese völlig haltlose Beschuldigung erfüllte schließlich die Selbstreinigung der Nation: *Keine Schuld der Deutschen!*

.... Die Geschichte dieser Ermittlung und die mediale Verarbeitung nach dem Lübecker Anschlag begründen für uns wieder einmal ein tiefes Mißtrauen in die deutschen Behörden und Öffentlichkeit. Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch den Umgang mit der seit einem halben Jahr verstärkt auftretenden Welle von Bränden in Flüchtlingsunterkünften. Immer heißt es sofort und selbst dann, wenn es durchaus Anzeichen für andere Ursachen gibt: "Technischer Defekt". Ein sogenannter ausländerfeindlicher Hintergrund wird von vorneherein ausgeschlossen.

Weitere Gründe für dieses Mißtrauen sind die Vertuschung eines Anschlages in Stuttgart 1994 mit 7 Toten, der zunächst wieder mal als technischer Defekt deklariert wurde und wofür jetzt ein deutscher Täter vor Gericht steht, sowie die fragwürdigen Ermittlungen im Zusammenhang mit Solingen, wo lange versucht wurde, die Existenz eines V-Mannes und des damit gegebenen Mitwissens staatlicher Stellen zu verschleiern. Die Liste setzt sich mit den ziemlich dürftigen Ermittlungsergebnissen oder gar -"erfolgen" seit 1991 bei den zahllosen rassistischen Anschlägen und dem Umgang staatlicher Stellen mit dem Hamburger Polizeiskandal, den man nur noch als organisierte Verschleierung bezeichnen kann, fort. Sie belegen, daß der "Aufklärungswille" deutscher Stellen an Ergebnissen, wo es um deutsche Verantwortlichkeiten geht, gegen Null tendiert.

Deutschland darf im Zusammenhang mit dem Lübecker Anschlag seiner Verantwortung nicht entkommen. Die Ermittlungskonstrukte müssen entlarvt, das Mißtrauen gegenüber der Version deutscher Behörden und Öffentlichkeit wegen ihrer organisierten Freisprechung von eigener Verantwortung muß verstärkt werden. Und Deutschland als ständiges Opfer und "Unschuldslamm" werden wir nicht hinnehmen."

Nackter Rassimus!

Eine Erscheinung des in den letzten Jahren verstärkten Nazi-Terrors sind die zunehmenden Nazi-Morde, -Angriffe und -Überfälle auf Menschen dunkler Hautfarbe. Erinnert sei an den pogromartigen Überfall von Hoyerswerda im Oktober 1991, als Hunderte von Nazis drei Tage lang unter dem Beifall Tausender von "normalen deutschen Spießern" ein Haus von hauptsächlich vietnamesischen, aber auch mozambikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern mit Brandsätzen und Baseball-Schlägern bewaffnet belagerten und in Brand steckten. Erinnert sei an Magdeburg im Mai 1994, als Nazis Menschen vor allem aus afrikanischen Ländern in SA-Manier durch die Straßen hetzten, prügelten und fast erschlugen. Erinnert sei an die zahllosen Nazi-Morde und Nazi-Überfälle auf Menschen dunkler Hautfarbe in den letzten Jahren. Neben der jüdischen Bevölkerung, den Sinti und Roma und den Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Türkei sucht sich das Nazi-Pack vermehrt Menschen als "Angriffsziel", die nach dem Nazi-Weltbild schon rein äußerlich - eben zum Beispiel durch die Hautfarbe - keine "richtigen, guten Deutschen" sind.

Es ist eine Erscheinung des zunehmenden Chauvinismus und Rassismus in Deutschland, daß das Nazi-Pack durch seine Verbrechen die ideologische, politische und praktische Front gegen Menschen dunkler Hautfarbe eröffnet, das Fanal zur Hetze, Verfolgung und Ermordung dieser Menschen gesetzt hat.

Im Hintergrund steht natürlich die Nazi-Ideologie mit ihrer Rasseneinteilung, mit ihrer Einteilung in "höhere" und "minderwertige Rassen", aber auch der tief verwurzelte, aus der Kolonialzeit des deutschen Imperialismus herrührende "Alltagsrassismus". Gerade diese Art von Rassismus gehört zu den widerwärtigsten Begleiterscheinungen des Nazi-Massakers in Lübeck. So schrieb "Die Zeit" am 26.1.1996 über die "Konfliktbewältigung" der Bewohner der Lübecker Hafenstraße und endete mit einer an die Nazi-Propaganda erinnernde "Rassenkunde"-Lehrstunde: "Afrikaner tanzten bis in die späte Nacht in den Fluren, um dabei ihre Aggressionen auszuschwitzen, oder verpaßten sich schon mal ein blaues Auge. Die Libanesen dagegen fraßen die Sorgen in sich hinein. 'Die schlucken alles runter, was viel gefährlicher ist.'"

Tod dem deutschen Chauvinismus und Rassismus!

Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten!

☆☆☆

nacht berichtet, daß sein Vater vor dem Brand Beobachtungen gemacht hat, die eindeutig auf einen Nazi-Brandanschlag schließen ließen, deshalb: "Sie waren es." [2]

Es ist sehr rasch einsichtig, wie absurd die Behauptung ist, daß ein Hausbewohner sich selbst und seine Familie mit dem Risiko des Feuertodes bedroht, daß ein Hausbewohner im ersten Stock Feuer legt und dann nach oben ins Dachgeschoß schlafen geht. Nur mit Mühe konnte sich seine Familie teilweise schwer verletzt vor den Flammen retten, Safoans Mutter erlitt eine Querschnittlähmung, seine Schwester wurde ebenfalls schwer verletzt und der ganze Besitz der Familie ging verloren.[3] Angemerkt sei in diesem Zusammenhang auch daran, daß hier nicht zum ersten Mal von der deutschen Justiz die Opfer von Nazi-Anschlägen zu Verbrechern gemacht werden (Siehe Kasten: "Lübeck 1996 funktioniert nach der gleichen Methode wie Stuttgart 1994").

Tatsache ist, daß Safoan Eid beim Feueralarm von Mitbewohnern schlafend im Bett gefunden wurde, daß ihn Nachbarn nachweislich wecken mußten.[4]

In einem Interview erklärte der Vater von Safoan Eid: "Zwanzig Leute aus dem Haus sagen, daß er oben geschlafen hat. Man glaubt ihm nicht. ***Wir sind alle Lügner, weil wir Ausländer sind. Man glaubt nur dem einen Deutschen.***"[5] Eine syrische Heimbewohnerin ergänzt: ***"Das geschieht nur, um die deutschen Täter zu entlasten."***

Und - so muß selbst ein reaktionäres Blatt wie der "Spiegel" zähneknirschend zugeben - "So denken fast alle, die dem verheerenden Brand von Lübeck entkommen sind."[6]

Die Dreckslüge vom "Streit zwischen Afrikanern und Arabern"

Im Haftbefehlsantrag vom 20.1.1996 wird Safoan Eid als Motiv seiner angeblichen Tat vorgeworfen, er habe mit einem namentlich genannten afrikanischen Leidensgenossen gestritten.

Diese offensichtliche Lüge konnte durch ein Interview mit dem betroffenen afrikanischen Mann aufgedeckt werden.[7] Vor laufender Kamera erklärte der Mann außerdem, daß er gar nicht in der Neuen Hafenstraße 52 wohnt, sondern nur eine Cousine besuchte.

Auch die übrigen Mitbewohner zeigen sich mit Safoan Eid solidarisch und wissen nichts von einem angeblichen Streit. Claude Makudila, dessen ganze Familie den Nazi-Mordbrennern zum Opfer fiel, erklärt: "Wir haben uns immer gut verstanden."[8] Ein weiterer Heimbewohner fügt hinzu: ***"Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren!"***. Ein Heimbewohner aus Angola durchkreuzt das Spaltungsmanöver der Staatsanwaltschaft mit dem Kommentar: ***"Kein Afrikaner hält Safoan für schuldig."***[9] Nachdem sich das "Streit"-Konstrukt als offensichtlich unhaltbar erwiesen hatte, schob die Lübecker Polizei eine "Eifersuchtsgeschichte" nach.[10] "Drama aus verschmähter Liebe?" lautete der sensationsgeile, nur aus juristischen Gründen - in Ermangelung jeglicher Beweise - noch mit einem Fragezeichen versehene Artikel im Hetzblatt "Stern".[11]

Fest steht: Nichts, aber auch gar nichts belegt und beweist die Schuld von Safoan Eid. Nichts ist übrig geblieben von ihrer "Beweislast", außer eine "Zeugenaussage" mit der Aussicht auf 50.000 DM Belohnung, durch die ein Unschuldiger im Gefängnis sitzt, während die Nazi-Mörder frei herumlaufen. Deshalb kann die Forderung der antinazistischen und demokratischen Kräfte nur lauten:

Sofortige Freilassung von Safoan Eid!

DIN-A-3-Plakat kostenlos zu bestellen auf Deutsch, Türkisch, Englisch, Französisch, Spanisch und Tschechisch bei: Buchladen Georgi Dimitroff

Die infame Lüge "Keine Ausländerfeinde"

Die Festnahme zuerst von drei, später vier Nazis war allem Anschein nach eine "Panne". Doch die in die "großen Überlegungen" des deutschen Imperialismus nicht eingeweihten kleinen Lübecker Beamten bekamen schnell Anweisung von oben: die Unschuld der Verhafteten sei erwiesen. Auf die Frage, weshalb es dann überhaupt zu einer Festnahme gekommen sei, wenn die Polizei doch von der "Unschuld" der Verhafteten durch polizeiliche Beobachtung wußte, lautete die Anwort, es habe sich "um andere Kräfte der Polizei" gehandelt.[12] Nun habe die Polizei auf jeden Fall ein Alibi festgestellt, es sei nur um Autodiebstahl gegangen und die die Festgenommenen deshalb rasch auf freien Fuß zu setzen.

Und so wurde der zuständige Staatsanwalt Michael Böckenhauer nicht müde mit seiner Behauptung, keiner der Festgenommenen sei dem Verfassungsschutz bekannt[13] und der Lübecker Polizeidirektor Tabarelli mit der Lüge, als "Ausländerfeinde sind sie bisher nicht aufgefallen".[14] Unbe-

Wie Nazis mit polizeistaatlichen Methoden geschützt werden:

Lübeck 1996 funktioniert nach der gleichen Methode wie Stuttgart 1994!

Systematisch werden Nazi-Überfälle und -Anschläge von Polizei und Staatsanwaltschaft mit Hilfe der bürgerlichen Medien "entpolitisiert", verharmlost, vertuscht und wegretuschiert. Dabei wird ein ganzes Arsenal von Verschleierungs- und Betrugsmanövern aufgefahren

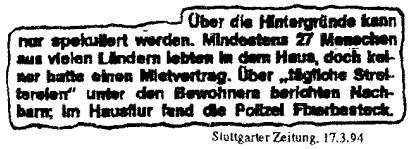
Wenn durch die Aufmerksamkeit oder den Widerstand von Hausbewohnern Nazi-Anschläge bemerkt oder verhindert werden konnten und "es keine Toten, nur Verletzte gab", dann sind die zum Alltag gewordenen Nazi-Verbrechen sowieso nur noch einen Fünfzeiler in der Tagespresse wert und es heißt lapidar "die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus", so geschehen beim Brand in einem Asylbewerberheim in Burgwedel-Wettmar am 18.1.1996 oder in Auerbach am 28.1.1996 und in unzähligen weiteren Fällen.

Kommt es dann doch einmal zu einer Verhaftung, waren es "Einzeltäter", "Pyromanen", "alkoholisierte Jugendliche", oder... - auf jeden Fall "sicher keine Nazis".

Neben der Lüge vom angeblichen "technischen Defekt" werden von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht selten die Opfer von Nazi-Anschlägen selbst zu Verbrechern gemacht wie anfangs in Stuttgart am 16.3.1994 oder in Detmold am 9. November (!) 1995 oder es werden Verleumdungen lanciert wie bei den Nazi-Morden von Mölln vom 23.11.1992, als es zeitweilig hieß, es handele sich um einen Racheakt aus dem "Rotlicht"-Millieu.

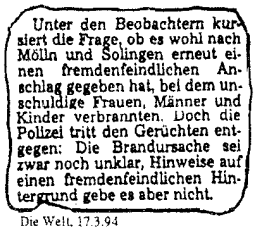
Die Parallelen bei den Vertuschungsmanövern zum Nazi-Brandanschlag in Stuttgart vom 16. März 1994 sind überdeutlich. Sieben Menschen aus anderen Ländern verbrannten damals bei lebendigem Leib in der Stuttgarter Geißstraße, 16 weitere Bewohner wurden schwer verletzt.

Zuerst war auch in Stuttgart die Empörung groß und Politikter heuchelten "Entsetzen", weil ein Nazi-Brandanschlag sofort auf der Hand lag, von Polizei und Medien aber sorgsam wegretuschiert wurde mit Schlagzeilen wir "Brandkatastrophe" oder "Inferno in Stuttgart".



Stuttgarter Zeitung, 17.3.94

Frankfurter Rundschau, 17.3.94



Die Welt, 17.3.94

Ähnlich wie beim Lübecker Nazi-Brandanschlag (Überschrift der FAZ vom 22.1.96: "Als könnten sie es nicht erwarten") wurde auch in Stuttgart die internationale Presse wegen ihrer angeblichen "Greuelpropaganda" wie es "früher" hieß und heute wohlweislich mit "internationale Spekulationen" umschschrieben wird, in Goebbelscher Manier beschimpft.

Schon einen Tag nach dem Stuttgarter Nazi-Brandanschlag war vom "Hantieren mit brennenden Kerzen durch Drogenabhängige" und von "brennenden Zigaretten" die Rede, von "tägliche Streitereien" und "Müllkartons auf dem Flur" wurde berichtet. In "alle Richtungen" werde ermittelt, hieß es, doch eines war von Anfang an klar: Anzeichen für ein "ausländerfeindliches Motiv" gibt es nicht (Die Welt, 19.3.94).

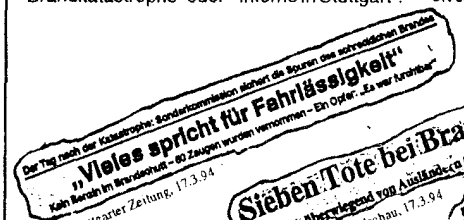
Und diese Manöver zeigten Wirkung: Protestaktionen blieben so gut wie aus und selbst die wenigen demokratischen und antifaschistischen Kräfte, die sich zu einer Spontandemo vor Ort versammelt hatten, waren spürbar in die Defensive gedrängt.

Nach kapp zwei Wochen hieß es von Seiten der Behörden, mit "hoher Sicherheit" sei kein Brandbeschleuniger verwendet worden (Stuttgarter Zeitung, 24.3.94) und die Aufmerksamkeit wurde von nun an geschickt gegen die Bewohner selbst, gegen den Unterpächter unter der Angklage der fahrlässigen Tötung wegen unsachgemäß durchgeführten Umbauarbeiten und die Hausbesitzer unter dem Verdacht des Mietwuchers gelenkt.

Auch Stuttgarts Bürgermeister Rommel blieb nicht untätig: Er startete eine Aufklärungskampagne zum Thema "Brandschutz", machte die Opfer selbst zu Tätern und verbreitete gleichzeitg eine rassistische Hetze übelster Art. Er sei, so berichtete die "Stuttgarter Zeitung" am 23.3.1994, erschüttert über den im Treppenhaus abgestellten Schutt, der das "Inferno verursacht" habe. Um solche Katastrophen zu vermeiden, sei jedem Hausbewohner zu raten, sein Treppenhaus freizuhalten. Im übrigen sei die Überbelegung von Wohnraum die Folge der "Flüchtlingswelle".

Von nun an ließ man "Gras" über den Nazi-Brandanschlag wachsen. Doch ein Jahr später, am 30. Juni 1995, wurde ein 25jähriger Nazi verhaftet, als er gerade in einem von ihm in Brand gesteckten Haus Flugblätter mit Nazi-Parolen auslegte (Taz, 19.7.95). Aus "Haß auf Ausländer" hatte er 17 Häuser in der Region - in Eßlingen, Rottweil, Villlingen-Schwenningen und Stuttgart - in Brand gesteckt und dabei teilweise auch auch Nazi-Flugblätter hinterlassen.

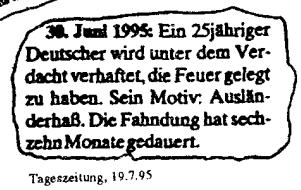
Dennoch erdreistete sich der ermittelnde Staatsanwalt Dieter Jung, die unverschämte Lüge vom angeblich nicht politisch motivierten Brandanschlag aufrechtzuerhalten. Der Nazi sei ein Einzelgänger mit "psychischen Problemen", weniger mit "einer gefestigten politischen Einstellung". Da der Nazi nicht von Anfang an in den von ihm angezündeten Häusern Nazi-Flugblätter auslegte, kam der Staatsanwalt zu der Schlußfolgerung, daß "die Brandstiftungen davor eindeutig keine politische Motivation" hatten (Stuttgarter Nachrichten, 19.7.95).



Stuttgarter Zeitung, 17.3.94

Frankfurter Rundschau, 17.3.94

Stuttgarter Zeitung, 18.3.94



Tageszeitung, 19.7.95

kannt, so mußte der Grevesmühlener Polizeisprecher dann doch zugeben, seien die drei Nazis der dortigen Polizei nicht, doch: "Es war aber eher das Übliche".[15]

Die Tatsache, daß der 26jährige René B., der 17jährige Maik W. und der 22jährige Heiko Patynowski in unmittelbarer Nähe des Brandorts aufgegriffen worden waren, wurde auf einmal zur bloßen "Neugier", um "mal zuzuschauen, wie so ein Haus abbrennt". Auch die Tatsache, daß sich am 18. Januar, dem "125. Jahrestag der Reichsgründung", im nahe gelegenen Hamburg in der Brandnacht Nazis zu einer "Gedenkveranstaltung" versammelt hatten, wurde sorgsam unter den Tisch gekehrt.

In den Hintergrund gerückt wurde auch die Tatsache, daß Nazi-Aktivitäten und -Anschläge in Lübeck nicht zu leugnen sind: Da war der antisemitische Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 25. März 1994, ein wiederholter Brandanschlag ein Jahr später am 7. Mai 1995, da war die Briefbombe vom 13. Juni 1995 gegen einen Stadtrat, der sich über den Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge empört hatte, da war eine Bombendrohung gegen die nach einem jüdischen Geschwisterpaar benannte Geschwister-Prenski-Schule, da gab es Drohungen gegen Lübecker Antifaschisten und Antirassisten, da waren Brandanschläge auf eine im Bau befindliche Unterkunft von Asylsuchenden, da war der versuchte Brandanschlag vor knapp einem Monat im Dezember 1995 auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße[16], da berichteten Bewohnerinnen und Bewohner des zweiten Lübecker Heimes für Asylsuchende "St. Gertrud", daß sie mit Drohbriefen belästigt und explodierenden Feuerwerkskörpern

vor dem Haus in Todesangst versetzt worden waren.[17]

Es ist eine dreckige Lüge, daß die drei bzw. vier zunächst Verhafteten "keine Ausländerfeinde" sind: Einer von ihnen bekannte sich zumindest mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln auch äußerlich zur Nazi-Ideologie, ein weiterer, Maik W., hatte im Juli 1995 wegen Nazi-Schmierereien bereits zwei Monate in Untersuchtungshaft abzusitzen.[18] Zur bis heute geheim gehaltenen Identität des vierten Nazis haben Lübecker Antifas den von ihnen auf der Pressekonferenz vom 21.1.1996 konkret geäußerten Verdacht, daß es sich um den Kader der Nazi-Organisation "Nationalistische Front" Daniel Eggers handelt.

Verhaftungen und Hausdurchsuchungen im Umfeld der aus Grevesmühlen, Zarnewenz und Boizenburg stammenden Nazis wurden erst gar nicht durchgeführt. Bei der Befragung nach Nazis und Nazi-Aktivitäten vor Ort erfuhren Fernsehreporter von grinsenden "Kameraden", so etwas gebe es hier nicht und - weiter grinsend - ihre Freunde hätten bestimmt nichts mit dem Brandanschlag zu tun. Der Presse gegenüber konnte der Chef des Grevesmühlener Jugendzentrums zwar "Pöbeleien gegen Ausländer" nicht leugnen, das sei für ihn aber nicht "unbedingt rechts". "Wir diskutieren darüber", so der O-Ton, "und dann ist das gut".[19]

Nazis aus Grevesmühlen waren schon 1992 bei den Nazi-Pogromen im nahe gelegenen Rostock beteiligt gewesen. Damals erklärten sie in einem von der ARD produzierten Dokumentarfilm:

"Es war einfach ein gutes Feeling..."

Ein Nazi-Skinhead: "Aber irgendwie müssen die doch raus, die Ausländer."

Seine Mutter: "Aber doch so nicht."

Nazi-Skinhead: "Wieso nicht?"

Seine Mutter: "Na, nicht mit Häuser anstecken. Die Häuser sind ja für niemanden mehr zu gebrauchen, weder für Deutsche, noch für Ausländer jetzt."

(HR-3-Sendung vom 23.1.1996 "Das starke Stück der Woche", ebenfalls zitiert in einem Flugblatt der Gruppe "Café Morgenland")

Ob die vier Verhafteten "nur" Schmiere standen, den Nazi-Brandanschlag selbst verübt oder sich vorher informiert das "Schauspiel nicht entgehen lassen wollten" - es liegt auf der Hand, daß die grinsenden Kameraden mehr wissen, als sie sagen, daß sie lügen und nicht ohne Grund.

Zur oraganisierten Nazi-Szene in Lübeck und Grevesmühlen

Im Flugblatt des *Lübecker Bündnisses gegen Rassismus* zur Demonstration in Lübeck am 20.1.1996 heißt es über die organisierte Nazi-Szene der Region:

"...In Grevesmühlen gibt es umfangreiche Aktivitäten von diversen Nazi-Organisationen, z.B. der Nationalistischen Front, dem Jungsturm und der NPD. In Lübeck gibt es ebenfalls NPD- und NF-Leute.

Vorsitzender der **NPD**-Lübeck ist **Wolfgang Schimmel** (wohnhaft in Bad Oldesloe), als **Mitglied der NF** ist uns **Dirk-Oliver Bollman** (als Aktivist des sogenannten Nationalen Einsatzkommandos) aus Scharbeutz bekannt. Eine gründliche Untersuchung des Brandes, ohne diese Personen zu durchleuchten, ist unglaubwürdig!..."

In einem Offenen Brief an die Bewohner von Grevesmühlen schreibt das Lübecker Bündnis außerdem:

"...Die Behauptung verschiedenster Persönlichkeiten der Stadt Grevesmühlen, in ihrer Stadt gebe es keine rechte Szene, ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Uns liegen dazu detallierte Informationen vor, die wir Ihnen an dieser Stelle gern zugänglich machen. Nach der uns vorliegenden Mitgliederliste der verbotenen Nationalistischen Front haben mindestens folgende Personen aus Grevesmühlen Konktakt zu dieser militanten Neonazi-Organisation:

Ahlgrimm, Daniel, *Grüner Ring 9, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,*
Dröse, Marcus, *Am Langen Stein 21, Grevesmühlen, in der NF-Datanbank geführt,*
Eggers o. Eckers, Daniel, *Kastanienallee 9, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,*
Mex, Alexander, *E.-Thälmann-Str. 136, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt.*
..."

Die dreiste Lüge mit dem "Das hätten die nicht schaffen können...."

Immer wieder wiesen die Ermittlungsbehörden darauf hin, daß die Unschuld der drei bzw. vier Nazis nicht nur durch deren eigene Aussagen, sondern auch durch "objektive Beweise" zweifelsfrei feststünde. Polizisten lieferten ihnen ihr "Alibi": Um "3.20 Uhr" hätten sie an einer "weit"[20], "relativ weit"[21] bzw. "entfernt gelegenen"[22] Tankstelle getankt, dies würde durch Zeugenaussagen belegt, das Auto sei von der Polizei beobachtet worden.[23] Deshalb, so der Lübecker Polizeidirektor, hätten sie die Fahrt von der Tankstelle bis zur Hafenstraße in den verbleibenden Zeit nicht schaffen können.[24]

Auch das ist eine Lüge. Tatsache ist, daß, so erklärte einer der vier verhafteten Nazis, Heiko Patynowski, in einem Interview, die Tankstelle 15 Kilometer vom Brandort entfernt lag.[25] Das Feuer ist dort gegen 3.40 Uhr ausgebrochen[26] und wer behauptet, daß 15 Kilometer mit dem Auto durch eine Kleinstadt mitten in der Nacht in 20 Minuten nicht zu schaffen sind, der lügt ganz einfach. Nicht umsonst war in der Presse zu lesen, daß drei der Verhafteten einer Polizeistreife wenige Minuten nach Ausbruch des Feuers hundert Meter vom Brandort entfernt aufgefallen seien, als sie in ein Auto stiegen.[27]

Das Drecksmanöver mit dem von "innen gelegten Brand"

Hieß es in den noch weitgehend ungefilterten und nicht "koordinierten" Erklärungen am Tage nach dem Brandanschlag bei der Staatsanwaltschaft, daß das Feuer an mehreren Stellen gleichzeitig ausgebrochen sei[28] und deckten sich diese Angaben auch mit den Beobachtungen von Feuerwehrleuten, die bei ihrer Ankunft mit den Löschwagen drei Brandherde beobachtet hatten[29], so behauptete die Polizei noch bevor die Brandschutzexperten überhaupt soweit vordringen konnten[30], die Ursache sei ein einziger Brandherd, den sie "im 1. Stock" vermutete.[31]

Ein Verwirrungspiel begann, der Lübecker Polizeidirektor verkündete: "Wir reden zur Zeit nicht mehr von einem Brandanschlag" und es werde in "alle Richtungen ermittelt"[32]. Von technischem Defekt, brennenden Zigaretten oder einem Bügeleisen war nun die Rede.[33]

Tatsache ist jedoch, daß Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingsheimes berichteten, in der Brandnacht Vermummte mit Molotow-Cocktails hantieren gesehen zu haben.[34] Eine Heimbewohnerin erklärt: "Ich habe zuerst Glas klirren hören ..."[35] Auch der Vater von Safoan Eid gab an, daß er in der Brandnacht ein Gartentor auf- und zugehen hörte. Danach habe es im Haus eine Explosion gegeben, außerdem habe er eine Chemikalie gerochen.[36]

Als "Beweis" dafür, daß "Fremde" das Feuer angeblich nicht haben legen können, präsentierte die Polizei dann eine verschlossene Haustür[37], eine Aluminiumtür, deren Milchglasscheibe, die zwei Drittel der Höhe der Tür maß[38], schon lange kaputt war, wie Bewohner des Heimes berichteten, so daß sich Fremde leicht haben Einlaß verschaffen können![39]

Die Notwendigkeit eigener Recherche und eigenständiger politischer Enthüllungen

Wenngleich für uns allein durch eine Zusammenstellung der Berichterstattung in den bürgerlichen Medien zweifelsfrei feststeht, daß es sich um ein Nazi-Massaker handelt, wenngleich wir von dieser Position auch nicht ab-

rücken, weil Staatsanwaltschaft und Polizei eine Lügengeschichte nach der andere servieren, so bleibt dennoch das Problem und die Aufgabe, ***mit eigenen Recherchen die Lügen und Betrugsmanöver dieses Staates noch klarer und deutlicher aufzudecken.*** Wir können ihn zwar nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, aber wir können ihn zwingen, immer krassere Lügen, immer absurdere Unwahrheiten zu verbreiten, so daß seine Lügenfratze immer deutlicher zum Vorschein kommt.

Das Nazi-Massaker von Lübeck hat aufs Neue gezeigt, daß Illusionen in diesen Staat, in seine Polizei und seine Justiz mehr als schädlich sind, daß die entschlossenen, konsequenten demokratischen und revolutionären Kräfte sich von seinen dreisten Lügen nicht in die Defensive drängen lassen dürfen und vor allem, daß auch jegliches Vertrauen darauf, daß die sich als "kritisch" verstehenden Presseorgane den Fall "schon aufdecken werden", völlig fehl am Platze sind.

Notwendig ist die Erkenntnis, daß - bei allen wirklichen, aber oft auch nur vorgeschobenen Unterschieden zwischen den verschiedenen Abteilungen der Armee von Redakteuren, Journalisten und Nachrichtenagenturen - alle nur jeweils andere Teile der Bevölkerung an sich binden und alle an einem ganz materiellen Strick von zehn bis zwölf großen Verlagen hängen. Die bürgerlichen Medien sind ein fester Bestandteil dieses reaktionären kapitalistisch-imperialistischen Systems, dienen ihm und haben vor allem und über allem die Funktion, dieses System zu sichern. Konkret für Lübeck bedeutet das:

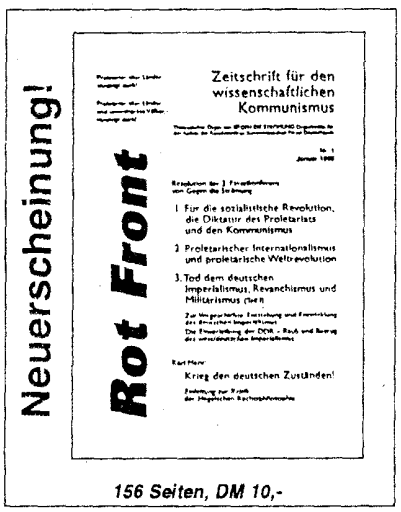
- Es ist die Aufgabe der demokratischen und revolutionären Kräfte, systematisch die Bewohnerinnen und Bewohner des Asylheimes selbst zu befragen, die Darstellungen von Safoan Eid herauszubekommen, die Ansichten seines Anwalts zu erfragen und sie in der Öffentlichkeit breit zu Wort kommen zu lassen. Schafft eine Gegenöffentlichkeit! Schafft eine Öffentlichkeit für die Verfolgten!

- Es ist die Aufgabe der gesamten antinazistischen Szene und im Falle des Lübekker Nazi-Massakers besonders der norddeutschen antinazistischen Kräfte, systematisch und eigenständig zu recherchieren, vorhandene Rechercheergebnisse zusammenzufassen und auszuwerten. Entlarvt die Lügen der bürgerlichen Medien!

Das Nazi-Massaker in Lübeck gibt eine Vorahnung davon, was neben dem staatlichen Terror - den tagtäglichen Massenabschiebungen, den Tausenden von Inhaftierten in den Abschiebegefängnissen - an alltäglichen Nazi-Angriffen und -Überfällen noch auf uns zukommen wird und wie solche Nazi-Verbrechen von diesem Staat und seiner Armee von Journalisten systematisch vertuscht und gedeckt werden.

Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren - das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben.

Gerade alle sich als kommunistische Kräfte verstehenden Gruppierungen und Gruppen gleich welcher Nationalität haben - ohne Vertuschung der vorhandenen Differenzen und bei offener und öffentlicher Debatte sämtlicher existierender ideologischer und politischer Gegensätze - die unbedingte Verpflichtung zum solidarischen Handeln, zur praktischen Solidariät. Das ist ein wesentlicher Gradmesser für die Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit einer jeden Genossin, eines jeden Genossen einer solchen Gruppierung.



156 Seiten, DM 10,-

88 Seiten, DM 5,-

☆☆☆

Quellen

(1) Die Welt, 24-1-1996, (2) Junge Welt, 24-1-96, (3) Lübecker Bündnis gegen Rassismus, "Weitere Informationen zu den Ermittlungen gegen Sarwan E., Februar 1996 und FR, 23-1-96, (4) Taz, 23-1-96, (5) Die Zeit, 26-1-96, (6) Spiegel, 5/96, (7) ZDF-Sendung "heute", 23-1-96, (8) Taz, 23-1-96, (9) Spiegel, 5/96, (10) Taz, 23-1-96, (11) Stern, 25-1-96, (12) Medien- und Verlagswerkstatt querblick, (13) Taz, 19-1-96, (14) Hamburger Morgenpost, 20-1-96, (15) FAZ, 19-1-96, (16) Junge Welt, 24-1-96, (17) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (18) Spiegel, 4/96, (19) Junge Welt, 22-1-96, (20) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (21) FR, 20-1-96, (22) Taz, 20-1-96, (23) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (24) Junge Welt, 20-1-96, (25) Spiegel, 4/96, (26) Taz und FR, 19-1-96, (27) FR, Badische Neueste Nachrichten, Junge Welt, 19-1-96, (28) Taz, Badische Neueste Nachrichten, 19-1-96, (29) FAZ, 20-1-96, (30) Hamburger Morgenpost, Junge Welt, 20-1-96, (31) Taz, 19-1-96, (32) Hamburger Morgenpost, 20-1-96, (33) Spiegel, 4/96, (34) Taz, 19-1-96, (35) Lübecker Nachrichten, 20-1-96, (36) Bild am Sonntag, 21-1-96, (37) Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21-1-96, (38) Lübecker Bündnis gegen Rassismus, "Weitere Informationen zu den Ermittlungen gegen Sarwan E., Februar 1996, (39) Junge Welt, 24-1-96.

☆☆☆

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/ 730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr.5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von "Gegen die Strömung" sind u. a. erhältlich:

*In **Berlin:** Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildhilstr. 5; in **Bochum:** UBU, Universitätsstraße 150; in **Bonn:** Buchladen Che & Chandler, Breite Straße 46; in **Dortmund:** Buchladen Taranta, Humboldtstr. 54; in **Duisburg:** Antiquariat, Pulverweg 33b; in **Frankfurt:** Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4; in **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15; in **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; in **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, in **Hannover:** Internationalismus Buchhandlung, Engelboster Damm 10; in **Herne:** Infoladen, Heinrichstr. 19; in **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; in **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernsteg; in **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; in **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41- 43; in **Stuttgart:** Buchhandlung Niedlich, Schmale Straße 9; in **Wolfsburg:** Infoladen Anna, Schachtstr. 31a.*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien vertuscht!

Die zentralen Gründe für die Vertuschungsaktion des deutschen Imperialismus:

1. Proteste antinazistischer Kräfte sollen schon im Keim erstickt werden.
2. Bei Polizei, Staatsanwaltschft, Geheimdiensten und Medien gibt es klammheimliche und auch offene Sympathie für nationalistische und nazistische Gesinnung. Die staatliche Unterstützung von Nazi-Aktivitäten ist seit dem Auffliegen des Nazi-V-Mannes bei den Solinger Nazi-Morden eine erwiesene Tatsache.
3. Und vor allem soll das "Ansehen Deutschlands in der Welt" nicht in "Verruf" geraten.

Die zentralen Lügen und Manöver zur Entlastung der Nazis:

1. Um die drei zunächst verhafteten Nazis freizulassen, präsentierte die Polizei ein Alibi und behauptete, die Wegstrecke von der Tankstelle (wo sie gesehen worden sein sollen) zum Brandort sei nicht zu schaffen! Das ist eine dreiste Lüge. Wahr ist, daß 15 Kilometer innerhalb von 20 Minuten nachts mit dem Auto sehr wohl zu schaffen sind. Und: schließlich sind Minuten nach dem Ausbruch des Feuers die Personalien der Nazis dort kontrolliert worden.

2. Um "Druck zu nehmen" wurde behauptet, daß die am Tatort verhafteten Nazis "keine Ausländerfeinde" seien. Das ist eine infame Lüge. Wahr ist, daß einer der vier - Maik. W. - im Juli 1995 bereits wegen Nazi-Schmiererein zwei Monate in U-Haft gesessen war und alle zur Nazi-Szene in Grevesmühlen gehören.

3. Um die Nazis zu enlasten und die Opfer zu beschuldigen, wurde behauptet, der Brand sei von "innen", also angeblich von einem der Hausbewohner selbst gelegt worden. Das ist ein Drecksmanöver. Wahr ist, daß die Glasscheibe der Alumuniumtür kaputt war und sich jeder ins Flüchtlingsheim Eintritt verschaffen konnte!

Die zentralen Lügen und Manöver zur Beschuldigung des Heimbewohners Safoan Eid:

1. Der angebliche "Streit zwischen Afrikanern und Arabern" ist eine Erfindung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Wahr ist, daß es im Flüchtlingsheim keinen solchen Streit gab, wie die afrikanischen Heimbewohner einmütig bezeugen.

2. Nach der Aussetzung von 50.000 DM Belohnung meldete sich - nach eineinhalb Tagen!!! - ein freiwilliger Sanitäter und beschuldigte Safoan Eid des Mordes und Mordversuches an der eigenen Familie. Wahr ist, daß Safoan Eid nicht "Wir waren es", sondern "Sie waren es" gesagt hat.

3. Ein weiterer Beweis dafür, daß Safoan Eid unschuldig im Gefängnis sitzt, ist die Tatsache, daß er in der Brandnacht nach Ausbruch des Feueralarms von anderen Hausbewohnern schlafend geweckt wurde.

☆ Kein Vertrauen in Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien! Die Nazi-Pest überall bekämpfen!

☆ Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten! ☆

☆ Sofortige Freilassung von Safoan Eid! ☆

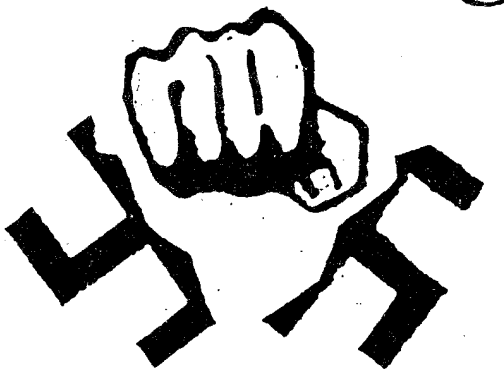
Quellen und Hintergrundinformationen im Flugblatt "Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck" von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Bestellung an: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt

Nicht vergessen, nichts vergessen!

Nazi-Massaker durch Brandanschlag in Lübeck!

Kein Vertrauen in diesen Staat, der Nationalismus, Rassismus und Nazismus schürt und schützt!

Doppelt und dreifach zurückschlagen!



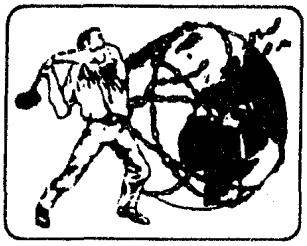
Für den gemeinsamen Kampf der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror!

"Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Plakat - das auf der 1. bundesweiten Demonstration zum Nazi-Massaker in Lübeck am 20.1.96 verteilt worden ist.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/96 März 1996

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!"

Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven

Als die Nachricht von den geplanten Massenentlassungen beim Vulkan-Konzern an die Öffentlichkeit durchsickerte, hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven die Schnauze voll. Arbeiterinnen und Arbeiter blockierten ab dem 19.2.96 die Werkstore, ja die Vulkan-Werft in Bremen wurde am 20.2.96 besetzt. Am Werkstor wurde ein Transparent angebracht: "Wir lassen diesen Betrieb nicht sterben, wir kämpfen!". Diese Blockaden und die Besetzung waren der Anfang von massiven Protesten und Kämpfen vor allem der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, die mehrere Tage andauerten.

Die verschiedenen Kampfformen, der faktische Abbruch der Kämpfe nach einigen Tagen, die sich ausbreitende Resignation, gepaart mit einer trügerischen Hoffnung, daß vielleicht doch noch "Rettung" von den Banken und bürgerlichen Politikern kommen könnte, die Führung der Kämpfe in den Händen falscher Freunde - dies alles zeigt die Stärken und Möglichkeiten, aber vor allem die Schwächen dieses ökonomischen Kampfes - und auch die Beschränktheit jedes spontanen Tageskampfes unter der Herrschaft des Kapitalismus.

Die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Abwiegelei der DGB- und IG-Metall-Führung

Am 19.2.96 war die Stimmung auf der Bremer Vulkan-Werft kämpferisch. 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich an der Betriebsversammlung, die Mehrheit war dafür, sofort eine Demonstration durchzuführen. Das war das Signal für die Abwiegelei der Gewerkschaftsbürokraten. Der Betriebsratsvorsitzende Hasso Kulla konnte die Blockade der Werkstore nicht verhindern, er hatte aber in anderer Hinsicht noch "Erfolg": mit Mühe konnte er die kämpferische Stimmung abwürgen, so daß die geplante Demonstration zunächst nicht stattfand (jw, 20.2.96).

Straßenblockade in Bremerhaven, 26.2.1996

Doch schon am 20.2.96 ließen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr einlullen trotz weiterer direkter Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie. Der Gesamtbetriebratsvorsitzende Karl-Heinz Schönberger log offen und unverschämt die Kolleginnen und Kollegen an, nachdem er als Mitglied des Aufsichtsrates den Beschluß des Vergleichsantrages der Bremer Vulkan-Werft am 20.2.96 mitbekommen hatte: es sei noch unklar, ob es zu Massenentlassungen kommen würde. Den Beschluß erwähnte er mit keinem Wort, um weitere Proteste und Widerstand möglichst zu unterbinden (jw, 22.2.96)! Trotzdem demonstrierten Tausende in Bremen und Bremerhaven, davon 4000 vor der Vulkan-Verwaltung in Bremen, für den Erhalt der Arbeitsplätze beim Vulkan-Konzern. In Bremerhaven besetzten 1500 Kollegen und Kolleginnen der Schichau Seebeckwerft vorübergehend den Hauptbahnhof.

Solidarität mit den gegen die deutsche Polizei kämpfenden Kurdinnen und Kurden!

Der polizeistaatliche Terror gegen den kurdischen Widerstand in Deutschland hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 15.3.96 war eine Demonstration in Dortmund anläßlich des Newroz-Festes und gegen das Verbot der kurdischen Organisationen in Deutschland geplant. Der Staat des deutschen Imperialismus bot dagegen ein riesiges Arsenal an polizeistaatlichem Terror auf: Verbot der Demonstration, Abriegelung der Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen und der Grenzübergänge zu den Niederlanden und nach Belgien durch Polizei und BGS, in vielen Städten Deutschlands wurden Kurdinnen und Kurden daran gehindert, zu der geplanten Demonstration nach Dortmund zu fahren, Bahnhöfe wurden abgeriegelt, Autobahnauffahrten kontrolliert, Busse gestoppt und am Weiterfahren gehindert etc. Insgesamt waren über 8500 Polizisten und BGS "im Einsatz", es wurden 2600 Kurdinnen und Kurden vorübergehend festgenommen, 2200 an den Grenzen abgewiesen.

Gegen diesen Polizeiterror leisteten tausende Kurdinnen und Kurden einen beeindruckenden militanten Widerstand. An den Grenzübergängen Emmerich-Elten und Aachen-Lichtenbusch kämpften jeweils 1500 Kurdinnen und Kurden stundenlang militant gegen die Polizei und besetzten aus Protest dagegen, daß sie nicht nach Deutschland einreisen durften, für mehrere Stunden die Grenzübergänge. Auch die Autobahnen A 48 bei Trier, A 61 bei Meckenheim, A 2 bei Gütersloh, A 44 bei Marsberg und A 1 bei Nonnweiler und Münster wurden kurzfristig blockiert. Trotz massivster Polizeisperren und -kontrollen schafften es dennoch 3800 Kurdinnen und Kurden, nach Dortmund zu gelangen, wo sie versuchten, eine Demonstration durchzuführen, was durch massives Polizeiaufgebot verhindert werden sollte. Bis zum Abend kämpften die kurdischen Demonstrantinnen und Demonstranten militant gegen die Polizei, die zeitweise über 1500 Kurdinnen und Kurden eingekesselt und festgenommen hatte. Am Abend konnte dann doch noch eine Demonstration in der Dortmunder Innenstadt durchgeführt werden. Insgesamt wurden über 400 kurdische Kämpferinnen und Kämpfer durch die deutsche Polizei verletzt.

Noch am selben Tag begann die antikurdische Hetze der bürgerlichen Politiker und Medien, es war in Goebelsscher Manier nur noch von "kurdischen Verbrechern" die Rede. CDU, FDP und SPD forderten ganz offen die sofortige Abschiebung "der Rädelsführer" in den Folterstaat Türkei. Schäuble geht sogar noch weiter - er will bei "Landfriedensbruch" sofort nach Festnahme durch die deutsche Polizei abschieben! Die Drohung mit Ermordung oder bestialischen Folterungen in der Türkei soll in Zukunft also immer öfter und vor allem schneller auch "praktisch" zum Einsatz kommen - so der Plan der deutschen Imperialisten! Die Verschärfung des eh schon zutiefst reaktionären "Ausländergesetzes", um noch brutaler gegen die in Deutschland lebende kurdische Bevölkerung und alle anderen Menschen aus anderen Ländern vorgehen zu können, ist ein weiterer reaktionärer Vorstoß der deutschen Imperialisten.

Diese weitere Verschärfung des polizeistaatlichen Terrors, diese immer reaktionärer werdende antikurdische Hetze muß mit aller Kraft von den demokratischen und revolutionären Kräften in Deutschland bekämpft werden, es gilt die Solidarität ganz praktisch werden zu lassen, die kurdischen Demokratinnen und Demokraten in ihrem Kampf gegen die deutsche Polizei auf der Straße nicht allein zu lassen, es gilt den Kampf gegen die verschärften Abschiebungen von Kurdinnen und Kurden zu organisieren und zu verstärken!

Aus dem Inhalt: **Interview mit dem Bruder von Safoan Eid ● Hattingen 1993 funktioniert wie die Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck 1996! ● Der Nazi-Terror geht weiter! ● Wie "taz" und "junge welt" im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen! ● Erklärung zur Besetzung der deutschen Botschaft in Mexiko!**

Der Nazi-Terror geht weiter!

Nach dem Nazi-Massaker von Lübeck verging und vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Menschen aus anderen Ländern von nazistischen Banden angegriffen werden - wie vor kürzem in Magdeburg, wo ein Mann aus dem Sudan schwer verletzt wurde -, es verging und vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte oder Wohnhäuser, in denen überwiegend Menschen aus anderen Ländern wohnen, oder Schändungen von jüdischen Friedhöfen verübt werden.

Auch in Lübeck gab es nach dem Nazi-Massaker in der Lübecker Hafenstraße erneut nazistische Anschläge:

29.2.96: Brandanschlag auf ein Wohnhaus in der Lübecker Innenstadt!

In der Nacht zum 29.2.96 brannte ein Wohnhaus in der Lübecker Innenstadt völlig aus. Die 29 Bewohnerinnen und Bewohner, darunter eine türkische und eine griechische Familie, konnten sich retten. In einem angrenzenden Durchgang wurden Hakenkreuzschmierereien gefunden, die laut einer Bewohnerin erst in der Nacht des Anschlages entstanden sein können. Auch in diesem Fall geht die Polizei ähnlich vor wie bei dem Nazi-Massaker eineinhalb Monate zuvor: es wird versucht, den Nazi-Anschlag zu vertuschen. Die Polizei beauftragt Feuerwehrleute, die Hakenkreuze zu beseitigen. Als diese sich weigern, übernimmt die Polizei selbst die "Arbeit"!

8.3.1996: Schändung eines jüdischen Friedhofes in Lübeck!

Auf Grabsteine, die Wände der jüdischen Synagoge auf dem Gelände des Friedhofes und auf ein Nebengebäude wurden Hakenkreuze geschmiert sowie die Initialen der nazistischen "FAP"! Die Nazis konnten unerkannt entkommen (Lübecker Nachrichten, 8.3.96).

Hakenkreuzschmierereien auf dem jüdischen Friedhof in Lübeck!

23.3.1996: Hakenkreuzschmierereien am niedergebrannten Flüchtlingswohnheim in der Lübecker Hafenstraße!

Um ca. 15.00 kommt die Demonstration gegen rassistische Ermittlungen, für die Freilassung von Safoan Eid am ehemaligen Flüchtlingswohnheim an: eine Seitenwand und die Vorderseite des Hauses sind mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert! Die Polizei macht keinen Finger krumm, stattdessen bedroht sie die Demonstration mit großem Aufgebot. Ein Demonstrant übermalt die nazistischen Schmierereien.

Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren - das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben!

Nichts vergessen, nichts vergeben!

Am 21.2.96 demonstrierten in Bremen 6000 Beschäftigte der Bremer Vulkan-Werft, Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe und Schülerinnen und Schüler. Zum ersten Mal solidarisierten sich die Kolleginnen und Kollegen eines Vulkan-Betriebes in Rostock, es wurde eine Demonstration von mehreren tausend Menschen für den Erhalt der Arbeitsplätze beim Vulkan-Konzern durchgeführt.

Am 22.2.96 fand die größte Demonstration in der Geschichte von Bremerhaven statt. 20.000 gingen auf die Straße, viele davon Kolleginnen und Kollegen aus den Werften und von Zulieferbetrieben. Angestellte, Schülerinnen und Schüler, die sich mit dem Kampf der Werftarbeiterinnen und -arbeiter solidarisierten. Doch so positiv dies war, so negativ muß bewertet werden, wie und wer diese Demonstration organisiert hatte: Gewerkschaftsführung und Kapitalisten Hand in Hand unter dem Motto "Eine Stadt steht auf!" und "Wir sitzen alle im selben Boot" (Nordsee-Zeitung, 21.2.96). Unter den Demonstranten und Rednern waren u.a. auch solche reaktionären Figuren wie der Vorstandsvorsitzende des Vulkan-Konzern, Hennemann (SPD) oder der Bremer Bürgermeister Henning Scharf (SPD), die maßgeblich mitschuldig sind an den drohenden Massenentlassungen beim Vulkan-Konzern.

Systematisch wurde von der Gewerkschaftsführung das Abwürgen der Kämpfe vorbereitet, es wurden Illusionen in die Kapitalisten, in eine mögliche "Lösung" zusammen mit den Kapitalisten und bürgerlichen Politikern geschürt - all dies zeigte seine Wirkung bei den Kolleginnen und Kollegen. Einige Beispiele: IG-Metall-Chef Zwickel entblödete sich nicht als am 24.2.96 die Schichauwerft und Loydwerft einen Vergleichsantrag stellten folgende „Lösung" zu präsentieren: Mehr Einfluß für die Aufsichtsräte (taz, 24./25.2.96)! Das liegt ganz auf der Linie des "Bündnisses für Arbeit" der IG-Metall-Führung, einer besonders ekelhaften Variante der Philosophie der "Sozialpartnerschaft", sprich: Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsführung, und des Positionspapiers der IG-Metall-Küste für ein "Norddeutsches Bündnis für Arbeit". IG-Metall-Bezirksleiter Teichmüller, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender beim Vulkan-Konzern, legte seine "schützende Hand" über die Kapitalisten, indem er eine Mitverantwortung des Aufsichtsrates für die drohenden Entlassungen ablehnte (taz, 26.2.96).

Nach dem 22.2.96 war dann der Widerstand und Kampf am Abbröckeln, die Illusionen in den bürgerlichen Staat und die Politiker des deutschen Imperialismus gewannen immer mehr die Oberhand. Ein besonders geschickter Schachzug, um die Kämpfe abzuwürgen und neue Illusionen zu schüren, war die am 26.2.96 erfolgte öffentliche Bekanntgabe, daß die Löhne für die Werften in Bremen und Bremerhaven durch Bankkredite bis April 1996 gesichert seien.

Aber auch nach diesem Manöver gab es noch einige wichtige Aktionen: Am 25.2.96 besetzen 100 Kollegen und Kolleginnen in einer Blitzaktion vorübergehend den Betrieb der Neptun Techno in Rostock. Am 26.2.96 blockierten 200 Arbeiterinnen und Arbeiter einer Bremerhavener Vulkan-Werft das Stadtzentrum und legten damit eine halbe Stunde den Verkehr lahm. Kolleginnen und Kollegen der Geeste Metallbau, die zum Vulkan-Konzern gehört, solidarisierten sich und blockierten mit einer Kundgebung vor dem Arbeitsamt in Bremerhaven Zufahrtstraßen zur Innenstadt und zur Autobahn. Als am 29.2.96 öffentlich bekannt wurde, daß der Betrieb Dörries Scharmann in Mönchengladbach, der zum Vulkan-Konzern gehört, Vergleich beantragt hat und die Entlassung von 1626 Kolleginnen und Kollegen droht wurde noch am selben Tag eine Mahnwache vor dem Betrieb eingerichtet und eine Demonstration durchgeführt. Werftarbeiter bei Blohm + Voss Hamburg und HDW Kiel haben Demonstrationen zur Unterstützung des Kampfes der Vulkan-Werften durchgeführt.

Auf die eigene Kraft vertrauen!

Die Gewerkschaftsfürsten des DGB und der IG-Metall hatten die Kämpfe in Bremen und Bremerhaven weitgehend im Griff und haben sie abgewürgt. Es gibt unzählige weitere Beispiele seit der Gründung des DGB, wo die DGB- Fürsten und ihre Handlanger sich als Streikverhinderer, Streikbrecher, als Abwiegler, Heuchler und Lügner erwiesen haben - es sei nur an den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der AG Weser Werft von 1983, an den Kampf in Rheinhausen 1988 oder den Streik im öffentlichen Dienst von 1992 erinnert.

All diese Beispiele zeigen: Wer den Gewerkschaftsspitzen, ihrem Apparat traut, ja sich auf diesen stützt, kann nur von einer Niederlage in die nächste Niederlage geraten. Durch ihren ganzen technischen Apparat, ihre finanziellen Mitteln, durch ihre Verbindungen und ihr Netz von berufsmäßigen Gewerkschaftsführern gelingt es ihnen immer wieder, sich in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter an die Spitze zu setzen und sie wie auf Knopfdruck wieder abzuschalten, wenn es diesen Herren und ihren Auftraggebern, den deutschen Imperialisten, opportun erscheint. Dieses "Spielchen" dient einerseits dazu, "Dampf abzulassen", damit die Empörung und Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht so groß wird, daß sie außer Kontrolle geraten. Andererseits soll damit aber ein Gefühl der Ohnmacht und Enttäuschung verbreitet werden. Durch diese demoralisierende Wirkung werden kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter zermürbt, fertiggemacht und von künftigen Kämpfen abgehalten!

Wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, wirkliche starke Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Massenentlassungen und Lohnraub erfordern, daß - unter Ausnutzung aller möglichen Positionen innerhalb der Gewerkschaft, ohne Illusion in deren Führung und Apparat - eigenständige Organisationsstrukturen gegen die DGB-Führung und ihren Apparat im Kampf und für den Kampf geschaffen werden, daß auf die eigene Kraft vertraut wird.

Betriebsbesetzungen, Blockaden und Demonstrationen gilt es wieder aufzunehmen und auszuweiten, um wirklichen Druck zu erzeugen, um dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen. Alle Spaltungsversuche der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung - vor allem durch deutschen Chauvinismus in deutsche und Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern - müssen angeprangert und entschieden bekämpft werden. Es ist notwendig, daß deutsche und Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen. Es ist wichtig, die Kontakte zu anderen Betrieben auszubauen, gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen.

Gleichzeitig muß ein Kampf um die Köpfe der Kolleginnen und Kollegen geführt werden, vor allem gegen das Gift des deutschen Chauvinismus, die Ideologie der Klassenversöhnung, die Illusionen in die bürgerlichen Politiker und die verfluchte deutsche Staatsgläubigkeit.

Interview mit Mohammed Eid, dem Bruder von Safoan Eid!

Wie geht es den Bewohnerinnen und Bewohnern jetzt nach dem Brand. Wie viele sind noch im Krankenhaus, wieviele sind noch schwer verletzt?

Mohammed:

Meine Mutter und mein Bruder sind noch schwer verletzt. Eine Frau aus Liberia, sie hat zwei Kinder, liegt auch immer noch im Krankenhaus und ist schwer verletzt. Die Familie Omari ist auch schwer verletzt. Auch die anderen Bewohner vom Haus sind zwar schon aus dem Krankenhaus entlassen, aber sie sind immer noch verletzt. Ein Mann hat einen Schock, seit dem Brand hat er fast kein Wort geredet, es geht ihm sehr schlecht, er kann seine Hände und Füße nicht richtig bewegen. Bei dem Brand ist er aus dem Fenster gesprungen und hat seine Frau getragen.

Wir finden es großartig und sehr mutig, daß die Bewohnerinnen und Bewohner sich trotz ihrer schwierigen Lage nicht haben spalten lassen von der Polizei und der Justiz. Wir haben gehört, daß der deutsche Staat nun versucht, die Bewohnerinnen und Bewohner, die ja mit Safoan solidarisch sind, mundtot zu machen, indem sie sie abschieben. Wie ist die Situation von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hafenstraße heute? Ist jemand von Abschiebung bedroht? Gibt es schon Abschiebebescheide oder sogar Inhaftierungen in Abschiebehaft?

Mohammed:

Wir alle, alle Bewohner sind immer noch von Abschiebehaft und Abschiebung bedroht. Wir haben immer noch kein gesichertes Aufenthaltsrecht hier in Deutschland. Im Moment ist noch ein Mann aus Afrika, er heißt Victor Atey, in Abschiebehaft. Er war zwar nicht in der Neuen Hafenstraße gemeldet, aber war in der Nacht des Brandanschlages dort, mußte aus dem Fenster springen und hat sich verletzt. Die Behörden sagen nach wie vor, meine Familie ist ausreisepflichtig und der Brandanschlag hat damit nichts zu tun. Die Behörden haben auch einen Brief an die libanesische Botschaft geschrieben, in dem sie schreiben, daß dieser Libanese wissen muß, daß er ganz schnell abgeschoben wird.

Wir denken, daß der deutsche Staat das Nazi-Verbrechen in Lübeck mit allen Mitteln vertuscht. In der Presse konnten wir lesen, daß die Polizei und Staatsanwaltschaft die Bewohner bei den Verhören als Zeugen massiv unter Druck gesetzt hat. Gleich nach dem Brandanschlag sei auf ihre Verletzungen und Belastungen keine Rücksicht genommen worden, und später gab es stundenlange Verhöre auch mitten in der Nacht? Können Sie dazu etwas sagen?

Mohammed:

Wir wurden schlimmen Verhörmethoden unterzogen. Wenn einer der Bewohner bei den Verhören z.B. ausgesagt hat, daß er vor dem Brand einen Knall gehört hat, dann kam von der Polizei gleich: Nein, das war kein Knall, die Brandursache kam nicht von außerhalb, der Brand wurde im Haus gelegt.

Also hat die Polizei immer versucht, die Aussagen der Bewohner in eine bestimmte Richtung zu lenken?

Mohammed:

Ja. Und dann haben sie immer gleich gefragt, mit wem hast Du Dich nicht gut verstanden, mit wem hast Du Streit gehabt. Sie haben gefragt, wo wir uns normalerweise aufgehalten haben, wohin wir gegangen sind, also Dinge aus dem Privatleben. Ich wurde z.B. nachts zum Verhör abgeholt, ein Verhör von 24.00 Uhr bis 3.00 Uhr nachts. Sie haben uns direkt aus dem Krankenhaus zum Verhör abgeholt. Auch Kinder wurden verhört wie Erwachsene.

Wir denken, daß die bürgerlichen Medien den Nazi-Hintergrund massiv geleugnet und vertuscht haben und nicht das geringste Interesse besitzen, daß die Wahrheit ans Licht kommt. Wie wurden die Bewohnerinnen und Bewohner von den bürgerlichen Medien behandelt?

Mohammed:

Wir sind von den Zeitungen oft um Interviews gebeten worden. Aber was wir tatsächlich gesagt haben, wird in den Zeitungen oder im Fernsehen nicht gebracht. Sie bringen dann Dinge, die wir gar nicht gesagt haben. Alles, was wir gesagt haben, sieht dann in der Presse plötzlich ganz anders aus und wird gegen uns gedreht, damit die Wahrheit nicht herauskommt.

Demonstration in Lübeck am 23.3.1996

Das ist also wie jetzt der Versuch von den "Lübecker Nachrichten". Die haben ja gerade behauptet, daß Herr Makudila, dessen ganze Familie bei dem Brand ermordet worden ist, gegen ihren Bruder als Nebenkläger auftreten will.

Mohammed:

Ich weiß nicht, worum es da geht. Aber ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß Herr Makudila nicht gegen uns gesprochen hat, überhaupt nicht. Das hat nur die Zeitung so berichtet. Die haben das dann als kleine Randnotiz in ihrem Artikel gebracht. Nur ein, zwei kurze Sätze. Wenn Herr Makudila wirklich etwas gegen uns gesagt hätte, dann hätte die Zeitung eine riesige Schlagzeile daraus gemacht. Das war sofort mein erster Eindruck. Tatsächlich sagt Herr Makudila, er vertraut der Polizei bei dem, was sie macht - ich für meinen Teil habe eine andere Meinung - und er will als Nebenkläger auftreten. Ich werde natürlich auch Nebenkläger sein im Prozeß gegen die wirklichen Verbrecher, weil ich sicher weiß, daß mein Bruder das nicht gemacht hat.

Die Medien versuchen also, die Bewohnerinnen und Bewohner gegeneinander auszuspielen und einen Keil zwischen sie zu treiben?

Mohammed:

Die Presse versucht, uns gegeneinander aufzubringen, aber zum Glück werden sie das nicht schaffen, denn die Bewohner werden nicht vergessen, wie wir tatsächlich miteinander gelebt haben. Sie werden es nicht schaffen, daß alle vergessen, wie das Miteinander, die Freundschaft unter den Bewohnern war. Wir konnten unsere Probleme zusammen reden, die Kinder haben zusammen gespielt, die Erwachsenen haben zusammen Fußball gespielt.

Der Staatsanwalt hat einen Zeugen präsentiert, der für seine Aussage möglicherweise 50.000 DM erhalten wird. Diese Aussage ist der einzige angebliche Beweis gegen Safoan. Wer ist eigentlich in der Brandnacht mit Safoan Eid im Krankentransporter noch gesessen, in dem auch der Zeuge, der Sanitäter, war, der Safoan heute belastet?

Mohamed:

Mehrere Verletzte waren vorne gesessen, ich auch und mein Bruder. Nach zwei, drei Kilometern hat Safoan vom Krankenwagen aus einen Verwandten auf der Straße gesehen und ihm gewunken. Mein Bruder ist dann nach hinten in den Krankenwagen gegangen, um ihm zu winken. Dann ist er hinten im Wagen gesessen. Dann ist mein anderer Bruder Gasban nach hinten gesessen zu meinem Bruder. Dann ist der Sanitäter zu meinem Bruder und hat ihn am Ohr behandelt. Nachdem der Sanitäter meinen Bruder so eine Minute am Ohr behandelt hat, dann hat eine Frau geschrien, daß sie keine Luft mehr bekommt. Dann ist der Sanitäter dort hin, er war immer beschäftigt und ging hin und her. Mein Bruder hat mir erzählt, daß sie sich mit dem Sanitäter gar nicht unterhalten haben. Safoan und mein anderer Bruder haben sich unterhalten, ob unsere Unterkunft und wir nun auch Opfer von einem Nazi-Anschlag geworden sind. Dabei fielen die Worte "Wer war es?", "Wer kann so etwas tun?" "Ja, sie waren es!". Außerdem war auch ein Polizist im Krankenwagen. Wenn mein Bruder wirklich gesagt hätte "Wir waren es", warum haben sie ihn dann nicht gleich festgenommen? Aber was der Sanitäter sagt, daß stimmt nicht. Mein Bruder hat gesagt "Die waren es" und nicht "Wir waren es".

Das Interview wurde von Freunden des Buchladen Georgi Dimitroff am 9.3.1996 durchgeführt.

Die Atmosphäre ist im Moment noch so, daß vor allem die Nazi-Parteien die Aufgabe übernehmen unter ihren Parolen "Ausländer raus!" und "Arbeitsplätze nur für Deutsche!" offen Pogrome gegen Menschen, die sie als "undeutsch" bezeichnen, zu schüren und dazu aufzurufen - oftmals versteckt, indirekt und teilweise auch offen unterstützt von bürgerlichen Politikern und Medien. Diese Tatsache darf jedoch keineswegs dazu führen, das chauvinistische Potential der DGB-Führung und ihrer Handlanger zu unterschätzen, die mit Hilfe ihres DGB-Apparates in der Lage sind, in kürzester Zeit deutschchauvinistische, rassistische pogromartige Kampagnen gegen Werktätige aus anderen Ländern zu entfachen, wenn ihre Herren, die deutschen Imperialisten, die Zeit für gekommen halten!

Ein entscheidendes Merkmal, ob in einem Tageskampf wirklich dem deutschen Chauvinismus der Kampf angesagt wird, ist ob die internationalistische Solidarität, das internationalistische Element tatsächlich gefördert, verstärkt und ausgeweitet wird.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlicher Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf aufbauen und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt - das ist der einzig mögliche Weg im Kampf gegen Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung.

Das kapitalistische System ist die Ursache von Massenentlassungen und Erwerbslosigkeit!

Um den Kampf auf den Werften in Bremen und Bremerhaven zu desorientieren, abzuwürgen und seine Radikalisierung zu verhindern, wurde ein altbewährtes Verwirrspiel durch die bürgerlichen Medien und Parteien, durch die Gewerkschaftsführung inszeniert. Die CDU, FDP und die Grünen behaupteten die SPD sei Schuld an den drohenden Massenentlassungen, die Treuhand zeigt mit dem Finger auf den Vorstandsvorsitzenden Hennemann, die Gewerkschaftsführung nennt den Namen Commerzbank,

deutsch-chauvinistische "Argumente" verweisen auf die Konkurrenz aus Südkorea und Japan, die die deutschen Werften angeblich kaputtmachen würden - so ungefähr war die Palette.

All dies verschleiert die wirklichen Ursachen, die keineswegs nur bei einzelnen Teilen, politischen Abteilungen wie den bürgerlichen Parteien bzw. ökonomischen Instrumenten oder einzelnen Figuren des kapitalistisch-imperialistischen System zu finden sind, sondern das System als ganzes ist die Ursache!

Marx bewies in seinem Werk "Das Kapital":

> **"Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser (kapitalistischen A.d.V.) Produktionsweise"**
> (K. Marx, "Das Kapital", 1867, Band 1, Marx-Engels Werke Band 23, S. 647)

Das ökonomische Grundgesetz besteht im Imperialismus, dem höchsten Stadiums des Kapitalismus, in der Sicherung des Maximalprofits des Finanzkapitals durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Werktätigen des "eigenen" Landes, durch Versklavung und Ausplünderung der Völker anderer Länder, insbesondere der vom Imperialismus abhängigen Länder, und durch immer weitergehende Militarisierung, durch imperialistische Kriege, die der Sicherung der Maximalprofite dienen. Unter diesem Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenzug: ein Kapitalist schlägt viele andere Kapitalisten tot, d.h. im Kampf auf Leben und Tod die Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger werden. Da die Einführung immer neuerer und produktiverer Techniken für jeden Kapitalisten im Kampf gegen den kapitalistischen Konkurrenten zwingend ist, *um möglichst maximalen Profit zu erzielen*, da also der Anteil der Kosten für Maschinen (konstantes Kapital) gegenüber den Kosten für eingestellte Arbeiterinnen und Arbeiter (variables Kapital) beständig steigt und steigen muß, also beständig weniger Arbeiterinnen und Arbeiter mehr produzieren, sind Massenentlassungen, Erwerbslosigkeit und damit die immer weitere Verelendung der breiten Massen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Überproduktion von Waren, die auf dem kapitalistischen Markt nicht abgesetzt werden können, eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise.

Diese Gesetze bestimmen auch den "Fall Vulkan". Es geht angesichts einer Überproduktionskrise in den hochindustriealisierten imperialistischen Ländern von ungeheurem Ausmaß (erinnert sei nur an den "Milch- und Fleischberg", der in Westeuropa angehäuft wurde und wird) um Rationalisierung zwecks Profitmaximierung durch Stillegung unrentabler Bereiche und Betriebe des Vulkan-Konzerns.

"Arbeitslosigkeit" - ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten

Erwerbslosigkeit wird offiziell vom deutschen Staat und seinen Repräsentanten als "Arbeitslosigkeit" bezeichnet. *Damit wird vertuscht, daß für alle Werktätigen Arbeit genug da ist, daß nicht Arbeit fehlt, sondern die Erwerbsmöglichkeiten!*

In Deutschland hat laut offiziellen Statistiken die Erwerbslosigkeit die 4 Millionen Grenze überschritten. In Wirklichkeit sind es noch einige Millionen mehr, denn diese Statistiken fälschen ganz gezielt und bewußt die Zahlen. Vor allem die längere Zeit Erwerbslosen, die kein Erwerbslosengeld mehr bekommen, Frauen, die längere Zeit keine Arbeit mehr angenommen haben, Kurzarbeiter- und arbeiterinnen, *Werktätige aus anderen Ländern, die angesichts* der zunehmenden Erwerbslosigkeit gezwungen werden in ihre Heimatländer zurückzukehren, frühzeitige Rentner und Jugendliche, die nach der Schulausbildung "Weiterbildung" oder ähnliches absolvieren - sie alle werden einfach nicht mitgezählt, um zu beschönigen und das ganze Ausmaß der immer weiter voranschreitenden Verelendung zu vertuschen. Das heißt jedoch nicht, daß der deutschen Bourgeoisie die Existenz von Erwerbslosigkeit, einer industriellen Reservearmee, unrecht oder gleichgültig wäre. "Arbeitslosigkeit" ist gerade auch für die deutsche Bourgeoisie ökonomisches, politisches und ideologisches Mittel zur Sicherung und Festigung ihres Ausbeuterparadieses.

Einerseits dient sie als "Menschenreservoir", das nach belieben entsprechend den Notwendigkeiten der kapitalistischen Profitmaximierung in diese oder jene neuen Produktionsvorhaben geworfen werden kann, ohne das die kapitalistische Mehrwerproduktion unterbrochen werden muß.

Andererseits ist sie ein wichtiges Instrument der Diktatur der Bourgeoisie, um ihre reaktionäre Politik von "Teile und Herrsche" durchzusetzen. Die Erwerbslosigkeit ist ein Hebel für die Verschärfung und Intensivierung der Ausbeutung der noch in der Produktion stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter, für Lohndrückerei durch die Drohung mit Entlassung, die angesichts des Erwerbslosenheeres besonders große Wirkung zeigt.

Die Drohung mit Massenentlassungen, Teilentlassungen, um die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen, sind ein wichtiger Hebel der Diktatur der Bourgeoisie, Tageskämpfe gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten, insbesondere Streikkämpfe schon im Keim zu ersticken.

Mit zunehmender Erwerbslosigkeit werden die Versuche der deutschen Bourgeoisie verstärkt, die Erwerbslosigkeit zur Schürung nationaler Widersprüche, insbesondere des deutschen Chauvinismus, zu

Hattingen 1993 funktioniert wie die Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1993, eine Woche nach den Nazi-Morden in Solingen, brennt das Haus der türkischen Familie Ünver in Hattingen vollständig aus. Die Mutter mit ihren 5 Kindern kann sich aus dem Haus retten. Zunächst beginnt die Fahndung nach mehreren Männern, die ein Nachbar zur Tatzeit weglaufen sah; nach wenigen Tagen wird sie bereits wieder eingestellt. Nun läuft es wie in Lübeck 1996 ab: Die Frau wird von Staatsanwaltschaft, Polizei und bürgerlichen Medien als "Täterin" präsentiert, das konstruierte, völlig absurde "Motiv" lautet: Sie wollte das Geld kassieren, das nach dem Brand von der Bevölkerung gespendet würde! Eindeutige Einbruchspuren am Haus, die Zeugenaussagen von Frau Ünver, sie habe einen Mann vor dem Brand im Haus gesehen und dem Nachbarn werden als unglaubwürdig hingestellt. Durch die Beschreibung des Nachbarn wurde ein markantes Merkmal eines der beobachteten Männer bekannt: ein im Hinterkopf einrasierter Winkel. *Als sich aufgrund der in der Presse* veröffentlichten Beschreibung eine Frau meldet, sie habe einen Mann in einer Kneipe gesehen, auf *den die Beschreibung paßt, muß auch die Polizei* der Sache nachgehen. Das Ergebnis: Die Kneipe ist polizeilich als Treffpunkt der nazistischen REP's bekannt, der Wirt gibt sich selbst als REP-Mitglied zu erkennen und beteuert - wie auch der REP-Chef des Kreises Hattingen -, daß es bei ihnen niemand gebe, auf den die Beschreibung passe. Die Polizei gibt sich damit zufrieden und stellt die Ermittlungen in diese Richtung ein! Ein weiterer Hinweis stößt die Polizei auf drei Männer, von denen einer offen zugibt, er habe sich am Tag nach der Brandnacht die Haare geschnitten! Kein Nachfragen der Polizei, Ermittlungen beendet! Begleitet werden diese polizeilichen Vertuschungen von einer Berichterstattung der bürgerlichen Medien, die Frau Ünver als Täterin verurteilen und sogar nicht davor zurückschrecken, einen FAP-Nazi zu präsentieren, der "bezeugt", daß es in Hattingen keine Nazi-Aktivitäten gäbe, denn er würde seine Aktivitäten woanders durchführen! (Wochenpost, 26.6.1993)
(Quelle: Broschüre der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen)

Am 20.2.1996 beginnt schließlich der Prozeß gegen Frau Ünver, die Staatsanwaltschaft fordert zweieinhalb Jahre auf Bewährung. Aufgrund der doch zu fadenscheinigen, zu offensichtlichen Lügen und Verdrehungen der staatsanwaltschaftlichen Anklage muß das deutsche Gericht Frau Ünver am 19.3.96 freisprechen, betont aber in der bisherigen Tradition der staatlichen Vertuschungsmanöver, daß die Ermittlungen der Polizei in Richtung Nazi-Szene nicht nachlässig gewesen wären! (FR, 20.3.96) Das ist ein Freibrief dafür, daß es auch in Zukunft keinerlei Ermittlungen in Richtung Nazi-Anschlag geben wird, das die nazistischen Täter weiter frei herumlaufen werden!

Auch dieses Beispiel zeigt ebenso wie die staatlichen Lügen und Manöver zur Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck:

Es ist eine dringende Aufgabe der gesamten antinazistischen Kräfte, systematisch und eigenständig zu recherchieren, vorhandene Rechercheergebnisse zusammenzufassen und auszuwerten, die Lügen von Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerlichen Medien zur Vertuschung von Nazi-Anschlägen zu entlarven!

Veranstaltung

Lübeck, Hattingen...:
Die Opfer als Täter? Geschichte einer deutschen Entlastung

mit: Vertreterin der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen

Wolfgang Heiermann (Rechtsanwalt der Familie Ünver)

MitarbeiterInnen des Antirassistischen Telefons aus Hamburg

Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen Altenessen

Zeit: Montag 22. April, 20 Uhr

Veranstalter: Zeche Carl, Antifaschistisches Forum, Forum für Internationale Friedensarbeit

Die Broschüre der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen (22 Seiten) kann für 2 DM beim Buchladen Georgi Dimitroff, Kobienzerstr.4, 60327 Frankfurt/Main bestellt werden.

Besetzer der deutschen Botschaft in Mexico City auf Bitte des deutschen Imperialismus von Polizeieliteeinheiten gewaltsam geräumt! Deutsches Konsulat in Acapulco immer noch besetzt!

"Die deutsche Regierung hat sich zum Komplizen der mexikanischen Regierung und ihrer Terrorpolitik gegen das Volk gemacht!"

Vorbemerkung

In einem Fax baten uns die Genossinnen und Genossen des Movimiento Democrático Independiente Mexicano, die Aktion und die Forderungen der Bevölkerung von Guerrero möglichst breit bekannt zu machen und gegen die Komplizenschaft der deutschen Diplomaten, auf deren Bitten die deutsche Botschaft geräumt wurde, zu protestieren. Abschließend heißt es in dem Fax:

"Für das Volk von Mexiko ist es von grundlegender Bedeutung, daß das Massaker von Aguas Blancas nicht ungestraft bleibt. Der mexikanische Staat soll wissen, daß er mit dem Protest der Völker der Welt zu rechnen hat."

Nachfolgend drucken wir die ***Erklärung des Movimiento Democrático Independiente Mexicano*** *zur Besetzung der Botschaften und Konsulate von Deutschland, Italien und Norwegen am 11. März 1996 in unserer Übersetzung ab:*

"Genossinnen und Genossen,

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte um Unterstützung bei dieser dringenden Sache. Wie Ihr wißt, hat die Landesregierung des Bundesstaates Guerrero am 28. Juni 1995 in der Nähe der Gemeinde Aguas Blancas im Municipio-Distrikt Coyuca de Benítez eine Gruppe von Bauern, die der Organización Campesina de la Sierra Sur (OCSS) angehörten, niedermetzeln lassen. 17 unbewaffnete Bauern wurden ermordet, 14 erlitten schwere Verletzungen. Dieses unbeschreibliche Verbrechen wurde von den allerhöchsten Behörden des Bundesstaates Guerrero mit dem Gouverneur Rubén Figueroa Alcocer an der Spitze sorgfältig geplant.

GEGEN DIE STRÖMUNG

Es lebe die Revolution in Mexiko!

Dieses feige Verbrechen hat bei den Volksorganisationen in ganz Mexiko überall Empörung ausgelöst. In Guerrero fand eine Vielzahl von Protestaktionen statt, bei denen die Absetzung des mehrfachen Mörders Figueroa gefordert wurde. Außerdem wurde ein politischer und strafrechtlicher Prozeß gegen ihn sowie gegen alle hohen Staatsbeamten und die direkten Verantwortlichen des Verbrechens verlangt.

Es gibt eindeutige Beweise gegen Figueroa. Als er einen Tag nach dem Massaker von einem Journalisten zu den Vorfällen befragt wurde, gab er außerdem die zynische Bemerkung ab: „Sie wollten Krieg und den haben sie bekommen." So dreist und unverschämt waren seine ganzen Erklärungen, die er zu Beginn abgab. Wie gesagt, trotz allem stellte sich die mexikanische Regierung schützend vor diesen Mörder und versuchte angesichts der Proteste im In- und Ausland, mit verschiedenen Mitteln die Aufmerksamkeit von Figueroa abzulenken: Die Bestellung eines extra beauftragten Staatsanwalts zur Untersuchung der „Vorfälle". Dieser Staatsanwalt wurde von Figueroa selbst ernannt. Dann die Verhaftung mehrerer an dem Gemetzel beteiligter Polizisten (zur Erinnerung: über 200 Angehörige verschiedener Polizeiverbände von Guerrero waren an dem Massaker beteiligt, letztendlich verurteilt wurden nur 12) sowie einiger zweitrangiger Beamter.

Dieser Staatsanwalt wurde vier Monate später abgesägt. Ein neuer Staatsanwalt wurde bestellt, wieder von Figueroa. Der neue "Sonderstaatsanwalt" hat Anfang März 1996 - acht Monate nach dem Staatsverbrechen - Figueroa völlig entlastet. Außerdem versucht er zu vertuschen, daß dieses Verbrechen ein weiterer Beweis für den Terror des mexikanischen Staates gegen das mexikanische Volk ist. Dieser Staatsanwalt gab dann die Leitlinie heraus, daß das Massaker nicht von langer Hand geplant war, sondern sich aus der Situation heraus ergeben habe. Er wies darauf hin, daß einer oder mehrere Polizisten aufgrund ihrer "Unerfahrenheit" Gebrauch von ihren Schußwaffen gemacht hätten und die übrigen Polizisten diesem Beispiel aus "Sympathie", also "das zu machen, was alle machen", gefolgt seien.

Wenn wir bedenken, daß mindestens fünf der 17 Ermordeten mit Genickschuß hingerichtet worden waren, als sie bereits verletzt auf dem Boden lagen, daß mindestens drei Mal innerhalb von knapp 16 Minuten mit Gewehrsalven gegen den Bus, in dem die Bauern saßen, gefeuert wurde, wenn wir dies und viele weitere Anhaltspunkte bedenken, dann kommen wir zu dem Schluß, daß die mexikanische Regierung das ganze mexikanische Volk für dumm halten muß, wenn sie die "durchdachten" Schlußfolgerungen ihres "glänzenden" Sonderstaatsanwalts als einleuchtend verkaufen will.

Die ganze Zeit hindurch hat die mexikanische Regierung auf Biegen und Brechen versucht, Figueroa zu decken. Damit hat sie ihre Komplizenschaft mit dem im Bundesstaat Guerrero herrschenden Terror offenbart. Das ist nicht sehr verwunderlich, schließlich ist die dortige Situation keine Ausnahme, vielmehr spiegelt sie das wider, was mehr oder minder in ganz Mexiko passiert.

Konfrontiert mit den gewaltigen Protestaktionen des Volkes und dem Risiko, daß ihnen diese Proteste in Guerrero, wo sich die Organisierung der verschiedenen Teile des Volkes zunehmend entwickelt, außer Kontrolle geraten, hat die mexikanische Regierung versucht, die riesige Unzufriedenheit des Volkes abzuwiegeln. Am 11. März 1996 bat der Massenmörder Figueroa das Landesparlament von Guerrero definitiv um seine Entlassung, zu seinem Nachfolger wurde Angel Aguirre Rivero ernannt, bis dahin Landesvorsitzender der PRI von Guerrero, ein bekannter Großgrundbesitzer des Municipio-Distrikts Ometepec und direkt Verantwortlicher für den dort verübten Mord an drei Mitgliedern der PRD.

Die mexikanische Regierung hat überhaupt kein Interesse daran, daß Gerechtigkeit geübt wird. Figueroa hält sich momentan in Houston, Texas, auf. Er ist nicht etwa geflohen, sondern hält sich dort als Tourist auf.

Aus Protest gegen diese ganzen Vorgänge haben die Mitglieder der Organización Campesina de la Sierra del Sur (OCSS) und die Unión de Organizaciones de la Sierra del Sur (UOSS) am 12. März 1996 in Mexico City die Botschaft von Deutschland, Italien, Norwegen sowie die Konsulate dieser drei Länder in Acapulco im Bundesstaat Guerrero friedlich besetzt, um ihrer Forderung nach Gerechtigkeit Gehör zu verschaffen.

Schon am gleichen Tag wurden die Compañeros, die die deutsche Botschaft friedlich besetzten, auf Bitte der deutschen Regierung von Polizeieliteeinheiten aus Mexico City gewaltsam geräumt. Die deutsche Regierung hat sich damit zum Komplizen der mexikanischen Regierung und ihrer Terrorpolitik gegen das Volk gemacht.

Durch einen Fehler, der den für die Besetzung verantwortlichen Compañeros unterlaufen ist, sind die Besetzer der italienischen Botschaft von alleine wieder abgezogen.

Die norwegische Botschaft und die drei Konsulate sind nach wie vor besetzt. Die Besetzer sind im Hungerstreik.

Hunderte von Bauern aus verschiedenen Regionen von Guerrero haben auf unbestimmte Zeit die Plaza in Acapulco besetzt und dort Zelte aufgeschlagen.

Ihre wichtigsten Forderungen sind:

1. Ein politisches und strafrechtliches Verfahren gegen Rubén Figueroa Alcocer, Ex-Gouverneur von Guerrero.

2. Abzug der mexikanischen Armee aus der Sierra, dem Küstengebiet und den Gebirgsregionen von Guerrero. Keine Straßensperren und - kontrollen der Polizei in diesen Gegenden.

3. Ein Gespräch mit dem Innenminister Emilio Chuayfet Chemor.

4. Eine Antwort des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali.

(Bei einem Besuch in Mexiko hatte eine Kommission der OCSS Boutros-Ghali einen Brief übergeben, in dem er aufgefordert wurde, auf die mexikanische Regierung Druck auszuüben, damit sie die Forderungen nach Gerechtigkeit der Bauern aus Guerrero einlöst.)"

***Movimiento Democrático Independiente Mexicano*, 15.3.96**

Wie "taz" und "junge welt" im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen!

Erklärung von "Gegen die Strömung"

Angesichts der staatlich verordneten Nachrichtensperre und der Vertuschungsmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien zum Nazi-Brandanschlag in Lübeck am 18.1.96 hatten wir versucht, in der sich als "kritisch" verstehenden Presse eine Anzeige zur Widerlegung der entscheidenden Lügen und Manöver um das Nazi-Massaker zu schalten, damit dort, wenn schon nicht aus eigenem journalistischem Antrieb und Kritikverständnis, so doch zumindest für Geld die Wahrheit ans Licht kommt.

Doch weit gefehlt. Wurde der Abdruck unserer Anzeige in der offiziell staatsloyalen Presse wie "Frankfurter Rundschau" und "Süddeutsche Zeitung" ohne große Umschweife abgelehnt, so lehnten sowohl die "taz" als auch die "junge welt" unter dem Vorwand möglicher juristischer Konsequenzen ab. Nach zähen Verhandlungen - auch die Vorlage des Ausweises des presserechtlich Verantwortlichen wurde verlangt! - gelang es dann, "taz" und "junge welt" zum Abdruck einer durch Einschwärzungen bestimmter Wörter zensierten Anzeige zu bewegen. Das war wohl ein in der Geschichte der Presse der BRD einmaliger Vorfall, aber wir müssen zugeben, es hat uns doch ein bißchen amüsiert, als wir dann morgens am 9.3.96 die Zeitung aufgeschlagen haben, denn: Deutlicher kann man nicht vertuschen!

im Original heißt es hier: **"Lügen"**

im Original heißt es hier: **"vertuscht"**

10 Flüchtlinge ermordet und 38 schwer verletzt bei dem Nazi-Brandanschlag gegen das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße am 18.1.1996!

Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien [redacted]!

Die zentralen [redacted] und Manöver zur Entlastung der Nazis:

1. Um die drei zunächst verhafteten Nazis freizulassen, präsentierte die Polizei ein Alibi und behauptete, die Wegstrecke von der Tankstelle (wo sie gesehen worden sein sollen) zum Brandort sei nicht zu schaffen! Wahr ist, daß 15 Kilometer innerhalb von 20 Minuten nachts mit dem Auto sehr wohl zu schaffen sind. Und: schließlich sind Minuten nach Ausbruch des Feuers die Personalien der Nazis dort kontrolliert worden.
2. Um "Druck zu nehmen" wurde behauptet, daß die am Tatort festgestellten Nazis "keine Nazis" seien. Wahr ist, daß einer der vier Mails W. im Juli 1995 bereits wegen Nazi-Schmierereien zwei Monate in U-Haft gesessen hatte und alle zur Nazi-Szene in Grevesmühlen gehören.
3. Um die Nazis zu entlasten und die Opfer zu beschuldigen, wurde behauptet, der Brand sei von "innen", also angeblich von einem der Hausbewohner selbst gelegt worden. Wahr ist: daß die Glasscheibe der Aluminiumtür kaputt war und sich jeder ins Flüchtlingsheim Eintritt verschaffen konnte!

Die zentralen [redacted] und Manöver zur Beschuldigung des Heimbewohners Safoan Eid:

1. Der angebliche "Streit zwischen Afrikanern und Arabern" ist eine Erfindung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Wahr ist, daß es im Flüchtlingsheim keinen solchen Streit gab, wie die afrikanischen Heimbewohner einmütig bezeugen.
2. Nach der Aussetzung von 50.000 DM Belohnung meldete sich - nach einem halb Tagen !!! - ein freiwilliger Sanitäter und belastete damit faktisch Safoan Eid des Mordes und Mordversuches an der eigenen Familie. Wahr ist, daß Safoan Eid nicht "Wir waren es", sondern "Sie waren es" gesagt hat.
3. Ein weiterer Beweis dafür, daß Safoan Eid unschuldig im Gefängnis sitzt, ist die Tatsache, daß er in der Brandnacht nach Ausbruch des Feueralarms von anderen Hausbewohnern schlafend geweckt wurde.

Die zentralen Gründe für die Vertuschungsaktion des deutschen Imperialismus:

1. Proteste antinazistischer Kräfte sollen schon im Keim erstickt werden.
2. Bei Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdiensten und Medien gibt es klammheimliche und auch offene Sympathie für nationalistische und nazistische Gesinnung. Die [redacted] Unterstützung von Nazi-Aktivitäten ist seit dem Auffliegen des Nazi-V-Mannes im Zusammenhang mit den Solinger Nazi-Morden eine erwiesene Tatsache.
3. Und vor allem soll das "deutsche Deutschland in der Welt" nicht in "Verruf" geraten.

☆ Kein Vertrauen in Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien! Die Nazi-Pest überall bekämpfen! ☆ Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten! ☆ ☆ Sofortige Freilassung von Safoan Eid! ☆

Kundgebung	Veranstaltung	Demonstration
Freiheit für Safoan Eid!	mit ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern der Lübecker Hafenstraße	Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!
9. März, 14.00 Uhr	14. März, 18.00 Uhr	23. März, 13.00 Uhr
vor der JVA, Mariring in Lübeck/Marli	im Werkhof, Kanalstr. 9 in Lübeck	in Lübeck

Der vollständige Text ist als DIN-A-2-Plakat kostenlos erhältlich. Quellen und Hintergrundinformationen im Flugblatt "Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck" von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Bestellungen an: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M. - Fax: (069) 730920
V.i.S.d.P.: Albert Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

im Original heißt es hier: **"staatliche"**

Wir halten es für bezeichnend, daß diese Anzeige im Original in keiner deutschen Tageszeitung abgedruckt werden konnte, sei es durch die offene Weigerung der reaktionären Presse, sei es durch die "Schere im Kopf" der sich als "kritisch" verstehenden Zeitungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt: Ob es für das "Ansehen Deutschlands" oder aus Angst vor Repression - letztlich lügen, betrügen und vertuschen sie alle!

Vertraut nicht den Lügen der bürgerlichen Medien!
Schafft eine breite, unzensierte Gegenöffentlichkeit!

Gegen die Strömung, 13.03.1996

Der unzensierte Text der Anzeige sowie eine Dokumentation des Briefwechsels mit "junge welt" und "taz" kostet 1 DM. Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzerstr. 4
60327 Frankfurt/Main

benutzen, indem suggeriert wird, daß die Werktätigen aus anderen Ländern den deutschen Werktätigen die Arbeitsplätze wegnehmen würden, so als wäre nicht das kapitalistische System die Ursache von Erwerbslosigkeit, ja direkt daran interessiert. Deutscher Chauvinismus und Rassismus dienen den deutschen Imperialisten dazu, die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter immer weiter an sich zu binden, sind ein Instrument der weltweiten imperialistischen Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten, denn imperialistische Kriege sind nicht zu führen ohne massive Verhetzung der Werktätigen mit dem Gift des Chauvinismus.

Der notwendige Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Perspektive des weiteren Kampfes

Was folgt nun aus dieser Erkenntnis? Das bedeutet nicht, daß Kämpfe wie in Bremen und Bremerhaven, ökonomische Kämpfe zur unmittelbaren Abwehr der Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage der Arbeiterinnen und Arbeiter, der ausgebeuteten Werktätigen sinnlos wären. Im Gegenteil, sie sind unbedingt notwendig, denn sie dienen der Sicherung wenigstens eines Minimums der Existenzbedingungen, die gleichzeitig auch die Bedingungen für den weiteren Kampf darstellen. Ja diese Kämpfe sind Voraussetzung, um überhaupt neue, weitergehende Kämpfe führen zu können. Dennoch gibt es ein großes Dilemma: Der Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze bedeutet gleichzeitig auch ein Kampf für den Erhalt der Ausbeutung, er dreht sich darum, welcher Kapitalist nun die Arbeiterinnen und Arbeiter weiter ausbeuten darf. Dieses Dilemma zeigt eben die Notwendigkeit einer weitergehenden Perspektive des Kampfes auf, eines Kampfes, der sich gegen die Wurzel des Übels richtet, gegen die Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung, von Erwerbslosigkeit und Elend, die Ursache für die Unterdrückung und Knechtung anderer Völker und imperialistischer Raubkriege. Eines Kampfes, der sich gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems selbst richtet. **Es stellt sich also die Frage: Für eine Reform des Kapitalismus oder für den revolutionären Sturz des Kapitalismus?**

Wir sagen klar: Für den Sturz des deutschen Imperialismus und die Vernichtung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus! Für den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates von oben nach unten und von unten nach oben, dem einzigen Weg, um überhaupt die Diktatur der Bourgeoisie stürzen zu können.

Statt der hinter einer verlogenen bürgerlich-demokratischen Maske verborgenen Diktatur der Herren der Banken und der Industrie, der Diktatur des Finanzkapitals proklamieren wir offen und ehrlich die Diktatur der Arbeiterinnen und Arbeiter über die verschwindend geringe Minderheit der Ausbeuter und Reaktionäre. Nur auf dieser Basis läßt sich eine wirklich sozialistische Demokratie für die breiten Massen der Werktätigen schaffen.

Für viele ist eine proletarische Revolution, der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei noch keine Perspektive. Aber angesichts des erstarkenden deutschen Imperialismus, der immer brutaleren Ausbeutung und Unterdrückung, der rasanten Verschlechterung der Lebenslage für die Ausgebeuteten auch in Deutschland, werden immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter gezwungen werden, sich mit den Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus auseinanderzusetzen, wird die proletarische Revolution für immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter die einzig mögliche Perspektive werden!

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mitttwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Ein geplanter Redebeitrag, der aber nicht gehalten wurde und als Flugzettel auf der Demonstration am 23. März 1996 in Lübeck verteilt worden ist.

Redebeitrag des Buchladen Georgi Dimitroff auf der Demonstration „Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!" am 23.03.1996 in Lübeck:

Wie „Taz" und „junge Welt" im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen!

Wir vom Buchladen Georgi Dimitroff in Frankfurt begrüßen es sehr, daß in den letzten Wochen und hier und heute Aktivitäten und Aktionen durchgeführt werden, die dazu beitragen, die unglaublichen Vorgänge nach dem Nazi-Massaker gegen die Flüchtlinge in der Lübecker Neuen Hafenstraße aufzudecken.

Angesichts der staatlich verordneten Nachrichtensperre und der Vertuschungsmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien zum Nazi-Brandanschlag in Lübeck am 18.1.1996 hatten wir versucht, in der sich als „kritisch" verstehenden Presse eine Anzeige zur Widerlegung der entscheidenden Lügen und Manöver um das Nazi-Massaker zu schalten, damit dort, wenn schon nicht aus eigenem journalistischem Antrieb und Kritikverständnis, so doch zumindest für Geld die Wahrheit ans Licht kommt.

Doch weit gefehlt. Wurde der Abdruck unserer Anzeige in der offiziell staatsloyalen Presse wie „Frankfurter Rundschau" und „Süddeutsche Zeitung" ohne große Umschweife abgelehnt, so kam die Ablehnung sowohl der „taz" als auch der „junge Welt" unter dem Vorwand möglicher juristischer Konsequenzen. Nach zähen Verhandlungen - auch die Vorlage des Ausweises des presserechtlich Verantwortlichen wurde verlangt! - gelang es dann, „taz" und „junge Welt" zum Abdruck einer durch Einschwärzungen bestimmter Wörter zensierten Anzeige zu bewegen. Das war wohl ein in der Geschichte der Presse der BRD einmaliger Vorfall, aber wir müssen zugeben, es hat uns doch ein bißchen amüsiert, als wir dann morgens am 9.3.1996 die Zeitung aufgeschlagen haben, denn: Deutlicher kann man nicht vertuschen!

Wir halten es für bezeichnend, daß diese Anzeige im Original in keiner deutschen Tageszeitung abgedruckt werden konnte, sei es durch die offene Weigerung der reaktionären Presse, sei es durch die „Schere im Kopf" der sich als „kritisch" verstehenden Zeitungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt: Ob für das „Ansehen Deutschlands" oder aus Angst vor Repression - letztlich lügen, betrügen und vertuschen sie alle!

☆ Vertraut nicht den Lügen der bürgerlichen Medien!
☆ Schafft eine breite, unzensierte Gegenöffentlichkeit!

Buchladen Georgi Dimitroff, im März 1996

Dokumentation:

Wie „Taz“ und „junge Welt“ im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen!

Ausland

Sonnabend/Sonntag, 9./10. März 1996 die tageszeitung

Anzeige

10 Flüchtlinge ermordet und 38 schwer verletzt bei dem Nazi-Brandanschlag gegen das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße am 18.1.1996!

Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien [redacted]!

Die zentralen [redacted] und Manöver zur Entlastung der Nazis:

1. Um die drei zunächst verhafteten Nazis freizulassen, präsentierte die Polizei ein Alibi und behauptete, die Wegstrecke von der Tankstelle (wo sie gesehen worden sein sollen) zum Brandort sei nicht zu schaffen! Wahr ist, daß 15 Kilometer innerhalb von 20 Minuten nachts mit dem Auto sehr wohl zu schaffen sind. Und: schließlich sind Minuten nach Ausbruch des Feuers die Personalien der Nazis dort kontrolliert worden.
2. Um "Druck zu nehmen" wurde behauptet, daß die am Tatort verhafteten Nazis "keine Ausländerfeinde" seien. Wahr ist, daß einer der vier - Maik W. - im Juli 1995 bereits wegen Nazi-Schmierereien zwei Monate in U-Haft gesessen hatte und alle zur Nazi-Szene in Grevesmühlen gehören.
3. Um die Nazis zu entlasten und die Opfer zu beschuldigen, wurde behauptet, der Brand sei von "innen", also angeblich von einem der Hausbewohner selbst gelegt worden. Wahr ist, daß die Glasscheibe der Aluminiumtür kaputt war und sich jeder ins Flüchtlingsheim Eintritt verschaffen konnte!

Die zentralen [redacted] und Manöver zur Beschuldigung des Heimbewohners Safoan Eid:

1. Der angebliche "Streit zwischen Afrikanern und Arabern" ist eine Erfindung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Wahr ist, daß es im Flüchtlingsheim keinen solchen Streit gab, wie die afrikanischen Heimbewohner einmütig bezeugen.
2. Nach der Aussetzung von 50.000 DM Belohnung meldete sich - nach einem halb Tagen !!! - ein freiwilliger Sanitäter und belastete damit faktisch Safoan Eid des Mordes und Mordversuches an der eigenen Familie. Wahr ist, daß Safoan Eid nicht "Wir waren es", sondern "Sie waren es" gesagt hat.
3. Ein weiterer Beweis dafür, daß Safoan Eid unschuldig im Gefängnis sitzt, ist die Tatsache, daß er in der Brandnacht nach Ausbruch des Feueralarms von anderen Hausbewohnern schlafend geweckt wurde.

Die zentralen Gründe für die Vertuschungsaktion des deutschen Imperialismus:

1. Proteste antinazistischer Kräfte sollen schon im Keim erstickt werden.
2. Bei Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdiensten und Medien gibt es klammheimliche und auch offene Sympathie für nationalistische und nazistische Gesinnung. Die [redacted] Unterstützung von Nazi-Aktivitäten ist seit dem Auffliegen des Nazi-V-Mannes im Zusammenhang mit den Solinger Nazi-Morden eine erwiesene Tatsache.
3. Und vor allem soll das "Ansehen Deutschlands in der Welt" nicht in "Verruf" geraten.

☆ Kein Vertrauen in Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien! Die Nazi-Pest überall bekämpfen! ☆ Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten! ☆ ☆ Sofortige Freilassung von Safoan Eid! ☆

Kundgebung	mit einem Bewohnern der Lübecker Hafenstraße	Demonstration
Freiheit für Safoan Eid!		Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!
9. März, 14.00 Uhr	14. März, 16.00 Uhr	23. März, 13.00 Uhr
vor der JVA, Marliring in Lübeck/Marli	im Werkhof, Kanalstr. 9 in Lübeck	in Lübeck

Der vollständige Text ist als DIN-A-2-Plakat kostenlos erhältlich. Quellen und Hintergrundinformationen im Flugblatt "Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck" von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands. Bestellungen an: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M. - Fax: (069) 730920.

V.i.S.d.P.: Albert Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunnenstr. 8, 10829 Berlin

☆ *Erklärung von „Gegen die Strömung“*

☆ *Briefwechsel mit „taz“ und „junge Welt“ über den Abdruck einer Anzeige*

☆ *Ablehnung des Abdrucks in „FR“ und „SZ“*

März 1996

12 Seiten, 1,00 DM. Zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main. Fax 069 / 730920

Originaltext der Anzeige für die Veröffentlichung

10 Flüchtlinge ermordet und 38 schwer verletzt bei dem Nazi-Brandanschlag gegen das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße am 18.1.1996!

Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien vertuscht!

Die zentralen Lügen und Manöver zur Entlastung der Nazis:

1. Um die drei zunächst verhafteten Nazis freizulassen, präsentierte die Polizei ein Alibi und behauptete, die Wegstrecke von der Tankstelle (wo sie gesehen worden sein sollen) zum Brandort sei nicht zu schaffen! Wahr ist, daß 15 Kilometer innerhalb von 20 Minuten nachts mit dem Auto sehr wohl zu schaffen sind. Und: schließlich sind Minuten nach Ausbruch des Feuers die Personalien der Nazis dort kontrolliert worden.
2. Um "Druck zu nehmen" wurde behauptet, daß die am Tatort verhafteten Nazis "keine Ausländerfeinde" seien. Wahr ist, daß einer der vier - Maik W. - im Juli 1995 bereits wegen Nazi-Schmierereien zwei Monate in U-Haft gesessen hatte und alle zur Nazi-Szene in Grevesmühlen gehören.
3. Um die Nazis zu enlasten und die Opfer zu beschuldigen, wurde behauptet, der Brand sei von "innen", also angeblich von einem der Hausbewohner selbst gelegt worden. Wahr ist, daß die Glasscheibe der Aluminiumtür kaputt war und sich jeder ins Flüchtlingsheim Eintritt verschaffen konnte!

Die zentralen Lügen und Manöver zur Beschuldigung des Heimbewohners Safoan Eid:

1. Der angebliche "Streit zwischen Afrikanern und Arabern" ist eine Erfindung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Wahr ist, daß es im Flüchtlingsheim keinen solchen Streit gab, wie die afrikanischen Heimbewohner einmütig bezeugen.
2. Nach der Aussetzung von 50.000 DM Belohnung meldete sich - nach eineinhalb Tagen !!! - ein freiwilliger Sanitäter und beschuldigte Safoan Eid des Mordes und Mordversuches an der eigenen Familie. Wahr ist, daß Safoan Eid nicht "Wir waren es", sondern "Sie waren es" gesagt hat.
3. Ein weiterer Beweis dafür, daß Safoan Eid unschuldig im Gefängnis sitzt, ist die Tatsache, daß er in der Brandnacht nach Ausbruch des Feueralarms von anderen Hausbewohnern schlafend geweckt wurde.

Die zentralen Gründe für die Vertuschungsaktion des deutschen Imperialismus:

1. Proteste antinazistischer Kräfte sollen schon im Keim erstickt werden.
2. Bei Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdiensten und Medien gibt es klammheimliche und auch offene Sympathie für nationalistische und nazistische Gesinnung. Die staatliche Heranzüchtung von Nazis und die staatliche Unterstützung von Nazi-Aktivitäten ist seit dem Auffliegen des Nazi-V-Mannes im Zusammenhang mit den Solinger Nazi-Morden eine erwiesene Tatsache.
3. Und vor allem soll das "Ansehen Deutschlands in der Welt" nicht in "Verruf" geraten.

☆ Kein Vertrauen in Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien! Die Nazi-Pest überall bekämpfen!
☆ Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten! ☆
☆ Sofortige Freilassung von Safoan Eid! ☆

Kundgebung
Freiheit für Safoan Eid!
9. März, 14.00 Uhr
vor dem Untersuchungsgefängnis in Lübeck

Veranstaltung
mit ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern der Lübecker Hafenstraße
14. März, 18.00 Uhr
voraussichtlich im Werkhof in Lübeck

Demonstration
Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!
23. März, 13.00 Uhr
in Lübeck

Diese Anzeige ist auch als DIN-A-2-Plakat kostenlos erhältlich. Quellen und Hintergrundinformationen im Flugblatt "Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck" von "Gegen die Strömung" - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands.
Bestellungen an: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M. - Fax: (069) 730920.

Debatte anläßlich der Mobilisierung für die Demonstration am 23. März 1996 in Lübeck gegen das Nazi-Massaker

Kritik der "AG zu rassistischen Ermittlungen" (Hamburg) an der Anzeige des Buchladen Dimitroff in "taz" und "junge welt" und die Antwort darauf

Buchladen★Georgi★Dimitroff

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

„AG zu rassistischen Ermittlungen"
beim Antirassistischen Telefon Hamburg
c/o Haus für Alle
Amandastraße 58
20357 Hamburg

Koblenzer Str. 4
60327 Frankfurt/Main
Tel. (069) 738972
Telefax: (069) 730920

Öffnungszeiten:
Mittwoch bis Freitag 15.30-18.30 Uhr
Samstag 9.00-14.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Frankfurt am Main, den 24.08.1996

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute beantworten wir endlich Eure „(Öffentliche) Stellungnahme zur Demonstration vom 23. März 1996" in Lübeck, in der Ihr unter anderem auch Kritik an uns übt. Darin heißt es:

Gegen die ausdrückliche Bitte des Aktionsbündnisses hat die Gruppe "Buchladen+Georgi+Dimitroff" nicht das gemeinsame (auch von ihnen getragene) Aufruffflugblatt als Anzeige veröffentlicht, sondern ihre (nicht mitgetragene) Position des "Nazi-Massakers" geschaltet. Ihr Vorgehen ist legal, aber politisch nicht legitim: es wurde der Eindruck erweckt, es handele sich um ihre Demonstration mit ihrer politischen Einschätzung. Wir wissen definitiv, daß dies der Mobilisierung geschadet hat.

Um gleich zur Sache zu kommen: In Eurer Stellungnahme sagt ihr zu unserer Unterstützung der Antifa-Arbeit nach dem Nazi-Massaker in Lübeck und zu unserer Anzeige in der „taz" und der „jungen Welt": „Wir wissen definitiv, daß dies der Mobilisierung geschadet hat."

Wir sind immer wieder damit konfrontiert, daß demokratische und antifaschistische Gruppen ein Bild von kommunistischen Gruppen oder Organisationen im Kopf haben, „daß die doch nur kommen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen". Das kommt daher, weil es natürlich die Erfahrung gibt, daß Gruppen, die sich kommunistisch nennen, in Wirklichkeit aber antikommunistisch und revisionistisch sind, nicht „die Sache" unterstützen wollen, sondern oft genug versucht haben und weiter versuchen, demokratische und antifaschistische Gruppen zu vereinnahmen.

Daß das bei uns nicht so war und ist, habt ihr wohl gemerkt. Ganz nebenbei: Wir haben Euch bei Eurer praktischen Arbeit so gut es aus der Entfernung ging unterstützt. Wir haben von Bündnis-Aufruf 1500 Kopien verbreitet, die Aufrufe an 250 Adressen bundesweit verschickt (außer im Raum Norddeutschland, den das ART übernommen hatte), wir haben einen Redebeitrag für die Lübecker Veranstaltung im März 1996 ins Französische übersetzen lassen, die Erklärungen der Flüchtlinge aus der Hafenstraße und Sokoni, Presseerklärungen des ART usw. verbreitet.
Eure Kritik zielt deshalb auch nicht auf mangelnde Unterstützung unsererseits, sondern im Gegenteil auf „zu viel" Unterstützung ab, konkret darauf, daß wir für ziemlich viel Geld, das wir bei unseren Genossinnen und Genossen gesammelt haben, unser Plakat zu den Nazi-Morden in Lübeck mit unserer politischen Einschätzung samt Demo- und Veranstaltungshinweisen in der „taz" und der „jungen Welt" abgedruckt haben lassen.

Abgesehen davon, daß wir es für absurd halten, jemandem vorzuwerfen, daß er/sie Termine von Antifa-Demos und -Veranstaltungen bundesweit bekanntmacht, habt Ihr nun bei uns „den Eindruck erweckt", daß ihr eher hättet damit leben können, wenn wir KEINE Anzeige aufgegeben hätten.
Die viel wichtigere inhaltliche Kritik an unserer Position benennt Ihr in Euer Stellungnahme aber nicht.

Um unsere Einschätzung noch einmal auf den Punkt zu bringen: Wir denken, daß im Anti-Nazi-Kampf ein dreifacher Schlag geführt werden muß: Gegen die nazistisch verhetzten Teile der deutschen Bevölkerung, gegen staatliche Faschisierung und die staatliche Unterstützung von Nazi-Banden und gegen die Nazis selbst. Wir halten es für bezeichnend, daß es im Bündnis-Aufruf, obwohl es doch um einen Nazi-Brandanschlag ging, um Nazis nur ganz am Rande geht. Die Rolle, die der deutsche Staat bei der Vertuschung und Zusammenarbeit mit den Nazis gespielt hat, ist doch gerade dabei offensichtlich geworden.
Kurz, Eure Position vom rassistischen Alltag reduziert den Kampf einseitig auf die nazisistisch verhetzten Bevölkerungsteile. Das ist der Grund dafür, daß wir eben unser Plakat und nicht den Bündnisaufruf als Anzeige geschaltet haben.

Mit internationalistischen Grüßen

Genossinnen und Genossen des Buchladenkollektivs Georgi Dimitroff

■ **Zeitschrift der antifaschist-internationalistischen Gruppe "*Molotov*"**
Erscheint in türkischer und deutscher Sprache

Gegen jeglichen Rassismus
Her türlü ırkçılığa karşı

Molotov

Tarih/Datum:
Nisan/April
1995
No/Nr:
2-3

Herausgegeben von antifaschistisch internationalistische Gruppe Molotov. Erscheint türkisch und deutsch.

Enternasyonalist anti-faşist grup Molotov tarafından Almanca ve Türkçe olarak yayınlanmaktadır.

Das Massaker in Istanbul kann nicht mit Geschwätz gerächt werden!

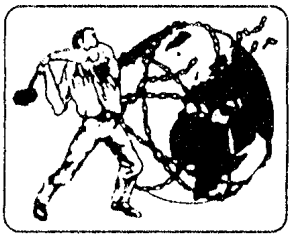
Es lebe der militante antifaschistische Kampf!

- ☆ Ein Augenzeugenbericht über das Massaker und den Widerstand in Gazi
- ☆ Die Unterdrückung der Aleviten in der Türkei und unsere antifaschistische Haltung
- ☆ Erkennen wir das wahre Gesicht der MHP
- ☆ Ein erster Schritt zu Diskussionen mit den Zeitschriften „*inisyatif*", „*Yürekatlışı*" und „*Anti-fasist Gençlik*"
- ☆ Dokument : Auszug aus RB Nr. 10. "Diskussion über die brennenden Fragen des antifaschistischen Kampfes in Deutschland"

Bestellungen und Zuschriften bitte an:
"Molotov"
c/o Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4-5/96 April/Mai 1996

Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift „Was tun?"

„Was tun?" wurde von Lenin aufgrund der aktuellen Situation im Jahr 1902 geschrieben, um Antworten auf die brennendsten Fragen der revolutionären Bewegung Rußlands zu geben. Man fragt sich: Was hat das mit dem heutigen revolutionären Kampf in Deutschland zu tun? Lokalismus, Zersplitterung, keine oder kaum Kontakte und Diskussionen zwischen den einzelnen politischen Gruppen, Dutzende von fast nur lokal orientierten Initiativen, die kaum über den „eigenen Tellerrand", d.h. über die eigene Stadtgrenze schauen, die sich durch Aufgehen in einzelnen Projekten verzetteln und die damit verknüpfte Planlosigkeit sind vorherrschend. Ebenso weit verbreitet sind Theorie- und Kritikfeindlichkeit, insbesondere wenn es um die Auseinandersetzung mit prinzipiellen Fragen der Revolution geht - so oder so ähnlich sieht es eigentlich überall aus bei ehrlichen, sich als revolutionär verstehenden Kräften. Weit verbreitete Resignation ist die logische Folge.

Obwohl die Situation, in der Lenin „Was tun?" geschrieben hat, in vielerlei Hinsicht mit der heutigen Situation in Deutschland nicht zu vergleichen ist, hat „Was tun?" nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Denn diese Schrift ist eine grundlegende Schrift des wissenschaftlichen Kommunismus, sie arbeitet die ideologischen Grundlagen der Kommunistischen Partei heraus und ist deshalb entscheidend für den Kampf um den Aufbau einer Kommunistischen Partei. Ja, „Was tun?" war ein wesentlicher Hebel für die Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution, des bewaffneten Aufstandes. Es geht darin um die Darlegung des langfristigen Plans für die Oktoberrevolution! Deshalb meinen wir: Wenn jemand Lenin gut findet und davon redet, er wolle die Wurzeln des Nazismus ausrotten, sich aber vom Studium und der kollektiven Debatte über „Was tun?" durch Projektemacherei abhalten läßt oder gar nach dem Studium von „Was tun?" sich immer noch nicht mit revolutionärer Theorie oder dem Aufbau einer kommunistischen Organisation auseinandersetzen will - der wird eben im opportunistischen Sumpf untergehen.

Die überragende Bedeutung der theoretischen Arbeit

Lenin beginnt ganz bewußt seine Schrift mit der Entlarvung des entscheidenden methodischen Kniffs, der damaligen zentralen opportunistischen Demagogie, der Losung „Freiheit der Kritik". Denn hinter dieser scheinbar „harmlosen", Losung verbarg sich der frontale Angriff des Opportunismus, der zum ersten Mal eine internationale Erscheinung geworden war, gegen die Grundlagen des Marxismus, gegen die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, gegen die kommunistischen Kräfte, die als „Dogmatiker" beschimpft wurden.

Es ging um die Freiheit, den Marxismus zu vernichten, indem er aufgrund „neuer Bedingungen" als „veraltet" erklärt wurde, es ging um die Verteidigung des Kapitalismus, es ging darum, die Idee der sozialistischen Revolution und den Kampf um die Diktatur des Proletariats durch reformistische Phrasen und Kampf um Reformen zu ersetzen.

Lenin betrachtete die Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, die theoretische Arbeit nicht als Selbstzweck, denn Lenin war Praktiker der Revolution und betonte gerade auch in „Was tun?":

> **„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart."**
> (ebenda, S. 379/380)

Ohne Kenntnis, ohne Beherrschung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, der Theorie von den Gesetzen der Revolution, durch die kommunistischen Kräfte ist an die Schaffung einer wirklich revolutionären Bewegung, die den Kapitalismus mit seinen Wurzeln vernichtet, nicht zu denken. Denn nur mit Hilfe der revolutionären Theorie ist es möglich, vorauszuschauen, zu erkennen wohin sich der Klassenkampf entwickelt. Das ist ein Kerngedanke bei Lenin.

Davon ausgehend bringt Lenin dann drei zentrale Argumente für die Bedeutung des theoretischen Kampfes vor allem beim Kampf um den Aufbau der Kommunistischen Partei, die die grundlegenden Aufgaben auch unserer heutigen theoretischen Arbeit umreißen:

- Die Kommunistische Partei arbeitet erst „ihr eigenes Gesicht heraus", sie muß sich die Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus erst erarbeiten und gegen den Opportunismus verteidigen.

- Um wirklich den Weltimperialismus besiegen zu können, um die Revolution im „eigenen" Land durchführen zu können, muß aus den internationalen Erfahrungen gelernt werden, indem sie gegen jegliche nationalistische Tendenzen kritisch und selbstständig ausgewertet werden.

- Die nationalen Besonderheiten eines jeden Landes sind gar nicht anders zu erforschen und zu erfassen als mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus. (siehe: ebenda, S. 35)

Welche Schlußfolgerung sind daraus für den heutigen Kampf um den Aufbau einer Revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland zu ziehen? Angesichts der heute herrschenden ungeheuren und ungeheuer vielfältigen Verfälschungen der Grundideen des Kommunismus durch den modernen Revisionismus und der daraus sich ergebenden ungeheuren Aufgaben bei der allseitigen Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, der Aufgaben bei der Auswertung der internationalen Erfahrungen der Geschichte der revolutionären Bewegungen (wie z.B. des Kampfes der Kommunistischen Internationale) und der notwendigen programmatischen Arbeit kommt beim Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands der theoretischen Arbeit nach wie vor die **entscheidende** Bedeutung zu, um überhaupt wirkliche kommunistische Kader heranbilden und die Schaffung einer wirklich schlagkräftigen, nicht sofort wieder

Für eine öffentliche Debatte aller grundlegenden Fragen der Revolution!

Lenin benennt in „Was tun?" als einen Grundzug des damaligen Opportunismus in Rußland einen „ehrlichen Widerwillen vor Diskussion" insbesondere über prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, die Furcht vor Kritik. Diese Charakteristik trifft auch auf die heutigen opportunistischen Kräfte zu. Daraus wird klar, daß die Organisierung einer Debatte über brennende Fragen der Revolution unmöglich ist ohne Kampf gegen den Opportunismus. Denn es sind die Opportunisten und Revisionisten, die eine solche Debatte sabotieren und behindern, wo sie nur können.

Die Scheu vor der öffentlichen Debatte über sämtliche grundlegenden theoretischen, ideologischen und politischen Gegensätze ist aber auch unter ehrlichen, sich als revolutionär oder kommunistisch verstehenden Kräften weit verbreitet und tief sitzend. Ein Beispiel: Seit August 1994 gibt es in einem Flugblatt von „Gegen die Strömung" - bei gleichzeitiger Entlarvung der staatlichen Angriffe gegen die Antifa (M) - eine öffentliche Kritik an grundlegenden Positionen der Antifa (M) zu revolutionären und kommunistischen Fragen. Bis heute gibt es leider nicht eine Zeile Antwort darauf. Das kann nun aber keinesfalls bedeuten, der Antifa (M) die praktische Solidarität aufzukündigen, sondern diese muß gerade jetzt besonders verstärkt werden, angesichts des verstärkten polizeistaatlichen Terrors gegen die Antifa (M), dem Versuch Genossinnen und Genossen in die Gefängnisse des deutschen Imperialismus zu stecken. Das heißt aber auch nicht, daß man sozusagen die Methode des „Übergehens" dieser Kritik mit dem verstärkten polizeistaatlichen Angriff oder mit anderen Argumenten wie „keine Zeit", „wir haben was wichtigeres vor" rechtfertigt. Sicherlich muß berücksichtigt werden, daß die verstärkte staatliche Repression die Debatte erschweren kann. Aber der Kern ist, daß Solidarität zwischen revolutionären und kommunistischen Kräften Kritik und die revolutionäre Debatte miteinschließt, um Fehler überwinden, um überhaupt voneinander lernen zu können. Dazu gehört, daß der Kampf gegen den Opportunismus, und vor allem den Revisionismus, mit seinen revisionistischen und reformistischen „Alternativen",verstärkt wird, um die Kraft, Klarheit und Zuversicht zu entwickeln, die nötig sind, um den Kampf gegen den deutschen Imperialismus wirklich siegreich führen zu können. Wir sind immer noch zuversichtlich, daß die an der Revolution orientierten Genossinnen und Genossen der Antifa (M) auf unsere Kritik antworten werden.

★

Beilage: Erklärung der Redaktion von „Radikal Brechen" zum Zusammenschluß mit „Gegen die Strömung"

zerfallenden, kommunistischen Organisation durchführen zu können.

Lenins Aufruf, daß ***im Kampf für die Verteidigung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus mit den Opportunisten und ihren Ideen radikal gebrochen werden muß***, ist auch heute der Ausgangspunkt im Kampf gegen den internationalen Opportunismus, vor allem gegen den modernen Revisionismus, für den Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei.

Lenin betont gegen Versöhnlertum, gegen prinzipienlose Zusammenschlüsse mit opportunistischen Kräften den revolutionären Weg der Vereinigung der wirklich kommunistischen Kräfte auf prinzipieller Grundlage durch kritische Debatte, durch Polemik über die Widersprüche:

> **„Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und bestimmt voneinander abgrenzen."**
> (Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 377)

Das sozialistische Klassenbewußtsein muß von außen durch die Kommunistische Partei in die Arbeiterklasse hineingetragen werden

Es kann die „Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein", heißt es in programmatischen Dokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung, „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun", in der „Internationale". Wozu ist dann eine Kommunistische Partei notwendig? Eine, wenn nicht die zentrale Antwort gab Lenin grundsätzlich in „Was tun?".

Zur Beeinflussung der Arbeiterklasse, zu ihrer Demoralisierung existiert ein jahrzehntealter, in gewisser Hinsicht jahrhundertealter bürgerlicher Überbau, ein ganzes System von Lügen, falschen Weltanschauungen und Betrugsmanövern. Dieses immer dichter gesponnene Netz der vielfältigen bürgerlichen Ideologie, dieses Gift der bürgerlichen Ideen und ihre Verfechter kann die spontane Arbeiterbewegung nicht allein durchbrechen oder durchschauen. Der spontane gerechte Kampf der Arbeiterklasse, egal welche Form er annimmt, führt, auf sich allein gestellt, trotz Opferbereitschaft und aller oft beeindruckenden Kraftanstrengungen, dennoch zur Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse. Er führt nicht von sich aus zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Vernichtung des verfluchten kapitalistischen Systems bei der Mehrheit der Arbeiterklasse. Er führt nicht dazu, daß die Arbeiterbewegung sich aus den Fängen der opportunistischen und reformistischen Führer wirklich lösen kann - das hat die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung bewiesen. Warum ist das so?:

> **„Aus dem einfachen Grunde,**
>
> *** weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische,**
>
> *** weil sie vielseitiger entwickelt ist,**
>
> *** weil sie über *unvergleichlich* mehr Mittel der Verbreitung verfügt."**
> (ebenda, S. 397)

Aus dieser Tatsache entspringt die Erkenntnis, daß das sozialistische Klassenbewußtsein nur von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden kann, daß jede Anbetung des spontanen Kampfes der Arbeiterklasse zur Stärkung der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterbewegung führen muß. Denn es ist so wie Lenin sagt, daß es auf der Grundlage einer in antagonistische Klassen gespaltenen Gesellschaft eben zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Ideologie kein Mittelding gibt und daher jede Schwächung der proletarischen Ideologie eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie bedeutet.

Lenin macht klar:

> **„Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, das heißt, aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen."**
> (ebenda, S. 436)

Daraus ergibt sich, wie eigentlich dieses sozialistische Klassenbewußtsein aussehen muß, das die Kommunistische Partei, der Vortrupp der Arbeiterklasse, bestehend vor allem aus dem fortgeschrittensten Teil des Proletariats, in die Arbeiterklasse hineinträgt und welche ungeheuren Aufgaben die Kommunistische Partei bei der Schaffung dieses sozialistischen Klassenbewußtseins in Angriff nehmen muß:

● Da das Proletariat die Bourgeoisie nur stürzen kann, wenn es unter den anderen Ausgebeuteten Verbündete gewinnt, sie an sich heranzieht und führt, d.h. wenn die ***Hegemonie des Proletariats*** verwirklicht wird, darf die revolutionäre Erziehung des Proletariats keinesfalls nur auf die Erkenntnis der eigenen Lage gelenkt werden, sondern die Arbeiterklasse muß alles wissen über alle Klassen und Schichten, über ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat und untereinander. Denn nur so kann sie wirklich den Klassenfeind, seine Parteien und seine Politik durchschauen, ihre eigene führende Rolle in der proletarischen Revolution verstehen und durchsetzen lernen.

● Die Kommunistische Partei muß durch wissenschaftliche, planmäßige Arbeit auf der Grundlage der Anwendung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus auf die jeweiligen Bedingungen des „eigenen" Landes das bürgerliche ideologische System durchbrechen im Kampf gegen alle opportunistischen Kräfte, welche die Rolle der Kommunistischen Partei als theoretische, politische und organisatorische Vorhut in der Arbeiterbewegung herabmindern wollen.

● Es geht darum, sozialistisches Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, Klarheit über den Hauptfeind der „eigenen" Revolution, die Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und den Weg ihrer Beseitigung, Klarheit über die Ziele des Sozialismus und Kommunismus in der Arbeiterklasse zu schaffen. Das bedeutet vor allem auch, die Aufgabe zu erfüllen, im Kampf gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus die Losungen ***„Proletarier aller Länder vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!"*** zu propagieren, ihre Bedeutung der Arbeiterklasse bewußt zu machen und sie dazu zu befähigen, danach zu handeln. Die Arbeiterklasse in Deutschland wie in jedem Land muß aus der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, aus dem Kampf insbesondere der vom „eigenen" Imperialismus unterdrückten Völker lernen, muß ***die internationale Situation, die Kräfte der internationalen Konterrevolution und die Kräfte der proletarischen Weltrevolution*** genau kennen, z.B. die Situation in ***Mexiko,*** sonst ist an einen siegreichen Kampf für die proletarische Revolution in jedem Land, in Deutschland, als Teil der proletarischen Weltrevolution, nicht zu denken.

W. I. Lenin

WAS TUN?

272 Seiten, 6 DM

Der Reader *"Materialien zur Schulung der Schrift „Was tun?"* mit u.a.:

* Auszügen aus Schriften von Lenin und Stalin

* Referate und Diskussionen zu Schulungsveranstaltungen von „Was tun?", 230 Seiten, 20 DM kann bestellt werden bei: ***Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main.***

Die zentrale Bedeutung der Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen

So notwendig für die Schaffung dieses sozialistischen Bewußtseins die Propaganda der grundlegenden Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus durch Bücher, Broschüren und Flugblätter ist, ist diese jedoch keinesfalls ausreichend. Lenin nennt eine wesentliche Voraussetzung für die Erziehung der Arbeiterklasse zu „klaren Vorstellungen", zu sozialistischem Bewußtsein:

> **„Diese 'klare Vorstellung' kann aus keinem Buche gewonnen werden; sie kann nur durch lebendige Bilder aus dem Leben und durch Enthüllungen gegeben werden, die auf frischer Spur alles fixieren, was im gegebenen Moment um uns herum vor sich geht...Diese allseitigen politischen Enthüllungen sind die notwendige und wichtigste Vorbedingung für die Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität."**
> (ebenda, S. 426/427)

Die systematische Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen durch die Kommunistische Partei ist ein entscheidendes Mittel für die Schaffung eines sozialistischen Bewußtseins. Eine solche Aufgabe haben wir uns z.B. mit den Enthüllungen zum Nazi-Massaker in Lübeck gestellt. Vor allem anhand dieser Enthüllungen müssen in lebendiger Form die Grundideen des Kommunismus und der Revolution gegen alle Entstellungen, anhand großer und kleiner Fragen, von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden. Vor allem anhand dieser Enthüllungen muß das Bewußtsein, die Kenntnis über alle Klassen und Schichten, über ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat und untereinander bei der Arbeiterklasse geschaffen werden.

Das ist ein grundlegender Gedanke Lenins, den er in „Was tun?" einerseits gegen die „rechten" Opportunisten verteidigt und entwickelt, die die spontane Arbeiterbewegung anbeten, einen rein gewerkschaftlichen Kampf führen und andererseits gegen die „linken" Opportunisten, die ihre eigene Empörung anbeten und die Organisierung von politischen Enthüllungen durch die Linie des individuellen Terrors gegen führende Figuren der Ausbeuterklassen ersetzen.

Über das Verhältnis der kommunistischen Kräfte zum demokratischen Kampf

Als nächsten Schritt nimmt sich Lenin die Frage vor, wie denn das Verhältnis der kommunistischen Kräfte zu den demokratischen Kämpfen der Arbeiterklasse und aller anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der kapitalistischen Gesellschaft sein muß, wie der Zusammenhang zwischen demokratischen Kämpfen und dem Kampf um Sozialismus sich darstellt.

Dabei muß bewußt sein, daß Lenin „Was tun?" für die revolutionäre Bewegung im zaristischen Rußland geschrieben hat, wo 1902 eine demokratische Revolution zur Vernichtung des Zarismus, der starken feudalen Überreste, auf der Tagesordnung stand. Trotzdem ist die Schrift grundlegend für das Verständnis der Bedeutung des demokratischen Kampfes und der Aufgaben der kommunistischen Kräfte in Deutschland.

Die Unterscheidung zwischen vom Imperialismus abhängigen Ländern mit starken feudalen Überresten und imperialistischen Ländern muß ein Ausgangspunkt sein bei der Bestimmung der demokratischen Aufgaben der kommunistischen Kräfte im jeweiligen Land.

In einer Reihe vom Imperialismus abhängiger Länder, die stark von feudalistischen Strukturen geprägt sind, ist das nächste strategische Ziel die Durchführung einer ***demokratischen Revolution***, die Errichtung der Diktatur der Arbeiter und Bauern. Der ***Übergang zur proletarischen Revolution*** wird in

Der innere Zusammenhang und der Aufbau von „Was tun?"

Im 1. Kapitel wird die theoretische Grundlage des Revisionismus, die Leugnung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, aufgedeckt. Systematisch wird von diesem Ausgangspunkt des Kampfes gegen den internationalen Revisionismus nun in den folgenden Kapiteln entwickelt, daß in allen Fragen ***die Grundinteressen des Proletariats auf wissenschaftlicher Grundlage,*** gegen alle möglichen Ablenkungen, Augenblicks- und Teilinteressen, ***gegen die Anbetung der Spontanität durchgesetzt werden müssen.***

In Kapitel 2 wird gegen die opportunistische Theorie, daß die kommunistischen Kräfte der spontanen Bewegung lediglich hinterhertrotten sollen, die ***Grundaufgabe der Kommunistischen Partei*** herausgearbeitet, die als Trägerin des wissenschaftlichen Kommunismus, ***sozialistisches Klassenbewußtsein von außen in die Arbeiterklasse*** im Kampf gegen die Anbeter der Spontanität, die Opportunisten, ***hineintragen*** muß.

In Kapitel 3 wird konkretisiert was das ***politisch*** bedeutet, indem Lenin gegen die enge opportunistische Begrenzung auf den ökonomischen Bereich, gegen den Reformismus der Opportunisten vor allem betont, den politischen Kampf zum Sturz der herrschenden Klassen zu führen. Eine unerläßliche Aufgabe dafür ist die systematische Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen. Unerläßlich ist dafür ebenfalls, den notwendigen demokratischen Kampf dem Kampf um die Diktatur des Proletariats unterzuordnen, daß die kommunistischen Kräfte „Vorkämpfer der Demokratie" werden.

Kapitel 4 zeigt den Gesamtzusammenhang der ***organisatorischen Aufgaben*** der Kommunistischen Partei auf wissenschaftlicher Grundlage im Kampf gegen die vorherrschende Handwerkelei, den Lokalismus und amateurhaftes organisatorisches Vorgehen im engsten Zusammenhang mit den ideologischen Grundlagen und politischen Zielen der Kommunistischen Partei. Eine Partei, die die kommunistischen Ziele durch die Durchführung der gewaltsamen Revolution erkämpfen will, muß eben ganz andere Strukturen besitzen als eine Organisation der Opportunisten, die nur Reformen will. Diese Strukturen entwickelt und begründet Lenin systematisch: Parteiaufbau von oben nach unten auf der Grundlage des Prinzips der Konspiration, Verbindung des Zentralismus mit dieser oder jener Form der innerparteilichen Demokratie, einen Kern von Berufsrevolutionären schaffen, der mit den bewußtesten Kräften vor allem aus den Industriebetrieben verbunden werden muß, Arbeitsteilung im Rahmen eines Gesamtplanes - um die wichtigsten Punkte zu nennen.

Im Kapitel 5 versucht Lenin nun als unmittelbare ***praktische Konsequenz*** aus allen vier vorangegangenen Kapiteln, die prinzipielle und konkrete Bedeutung der Schaffung eines Zentralorgans als damaliges zentrales Kettenglied im Kampf für die Schaffung einer revolutionären Kommunistischen Partei klarzumachen.

In allen fünf Kapiteln arbeitet Lenin eine ***gemeinsame Wurzel des Opportunismus*** auf theoretischem, politischem und organisatorischen Gebiet heraus: die Anbetung der Spontanität.

Die „Geschichte der KPdSU (B) - Kurzer Lehrgang" faßt konzentriert die Bedeutung von „Was tun?" zusammen:

> *„Die historische Bedeutung des Werkes 'Was tun?' besteht darin, daß Lenin in diesem berühmten Buche:*
>
> *1. als erster in der Geschichte des marxistischen Denkens die ideologischen Quellen des Opportunismus bis auf den Grund bloßlegte, indem er aufzeigte, daß sie vor allem in der Anbetung der Spontanität der Arbeiterbewegung und in der Herabminderung der Rolle des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung bestehen;*
>
> *2. Die Bedeutung der Theorie, der Bewußtheit, die Bedeutung der Partei als der revolutionierenden und führenden Kraft der spontanen Arbeiterbewegung in all ihrer Größe hervorhob;*
>
> *3. den grundlegenden marxistischen Leitsatz, daß die marxistische Partei die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus darstellt, in glänzender Weise begründete;*
>
> *4. die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei genial ausarbeitete."*
>
> *(Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang, 1938, S. 49/50)*

Behauptungen „Was tun?" sei eine Schrift „nur über die Rolle der Theorie", „nur über die Rolle des Zentralorgans" oder „es gehe dabei nur um russische Besonderheiten", sind daher völlig falsch und extrem schädlich. Einzelne Kapitel aus dem Zusammenhang reißen, ja gar nur einzelne Kapitel zu studieren oder zu schulen, kann daher nicht die Aufgabe sein. Studium oder Schulung dieser Schrift macht nur wirklich Sinn, wenn der gesamte Text herangezogen wird, wenn die einzelnen Kapitel in engem Zusammenhang studiert, geschult und verstanden werden, um die innere Logik, den untrennbaren Zusammenhang der Kernpunkte in „Was tun?" zu begreifen.

diesen Ländern mehr oder weniger schnell entsprechend dem Grad des Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihres Bündnisses mit den werktätigen, ausgebeuteten Bauern durchgeführt werden können.

In einem ***imperialistischen Land*** wie Deutschland ist ***das nächste strategische Ziel*** die Durchführung der proletarischen Revolution. Es gibt zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats kein Mittelding, jede Propaganda von einer angeblichen „antimonopolistischen Demokratie"; wie seit Jahrzehnten von der revisionistischen DKP verbreitet, ist Betrug und schürt Illusionen in den bürgerlichen Staat, der ein Werkzeug des Finanzkapitals ist. Zwischen dem demokratischen Kampf (der die Ausbeutung des Proletariats und der anderen Werktätigen nicht beseitigen kann) und dem sozialistischen Kampf (der sämtliche Formen der Ausbeutung vernichtet) besteht ein ***qualitativer Unterschied.***

Da die wenigen eh nur verstümmelt und unvollständig vorhandenen bürgerlich-demokratischen Rechte für die Werktätigen im Verlaufe der gesetzmäßig voranschreitenden Faschisierung der imperialistischen Ländern immer weiter eingeschränkt oder beseitigt werden, ist klar, daß ***umfassende demokratische Rechte für die Werktätigen von Grund auf*** nur durch den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können. Der völlig neue Charakter der dann entstehenden ***sozialistischen Demokratie*** hängt entscheidend damit zusammen, daß zum erstenmal in der Weltgeschichte die Macht von der ausbeutenden Minderheit an die ausgebeutete Mehrheit übergeht und daher die sozialistische Demokratie eben breiteste Demokratie für die ehemals Ausgebeuteten bedeutet, die auf der Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter und Reaktionäre durch die Mehrheit, der ehemals Ausgebeuteten unter Führung der Arbeiterklasse, beruht.

Es ist weiterhin wesentlich, daß die demokratischen Forderungen eine riesige Bandbreite haben, sich in Bezug auf ihre Tragweite und konkrete Realisierbarkeit erheblich unterscheiden: Der Forderung nach Rücktritt eines politischen Repräsentanten des deutschen Finanzkapitals nachzugeben wie z.B. dem Rücktritt von Generalbundesanwalt von Stahl, der für die Erschießung von Wolfgang Grams mitverantwortlich ist, kostet die deutsche Bourgeoisie nicht allzu viel, denn sie kann solche Figuren leicht ersetzen. Ein gewaltiger Druck durch breite und umfassende Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger ist schon nötig um z.B. die reaktionären Sondergesetze gegen Werktätige aus anderen Ländern ersatzlos zu Fall zu bringen. Die konsequente Erfüllung der Kernpunkte des Potsdamer Abkommens ist heute praktisch nicht denkbar. Die Verwirklichung staatlich garantierter breitester Demokratie für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben ist ohne den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats unmöglich.

Dabei muß klar sein, daß die Verwirklichung programmatischer demokratischer Forderungen wie die des Potsdamer Abkommens den Rahmen des kapitalistischen Systems theoretisch nicht sprengen müssen. Solche oder ähnliche grundlegende demokratische Forderungen (wie z.B. auch die Gleichstellung von Mann und Frau) können und werden zwar erst im Sozialismus wirklich vollständig realisiert werden, was aber nicht zur „Mogelpackung" werden darf diese als „eigentliche sozialistische Forderungen" zu bezeichnen, um damit die eigenständige Propaganda für das Wesen der sozialistischen Revolution - die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution zum Sturz der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie, die Ziele des Sozialismus und Kommunismus - als im Grunde für erledigt zu erklären!

Im Kampf gegen jede Illusionsmacherei in das imperialistische System gilt es vor allem zwei entscheidende Punkte herauszustellen:

● Jeder demokratische Kampf innerhalb des kapitalistischen Systems - ob gegen die Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur und die Faschisierung, ob gegen Chauvinismus und Rassismus, oder gegen imperialistische Kriegsgefahr und imperialistische Kriege - hat seine engen Grenzen. Heutige Erfolge werden morgen direkt oder hinten herum wieder rückgängig gemacht, die reaktionäre Gesamtentwicklung läßt sich nur verlangsamen, wenn entschieden gekämpft wird, aber sie läßt sich innerhalb des kapitalistischen Systems nicht stoppen. Denn wie Lenin sagte, bedeutet ***Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie.***

● Es gibt keine demokratische Forderung, die nicht unter bestimmten Umständen als Werkzeug des Betruges gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter von der Bourgeoisie benutzt werden könnte, um Illusionen in das kapitalistische System und seiner angeblichen Reformierbarkeit zu schüren.

Aus all dem ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit der ***Unterordnung des demokratischen Kampfes unter den Kampf um die proletarische Revolution.*** Diese Unterordnung besteht nicht darin, in den demokratischen Kämpfen aufzugehen und sich mit einigen Phrasen über Sozialismus zu „entschuldigen". Die Unterordnung bedeutet im Gegenteil, in diesen Kämpfen in der ***Hauptsache*** die sozialistische Revolution vorzubereiten, in diesen Kämpfen sozialistisches Klassenbewußtsein zu schaffen, die Erfolge dieser Kämpfe als Anknüpfungspunkt zur Verbindung der legalen mit der illegalen, zur Deckung und Verstärkung der illegalen Arbeit zwecks revolutionärer Vorbereitung der ausgebeuteten Massen für den Sturz der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu machen. Das Prinzip der Unterordnung bedeutet aber auch nicht, daß die kommunistischen Kräfte den demokratischen Kampf der Ausgebeuteten „ausnutzen", um nur „für ihre Zwecke abzusahnen", wie ein weit verbreitetes antikommunistisches Klischee behauptet. Wirklich kommunistische Kräfte müssen ***„Vorkämpfer der Demokratie" sein,*** wie Lenin sagt, d.h. eingreifen in demokratische Kämpfe, sie nach Kräften maximal unterstützen, denn der ist kein kommunister Kader, der

> **„...in der Praxis vergißt, daß die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung unterstützen, daß wir daher verpflichtet sind, vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen.**
>
> (ebenda, S. 440)

Denn der ist kein kommunistischer Kader,

> **„...der in der Praxis seine Pflicht vergißt, bei der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage allen voranzugehen."**
> (ebenda, S. 440)

In diesem Sinne stellt Lenin das Ideal eines kommunistischen Kaders heraus, der es versteht, jede „Kleinigkeit" zu benutzen, um vor aller Welt die kommunistischen Ziele zu propagieren, die welthistorische Bedeutung der proletarischen Revolution klarzumachen.

Aufbau und Struktur der Kommunistischen Partei

Lenin erläutert, daß die ***ideellen Wurzeln*** der opportunistischen Organisationsideen in ihren opportunistischen theoretischen und politischen Ideen liegen. Denn: Eine Partei, die das Proletariat bewußt machen, den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterklassen vorbereiten und leiten soll mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre bis zum Kommunismus zu errichten, muß entsprechende organisatorische Strukturen besitzen, muß eben ganz anders aussehen als die von den damaligen und heutigen Opportunisten mit dem Namen „KP" bezeichneten Organisationen, die nichts anderes als Organisationen für die Erreichung von Reformen sind.

Da die revolutionäre Theorie und die darauf aufbauende kommunistische Politik nicht spontan von unten, aus den Massen entstehen, sondern durch ein kommunistisches, führendes Zentrum geschaffen und durchgesetzt werden müssen, ergibt sich auch die Notwendigkeit des ***Parteiaufbaus von oben nach unten.***

Die damalige Situation der revolutionären Bewegung in Rußland, war geprägt von Lokalismus, Handwerkelei, von den ***vier „Ohne"*** (ohne Verbindung mit den alten Funktionären, ohne Kontakt mit anderen Orten, ohne Arbeitsteilung in der Organisation, ohne festen Plan). Lenin stellte als erstrangige praktische Aufgabe dagegen, eine ***Zentrale*** von kommunistischen führenden Kadern zu schaffen, die hauptsächlich aus ***Berufsrevolutionären*** besteht (vor allem aus Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiter, um den Typ des Berufsrevolutionärs zu schaffen, der die Massenbewegung der Arbeiterklasse führen kann, der das Milieu des Proletariats kennt, seine sprühende sozialistische Überzeugung mit professioneller Ausbildung als Revolutionär verbinden kann), denn nur so ist es möglich im ganzen Land eine revolutionäre Bewegung aufzubauen, die genügend Bewußtheit, Organisiertheit, Energie, Zähigkeit und Kontinuität entwickeln kann, um den Sturz der herrschenden Ausbeuterklassen durchzuführen. Nur unter der Leitung dieser aus relativ wenigen kommunistischen Kadern bestehenden Zentrale ist maximal gewährleistet, daß möglichst breite Teile der Werktätigen in den revolutionären Kampf einbezogen werden können.

Gegen die Verwischung von Partei und gewerkschaftlichen oder anderen Arbeiterorganisationen entwarf Lenin den ***Plan der Struktur der bolschewistischen Kommunistischen Partei***, der in der „Geschichte der KPdSU(B)-Kurzer Lehrgang" folgendermaßen beschrieben wird:

> **„Was die Struktur und die Zusammensetzung der Partei selbst betrifft, so war Lenin der Auffassung, daß die Partei aus zwei Teilen bestehen muß: a) aus einem engen Kreis ständiger leitender Kaderarbeiter, dem hauptsächlich Berufsrevolutionäre angehören sollen, das heißt Parteiarbeiter, die von allen anderen Arbeiten, außer der Parteiarbeit, befreit sind, die über das nötige Mindestmaß theoretischer Kenntnisse, politischer Erfahrung, organisatorischer Fertigkeiten und über ein Mindestmaß der Kunst verfügen, den Kampf gegen die zaristische Polizei zu führen, der Kunst, sich vor der Polizei zu verbergen, und b) aus einem weitverzweigten Netz von Peripherie-Parteiorganisationen, aus einer zahlreichen Masse von Parteimitgliedern, die von der Sympathie Hundertausender von Werktätigen umgeben sind und von ihnen unterstützt werden."**
> (Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang, 1938, S. 43/44)

Konspiration

In Rußland war ein beliebtes „Argument" der Opportunisten in ihrem Kampf gegen wirkliche kommunistische Kräfte, daß es bei ihnen im Gegensatz zu den legalistischen, opportunistischen Organisationen eben keine „vollständige Publizität" und keine „Wählbarkeit aller Funktionäre" gibt, somit auch keine wirkliche Demokratie. Heute gibt es eine weniger theoretische Variante. Kommt man auf ein Diskussionstreffen oder eine Veranstaltung, dann ist man oftmals mit folgenden „Fragen" konfrontiert, die zumeist aufgrund eigener legalistischer Tradition gestellt, aber auch provokativ direkt von opportunistischer Seite lanciert werden: „Wie heißt du denn? Woher kommst du denn?"

Lenin arbeitet gegen jede Form von Legalismus heraus, daß ***Illegalität und Konspiration, die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit*** Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei sein müssen, um im Kampf auf Leben und Tod gegen die politische Polizei der Bourgeoisie überhaupt bestehen zu können. Lenin erklärt grundsätzlich:

> **„Konspiration ist eine so unumgängliche Vorbedingung für eine solche Organisation, daß alle anderen Bedingungen (die Zahl der Mitglieder, ihre Auslese, ihre Funktionen usw.) ihr angepaßt werden müssen."**
> (Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 493)

Das bedeutet nicht, daß Wählbarkeit der führenden Kader und Organe der Kommunistischen Partei unwichtig, ja prinzipiell unter dem Kapitalismus undurchführbar wäre. Jede Kommunistische Partei muß maximal dafür kämpfen, Mittel und Wege zu finden entsprechend der Bedingungen des Klassenkampfes bestimmte Formen der Wählbarkeit zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen - untergeordnet dem Prinzip der Konspiration und dem Parteiaufbau dienend.

Innerparteiliche Demokratie

Aber selbst wenn die Wählbarkeit fast ganz oder zeitweise sogar vollständig undurchführbar ist, ist ***innerparteiliche Demokratie*** dadurch nicht unmöglich. Gegen bürokratische Vorstellungen und gegen „primitiven Demokratismus" (wie z.B. Rotation in der Führung) stellt Lenin zwei entscheidende Mittel heraus, die die Auswahl, Kontrolle der Funktionäre durch die Massen und ihre Verbindung mit den Massen, das Funktionieren der innerparteilichen Demokratie auch unter den Bedingungen der tiefsten Illegalität garantieren:

- volle Solidarität und gegenseitiges Vertrauen unter den kommunistischen Kadern;
- eine revolutionäre Öffentlichkeit, die die Verletzung der Pflicht zur Solidarität mit größter Härte verfolgt.

Das im revolutionären Kampf erworbene gegenseitige Vertrauen, die gegenseitige Solidarität der kommunistischen Kader ist begründet in der politischen und ideologischen Zuverlässigkeit der Genossinnen und Genossen, die sie in der gemeinsamen bewußten Überzeugung von der Richtigkeit der kommunistischen Ideen und in der revolutionären Praxis unter Beweis gestellt haben. Gibt es so ein Kollektiv von kommunistischen Kadern, bei dem Kritik und Selbstkritik wirklich zur Gewohnheit geworden ist, gründliche Diskussion und die Aktivität der Einzelnen selbstverständlich sind, tiefgehend vorbereitete Parteitage einschließlich die Wahl der führenden Genossinnen und Genossen - zur Not im Ausland (wie z.B. der 2. Parteitag der SDAPR 1904 in London) - durchgeführt werden, dann ist gewährleistet, daß untaugliche Mitglieder, Opportunisten nicht einfach in der Partei „überwintern" können, sondern eben entfernt werden, dann ist gewährleistet, daß trotz Konspiration grundlegende demokratische Verhältnisse in der Kommunistischen Partei existieren.

Mit revolutionärer Öffentlichkeit meint Lenin, daß jede wirkliche Kommunistische Partei entsprechend ihrer Situation Formen finden muß, wie nicht nur die Parteimitglieder maximal am innerparteilichen Leben, den Debatten, der Schulung, der Erarbeitung der politischen Linie teilnehmen können, sondern auch die Massen außerhalb der Partei die Schattierungen in der Partei, die Entwicklung der wichtigsten Debatten, und auch über Positionen, Meinungen einzelner kommunistischer Kader informiert werden können, um den innerparteilichen Kampf verfolgen, durch Kritik eingreifen zu können, gegebenenfalls einen Kampf zu führen für die Entfernung untauglicher oder zu Opportunisten gewordener Parteimitglieder. Die innerparteilichen Schattierungen, ein möglichst realistisches Bild führender kommunistischer Kader, die ideologischen Kämpfe innerhalb der Partei - all das muß planmäßig und bewußt, dem Parteiaufbau und dem Klassenkampf untergeordnet und dienend, vor den Augen der Massen ausgetragen und sichtbar werden.

Im letzten Kapitel arbeitet Lenin als praktische Schlußfolgerung aus den vorangegangenen Kapiteln den ***Plan des Parteiaufbaus, ja der Vorbereitung der Oktoberrevolution aus.*** Das damalige entscheidenden Kettenglied war die Schaffung eines gesamtrussischen ***Zentralorgans.***

Es ging um ein wirklich kommunistisches Zentralorgan, das auf den Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus beruhte, ihn verteidigte und verbreitete, das Geschichte, die Analyse der internationalen Situation, der Kräfte der internationalen Konterrevolution und die Kräfte der proletarischen Weltrevolution, die Wechselbeziehungen aller Klassen und Schichten im "eigenen" Land anschaulich erklärte, an der Spitze jedes gerechten ökonomischen und vor allem politischen Kampf stand, das in diesen Tageskämpfen vor allem die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus, die Ideen der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und Kommunismus propagierte.

Ein solches Zentralorgan wurde dann eine Art Richtschnur, um im ganzen Land die Partei aufzubauen, den Kern der Berufsrevolutionäre und die Kader in den Betrieben zu einem einzigen Organismus zusammenzuschließen. Bei der Schaffung und Verbreitung dieses Zentralorgans wurde ein ***Netz von „Agenten"***, Verbindungsleuten aufgebaut. Ohne ein solches landesweites, schon tausendfach erprobtes Netz, das Verbindungen zu den Massen hatte, das absolut konspirativ arbeitete und gewährleistete, daß der Plan des Aufstandes auch wirklich kollektiv, landesweit beraten werden konnte war an die richtige Bestimmung des Zeitpunktes, an die siegreiche Durchführung des bewaffneten Aufstandes zum Sturz der Bourgeoisie nicht zu denken.

Eine tiefgehend begründete theoretische und programmatische Grundlage, gut geschulte Kader und feste Organisationsprinzipien, sowie ein Anwachsen einer an den Fragen des Kommunismus orientierten revolutionären Bewegung sind Voraussetzungen, um auch in Deutschland erfolgreich an der Schaffung eines solchen Zentralorgans zu arbeiten!

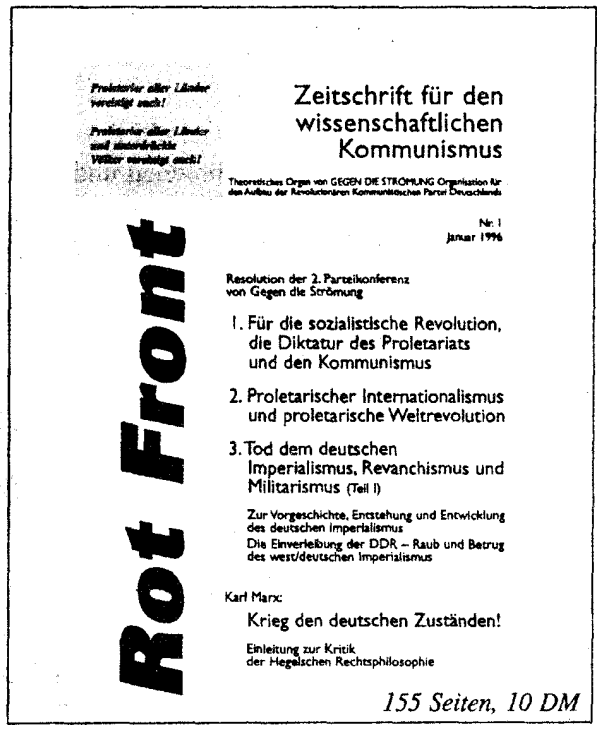
Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Erklärung der Redaktion von „Radikal Brechen“ zum Zusammenschluß mit „Gegen die Strömung“

Vor ungefähr sieben Jahren haben sich einige Genossinnen und Genossen zusammengetan. Wir kamen zum Teil aus der Antiimp-, zum Teil aus der Autonomen Szene. Einig waren wir uns in unserem Haß auf dieses Ausbeutersystem, und unser Ziel war eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Allerdings waren unsere Vorstellungen davon, wie das zu erreichen sein soll, sehr verschwommen.

Große Sympathien hatten wir damals mit der RAF und den politischen Gefangenen, weil diese einen sehr radikalen Standpunkt gegen das System hier eingenommen haben und mit hohem Einsatz dagegen gekämpft haben.

Aber die Antiimp-Szene hat uns letztendlich nur noch genervt. Es war einfach keine echte Diskussion möglich. Diese Erfahrung kennen alle, die in Antiimp-Kreisen versucht haben, eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung zu führen.



Dann gab es auch einfach keine Perspektive. Wir wollten zusammen kämpfen, aber wie war keinem richtig klar, und darüber diskutiert wurde auch nicht. Was uns ziemlich störte, war die immer stärker werdende Tendenz bei vielen, jetzt schon ein "selbstbestimmtes" Leben führen zu wollen, und das als Teil des revolutionären Kampfes gegen das System zu begreifen. Das führte nämlich dazu, daß diese Leute sich hauptsächlich Sorgen um ihr eigenes Leben machten, und zu viel damit beschäftigt waren, sich nicht „fremdbestimmen“ zu lassen.

Wir fühlten uns von der Idee des Kommunismus angezogen, hatten aber keine konkreten Vorstellungen davon, was die Arbeiterklasse ist, was eine Kommunistische Partei ist und wie das Leben im Kommunismus überhaupt aussieht, vor allem, wie man eigentlich dahin kommt. Um unsere eigenen inhaltlichen Positionen klarer zu kriegen und um darüber mit Leuten aus der autonomen und Antiimp-Szene in die Diskussion zu kommen, haben wir unsere eigene Zeitung gemacht.

In dieser Zeit haben wir uns auch nach anderen politischen Gruppen umgeschaut.

Rückblickend können wir sagen, daß sich der Zusammenschluß mit GDS und WBK praktisch in fünf Schritten vollzogen hat, auch wenn das hier etwas schematisch ist.

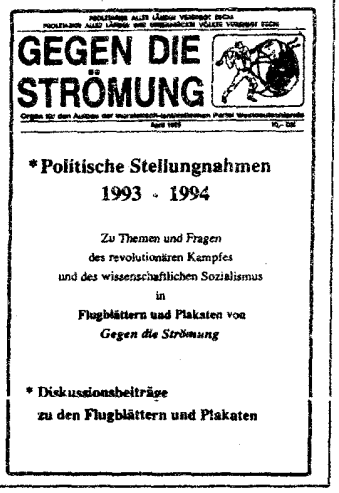
1. Schritt: Wir haben uns erst mal die sich links nennenden Gruppen angeschaut. Durch eine erste "Prüfung" sind schon mal die Pazifisten gefallen, denn das war uns von Anfang an klar, die Bourgeoisie wird ihre politische und ökonomische Herrschaft nicht freiwillig aufgeben, dies geht nur im Rahmen einer gewaltsamen Revolution. Damit war die DKP mit der Propagierung des friedlichen Weges schon mal außen vor. Ein

Zusammenstellung aller Flugblätter:

*** 1989/1990**
Din-A4, 78 Seiten, 10 DM

*** 1991/1992**
Din-A4, 82 Seiten, 10 DM

*** 1993/1994**
Din-A4, 119 Seiten, 10 DM


GEGEN DIE STRÖMUNG

* Politische Stellungnahmen
1993 - 1994

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Sozialismus
in
Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung

* Diskussionsbeiträge
zu den Flugblättern und Plakaten

weiterer ganz gravierender Punkt bei der DKP ist natürlich auch, daß sie die revisionistische Sowjetunion nach 1956 als sozialistisch propagierte. Ebenso verteidigte sie auch die revisionistische, polizeistaatliche Diktatur in der DDR, die in den letzten Jahrzehnten aber auch gar nichts mit Sozialismus zu tun hatte. Damit hat sie auch maßgeblichen Anteil an dem tiefen Antikommunismus, der heute hier herrscht.

Die PDS hat noch nicht einmal den Anspruch eine Kommunistische Partei zu sein und kann nur als reformistisch-sozialdemokratisches Sammelbecken mit mehr oder minder starken revisionistischen Versatzstücken bezeichnet werden. Die KPD „Ost" spielt sich großspurig als angebliche Fortsetzerin der kommunistischen Tradition in Deutschland auf, ihr ideologischer Unterschied zur PDS ist aber nur kosmetischer Natur.

Die MLPD ist von vorneherein zutiefst widerwärtig mit ihrem ganzen deutsch-chauvinistischen Müll von der angeblich hauptsächlich fortschrittlichen Seite der "Wiedervereinigung" d.h. der Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus, bis hin zu ihrer Broschüre „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsgefangenen", in der die MLPD gegen die Internierungslager der Alliierten für Nazi-Verbrecher hetzt. (Gegen die Strömung, Nr. 50, "Gegen die Einverleibung der DDR!", S. 26/27)

Die Flugblätter des Arbeiterbundes haben uns teilweise erstmal ganz gut gefallen. Wir mußten dann aber feststellen, daß der Arbeiterbund in seiner Broschüre „Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands" in zutiefst chauvinistischer Manier dafür eintritt, „daß ... endlich Deutschland den Deutschen gehört" (S. 30 dieser Broschüre).

Wer so tief im deutschen Chauvinismus steckt, kann es unmöglich ernst meinen mit der proletarischen Revolution, denn deutscher Chauvinismus ist unvereinbar mit proletarischem Internationalismus und Weltkommunismus.

Um in der Diskussion, unsere Standpunkte zu überprüfen haben wir uns mit einer Reihe von Gruppen getroffen.

Bei GDS haben uns die Flugblätter beeindruckt, vor allem wie gründlich sich diese Gruppe mit verschiedenen politischen Fragen und auch mit der Geschichte auseinandersetzt. So z.B. das Flugblatt "Die Verbrechen der Deutschen Bank sind ein Grund mehr, das ganze imperialistische System zu stürzen" (10/89), und das Flugblatt über die Kommunistische Partei (4/90), in dem die Notwendigkeit und die Aufgaben der KP überzeugend dargelegt werden. Oder das Flugblatt über die Einverleibung der DDR (3/90), in dem die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Einverleibung der DDR durch den deutschen Imperialismus aufgezeigt wird, ohne dabei die SED-Revisionisten in Schutz zu nehmen, oder auch das Palästina-Flugblatt (11/90).

2. Schritt: Das erste Interesse an den Flugblättern brachte uns dann dazu, die GDS-Nummern zu lesen und zu diskutieren. Besonders die RAF-Nummer war sehr hilfreich für uns, Klarheit über das Konzept Stadtguerilla und die RAF zu bekommen.

Die Bitburg-Nummer (Nr. 35) hat uns mehr Klarheit gebracht über die Mitschuld des deutschen Volkes an den Nazi-Verbrechen und über die Verpflichtung zum Kampf für Reparationen und Entschädigungen. Die Antisemitismus -Nummer (Nr. 38) war äußerst wichtig für unsere RB-Nummer über Palästina und den „antiimperialistischen" Antisemitismus.

Die Nummer über die "'Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)' von 1966" (Nr. 59) fanden wir sehr spannend. Uns war lange Zeit unklar, daß es in der SU eine Opposition gegen den Revisionismus gab, die Stalin überzeugend verteidigt hat. Besonders interessiert hat uns auch die Analyse des Machtantritts der Chru-

schtschow-Revisionisten in der Zeit nach dem Tod Stalins.

Sehr gut fanden wir auch die Nummer "Über den Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern des Nazifaschismus" (Nr. 62). In dieser Nummer wird das System der Konzentrations- und Vernichtungslager des Nazi-Regimes in seinen Etappen und mit seinen Mechanismen des Herrschafts- und Überwachungssystems beschrieben. Die Probleme eines organisierten Widerstands unter den extremen Bedingungen der KZ- und Vernichtungslager werden aufgezeigt sowie die Rolle der kommunistischen Kräfte in diesem Widerstand.

Ein weiterer wichtiger Schritt in dieser Zeit war für uns, zu den Fragen der Revolution die Texte der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin zu lesen. Wir haben an der GDS-Nummer über den "friedlichen und nichtfriedlichen Weg" (Nr. 20) gelernt, wie man mit den Klassikern arbeitet. In dieser Nummer werden die verschiedenen revisionistischen und opportunistischen Angriffe auf die gewaltsame proletarische Revolution, auf die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates im bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, umfassend zurückgewiesen. Eine Methode dabei ist, die entsprechenden Schriften der Klassiker nicht nur zu zitieren, sondern auch im prinzipiellen und konkreten Zusammenhang zu diskutieren, und aufzuzeigen, daß Chruschtschows friedlicher Weg rein gar nichts mit Marxismus-Leninismus zu tun hat.

3. Schritt: Schließlich haben wir alle Gruppen, die uns aus dem einen oder anderen Grund wichtig erschienen, verglichen. Wir haben ihre Programme, Plattformen Erklärungen etc. durchgeschaut, wobei uns die Publikationen von GDS am überzeugendsten erschienen.

Von GDS haben wir die Thesen von 1974 „Über die Aufgaben der Westdeutschen Marxisten-Leninisten"(1. Nummer von GDS) und das Buch "Grundfragen des Marxismus-Leninismus und der Opportunismus in Westdeutschland" (1977) geprüft. Den Schreibstil aus dieser Zeit haben wir als antiquiert empfunden, aber der Inhalt hat uns doch sehr entschädigt. Die Dokumente der ersten Parteikonferenz 1989 haben wir in unserer Gruppe gründlich diskutiert.

Nach den anfangs losen Kontakten hatten wir nun angefangen, mit den Genossinnen und Genossen von GDS systematische Diskussionen über offene Fragen und Meinungsverschiedenheiten zu führen. Wir haben auch gemeinsame Schulungen von Klassikertexten durchgeführt (z.B.: "Über die Grundlagen des Leninismus" von Stalin, "Was Tun?" von Lenin, "Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang").

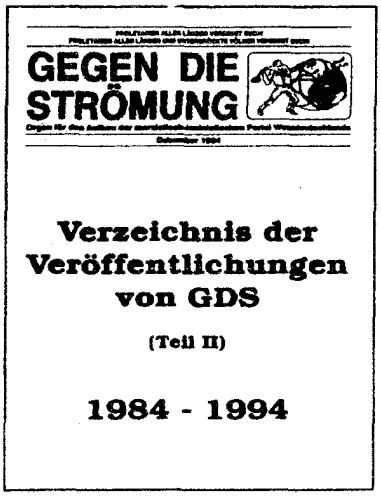
4. Schritt: Irgendwann waren wir dann an dem Punkt angelangt, daß wir die Linie von GDS richtig fanden.

Damit wäre eigentlich der Zeitpunkt gekommen gewesen sich zusammenzuschließen, aber solange wir unsere eigene Gruppe hatten, konnten wir auch selber bestimmen, was wir machen, das war unser "Königreich", da hatten wir das Sagen. Dahinter versteckte sich die blöde und auch antikommunistische Vorstellung davon, wie es in einer KP aussieht.

Stück für Stück verstanden wir dann in der Zusammenarbeit, daß eine kommunistische Partei nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist und arbeitet. Das heißt, es herrscht keine blinde Disziplin, es wird kein Kadaver-

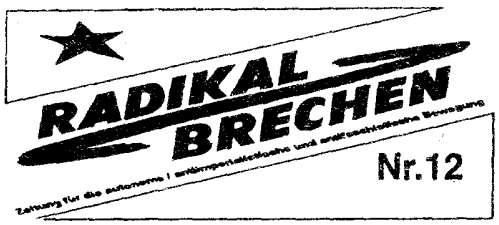
Inhaltverzeichnis

*** GDS-Nummern**
*** Flugblätter**
*** Bulletin zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder**
*** GDS-Publikationen in anderen Sprachen**
*** Broschüren und Nachdrucke**
*** Plakate**
***Aufkleber und Streuzettel**



Bereits im März 1984 ist Teil 1 des Gesamtverzeichnisses von GDS erschienen.

Demnächst erscheint:



Auf der Grundlage revisionistischer, opportunistischer und chauvinistischer Plattformen kann keine Kommunistische Partei aufgebaut werden!

Kritik an pseudokommunistischen Organisationen - ihre Haltung zu:

- **Kommunismus, Sozialismus, Diktatur des Proletariats**
- **gewaltsame Revolution und Bürgerkrieg**
- **Proletarischer Internationalismus - Kampf gegen den deutschen Chauvinismus**

ca. 100 Seiten, 10 DM

gehorsam verlangt. Vor Beschlußfassung wird diskutiert, dann hat sich allerdings die Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Die Beschlüsse müssen dann durchgeführt werden. Das ist bewußte Disziplin. Anders kann ja auch nicht gearbeitet werden, sonst handelt es sich bloß um einen Diskussionszirkel. Unsere Vorstellungen von Kritik und Selbstkritik als Gehirnwäsche war absurd. Wir haben uns durch Einblick in die innerparteiliche Praxis überzeugt, daß die Umsetzung der Beschlüsse, ihre Überprüfung in der Praxis diskutiert werden, und wenn Fehler gemacht werden, werden diese kritisiert und korrigiert.

Aus mehr oder minder egoistischen Gründen hatten wir uns erst einmal entschieden, weiterhin eigenständig zu bleiben. Wir haben die Zusammenarbeit vorsichtig Schritt für Schritt ausgebaut und uns vor allem auch weiterhin mit den Fragen des Parteiaufbaus ideologisch auseinandergesetzt. Aus diesen Gründen haben wir immer noch unsere Eigenständigkeit betont, auch wenn wir inhaltlich schon weitgehendst an GDS orientiert waren.

5. Schritt: Mit den Dokumenten der 2. Parteikonferenz, an deren Ausarbeitung und Diskussion wir schon im Vorfeld beteiligt waren, erfolgte dann der Zusammenschluß mit WBK und GDS, der aufgrund der vorangegangenen Entwicklung eigentlich die logische Konsequenz war.

Ein Ziel dieser Erklärung ist zum einen, Rechenschaft über unseren Zusammenschluß abzulegen, zum anderen aber auch einen Beitrag zu leisten als Hilfe zur Orientierung anderer Gruppen, die ernsthaft an der Revolution interessiert sind.

Allerdings würde die genauere Behandlung der Linie von GDS sowie die Analyse der anderen Gruppen diesen Rahmen sprengen. Wir werden in unserer Abschlußnummer RB Nr. 12 unter anderem anhand folgender Punkte

- ❑ **Kommunismus, Sozialismus, Diktatur des Proletariats**
- ❑ **gewaltsame Revolution und Bürgerkrieg**
- ❑ **Proletarischer Internationalismus - Kampf gegen den deutschen Chauvinismus**

aufzeigen, daß keine der Gruppen von DKP, PDS über KPD „Ost" und MLPD bis Arbeiterbund sowie andere sich als kommunistisch verstehende Gruppen ernsthaft an der Perspektive der proletarischen Revolution interessiert sind, sondern in Wirklichkeit tief im revisionistischen und opportunistischen Sumpf stecken und zum größten Teil voll im Fahrwasser des deutschen Chauvinismus schwimmen.

Wir fordern alle an der proletarischen Revolution interessierten Genossinnen und Genossen auf, die Dokumente der zweiten Parteikonferenz „Rot Front Nr. 1", Nummern und Flugblätter von GDS zu studieren und mit uns zu diskutieren!

Erklärung zum 1. Mai 1996

Kritiken, Beiträge und Bestellungen schickt bitte an:

Buchladen Georgi Dimitroff

Koblenzerstr. 4

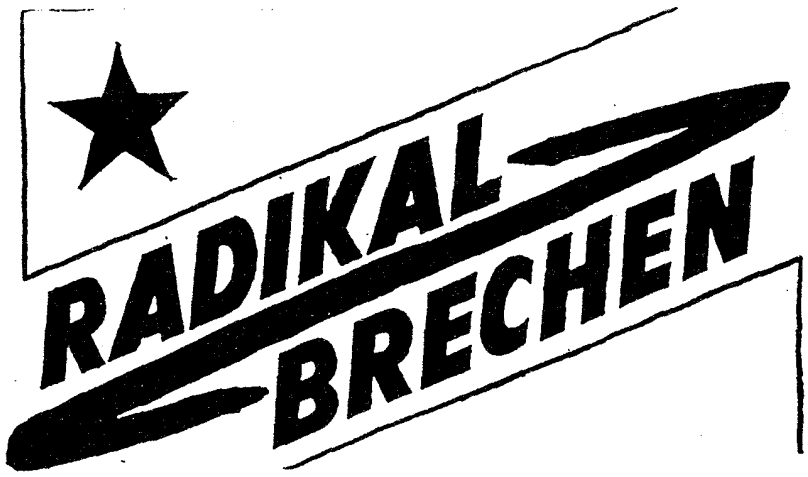
60327 Frankfurt/Main

FAX-Nr. 069/730920

Öffnungszeiten: Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr, Samstag 10.00 - 13.00 Uhr, Montag/Dienstag geschlossen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

*** Anzeige ***



Zeitung für die antiimperialistische und autonome Bewegung

◆ Übersicht über die bisher erschienen 11 Ausgaben von RADIKAL BRECHEN

Nr. 1 - Februar 1989
"Es ist schon längst an der Zeit über die Ziele der Revolution zu debattieren"

Nr. 2 - März 1989
"Ein übles Märchen - Westdeutschland eine Kolonie der USA"

Nr. 3 - Oktober 1989
"Wer kann die Bourgeoisie stürzen"

Nr. 4 - November 1989
"Warum das Konzept Stadtguerilla nicht zur Zerschlagung des Staatsapparates der Bourgeoisie führt"

Nr. 5 - Mai 1990
"Der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei ist zum scheitern verurteilt, wenn der Kampf gegen den Opportunismus ausgeklammert wird!"

Nr. 6 - Juli 1990
"Die neuesten Entwicklungen in Osteuropa - kein Bankrott des Kommunismus, sondern Bankrott des Revisionismus!"

Nr. 7 - Januar 1991
"Palästina -ein Prüfstein"

Nr. 8 - November 1991
Ein Lichtblick bei den Autonomen:
"Stellungnahme gegen den Antikommunismus: 'Reicht der Einfluß der Herrschenden bis ins INTERIM?'"

Nr. 9 - Februar 1993
"Zur Auflösung von RZ und zur RAF-Erklärung vom 10.4.92:
Die Debatte über alle Fragen der Revolution endlich beginnen!"

Nr. 10 - Oktober 1994
"Es ist schon längst an der Zeit, über Fragen des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren!"

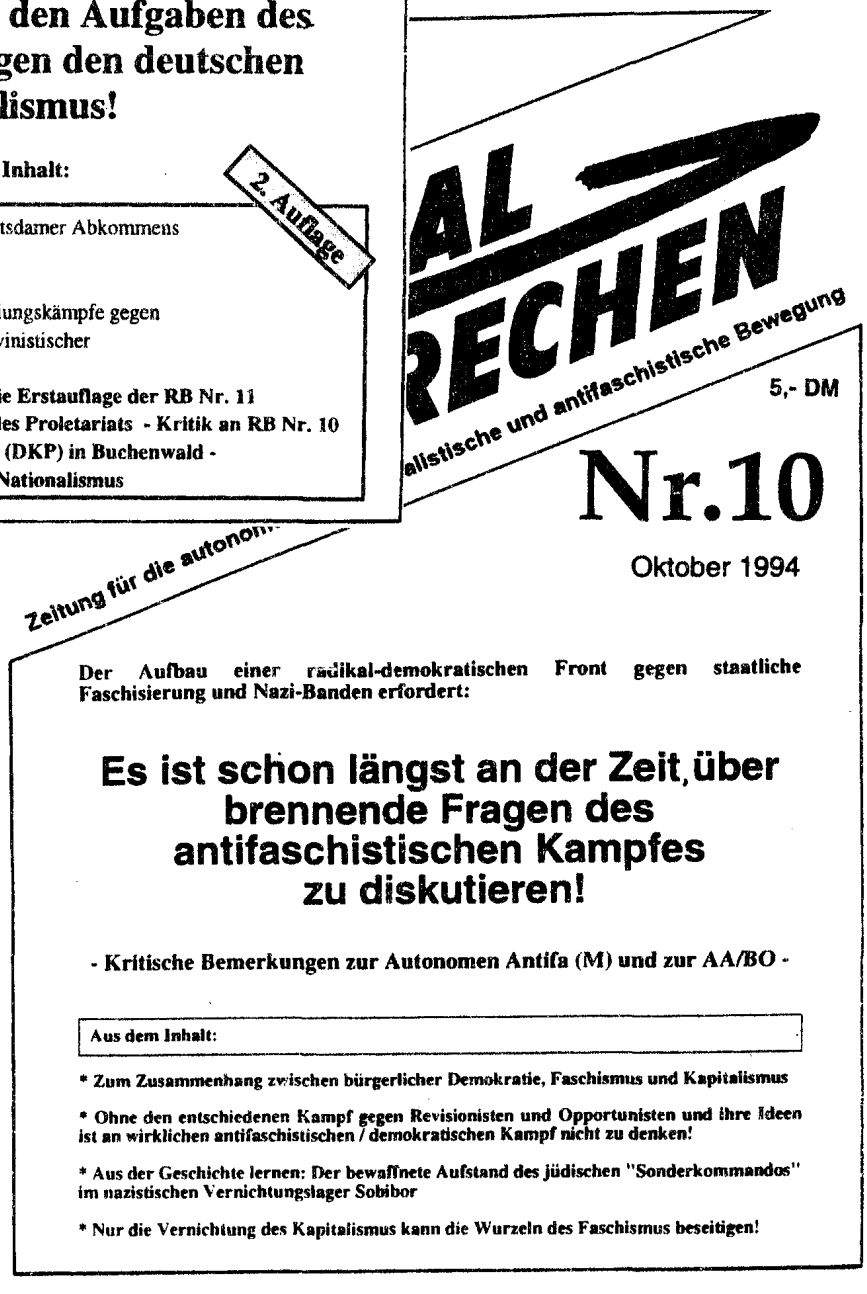
Nr. 11 - September 1995 (2. Aufl.)
"Die angeblich 'nationalen' Deutschen kapitulieren in Wirklichkeit vor den Aufgagen des realen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!"

Bestellungen und Zuschriften bitte an:

"RADIKAL BRECHEN"

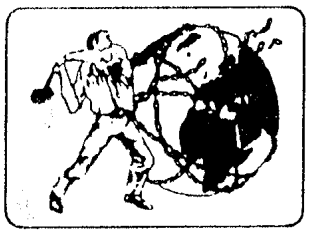
c/o Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

RADIKAL
BRECHEN
antiimperialistische und antifaschistische Bewegung
5,- DM
Nr. 11
September 1995
KRITIKEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE
zu Radikal Brechen Nr. 10 und Nr. 11 (1. Auflage)
Die angeblich "antinationalen" Deutschen kapitulieren in Wirklichkeit vor den Aufgaben des realen Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!
Aus dem Inhalt:
2. Auflage
Die richtigen Beschlüsse des Potsdamer Abkommens werden angegriffen
Wie Marx "halbiert" wird...
Die Ablehnung nationaler Befreiungskämpfe gegen den Imperialismus steht in chauvinistischer Tradition der Sozialdemokratie!
Dokumente der Debatte um die Erstauflage der RB Nr. 11
Diskussionsbeitrag zur Rolle des Proletariats - Kritik an RB Nr. 10
Zur Rede von Emil Carlebach (DKP) in Buchenwald - Propagierung von deutschem Nationalismus


RECHEN
antifaschistische Bewegung
5,- DM
Nr.10
Oktober 1994
Zeitung für die autonom
Der Aufbau einer radikal-demokratischen Front gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden erfordert:
Es ist schon längst an der Zeit, über brennende Fragen des antifaschistischen Kampfes zu diskutieren!
- Kritische Bemerkungen zur Autonomen Antifa (M) und zur AA/BO -
Aus dem Inhalt:
* Zum Zusammenhang zwischen bürgerlicher Demokratie, Faschismus und Kapitalismus
* Ohne den entschiedenen Kampf gegen Revisionisten und Opportunisten und ihre Ideen ist an wirklichen antifaschistischen / demokratischen Kampf nicht zu denken!
* Aus der Geschichte lernen: Der bewaffnete Aufstand des jüdischen "Sonderkommandos" im nazistischen Vernichtungslager Sobibor
* Nur die Vernichtung des Kapitalismus kann die Wurzeln des Faschismus beseitigen!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

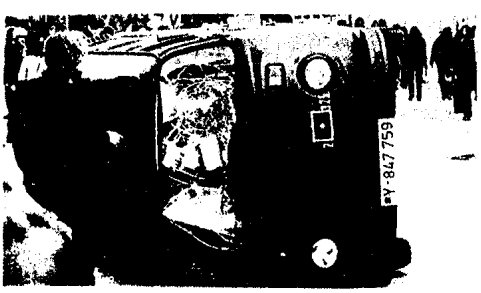
5/96 Mai 1996

Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen!

Die mit großem Aufwand geplante öffentliche Vereidigung mehrerer hundert Bundeswehr-Rekruten in Berlin am 31. Mai 1996 ist eine ungeheuerliche militaristische Provokation. Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus fühlt sich heute wieder stark genug, um erstmals seit der militärischen Zerschlagung seiner Nazi-Wehrmacht im Jahr 1945 ein derartiges militaristisches Spektakel in Berlin durchzuführen, wo bereits vor und während des Ersten und Zweiten Weltkriegs die Soldaten der Vorläuferarmeen der Bundeswehr öffentlich vereidigt wurden, die dann für die mörderischen Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus in den Krieg gezogen sind. Der Kampf gegen öffentliche "Vereidigungen", wie in Berlin oder z.B. in Bremen am 6. Mai 1980, wo 15.000 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen zum Teil militant die öffentliche Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion bekämpften, der Kampf gegen die ungebrochene Traditionslinie der Bundeswehr, die bis zum reaktionären Preußentum zurückgeht, ist absolut richtig und notwendig. Damit sich darüber hinaus längerfristig der bewußte und organisierte Kampf gegen diese hochgerüstete Militärmaschinerie insgesamt entwickelt, ist vor allem auch die tiefgehende Auseinandersetzung mit der grundlegenden Funktion der Bundeswehr innerhalb des Systems des deutschen Imperialismus erforderlich.

Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus nach innen und nach außen

Die Bundeswehr gehört zu den bestgerüsteten Armeen der Welt, sie ist die schlagkräftigste in Europa. Sie kann in kürzester Frist im Bedarfsfall über 2 Millionen Reservisten mobilisieren und verfügt über ca. 50.000 hochspezialisierte, elitemäßig ausgebildete Eingreiftruppen für die Niederschlagung von Aufständen im Inneren und den blitzschnellen weltweiten Einsatz. Die angebliche "Abrüstung" und "Verkleinerung" der Bundeswehr, die mit großem Propagandaaufwand angekündigt worden ist, war und ist nur ein demagogischer Trick, ein Deckmantel für die in Wirklichkeit zunehmende Militarisierung. Die angebliche Truppenreduzierung der Bundeswehr bedeutet in Wirklichkeit eine faktische Erhöhung der Personalstärke durch die verstärkte Einbindung von Reservisten und die ständige Erhöhung der Reservistenzahl vor allem durch die verminderte Wehrpflichtzeit. Statt "Abrüstung" wurde z.B. die Truppenübungsfläche im Inland nach der Einverleibung der DDR nahezu verdoppelt. Selbst wenn die angekündigte Schließung von 116 Kasernen-Standorten in Westdeutschland durchgeführt worden wäre (was stark zu bezweifeln ist), gewinnt die Bundeswehr auf dem Gebiet der Ex-DDR 141 Standorte dazu, ja 20% der Armee des deutschen Imperialismus ist in Richtung polnischer und tschechischer Grenze vorgerückt. Gemeinsame "Übungen" der Bundeswehr mit der tschechischen Armee in Tschechien und *die faktische Einverleibung der niederländischen Armee in das 1. Korps der Bundeswehr* (Frankfurter Rundschau, 29.8.95) sind weitere Belege für den gigantischen militärischen Vormarsch des deutschen Imperialismus! Ebenso verlogen ist die Behauptung, Waffen wären ja massenweise verschrottet worden. Verschrottet wurde tatsächlich - Schrott. Gleichzeitig wurden massenweise Waffen aus NVA-Beständen an die Türkei und andere reaktionäre Staaten verschleudert, die damit gerade auch im Interesse des deutschen Imperialismus gegen Befreiungskämpfe vorgehen. Die deutaschen Imperialisten selbst haben stattdessen modernste Waffensysteme angeschafft, die die Feuerkraft und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr enorm erhöhen.



Bremen 1980: Bundeswehrfahrzeuge werden zu Barrikaden umfunktioniert!

Eine *eigenständige Rüstungsindustrie,* mit deren Hilfe der deutsche Imperialismus sich selbständig mit den modernsten Waffen ausrüstet, ist schon lange Realität. Der deutsche Imperialismus ist heute der weltweit zweitgrößte Waffenexporteur. Das befähigt ihn, im Kriegsfall die Armeen kleinerer, "verbündeter" Länder reibungslos in die militärische Planung der Bundeswehr einzugliedern. Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr, der jederzeitige Zugriff auf Uran, die Ausbaufähigkeit des sogenannten „Atomprogramms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" für die Atomwaffenproduktion, die führende Rolle bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens, Iraks, Brasiliens und anderer Länder, die Erprobung verschiedener Träger für Atomraketen in Zaire oder in Argentinien, zeigen, daß der deutsche Imperialismus die *faktische Verfügungsgewalt über Atomwaffen* besitzt. Daran ändert auch nichts, daß aus Gründen politischer Opportunität dies offiziell nicht zugegeben wird. Es bleibt das Ziel des deutschen Imperialismus, auch offiziell „Atommacht" zu werden, Atomwaffen zu

Solidarität mit dem gerechten Widerstand gegen den Castor-Transport!

15.000 Polizisten und BGS, der größte Polizeieinsatz nach 1945, eine regelrechte Bürgerkriegsarmee, sicherten den Transport des zweiten Castors von der französischen Grenze bis nach Gorleben. Brücken wurden gesperrt, Bahnübergänge geschlossen, es herrschte nicht nur rund um die Bahnstrecke, wo der Castor transportiert wurde, ein regelrechter polizeilicher Ausnahmezustand. Nachdem es tagelang vor der Ankunft des Castors in Gorleben immer wieder zu Demonstrationen in und um Lüchow-Dannenberg, zu bundesweiten Aktionen und Blockaden kam, um den reibungslosen Transport zu behindern, stand der "Tag X" dann fest.

Am 8. Mai 1996 traf der Castor in Lüchow-Dannenberg ein und wurde am selben Tag nach Gorleben transportiert. Ca. 5000 Demonstrantinnen und Demonstranten, viele davon aus der näheren Umgebung, versuchten gegen eine Übermacht von ca. 9000 Polizisten und BGS, den Castor-Transport auf den letzten 20 Kilometern von Lüchow-Danneberg ins Zwischenlager Gorleben zu behindern. Mit Sitzblockaden und brennenden Barrikaden wurde der Transport verzögert, so daß er erst nach sechs Stunden in Gorleben eintraf. Der Polizeiterror fand nun seinen Höhepunkt: Wasserwerfereinsätze, scharfe Polizeihunde, CS-Gas, BGS-Räumpanzer und massenhafte Knüppeleinsätze führten dazu, daß viele Demonstranten verletzt wurden, ca. 30 wurden festgenommen. Besonders brutal ging die Polizei gegen eine geplante Aktion von Bauern aus der Umgebung um Lüchow-Dannenberg vor, die gegen die Atompolitik des deutschen Staates in Gorleben protestieren wollten. Als sich ca. 100 Traktoren auf den Weg machten, um die Straße dichtzumachen, auf der der Castor nach Gorleben transportiert wurde, wurden die Bauern von einem starken Polizeiaufgebot überfallen. Traktoren wurden durch Polizeiknüppel zerstört, die Fahrer herausgezerrt und blutig geschlagen. Doch diese Bauern haben sich auch durch diesen Polizeiterror nicht einschüchtern lassen. Auf einer Versammlung einige Tage nach dem 8. Mai wurde beschlossen, auch weiterhin Widerstand zu leisten - hier zeigt sich auch, welch große und zumeist unterschätzte Bedeutung die Masse der werktätigen Bauernschaft im Kampf hat.

Diese sechsstündige Machtdemonstration der Polizei, die gleichzeitig als eine Übung für weitergehende Einsätze gegen militanten und revolutionären Widerstand verstanden werden muß, wurde von Demonstrantinnen und Demonstranten durch militante Gegenwehr beantwortet. Steine, Knüppel und Barrikaden wurden gegen die Polizei eingesetzt, der Widerstand ließ sich nicht kleinkriegen und riß die ganzen 20 Kilometer von Lüchow-Dannenberg bis Gorleben nicht ab!

War das unmittelbare Ziel der Proteste, den Castor-Transport zu stoppen, so richtete sich dieser Kampf jedoch objektiv auch gegen die Atompolitik des deutschen Imperialismus, die von seiner imperialistischen Kriegspolitik nicht zu trennen ist. Das Zwischenlager Gorleben ist ein wichtiger Bestandteil der eigenständigen Kriegsindustrie des deutschen Imperialismus, von den einzelnen Atomkraftwerken bis zur Gewinnung von atomwaffenfähigem Plutonium.

Die atomare Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus bekämpfen!

Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung in Berlin am 31.5.1996!
Demonstration gegen die NATO-Tagung in Berlin! Zeit: 3.6.1996, 17 Uhr, Ort: Berlin, Adenauerplatz

besitzen, alle dem noch entgegenstehenden rechtlichen Bestimmungen und Verträge aufzuheben.

Die Bundeswehr wurde von alten Nazi-Offizieren der SS und der Nazi-Wehrmacht aufgebaut. Die Benennung von Kasernen nach angeblich "verlorenen Ostgebieten" oder Nazi-Generälen bei gleichzeitiger fortwährender Diffamierung der Deserteure, denen bis heute in den meisten Fällen jegliche Rehabilitierung und Entschädigung verweigert wird, sind nur zwei Seiten derselben Medaille. Ganz offen stellt sich die heutige Bundeswehr auch ideologisch in die Tradition der Nazi-Wehrmacht, übernimmt "Liedgut" selbst von SS-Mördern, wie z.B. die Falschirmspringereinheit "Saarlandbrigade", und in den "Truppen-Büchereien" der Bundeswehr finden sich Machwerke von Autoren vom Schlage eines Grimm "Volk ohne Raum" oder Ahlfen "Der Kampf um Schlesien".

Es hat heute eine Generation von Militärs in der Bundeswehr das Sagen, die unter dem Motto "Unsere Väter waren keine Verbrecher" die Tradition der deutschen Wehrmacht beschwört, die Schlachten und Manöver des zweiten Weltkrieges durchstudiert und es nun - das dritte Mal - "besser" machen will. Während weltweite Einsätze der Bundeswehr früher verdeckt und verschleiert durchgeführt worden waren, nahmen die Operationen der Bundeswehr besonders seit 1990 immer unverhohlener den Charakter offener Kriegseinsätze an, ob die Kriegsmarine im Mittelmeer oder die deutsche Luftwaffe im kurdischen Teil der Türkei beim Krieg gegen den Irak oder beim Einsatz von Bundeswehrtruppen in Somalia. Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, ist der ***erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr*** Realität geworden. Tornado-Jagdbomber, 2000 Soldaten und Marineeinheiten waren direkt an den tagelangen mörderischen Luftangriffen der Nato-Truppen in Ex-Jugoslawien beteiligt. Inzwischen sind langfristig in Kroatien tausende von Bundeswehrsoldaten stationiert. Der deutsche Imperialismus hat damit eine neue Stufe der militärischen Expansion erreicht, die zugleich Vorstufe neuer und größerer Militäreinsätze der Bundeswehr ist.

Dritter Anlauf zur Eroberung der Weltherrschaft:

"... nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind:... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."

(Außenminister Kinkel, FAZ, 19.3.1993)

Die Militarisierung durchdringt das ganze öffentliche Leben

Die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus besteht keinesfalls nur aus militärischer Vorbereitung. ***Die Militarisierung durchdringt das ganze öffentliche Leben*** und besteht nicht nur aus dem sogenannten "Zivil- und Katastrophenschutz", aus "Luftschutzübungen" oder ähnlichem. Durch die Schürung von deutschem Chauvinismus und Rassismus, durch die Schürung des deutschen Revanchismus und die Aktivierung der "deutschen Ideologie", durch Staatsglauben, Untertanengeist und Kadavergehorsam - die allseitige Vorbereitung der werktätigen Massen auf ihre künftige Verwendung als Kanonenfutter läuft auf vollen Touren. Aber auch die geschichtsfälschende Verklärung des preußischen Militarismus in den Kriegen um 1812, die Huldigungen an den preußischen Untertanengeist und Kadavergehorsam, die Vertuschung der Mordpolitik des deutschen Militärs gegen die unterdrückten Völker in Kolonialkriegen in Afrika und ihre verbrecherische Rolle im ersten Weltkrieg sind unerläßliche Bereiche der Aufklärung gegen den deutschen Militarismus, der heute in Gestalt der Bundeswehr immer dreister insbesondere Jugendliche militaristisch indoktriniert.

Vor allem mit Hilfe demagogischer Betrugsmanöver wie der angeblichen "humanitären Rolle" der Bundeswehr, Schlagwörtern wie der "deutschen Verantwortung" und "Gleichberechtigung" mit anderen imperialistischen Großmächten, sowie mit öffentlichen "Vereidigungen" und Feiern zur Verherrlichung der Bundeswehr versucht der deutsche Imperialismus zunehmend die Bevölkerung für den "Ernstfall" einzustimmen und an den weltweiten Einsatz der Bundeswehr zu gewöhnen. Zur Durchführung dieser ideologischen Kriegsvorbereitung verfügt der deutsche Imperialismus heute über einen Propagandaapparat, vor dem Göbbels vor Neid erblaßt wäre. All das ist kein Zufall.

Der deutsche Imperialismus - eine besonders aggressive imperialistische Großmacht

Der deutsche Imperialismus ist eine imperialistische Großmacht, ein eigenständiger Kriegsherd, der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet. Der deutsche Imperialismus ist eine besonders aggressive imperialistische Großmacht, denn er ist kein neu entstandener Imperialismus, sondern er ist im Kern derselbe Imperialismus der den 1. Weltkrieg ausgelöst hat und der im 2. Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Völkermord an der jüdischen Bevölkerung, den Sinti und Roma durchgeführt hat.

Die Armee als Hauptkomponente eines Staatsapparates einer imperialistischen Großmacht ist nicht nur eine Armee zur Eroberung anderer Länder im Kampf gegen andere imperialistische Großmächte, nicht nur ein Mittel, revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern niederzumetzeln. Sie ist auch ein Mittel, um gegen die sich revolutionierende Masse der werktätigen Bevölkerung im eigenen Land "wirkungsvoll" vorgehen zu können. Ganz offen werden diese Aufgaben der Bundeswehr in einem "Planungspapier" des deutschen Kriegsministeriums formuliert:

- **"Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen..."**
- **"Gefahrenabwehr nach innen..."**

(Handelsblatt, 17.2.1992)

Kampf gegen alle Formen des deutschen Militarismus und für die Zerschlagung der Bundeswehr

Der bewußte und organisierte Kampf gegen alle Formen des deutschen Militarismus erfordert von den revolutionären Kräften eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des deutschen Militarismus sowie die tiefgehende Entlarvung der sowohl politisch als auch psychologisch gut durchdachten Kampagnen zur Verherrlichung der revanchistischen Bundeswehr.

Um dem Hochmut der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, die Angreifbarkeit und Besiegbarkeit ihrer scheinbar übermächtigen Militärmaschinerie aufzuzeigen, müssen sich die revolutionären Kräfte in Deutschland mit der Geschichte der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, vor allem auch der Partisanenkämpfe des 2. Weltkrieges, auseinandersetzen. Es gilt auch die Erfahrungen aus den militanten und antimilitaristischen Kämpfen gegen den west/deutschen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten aufzuarbeiten, deren Schwachstellen, aber auch Stärken herauszuarbeiten (z. B. die Kämpfe gegen die öffentliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Bremen 1980, gegen den Bau der Startbahn West bei Frankfurt/Main, den Kampf gegen die atomare „Wiederaufbereitungsanlage" in Wackersdorf 1986, die Besetzung von für den Export nach Indonesien bestimmten Kriegsschiffen in Pechenände/Ex-DDR 1993).

Für die Schaffung des Bewußtseins bei der Mehrheit der Arbeiterklasse über die wirkliche Rolle der Bundeswehr in diesem System, die Bereitschaft, einen Kampf auf Leben und Tod mit dieser Armee des deutschen Imperialismus zu führen, reicht es nicht aus, nur an diese Kämpfe anzuknüpfen. Eigene Erfahrungen im Kampf gegen die Bundeswehr sind notwendig, z. B. durch weitergehende Aktionen beim Überfall der Bundeswehr auf andere Länder oder bei kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen Imperialisten, bei der Niederschlagung von revolutionären Bewegungen oder Kämpfen der Arbeiterbewegung in Deutschland durch die Bundeswehr. Diese Kämpfe sind notwendig, um dieses oder jenes Verbrechen der deutschen Imperialisten und ihrer Bundeswehr zu bekämpfen, es nach Möglichkeit zu verhindern; sie dienen aber gleichzeitig als Hebel zur Erziehung der werktätigen Massen, um sie schließlich zum Kampf gegen das ganze System zu führen.

Die Geschichte aller Revolutionen bestätigt, daß solche Armeen wie die Bundeswehr nicht von selbst verschwinden, daß ihre Eliteeinheiten, aber auch andere Truppenteile ohne Zögern auf rebellierende Soldaten und Aufständische im eigenen Land schießen werden. Es ist unmöglich, eine solche Armee einfach durch „Überzeugung" der Soldaten nur „von innen her" zu überwinden und zu beseitigen.

So nötig die oft genug unterschätzte Arbeit in der Bundeswehr ist, um Informationen über ihre militärische Stärke, über den Einsatz der Truppenteile in der Revolution zu haben, um Truppenteile in zugespitzten Situationen zum Desertieren bringen zu können, vor allem auch um, wie Lenin sagte, das "Waffenhandwerk zu erlernen", so muß klar sein: Auch diese Arbeit kann nur unter dem Druck bewaffneter revolutionärer Verbände ein wichtiger Hebel im Kampf für die Zerschlagung der Armee werden. Die hauptsächliche Arbeit zur Zerschlagung der Bundeswehr kann nur von der Bürgerkriegsarmee des Proletariats im bewaffneten Aufstand geleistet werden.

Alles nur graue Theorie? Leere Zukunftsmusik?

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, wieweit für jede Einzelne und jeden Einzelnen die Perspektive der sozialistischen Revolution - unabhängig von konkreten Zeiträumen - die einzig wirklich tiefgehende, radikale und überzeugende Perspektive ist.

Die systematische Entlarvung sämtlicher Operationen dieser imperialistischen Bundeswehr über Jahre, ja Jahrzehnte hinweg durch die kommunistischen Kräfte ist ein entscheidender Ansatzpunkt, damit zunächst aus Kämpfen gegen dieses oder jenes Verbrechen der Bundeswehr schließlich Kämpfe werden, die unter Führung einer wirklich kommunistischen Partei das ganze System des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in Frage stellen, Kämpfe, die die Ideen des Sozialismus und Kommunismus und der Vernichtung des Kapitalismus zum Ziel haben werden. Nur in solchen Kämpfen wird eine revolutionäre bewaffnete Arbeiterklasse entstehen, die, gestützt auf die demokratische Herrschaft der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse, auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus die Waffe der Diktatur des Proletariats über alle Reaktionäre nicht mehr aus der Hand geben wird!

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

Aufbau der Bundeswehr in der Tradition der verbrecherischen Nazi -Wehrmacht!

„Allgemeine Ausnahmegenehmigung für das Überspringen von Dienstgraden durch Soldaten."

Der Bundespersonalausschuß hat in seiner Sitzung am 2. August 1956 beschlossen (Beschluß Nr. 365/56):

„Auf Grund des § 27 Absatz 6 Satz 3 des Soldatengesetzes (SG) vom 19. März 1956 (BGBl. I S. 114) wird für die Festsetzung des Dienstgrades bei der Ernennung zum Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit (§ 40 Absatz 2 SG) eine allgemeine Ausnahme von der Vorschrift des § 27 Absatz 4 Satz 2 SG mit der Maßgabe zugelassen, daß

a) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr dem innegehabten Dienstgrad oder Amt

1. im Beamtenverhältnis der früheren Wehrmacht,
2. im Polizeivollzugsdienst,
3. im Zollgrenzdienst,
4. im Reichsarbeitsdienst,
5. in der Waffen-SS

entspricht oder nicht um mehr als einen Dienstgrad darüber liegt,

b) die Ernennung mit einem Dienstgrad in der Bundeswehr der vergleichbaren Ausbildung und Tätigkeit als deutscher Angehöriger einer „Dienstgruppe" der alliierten Streitkräfte entspricht.

Als Vergleichsmaßstab gilt

1. für die Beamten der früheren Wehrmacht (außer Ingenieurkorps der Luftwaffe), des Polizeivollzugdienstes und des Zollgrenzdienstes die Einreihung in die Besoldungsgruppen der Reichsbesoldungsordnung A und B, wobei Zwischengruppen, die für Soldaten nicht vorgesehen sind, der nächsthöheren vergleichbaren Besoldungsgruppe zugerechnet werden;
2. für die früheren Beamten des Ingenieurkorps der Luftwaffe (Besoldungsordnung IL) die Tabelle der Anlage D zu § 85 Q 131;
3. für die Angehörigen des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes die Tabelle der Anlage C zu § 53 Absatz 2 G 131.
4. für die Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS nachstehende Tabelle.

Vergleichbare Dienstgrade der Waffen-SS

SS-Ränge	Grenadier
Stoffelmann	
Stoffelanwärter	
SS-Sturmmann	Gefreiter
SS-Rottenführer	Obergefreiter
SS-Unterscharführer	Unteroffizier
SS-Scharführer	Stabsunteroffizier
SS-Oberscharführer	Feldwebel
SS-Hauptscharführer	Oberfeldwebel
SS-Sturmscharführer	Stabsfeldwebel
SS-Standartenjunker	Fähnrich
SS-Untersturmführer	Leutnant
SS-Obersturmführer	Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer	Hauptmann
SS-Sturmbannführer	Major
SS-Obersturmbannführer	Oberstleutnant"

Bei der Bewilligung der Ausnahme zu Buchstabe a Nr. 5 hat sich der Bundespersonalausschuß die Grundsätze in Abschnitt B III Nr. 2 und 5 der Richtlinien der Personalgutachterausschüsse für die Streitkräfte vom 12. Oktober 1955 für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant an aufwärts zu eigen gemacht.

+ Ministerialblatt des Bundesministers für Verteidigung, Bonn 1.9.56, Nr. 1

Offizielle Bekanntmachung zur Wiederverwendung der SS-Offiziere vom 1.9.1956

Im Wehrpflichtgesetz von 1956 wurde ausdrücklich festgelegt, daß die Soldaten der Nazi-Wehrmacht entsprechend ihrem früheren Dienstgrad eingezogen werden (§36). Selbst ehemalige Mitglieder der nazifaschistischen SS, einschließlich der Waffen-SS, wurden entsprechend ihrem früheren Dienstgrad in die Bundeswehr übernommen!

Die Bundeswehr ist Angriffsarmee nach außen und Bürgerkriegsarmee nach innen!

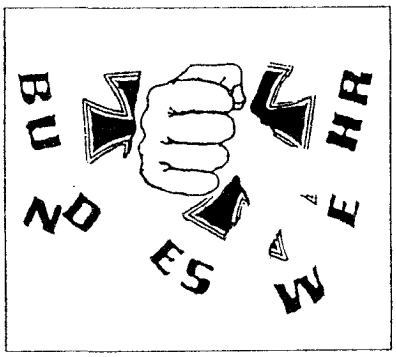
Dritter Anlauf zur Eroberung der Weltherrschaft:

"...nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind:... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht."

(Außenminister Kinkel, FAZ, 19.3.1993)

Bundeswehrtruppen marschieren durch eine westdeutsche Fabrik!

Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in der Kaserne und im Betrieb!



Militanter Kampf gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen 1980!

Dieses Plakat kann bestellt werden bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main, FAX-Nr.: 069/730920

Verzeichnis der Veröffentlichungen

von

Gegen die Strömung

1974 - 1994

(Teil I und Teil II)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Verzeichnis der VERÖFFENTLICHUNGEN von GDS 1974 - 1983

UND DER GEMEINSAMEN SCHRIFTEN DER REDAKTIONEN VON

ROTE FAHNE (ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS)
GEGEN DIE STRÖMUNG (ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTDEUTSCHLANDS)
WESTBERLINER KOMMUNIST (ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI WESTBERLINS)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

November 1995

Verzeichnis der Veröffentlichungen von GDS

(Teil II)

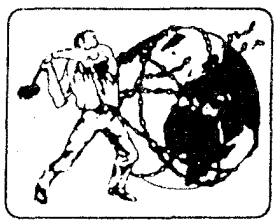
1984 - 1994

Aus dem Inhalt:

- Übersicht der Zeitschriften mit Inhaltsverzeichnis (zum besseren Einblick in die Themenschwerpunkte)
- Angaben zu Nachdrucken von Schriften der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin
- Übersicht der herausgegebenen Flugblätter
- Faksimiles der Plakate und Aufkleber des Buchladen Dimitroff

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/96 Juni 1996

Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!

Der jahrelange Zustand sich ständig verschärfender Ausbeutung wird nun durch ein neues Paket von Kürzungen auf eine neue Stufe gehoben: Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auf 80% des Lohnes, das anschließende Krankengeld soll von 80% auf 70% gekürzt werden, Erhöhung der Altersgrenze für das Rentenalter bei Frauen von 60 auf 65 und Rentenkürzung, schrittweise Beseitigung des Kündigungsschutzes, Verlängerung der Arbeitszeit, gleichzeitig verschärfte Gangart gegen Erwerbslose, die kürzere Zeit Anspruch auf die sogenannte "Arbeitslosenhilfe" erhalten und jährliche Kürzung um 3% usw. Insgesamt sollen die Kürzungen 25 Milliarden Mark pro Jahr betragen.

Werden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Erwerbslosen, alle Betroffenen dies alles gefallen lassen? Wird nach etwas Schaumschlägerei durch die DGB-Fürsten die Sache "geschluckt" ohne wirklichen Kampf? Dann ist der Weg frei für die nächste Etappe der verschärften Ausbeutung.

Ja, es ist wahr, viele finden es "unerhört", was sich da zusammenbraut. Aber wirklich dagegen kämpfen? Viel zu viele haben noch Hoffnung auf "Abwahl der CDU", auf Spitzengespräche und auch auf die hohlen Aktionen der DGB-Fürsten. "So schlimm wird es schon nicht kommen", tönt es. Die wenigen, aber um so wichtigeren Kräfte in den Betrieben und Erwerbsloseninitiativen, die es besser wissen, die wissen, daß ohne und gegen die DGB-Fürsten gekämpft werden muß, sind weitgehend isoliert voneinander, eng, zu eng "an ihren Bereich" gefesselt und oft auch nicht breit genug im eigenen Betrieb verankert. Dennoch: hier und nur hier liegt die Möglichkeit und die Kraft, in sich zuspitzenden Situationen und Kämpfen die grundsätzliche Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes deutlich werden zu lassen und die Kämpfe wirklich anzuleiten. Es kommt darauf an, Inhalte und Formen des Kampfes zu wählen, die den vorgegebenen legalistischen Rahmen der "Luftablaßaktionen" der DGB-Fürsten - wie nun am 15.Juni 1996 in Bonn - sprengen.

Dazu ist jedoch auch Klarheit nötig, warum es dem Kapital immer wieder wie selbstverständlich gelingt, den riesigen Gewerkschaftsapparat mit tausenden freigestellten Funktionären und Angestellten, der von der Masse der Arbeiterinnen und Arbeitern als "Kampforganisation" finanziert wird, zur Abwiegelei und zu Scheingefechten zu nutzen und warum es der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht gelingt, mit seiner Unterstützung den Abwehrkampf gegen das Kapital und seinen Staat zu führen.

Die Wahrheit ist, daß es keinesfalls überraschend ist, daß diese Operationen ständig "erfolgreich" sind und sozusagen risikolos. ***Denn der Gewerkschaftsapparat ist fest in der Hand einer gut bezahlten und vollständig gekauften kleinen Schicht von Gewerkschaftsfürsten (Lenin nannte sie "Arbeiterbürokratie")***, die sich ihrerseits der Unterstützung einer nicht unerheblichen Schicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, sicher sein kann.

In diese Schicht der besser gestellten Arbeiteraristokratie, in die aus dieser Schicht hervorgegangenen Gewerkschaftsbürokraten dürfen keine Illusionen mehr vorhanden sein, wenn ein konsequenter gewerkschaftlicher Kampf wirklich aufgenommen werden soll. Dabei muß bewußt sein, daß diese Figuren und ihr Apparat ja nicht nur direkt Kampfaktionen verhindern, sondern auch im Vorfeld direkt und indirekt, mal raffinierter, mal plumper, klassenversöhnlerische Politik, mit nationalistischem und rassistischem Beiwerk verkleidet, betreiben und sich an der Faschisierung des Landes aktiv beteiligen.

Das alles ist nicht nur das Ergebnis von Charakterlosigkeit (die sicherlich bei diesen Leuten reichlich vorhanden ist), sondern es hat gesellschaftliche und ökonomische Ursachen.

Die Arbeiteraristokratie - Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung!

Über den Profit hinaus, den die deutschen Imperialisten aus den "eigenen" Arbeiterinnen und Arbeitern herauspressen, bringt vor allem die gigantische und besonders brutale Ausbeutung anderer Völker und auch der in Deutschland lebenden Werktätigen aus anderen Ländern Extraprofite in riesigem Ausmaß. Ein Teil dieser Extraprofite verwenden die deutschen Imperialisten dazu, eine besondere Schicht der Arbeiterklasse als ihre Agentur zu kaufen und sich zu halten. Vor allem die "Aufseher" und "Unteroffiziere" in den Betrieben, aber auch Teile der besser qualifizierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch Privilegien deutlich bevorzugt und von den unteren Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft.

Diese gegenüber der gesamten Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie, bildet - neben dem Kleinbürgertum - die soziale Basis der Bourgeoisie und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

Die Bedeutung dieser Schicht für den Imperialismus beschreibt Lenin folgendermaßen:

> **"Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der 'Arbeiteraristokratie', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert... sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse... wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus."**
> (Lenin, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von "Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus", 1920, Werke Band 22, S. 198)

Die Arbeiteraristokratie ist ein Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer Ideologie, Stoßtrupp des Reformismus, des Antikommunismus und deutschen Chauvinismus und Rassismus, sowohl gegenüber den hier lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern als auch gegenüber den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern.

Die Existenz einer Arbeiteraristokratie ist eine der Hauptursachen dafür, daß die Arbeiterklas-

Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten Hand in Hand mit der Polizei und hetzen nationalistisch/rassistische verhetzte Arbeiter gegen ihre Klassenbrüder aus anderen Ländern!

Bauarbeiter propagieren im Kampf gegen ihre Lohnkürzungen nicht ohne Grund die Parole "Bauarbeiter aller Länder, vereinigt Euch!", Plakataktionen in 8 Sprachen gegen Razzien zur Unterstützung der in extremer Weise ausgebeuteten Arbeiter aus anderen Ländern werden durchgeführt - diese wichtigen antichauvinistischen und antirassistischen Aktionen sind notwendige Reaktionen darauf, daß Gewerkschaftsfunktionäre, wie der IG Bau-Funktionär Schröder (Berlin) die untersten Schichten der Arbeiterklasse, die unter extrem krassen Verhältnissen ausgebeutet werden, als "Parasiten" und "Krebsgeschwür" rassistisch beschimpft ("junge Welt", 17.4.96), und daß Funktionäre der IG Bau mit der Gewerkschaft der Polizei gemeinsame Aktionen nicht gegen das Kapital, sondern gegen die Klassenbrüder aus Polen, Tschechien, Albanien usw. organisieren ("Der Grundstein", 2/96).

Dies zeigt, daß in jedem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, dieser Staat und der Gewerkschaftsapparat sich bemühen werden, den Kampf abzulenken gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern. Umgekehrt muß jede wirklich ernste gewerkschaftliche Bewegung von vornherein gegen all diese Tendenzen massiv und militant, Seite an Seite mit den rassistisch, nationalistisch und polizeistaatlich bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern kämpfen.

Massive militante Aktionen für Lohnerhöhung für die "Illegalen" seitens der zu Tariflöhnen arbeitenden Bauarbeiter, egal welcher Nationalität, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keinesfalls unwirksamen Aktionen zur Spaltung der Bauarbeiter entgegenzutreten. Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter illegal beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallschutz bietet, wüßte, daß am nächsten Tag die Bauarbeiter gemeinsam "seinen Laden" auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen , dann wäre ein Schritt in die richtige Richtung getan!

Bauarbeiter tragen auf einer Demonstration ein Schild mit der Parole "Bauarbeiter aller Länder, vereinigt euch!"

se in Deutschland von ihren eigentlichen Aufgaben und von ihren internationalistischen Verpflichtungen abgehalten wird bzw. daß ihrer Mehrheit diese Verpflichtungen erst gar nicht bewußt werden. Durch die Existenz der Arbeiteraristokratie wird die Entstehung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland erheblich erschwert.

Die ganzen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zeigen, daß die Feststellung von Lenin richtig ist:

> **"Nicht einmal der Anfang einer Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist möglich, wenn man nicht einen unverzüglichen, systematischen, breiten und offenen Kampf gegen diese Schicht führt ..."**
> (Lenin, "Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale", 1920, Werke Band 31, S. 181/182)

Für den Zusammenschluß der kämpferischsten und fortgeschrittensten Kolleginnen und Kollegen!

Das heißt konkret, daß die am wirklichen Kampf gegen das Kapital interessierten Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb des Gewerkschaftsapparates einen umfangreichen ideologischen und organisierten Kampf gegen das gesamte Arsenal des Nationalismus, des Rassismus und der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie sowie den Aberglauben an den Staat führen müssen, um Kolleginnen und Kollegen selbständig, ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten zu mobilisieren.

Dabei müssen wir uns auf einen harten Kampf mit allen Spielarten des Reformismus, des Opportunismus, der Abwiegelei und des Verrats auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieb und Gewerkschaft festzuschreiben:

- Die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse, unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe, ist unverrückbarer Ausgangspunkt.
- Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen (z.B. das reaktionäre "Betriebsverfassungsgesetz"), der kaum oder gar keinen Erfolg ermöglicht, zu sprengen, auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.
- Dabei ist besonders wichtig, daß der eigene Kampf im Betrieb, in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.
- Es muß vor Ort und darüberhinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.
- Es muß in einer demokratischen Atmosphäre Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten sein, um das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen, um Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu diskutieren, revolutionäre und kommunistische Positionen nicht auszugrenzen, sondern gründlich und der Situation entsprechend zu debattieren.

Die kommunistischen Kräfte werden in alle berechtigten Tageskämpfe ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hineintragen, diese Kämpfe nach Kräften unterstützen. Sie werden dabei nicht verschweigen, daß aus jedem Abwehrkampf eigentlich und auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen, das Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln diktatorisch beseitigen und für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft kämpfen.

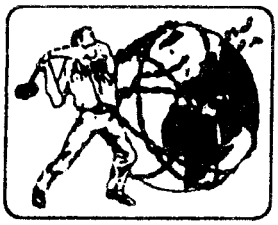
BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mitttwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/96 Juli-August 1996

Der 20. Parteitag der KPdSU 1956:

Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution

Im Februar 1956 – drei Jahre nach dem Tode Stalins – präsentierte der neue Parteivorsitzende der KPdSU Chruschtschow der Welt ein durch und durch revisionistisches Programm. Das war ein grundlegender Einschnitt. Denn in allen grundlegenden Fragen des Klassenkampfes revidierte dieser Parteitag die kommunistische Linie und ersetzte sie durch eine opportunistische Linie der Anpassung an den Weltimperialismus. Abgesehen von der Verdammung Stalins in Chruschtschows berüchtigtem „Geheimbericht" war die **„sensationellste" „Neuerung" auf dem 20. Parteitag die Propaganda Chruschtschows vom „friedlichen Weg" zum Sozialismus.**

Die Folgen waren verheerend: Alle Kommunistischen Parteien, die dem „neuen Weg" des 20. Parteitags gefolgt sind, wechselten die Farbe. Die KPdSU wurde in eine reformistisch-bürgerliche Partei unter Führung der Chruschtschow-Breschnew-Clique verwandelt. Auf dieser Grundlage wurde der Kapitalismus unter sozialistischem Mäntelchen wiederhergestellt und die Sowjetunion in einen Staat der Ausbeutung und Unterdrückung verwandelt, in eine imperialistische Großmacht, die auf der Ausplünderung anderer Völker und der Völker innerhalb der UdSSR beruhte. Ebenso verheerend zeigte sich praktisch, daß der sogenannte „friedliche Weg" in blutige Katastrophen führt, wie bei der Ermordung hunderttausender Kommunistinnen und Kommunisten in Indonesien 1965 und wie in Chile 1973, wo Zehntausende massakriert wurden.

I. Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Vollständiger Verrat an den Ideen des Kommunismus!

Und dennoch werden bis heute gefährliche Illusionen über die Bedeutung und die Folgen dieses entscheidenden Durchbruchs der Ideologie und Politik des modernen Revisionismus, über den 20. Parteitag der KPdSU, über die revisionistische Sowjetunion und die revisionistischen Länder überhaupt verbreitet. Sie sollen jetzt praktisch nachträglich verklärt werden. So wird zum Beispiel behauptet, die eigentliche Konterrevolution sei erst mit der offenen und vollständigen Liquidierung der sozialistischen Hüllen und Phrasen unter Gorbatschow eingetreten. Wer so etwas verkündet, tritt in Wirklichkeit jedoch die Idee und Praxis der revolutionären Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie mit Füßen.

Was den Imperialisten aller Länder mit ihrer Intervention gegen die junge sozialistische Sowjetunion nicht gelang, was ihre Sabotage und Blockade nicht vermochte und woran die Nazi-Verbrecher mit ihrem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion scheiterten – das schafften die modernen Revisionisten vom Schlage eines Chruschtschow und Breschnew: sie zwangen den Sozialismus, die Diktatur der Arbeiterklasse in die Knie und zerstörten sie von innen!

Nach Stalins Tod gelang es den Chruschtschow-Revisionisten, die Führung in der KPdSU an sich zu reißen. Dieser konterrevolutionäre Machtwechsel war gut vorbereitet und erforderte nur wenig Zeit. Am Kommunismus festhaltende Parteimitglieder, die sich dem revisionistischen Verrat entgegenstellten und ihren Widerstand nicht aufgaben, wurden aus ihren Positionen entfernt, aus der Partei ausgeschlossen, mit sozialfaschistischem Terror verfolgt, ins Gefängnis geworfen oder gar ermordet. Alle möglichen ehemals inhaftierten Konterrevolutionäre und Agenten wurden von den herrschenden Revisionisten freigelassen und rehabilitiert.

Bereits drei Jahre nach Stalins Tod gelang ihnen auf dem 20. Parteitag der entscheidende Durchbruch, um ihr revisionistisches Programm zu verankern. Sie eröffneten höchstoffiziell und vor aller Welt ihren Frontalangriff auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus. Das durch und durch revisionistische Programm des 20. Parteitags legten sie als richtungsweisend für die gesamte kommunistische Weltbewegung dar.

Gegenüber einer Arbeiterklasse, welche über Jahrzehnte von der KPdSU(B) unter Führung Lenins und Stalins erzogen worden war und im Kampf gegen so gefährliche Renegaten wie Trotzki und Bucharin lehrreiche Erfahrungen gesammelt hatte, ***mußten*** die Chruschtschow-Revisionisten ihre konterrevolutionäre Linie der kapitalistischen Restauration äußerst geschickt tarnen und irgendwie legitimieren. Das taten sie im wesentlichen unter ***„drei Flaggen"***, mit drei Methoden, die allesamt auf die ***Revision der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus*** abzielten:

- Die Flagge des ***„Kampfes gegen den Personenkult"*** diente dazu, ***Stalin als den führenden Kader der KPdSU(B), der Völker der Sowjetunion, der kommunistischen Weltbewegung zu demontieren.*** Dazu diente die berüchtigte „Geheimrede" über Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU. Damit wollten die Chruschtschow-Revisionisten den Weg frei bekommen für die Liquidierung aller revolutionären Errungenschaften, die unter Stalins Führung erkämpft wurden. Denn Stalins Leben und Werk steht für die prinzipienfeste Verteidigung und Weiterführung der sozialistischen Revolution, für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der jungen Sowjetunion, für die mächtige Entfaltung einer prinzipienfesten und einigen kommunistischen Weltbewegung während einer ganzen Generation, und nicht zuletzt für den welthistorischen Sieg über den Nazi-Faschismus.

- ***Die Flagge der „nationalen Besonderheiten"*** diente dazu, revisionistische Strömungen und Tendenzen in den verschiedenen Ländern der Erde, sei es in Jugoslawien oder in den USA, in Kuba oder in Deutschland, ***zu einem einzigen weltweiten mächtigen revisionistischen Strom zusammenzufassen,*** um so den Sieg über den Kommunismus zu sichern. Es ist eine bereits von Lenin festgestellte Gesetzmäßigkeit der Epoche des Imperialismus, daß die bürgerliche Ideologie in den Reihen der Arbeiter- und revolutionären Bewegung in Gestalt des Opportunismus und Revisionismus wirkt. So gab es auch während des Zweiten Weltkriegs und danach in vielen Ländern der Erde sozialdemokratische, revisionistische Abweichungen und Strömungen. Diese opportunistischen Strömungen begründeten ihre Abkehr von den marxistisch-leninistischen Prinzipien mit „Besonderheiten ihres Landes", die es nur bei ihnen gäbe, weshalb angeblich solche grundsätzlichen Prinzipien wie das von der notwendigen Zerstörung des alten Staatsapparates in der proletarischen Revolution bei ihnen nicht gelten würden. Unter der Flagge der „nationalen Besonderheiten" konnten die Chruschtschow-Revisionisten all diesen Renegaten ein gemeinsames Dach unter den Fittichen der KPdSU bieten.

- Als dritte Variante, um die kommunistischen Prinzipien zu demontieren, diente die ***Flagge der „neuen Bedingungen"***. Damit sollte die Abkehr

Beilagen:
- **Das „Manifest von Aguas Blancas" des Ejército Popular Revolucionario**
- **Thesen der Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung"**

Stalin – ein Feind des Personenkults

Seit Chruschtschows berühmt-berüchtigter „Geheimrede" auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 ist ein sattsam bekannter Vorwurf gegen Stalin, er habe den „Personenkult" um seine Person ins Leben gerufen und der Partei aufgezwungen.

Unbestreitbar gab es in der Sowjetunion Übertreibungen und lächerlich-übertriebene Lobpreisungen Stalins, gab es auch formalistische bis ins floskelhafte gehende Überbewertungen der Verdienste und der Person Stalins.

Stalin selbst war jedoch ein ***Feind jeglichen Personenkults.*** Wiederholt hat Stalin die Idealisierung einzelner Personen bekämpft.

> **„Lenin lehrt uns, daß wirklich bolschewistische *Führer nur solche sein können, die* nicht nur die Arbeiter und Bauern zu belehren verstehen, sondern auch von ihnen lernen."**
> (Stalin, „Fragen des Leninismus", *1939*)

Und Stalin hat sehr selbstkritisch von seinen eigenen Leistungen und Fehlern gesprochen (siehe Stalin-Werke Band 1, Vorwort des Verfassers, S. XIII) und Übertreibungen oder gar Lobhudeleien bekämpft.

So hat Stalin in einem Brief vom 16. Februar 1938 an den Verlag „Djestisdat" (Kinderbuchverlag) beim ZK des Komsomol sich gegen die Veröffentlichung eines ihm zur Begutachtung vorgelegten Buches über seine Person gewandt. Dieser Brief lautet:

> ***„Ich wende mich entschieden gegen die* Veröffentlichung der ‚Erzählung über Stalins *Kindheit'*.**
>
> **Das Buch enthält eine unzählige Menge von unwahren Tatsachenbehauptungen, von Entstellungen, Übertreibungen und unverdienten Lobpreisungen. Die Autoren haben die Liebhaber von Erzählungen irregeführt, sie sind Lügner (vielleicht auch ‚gutwillige' Lügner) *und Speichellecker. Das ist bedauerlich für* die Autoren, aber Tatsache bleibt Tatsache.**
>
> **Aber das ist nicht der wichtigste Punkt. Der wichtigste Punkt liegt darin, daß das Buch die Tendenz besitzt, im Bewußtsein der sowjetischen Kinder (und der Menschen überhaupt) den Personenkult, den Führerkult, den Kult um unfehlbare Helden zu verankern. Das ist gefährlich und schädlich. Die Theorie von den ‚Helden' und der ‚Masse' ist keine bolschewistische Theorie, sondern eine Theorie der Sozialrevolutionäre. *Die Helden bringen das Volk* hervor, verwandeln es aus einer Masse in ein Volk – sagen die Sozialrevolutionäre. *Das Volk* bringt die Helden hervor – *entworfen die Bolschewiki den Sozialrevolutionären.* Das Buch gießt Wasser auf die Mühlen der Sozialrevolutionäre. Jedes Buch dieser Art wird Wasser auf die Mühlen der Sozialrevolutionäre gießen, wird unserer gesamten bolschewistischen Arbeit *Schaden zufügen."***
>
> (Der Brief Stalins wurde in „Voprosy istorii" (Fragen der Geschichte) Nr. 11, 1953 veröffentlicht, zitiert nach: J.W. Stalin, Werke, Ergänzungsband 1929 - 1952, Berlin 1977)

Eine unterwürfige Haltung und Einstellung gegenüber seiner Person als auch gegenüber Personen überhaupt lehnte Stalin als unnützes, intelligenzlerisches Phrasengeklingel, als nicht kommunistisch ab:

> **„Sie sprechen von Ihrer ‚Ergebenheit' mir gegenüber. Mag sein, daß ihnen diese Worte nur zufällig entschlüpft sind. Mag sein... Sollten Ihnen aber diese Worte nicht zufällig *entschlüpft sein, so würde ich Ihnen raten,* das ‚Prinzip' der Ergebenheit gegenüber *Personen über Bord zu werfen. Das ist nicht* bolschewistische Art."**
> (Stalin, „Brief an Genossen Schatunowski", 1930, Werke Band 13, S. 17)

Und 1946 schrieb Stalin dem Oberst der Roten Armee, Prof. Dr. Rasin, der Stalins Leistungen im 2. Weltkrieg gegen den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion überschwenglich lobte:

> **„das Ohr verletzen auch die Lobeshymnen auf Stalin – es ist einfach peinlich, sie zu lesen."**
> (Stalin, „Antwortschreiben", 23. Februar 1946, veröffentlicht in „Neue Welt", Heft 7/April 1947, S. 23 -25, in: Werke Band 15, S. 58)

☆

von den Prinzipien von Marx und Engels, gerade aber auch die Abkehr von den Grundlagen des Leninismus, vom Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, legitimiert werden. So wurde zum Beispiel die Existenz von Atombomben seit 1945, die in der Tat große Bedeutung hatte, als Argument verwendet, um zu behaupten, daß nun Lenins Gesetz von der Unvermeidlichkeit der Entstehung imperialistischer Kriege in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution nicht mehr gültig sei, daß revolutionäre Befreiungskriege abzulehnen seien wegen des zu hohen „Atomkriegsrisikos", d.h. um Klassenversöhnung und Kapitulantentum gegenüber dem Imperialismus zu predigen.

All diese Manöver dienten dazu, den umfassenden revisionistischen Angriff auf die revolutionären Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu ermöglichen, wie er auf dem 20. Parteitag vorgetragen wurde. Als Begleitmusik zu ihren vielfältigen Revisionen der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus entfachten die Chruschtschow-Revisionisten nach dem 20. Parteitag einen wilden Lärm über die Gefahr des Dogmatismus. All jene, die bereit waren, die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus zu verteidigen, sollten mit diesem Geschrei in Schach gehalten und eingeschüchtert werden. Selbst das Zitieren von grundlegenden Texten und Passagen der Werke der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus wurde als Buchstabengelehrtheit und Doktrinarismus beschimpft. Es ging den Chruschtschow-Revisionisten darum, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es faktisch verboten war, die Ansichten der Chruschtschow-Revisionisten mit den von Marx, Engels, Lenin und Stalin formulierten Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus zu konfrontieren, wollte man nicht als „stalinistischer Dogmatiker" und „Anhänger des Personenkults" diffamiert werden.

Die Abkehr von den Ideen des Kommunismus, die eigentliche Zerstörung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats erfolgten also unserer Meinung nach Jahrzehnte vor Gorbatschow, eben auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Hier liegt die entscheidende Ursache für die Vernichtung der revolutionären Substanz der KPdSU und der anderen Kommunistischen Parteien, für die Vernichtung der Diktatur des Proletariats und die erneute Errichtung einer Diktatur der Bourgeoisie, für die konterrevolutionäre, kapitalistisch-imperialistische Entwicklung.

Der ***klassenmäßige Sinn*** der völligen Revision der Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus ist eben die Etablierung einer neuen bürgerlichen Herrscherschicht, ja einer neuen Ausbeuterklasse, die sich nur zum Betrug der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der ganzen Welt noch ein sozialistisches Mäntelchen umgehängt hatte. Chruschtschow stand an der Spitze jener Parteifunktionäre, die wahrhaft konterrevolutionäre Revisionisten waren, die Schritt für Schritt die Partei und die Staatsmacht in ihre Hände bekamen, um „die kommunistische Festung von innen zu nehmen", um die kommunistische Partei in eine revisionistische Partei zu verwandeln.

Der revisionistische Trick mit dem „staatlichen Eigentum"

Die Verteidiger und Beschöniger der revisionistisch-kapitalistischen Sowjetunion Chruschtschows und Breschnews fragen demagogisch: „Wie kann dort denn Kapitalismus und Ausbeutung gewesen sein, wenn es keine kapitalistischen Privatunternehmen, kein Privateigentum an Produktionsmitteln gegeben hat? Solange dort staatliches Eigentum herrschte, war dort auch Sozialismus!"

Die modernen Revisionisten erklären nicht ohne Grund bewußt oberflächlich nicht die Ausbeutungsrealität, sondern die juristische Frage des „Privatbesitzes" an Fabriken und Grund und Boden zum wesentlichen Merkmal des Kapitalismus, um auf den staatlichen Besitz an Produktionsmitteln in der ehemaligen UdSSR, der ehemaligen DDR etc. verweisen zu können, den sie automatisch für sozialistisch erklären.

Dieser billige Trick wurde schon von Marx und Engels entlarvt:

Es ist völlig ***unwesentlich,*** ob Fabriken Privatbesitz einer Minderheit oder staatlicher Besitz einer Minderheit sind. Die staatliche Form allein sagt gar nichts. Sie wurde mehr als einmal bereits zur Zeit von Marx und Engels zur ***Vertuschung der Ausbeutung und des Kapitalismus*** verwendet, wie es Marx und Engels an Bismarcks „Staatskapitalismus" nachwiesen. Es gibt schließlich auch im „traditionellen" Kapitalismus von jeher in einigen Bereichen verstaatlichte Betriebe, ohne daß hier von Sozialismus geredet werden kann, wie Engels schon im Hinblick auf die verstaatlichte Tabakindustrie im „Anti-Dühring" 1878 schrieb.

> **„Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der *jede* Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den *Gründern des Sozialismus. Wenn der* belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahn selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit *die Haupteisenbahnlinien* verstaatlichte, einfach um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zum Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen – so waren das keineswegs sozialistische *Schritte,* direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die**

Zentrale Thesen der revisionistischen Linie des 20. Parteitags der KPdSU

Die Chruschtschow-Revisionisten stellten 1956 auf dem 20. Parteitag ihre „neue Linie" als richtungsweisend für die gesamte internationale kommunistische Bewegung hin. Die Hauptthesen des 20. Parteitages der KPdSU, welche die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus unter dem Vorwand „großer Veränderungen im Weltmaßstab" angriffen, waren:

● Der kommunistischen These von der ***unbedingten Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution*** stellte Chruschtschow die revisionistische These entgegen:

> *„... hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit ..., den reaktionären volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zu bereiten, **eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln.**"*
> (Chruschtschow, „Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag", Dietz-Verlag, Berlin 1956, S. 46)

Das war die Absage an die gewaltsame proletarische Revolution, an die unbedingt notwendige ***Zerschlagung des alten Staatsapparates durch die bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter,*** das war die Propaganda des ***„friedlichen parlamentarischen Weges"*** als angeblich möglicher „friedlicher" Übergang zum Sozialismus.

● Der kommunistischen These von der ***Unvermeidlichkeit der Kriege im Imperialismus*** stellte Chruschtschow 1956 die revisionistische These gegenüber:

> *„Aber eine verhängnisvolle **Unvermeidbarkeit von Kriegen gibt es nicht.**"*
> (Ebenda, S. 42)

● Der marxistisch-leninistischen These, daß ***in der Epoche des Imperialismus die imperialistischen Großmächte einen erbitterten Kampf auf Leben und Tod um die Neuaufteilung der Welt führen,*** stellte Chruschtschow die revisionistische These gegenüber :

> *„Die Sowjetunion ist, **wie auch Großbritannien, Frankreich, ... zutiefst daran interessiert, das Entstehen eines neuen Krieges** in Europa **nicht zuzulassen.**"*
> (Entschließung des XX. Parteitages der KPdSU zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, ebenda S. 168)

Damit werden imperialistische Großmächte zu Friedensengeln erklärt.

● Der marxistisch-leninistischen These, daß ***die unterdrückten Völker sich nur durch die antiimperialistische und antifeudale Revolution unter der Hegemonie des Proletariats von Imperialismus, Kompradoren- und Großgrundbesitzerklassen befreien können*** und nur so auf dem Weg zum Sozialismus voranschreiten können, stellte Chruschtschow die revisionistische These gegenüber:

> *„Somit **befreiten sich** im Laufe der letzten zehn Jahre mehr als 1,2 Milliarden Menschen oder nahezu die **Hälfte der Bevölkerung des Erdballs von der kolonialen und halbkolonialen Abhängigkeit** ... Volkschina und die **unabhängige Republik Indien** rücken in die Reihe der Großmächte auf."*
> (Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Dietz-Verlag, Berlin 1956, S. 24)

Staaten wie Indien, in denen der Kolonialismus durch den Neokolonialismus ersetzt wurde, werden damit als ***„vom Imperialismus befreite Nationen"*** hingestellt. Die Notwendigkeit des Sieges der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution als Voraussetzung für wirkliche Unabhängigkeit und Befreiung wird damit bestritten.

Auf dem 22. Parteitag der KPdSU im Jahr 1961 wurde die revisionistische Linie des 20. Parteitags noch „bereichert" um die Thesen vom „Staat des ganzen Volkes" und von der „Partei des ganzen Volkes".

● Der kommunistischen These, daß ***die Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus unverzichtbar ist,*** stellten die Chruschtschow-Revisionisten entgegen:

> *„**In der UdSSR** ist die Diktatur des Proletariats nicht mehr notwendig. Der Staat, der als Staat der proletarischen Diktatur entstand, ist in der neuen, gegenwärtigen Etappe ein Staat des ganzen Volkes."*
> (Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag, zitiert nach „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", Nachdruck Berlin 1971, S. 496)

Hinter dieser Revision steckte die Liquidierung der proletarischen Macht in der UdSSR, ihre Umwandlung in eine bürgerliche Diktatur, die mit solchen Phrasen verschleiert werden sollte.

● Der kommunistischen These, daß die kommunistische Partei als Avantgarde des Proletariats die Revolution, die Diktatur des Proletariats führen muß, stellten die Chruschtschow-Revisionisten in ihrem „Programm" die revisionistische These gegenüber:

> *„Durch den Sieg des Sozialismus in der UdSSR und die Festigung der Einheit der Sowjetgesellschaft ist die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse zur Avantgarde des Sowjetvolkes, zur Partei des ganzen Volkes geworden ...".*
> (ebenda, S. 505)

In Wirklichkeit gibt es keine über den Klassen stehenden Parteien. Und der Kommunismus kann nur von einer Avantgarde der Arbeiterklasse erkämpft werden und nicht von einer „Volkspartei".

(Siehe dazu auch „Beiträge zum ideologischen Kampf" der Redaktion des Westberliner Kommunist: „Hauptpositionen des XX. Parteitages der KPdSU", Nr. 3, 1980)

königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen." [1]

Auch Formen und Hüllen haben ein Gewicht, müssen berücksichtigt werden, aber es darf nicht die Grenze überschritten werden, daß aus der Form der Inhalt, aus dem Nebensächlichen die Hauptsache gemacht wird. Marx und Engels lehren, daß es auf den Inhalt ankommt, daß nach dem Klasseninhalt jener Staaten gefragt werden muß, die Produktionsmittel in die eigenen Hände nehmen und verwalten.

Bei der Frage der Haltung zu dem Besitz an den entscheidenden Produktionsmitteln kommt es nicht auf die juristische Form, den ***Namen*** (Staatseigentum oder Volkseigentum) an, sondern geht es darum, ob wirklich die Masse der Arbeiterklasse diesen Staat kontrolliert und die Macht in ihm ausübt. Die entscheidende Frage zur Beurteilung der Frage, ob in einer Gesellschaft Kapitalismus oder Sozialismus herrscht, ist die Klassenfrage: Welche Klassen oder welche Klasse hält in ihren Händen die Staatsmacht?

Es kommt alles auf folgendes an:

- **Hat den betreffenden Staat eine korrupte und höchstens dem Namen nach sich kommunistisch nennende Ausbeuterclique in der Hand, die ganz und gar nicht die „Führung" einer klassenkämpferischen, sozialistisch erzogenen Arbeiterklasse darstellt, sondern deren unversöhnlicher Feind ist?**
- **Oder aber ist dieser Staat wirklich ein Staat der Diktatur des Proletariats, ein Staat der bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter, der im Interesse der Mehrheit die ausbeuterische Minderheit unterdrückt und beseitigt, der mit Methoden der sozialistischen Demokratie garantiert, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter die Produktion führend planen, kontrollieren und wirklich die Kommandohöhen der Wirtschaft fest in der Hand haben.**

Wenn es keine wirkliche Diktatur des Proletariats, also keine sozialistische Demokratie, und also keine wirkliche Verfügung über die Produktionsmittel für die Arbeiterklasse gibt, dann kann in der Tat, ohne die Idee des Sozialismus völlig zu diskreditieren, nicht von Sozialismus die Rede sein. [2]

Marx schrieb nicht zufällig, sondern ganz bewußt eine „Kritik der politischen Ökonomie". Ebenso stellte Lenin gegen die ökonomistische Entstellung des Marxismus in seiner Schrift „Noch einmal über die Gewerkschaften" von 1921 fest:

> **„Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik"** [3]

Das bedeutet:

● Ohne revolutionäre Politik, die radikal an die Wurzeln geht, ohne Zerschlagung des alten Staatsapparates von oben nach unten und von unten nach oben im bewaffneten Kampf der Massen, ohne Verhinderung der bürgerlichen Umwandlung von zunächst wirklich sozialistischen Staaten aus „Dienern zu Herren der Gesellschaft", ohne Errichtung eines wirklich starken, auf den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter beruhenden Staates, ohne Hegemonie und Diktatur des Proletariats, die nur unter Führung einer wirklichen Kommunistischen Partei verwirklicht werden kann, ist kein einziger Schritt zum Sozialismus und Kommunismus möglich.

● Hält die kommunistische Partei nicht an der Linie und Politik des unversöhnlichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung fest, so wechselt die Partei ihren Klassencharakter. In einem sozialistischen Land aber bedeutet das sehr bald auch eine Änderung des Charakters der Staatsmacht, der ganzen Gesellschaft.

Die internationale Ausbreitung der revisionistischen Konterrevolution und der beginnende Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus

Die modernen Chruschtschow-Revisionisten unterstützten maximal ihre revisionistischen Papageien und Gefolgsleute in allen Ländern der Erde. In vielen Kommunistischen Parteien rissen diese die Führung an sich, wobei sie geschickt die vorhandenen ideologischen Schwächen der Kommunistinnen und Kommunisten dieser Länder ebenso wie das Ansehen der KPdSU und der Sowjetunion ausnutzten. Ein ganzes Arsenal bereits in verschiedenen Kommunistischen Parteien vorhandener revisionistischer Fehler wurde nun unter Führung Chruschtschows nicht mehr bekämpft, sondern allseitig gefördert. Revolutionäre Kräfte innerhalb von kommunistischen Parteien unterdrückten sie mit bürokratischen Mitteln, denunzierten sie sogar beim Klassenfeind, um so ***schließlich den größten Teil oft ehemals ruhmvoller Kommunistischer Parteien in konterrevolutionäre Parteien zu verwandeln.*** Nicht nur die sozialistische Sowjetunion wechselte damals die

Die Freilassung der Nazi-Kriegsverbrecher in der Sowjetunion 1955 zeigt den Verrat der KPdSU- und SED-Revisionisten am Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus

Die Regierung des westdeutschen Imperialismus mit Adenauer an der Spitze hatte in einer großangelegten Kampagne 1954/55 in Westdeutschland die „öffentliche Meinung" für die Amnestie von noch ca. 9000 in der Sowjetunion inhaftierten deutschen Kriegsverbrechern mobilisiert. Sie hatte gute Karten, ihr Ziel zu erreichen, denn in der Sowjetunion hatte die revisionistische Clique um Chruschtschow im Staatsapparat und der KPdSU weiter an Boden gewonnen.

Adenauers Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion *(ohne Friedensvertrag!)* war *mit wirtschaftlichen* Ködern und der Forderung nach Freilassung der *über 9000 deutschen Kriegsverbrecher verbunden.*

Einer der Gegner dieser Zugeständnisse war der damalige Ministerpräsident der Sowjetunion, Bulganin, der völlig richtig die Notwendigkeit der weiteren Inhaftierung der Naziverbrecher in der UdSSR *im September 1955 begründete:*

> **„In der Sowjetunion gibt es keine deutschen Kriegsgefangenen. Alle deutschen Kriegsgefangenen sind entlassen und zurückgekehrt. In der Sowjetunion befinden sich nur Kriegsverbrecher aus der ehemaligen Hitlerarmee, Verbrecher, die von sowjetischen Gerichten wegen besonders schwerer Verbrechen gegen das sowjetische Volk, gegen den Frieden und die Menschlichkeit verurteilt wurden. *Tatsächlich befanden sich in unserem* Land am 1. September 9626 solcher Personen. Aber das sind Menschen, die nach den Gesetzen und Regeln der Menschlichkeit hinter Schloß und Riegel gehören... Es sind Gewalttäter, Brandstifter, Mörder von Frauen, Kindern und Greisen. Sie wurden von den sowjetischen Gerichten nach ihren Handlungen verurteilt und können nicht als Kriegsgefangene betrachtet werden."**
> (Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin vom 10.9.1955)

Aber Chruschtschow, dieser revisionistische Verräter, schluckte den Köder Adenauers und setzte seine Linie der Freilassung der deutschen Kriegsverbrecher in der Sowjetunion durch.

Auch Pieck, Ministerpräsident der DDR, setzte *sich für die Freilassung der Nazikriegsverbrecher* in der Sowjetunion ein. Er schickte im August 1955 *ein Schreiben an Woroschilow*, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, in dem es heißt:

> **„Ich halte daher den Zeitpunkt für gekommen, mich an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR... mit einer offiziellen Fürsprache der Deutschen Demokratischen Republik für die vorfristige Entlassung aller ehemaligen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion Strafen verbüßen, und ihre Rückkehr in die Heimat zu wenden."**
> (Aus dem Schreiben von Pieck an Woroschilow vom 31.8.1955)

Und tatsächlich beschloß am 28.9.1955 der Oberste Sowjet die Freilassung von 8877 Kriegsverbrechern in die DDR und Westdeutschland. Lediglich 749 besonders belastete Mörder sollen *in westdeutschen bzw. DDR-Gefängnissen ihre* Reststrafen absitzen („Neues Deutschland", 30.9.1955).

In Westdeutschland wurden die dort ankommenden *Kriegsverbrecher natürlich sofort auf* freien Fuß gesetzt.

Doch auch in der DDR wurden alle 3300 Kriegsverbrecher, die aus der Sowjetunion übergeben wurden, schon 1956 begnadigt! (Ebenda, 21.6.1956.)

(Siehe dazu ausführlicher: ***GDS Flugblatt „Was der ‚Fall Just' lehren kann!", April 1992***)

Farbe, sondern auch die große Mehrheit der Volksdemokratien. [4]

Die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, die dem revisionistischen Verrat lange Widerstand leisteten, verließen später, Mitte bis Ende der siebziger Jahre den revolutionären Weg vollständig. Die KP Chinas wechselte nach Mao Tse-tungs Tod 1976 die Farbe, ebenso wie die Partei der Arbeit Albaniens.

Gerade die Kritik an den Fehlern der KP Chinas und anderer revolutionärer Parteien, die dem Chruschtschow-Revisionismus entgegentraten, ist wesentlich für den heutigen Kampf um die Neuformierung und den internationalen Zusammenschluß der revolutionären und kommunistischen Kräfte, ist *wesentlich, um wirklich zu begreifen, warum die sich* damals neu formierenden kommunistischen Kräfte *und Organisationen zumeist dem Druck von Imperialismus* und Revisionismus nicht standhielten, *selbst im revisionistischen Sumpf versanken bzw.* weitgehend zerfallen sind. [5]

II. Der Machtantritt des modernen Revisionismus bedeutet: Offene Konterrevolution in der Praxis

Chruschtschow ließ sich in den imperialistischen Medien als großer Vorkämpfer gegen den „Stalinismus" feiern und erhielt massive Unterstützung durch die imperialistisch-reaktionäre Konterrevolution bei der weltweiten Ausbreitung des modernen Revisionismus. Diese Front der modernen Revisionisten trat international in versteckter und offener Kollaboration mit den Imperialisten gegen die Revolution und die revolutionären Kräfte in allen Ländern, gegen die Befreiungskämpfe der Völker wie z. B. im Kongo auf. Chruschtschow pries - in einem erst 10 Jahre später veröffentlichten Gespräch in der „Prawda" vom 10.9.1961 - schon 1951 die imperialistischen Großmächte. Chruschtschow sah gerade auch den US-Imperialismus direkt als Bündnispartner gegen die antiimperialistischen, antifeudalen Befreiungskriege an:

> **„Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen." [6]**

Nur wenige Jahre später beteiligte sich die Sowjetunion unter Chruschtschow an der direkten und indirekten konterrevolutionären Niederschlagung von antiimperialistischen und antifeudalen Befreiungsbewegungen wie 1960 in Kongo. Die KP Chinas hat dieses - und viele andere - revisionistische Verbrechen damals entschieden angeprangert und verurteilt:

> **„Am 13. Juli 1960 gab die Sowjetunion, *zusammen mit der USA, einer Resolution* des Sicherheitsrates der UNO ihre Stimme, wonach UNO-Truppen nach Kongo entsandt wurden. Das half den USA, unter der Flagge der Vereinten Nationen eine bewaffnete Intervention gegen Kongo durchzuführen. In einem Telegramm an Kasavubu und Lumumba vom 15. Juli stellte Chruschtschow sogar fest: ‚Der Sicherheitsrat der UNO hat eine nützliche Arbeit geleistet.' Danach brachte die Sowjetpresse einen ganzen Lobesschwall für die Vereinten Nationen, die ‚der Regierung der Republik Kongo helfen, die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Staates zu verteidigen.' (‚Iswestija' vom 21. Juli 1960). Weiter wurden von den Vereinten Nationen ‚entschlossene Maßnahmen' (‚Komsomolskaja Prawda' vom 30. Juli 1960) erwartet. Selbst in ihren Erklärungen vom 21. August und 10. September war die Sowjetregierung immer noch voll des Lobes für die Vereinten Nationen, die das kongolesische Volk unterdrückten.**
>
> **Im Jahre 1961 wiederum überredeten die Führer der KPdSU Gizenga, am kongolesischen Parlament teilzunehmen, das unter dem ‚Schutz' von Truppen der Vereinten Nationen einberufen worden war, und der Marionettenregierung beizutreten. Die Führung der KPdSU behauptete damals sogar fälschlich, die Einberufung des kongolesischen Parlaments sei ‚ein großes Ereignis im Leben der jungen Republik' und ein ‚Sieg der nationalen Kräfte' (‚Prawda' vom 18. Juli 1961).**
>
> **Die Tatsachen zeigen deutlich, daß diese falsche Politik der Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus bei seiner Aggression gegen Kongo große Dienste leistete. Lumumba wurde ermordet, Gizenga ins Gefängnis geworfen, viele andere Patrioten wurden verfolgt." [7]**

„Breschnewismus" - Übergang des modernen Revisionismus zur Ideologie und Politik des russischen Sozialimperialismus

Die Absetzung Chruschtschows 1964 durch die Breschnew-Revisionisten bedeutete keineswegs den Beginn einer Kritik am modernen Revisionismus oder gar eine „Rückbesinnung" auf Lenin und auf Stalin. ***Die ideologische Grundlage der neuen Machthaber blieb unverändert Revisionismus.*** Gerade unter Breschnew entstanden hunderte und tausende revisionistischer Machwerke, Sammelbände und Dokumentenzusammenstellungen, in denen ein

ganzes Heer revisionistischer „Gelehrter", „Autorenkollektive" und hochrangiger „Ideologen" wie Suslow die revisionistischen Verfälschungen in allen Bereichen vorantrieben, systematisierten und verfeinerten.

Die zeitweiligen „linken" Manöver der Breschnew-Revisionisten, wie die Propagierung einer angeblichen „Diktatur des Proletariats" und eines „verschärften Klassenkampfes" in der Sowjetunion, ***dienten der verstärkten Unterdrückung aufbegehrender Volksmassen,*** gerade auch der nichtrussischen Völker durch die großmachtchauvinistische Politik der „Russifizierung". Die Haltung zu dieser Variante des modernen Revisionismus, zum Breschnew-Revisionismus, ist gerade auch heute noch von Bedeutung. Angesichts des staatlichen Bankrotts des modernen Revisionismus Ende der achtziger Jahre läßt sich eine Art Wiederbelebung des ideologischen „Breschnewismus" beobachten. Es gibt sogar Kräfte, die zwar „kritisieren", wenn die Sowjetunion unter Chruschtschow und auch Breschnew mit den westlichen Imperialisten kollaborierten, es aber als angeblich „antiimperialistisch" unterstützen und begrüßen, wenn die revisionistische Sowjetunion Maßnahmen durchführte, die sich gegen die anderen imperialistischen Großmächte richteten. Das Entscheidende in diesem Zusammenhang wird dabei gerade vertuscht:

> **Unter der politischen und ideologischen Führung Breschnews entwickelte sich der Revisionismus an der Macht in der Sowjetunion nach Wiederherstellung des Kapitalismus zu einer neuen *imperialistischen* Großmacht mit „sozialistischem Mäntelchen", zum *Sozialimperialismus*.**

Als Lenin die Renegaten der II. Internationale in seiner Schrift „Über die Aufgaben der III. Internationale" von 1919 kritisierte, wies er darauf hin, daß sie charakterisiert waren durch

> **„Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat, *Hinüberwachsen des Opportunismus in den Imperialismus*".** (8)

Die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist ebenfalls vom Revisionismus in den Sozialimperialismus hinübergewachsen. Der ***Unterschied*** besteht nur darin: Die Sozialimperialisten der II. Internationale wie Kautsky und seinesgleichen hatten zunächst die ***Staatsmacht*** noch nicht in der Hand, sie dienten nur dem Imperialismus in ihrem eigenen Lande und pickten von dem den Völkern anderer Länder abgepreßten Extraprofit ein paar Bröckchen auf. Die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten hingegen unternahmen mit Hilfe der von ihnen usurpierten Staatsmacht unmittelbar Ausplünderung und Versklavung der Völker anderer Länder.

Nicht nur die nichtrussischen Nationalitäten in der Sowjetunion wurden hemmungslos unterdrückt, sondern auch ***die anderen ehemals volksdemokratischen Länder wurden ausgebeutet und abhängig gemacht,*** was in der militärischen Aggression durch Truppen des russischen Sozialimperialismus und seiner Lakaien gegen die CSSR 1968 und in der Niederschlagung jeglichen Widerstands in der Tschechoslowakei seinen ersten Höhepunkt fand. Ideologisch verbrämt und gerechtfertigt wurde dies alles mit Breschnews berüchtigter, dem proletarischen Internationalismus direkt entgegengesetzter Theorie von der „beschränkten Souveränität" der Staaten im sozialimperialistischen Herrschaftsbereich.

Die Unterstützung angeblich „revolutionärer", tatsächlich konterrevolutionärer Regimes wie in Äthiopien bis hin zum zehnjährigen brutalen Kriegsgemetzel in Afghanistan und gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen durch sozialimperialistische Truppen in den siebziger und achtziger Jahren waren Versuche, sich im ***zunehmenden Konkurrenzkampf*** gegen die anderen imperialistischen Großmächte zu etablieren und Einflußgebiete zu sichern und hatten mit „Antiimperialismus" auch nicht das geringste zu tun. Und auch die Einflußnahme auf nationale Befreiungsbewegungen erfolgte nie und nirgends zur wirklichen Unterstützung des Befreiungskampfes, sondern ausschließlich als Hebel für eigene imperialistische Einflußnahme, um also wirkliche nationale Unabhängigkeit zu verhindern.

An ***drei Verbrechen der Breschnew-Revisionisten*** soll hier genauer erinnert werden:

● Die ***militärische Okkupation der Tschechoslowakei 1968*** markierte vor der ganzen Welt, daß der Chruschtschow-Revisionismus bereits in den ***Sozialimperialismus*** hinübergewachsen war. Bei dieser militärischen Aggression der russischen Sozialimperialisten, an der sich auch Truppen der DDR, Bulgariens, Polens und Ungarns beteiligten, ging es ***überhaupt nicht*** um die angebliche „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften" in diesem Land. Denn schon seit langer Zeit hatte die „sowjettreue" Novotny-Clique die kapitalistische Restaurierung in den Formen und mit den Methoden betrieben, welche ihr die Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten selbst vorexerzierten. Die „Gefahr" und „Bedrohung" bestand einzig und allein darin, daß die Dubcek-Clique mit ihrer Politik des „Prager Frühlings" nunmehr den „jugoslawischen" Weg einschlug, den Weg der Loslösung aus dem Machtbereich der Breschnews und Kossygins, den Weg des Ausverkaufs des Landes an die westlichen Imperialisten, vor allem auch an den westdeutschen Imperialismus. Der Einmarsch der sowjetischen und anderen Truppen hatte keineswegs den Zweck, den Sozialismus in der Tschechoslowakei zu retten, den es schon nicht mehr gab – er sollte lediglich die Frage entscheiden, innerhalb ***welchen Machtbereichs*** die seit den 50er Jahren eingetretene konterrevolutionäre Entwicklung ***weitergeführt*** werden sollte, welche ***Spielart*** des Antimarxismus sich durchsetzen sollte, welche Clique die reaktionäre Diktatur über die Arbeiterinnen und Arbeiter und anderen Werktätigen ausüben sollte.

● Ab 1977 wurde einer **faschistischen Militärdiktatur in Äthiopien** finanzielle, technische, personelle und militärische Hilfe von der Sowjetunion gewährt (außerdem von Kuba, der DDR, Volksrepublik Jemen, Libyen etc.). Vor allem die Sowjetunion, Kuba und Jemen intervenierten aber auch direkt in Äthiopien. Die Sowjetunion lieferte MIG-Flugzeuge und Panzer, Napalm- und Splitterbomben. Sowjetische Offiziere und Militärberater leiteten die Operationen der äthiopischen Armee vor allem gegen die Befreiungsbewegungen in Eritrea.

Der von 1961 bis 1992 geführte nationale Befreiungskampf der Völker Eritreas für Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit richtete sich zuerst gegen das faschistische Regime Haile Selassies und die ihn unterstützenden imperialistischen Staaten wie die USA, Großbritannien, Westdeutschland. Seit Mitte der siebziger Jahre unterstützte die Sowjetunion das Militärregime unter Mengistu, das nach dem Sturz Haile Selassies 1974 an die Macht gelangt war, sich aus der alten faschistischen kaiserlichen Armee gebildet hatte und sogleich daran ging, die wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auch in Äthiopien selbst grausam zu unterdrücken.

Im Sommer 1978 begann die äthiopische Armee mit Unterstützung der Sowjetunion und Kubas die militärische Offensive gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Eritreas. Der Krieg gegen die Völker Eritreas wurde geführt mit Napalm und Splitterbomben, Städte und Dörfer Eritreas wurden zerstört, so daß in den befreiten Gebieten (1978 bereits 90% des gesamten Territoriums) unterirdischen Wohn- und Produktionsstätten geschaffen werden mußten. Systematisch wurde aus der Luft mit sowjetischen Flugzeugen und mit kubanischen und jemenitischen Piloten die Ernte zerstört und die Viehherden getötet. Ziel dieser barbarischen Kriegführung war die Vernichtung der gesamten Lebensgrundlage der Bevölkerung. 200 000 Eritreerinnen und Eritreer wurden in diesem barbarischen Krieg getötet, über eine Million mußten fliehen. (9)

● Auch in ***Afghanistan*** führten die russischen Sozialimperialisten seit 1979 einen über zehn Jahre währenden grausamen Krieg gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker Afghanistans. Seit der militärischen Invasion der UdSSR nach Afghanistan gingen diese mit Methoden vor, die den Methoden der amerikanischen Kriegführung in Vietnam in nichts nachstanden. Eines ihrer ersten Verbrechen war dabei die Verhaftung und fast vollständige Ermordung aller wirklich revolutionären Kräfte, insbesondere der „Kommunistischen Partei Afghanistans/Marxisten-Leninisten-Aufbauorganisation", die sich auf dem Weg zur sozialistischen Revolution die wirkliche Befreiung der Völker Afghanistans vom Joch der feudalistischen Unterdrückung und jeder Abhängigkeit vom Imperialismus zum Ziel gesetzt hatte.

Flächenbombardements von Städten und Dörfern, Geiselerschießungen aller Bewohner von Dörfern, die Partisanen unterstützt hatten (einschließlich Frauen und Kindern); Einsatz von Napalm und Splitterbomben; Folterungen und Mord an Revolutionären usw.

Daß die Invasion nach Afghanistan nichts anderes als eine „normale" imperialistische Invasion war, verriet 1980 der Sowjetdiplomat Falin, als er in einem Interview sagte, daß die Sowjetunion das selbe „Recht" zur direkten imperialistischen Aggression und Intervention habe wie etwa die USA 1961 in Kongo (später Zaire):

> **„Die einen schicken Truppen, die anderen stellen Transportflugzeuge. Warum dürfen wir**

Im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans/ML von revisionistischen Konterrevolutionären und von islamistischen Reaktionären ermordete Genossen!

Genosse Mohamed Tahir (Deckname Maksud)

Mitglied des Polbüros des ZK der Organisation „AKHGAR", die für den Aufbau der Kommunistischen Partei Afghanistans kämpfte. Das Versteck dieses Genossen wurde durch die revisionistischen Banden „Chalk" und „Partscham" am 30.11.1979 entdeckt und der Genosse wurde verhaftet. Auch nach vielen Folterungen hat er seine Ideologie, die Ideologie des wissenschaftlichen Kommunismus verteidigt, wurde aus diesem Grund verurteilt und durch revisionistische Mörder im berüchtigten Gefängnis von Kabul „Pul-i-Tscharchi" erschossen.

Genosse Zaleh Mohamed

Mitglied des ZK von „AKHGAR". Während der Kämpfe in Farah (im Südwesten Afghanistans) war er führend am Aufbau einer militärischen Front beteiligt, die unter seiner Führung auch während der sozialimperialistischen Angriffe weiter aufrechterhalten werden konnte. Er wurde im Schlaf von Mitgliedern der reaktionären-islamistischen Partei „Schwarze Echwan" verhaftet, gefoltert und mit weiteren Genossen ermordet.

Genosse Mohamed Zedik

Mitglied des ZK von „AKHGAR" – Provinz Herat. Nach dem Aprilputsch durch die revisionistischen Marionetten des sowjetischen Sozialimperialismus begann er seinen Kampf in der Provinz Herat, wo er in einer Textilfabrik arbeitete. Da er die Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Forderungen unterstützte, war er bald sehr beliebt und geschätzt. Bald sah die reaktionäre Fabrikverwaltung in ihm eine Gefahr und ließ ihn aufgrund seiner politischen Vergangenheit verhaften. Während der Haft wurde er durch brutale Folterungen ermordet.

(Kurzbiographie von drei der 27 ermordeten Genossen. Siehe ausführlicher dazu: Auszug aus AKHGAR, „Zur Erinnerung an die Märtyrer", Juni 1982, übersetzt in: GDS Dezember 1983, „Es lebe die antiimperialistische Revolution in Afghanistan! Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe die Proletarische Weltrevolution!")

in Afghanistan nicht tun, was uns die USA in Zaire vorgemacht haben?" [10]

Das ist das wahre Gesicht der russischen Sozialimperialisten, die von sich behaupteten, sie seien Sozialisten und Kommunisten gewesen. Das wurde aus einer revisionistischen Clique, die einen mächtigen Staatsapparat in ihren Händen hielt.

Warum kam es wirklich zum Bankrott des staatlich organisierten Revisionismus?

Der Bankrott des staatlich organisierten Revisionismus in der „Ära Gorbatschow" ist keine „Niederlage des Sozialismus", sondern hat ganz andere Gründe.

Erstens ist es ***der siegreiche Vormarsch einiger imperialistischer Großmächte gegen eine andere imperialistische Großmacht,*** gegen die Sowjetunion der Ära Chruschtschows und Breschnews. Diese sozialimperialistische Sowjetunion – zwar noch „sozialistisch" in Worten, aber in der Tat imperialistisch, auf der Ausplünderung anderer Völker und der Völker innerhalb der Sowjetunion aufgebaut – hatte sich offensichtlich international übernommen. Die Aufblähung des militärischen Apparates und die Aggression gegen Afghanistan im Zusammenwirken mit der katastrophalen Lage im Innern führte zur Ära Gorbatschows, zur Politik der versuchten „Frontbegradigung", um in der zwischenimperialistischen Rivalität, im Ringen mit den westlichen imperialistischen Großmächten dennoch ein gewisses Einflußgebiet zu erhalten.

Zweitens und im Zusammenhang damit wurde der eklatante ***Gegensatz zwischen „sozialistischer" Form und ausbeuterischem und imperialistischem Inhalt*** der revisionistischen Herrschaft in der Sowjetunion zu einem der Gründe, warum sie selbst dem traditionellen Kapitalismus unterlegen war, eine der Ursachen der immer rascher aufeinander folgenden wirtschaftlichen und politischen Mißerfolge, Krisen und Auflösungserscheinungen, die schließlich zur Beseitigung auch dieser „sozialistischen Formen" führte.

Doch auch die Auslieferung der DDR an die west/deutschen Imperialisten, schließlich sogar die Übergabe der anderen Länder Osteuropas an die westlichen imperialistischen Großmächte konnte den sogenannten „Zusammenbruch" der Sowjetunion und den völligen Bankrott der revisionistischen Herrschaftsform dort nicht verhindern.

III. Wie konnten die Revisionisten in der sozialistischen Sowjetunion die Macht in der Kommunistischen Partei erlangen und den Kapitalismus restaurieren?

Bei der Diskussion über die Entwicklung der Sowjetunion geht es nicht nur darum, zurecht nachzuweisen, daß unter Gorbatschow und Jelzin nur die revisionistischen Formen abgestreift wurden, der konterrevolutionäre Inhalt sich aber schon seit Jahrzehnten stabilisiert hatte.

Es geht tiefergehend darum, vor allem anhand der stärksten und am längsten existierenden sozialistischen Bastion der proletarischen Weltrevolution, nämlich der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins, zu verstehen, wie in diesem Land die Konterrevolution in revisionistischer Form siegen konnte.

Wir können hier nur knapp zusammenfassen, was unsere Position zu diesen komplizierten und für die Perspektive und Entwicklung wirklich kommunistischer Kräfte entscheidend wichtigen Fragen ist. [11]

Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Fortsetzung und Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus!

Unser Ausgangspunkt bei der Analyse der historischen Erfahrungen des ersten proletarischen Staates ist das prinzipielle Verständnis, daß die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht das Ende des Klassenkampfes ist, sondern die Fortsetzung des Klassenkampfes unter neuen Bedingungen, ja die Verschärfung des Klassenkampfes bis zum Kommunismus ist. [12]

Lenin machte im Kampf gegen den Opportunismus in seiner grundlegenden Schrift „Staat und Revolution" von 1917 klar:

> **„Der Opportunismus *macht* in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache *halt*, vor der Periode des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des *Sturzes* der Bourgeoisie und ihrer völligen *Vernichtung*. In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich *auf neue Art* demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und *auf neue Art* diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.**
>
> **... Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das *eine* sein: *die Diktatur des Proletariats*." [13]**

Die Diktatur des Proletariats ist ein hartnäckiger, blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, erzieherischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Überlieferungen der alten Gesellschaft. Dies bedeutet, daß die Gefahr der kapitalistischen Restauration während der gesamten Zeitspanne der Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus real vorhanden ist, wie Lenin in seinem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" von 1918 erläutert:

> **„Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese *Hoffnung* verwandelt sich in *Versuche* der Restauration." [14]**

Die historische Erfahrung der sozialistischen Länder und ihre konterrevolutionäre Umwandlung in kapitalistische Länder hat gezeigt: Der Klassenkampf spiegelt sich vor allem auch in der Kommunistischen Partei wider. Der Kampf gegen die revisionistische Zersetzung der Kommunistischen Partei muß in dem Bewußtsein geführt werden, daß der entscheidende Hebel für die Restauration des Kapitalismus die Zerstörung des revolutionären Charakters der Kommunistischen Partei ist. Die Revisionisten in der Kommunistischen Partei und innerhalb des Staatsapparats übernahmen die Kommandohöhen der Wirtschaft und des Staates und verwandelten das sozialistische Eigentum in das Eigentum einer Klasse der „neuen Bourgeoisie".

Das richtige Verständnis dieser Fragen ist ausschlaggebend, um die revisionistische Umwandlung sozialistischer in kapitalistische Länder erfolgreich zu bekämpfen. Insofern ist der Kampf gegen alle revisionistischen Tendenzen und Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei entscheidend. Dabei müssen folgende Gesichtspunkte durchdacht werden:

- Nach Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse muß der Klassenkampf fortgesetzt und verschärft werden gegen die noch objektiv existierenden Überreste der als Klasse weitgehend liquidierten Bourgeoisie sowie gegen die unvermeidlich auf der Grundlage der noch vorhandenen Muttermale der alten Gesellschaft entstehenden neuen bürgerlichen Elemente, die die Keime einer neuen Bourgeoisie werden können.

- Die noch vorhandenen Klassenfeinde im Innern sind untrennbar verbunden mit dem internationalen Klassenfeind, der Klassenkampf gegen den inneren Feind ist Teil des weltweiten Kampfs zum Sturz des Weltimperialismus.

Die Verschärfung des Klassenkampfes erfolgt vor allem ***aufgrund des Vormarsches des Proletariats.*** Das heißt, die Arbeiterklasse führt ihren Klassenkampf bewußt und planmäßig, auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel der völligen Vernichtung der Bourgeoisie ***auf jedem Gebiet*** durch die immer breitere Mobilisierung der Kräfte des Proletariats und der anderen werktätigen Massen. Der Klassenkampf verschärft sich auch und gerade, nachdem dem Kapitalismus ein ungeheurer Schlag versetzt wurde, nachdem die eigene Bourgeoisie als Klasse ökonomisch vernichtet worden ist. Dieser Vormarsch des Proletariats führt dazu und ist die Grundlage dafür, daß die Kräfte der Konterrevolution um so verzweifelter ihrerseits den Klassenkampf verschärfen, Attacken starten, wo immer es eine Gelegenheit dazu gibt. Sie nützen jede Schwäche des Proletariats wie mangelnde Wachsamkeit u.ä. aus, um ihre Macht wieder zu errichten, wobei sie ihre Anstrengungen auf die Zerschlagung bzw. bürgerlich-revisionistische Zersetzung der bis zum Kommunismus notwendigen Kommunistischen Partei konzentrieren. 1937, also nach der Liquidierung der Bourgeoisie als Klasse in der UdSSR, betonte Stalin in seiner Rede „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler":

> **„Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenfeind in dem**

Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde.

Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie, denn sie schläfert unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie dem Klassenfeind die *Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die* Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen, um so größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, *um so mehr* Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.“ [15]

● Nach Brechung des militärischen und ökonomischen Widerstandes der Ausbeuterklassen gewinnt der Kampf zur Brechung des ideologischen Widerstandes der Kapitalisten überragende Bedeutung. Dieser Kampf ist ein umfassender Kampf gegen *alle Überreste und Einflüsse des Kapitalismus im Bewußtsein der Werktätigen* selbst. Und dieser Kampf ist *schwieriger und langwieriger* als die Zerschlagung der Werkzeuge, Mittel und Medien der ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie. Denn es ist so, wie Lenin in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“ von 1920 formulierte:

„Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht.“ [16]

Dieser Aspekt macht auch deutlich, daß die Verschärfung des Klassenkampfes keineswegs auf das Militärische oder Politische eingeschränkt werden darf, sondern bedeutet, daß das Objekt des bewußt geführten Klassenkampfes des Proletariats immer mehr ausgedehnt und ‚verfeinert' wird, um Bourgeoisie und Kapitalismus wirklich in allen Bereichen – gerade auch im ideologischen Bereich – zu vernichten. Wie Lenin 1920 in einer Rede erklärte, geht es darum,

„*jeden Widerstand* der Kapitalisten zu brechen, nicht nur den militärischen und politischen, sondern auch den ideologischen, der *am tiefsten und mächtigsten* ist.“ [17]

● Ein Schlüsselpunkt ist dabei auch das richtige Verständnis, daß das Absterben des Staates nicht durch die Abschwächung der Diktatur des Proletariats vorbereitet wird, sondern durch ihre maximale Verstärkung. Diese Stärkung der Staatsmacht erfolgt nicht durch ein bürokratisches Aufblähen des Staatsapparates, sondern vielmehr durch die Hebung der Bewußtheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere Teilnahme der breiten werktätigen Massen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Wenn, wie Lenin in einer Rede von 1917 forderte, jede Köchin, jeder Werktätige, den Staat leiten kann und an seiner Leitung aktiv beteiligt ist, dann ist klar, wie mächtig und stark ein solcher Staat sein muß:

„Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.“ [18]

Dann ist auch klar, daß das Absterben des Staates maximal vorbereitet ist und seine Hauptfunktionen überflüssig werden oder sind, vorausgesetzt, der Klassenfeind auf der ganzen Welt ist zerschlagen. In diesem Sinne stellte Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU(B) von 1939 heraus:

„Wir sind für das Absterben des Staates. Wir sind jedoch gleichzeitig für die Verstärkung der Diktatur des Proletariats, der stärksten und mächtigsten Staatsmacht, die jemals bestanden hat. Höchste Entwicklung der Staatsmacht zur Vorbereitung der Bedingungen *für* das Absterben der Staatsmacht – so lautet die marxistische Formel. Ist das ‚widerspruchsvoll'? Ja, es ist ‚widerspruchsvoll'. Aber dieser Widerspruch ist dem Leben eigen, und er widerspiegelt vollständig die Marxsche Dialektik.“ [19]

Der Sieg des modernen Revisionismus in der Sowjetunion – eine schwere Niederlage im Klassenkampf des Weltproletariats, die keineswegs zwangsläufig und unvermeidbar war

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion war keinesfalls zwangsläufig und unvermeidbar, ist eben nicht die zwangsläufige Folge des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, wie es die imperialistischen Demagogen triumphierend in allen Medien verkünden. Wie war dann aber dieser riesige Rückschlag, diese verheerende Niederlage möglich? Welche Ursachen, welche tiefergehenden Gründe gab es dafür? Welches Gewicht haben welche Gründe aus den verschiedensten Bereichen, ökonomische, politische, ideologische Gründe? Der Generationswechsel nach 40 Jahren? Die Verluste vieler hervorragender Kader, die im Kampf gegen die Nazifaschisten gefallen sind?

Nach der Niederlage der bürgerlichen Revolution 1848-1849 in Deutschland schrieb Friedrich Engels:

„ ... wenn man aber nach der Ursache der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk ‚verraten'. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das ‚Volk' sich derart verraten ließ.“ [20]

Selbstverständlich unter gänzlich anderen historischen Bedingungen – 1848 war die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution noch nicht angebrochen, es gab noch keine siegreiche revolutionäre Kommunistische Partei, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ war von Karl Marx und Friedrich Engels gerade erst geschrieben, der „Bund der Kommunisten“ gerade erst gegründet worden – trifft Engels auch für „unsere“ Debatte den Punkt, ja wir müssen ihn sogar noch besonders hervorheben und ausdrücklich betonen: Wir müssen erklären, ***„wie es kam, daß das ‚Volk' sich verraten ließ“.***

Diese Frage ist in der Sowjetunion der Jahre 1953 - 1956 um so berechtigter (gegenüber der Lage in Deutschland 1848), da hier fast 40 Jahre lang die Kommunistische Partei an der Spitze der Staatsmacht der Diktatur des Proletariats eine gigantische Erziehungsarbeit innerhalb der Arbeiterklasse und bei den breiten Volksmassen auf dem Land geleistet hatte, wie sie in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesen war.

Ganz eindeutig ist, daß Chruschtschow und viele andere „Verräter“ waren. Diese Antwort trifft zu, ist auch nicht einerlei, sondern wichtig. Aber sie klärt ganz und gar nicht die Frage, wieso auf lange Sicht „das ‚Volk' sich verraten ließ“.

Die Gründe ***hierfür*** können keinesfalls nur in der Zeitspanne nach dem Tod Stalins gesucht werden. Nach dem Tod Stalins änderte sich in der Führung der KPdSU das „Hauptquartier“, die Linie wurde spätestens nach dem 20. Parteitag als revisionistische Linie besiegelt. Daß dagegen der Widerstand *nicht zum langandauernden Bürgerkrieg führte*, es zu keiner Spaltung der KP kam, der existierende Widerstand relativ rasch niedergeschlagen werden konnte – das ist das entscheidende Problem.

Die gewaltsame Unterdrückung des Widerstands der besten und der Sache des Kommunismus ergebensten proletarischen Kräfte, die umfangreichen konterrevolutionären Parteisäuberungen, die Anwendung von Methoden des faschistischen Terrors, ja der physischen Vernichtung der gegen die Strömung mutig ankämpfenden revolutionären Kräfte reicht allein zweifellos ***nicht*** aus, das zu erklären, zumal es sich um Mittel handelt, die erst ***nach*** dem Sieg der revisionistischen Linie und ***nach*** der direkten Machtübernahme der konterrevolutionären Elemente in breitem Umfang eingesetzt werden konnten.

„Niemand und nichts kann uns zu Fall bringen außer unseren eigenen Fehlern“ [21]

schrieb Lenin schon 1921, nach dem Sieg der Oktoberrevolution . Die Oktoberrevolution wurde ‚zu Fall gebracht' – um welche Fehler handelt es sich?

Es liegt nahe und ist auch berechtigt, nach der **Linie** Stalins zu fragen, genauer nach der Linie und der theoretischen Fundierung durch die KPdSU(B). Keine Genossin und kein Genosse darf dieser Frage ausweichen.

Unsere Antwort ist aufgrund unseres Studiums eindeutig, auch wenn sie noch genauer, präziser und überzeugender werden muß: Wir haben gründlich die Linie der KPdSU(B) und die Werke des Genossen Stalin studiert und sind der Meinung, daß hier, auf diesem Gebiet ***nicht*** die Gründe für den Sieg der Konterrevolution zu finden sind. Denn:

● Die KPdSU(B) hatte ***eine grundlegend korrekte Generallinie,*** die es ermöglichte, Fehler und Abweichungen zu bekämpfen und zu korrigieren. Wer zum Beispiel den Bericht des Genossen Shdanow zum neuen Statut auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) im Jahr 1939 liest, bekommt einen eindrucksvollen und überzeugenden Einblick, daß in der Praxis tatsächlich ein sehr konkreter Kampf gegen Bürokratismus, für die innerparteiliche Demokratie, für schonungslose Kritik und Selbstkritik gerade in einer Zeit geführt wurde, die von den Antikommunisten und Antistalinisten besonders verteufelt wird.

● Niemand hat so entschlossen und unermüdlich gegen die aufkommende revisionistische Strömung in der KPdSU(B) angekämpft wie Stalin. Das zu ignorieren, würde bedeuten, die klassenmäßige Front zwischen revisionistischem Verrat und möglichen Fehlern der großen Lehrmeister des Kommunismus zu verwischen. Heute kann jeder die Dokumente von Stalins Kampf gegen die aufkommenden revisionistischen Tendenzen in der KPdSU(B) in „Fragen der Sprachwissenschaft“ (1950) und „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (1952) studieren, um sich davon zu überzeugen, daß alle Pseudomarxisten völlig im Unrecht sind, die Stalin als „Wegbereiter des Revisionismus“ darstellen. [22] Das sind Verleumdungen, und Verleumdungen müssen wir brandmarken und nicht darüber diskutieren. Die Wirkung dieser Verleumdungen und dieser gan-

zen Hetze auch bei nicht unbedingt antikommunistisch eingestellten Leuten beruht – neben der ganzen bürgerlichen Erziehung und tagtäglichen Beeinflussung – vielfach einfach auch auf Unkenntnis.

So merken manche z. B. gar nicht, was für eine unerhörte Demagogie es ist, wenn sie in der Tat regelrecht antikommunistische Formeln wie „Die Partei hat immer recht" oder „Die Partei macht keine Fehler" als „typisch stalinistisch" bezeichnen. Denn es war umgekehrt gerade Stalin, der diese ursprünglich von Trotzki verwendete und später von diversen Pseudo-Kommunisten propagierte Phrase als prinzipiell falsch und antileninistisch u.a. in seiner Rede an den 13. Parteitag der KPR(B) entlarvte und bekämpfte:

Gegen die Strömung Nr. 13, November 1991

„Die Partei, erklärt Trotzki, macht keine Fehler. Das stimmt nicht. Die Partei macht nicht selten Fehler. Iljitsch lehrte uns, daß man die Partei an Hand ihrer eigenen Fehler lehren muß, richtig zu führen. Würde die Partei keine Fehler machen, so wäre nichts da, an Hand dessen man die Partei lehren könnte. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Fehler herauszufinden, ihre Wurzeln bloßzulegen und der Partei und der Arbeiterklasse zu zeigen, welche Fehler wir begangen haben und wie wir diese Fehler in Zukunft vermeiden können. Ohne das wäre die Heranbildung von Führern und Kadern der Partei unmöglich, denn sie werden im Kampf gegen ihre eigenen Fehler, in Überwindung dieser Fehler herangebildet und erzogen." [23]

Andererseits sehen wir immer wieder, daß bei den wirklichen Ansichten Stalins als „Fehler" angegriffen wird, was in Wirklichkeit Grundsätze des wissenschaftlichen Kommunismus sind. So greifen diverse Revisionisten und Opportunisten das von Stalin verteidigte Prinzip des verschärften Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats als „künstlich" und „eingebildetes Problem" an. [24]

Für völlig falsch halten wir es, wenn manche einen Schluß folgender Art ziehen:

„Wenn sich die Chruschtschow-Revisionisten 1956 so relativ leicht durchsetzen konnten, dann *kann* es vorher auch nicht *viel besser gewesen sein.*"

Mit einer solchen Allmählichkeitstheorie („alles ist ein Prozeß!"), die hinter dieser Schlußfolgerung steht (die dann auch bis zu Lenin und zu Marx und Engels zurück verlängert werden kann), wird der ***qualitative Charakter*** des Einschnitts bestritten, den der Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten darstellt. Dieser Einschnitt hat das ***Entscheidende*** geändert, nämlich den ***Charakter*** der Partei und der Staatsmacht. Die Revisionisten und die Konterrevolution überhaupt kamen zu Lebzeiten von Lenin und Stalin eben ***nicht*** durch, wurden von einer Kommunistischen Partei und einem klassenbewußten Proletariat, das die Macht in Händen hielt, energisch bekämpft, so daß der Sozialismus aufgebaut werden konnte und tatsächlich auch aufgebaut wurde. Noch nie in der Geschichte waren die Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung so weit gekommen. Noch nie wurde so lange und mit solcher Klarheit der Kampf für die klassenlose, die kommunistische Gesellschaft voran geführt. Daß dies seit Mitte der 50er Jahre nicht mehr weitergeführt werden konnte, war eine ***wirkliche Niederlage im Klassenkampf,*** hier wurden die bisher größten Errungenschaften in der Menschheitsgeschichte wirklich vernichtet.

Grundsätzlich ist es ist ganz und gar nicht so, wie es seinerzeit der SED-Generalsekretär Ulbricht behauptete: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf." Vielmehr hängt die ***Existenz*** der Diktatur des Proletariats und damit auch die Existenz des Sozialismus immer davon ab, daß sich in all den ideologischen und politischen Kämpfen die kommunistische Linie und Politik durchsetzt. Der Ausgang dieser Kämpfe war auch zu Lebzeiten Lenins keineswegs so sicher, wie das vielleicht im nachhinein erscheint. Erinnert sei nur an die Situation vor dem Abschluß des Vertrags von Brest-Litowsk zwischen der jungen Sowjetmacht und Deutschland im Jahr 1918, als die Sowjetmacht vor allem aufgrund der kleinbürgerlichen und opportunistischen Sabotage an einem seidenen Faden hing und Lenin sogar mit seinem Rücktritt drohen mußte! Auch die Kämpfe der KPdSU(B) gegen die opportunistische „Opposition", die jahrelang offen und öffentlich ausgetragen wurden, waren dem Wesen nach Kämpfe auf Leben und Tod. Die Durchsetzung der Linie Trotzkis oder Bucharins hätte den Sturz der Diktatur des Proletariats zur Folge gehabt.

In diesem schärfsten Klassenkampf zwischen Revolution und Konterrevolution war natürlich auch der Tod eines so herausragenden, führenden kommunistischen Kaders wie Stalin ein Faktor von erheblichem Gewicht, zumal eben kein Nachfolger da war, der diesen Verlust auch nur halbwegs auffangen konnte. Das Haßgeheul der Chruschtschow-Revisionisten gegen Stalin bestätigt negativ, in welch starkem Ausmaß er zu seinen Lebzeiten ein Hindernis für die Durchsetzung der revisionistischen Konterrevolution war.

Gegen die Strömung Nr. 59, März 1992

Unserer Meinung nach liegt die Ursache für das Anwachsen des Revisionismus auch in der Zeitspanne vor dem Tode Stalins gerade in der ***ungenügenden Propagierung und Anwendung der grundlegenden Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus*** über die Diktatur des Proletariats, über die Kommunistische Partei, die Rolle der Kader und der Massen usw. Die ungenügende wirklich tiefgehende Aneignung der richtigen Linie Lenins und Stalins durch die guten und ehrlichen Genossinnen und Genossen ist der springende Punkt, wollen wir nicht bei der bloßen Anprangerung einiger revisionistischer Verräter stehen bleiben. Dies zeigt die konterrevolutionäre Entwicklung nach dem Tod Stalins unwiderlegbar. Hier vor allem muß unserer Meinung nach die Analyse ansetzen. Wir wollen unsere Position dazu anhand einiger wesentlicher Fragenkomplexe knapp verdeutlichen. [25]

Die ideologische, theoretische und politische Erziehung gegen Spießertum

In seinem Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag der KPdSU(B) von 1939 richtete Stalin die eindringliche Mahnung an die gesamte Partei, daß sämtliche Erfolge auf allen anderen Gebieten gefährdet sind und zunichte gemacht werden können,

„wenn bei alledem unsere Parteipropaganda aus irgendwelchen Gründen zu hinken beginnt, wenn die marxistisch-leninistische Erziehung unserer Kader zu verkümmern beginnt, wenn unsere Arbeit zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus dieser Kader nachläßt und die Kader selber im Zusammenhang damit aufhören, sich für die Perspektive unseres Vormarsches zu interessieren, wenn sie aufhören zu begreifen, daß unsere Sache die einzig gerechte Sache ist, und sich in engstirnige Praktiker ohne Perspektive verwandeln, die die Weisungen von oben blind und mechanisch befolgen, dann muß unsere gesamte Staats- und Parteiarbeit unbedingt verkümmern. Es muß als Axiom gelten: je höher das politische Niveau und je bewußter die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre des betreffenden Zweiges der Staats- und Parteiarbeit, um so höher steht die Arbeit, um so fruchtbringender ist sie, um so wirksamer ihre Resultate, und umgekehrt: Je niedriger das politische Niveau und je weniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher sind Versagen und Fehlschläge in der Arbeit, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtigtuern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten. Man kann mit Gewißheit sagen: Wenn wir es verstünden, unsere Kader in allen Zweigen der Arbeit ideologisch zu rüsten und sie in solchem Maße politisch zu stählen, daß sie sich in der inneren und internationalen Situation frei orientieren können, wenn wir es verstünden, sie zu völlig reifen Marxisten-Leninisten zu machen, fähig, die Frage der Leitung des Landes ohne ernsthafte Fehler zu entscheiden, so würden wir allen Grund haben, neun Zehntel aller unserer Fragen als bereits gelöst zu betrachten." [26]

Die ungeheure militärische und auch wirtschaftliche Anspannung aller Kräfte im Zweiten Weltkrieg, um den Sieg über den Nazifaschismus zu erringen, in dem unzählige hervorragende Kommunistinnen und Kommunisten gefallen sind, sowie dann auch der Kampf für den raschen Wiederaufbau des in weiten Teilen völlig zerstörten Landes hat die ideologische Arbeit der Kommunistischen Partei vor große Probleme gestellt. In diesem Zusammenhang ist auch der „Rechenschaftsbericht an den 19. Parteitag" sehr wichtig, der von Malenkow am 5.10.1952 gehalten wurde. Denn dies ist das letzte Dokument der KPdSU vor Stalins Tod, in dem noch einmal grundsätzlich auf die Mängel der Parteiarbeit, vor allem im Hinblick auf die Erziehung der Kader im Zusammenhang mit der Situation während des Zweiten Weltkriegs und danach eingegangen und festgestellt wird, daß

„die Verhältnisse der Kriegszeit einige Besonderheiten in den von der Partei angewandten Leitungsmethoden bedingt und auch *große Mängel* in der Tätigkeit der Parteiorgane und der Parteiorganisationen mit

sich gebracht hatten. Das fand vor allem darin seinen Ausdruck, daß die Parteiorgane der parteiorganisatorischen und ideologischen Arbeit *weniger Bedeutung schenkten*, weswegen diese Arbeit in vielen Parteiorganisationen *vernachlässigt* wurde. So ergab sich eine gewisse Gefahr, daß die Parteiorgane die Verbindung mit den Massen verlieren, sich aus Organen zur politischen Leitung, aus kämpferischen und von der Initiative ihrer Mitglieder getragenen Organisationen in eine Art von Verfügungen erlassende Verwaltungsämter verwandeln könnten, die nicht imstande wären, allen möglichen rein lokal- und ressortpatriotischen sowie sonstigen staatsschädigenden Bestrebungen Widerstand zu leisten sowie direkte Entstellungen der Parteipolitik beim wirtschaftlichen Aufbau und Beeinträchtigungen der Staatsinteressen zu bemerken." (27)

Es wird auf die ernsthafte Gefahr hingewiesen, daß

> **„ ... *selbst gute Funktionäre* ... allmählich ihre positiven Eigenschaften verlieren und nach und nach Bürokraten werden."** (28)

Unserer Meinung nach muß dennoch die Frage gestellt werden, ob nicht Stalin und die Bolschewiki in der KPdSU(B) insbesondere in dessen letzten Lebensjahren in verschiedenen Schriften und Dokumenten sowie in der tagtäglichen ideologischen Erziehung deutlicher, eindeutiger und umfassender den sich ***bis zum Kommunismus verschärfenden Klassenkampf und seine Gesetzmäßigkeiten*** – anknüpfend an den Analysen im Kampf gegen Bucharin und andere Renegaten in den zwanziger und dreißiger Jahren – hätten herausstellen müssen. Denn es zeigte sich, daß nach dem Sieg über die Trotzkisten und Bucharinleute, nach dem Sieg im antifaschistischen Krieg die prinzipiellen Lehren über den sich verschärfenden Klassenkampf und den innerparteilichen Kampf, die Gefahr der revisionistischen Verbürgerlichung in der KPdSU nicht genug verstanden wurden, um den Chruschtschow-Revisionismus zu besiegen. Die Gefahr, daß durch den Revisionismus alles nochmals verloren werden konnte, daß es im verschärften Klassenkampf immer noch um die Machtfrage ging – dieses Bewußtsein war in dieser Zeitspanne sicherlich nicht ausreichend in der Partei und unter den Arbeiterinnen und Arbeitern verankert.

In seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" von 1952 warf Stalin auch das lebenswichtige Problem der Heranbildung von ***revolutionären Nachfolgern*** auf, die den von der älteren Generation der Kommunistinnen und Kommunisten begonnenen Kampf für den Kommunismus fortsetzen müssen. Da gab es offenbar erhebliche Probleme, sonst hätte es Stalin wohl kaum für nötig gehalten, festzustellen,

> **„daß zu uns, dem führenden Kern, jedes Jahr Tausende neuer junger Kader kommen, die von dem brennenden Wunsch beseelt sind, sich zu bewähren, die aber noch *keine ausreichende marxistische Bildung* haben, *viele uns wohlbekannte Wahrheiten nicht kennen* und gezwungen sind, im dunkeln zu tappen. Sie sind von den gewaltigen Errungenschaften der Sowjetmacht überwältigt, sind vor den außerordentlichen Erfolgen der Sowjetordnung von Schwindel befallen und beginnen sich einzubilden, daß die Sowjetmacht ‚alles vermag', daß ihr ‚alles ein leichtes ist', daß sie die Gesetze der Wissenschaft umstoßen und neue Gesetze aufstellen kann."** (29)

Es ist klar, daß dies ein günstiger Nährboden für den Revisionismus der Chruschtschow-Revisionisten war und dazu beitrug, daß der Revisionismus nicht zurückgeschlagen wurde. Dies bedeutet, daß in der Zeitspanne vor dem Machtantritt der modernen Revisionisten, d.h. zu Lebzeiten Stalins, nicht genügend Kader herangebildet wurden, sie sich danach als fähig erwiesen hätten, dem revisionistischen Verrat wirkungsvoll entgegenzutreten.

Kritik und Selbstkritik, Massenlinie, Kontrolle „von oben" und gerade auch „von unten", Kampf gegen „kommunistische" Bürokraten, gegen Bürokratismus und Liberalismus

Das alles sind äußerst wichtige Bereiche, ohne deren kommunistisches Verständnis und Anwendung es keine Festigung der Diktatur des Proletariats, kein Vorankommen beim Aufbau des Sozialismus geben kann. Anhand der zahlreichen Schriften Stalins zu diesen Fragen kann sich jede und jeder davon überzeugen, daß Stalin – aufbauend auf den Lehren Lenins darüber – sehr korrekte Richtlinien entwickelt hat. Die Tatsache, daß sich Stalin praktisch in der gesamten Zeit, in der er an der Spitze der KPdSU(B) stand, immer wieder sehr scharf gegen die „kommunistischen" Bürokraten, gegen die Unterdrückung von Kritik äußerte, macht deutlich, daß es da teilweise wirklich nicht rosig aussah. So stellte Stalin 1937 in seiner Rede „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler" ganz erhebliche bürokratisch-opportunistische Mängel bei der Auswahl der Kader fest:

> **„Meistens erfolgt die Auswahl der Mitarbeiter nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach zufälligen, subjektiven, spießerhaft-kleinbürgerlichen Gesichtspunkten. Meistens sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus – ohne Rücksicht auf ihre politische und fachliche Eignung.**
>
> **Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nicht aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.**
>
> **Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.**
>
> **Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben."** (30)

In dem Bericht Shdanows auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) im Jahr 1939 wird eine Fülle von konkreten Belegen für geradezu erschreckende Vorgänge von bürokratischer Willkür und Unterdrückung von Kritik gegeben (auszugsweise abgedruckt in GDS Nummer 59). Es kann nicht darum gehen, dies zu beschönigen. Wir legen jedoch größten Wert auf die Feststellung, daß dagegen auch ein wirklich entschlossener Kampf geführt wurde und enorme Erfolge erzielt wurden. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bauernschaft konnte für den sozialistischen Aufbau mobilisiert und begeistert werden. Bürgerlich-opportunistische und bürokratische Elemente, die sich dem Vormarsch zum sozialistischen Aufbau entgegenstellten, wurden unerbittlich beiseite gedrängt und bekamen die Diktatur des Proletariats zu spüren.

Auch nach dem Sieg im antifaschistischen Weltkrieg wurde in der KPdSU(B) der Kampf gegen aufkommende rechtsopportunistische Auffassungen und bürokratische Entstellungen geführt. Dies zeigt auch noch der 19. Parteitag im Jahr 1952, der zum Beispiel im Rechenschaftsbericht von Malenkow scharf die Tendenzen verurteilte, die Selbstkritik und Kritik von unten zu sabotieren:

> **„Gegenwärtig ist es besonders wichtig, für die Entfaltung der Selbstkritik und Kritik von unten zu sorgen und diejenigen, die die Entwicklung der Kritik unserer Mängeln hindern, die Kritik knebeln und sie mit Verfolgungen und Schikanen vergelten, als schlimmste Feinde schonungslos zu bekämpfen."** (31)

Nach Stalins Tod 1953 wurde der Kampf gegen diese Mängel nicht mehr so geführt, wie es notwendig gewesen wäre, stattdessen verstanden es die revisionistischen Bürokraten in der Parteiführung, die modernen Revisionisten mit Chruschtschow und Breschnew an der Spitze, auch diese Mängel für ihre Zwecke auszunutzen, um die gesamte Parteiführung an sich zu reißen.

Die Frage der revolutionären kontra revisionistischen Disziplin

Wie konnte es geschehen, daß der revisionistische Verrat durchkommen konnte, daß der Widerstand der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse nicht zur Lawine anwuchs, welche die revisionistischen Cliquen zerschmetterte? *Ein* wesentliches Moment, das eine gewisse Erklärung, eine teilweise Antwort auf diese umfangreiche Frage gibt, besteht in der Tatsache der schrittweisen Entleerung der Disziplin, die mehr und mehr als eine Frage betrachtet wurde, die ***unabhängig*** vom Inhalt, von der ideologischen und politischen Linie gestellt werden kann. Solche Auffassungen müssen ***in der Praxis*** der Sowjetunion ebenso vorhanden gewesen sein wie die falsche ***Gewöhnung*** daran, der Führung mehr oder weniger kritiklos zu ***vertrauen,*** sie nicht aufgrund ihrer Worte und Taten umfassend zu ***kontrollieren.***

Wenn nun an die Stelle einer marxistisch-leninistischen Führung, die solche Tendenzen prinzipienfest ***bekämpft,*** wie damals in der Sowjetunion Stalin, Shdanow, Kalinin u.a., eine revisionistische Führung tritt, die solche Tendenzen massiv ***fördert,*** so beginnt damit unvermeidlich eine ***konterrevolutionäre Kettenreaktion,*** in deren Verlauf die bewußte proletarische Disziplin in blinden Gehorsam ***umschlägt*** und so zu einem entscheidenden Hebel wird, den revisionistischen Kurs der ganzen Partei, den Massen der Arbeiterklasse und der Werktätigen von oben bis unten aufzuzwingen und jeden Widerstand dagegen mit den Mitteln der administrativen, bürokratischen, staatlichen Gewalt niederzuschlagen, wodurch sich die ***Diktatur des Proletariats schließlich zu einer konterrevolutionären Diktatur der neuen Bourgeoisie verkehrt.***

Der „alte Revisionismus" und der moderne Revisionismus nach 1945

Die Berufung auf Marx und Engels, um die zentralen Punkte des wissenschaftlichen Kommunismus in Wirklichkeit zu bekämpfen, wird in der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung als **Revisionismus** bezeichnet. Der Renegat Kausky war nach Bernstein der populärste Vertreter dieser ideologischen Strömung, die anfang dieses Jahrhunderts auch politisch vollständig in das Lager der bürgerlichen Konterrevolution hinüberschwenkte.

„Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts" *war die Grundidee der Bernsteinianer, die so die Arbeiterbewegung weg vom kommunistischen Zielen ins bürgerlich-reformistische Fahrwasser zu steuern bemüht waren.*

In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution spitzte sich der Kampf zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Revisionismus auf den Kampf zwischen Kausky und Lenin zu. Die **Ablehnung der Diktatur des Proletariats und ihrer Erkämpfung durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse, durch die proletarische Revolution und die heuchlerische Flagge der „Demokratie für alle"** *wurde zur Ideologie einer relativ stabilen, vielfältig bestochenen Schicht in der Arbeiterklasse:* **der Arbeiteraristokratie.** *Die Ideologie diese Kauskyanischen Revisionismus, des Sozialdemokratismus, richtete sich* **direkt gegen die Analysen und Schlußfolgerungen Lenins unter heuchlerischer Berufung auf Marx und Engels.** Ein ganzes Heer gekaufter Professoren machte sich daran, diese Ideologie des alten Revisionismus oder Sozialdemokratismus auszuarbeiten, Marx und Engels auf der einen Seite gegen die sozialistische Oktoberrevolution und die wissenschaftliche Arbeit Lenins, den Leninismus, auf der anderen Seite auszuspielen.

Unter den Bedingungen des wachsenden Einflusses der sozialistischer Sowjetunion gab es eine Fülle von Varianten dieses Sozialdemokratismus, wobei die scheinbar „linkeste" sozialdemokratische Variante, der Trotzkismus, dazu überging, „mit Lenin den Leninismus zu bekämpfen". Durch einen großen theoretischen und praktischen Kampf der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale unter Führung Lenins und Stalins, verbunden mit dem Anwachsen der revolutionären kommunistischen Arbeiterbewegung in der überwiegenden Mehrheit der Länder der Erde, wurde der „alte Revisionismus", der Sozialdemokratismus und seine Variante, der „Trotzkismus", sehr weitgehend zurückgedrängt und der wissenschaftliche Kommunismus in einem bis dahin ungeahnten Ausmaß verteidigt, ausgearbeitet und verbreitet.

Der moderne Revisionismus als neue Erscheinung des Reformismus und Sozialdemokratismus ist untrennbar mit dem Namen seines Hauptvertreters, Chruschtschow, verbunden. Chruschtschow stand an der Spitze jener revisionistischen bürgerlichen Parteifunktionäre der KPdSU, welche die Partei und Staatsmacht in ihre Hände bekamen und nutzen, um die kommunistische Partei in eine revisionistische Partei zu verwandeln, die Diktatur des Proletariats in eine polizeistaaliche Diktatur der neuen revisionistischen Bourgeoisie zu verwandeln und den wissenschaftlichen Kommunismus unter heuchlerischer Berufung auf Marx, Engels und Lenin in der Tradition Kautskys in allen wesentlichen Fragen, vor allem in Bezug auf die Diktatur des Proletariats und die proletarische Revolution mit den Märchen vom „friedlichen Weg" zu revidieren.

Der Tito-Revisionismus hatte als erste revisionistische KP **die Staatsmacht in den Händen** und war ein deutlicher Vorbote der allen sozialistischen Ländern drohenden Gefahr einer Verwandlung in proimperialistische Staaten, die nur eine sozialistische Maske haben. Es war vor allem die KPdSU(B) und Genosse Stalin, die auf diese Gefahr umfassend aufmerksam machten. Doch ganz offensichtlich wurde das Problem allzusehr entgegen den Warnungen der Kominform und des ZK der KPdSU(B) in vielen Parteien lediglich als ein „jugoslawisches Problem" angesehen.

(Vgl. dazu: „Der Kampf J.W. Stalins und der Kominform gegen den Titorevisionismus", *Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus*, Wien 1979)

VI. Der Kampf für den vollständigen Bruch mit dem modernen Revisionismus muß weitergeführt und verschärft werden!

Mit dem Bankrott der revisionistischen Regimes in Osteuropa ist der moderne Revisionismus als opportunistische, dem wissenschaftlichen Kommunismus feindliche Ideologie nicht zusammengebrochen oder gar verschwunden. Der moderne Revisionismus ist keinesfalls bankrott oder tot, er wechselt gegenwärtig nur seine Form und sein Gesicht. Die Ideologie des modernen Revisionismus wirkt fort, sie hat alle Fragen der Grundlagen, der Politik und des Lebens einer kommunistischen Partei bis ins Detail verfälscht. Eine besonders große Gefahr für revolutionäre und kommunistische Organisationen, für eine Kommunistische Partei, liegt darin, daß die revisionistische Ideologie und Politik seit Jahrzehnten auf praktisch allen Gebieten bereits ausgefeilte und ausgearbeitete Werke geschaffen haben, wodurch sich der bürgerlich-revisionistische Einfluß „spontan" aufdrängt und Fuß faßt, wenn er nicht bewußt und umfassend bekämpft wird.

In Gestalt der PDS verbreitet er als „freundlicher Revisionismus" seine parlamentaristischen Illusionen, seinen Revisionismus, seinen „demokratischen Sozialismus" als antistalinistische „umweltverträgliche" Alternative. Die PDS präsentiert sich als Alternative in doppelter Hinsicht: sowohl gegenüber der bankrotten revisionistischen SED, die sie nicht wirklich analysiert, sondern deren Geschichte sie umgeht oder verfälscht, vor allem auch gegenüber der tatsächlichen Diktatur des Proletariats zur Zeit Lenins und Stalins und zu den wirklich revolutionären Kommunistinnen und Kommunisten, die sie diffamiert und beschimpft, um sich als sogenannte „echte Demokraten" an die herrschende Klasse anzubiedern.

Die PDS versucht, sich den Werktätigen besonders in der ehemaligen DDR anzudienen, die unter den Folgen der Einverleibung der DDR am meisten zu leiden haben. Dabei wendet sie sich nicht gegen die revanchistische Einverleibung als solche, sondern tritt für die Illusion einer „gleichberechtigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten" (Wahlprogramm der PDS 1994) ein und stellt sich damit als die „bessere Wiedervereinigerin" vor. In der Pose unschuldiger „Opfer der Abwicklung" wird davon abgelenkt, daß diese Partei es auch war, die die DDR schließlich in kapitulantenhafter Manier für den west/deutschen Imperialismus „übergabereif" machte. Für die PDS steht außer Frage, daß sie sich auf den Boden des Grundgesetzes des deutschen Revanchismus stellt und trotz allen antikapitalistischen Phrasen die kapitalistische Gesellschaftsordnung im Grundsatz akzeptiert und verteidigt. Nicht zuletzt ihre schleimige Anbiederung an die SPD macht dies deutlich.

Die Gefährlichkeit dieser in Lug und Betrug erfahrenen Revisionisten, von denen die meisten ihre politische Ausbildung in der alten Honecker-SED erhalten haben, liegt auch darin, daß sie eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft auf fortschrittliche und antifaschistische Kräfte ausüben und versuchen, sich in der linken Jugendbewegung eine Massenbasis zu schaffen. Unterstützt werden sie dabei von diversen pseudomarxistischen Gruppen wie BWK, „Arbeiterbund", „Arbeiterkampf" etc., aber auch von der DKP, die die PDS bei linken, sich noch an der Revolution orientierenden Kräften salonfähig machen wollen. Die PDS ist nicht ohne Erfolg darum bemüht, solche Kräfte zu desorientieren, sie aufzusaugen und ideologisch an das parlamentarisch-kapitalistische System zu binden.

Die PDS-Revisionisten müssen als Verfälscher der Grundideen des Kommunismus und der sozialistischen Revolution eine zentrale Zielscheibe des ideologischen Kampfes sein, und auch ihre Manöver und politischen Kniefälle vor der herrschenden Klasse müssen vor den antifaschistischen und revolutionären Kräften entlarvt werden. Dies gilt ebenso für die DKP, die sich teilweise als neu aufpolierte „echte linke Kraft in der Bewegung" zu profilieren sucht.

Der Kampf gegen den Revisionismus bedeutet allerdings nicht nur die Schaffung ideologischer und theoretischer Klarheit über diese Form der bürgerlichen Ideologie im marxistischen Gewand. Es geht vielmehr darum, unter den ehrlichen revolutionär orientierten Kräften, die heute noch in dieser oder jener Form an die Revisionisten gebunden sind, klarzumachen, daß es ohne den wirklichen, auch praktischen ***Bruch*** *mit den Einflußträgern des Revisionismus und ohne deren aktive Entlarvung keinen Weg aus dem politischen Sumpf, keine Teilnahme am Kampf für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei geben kann. Dabei ist die Entschlossenheit und Fähigkeit, gerade auch im „eigenen" Bereich, auch mit „persönlich befreundeten" Revisionisten politisch zu brechen und selbst den Kampf gegen sie aufzunehmen, ein entscheidender Prüfstein.* (32)

Die revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion nach dem 20. Parteitag sowie die Zerstörung praktisch aller ehemaligen Kommunistischen Parteien durch den modernen Revisionismus ist die Hauptursache für den heutigen unübersehbaren opportunistischen Sumpf. Der Aufbau wahrhaft kommunistischer Parteien, die Vorbereitung und Durchführung der bewaffneten sozialistischen Revolution, werden daher auf Jahre und Jahrzehnte nur vorankommen, wenn dies untrennbar mit dem wirklich tiefgehenden Kampf gegen den modernen Revisionismus international und im jeweiligen Land untrennbar verbunden wird.

Anmerkungen und Quellen

(1) Engels, „Anti-Dühring", 1878, Marx/Engels Werke Band 20, S. 259.

(2) Wohin die ökonomistisch-revisionistische Entstellung des Marxismus führt, läßt sich deutlich am Beispiel der Haltung zum heutigen China zeigen. In China haben die Deng-Hsiao-ping-Revisionisten nach dem Tode Mao Tse-tungs, nach der Ausschaltung aller Revolutionäre ihre reaktionäre Diktatur unter einem „sozialistischen" Mäntelchen errichtet. Dahinter verbirgt sich in Wirklichkeit ein wahres Ausbeuterparadies für die Imperialisten. Die Arbeiterinnen und Arbeiter schuften dort unter teilweise unbeschreiblichen Bedingungen für niedrigste Löhne für das deutsche, amerikanische, japanische und sonstige Monopolkapital. Immer wieder kommt es aufgrund fehlender minimaler Sicherheitseinrichtungen zu furchtbaren Unfällen und Katastrophen. So verbrannten z.B. vor einiger Zeit Dutzende Arbeiterinnen nachts in einer Fabrik, wo sie – wie zur Zeit des Frühkapitalismus – schliefen. Die Imperialisten wissen die „sozialistische" Hülle über dieser schamlosen Ausbeutung durchaus zu schätzen, weil jeder berechtigte Widerstand dagegen gerade auch in ihrem Interesse von vornherein als „antisozialistisch" unterdrückt wird. Bei den diversen Pseudomarxisten, die dieses Ausbeuterparadies gar noch immer als „sozialistisches Bollwerk" preisen, ist es so wie bei den Revisionisten der II. Internationale, die – wie Lenin entlarvt hat – sogar in den durch die imperialistische Kriegsführung bedingten staatsmonopolistischen Maßnahmen während des Ersten Weltkriegs nicht die äußerste Reaktion, sondern die Keime des Sozialismus sprießen sahen.

(3) Lenin, „Noch einmal über die Gewerkschaften", 1921, Werke Band 32, S. 73

(4) Nur in wenigen Ländern der Erde widersetzten sich die Kommunistinnen und Kommunisten diesem Kurswechsel erfolgreich und verteidigten die am Kommunismus orientierte Linie und Politik der KPs dieser Länder gegen das revisionistische Diktat, so vor allem in China und Albanien. Nach sieben Jahren „interner Beratungen", Konferenzen und Verhandlungen mit den Chruschtschow-Revisionisten durchbrach endlich die KP Chinas 1963 die ganze Atmosphäre der faulen, dem revisionistischen Vormarsch dienenden „Einheit" durch ihre öffentliche Polemik „Zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" und mobilisierte international die antirevisionistischen Kräfte zum offensiven Kampf gegen den modernen Revisionismus. In dieser „Großen Polemik" wurden in der Frage der gewaltsamen Revolution, der Haltung zu den nationalen Befreiungsbewegungen, zum Klassenkampf im Sozialismus, zum Kampf gegen den Weltimperialismus und imperialistische Kriege, in der Haltung zu Stalin den Chruschtschow-Revisionisten ***empfindliche Schläge*** versetzt. Dennoch war dieser erste Versuch eines Neuanfangs im Kampf gegen den modernen Revisionismus ***nicht tiefgehend genug***, noch mit ***vielen Halbheiten und Zugeständnissen*** verbunden, die den Vormarsch der Revisionisten schließlich erleichterten und beschleunigten.

(5) Zwischen 1979 und 1988 veröffentlichte ***„Gegen die Strömung" in acht Teilen eine Stellungnahme zum „Vorschlag" und zu den „Kommentaren" der KP Chinas „zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung"***, in der positive und negative Erfahrungen im Kampf gegen den Revisionismus ausgewertet wurden.

(6) Chruschtschow in einem Gespräch mit C.L. Sulzberger am 5. September 1951, veröffentlicht in der „Prawda" vom 10. September 1961, zitiert nach: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", S. 273, Peking 1965, Nachdruck Berlin 1974.

(7) „Die Verfechter des neuen Kolonialismus", „4. Kommentar zum Offenen Brief der KPdSU der Redaktionen von ‚Renmin Ribao' und ‚Hongqi', Parteiorgane der KP Chinas, in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", S. 223/224.

(8) Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale", 1919, Werke Band 29, S. 493.

(9) Vergleiche dazu ausführlich ***in GDS Nr. 41 den Artikel „Der imperialistische Charakter der Sowjetunion: Am Beispiel Eritrea"***.

(10) Stern, Nr. 6/1980. Vergleiche dazu ausführlich ***in GDS Nr. 41 den Artikel „Der imperialistische Charakter der Sowjetunion: Am Beispiel Afghanistan"***.

(11) Ausführlich siehe dazu ***GDS Nr. 13 „Von Stalin lernend die anstehenden Aufgaben lösen!"; GDS Nr. 24 „Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs, Teil I"***; GDS Nr. 33 „Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution" – Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus"; ***in GDS Nr. 42 den Abschnitt „Über die Linie des „Vorschlags" für die Länder der proletarischen Diktatur: Zur Frage des Klassenkampfes bis hin zum Kommunismus"*** sowie ***„Rot Front" Nr. 1, Januar 1996***.

(12) Ausführlich ist dieser Punkt in der „Rot Front" Nr. 1, Januar 1996 dargelegt.

(13) Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 425.

(14) Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Werke Band 28, S. 252/253.

(15) Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler", 1937, Werke Band 14, S. 136.

(16) Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 29.

(17) Lenin, „Rede auf der Gesamtrussischen Konferenz der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung bei den Gouvernements- und Kreisabteilungen für Volksbildung", 1920, Werke Band 31, S. 364.

(18) Lenin, „Schlußwort zur Rede über den Frieden auf dem 2. Gesamtrussischen Sowjetkongreß", 1917, Werke Band 26, S. 246.

(19) Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag", 1930, Werke Band 12, S. 323.

(20) Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 1851-52, Marx/Engels Werke Band 8, S. 6.

(21) Lenin, „II. Gesamtrussischer Verbandstag der Bergarbeiter", 1921, Werke Band 32, S. 44.

(22) So hat sich Stalin in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" entschieden gegen den Vorschlag ausgesprochen, die staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) an die einzelnen landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften zu verkaufen. Denn dadurch würden erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente werden. Das widerspricht der kommunistischen Perspektive. Zweitens würde sich daraus vor allem eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der Warenzirkulation ergeben. Unter Berufung auf Engels weist Stalin nach, daß dies „unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse" (Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, Werke Band 15, S. 383). Genau diesen Weg haben die Chruschtschow-Revisionisten eingeschlagen, als sie 1958 die MTS an die Kollektivwirtschaften verkauften.

(23) Stalin, „Der XIII. Parteitag der KPR(B)", 1924, Werke Band 6, S. 203.

(24) Die Revisionisten in Deutschland zeichneten sich schon immer durch besondere Diensteifrigkeit und Eilfertigkeit aus. Direkt nach dem 20. Parteitag, am 4. März 1956, schrieb W. Ulbricht, der heute von der sogenannten „kommunistischen Plattform in der PDS" mit S. Wagenknecht an der Spitze gar als Antirevisionist hingestellt wird, im „Neuen Deutschland" folgendes – was sicher nicht zur Klarheit über Stalin, wohl aber zur Klarheit über Ulbricht beigetragen hat:

> „Das ZK der KPdSU hat bestimmte theoretische Fehler ... Stalins ... korrigiert. Es wurde auch die von Stalin vertretene Auffassung korrigiert, daß sich mit dem fortschreitenden Erfolg des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion der ***Klassenkampf verschärfe.***"
>
> „Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen."

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit solchen revisionistischen Angriffen ist in ***GDS Nr. 39 „Die revisionistischen Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Philosophie zurückschlagen"*** enthalten.

(25) Das beste uns bekannte Dokument, die ***in GDS Nr. 59 auszugsweise abgedruckte „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)"***, stammt aus dem Jahr 1966. Es war ein erster Versuch einer gründlichen Analyse, die unseres Wissens nicht fortgesetzt wurde.

(26) Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag", 1939, Werke Band 14, S. 219/220, vgl. auch Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler", 1937, Werke Band 14, S. 141.

(27) Malenkow, „Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B)", Moskau 1952, Nachdruck Berlin 1971, S. 115.

(28) Ebenda, S. 125.

(29) Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, Werke Band 15, S. 300/301 (Hervorhebungen von uns).

(30) Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler", 1937, Werke Band 14, S. 147-148.

Vergleiche dazu ausführlich ***in GDS Nr. 59 den Artikel „Den Kampf Stalins gegen die ‚kommunistischen' Bürokraten zum Vorbild nehmen"***.

(31) Malenkow, „Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des ZK der KPdSU(B)", Moskau 1952, Nachdruck Berlin 1971, S. 115.

(32) Der Verrat der modernen Revisionisten, die Tatsache, daß es die revolutionäre KPD Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns heute nicht mehr gibt, stellt sehr große Anforderungen an den Aufbau einer theoretisch und praktisch konsequent revolutionären Kommunistischen Partei. Auf theoretischem Gebiet muß in jeder Frage vor allem den modern-revisionistischen Verfälschern der Krieg erklärt werden. Grundlagen und Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus müssen auf allen Gebieten umfassend verteidigt werden, um die theoretischen Fragen der Revolution in Deutschland, Fragen der korrekten Bündnispolitik, des bewaffneten Kampfes und seiner Formen, des Parteiaufbaus usw. in enger Verbindung mit der revolutionären Praxis lösen zu können.

Darüber hinaus kommt es im Kampf gegen den Antikommunismus wie auch gegen den modernen Revisionismus darauf an, die Anfangsjahre der SED wie auch die Erfahrungen der DDR 1946 bis 1956 umfassend zu analysieren, deren Gründung auf der Grundlage der Anwesenheit der Roten Armee in einem Teil Deutschlands dem deutschen Imperialismus zunächst einen schweren Schlag versetzte. Es muß analysiert werden, warum die SED die in sie gesetzte Hoffnung ganz und gar nicht erfüllt hat, der Opportunismus sich ausbreiten konnte und die SED schließlich völlig im Sog des internationalen modernen Revisionismus versunken ist. Es darf nicht zugelassen werden, daß diverse Opportunisten nur auf die KPdSU und die Sowjetunion zeigen, um von den Wurzeln des „eigenen" Opportunismus in Deutschland abzulenken. Ebenso falsch ist es allerdings auch, sich um eine klare Stellungnahme zum 20. Parteitag, zum Machtantritt des Revisionismus im ersten sozialistischen Land zu drücken mit dem Hinweis darauf, sich vorerst nur um die Lage im eigenen Land kümmern zu können.

Erste Ergebnisse dieser Analyse sind in ***GDS Nr. 58 „Die Entwicklung der SED – ein Teil der ‚deutschen Misere'", Dezember 1991***, dargelegt.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mitttwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Die konterrevolutionäre Bilanz des revisionistischen „friedlichen Weges zum Sozialismus": Blutige Massaker an Werktätigen in Indonesien 1965 und Chile 1973

Indonesien 1965

Bis Mitte der 60 er Jahre entwickelte sich die KP Indonesiens zur stärksten Kommunistischen Partei der kapitalistischen Welt mit 3 Millionen Mitgliedern und weiteren 15 Millionen Sympathisanten in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der Bauern. Bereits kurz nach dem 20. Parteitag der KPdSU begann sich – anknüpfend an den „friedlichen Weg zum Sozialismus" der Chruschtschow-Revisionisten – innerhalb der KP Indonsesiens die falsche Linie von den „zwei Wegen zum Sozialismus", der Möglichkeit eines „friedlichen" und eines nicht-friedlichen Weges zum Sozialismus, durchzusetzen. In der Praxis bereitete sich die KP Indonesiens fast ausschließlich auf den „friedlichen Weg" vor. Deshalb konnte sie dem faschistischen Putsch der Suharto-Clique und der reaktionären indonesischen Armee im Oktober 1965 keinen bewaffneten Widerstand entgegensetzen. Die blutige Bilanz lautete:

Gegen die Strömung Nr. 55, Juli 1991, DM 4,-

Zwischen 500 000 und einer Million Menschen wurden während des neun Monate dauernden Massenmordens brutal umgebracht. Weitere etwa 750 000 wurden verhaftet und jahrelang ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen. Etwa 100 000 Kommunistinnen und Kommunisten wurden in Internierungslager auf der Insel Buru verbannt und teilweise erst Ende der siebziger Jahre freigelassen.

Die KP Indonesien korregierte selbstkritisch ihre falsche Linie von den „zwei Wegen" in einer umfassenden, öffentlichen Selbstkritik vom September 1966, reorganisierte 1966/67 ihre Kräfte und eröffnete 1968 den bewaffneten Kampf in Zentral- und Ostjava und in Kalimantan. Später verließ sie allerdings den revolutionären Weg und schloß sich den nach dem Tode vom Mao Tse-tung 1976 in China an die Macht gekommenen konterrevolutionären revisionistischen Kräften um Deng Hsiao-ping an.

(Siehe dazu ausführlicher: ***GDS Nr. 55, „Der einzige Weg zur Befreiung ist die bewaffnete Revolution!", Juli 1991.*** Dort ist auch die Selbstkritik der KP Indonesiens auszugsweise abgedruckt.)

Chile 1973

Mit dem Sieg Allendes bei den Präsidentschaftswahlen 1970 und mit der Bildung der Regierung der „Unidad Popular", an der die revisionistische KP Chiles maßgeblich beteiligt war, feierten die modernen Revisionisten den angeblichen Sieg ihrer Theorie vom „friedlichen Weg" zum Sozialismus. Doch die Ereignisse der folgenden Jahre bis zum konterrevolutionären, faschistischen Putsch vom September 1973 zeigten die Wahrheit: Mit Hilfe der Propaganda des „friedlichen Weges" zum Sozialismus entwaffnete die revisionistische KP Chiles die Arbeiterklasse ideologisch, die Allende-Regierung wurde als „Sozialismus" verkauft, obwohl der alte reaktionäre Staatsapparat nicht zerschlagen war.

Einige Monate vor dem Putsch gab die KP Chiles die Losung: „Nein zum Bürgerkrieg!" aus. Der revisionistische Führer der KP Chiles, Corvalan, ist Jahre später noch stolz auf diese konterrevolutionäre „Leistung" und schreibt:

„Als es nach der Wahl im März feststand, daß die Reaktion die Regierung durch einen Staatsstreich stürzen wollte, brachten wir die Losung ‚Nein zum Bürgerkrieg' heraus."
(L. Corvalan, „Ausgewählte Reden und Aufsätze", Dietz Verlag 1983, S. 171)

Die revisionistische KP Chiles verbreitete in ihrem Zentralorgan zutiefst reaktionäre Losungen, schürte Illusionen in die reaktionäre Armee und Polizei, die während und nach dem Putsch die blutigen Massaker und Folterungen durchführten, wie z.B.:

„Lieber Soldat, das Volk ist mit dir!", „Es lebe die Armee und die Carabinieri!", „Carabinieri, Armee und Polizei sind das Volk selbst!"
(„El Siglo", 30. Juni 1973)

Noch am 9. Septemer 1973, zwei Tage vor dem Putsch log das Zentralorgan der KP Chiles:

„Nichts kann irgendeinen antagonistischen Widerspruch zwischen dem Volk und seiner Regierung und der Armee hervorrufen."
(„El Siglo", 9. September 1973)

Die blutige Bilanz des faschistischen Putsches in Chile gegen die ideologisch und auch materiell durch die Allende-Regierung und die revisionistische KP Chiles entwaffnete Arbeiterklasse lautet:

30 000 ermordet, 150 000 gefoltert, 1 Million aus Chile geflüchet!

Dieser Verrat der modernen Revisionisten darf nie vergessen werden!

(Siehe ausführlich dazu: ***GDS Nr. 40 „Die Revolution in Chile unterstützen!", September 1987***)

„Über den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter jammern, ihn verurteilen, fürchten – das heißt faktisch zum Reaktionär werden." (Lenin)

DKP contra LENIN

An der Haltung der DKP zu den Ereignissen in Chile vor dem Militärputsch 1973 war deutlich zu erkennen, wo die DKP ihre wirklichen Feinde sah und sieht: Sie schlagen gegen alle revolutionären Kräfte los, die sich entschlossen gegen die faschistische Gefahr und für die Vorbereitung der Revolution, für die Bewaffnung der Arbeiterinnen und Arbeiter eintraten:

„‚Gewehre, Gewehre' geifernd wollen sie in Chile den Bürgerkrieg, diese für die Massen mit den größten Opfern verbundene Scheinlösung – so wie die Rechten."
(„Unsere Zeit", Zentralorgan der DKP, 23.2.73)

„Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des ‚Elends der Philosophie' und des ‚Kommunistischen Manifests' mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte) – diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei', durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwenigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt *der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde.*"
(Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S.412, Hervorhebungen im Original)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Leserbriefe

❑ Stellungnahme und Kritik zum GDS-Flugblatt 7-8/96

"Der 20. Parteitag der KPDSU 1956"

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Ich werde heute ... auch auf eure Bitte eingehen zum Flugblatt (20. Parteitag der KPdSU) etwas zu sagen. Wobei ich schon anmerken muß, daß **ein Kritisieren im nachhinein** nicht meine überwältigende Zustimmung findet, da nicht mehr zu bewegen ist. Ich werde also an eure Bitte herangehen, als hättet ihr mir einen Entwurf dieses Flugblatt geschickt und mich in dieser Phase gebeten, etwas dazu zu sagen. Alles andere hat nichts von dem, was ihr in eurem Brief mit "kritischer Stellungnahme" beschreibt. Dann bitte ich euch, ehe ich das wieder vergesse, mir GDS Nr. 41 (Zur RAF) zu schicken, da ich keine Bewertung von euch hier habe und erst informiert werden will, ehe ich etwas dazu sage. ...

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im Begleitschreiben vom 5.8.96 teilt ihr mir mit, daß dieser Text zum 20. Parteitag das entscheidende Flugblatt in diesem Jahr ist - ideologisch gesehen. Dem kann ich nur beipflichten, nachdem ich es gelesen habe, auch, wenn es in dieser Zeit schon einigermaßen schwer fällt, überhaupt eine Arbeit als "die entscheidende" zu bezeichnen. Die Art und Weise aber, wie ihr dieses Thema angegangen seid, erfüllt den Anspruch einer solchen Bewertung.

Wie angekündigt werde ich mich mit den Inhalten eurer Arbeit auseinandersetzen und dem Aufbau und der Form weniger Beachtung schenken, obwohl ich schon anmerken will, daß es sehr leicht zu lesen ist und Ermüdungserscheinungen viel weniger auftreten, als es bei vergleichbaren Texten so häufig der Fall ist. Und das trotz der Brisanz dieses Themas, welche ja bis auf den heutigen Tag um nichts nachgelassen hat. Ich will diese Stellungnahme ausdrücklich nicht als Kritik gewertet sehen, sondern als einen Beitrag in der Debatte. Aus diesem Grund gehe ich auch theoretisch in meiner Stellungnahme von der Annahme aus, hier einen mehrheitsfähigen Entwurf vor mir zu haben und nicht das fertige Produkt.

*

Über die Bedeutung und die folgen dieses entscheidenen Durchbruchs der Ideologie und Politik des modernen Revisionismus gibt es also noch bis heute gefährliche Illusionen, schreibt ihr zu Beginn und betretet mit dieser Feststellung sicheres Terrain, denn wer würde dem schon widersprechen wollen, angesichts des Umgangs mit der Person Stalin in den Jahren nach 1944. Aber was kommt damit bei genauerer Betrachtung zum Vorschein? **Daß bis zu dem grundlegenden Einschnitt des Februar 1956 alles seinen kommunistischen Gang ging?** So würde eine Verklärung stattfinden, gestützt auf den Behauptungen, erst mit Gorbatschow sei die "eigentliche" Konterrevolution eingetreten. Wo ich schon einige Schwierigkeiten habe, in Verbindung mit jenem gesellschaftspolitischen Vorgang einer Konterrevolution den Terminus "eigentlich" zu akzeptieren.

● Keine Akzeptanz findet jedoch der anschließende Satz, daß all jene, welche diesen Standpunkt vertreten, ihn "verkünden", in Wirklichkeit die Idee und Praxis der revolutionären Diktatur des Proletariates und der sozialistischen Demokratie mit Füßen treten würden. Wie, denkt ihr denn, wirkt ein solches Verdikt auf die Menschen, welche aufgrund der gezielten Vorenthaltung wahrheitsgemäßer Berichterstattung durch die staatshörigen Medien niemals in die Lage versetzt waren, über Hintergründe anhand von Analysen zu diskutieren? Anstelle eines unqualifizierten, weil pauschalen Beschimpfens jener Menschen, deren theoretische Grundlagen nicht den euren entsprechen sollte ein Aufklären dieser Menschen treten.

So werden jedoch die Leser eurer Arbeit schon im Entree verprellt und aversiv auf den gesamten kommenden Text eingestellt. Ich behaupte mal, daß nicht wenige gleich nach diesem Einstand die Arbeit, wenn nicht weglegten, so doch mit Distanz weiterlasen. Ihr hättet, bei Auslassung dieser Formulierung nicht von der Schärfe des Themas eingebüßt, aber 'ne Menge an offenen Herzen vorgefunden. Für ein Referat auf einem Parteilehrjahr wäre so was von Nutzen, aber in diesem Papier angewendet schadet es.

● Auch das kurze Eingehen darauf, daß dieser konterrevolutionäre Machtwechsel gut vorbereitet gewesen sei und nur wenig Zeit erfordert haben würde, läßt beim Leser und bei der Leserin die Frage überhaupt offen: Wie ist das möglich? Über die Jahrzehnte waren diese Konterrevolutionäre um Chruschtschow und Breschnew also Träger der

kommunistischen Idee und Verfechter des Aufbaus des Kommunismus in der ganzen Welt und im Februar, 3 Jahre nach Stalins Tod präsentieren sich diese Genossen der Welt als der Ausbund des Widerwärtigen? Ihr laßt die Menschen in ihren Überlegungen allein und setzt noch einen drauf, mit dem Hinweis auf die Gefangennahme der Teile der GenossInnen, die am Kommunismus festgehalten haben und deren teilweise Ermordung im Gegensatz zu den umfassenden Freilassungen von ehemaligen Konterrevolutionären standen.

Natürlich gelang es den Verrätern um Chruschtschow die revisionistische Linie zu verankern, denn sie nutzen für ihre Manöver jene Führungsstärke Stalins, die sie für sich in den Jahren bis zum 20. Parteitag Anspruch nahmen. Die Hinweise, daß auf Seiten der Leute um Chruschtschow die Restauration der kapitalistischen Gesellschaft in der Sowjetunion davon abhängig gemacht worden sei, von der äußerst geschickten Tarnung gegenüber der geschulten Arbeiterklasse geht zu weiten Teilen an den Tatsachen vorbei. Sie haben es einfach g e t a n ! Wenn die lehrreichen Erfahrungen der Menschen über die von euch beschriebenen Jahrzehnte unter Führung von Lenin und Stalin derart tief verwurzelt gewesen wären, dann bestände für die Verräter niemals die Möglichkeit, einen solchen Weg zu gehen. ihr stellt euch in einen direkten Widerspruch zu dem eigenen Text.

Zu beleuchten, was Trotzki und Bucharin, aber auch viele andere GenossInnen dazu bewegt haben mag, von den richtigen Theorien der Umsetzung des Kommunismus eines Lenin und Stalin abzugehen, d a s ist notwendig den Menschen gegenüber in klaren Worten vorzuführen.

In den Köpfen der Menschen, auch in denen jener, welche sich als Linke, ja sogar als revolutionäre Linke betrachten, spuken Rezeptionen herum, die zusammengefaßt zum Ausdruck bringen, daß nach Lenin oder sogar schon während der theoretischen Arbeiten Lenins, die Theorie als grundlegendes Moment aller revolutionären Bewegung zum reinen Instrument, zum ideologischen Instrument einer festen Legitimierung der Macht, als Ding an sich zu einer Art Selbstverständnis degenerierten. Auf Stalin bezogen bedeutet das, daß in den Augen der Vielen, die sich doch theoretisch mit den Kapiteln der revolutionären Geschichte befaßt haben und versuchten an den Arbeiten zu antizipieren, ein Bild eines stalin'schen Selbstverständnisses entstand, was sich aus den sogenannten "Tatsachen" ableitete, daß die Richtigkeit und Wahrhaftigkeit eben nicht bedeutete, daß eine Dominierung des Marxismus-Leninismus im Vergleich zu "anderen" Denkrichtungen notwendig wäre. Und dieses verquere Bild zu zerschlagen bedeutet mir viel mehr, als über die gefährlichen Illusionen zu reden, denn die wirkliche Gefahr liegt auch heute noch weit ab von den "Illusionen" auf dem Gebiet der Pseudowissenschaftlichkeit der erarbeiteten Thesen dieser "Linken".

Eines der irrsten Beispiele lieferte ein Professor neulich anläßlich eines Streitgesprächs mit einer Freundin in der Humboldt-Uni zum Thema der Neuentwicklung der Politikwissenschaften, als er meinte anmerken zu müssen: daß es die marxistische Staatstheorie ja gar nicht gab, und daß weder bei Kautsky(!) noch bei Lenin der Fehler gewesen sei, weil sich, und hier insbesondere die Bolschwiki und Lenin, überhaupt keine Gedanken gemacht hätten über die institutionelle Strategie des Kapitals. D a s sind die gefährlichen Illusionen, die wir zu denunzieren haben, denn dieser Professor ist ein frenetisch gefeierter Lehrer des "Kommunismus", der Marx als seinen großen Lehrmeister bezeichnet: Agnoli! Im Auditorium kamen bei den zahlreich erschienen Menschen, von denen wir annehmen können, daß sie ebenfalls zu den "Linken" gehörten, Gelächter und Amusement auf, aber keine dialektische Kritik.

Lenin, und in seiner umsetzenden Fortführung Stalin, wären also den Weg gegangen, den Marx niemals gegangen sei, indem sie zum Ausdruck brachten: Das Kapital ist scheiße und der Staat sei ein Repressionsorgan des Kapitals und damit hatten sie sich dann begnügt.

Wenn das alles nicht so ätzend wäre, würde ich sicher gemeinsam mit euch loslachen, - aber dazu fehlt wirklich jeder Grund. Die GenossInnen um Lenin und gerade auch Stalin selber, - das will ich ausdrücklich betonen, denn niemand in der Geschichte der Arbeiterklasse ist mir bekannt, der die Lehren und Theorien von Lenin derart plastisch in der Lage war, den Menschen im Lande klarzumachen, worum es in diesem historischen umsetzen des Konzepts der Diktatur des Proletariates gehen würde, - haben nie den Staat als solchen zum puren Herde des Kampfes der Klassen genommen.

Das ist nicht mehr dümmliches Dahergerede, sondern gezielte Pointierung, mit dem Ziel, den Menschen die schon halb geschlossenen Augen und Ohren vollständig zu verschließen. So empfehlen sich diese maßgeblichen Linken als jene Vollstrekker dessen, was ihr sehr gut und bündig unter den 3 Flaggen zur Revision der Wortführer einer vollendeten Abkehr von Lenin und Stalin, von Marx und den Menschen an sich beschreibt.

Bringen wir diese Gedanken der Revisionisten der Gegenwart auf den Punkt, und das sollten wir

tun, denn es erzeugt auch Spielräume für unsere Aktionen, um dort hineinzuschlagen, dann stehen wir gemeinsam vor der "Tatsache", daß die eigentliche Folge all jener Errichtung des Kommunismus auf dem Gebiet eines Sechstels der Erde in Wahrheit das absolute Fehlen von Gedanken zur Politik an sich war.

Eine erstaunliche Erläuterung gesellschaftlicher Prozesse in der Sowjetunion sollte mensch meinen? Aber genau das schwirrt total verfestigt in den Köpfen der Menschen draußen rum, Ihr Lieben. Die GenossInnen um Lenin und Stalin haben sich demnach also förmlich genötigt gesehen, da sie sich ja keine Gedanken über die Politik gemacht hatten, ein solches System zu errichten. Im Prinzip hatte also keiner eine Ahnung davon und gemeinsam wären sie dann infolgedessen auch sprachlos gewesen. Irgendwann sterbe der Staat mal ab und irgendwo sei er ja auch ein Instrument der Klassenherrschaft. Und das war's dann. Daraus entwickelte sich eben eine Art genetischer Defekt, der früher oder später zur allgemeinen Niederlage allen Sozialismus zu führen habe. Und der 20. Parteitag ist in den Augen der "Linken" somit nur folgerichtige Fortführung der nicht vorhandenen gedanklichen theoretischen Ausarbeitung Lenins und Stalins. Das stützt wie nichts anderes ein erfolgreiches und effektives sich entwickeln imperialistischer Hegemonie, GenossInnen, weil es wie ein anpassungsfähiger Virus in den Köpfen derer Platz greift, die es aufgrund ihrer Erfahrungen, die auch Ihr in eurem Text in Bezug auf die Lehren Lenins und Stalins anführt, besser wissen müßten.

So wichtig es dann auch sein mag, festzustellen, daß die Gesetzmäßigkeit des Imperialismus des Imperialismus in Gestalt des Opportunismus und des Revisionismus auf die revolutionäre Bewegung einwirken würde, so richtig ist es auch, daß allein durch vermitteln wahrhaftiger Theorie die psychologischen Momente, welche verheerend in den Köpfen der Menschen sind, kein maßgebliches Gegenüber haben.

Und den Revisionisten um Chruschtschow ging es einzig und allein um die Sicherung der Macht, die in diesem Falle, und das sollten wir nicht außer acht lassen, mit dem existenziellen am-lebenbleiben der gesamten Clique auf's engste verbunden war! So sehe ich es etwas differenzierter, als ihr es mit der Bemerkung umreißt, daß es ihnen um eine Atmosphäre der Diffamierungen als Triebkraft ging. Wohl war das ein Abfallprodukt, aber der Hintergrund war, ums deutlich zu machen, die volle Hose vor den erwarteten Reaktionen, der durch Lenin und Stalin aufgeklärten Menschen. Es ging ums Leben, liebe GenossInnen. Die Gier nach allem, was sie der kommunistischen "Sachzwänge" abgeworfen hätten, korrespondierte so unheimlich real mit der Aussicht von den Sicherheitsorganen, den Menschen also selbst atomisiert zu werden. Daß hierbei die Gier überwog ist mit Marx zu erklären, hat aber keine Ursache in dem, was von den angstweißbehafteten Verrätern postuliert worden ist. Aus diesem Nichtverhalten eines doch klug aufgebauten und wohlweislich mit enormer Kraft und Stärke ausgestatteten Sicherheitsapparates sind die Schwächen abzulesen, sind diese Schwächen zu analysieren, sind die Schlußfolgerungen zu ziehen, welche ein Wiederholen beim Aufbau des Kommunismus unmöglich machen.

● Wenn wir uns nun mit den Vorgängen beschäftigen, die uns in diese Situation katapultiert haben, in der wir nun mal stecken, dann sollten wir auch nicht die Einschränkung in den Bewertungen zulassen, die Abkehr von den Ideen des Kommunismus und die eigentliche Zerstörung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, erfolgten auf eben diesen 20. Parteitag der KPDSU vom Februar 1956. Zu viel der 'Ehre' für die dort agierenden Schweine

Die revolutionäre Substanz der Partei war vernichtet, lange bevor Chruschtschow seine Geheimrede gehalten hat.

Allein die Präsenz eines Genossen wie Stalin und die feste Verbundenheit in den Zielen des Kommunismus durch die wichtigsten GenossInnen dieser Sowjetunion verhinderten einen frühzeitigeren Ausbruch des in den Verrätern angelegten Revisionismus. Dadurch, daß die Personifizierung der richtigen Seite im Kampf allen Versuchen an der Sache des Kommunismus schon aufgrund dieser Personalität entgegenstand, warteten die Verräter auf den Tod des Lehrers.

Beispiele in der Geschichte früherer sozialer Bewegungen gabs zur Genüge und die Zeit war auf Seiten der Leute um Chruschtschow, da ein vergleichbares Pendant nach Stalin nicht gefunden werden konnte. Es war das Vakuum, auf sich die Schweine minutiös vorbereitet hatten und die Angst um das eigene Leben, die sie noch 3 Jahre warten ließen, bis sie sich vor dem Schlag der Arbeiter annähernd sich sein konnten.

● **Die Verantwortung lag darum auch nicht bei Chruschtschow, das wäre zu einfach und unserer nicht würdig. Die Verantwortung lag bei den führenden GenossInnen zur Zeit nach der Beendigung des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus und in der Zeit des beginnenden kalten Krieges. Sie liegt heute bei uns.**

Wir stehen heute in der Situation, unterstellt zu bekommen, daß wir entgegengesetzt zu dem, was Lenin meinte, als er den Revisionismus und das Renegatentum beschrieb, nur am Antistalinismus als der Ursache für den Niedergang des Sozialismus, als alleinige Revision anerkennen würden. Das wäre ja gleichbedeutend mit der Negation der Geschichte, kann aber von der Hand gewischt werden und ist somit schädlich.

Würde ein solches Denken doch denken in den Strukturen unserer erbittertsten Feind sein, ja, Lenin aufgrund seiner Bearbeitungen der Marx'schen Theorie selbst einen Revisionisten nennen. Wir würden eine Legende bilden, die besagen würde, daß Lenin eben Marx' Theorie nicht auf schöpferische Art und Weise entwickelt habe, weil er sonst selber zu dem werden würde, was er Bernstein und Kautsky zu recht vorwarf, nämlich Renegaten zu sein.

Überdenkt mal die Debatten welche seit Jahren dorthin geht. Ein Projizieren findet statt, von dem was Inhalt und Ziel der Revisionisten ist: Die Zerstörung der kommunistischen Idee und allem, was mit dieser Idee für die Menschen dieser Erde verbunden war, auf uns als die wirklichen Gegner dieser Intentionen, in der Verwirklichung der kommunistischen Sache liegen demnach die Ursachen ihrer Niederlage begründet.

Heute wird nur noch daran gebastelt die Gesetzmäßigkeit solcher blödsinnigen Theorien "nachzuweisen". Aber was, frage ich euch, ist denn mit den Mitteln der umfassenden Sensibilisierung weiter Teile der Bevölkerung nicht mehr nachzuweisen?

Wir haben also vorerst den Prozeß dieser Weiterentwicklung zu bremsen, um ihn dann zu stoppen. Und hierfür geht euer Text hart an die Grenze des heute verantwortbaren. Und das meine ich positiv, damit da kein falscher Zungenschlag reinkommt. Es ist mir aufgefallen, daß ihr bei aller gebotenen Schärfe das Ziel niemals aus den Augen verliert, was gerade bei Themen, wie den von euch beschriebenen nicht mal ernsthaft zu tadeln wäre. Auch erfüllt ihr, wahrscheinlich unbewußt, mit dieser Form der Umsetzung einen meiner wirklichen Herzenswünsche nach mehr Polemik im Umgang mit grundsätzlichen Themen, denn sie ist in gewissen Zeiten wie ein Kitt, der die Menschen an die Lektüre fesselt, welche sie sonst eher wenig interessant finden. Darum auch meine Anmerkungen zu Anfang dieser Stellungnahme.

*

Ganz hervorragend finde ich unter anderem das Kästchen zum **Personenkult,** wobei ich nur hoffe, daß es Eingang findet in die Köpfe. Wichtig genug wäre es. Einiges erinnert mich an die Briefe Lenins an Gorki und ich kann mich gegen das aufkommende Lächeln beim Leser der Zeilen sowohl dort, als auch in eurem Text manchmal wirklich nicht wehren.

Sehr wichtig und gut umschrieben ist das Kapitel um den Trick mit den **staatlichen Eigentum.** Wunderbar!

Ganz besonders gelungen finde ich den Bezug auf die Formen und Hüllen, denen ihr nicht auszuweichen versucht, da hier auch einer der schwierigen Anschlußpunkte in der Diskussion innerhalb meines Zusammenhangs zu finden ist, was die Position des vertretens einer revolutionären Gegenmacht von unten angeht und die Einlassungen der Reformsüchtigen auf Seiten der Vertreter von "sozialer" Gegenmacht, welche ja nix anderes bedeutet, als das Fortschreiben eines modifizierten Status quo. Nun gut, da rede ich mal nicht weiter drüber, denn ihr kennt ja die Auswirkungen für den Transport dieses Briefes, wenn ihr an das letzte Urteil gegen Ursel wegen § 129a denkt. Ich wollte nur versuchen zu verdeutlichen, daß ihr mit eurer Arbeit an der Praxis überprüft vorgegangen seit, was ja beileibe nicht die Regel in den letztjährigen Debatten ist. Euch dem Vorwurf auszusetzen, ihr theoretisiertet im politischen luftleeren Raum, da nicht an der Praxis überprüfbar, geht an den Tatsachen reichlich vorbei. Und ich denke mal, daß ihr 'ne Menge in dieser Richtung zu hören bekommen werdet. Hier weise ich besonders auf die Abschnitte auf S. 3 hin, die zur Diktatur des Proletariats, dem Primat der Politik gegenüber der Ökonomie (wird reichlich für Unruhe bei den "Neoliberalisten" sorgen, die gemeint haben, endlich mal einen Haufen Steine aller nur möglichen Weisen gefunden zu haben und doch nix weiter sind, als Verfechter jener schwachsinnigen Theorie. Schon allein das Entwickeln des Kapitals hin zu energischerer Versklavung seiner Menschen wäre das Ziel staatspolitischer Theorie. Bernsteins Bewegungsdreck in Reinkultur ist das.) der revolutionären Politik und der Änderung des gesamten Charakters der Staatsmacht Stellung nehmen.

...

Alles in allem ist eure Arbeit nicht nur ein wichtiger Beitrag für die Herausarbeitung und Weiterentwicklung gefestigter politischer Strukturen in den Köpfen der Menschen, sie geht meiner Meinung nach weit darüber hinaus und zwar in dem Sinne, daß sich ohne größere Anschlußprobleme auch weniger, oder gar ungeschulte Menschen darin finden können. Um so trauriger ist dieser fehler-

hafte Einstieg zu Beginn eures Textes. Weiter wäre es sinnvoll solche Texte aus diesem Format zu nehmen und DIN A-5 ins Auge zu fassen.

Liebe Grüße und tschüß

Eine erste Antwort auf die Stellungnahme und Kritik

17. Sept. 1996

Lieber Genosse,

da der Genosse ... im Moment unterwegs ist und es etwas dauert bis er Dir schreiben wird, möchte ich heute schreiben. ...

1.) ***"Ich will diese Stellungnahme ausdrücklich nicht als Kritik gewertet sehen"***

Wozu diese falsche Diplomatie? Das ist eine - nicht von Dir erfundene -Krankheit. Du hast Kritiken, einige finde ich sehr wichtig. Hast Du Angst daß wir beleidigt sind? Also meine erste Kritik an Dir sind diese "Samthandschuhe". Kritisiere uns bitte weiterhin - so klar und heftig wie möglich und nötig. Der Abschnitt "Die Methode" in Stalins "Über die Grundlagen des Leninismus" ist unsere Basis. Hast Du diese Schrift?

Ich meine die Passage über Kritik und Selbstkritik und die treffende Charakterisierung der Opportunisten, die gerade vor beweiskräftigen Kritik und Selbstkritik fürchterliche Angst haben.

Gerade daß Du uns kritisierst und dazu noch an wichtigen und wesentlichen Punkten - das macht Dich sympathisch und darum schreibe ich Dir. Und darum kritisiere ich auch Dich, wie sollte ich Dich sonst kennenlernen?

2.) ***"Daß ein kritisieren im Nachhinein nicht meine Überwältigende Zustimmung findet, da nichts mehr zu bewegen ist"***, schreibst Du.

Hast Du diese Erfahrung gemacht? Das ist schlimm. Für uns gilt, daß wir öffentlich unsere Fehler diskutieren und zugeben. Wir werden Auszüge aus Deinem Brief - wenn Du einverstanden bist - veröffentlichen, selbstkritisches Anmerken, einiges auch an Dir kritisieren und vor allem werden wir bei der erneuten Herausgabe des Flugblattes im Rahmen der zweijährlichen Sammelbände unsere Fehler voranstellen.

Noch wichtiger aber ist, daß Du bei uns allen sehr wohl etwas bewirkst, wir werden in Zukunft besser und richtiger zu den kritisierten Fragen Stellungnahmen.

Gerne nehmen wir zudem Deine Anregung an, wenn es die Umstände Deiner Situation zulassen, in Zukunft auch Entwürfe zu senden.

3.) Nun zu Deinen Kritikpunkten, die ich richtig finde und unterstützen werde.

A) Ohne jetzt überprüfen zu können, ob unser Genosse Recht oder Unrecht hat, und ohne zu wissen, ob er Dich nur "prüfen" wollte, was Du zu den Renegaten denkst (Wir erhalten viel Post von Leuten, die unseren demokratischen Kampf gut finden, aber in Bezug auf den wissenschaftlichen Kommunismus haarsträubende Positionen haben), möchte ich unterstreichen, daß an die "Verräter" und Renegaten wissenschaftlich herangegangen werden muß, wie Du sehr richtig unterstreichst.

Der Kurze Lehrgang hat sehr genau die Änderungen im Leben Trotzkis registriert, im Sammelband "Über die Opposition" von Stalin wird sehr genau der historische Zusammenhang erläutert, warum Leute wie er, wie Sinowjew und Bucharin als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und Strömungen zu Renegaten wurden und so weiter. Und es ist wichtig, daß Chruschtschow materiell und ideologisch diesen "Block der Rechten" als Basis hatte und nicht zufällig deren Rehabilitierung ideologisch und praktisch betrieb.

B) Du kritisierst zu recht, daß wir in der Einleitung eine ganze große Gruppe von Menschen pauschal beschimpfen. In der Tat gibt es zwei Kategorien von Menschen, die im revisionistischen Sumpf groß geworden sind. Der einen Kategorie gegenüber ist unsere These "mit den Füßen treten" berechtigt, der anderen Kategorie gegenüber unfair und schädlich.

Ich finde, da hast Du eindeutig recht.

Der Hintergrund unseres Fehlers ist, daß wir fest entschlossen sind, uns nicht durch alte Revisionisten "umarmen zu lassen", die nun auf einmal ihre Sympathie zu Stalin bekunden, aber Jahre oder Jahrzehntelang in der Praxis konterrevolutionären Revisionismus betrieben haben. Das ist gewiß die Hauptgefahr. Aber dieser Aspekt darf nicht verabsolutiert werden, denn einigen ging eben erst durch

Gorbatschow auf, was Revisionismus bedeutet und wir werden sehen und müssen prüfen, ob sie nicht die Bereitschaft entwickeln, tiefer zu gehen und selbstkritisch ihr Leben und ihre Tätigkeit zu überprüfen.

Ich hoffe, daß Deine Kritik bei uns Wirkung hinterläßt.

C) Noch viel wichtiger allerdings finde ich Deine Kritik, daß die Darstellung des XX: Parteitags im Verhältnis zu den revisionistischen Entwicklungen andere Parteien, vor allem der SED zu oberflächlich und einseitig, ja falsch ist. In der Tat wußte Chruschtschow um seine "Basis" in anderen Kommunistischen Parteien, deren leitende Genossen schon seit Jahren immer wieder rechtsopportunistische Offensiven gestartet hatten. Es gilt die Wechselwirkung zu beschreiben und zu analysieren.

4.) Fragen und Anmerkungen

Ich habe auch noch eine kleine Bemerkung, eine Bitte.

Es wäre für mich /uns einfacher, wenn Du Deine Briefe klarer gliedern könntest, also Zwischenüberschriften zu jedem Thema.

Außerdem - vielleicht ist das mein Problem - habe ich mit der Sprache bei Dir in einigen Passagen große Probleme: ich verstehe einfach nicht, etwa in einer Passage über das "Kapital" von Marx, was Du sagen willst. So geht es mir auch öfters bei Texten der "Anti.Imps". Das ist zum Teil bestimmt ein Problem unterschiedlicher Generationen. Aber ich denke, daß Stil und Form von Marx, Engels, Lenin und Stalin immer noch unerreichbares Vorbild für uns sein sollten. An deren Klarheit und Schärfe in der Formulierung sollten wir uns orientieren. Sei bitte nicht böse, daß ich auch eine solche "Kleinigkeit" anschneide, ich weiß natürlich auch, daß der Inhalt wichtiger ist als die Form, aber die Form wird dann wichtig, wenn der Inhalt so "zerfließt", daß man nicht genau den Inhalt versteht.

Nun, wir nähern uns ja ganz vorsichtig einander und Du wirst wissen, daß es nichts mit Deiner Person zu tun hat, sondern ein bewährtes Prinzip ist, daß man "bevor man sich vereinigt, man sich voneinander abgrenzt", daß man auf "Herz und Nieren" prüft und sogar, wie Lenin sagt ein "peinliches Verhör" ins Auge fassen muß, will ein noch nicht bekannter Genosse näher rücken.

Unsere Umstände erlauben dies nicht in der von uns beiden gewünschten Form. Aber wir werden Formen finden, uns dennoch gegenseitig abzuklopfen, so wie es sein muß.

Mich interessiert in diesem Zusammenhang ausdrücklich, ob Du mit der Einschätzung von uns über konterrevolutionäre Aspekte des Revisionismus, CSSR 1968, Afghanistan, Eritrea übereinstimmst. Es war für mich auffällig, daß Du darüber nichts Zustimmendes geschrieben hast.

Was ist Deine Meinung?

Und noch eine für mich wichtige Frage, die mit der deutschen Geschichte eng zusammenhängt: Wie siehst Du den Zusammenhang zwischen Breschnew-Revisionismus und Antisemitismus, in Form der Zionismusbekämpfung verkleidet?

Und als letztes: Auch wenn es nur aus dem Gedächtnis geht, sei so gut und gib nach Möglichkeit an, auf welche Quellen Du Dich stützt, ob Du bestimmte Informationen selbst schwarz auf weiß gelesen hast oder nur vom Hörensagen kennst. Hilf uns so gut wie möglich dadurch Orginalquellen ausfindig zu machen, je genauer die Erinnerung oder die Hinweise sind, um so leichter ist es für uns.

...

Soweit für heute, alles Gute und KRITISIERE weiter, wir versprechen, daß es kein einseitiger Prozeß werden wird.

Wie ist Deine Meinung zu unseren Stellungnahmen über die Bombardierung von Dresden, zu Buchenwald und den Widerstand in den Kz's und Vernichtungslagern?

ROT FRONT

Das „Manifest von Aguas Blancas" des Ejército Popular Revolucionario

Mehr als 5000 Mitglieder des **„Frente Amplio para la Construcción del Movimiento para la Liberación Nacional"** (Breite Front zum Aufbau der Bewegung zur Nationalen Befreiung) versammelten sich am 28.06.1996 zu einer Protestdemonstration in Aguas Blancas im Bundesstaat Guerrero, also genau an dem Ort, wo vor einem Jahr 17 Bauern der **Organización Campesina de la Sierra del Sur** von der mexikanischen Polizei niedergemetzelt wurden.

Als der Protestmarsch in Aguas Blancas fast schon zu Ende war, stiegen mehr als 100 bewaffnete Männer und Frauen des **Ejército Popular Revolucionario** (Revolutionäre Volksarmee) aus den umliegenden Bergen zum Kundgebungsort hinunter. Ein Mitglied des EPR stieg auf das Podest und sagte:

> **„Compañeros und Compañeras! Wir sind Kämpferinnen und Kämpfer des Ejército Popular Revolucionario. Wir sind hier, weil wir unseren Compañeros, die am 28. Juni 1995 bei dem Massaker, das hier an diesem Ort stattgefunden hat, die letzte Ehre erweisen wollen. Wir haben ein ganz einfaches Gesteck aus Blumen, wie sie hier auf dem Land wachsen, mitgebracht. Es ist ein Gesteck aus Blumen, die mitangesehen haben, wie unsere Compañeros gestorben sind, Compañeros, die Tag für Tag schuften mußten. Diese Blumen haben mitangesehen, wie unsere Compañeros gestorben sind, als sie für die gerechten Forderungen nach Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit kämpften. Es sind diese einfachen Blumen, die Zeugen der feigen Morde wurden, die hier an diesem Ort verbrochen wurden und deren wir heute hier gedenken."**

Dann verlas einer der Kämpfer des EPR das **„Manifest von Aguas Blancas"** zuerst auf Spanisch und dann auf Nahuatl:

An das Volk von Mexiko,

an das Volk von Guerrero,

an die Völker der Welt,

Heute, am 28. Juni, ein Jahr nach dem Massaker von Aguas Blancas, das von den Repressionsorganen der Oligarchie und der volksfeindlichen Regierung an 17 wehrlosen Bauern in der Sierra von Guerrero verbrochen wurde, hat sich die Situation nicht geändert. Die Repression, die Verfolgung, die Verhaftungen, die Morde, die Massaker, die Folterungen, das „Verschwindenlassen" gehen weiter. Das ist die Politik der Regierung. Eine ähnliche Situation hat damals, 1967 und 1968, die Comandantes Lucio Cabañas Barrientos und Genaro Vázquez Rojas dazu bewogen, die Waffe in die Hand zu nehmen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Diese ganze Erfahrung, die ungerechte momentane Situation und der revolutionäre Geist, der sie getrieben hat, sind auch heute wieder ein Ansporn für den Kampf des mexikanischen Volkes.

In allen Teilen Mexikos schließen sich immer mehr Menschen dem Kampf für soziale Gerechtigkeit an. Immer mehr Menschen sind nicht mehr bereit, angesichts der ungerechten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage im Land die Hände in den Schoß zu legen und zuzuschauen. Wir wollen nicht mehr unbewaffnet darauf warten, daß Repression und Mord uns ungestraft unser Leben nehmen.

In Mexiko gibt es keinen Staat des Rechts! Die politische Verfassung unseres Landes besteht faktisch nur auf dem Papier. Täglich werden die Bürgerrechte verletzt, das Volk hat keinen Einfluß auf die politischen und ökonomischen Entscheidungen, die ganze Macht ist in den Händen der mexikanischen Zentralregierung konzentriert, die sich alle anderen Machtorgane der Vereinigten Staaten von Mexiko unterordnet und die Souveränität der Bundesstaaten nicht respektiert. Die momentane Regierungsmacht hat den souveränen Willen des Volkes widerrechtlich an sich gerissen. Es ist eine illegale und illegitime Regierung, die sich hauptsächlich durch die Waffen der Militär- und Polizeiverbände an der Macht hält.

Gegen die institutionalisierte Gewalt ist der bewaffnete Kampf ein legitimes und notwendiges Mittel des Volkes zur Restituierung des Willens der Bevölkerung und des Staates des Rechts.

Wir sind hervorgegangen aus der Trauer der Witwen und Waisen, der Trauer über einen „Verschwundenen", der einem nahestand, dem Schmerz der Gefolterten, der Wut der zu Unrecht im Gefängnis Eingesperrten, der Unsicherheit der aus politischen und sozialen Motiven Verfolgten. Wir sind hervorgegangen aus der sozialen Lage, die täglich mit ihrer Repression, ihrem Elend, ihrem Hunger, ihren Krankheiten mordet, wir sind hervorgegangen aus den Straßenkindern, um die sich keiner kümmert. Wir sind ein Teil der Tausenden von Mexikanern, die die Straßen und Berge, die Dörfer und Städte durchqueren und das Bewußtsein schaffen, daß ein neues Mexiko geschaffen werden muß. Ein Mexiko der Menschen, die mit ihrem Schweiß die mexikanischen und ausländischen Felder bewässern, die mit ihrer Kraft die Maschinen und Fabriken in Bewegung setzen, die Tag für Tag auf den Straßen der Großstädte ums Überleben kämpfen, ein Mexiko der Menschen, die in den Lehranstalten das Samenkorn

Ein Kämpfer des EPR verliest das „Manifest von Aguas Blancas"

der Erkenntnis aussähen und empfangen, die sich in irgendeinem Haus zu Tisch setzen und mit ihnen die Unzufriedenheit über das fehlende Brot und die fehlende Arbeit, ein Mexiko der vergessenen Völker.

Die Vernunft und die Gerechtigkeit sind auf unserer Seite. Deshalb haben wir als Mexikanerinnen und Mexikaner, die mit dieser Realität nicht einverstanden sind und denen die Regierung keinen andern Weg läßt, uns entschlossen, statt unsere Arbeitswerkzeuge nun die Waffen der Befreiung zu ergreifen. Diese Waffen werden kämpfen und einen Beitrag leisten zum Sturz des Großkapitals und der volksfeindlichen Regierung. Angesichts der ungerechten Lebens- und Arbeitsbedingungen haben wir heute den Entschluß gefaßt, organisiert zu kämpfen, um einen Beitrag zu leisten zur revolutionär-demokratischen Umgestaltung unseres Landes und auf Grundlage der Bewußtheit und Freiwilligkeit haben wir ein weiteres Kampfinstrument geschmiedet: den Ejército Popular Revolucionario.

Der Ejército Popular Revolucionario besteht aus Männern und Frauen von den verschiedensten Teilen der ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung. Diese Männer und Frauen haben die Notwendigkeit der Organisierung gegen die reaktionäre Gewalt der Ausbeuter und Unterdrücker begriffen, die seit Jahrzehnten versuchen, den Kampf des mexikanischen Volkes für seine legitimen Ziele im Blut zu ersticken. Dadurch ist der Ejército Popular Revolucionario im wesentlichen eine Volksarmee, denn in dieser Armee sind Männer und Frauen des einfachen Volkes.

Unsere Armee kämpft auch für eine tiefgreifende Umgestaltung der Gesellschaft durch den bewaffneten Weg der Revolution. Dieser Weg ist eine weitere Kampfform des Volkes für die Verteidigung seiner Interessen und für die Erkämpfung seiner Ziele.

Der Ejército Popular Revolucionario ist eine der Kampfabteilungen des Volkes. Wir wollen uns einreihen in jene emanzipatorischen und kämpferischen ruhmreichen Kämpfe, die unser Volk im Laufe seiner Geschichte gegen Ausbeutung, Unrecht und Unterdrückung geführt hat und deren heutiger Ausdruck der Kampf für die demokratisch-revolutionäre Umgestaltung des Landes ist. Diesen Kampf führt das Volk gegen die repressive Politik eines Staates, der militärisch und wirtschaftlich vom Imperialismus unterstützt und finanziert wird, der vor nichts zurückschreckt, um das mexikanische Volk zu unterdrücken, zu massakrieren und weiter zu unterjochen.

Wir sind das Ergebnis der Entschlossenheit, gegen die demagogische Politik der volksfeindlichen Regierung zu kämpfen, die sich zur Verteidigung der Interessen der Finanz- und Kapitalistenelite und der internationalen Interessen in Mexiko immer geweigert hat, die Forderungen nach Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie des Volkes einzulösen, und die gezeigt hat, daß sie niemals auf diese Forderungen eingehen wird. Deshalb haben wir den Entschluß gefaßt, diese Forderungen mit der Kraft der Vernunft und der Waffen zu erkämpfen.

An die Teilnehmer der Veranstaltungen anläßlich des Ersten Jahrestages des Massakers von Aguas Blancas, organisiert von der Organización Campesina de la Sierra del Sur (OCSS), der Unión de Organizaciones de la Sierra del Sur (UOSS) und des Frente Amplio para la Construcción del Movimento para la Liberación Nacional (FACMLN):

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir, die Genossinnen und Genossen von „Gegen die Strömung" - Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands, senden Euch herzliche und internationalistische Grüße.

Leider können wir nicht zu den Veranstaltungen kommen, die heute in Mexiko durchgeführt werden. 8000 Kilometer trennen uns, aber das ist nicht weit genug um zu verhindern, daß wir mit ganzem Herzen bei Euch sind, den wir haben etwas gemeinsam, über alle Grenzen und Entfernungen hinweg: den Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder, die nichts zu verlieren haben außer ihren Ketten, aber eine Welt zu gewinnen, eine Welt ohne Figueroas und ihre Henker, ohne Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Imperialisten, eine Welt, die wir nur gewinnen können durch den Krieg gegen alle Kräfte der Reaktion und des Weltimperialismus.

Das Massaker an den indigenen Bauern von Aguas Blancas, die Vertuschungsmanöver des mexikanischen Staates, die Freisprechung von Figueroa und seinen Komplizen sind ein weiterer Beweis dafür, daß das System des Kapitalismus und Imperialismus durch Lug und Betrug, durch Mord und Terror seine Macht aufrecht erhält, dafür daß es innerhalb dieses Systems keine Gerechtigkeit und Demokratie für die riesige Mehrheit der Bevölkerung, für die Arbeiter und Bauern gibt.

Der Kampf, den Ihr begonnen habt und heute führt, ist uns und allen revolutionären Kräften auf der Welt ein großer Ansporn.

¡Salud, compañeras y compañeros! **„Gegen die Strömung", 22. Juni 1996**

Deshalb kämpfen wir für:

1. den Sturz der volksfeindlichen, demokratiefeindlichen, demagogischen und illegitimen Regierung zu Diensten des nationalen und internationalen Großkapitals und der Kräfte, die sie unterstützen. Wir kämpfen für eine neue Regierung, die ihrem Wesen nach grundsätzlich anders sein wird als die heutige Regierungsmacht.

2. die Wiederherstellung der Volkssouveränität und der grundlegenden Menschenrechte. Dieses Ziel werden wir erreichen durch die Beteiligung des Volkes und die Errichtung einer demokratischen Volksrepublik, die das legitime Recht des Volkes ausübt, seine Regierungsform zu ändern oder zu modifizieren.

3. für die Einlösung der Forderungen und dringendsten Bedürfnisse des Volkes durch die notwendigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Änderungen.

4. für gerechte Beziehungen mit der Völkergemeinschaft.

5. für die Bestrafung derjenigen, die schuld sind an der politischen Unterdrückung, Repression, Korruption, an Elend und Hunger, an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die am Volk begangen worden sind.

Angesichts der eskalierenden Repression im ganzen Land ruft der Ejército Popular Revolucionario alle demokratischen, Volks-, bewaffnete und revolutionären Organisationen auf, bereit zu sein, aus ihrem Kampfabschnitt heraus auf jeden Angriff gegen das Volk eine gebührend Antwort zu geben. Wir rufen sie dazu auf, eine einzige politische Kraft zu bilden und sich dem Kampf für Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und für ein würdiges Leben anzuschließen.

Volk von Mexiko, erheben wir die Banner des Kampfes unserer Brüder und Schwestern, die von den Repressionsorganen der Regierung ermordet worden sind.

Kämpfen wir gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit, gegen Demütigung und Raub. Kämpfen wir für die Verteidigung der Würde unserer Kinder, Frauen, Brüder und Schwestern, der Arbeiter, Bauern, indigenen Bevölkerung, der Bewohner der Armenviertel, der Studenten. Kämpfen wir für die Wiederherstellung von Recht und Gesetz, für die Wiedererrichtung der Volkssouveränität.

Damit die Wut und der tiefe Schmerz nicht nur in unserer Erinnerung und in unseren Herzen bleibt. Damit der Schmerz und die Erinnerung an alle, die uns nahestanden und „verschwunden", gefoltert und massakriert wurden, die Überzeugung stärkt, mit der wir die Waffe der Befreiung ergreifen. Damit aus dem Schmerz der Kampfgeist wird, um gegen die volksfeindliche Regierung und ihre Repressionsorgane aufzustehen. Damit das Blut, das die Märtyrer unseres Mexiko vergossen haben, nicht ungestraft bleibt. Keine Massaker mehr gegen das unbewaffnete Volk, keine Verbrechen mehr ohne Bestrafung.

Unser Kampf ist gerecht und legitim. Er ist der Ausdruck des Willens des Volkes für die Wiedergewinnung Mexikos, für den Aufbau eines freien und souveränen Mexiko.

Wir rufen das ganze Volk auf, sich dem demokratisch-revolutionären Kampf für die Befreiung der Nation aus den Ketten des Großkapitals und des Unterdrückerstaates anzuschließen.

Wir rufen alle demokratischen, gewerkschaftlichen, politischen, fortschrittlichen, bewaffneten revolutionären Organisationen, alle sozialen Kämpfer, alle fortschrittlichen und demokratischen Menschen auf zur Vereinigung aller Formen des Kampfes im demokratisch-revolutionären Kampf für Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und ein würdiges Leben für alle Mexikanerinnen und Mexikaner.

Reihe Dich ein in den Ejército Popular Revolucionario!

Schafft Volksgerichte für die Aburteilung der Feinde des Volkes!

Bildet bewaffnete Selbstverteidigungsgruppen!

Antwortet auf Repression und das ungestrafte Davonkommen der Schuldigen mit der revolutionären Volksjustiz!

Mit dem Kampf des Volkes wird die Revolutionäre Volksarmee siegen!

Generalkommandatur des
Ejército Popular Revolucionario

Aguas Blancas, Bundesstaat Guerrero,
28. Juni 1996

Letzte Nachricht des FACMLN aus Mexiko vom 2. Juli 1996

Als Reaktion auf die Ereignisse in Aguas Blancas vom 28. Juni 1996 hat der mexikanische Staat die Militarisierung von Guerrero verschärft. Gehörte Guerrero ohnehin schon zu den mexikanischen Bundesstaaten mit der höchsten Militärpräsenz, so wurden in den letzten Tagen weitere 5000 Soldaten der mexikanischen Armee geschickt. Ein Klima von Terror und Repression hauptsächlich gegen die Organizacón Campesina de la Sierra del Sur (OCSS) und den Frente Amplio para la Construcción del Movimiento para la Liberación Nacional (FACMLN) wurde geschaffen. In der Erklärung des FACMLN vom 2. Juli 1996 heißt es:

Am 1. Juli wurde um 15.30 Uhr mit brutaler Gewalt der Compañero Gerardo Hurtado Arias in Tepextixtla und die Compañeros Rafael Nava und Leopoldo Martínez in Huapiolar verhaftet. Gleichzeitig haben sowohl die mexikanische Regierung als auch die Regierung von Guerrero mehrfach behauptet, der Compañero Benigno Guzmán sei Mitglied des Ejército Popular Revolucionario. Der Compañero Benigno hat in den letzten drei Tagen mehrere Morddrohungen erhalte ... Alle führenden Compañeros des FACMLN werden überwacht und schikaniert. Am 30. Juni wurden in Mexiko City Gonzalo Martínez Villagrán, Generalsekretär der Sektion IX der Lehrergewerkschaft SNTE zusammen mit Daniel Sandoval Arevalo, Mitglied des Exekutivkommities dieser Sektion, brutal zusammengeschlagen, als sie von einem Treffen des FACMLN kamen. Das gleiche passierte Ivan Elmer Calixto Lezama, Raymundo Cervantes Marín und Augustin Romero del Muro, die ebenfalls der Sektion IX angehören ...

Sofortige Freilassung aller Compañeros der OCSS!

Keine Verleumdungskampagne und Schikane gegen führende Compañeros der OCSS, besonders des Compañero Benigno Guzmán. Macht die Regierung für seine physische und moralische Unversehrtheit verantwortlich!

Keine Verleumdungskampagne und Schikane gegen die FACMLN. Macht die mexikanische Regierung für die physische und moralische Unversehrtheit der führenden Compañeros und der Compañeros an der Basis verantwortlich!

Abzug der mexikanischen Armee aus Guerrero und aus den ländlichen Gebieten Mexikos, denn dies ist eine offene Verletzung der Politischen Verfassung der Vereinigten Staaten Mexikos.

Die Wahrheit über die Ereignisse in der Sierra und der Montaña von Guerrero muß ans Tageslicht!

Unbedingte Einhaltung der mexikanischen Verfassung und der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen!

Verurteilung und Bestrafung der direkt Verantwortlichen des Massakers von Aguas Blancas und ihrer Hintermänner!

Keine willkürlichen Verhaftungen, Foltern, kein „Verschwindenlassen", keine Morde mehr in Guerrero und in ganz Mexiko!"

Folgende Dokumente zum revolutionären Kampf in Mexiko - außer des hier abgedruckten „Manifest von Aguas Blancas" - hat „Gegen die Strömung" bereits veröffentlicht: Plakat mit der Erklärung der EZLN vom Januar 1994, ein Interview mit einem Repräsentanten des „Movimiento Revolucionario de México" (GDS-Flugblatt Mai/Juni 1994) sowie die Erklärung des „Movimiento Democrático Independiente Mexicano" vom 15.3.96 zu den Besetzungen der Botschaften und Kosulate von Deutschland, Italien und Norwegen wegen des Massakers von Aguas Blancas ("Die deutsche Regierung hat sich zum Komplizen der mexikanischen Regierung und ihrer Terrorpolitik gegen das Volk gemacht!" im GDS-Flugblatt März 1996). Revolutionäre Solidarität und Kritik schließen sich nicht aus. Im Gegenteil! Wir rufen dazu auf, diese Dokumente kritisch zu studieren, zu diskutieren und Anregungen sowie Kritiken uns zukommen zu lassen. Wir werden alle Einschätzungen und Kritiken an die Genossinnen und Genossen in Mexiko weiterleiten. Zuschriften an: Buchladen G. Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main.

Grußadresse von GDS an den „Frente Amplio para la Construcción del Movimiento de Liberación Nacional“

("Breite Front zum Aufbau der Bewegung zur nationalen Befreiung")

(als Anzeige in der bürgerlichen mexikanischen Wochenzeitung "proceso" vom 29.4.96)

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit ganzen Herzen haben die Genossinnen und Genossen von *Gegen die Strömung* - der Organisation für den Aufbau der revolutionären Kommunistischen Partei in Deutschland - den revolutionären Prozeß in Mexiko, der nicht erst am 1. Januar 1994 begonnen hat und auch nicht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beendet sein wird, begrüßt und unterstützt und werden ihn weiter unterstützen. Wir haben uns bemüht, unter den revolutionären Kräften in Deutschland den 1. Aufruf der EZLN durch Plakate, Flugblätter und Anzeigen in bürgerlichen Zeitungen und kommunistischer Kräfte in Mexiko so bekannt wie möglich zu machen. Wir verfolgen mit großem Interesse auch die Diskussionen zwischen den demokratischen und revolutionären Organisationen in Mexiko und ganz besonders die konterrevolutionären Aktivitäten des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus in Mexiko, der unser Hauptfeind ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind überzeugt, daß Euer Kampf gegen die mexikanische Reaktion und die Kräfte des Weltimperialismus eine ungeheure Ermutigung für alle revolutionären Kräfte der Welt ist. Als Revolutionäre und Kommunisten unterstützen wir alle demokratischen und revolutionären Kräfte auf der Welt und versuchen, hier in Deutschland unseren Beitrag für den revolutionären Weltprozeß zu leisten.

Wir glauben daß Marx recht hatte und auch Lenin recht hatte, daß der Kapitalismus und Imperialismus ein verfaultes und verbrecherisches System ist, das sich nur durch Betrug, Terror und Massenmorde am Leben erhalten kann. Was ist die Alternative? Unserer Meinung nach der von tiefem Haß erfüllte schonungslose Krieg gegen dieses verbrecherische System. In diesem Kampf wird es viele Windungen und Wendungen, notwendige Kompromisse, Fehler, Niederlagen geben. Im Rahmen dieses Systems wird es keinen Ausweg geben.

Wir unterstützen Euren Kampf, weil wir diesen als Beitrag zum Sturz dieses Systems ansehen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Ländern, daß die unterdrückte und mißhandelte ländliche Bevölkerung, die Landarbeiterinnen und Landarbeiter, Bäuerinnen und Bauern eine wirkliche Alternative brauchen: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, vor allem in den Fabriken, aber Schritt für Schritt auch auf dem Land, die wirkliche Demokratie für die Werktätigen, die nur im Kampf entstehen kann und die schonungslose und tausendfach berechtigte Unterdrückung aller Reaktionäre und Konterrevolutionäre. Wir kämpfen in Deutschland für sozialistische Demokratie, für die Diktatur des Proletariats und für den Sieg des Kommunismus und sind sicher, daß auf lange Sicht dieser Kampf, dessen Grundform unter Ausnützung aller notwendigen Taktik und Kompromisse der bewaffnete Kampf sein muß, in jedem Land zum Sieg des Weltkommunismus führen wird.

Salud - Genossinnen und Genossen!

Gegen die Strömung

★

tas en una convención estatal, en forma libre, analítica y madura."

Por otro lado, considera el arribo de Clariond al poder y su propia aspiración como parte de la creciente participación política de la sociedad civil, incluida la del sector empresarial:

"Durante largo tiempo, el quehacer ...tico estuvo en manos de la llamada fa... revolucionaria; esa es una de las ra... del subdesarrollo político de Méxi... ro desde finales de los sesenta, la ...ha venido dando cuenta de que no ...miente dejar que el país sea gober... una élite."

...o notable en esa dirección es el ...gelio Sada Zambrano, quien ... su cargo de director de la cor... ro para dedicarse de lleno a la ...tendió contra Rizzo en las ... 1991, y analiza ahora la po... sputar la candidatura a la ... 1997, en una batalla en la ...Canales Clariond, ya está ...u el senador Mauricio ... quien incluso inició su

...a "cargada empresa... ...mín Clariond, en re... ...hicieron al goberna... ...ales más importan... ... Zambrano, Euge... ...mberto Lobo Mo... ...nates cometieron ... 988 y en 1991, ...lidatura de Car... ...spectivamente. ...sarios al can...

...s grandes in... ...o siempre, ...nás posibi... ...aso será el

...Treviño ...n Proe... ...unici... ...oli en ... para ...l se

...ja... ...e...

...se ve ...con".

...al del PRI, Oñate Labor... ...el miércoles 24 en Durango que, ...n el caso concreto de Nuevo León, el partido ha emprendido ya una renovación profunda, con la que aspiramos a estar en condiciones de competir con eficacia en la contienda del próximo año (...) En todas las elecciones democráticas y competitivas hay el riesgo de ganar y el riesgo de perder, y Nuevo León no es la excepción".

Mensaje a la primera asamblea nacional del "Frente amplio para la Construcción del Movimiento de Liberación Nacional" que tendrá lugar el 27/28 de abril de 1996 en Oaxaca

Queridas compañeras, queridos compañeros:
Con todo nuestro corazón nosotros, los compañeros y compañeras de "Gegen die Strömung" (Contra la Corriente) –Organización para la Construcción del Partido Comunista Revolucionario de Alemania–, hemos saludado y apoyado –*y seguiremos apoyando– el proceso revolucionario en México que no se inició* el primero de enero de 1994, sino antes. Hemos tratado de dar a conocer la primera declaración del EZLN y la posición de fuerzas comunistas en México entre las fuerzas revolucionarias en Alemania mediante carteles y octavillas. Con gran interés seguimos también las discusiones que se mantienen entre las organizaciones democráticas y revolucionarias en México y especialmente las actividades contrarrevolucionarias del imperialismo, revanchismo y militarismo alemanes en México que consideramos como nuestro enemigo principal.

Queridas compañeras, queridos compañeros:
Estamos convencidos de que su lucha contra la reacción mexicana y las fuerzas del imperialismo mundial significa un enorme acicate que sirve de estímulo para todas las fuerzas revolucionarias del mundo. Como revolucionarios y comunistas apoyamos todas las fuerzas democráticas y revolucionarias en el mundo y nos esforzamos por aportar nuestro granito de arena para hacer avanzar el proceso revolucionario mundial. Creemos que Marx tenía razón, creemos que Lenin tenía razón cuando dijo que el capitalismo y el imperialismo es un sistema podrido y criminal que se sostiene mediante el engaño, el terror y el homicidio. Pero ¿cuál es la alternativa? A nuestro juicio, es la guerra sin cuartel, la guerra llena de odio y rabia contra este sistema criminal. Seguro que en esta lucha habrá muchas vueltas, muchos virajes, compromisos y transacciones necesarios, errores y también derrotas. Pero dentro de ese sistema no habrá solución. Apoyamos su lucha porque la consideramos como una contribución para derrocar ese sistema. Estamos firmemente convencidos de que los obreros y obreras de todos los países, los oprimidos y maltratados del campo, los obreros agrícolas y los campesinos necesitan una verdadera alternativa: la socialización de los medios de producción, sobre todo en las fábricas, pero también paso a paso *en el campo. Necesitan una verdadera democracia para los trabajadores* que solamente puede ser forjada en la lucha. Necesitan la opresión sin tener piedad, la opresión que ya está justificada mil veces de todos los reaccionarios y contrarrevolucionarios. En Alemania luchamos por la democracia socialista, por la dictadura del proletariado y por el triunfo del comunismo. No cabe duda de que a largo plazo esta lucha cuya forma principal debe ser la lucha armada aprovechando todas las posibilidades tácticas y compromisos, llevará en cada país a la victoria del comunismo mundial.

¡Salud compañeros y compañeras!
Alemania, a principios de abril de 1996

¡PROLETARIOS DE TODOS LOS PAÍSES, UNÍOS!
¡PROLETARIOS DE TODOS LOS PAÍSES Y PUEBLOS OPRIMIDOS, UNÍOS!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Órgano para la construcción del Partido Comunista Revolucionario de Alemania

Contacto a través de:
Librería Georgi Dimitroff,
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main, Alemania. Fax: +4969730920

135

Rot Front

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Sonderdruck aus „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996

Die hier abgedruckten Thesen aus der „Rot Front" Nr. 2 (320 Seiten, 20 DM) vom Juli 1996 werden dort in umfangreichen Referaten erläutert. Sie stehen im Zusammenhang mit der Resolution über Kommunismus und Diktatur des Proletariats, der Resolution über den Proletarischen Internationalismus und der proletarischen Weltrevolution, sowie einer weiteren Resolution zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus bis 1994, die in der „Rot Front" Nr. 1 (150 Seiten, 10 DM) vom Januar 1996 abgedruckt sind.

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

1.

Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus heute muß in konsequenter Weise im Zweifrontenkampf vor allem die grundsätzliche, prinzipielle kommunistische Programmatik der sozialistischen Revolution propagiert und verteidigt werden, aber gleichzeitig die prinzipielle Seite des Kampfes untrennbar mit den genau zu beleuchtenden Besonderheiten des Kampfes gegen die Ausprägungen und Eigentümlichkeiten des deutschen Imperialismus, wie sie aus der Geschichte und durch die heutige Lage entstanden sind, verbunden werden. Die Besonderheiten des deutschen Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu entlarven, seine Autorität unter der Arbeiterklasse und der Masse der Werktätigen zu brechen, so konkret und genau wie möglich sein verbrecherisches Wesen und seine imperialistische, militaristische und revanchistische Politik, seine Politik der Faschisierung zu entlarven, all dies ist ein unverzichtbarer Teil der Aufgabe, in den ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen prinzipienfest die sozialistische Revolution vorzubereiten.

2.

Das Verständnis der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus –

- die Niederlage der Bauernkriege 1525,
- der Kontrast der deutschen Zustände zu der erfolgreichen Französischen Revolution 1789,
- die deutsch-chauvinistische geprägten "Befreiungskriege" gegen Napoleon 1812,
- die verspätete Entwicklung des deutschen Bürgertums, die Niederlage

der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848,

- die Herausbildung der deutschen Nation nach 1866 (die sogenannte "kleindeutsche Lösung") und des Deutschen Reiches als militaristische Einheit von oben und im konterrevolutionären Krieg gegen die Pariser Kommune 1871

–, das Verständnis all dieser Kernpunkte ist wesentliche Voraussetzung, um zentrale Besonderheiten der Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus auf der einen Seite, aber auch Besonderheiten des Geschichte der Masse der Werktätigen und des Kampfes der Arbeiterklasse bis hin zur heutigen Lage analysieren und für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution heute berücksichtigen zu können.

3.

Die Herausbildung des preußisch-militaristisch geprägten "junkerlich-bourgeoisen Imperialismus" nach der blutigen Niederlage Frankreichs 1870/71 erfolgte im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten mit historischer Verspätung. Der beim Kampf um Kolonien und bei der Aufteilung der Welt relativ zu kurz und zu spät gekommene deutsche Imperialismus – der bei der Durchsetzung seiner kolonialistischen Machenschaften in Afrika bereits die Methoden des Völkermordes praktizierte – betrieb die Auslösung des von beiden kriegführenden Seiten imperialistischen Ersten Weltkrieges, den er verloren hat.

4.

Die relativ starke, von Marx und Engels geprägte deutsche Arbeiterbewegung erlag in Folge der Vorherrschaft des Revisionismus und im Zusammenhang mit der Entwicklung einer relativ breiten Schicht der Arbeiteraristokratie dem chauvinistischen Taumel im Ersten Weltkrieg, die Sozialdemokratie entwickelte sich im und nach dem Ersten Weltkrieg in der Novemberrevolution zur aktiven proimperialistischen konterrevolutionären Kraft. Die sich herausbildenden revolutionären und kommunistischen Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die 1918 unter dem Einfluß der siegreichen Oktoberrevolution 1917 in Rußland die KPD gründeten, konnten die Novemberrevolution nicht siegreich zur proletarischen Revolution entwickeln. Der erfolgreiche Sturz der Monarchie in Deutschland wurde nicht der Auftakt zur sozialistischen Revolution, sondern die Novemberrevolution endete – im Blut der revolutionierten Arbeiterklasse erstickt – mit der Festigung einer konterrevolutionären bürgerlich-parlamentarischen Diktatur des deutschen Imperialismus, die sich nach der Niederschlagung aller bewaffneten Kämpfe des revolutionären Proletariats – den Kämpfen zur Schaffung der Münchener Räterepublik, der Roten Ruhrarmee und dem Hamburger Aufstand – schließlich nach 1923 relativ stabilisierte.

5.

Die deutschen Imperialisten – die fieberhaft an der Vorbereitung eines Revanchekrieges zur Neuaufteilung der Welt und zur Zerschlagung der sozialistischen Sowjetunion arbeiteten -

sahen sich einer zunehmend erstarkenden, von der KPD unter der Leitung Thälmanns zielklar und gut organisierten revolutionären Arbeiterbewegung gegenüber, so daß 1933 die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie, die nazifaschistische Diktatur des Finanzkapitals errichtet wurde. Wieder gelang es dem deutschen Imperialismus mit Hilfe der Nazi-Ideologie und des deutschen Chauvinismus – nach der weitgehenden Zerschlagung der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung –, breite Massen der Werktätigen bis in die Reihen der Arbeiterklasse für eine konterrevolutionäre, imperialistische Politik zu mobilisieren, für die Politik der Diskriminierung und der Pogrome gegen Sinti, Roma und die jüdische Bevölkerung im Inneren, für die Errichtung eines Systems der KZs und Zuchthäuser gegen die antinazistischen Kräfte, für eine Politik der imperialistischen Raubkriege und des Völkermordes. Die große Mehrheit des deutschen Volkes unterstützte die Nazi-Verbrechen gegen andere Völker, insbesondere in der Zeit der Siege Nazi-Deutschlands, machte sich mitschuldig an all seinen Verbrechen einschließlich des welthistorisch bisher einmaligen staatlich organisierten und industriell durchgeführten Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas und an den Sinti und Roma. Die Anerkennung der Mitschuld und Mitverantwortung des deutschen Volkes und der daraus folgenden Anerkennung von Reparationen in größtmöglichem Ausmaß ist ein Angelpunkt kommunistischer Politik, der prinzipiell von Marx und Engels seit Beginn der kommunistischen Bewegung festgeschrieben und von den wirklich kommunistischen Kräften nach der Befreiung Deutschland vom Nazifaschismus programmatisch fixiert wurde. Die kritische Einschätzung des in erster Linie von Kadern der KPD geführten Widerstands muß im Geist der Solidarität und Selbstkritik durchgeführt werden. Daß Deutschland von den alliierten Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt werden mußte, daß keinerlei realistische Chance auf einen Aufstand innerhalb Deutschlands existierte, um das Nazi-Regime zu stürzen, ist wesentlich, um die Besonderheiten der Lage nach 1945 verstehen zu können.

6.

Der im Zweiten Weltkrieg geschlagene, aber nicht zerschlagene deutsche Imperialismus restaurierte in der BRD nach der Teilung Deutschlands seinen Staat, seine Armee und die kapitalistisch-imperialistische Wirtschaftsstruktur so erfolgreich, daß er sehr bald die Vorherrschaft des US-Imperialismus herausforderte und als selbständige imperialistische Großmacht mit eigener Armee unter vollständigem Bruch des Potsdamer Abkommens schon nach kurzer Zeit weltweit auf den Plan trat. In dem von der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands wurde begonnen, das Potsdamer Abkommen zu realisieren, die weitgehende Entnazifizierung eingeleitet, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher durchgeführt und im Kampf für die Realisierung des Potsdamer Abkommens auch die Perspektive einer sozialistischen Demokratie und einer sozialistischen Ökonomie, die Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem Teil Deutschlands eröffnet. Wesentliche rechte und deutsch-chauvinistische Fehler der SED, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung des internationalen Chruschtschow-Revisionismus, machten diese Perspektive zunichte, die DDR verkam zu einem revisionistisch-kapitalistischen Polizeistaat im Einfluß des konterrevolutionären russischen Sozialimperialismus.

7.

Die Politik der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus in all seinen Etappen konnte nach 1989 rasch und erfolgreich zu Ende geführt werden, da der westdeutsche Imperialismus schon seit Jahrzehnten im Rahmen dieser Politik alle Vorbereitung getroffen und infolge seines weitgehenden Eindringens in die revisionistische DDR maximale Bedingungen dafür geschaffen hatte. Die vollständige Einverleibung der DDR (und auch des unrechtmäßig schon vorher unter seiner Vorherrschaft geschaffenen Westberlins) in ökonomischer und militärischer Hinsicht, hat nicht nur auf diesen Gebieten zu einer großen Stärkung des deutschen Imperialismus geführt; gerade auch ideologisch konnte der deut-

sche Imperialismus in "Siegerpose" aufzutreten, und er wird weiter die anderen imperialistische Großmächte im Kampf um die Weltherrschaft verstärkt herausfordern. Unter Berücksichtigung aller Besonderheiten der neu entstandenen Lage werden die kommunistischen Kräfte der ehemaligen DDR, des ehemaligen Westdeutschlands und des ehemaligen Westberlins eine einheitliche Kommunistische Partei im imperialistischen Deutschland aufbauen – im Kampf gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen, gegen alle dem wissenschaftlichen Kommunismus und revolutionärer kommunistischer Politik feindlich gegenüberstehenden opportunistischen Strömungen.

8.

Bei der Feststellung der Besonderheiten des deutschen Imperialismus ist unser Ausgangspunkt, daß er in ungebrochener Tradition seiner verbrecherischen Geschichte, in der er international immer wieder gerade auch bei der Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern an der Spitze stand, nach wie vor und in hervorstechender Weise heute eine besonders aggressive imperialistische Großmacht und ein eigenständiger Kriegsherd ist, der als internationaler Ausbeuter und Unterdrücker im Kampf gegen andere imperialistische Großmächte den Völkern der Welt gegenübertritt.

9.

Angesichts zweier verlorener Weltkriege, angesichts des Bruchs des Potsdamer Abkommens, der Ideologie und Politik der Revanche gegenüber den Ländern Osteuropas, der ehemaligen Sowjetunion, Österreichs und all den Ländern gegenüber, die der deutsche Imperialismus schon einmal okkupiert hatte und deren Völker ihm im Partisanenkampf Schläge versetzt haben, ist der deutsche Revanchismus besonders deutlich sichtbar. Er richtet sich aber auch gegen die anderen imperialistischen Großmächte, die ihn im Zweiten Weltkrieg besiegt haben, und die von ihm ebenfalls unter der Flagge der "Revanche" ideologisch und politisch bekämpft werden, um einen imperialistischen Krieg vorzubereiten, wobei er insbesondere erneut das Projekt der "Neuordnung Europas" unter seiner Führung anstrebt, ohne eine Minute auf seine imperialistischen Ambitionen in allen Teilen der Welt zu verzichten.

10.

Der deutsche Militarismus mit seiner Geschichte des preußischen Kadavergehorsams, des Untertanengeistes und des sogenannten "deutschen Ordnungssinns" wurde insbesondere zur Zeit der Nazi-Verbrechen nicht zu Unrecht zum Inbegriff deutscher Mentalität. Durch die Schaffung der Bundeswehr, ihren Aufbau mit Nazi-Kadern, und die industrielle Eigenversorgung mit allen nötigen Kriegsgütern besitzt der deutsche Imperialismus ein höchst gefährliches Instrument nach innen und nach außen. Der Einsatz der militaristischen und revanchistischen Bundeswehrtruppen außerhalb Deutschlands ist inzwischen Alltag, die Militarisierung durchdringt das gesamte öffentliche Leben, beeinflußt und prägt Betriebe sowie die sogenannten "humanitären" Hilfsorganisationen, Medien und Schulen.

11.

Der allseitige Kampf gegen die international und in Deutschland betriebene Ideologie, Politik und Praxis des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, Schulter an Schulter mit den revolutionär und kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder, mit den unterdrückten Völkern aller Länder, ist unverzichtbare Grundvoraussetzung für jeden ernsthaften Kampf gegen den deutschen Imperialismus überhaupt.

12.

Der Parlamentarismus dient in der heutigen Periode der Geschichte des deutschen Imperialismus mit seinen Parteien, die mit gut verteilten Rollen jeweils andere Teile der Bevölkerung an den deutschen Imperialismus binden, als entscheidendes Mittel, um die Diktatur der Bourgeoisie zu verhüllen und systematisch die in Folge des Sieges der Völker der antinazistischen Koalition eingeführten demokratischen Aspekte zurückzudrängen, eine umfassende Faschisierung mit polizeistaatlichen Methoden zu betreiben, ein System von Bespitzelung, Inhaftierung und sogar offiziell gedeckter Hinrichtungen zu festigen, das in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus als eine der wesentlichen Stützen des deutschen Imperialismus im Inneren besonders drastisch zum Ausdruck kommt. Dabei kombiniert sich die staatliche Faschisierung in den letzten Jahren zunehmend mit von nazistischen Parteien und Gruppen initiierten und geförderten Pogromen, Tausenden von Brandanschlägen und Überfällen, die vom deutschen Staatsapparat oft genug gefördert und geschützt werden. Ganz besonders Ziel der staatlichen Faschisierung – die die Hauptrolle spielt – und nazistischer Pogrome und Anschläge sind neben demokratischen und revolutionären Kräften jene Minderheiten, die traditionell Zielscheibe des deutschen mörderischen Chauvinismus sind.

13.

Der deutsche Imperialismus greift im Prozeß der Faschisierung ideologisch vor allem auf das altbewährte Mittel des deutschen Chauvinismus und Rassismus zurück, das im Nazifaschismus seine größte Steigerung fand. Je nach Situation steigert sich die Hetze der weitgehend staatlich kontrollierten Medien und die nazistische Propaganda gegen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen politisch Verfolgte, gegen Sinti und Roma und gegen die jüdische Bevölkerung und andere Minderheiten. Im Kampf für die unerläßliche Solidarität mit allen von staatlicher Faschisierung, aber auch nazistischer Propaganda und Anschlägen Bedrohten, gilt es auf allen Ebenen, ideologisch, politisch und im praktischen Kampf, der Ideologie, Politik und mörderischen Praxis des deutschen Chauvinismus und Rassismus den Kampf anzusagen und ihn zu führen.

14.

Eine sehr eng im Zusammenhang mit der Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus stehende Front ist der Kampf gegen alle Formen der Unterdrükkung der Frau, seine ideologische und klassenmäßige Einordnung in den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den Imperialismus überhaupt. Der vielfach variierten Ideologie von der "deutschen Frau", die angeblich emanzipiert und anderen Frauen überlegen sei, muß die Realität der Ausbeutung und Unterdrückung insbesondere der werktätigen Frauen in Deutschland gegenübergestellt, der Kampf für die ökonomischen und sozialen Rechte, für die wirkliche, auch materiell abgesicherte Gleichberechtigung der Frauen entfaltet und der Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel vernichtet werden.

15.

Angesichts der zunehmenden relativen und absoluten Verelendung der breiten Massen der Werktätigen in Deutschland, der Vergiftung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen und der ständigen Einschränkungen der Möglichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes wird in den Kämpfen der Massen die konterrevolutionäre Funktion des – auf die vor allem mit Extraprofiten aus der Ausbeutung unterdrückter Völker bestochenen Arbeiteraristokratie gestützten – DGB-Apparates immer deutlicher.

Dieser muß bewußt und planmäßig entlarvt und gegen ihn muß die Perspektive des eigenständigen Kampfes der untersten Schichten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen herausgearbeitet werden.

16.

Die verschiedenen Kampffronten gegen die Besonderheiten des deutschen Imperialismus, gegen die konkrete Verschärfung der Lage heute müssen von der Kommunistischen Partei verbunden werden, die Kämpfe müssen möglichst militant und den deutschen Imperialismus maximal treffend geführt werden. Dies muß im Bewußtsein erfolgen, daß bei aller notwendigen Führung von ökonomischen und politischen Tageskämpfen sowie weiterreichenden demokratischen Kämpfen die tiefergehenden Ziele dieses Kampfes nur durch die von der Arbeiterklasse geführte sozialistische Revolution, im Kampf gegen den Antikommunismus, im Kampf zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus im Bürgerkrieg, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Kampf für den Kommunismus realisiert werden können.

Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

1.

Die Idee der Erkämpfung des Sozialismus und Kommunismus auf wissenschaftlicher Grundlage, die Idee des bewaffneten Aufstandes und der Durchführung der sozialistischen Revolution, steht und fällt mit dem Verständnis der welthistorischen Rolle der Arbeiterklasse, jener Klasse, die sich nicht selbst von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann, ohne schließlich durch die konsequente Fortsetzung und Verschärfung des Klassenkampfes und die Verstärkung der Diktatur des Proletariats, die höchste Form der Hegemonie des Proletariats, eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen, die kommunistische Gesellschaft.

2.

Die Arbeiterklasse ist in der kapitalistischen Gesellschaft die einzig konsequent revolutionäre Kraft, die die Fähigkeit hat, auch andere Massen ausgebeuteter und unterdrückter Werktätiger um sich zu scharen, um im Bürgerkrieg die herrschende Klasse zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen. Dies ist eine objektive Gesetzmäßigkeit. Die Rolle des Proletariats als Träger der sozialistischen Revolution zu bestreiten oder herabzumindern, heißt, die proletarische Revolution selbst für unmöglich zu erklären oder zu bekämpfen.

3.

Der ideologische Kampf zur Verteidigung der historischen Rolle des Proletariats und seines Kampfes für den Kommunismus gegen die Ideologen der Bourgeoisie und ihre revisionistischen und opportunistischen Anhängsel erfordert, daß über die konkrete Analyse der objektiven und subjektiven Verhältnisse des Proletariats hinaus tiefergehend die geschichtliche Entwicklung und die objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft offensiv aufgedeckt werden, daß die Besonderheiten im heutigen imperialistischen Deutschland im Zusammenhang mit den prinzipiellen Gründen für die revolutionäre Rolle des Proletariats analysiert werden.

4.

Dabei gilt nach wie vor als Ausgangspunkt das von Marx und Engels gegen kleinbürgerliche Zweifler und bürgerliche Apologeten der bestehenden Verhältnisse entwickelte Prinzip, daß die revolutionäre Rolle des Proletariats nicht daraus resultiert, was es gegenwärtig für Ansichten und Auffassungen hat, sondern sich schließlich daraus ergibt, was durch die gesamte geschichtliche Entwicklung objektiv vorgegeben ist. Das von der Kommunistischen Partei geschaffene sozialistische Bewußtsein des Proletariats versetzt es subjektiv in die Lage, seine geschichtliche Rolle als Hegemon im Kampf für den Kommunismus zu verwirklichen.

5.

Gerade im Imperialismus gilt, daß die Arbeiterklasse keine einheitliche Klasse ist. Ausgangspunkt zur Verteidigung der revolutionären Rolle des Proletariats ist daher, sehr genau und tiefgehend die Rolle der Arbeiteraristokratie als durch Extraprofite bestochener und von der Bourgeoisie abhängiger Schrittmacher der Konterrevolution in den Reihen der Arbeiterklasse zu verstehen und konsequent zu bekämpfen. Darüber hinaus sind die Besonderheiten zu analysieren, die es der Bourgeoisie einer imperialistischen Großmacht wie Deutschland ermöglichen, auch sehr große Teile der Arbeiterklasse durch ideologische, aber auch materielle Mittel zeitweise an den Kapitalismus zu binden. Daher ist es grundlegend, der Linie Lenins zu folgen, sich vor allem auf die untersten, die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teile der Arbeiterklasse zu stützen.

6.

Ein ganz besonders wichtiges Problem ist, daß die Arbeiterklasse imperialistischer Großmächte, daß die Arbeiterklasse in Deutschland in den industriellen Großbetrieben, aber verstärkt auch in Agrarbetrieben, gerade in den untersten und kämpferischsten Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern besteht, die teils vor Jahrzehnten, teils vor Jahren, teils vor ganz kurzer Zeit ihre Herkunftsländer verlassen haben. Von vornherein ist somit bei jeder Analyse und bei jedem konkreten Kampf die rücksichtslose Entlarvung des deutschen Chauvinismus eine Vorbedingung.

Unsere grundlegende Linie ist, daß der Teil der internationalen Arbeiterklasse, der in Deutschland lebt und arbeitet und seine Herkunftsländer verlassen hat, lange Zeit Teil der Arbeiterklasse seiner Herkunftsländer bleibt, und daher vor allem der Revolution in seinen Herkunftsländern verbunden ist, sie unterstützt und nach Kräften und Möglichkeiten vorantreibt. Seine fortgeschrittensten Vertreter werden der Auslandsorganisation der Kommunistischen Partei der Herkunftsländer angehören.

Unsere Linie schließt ein, daß in engster Absprache mit den Kommunistischen Parteien in den Herkunftsländern, auch auf Grund verschiedener Umstände und auf der Basis der Auswertung der Erfahrungen der Kommunistischen Parteien zu Lebzeiten Lenins und Stalins, auch Genossinnen und Genossen dieses Teils der Arbeiterklasse sich zur vorrangigen Unterstützung des Kampfes für die proletarische Revolution in Deutschland und für den Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland entscheiden.

Die Kommunistische Partei in Deutschland fragt bei der Organisierung ihrer Mitglieder von vornherein nicht nach Staatsbürgerschaft und Nationalität, sondern nach der Perspektive der Revolution. Dies gilt insbesondere gegenüber allen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeitern.

7.

Bei der Analyse der konkreten Zusammensetzung des Proletariats in Deutschland ist unser Ausgangspunkt, daß das in der Großproduktion in den Städten konzentrierte Industrieproletariat der führende Kern der Arbeiterklasse ist. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein. Ein für das Bündnis mit der Masse der anderen ländlichen Werktätigen wesentlicher Teil der Arbeiterklasse ist jedoch auch das in kapitalistischen Agrarbetrieben konzentrierte Landproletariat. Darüber hinaus ist es eine komplizierte Frage, von der Arbeiterklasse jene proletarisierten Teile der Werktätigen abzugrenzen, die in gewaltigen Dienstleistungsbetrieben, bei der Realisierung der Profite des Kapitals etc. eingesetzt sind, ohne unmittelbar an der Produktion beteiligt zu sein, die als Lohnabhängige der Diktatur des Kapitals unterworfen sind, ökonomisch einige Merkmale des Proletariats haben, aber von ihrer Stellung, ihrem Platz in der Produktion im engen Sinne des Wortes nicht zur Arbeiterklasse als produzierende und mehrwertproduzierende Klasse gerechnet werden können. Die Perspektive der vergesellschafteten Produktion im Sozialismus ist für diese Teile der lohnabhängigen Massen ein gewichtiges Kriterium, um ihre Entwicklung und Beteiligung am Klassenkampf des Industrieproletariats zu beurteilen.

8.

Die Klassenanalyse umfaßt vor allem auch die Analyse der Klassen und Schichten auf dem Land. Die Klassenfeinde auf dem Land sind: Großbauern, Großgrundbesitzer, Agrarkapitalisten und das Finanzkapital. Die Nähe der Lebenslage des Halbproletariats und der Kleinbauern zur Situation der Arbeiterklasse in Stadt und Land ermöglicht dem Proletariat, hier den nächsten Verbündeten im Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie zu finden, da die Entwicklung des Kapitalismus dem Halbproletariat und den Kleinbauern immer weniger eine Zukunftsperspektive einräumt. Auch die kleinbürgerlichen Mittelschichten der Städte müssen genau analysiert, ihre Entwicklung und ihr Verhalten müssen im Klassenkampf des Proletariats beurteilt und beeinflußt werden, um Teile davon als weitere Verbündete des Proletariats im Kampf gegen das Kapital zu gewinnen und andere Teile zumindest zu neutralisieren.

9.

Der Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte wird in den Städten und auf dem Land die Spreu vom Weizen trennen. Er ist ein wesentliches Kriterium, um konkret Umfang und Festigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen und ausgebeuteten Schichten in der Stadt und auf dem Land bestimmen zu können.

10.

Die Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Situation aller Klassen und Schichten in Deutschland im engen Zusammenhang mit den konkreten Kämpfen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunistischen Partei, um mit einer richtigen Strategie und Taktik für die Hegemonie und die Diktatur des Proletariats, für das Programm des Kommunismus zu kämpfen.

Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

1.

Das Eingreifen in Kämpfe gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung, auch wenn sie sich im Rahmen des Kapitalismus und im Rahmen der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie als Hülle der Diktatur der Bourgeoisie bewegen, ist eine wesentliche, tagtägliche Aufgabe der Kommunistischen Partei und ihrer Kader.

Gerade in den sich entwickelnden Kämpfen des Proletariats und anderer Schichten gegen die Auswirkungen der Politik des deutschen Imperialismus und gegen die Verschärfung der Ausbeutung, muß sich der kommunistische und revolutionäre Charakter der Arbeit der Kommunistischen Partei beweisen. Neben maximaler Unterstützung und nach Möglichkeit Leitung der konkreten Kämpfe gilt es, vor allem sozialistisches Bewußtsein, das Programm des Kommunismus in diese Kämpfe hineinzutragen und die harte Arbeit der Sammlung und Organisierung der fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats und anderer Schichten, den Aufbau der Kommunistischen Partei voranzutreiben.

2.

Voraussetzung für eine in dieser Hinsicht erfolgreiche Arbeit in den politischen und ökonomischen Tageskämpfen ist jedoch die Klarheit und Überzeugungskraft, daß und warum wirklich grundlegende Erfolge des Kampfes nicht im Rahmen des Kapitalismus und – untrennbar damit verbunden – nicht im Rahmen der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie als Hülle der Diktatur der Bourgeoisie durchzusetzen sind. Die Entlarvung der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und des Charakters der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie unter den konkreten Bedingungen der Realität Deutschlands und der internationalen Lage setzt einen scharfen ideologischen Kampf gegen die Ideologie der bürgerlichen Klasse und ihrer opportunistischen Nachbeter voraus.

3.

Ein Kernpunkt, der herausgearbeitet werden muß, ist, daß in der Epoche des Imperialismus sich das Finanzkapital im wesentlichen zweier Staatsformen bedient: der bürgerlichen Demokratie als der verhüllten, demagogisch verbrämten Form seiner Diktatur und des Faschismus, der offen terroristischen Form seiner Diktatur, zwischen denen zwar gewichtige Unterschiede bestehen, die unbedingt in taktischer Hinsicht, in bezug auf das Herankommen an die proletarische Revolution beachtet werden müssen, die aber nicht absolut voneinander getrennt sind. Denn beide Formen der Diktatur des Finanzkapitals, die bürgerliche Demokratie und der Faschismus, haben den gleichen Klassencharakter, wurzeln in den gleichen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen, werden also vom kapitalistischen System hervorgebracht und gehen daher auch immer wieder auseinander hervor und ineinander über.

Eine Grundtendenz in der Epoche des Imperialismus ist die immer weiter voranschreitende Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates in imperialistischen Ländern als präventive Konterrevolution und Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitung, die in ihrer besonderen Ausprägung in Deutschland konkret auf allen Gebieten aufgedeckt werden muß, um dem deutschen Imperialismus seine scheindemokratische Maske wirklich herunterreißen zu können.

4.

Im harten und so konkret wie möglich zu führenden ideologischen Kampf müssen die Verteidiger des Kapitalismus und des "bürgerlichen Rechtsstaates" widerlegt werden. Vor allem aber gilt es, dem Proletariat und seinen Verbündeten überzeugend die Perspektive der sozialistischen Revolution aufzuzeigen, die Perspektive des Kampfes zur Vernichtung des Kapitalismus, des bürgerlichen Eigentums an Produktionsmitteln, für die Schaffung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und den Aufbau des Sozialismus, für die Ziele des Kommunismus.

5.

Im ideologischen Kampf spielt der Kampf und das Verständnis der Begriffe "Demokratie", "demokratischer Staat", "demokratische Verhältnisse" eine wesentliche Rolle. In diesem harten ideologischen Kampf ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, den Klassencharakter des Begriffs "Demokratie" geschichtlich, vor allem aber anhand der heutigen Verhältnisse herauszuarbeiten und zu beweisen, daß hinter dem Schein der "demokratischen Verhältnisse" des heutigen Deutschland die Realität der Diktatur der Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus steht. Gegen alle antikommunistischen, revisionistischen und opportunistischen Verleumdungen gilt es, die Einheit von Diktatur des Proletariats und sozialistischer Demokratie aufzuzeigen, die Merkmale der sozialistischen Demokratie, die von der Diktatur des Proletariats gesichert wird, als wirkliche Demokratie für die Arbeiterklasse und breite Schichten der anderen Werktätigen so konkret wie möglich zu propagieren.

6.

Auf der Grundlage eines umfassend geführten theoretischen und programmatischen ideologischen Kampfes um Grundfragen des Wirtschaftssystems und des politischen Systems nutzt die Kommunistische Partei das ganze Instrumentarium der aus der Geschichte der kommunistisch geführten Arbeiterbewegung hervorgegangenen Wissenschaft von der Strategie und Taktik, um im Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus auf klarer theoretischer programmatischer Grundlage strategische und taktische Orientierung in die konkreten Kämpfe des Proletariats und anderer Schichten hineinzutragen. Der strategische Ausgangspunkt der Kommunistischen Partei ist dabei, daß es zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats im imperialistischen hochindustrialisierten Deutschland kein Mittelding geben kann, daß die proletarische Revolution geschichtlich auf der Tagesordnung steht, daß die proletarische Revolution nur durch den bewaffneten Aufstand des Proletariats erfolgreich durchgeführt werden kann, daß mit ihr die sozialistische Demokratie erkämpft, der Aufbau des Sozialismus vorangetrieben und die Diktatur des Proletariats gesichert und gefestigt wird.

7.

Um der Demagogie der bürgerlichen Ideologen entgegenzutreten und die Realität der sozialistischen Demokratie unter der Diktatur des Proletariats deutlich werden zu lassen, ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei zu beweisen – angesichts all der hohlen Versprechungen über "Demokratie" und "Gleichheit der Menschen", die angeblich von der bürgerlichen Republik verwirklicht werden, die aber, wenn überhaupt, nur teilweise, verstümmelt und bedingt durch den Druck der Kämpfe der Massen existieren –, daß die Diktatur des Proletariats für die sofortige gesetzliche Verwirklichung solcher bürgerlich-demokratischer Versprechungen sorgen wird – etwa die sofortige Liquidierung jeglicher rechtlicher Ungleichheit zwischen Mann und Frau oder jeglicher rechtlicher Ungleichheit von Menschen verschiedener Nationalität usw. –, und daß es ein Kennzeichen sozialistischer Demokratie ist, daß nicht nur die gesetzlichen, sondern mit ihr gerade auch die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die proklamierte Gleichberechtigung der Menschen nicht nur formal herzustellen, sondern Schritt für Schritt vor allem auch die wirkliche Gleichheit im tagtäglichen Leben zu realisieren, wie dies die über 30jährige Geschichte der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins in der Praxis bewiesen hat.

8.

Auf dieser Basis ergibt sich die Aufgabe, mit richtigen Prinzipien der Taktik einen viele Bereiche umfassenden demokratischen Kampf zu führen, um die antidemokratische Fratze des deutschen Imperialismus und seine pseudodemokratische Demagogie zu entlarven, erkämpfte demokratische Rechte zu verteidigen und, wenn möglich, auszuweiten, ein umfassendes, den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie nicht verhüllendes Bewußtsein in der Arbeiterklasse und bei den verbündeten Schichten zu schaffen, das im Keim die Idee der sozialistischen Demokratie und der proletarisch-diktatorischen Unterdrückung der Reaktion in sich trägt. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Autorität der Bourgeoisie in den Fragen der "Demokratie", des demokratischen Kampfes zu brechen.

9.

Dabei ist es entscheidend, in den konkreten politischen Kämpfen, seien es ökonomisch-politische Tageskämpfe oder Kämpfe für weitergehende und tiefergehende demokratische Forderungen, den Antagonismus zu diesem Staat und der herrschenden bürgerlichen Klasse, zum deutschen Imperialismus herauszuarbeiten, jedem Reformismus den Krieg zu erklären und deutlich zu machen, daß Erfolge und Zugeständnisse der herrschenden Klasse Resultat des harten Kampfes sind, oft auch in Kombination mit demagogischen Manövern der herrschenden Klasse, und ganz und gar kein "Beweis" für die angebliche Reformierbarkeit des imperialistischen Systems. Ganz im Gegenteil ist das Eingreifen in Tageskämpfe, und wenn möglich ihre Leitung, insbesondere der demokratischen Kämpfe, nur dann als erfolgreich anzusehen, wenn es gelingt, die unversöhnlichen Klassenwidersprüche dieses Systems aufzuzeigen und die Perspektive der proletarischen Revolution vor allem in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die demokratischen Kämpfe müssen die Kommunistinnen und Kommunisten als Anknüpfungspunkt zur Verbindung der legalen Arbeit mit der illegalen nutzen, zur Deckung und Verstärkung der illegalen Arbeit für die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats auf die sozialistische Revolution.

10.

Um die Massenkämpfe an die Positionen der proletarischen Revolution heranzuführen, ist es auch nötig, die vielfältigen Fronten und die umfangreichen Aufgaben des demokratischen Kampfs konkret und realistisch miteinander zu verbinden, den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse im scheinbar "rein ökonomischen" Kampf zu verbinden mit dem demokratischen Kampf gegen jeglichen Rassismus und Nationalismus, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden, gegen Kriegstreiberei und Ge-

schichtslügen sowie mit dem internationalistischen demokratischen Kampf zur Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und des Kampfs der unterdrückten Völker. Auch innerhalb des demokratischen Kampfs sind die kommunistischen Kräfte der vorantreibende, konsequenteste und weitblickendste Teil der kämpfenden Massen, die auch in den Formen des Kampfes keinerlei Zugeständnisse an die Ideologie des Legalismus und Pazifismus zulassen, sondern ganz im Gegenteil auch im demokratischen Kampf den legalen Rahmen des deutschen Imperialismus nach Möglichkeit überschreiten, um den demokratischen Kampf als Schule des Klassenkampfes zu nutzen und Erfahrungen im gewaltsamen und illegalen Kampf gegen diesen Staatsapparat zu sammeln und zu vermitteln. Dabei geht es vor allem darum, daß die Arbeiterklasse und die anderen verbündeten Schichten anhand eigener Kampferfahrung über den Charakter der Diktatur der Bourgeoisie und die Notwendigkeit der Zerschlagung ihres Staatsapparates mehr und mehr Klarheit gewinnen, sich der Notwendigkeit der Verwirklichung der Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" bewußt werden und die von der Kommunistischen Partei propagierten Auffassung anhand der eigenen Erfahrung überprüfen und als richtig erkennen. Ohne umfangreiche eigene Erfahrung im ökonomischen und politischen Kampf ist es unmöglich, an die proletarische Revolution heranzukommen, sie bewußt und organisiert vorzubereiten und durchzuführen.

11.

Eine besondere Herausforderung für die prinzipienfeste taktische Arbeit der Kader der Kommunistischen Partei ist es dabei, zu den untersten Massen zu gehen, selbst in konterrevolutionären bürgerlichen Massenorganisationen, teils verdeckt, teils offen mit dem Risiko des Ausschlusses, der Verhaftung und Verurteilung, den ökonomischen und den demokratischen Kampf in all seinen Formen so zu führen, daß Illusionen in den Charakter solcher Massenorganisationen zerschlagen und eigenständige Formen der Organisierung für möglichst große Teile der Mitglieder als eigentliche Aufgabe verständlich und praktisch notwendig werden.

12.

Während die Kommunistsche Partei systematisch unterstützt, daß unter ihrer Leitung konsequente gewerkschaftliche und demokratische Organisationen in verschiedenen Formen entstehen und sich festigen, arbeiten ihre Kader, teils verdeckt, teils offen, auch in nicht-reaktionären Organisationen, Komitees und Aktionseinheiten mit besonderen Zielsetzungen, um gerechte Forderungen und Kämpfe tatkräftig zu unterstützen, inhaltlich die Arbeit voranzutreiben und in gut überlegter Form die Ideen des Kommunismus zu propagieren, zu vertreten und zur Diskussion zu stellen, und zwar so, daß die Sache der proletarischen Revolution insgesamt vorankommt. Dies bedeutet weder – was die Hauptgefahr ist –, sich opportunistisch völlig im Kampf um demokratische Teilfragen zu verausgaben noch sektiererisch so aufzutreten, daß den Opportunisten und Reformisten in solchen Organisationen es erleichtert wird, die kommunistischen Kader zu isolieren und als "für den Kampf schädliche Elemente" auszuschließen. Die Mitarbeit in solchen nichtkonterrevolutionären Organisationen ist anders als die Mitarbeit in konterrevolutionären Massenorganisationen nicht eine Arbeit des "Ausnutzens" von Möglichkeiten für kommunistische Propaganda, sondern eine der vorbildlichen Unterstützung, insoweit und insofern diese Arbeit den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und gegen das imperialistische Weltsystem im weitesten Sinne nützt.

13.

Entscheidendes Kriterium für die Beteiligung der Kader der Kommunistischen Partei an berechtigten Massenkämpfen, am ökonomischen und politischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus ist dabei stets, daß die Verankerung in den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse und anderer Schichten vorangetrieben wird, um dort wirklich die Idee der proletarischen Revolution, der Sache der Kommunismus zu verbreiten und zu verankern und so zu realisieren, daß die Tageskämpfe und die demokratischen Kämpfe selbst konsequent geführt und daß sie vor allem zu Transmissionsriemen im Kampf für das Herankommen, für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution werden.

Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

1.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats und das Ziel des Kommunismus erfordern die gewaltsame Revolution des Proletariats, die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates von oben bis unten.

2.

Die Orientierung der Kommunistischen Partei und des klassenbewußten und organisierten Proletariats auf den bewaffneten Kampf, den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg als Schlußfolgerung aus sämtlichen Klassenkämpfen der Geschichte und als Quintessenz der gesamten Erfahrung der Revolutionen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei in allen Ländern der Welt ist unsere unverrückbare Grundposition.

3.

In der Vorbereitung der sozialistischen Revolution ist ein Wesenszug, daß die aufklärerische, befreiende Rolle der Gewalt des Proletariats und des bewaffneten Kampfes des Proletariats voll und ganz verstanden und propagiert werden muß.

4.

Die Theorie des "friedlichen Weges" oder der "Möglichkeit des friedlichen Weges" als zentrale Position des Revisionismus und Opportunismus ist eine konterrevolutionäre Position, die in allen Variationen entschieden bekämpft und zerschlagen werden muß.

5.

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands gegen den deutschen Imperialismus und alle reaktionären und konterrevolutionären Kräfte ist auf wissenschaftlicher Grundlage unter Auswertung sämtlicher Erfahrungen des bewaffneten Kampfs und bewaffneter Aufstände zentraler Bestandteil der Vorbereitung der sozialistischen Revolution, der aufklärenden und bewußtmachenden, organisierenden Rolle der Kommunisti-

schen Partei. Aufgrund dessen, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern und der Masse der anderen Werktätigen im imperialistischen Deutschland ein einheitlicher, höchst zentralisierter imperialistischer Staatsapparat gegenübersteht, nimmt die Kommunistische Partei grundlegend Kurs auf den militärischen Weg der Oktoberrevolution, d. h. den bewaffneten Aufstand in den Städten vorzubereiten und durchzuführen (ohne auszuschließen, daß in besonderen geschichtlichen Situationen auch in ländlichen Gebieten starke bewaffnete Kräfte des Proletariats – vor dem bewaffneten Aufstand in den Städten – kämpfen).

6.

Die Kunst der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes erfordert den Kampf für die Hegemonie des Proletariats, die richtige strategische und taktische Orientierung des Proletariats gegenüber allen Bündnispartnern, die richtige Herangehensweise an sämtliche Tageskämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die gebündelt und dem Kampf für die sozialistische Revolution und dem bewaffneten Aufstand untergeordnet werden müssen.

7.

Der Aufstand ist keine militärische Verschwörung und kein Putsch einer Minderheit, sondern eine zutiefst demokratische Angelegenheit der breiten Massen. Der Aufstand darf, um erfolgreich zu sein, nicht nur die Avantgarde und die klassenbewußtesten Teile des Proletariats erfassen, sondern muß sich auf die breite Masse des Proletariats stützen, muß vom revolutionären Aufschwung, von der Sympathie der Mehrheit der ausgebeuteten Massen getragen sein.

8.

Ausgangspunkt ist dabei, daß der bewaffnete Aufstand nicht der Sieg von 99 Prozent der Bevölkerung über 1 Prozent der Klasse der deutschen Bourgeoisie sein wird, sondern die Form eines gewaltigen Bürgerkrieges der vom sozialistischen Proletariat geführten Massen der ausgebeuteten Werktätigen gegen die Klasse der Bourgeoisie annehmen wird, die sich auf nicht unerhebliche Teile der verhetzten und mit materiellen und ideologischen Fäden an den deutschen Imperialismus gebundenen Teile der Bevölkerung aus allen Klassen und Schichten, darunter in nicht geringer Zahl der bestochenen Teile der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, stützen wird. In diesen Klassenschlachten spielt auch der Kampf für die Neutralisierung schwankender Kräfte eine wesentliche Rolle.

9.

Der Kampf gegen die Armee und andere bewaffnete Verbände des deutschen Imperialismus ist kein Kampf "um die Gewinnung" dieser Kräfte, sondern ein Kampf zur Zerschlagung und Vernichtung sämtlicher bewaffneter Kräfte des deutschen Imperialismus. Der Kampf um die Neutralisierung oder gar Gewinnung von Teilen der Angehörigen der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus ist zwar ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes des sozialistischen Proletariats und seiner Verbündeten, der jedoch den Bürgerkrieg, den siegreichen bewaffneten Aufstand des sozialistischen Proletariats niemals ersetzen, niemals den Kern und die Struktur der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus reformieren oder neutralisieren kann. Aus der Aufgabe der gewaltsamen Zerschlagung des Militärapparates des deutschen Imperialismus und der Durchführung des revolutionären Bürgerkrieges ergibt sich die Notwendigkeit, bewaffnete Verbände und Milizen des Proletariats und der ausgebeuteten Massen (als Keimformen der späteren regulären Roten Armee) bereits vor dem bewaffneten Aufstand aufzubauen.

10.

Die systematische wissenschaftliche Planung der Vorbereitung und offensiven Durchführung des bewaffneten Aufstandes bis zur genauen Festlegung des Zeitpunktes, der Verteilung der Kräfte des Aufstandes und der Erkämpfung täglicher und stündlicher Erfolge, setzt das Wissen voraus, daß die Realität der Klassenkämpfe auch spontane bewaffnete Massenausbrüche, ungeplante Revolten und Revolutionen kennt, die die Kommunistische Partei keinesfalls ablehnt, sondern maximal unterstützt und um deren Leitung sie kämpft.

11.

Während die Kommunistische Partei grundlegend Kurs darauf nimmt, daß die bewaffnete sozialistische Revolution durch den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg des sozialistischen Proletariats vor dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges der deutschen Imperialisten siegt, muß sie auch realistisch mit der Möglichkeit rechnen, den bewaffneten Kampf und den bewaffneten Aufstand im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg der deutschen Imperialisten vorzubereiten und durchzuführen. Dabei gilt es, sämtliche Erfahrungen der Taktik, vor allem der bolschewistischen Partei Rußlands zur "Verbrüderung der Soldaten an der Front", aber auch der gemeinsamen Aktionen revolutionärer bewaffneter Kräfte anderer Länder auszuwerten und auf die Bedingungen Deutschlands anzuwenden, Formen des Guerilla- und Partisanenkampfes mit der Vorbereitung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, der Vorbereitung des sozialistischen Aufstandes des Proletariats zu kombinieren.

12.

Die systematische Vorbereitung und Planung des bewaffneten Kampfes des sozialistischen Proletariats erfordert auch lange Zeit vor dem siegreichen Aufstand die Unterstützung spontaner gewaltsamer und bewaffneter Auseinandersetzungen mit dem deutschen Imperialismus. Unser Kampf gegen die Anhänger des "individuellen Terrors" basiert nicht auf "moralischer Ablehnung", sondern auf der grundlegenden ideologischen und taktischen Erwägung, daß nicht die "Anbetung der Spontaneität" der von den arbeitenden Menschen losgelösten Individuen zur Bewußtmachung und Organisierung des Proletariats beiträgt, sondern revolutionär orientierte Kräfte von der entscheidenden Aufgabe der systematischen Vorbereitung der sozialistischen Revolution abhält und bindet. Der Weg der Anhänger des "individuellen Terrors" ist ganz und gar kein Weg, um den Staatsapparat des deutschen Imperialismus, voran seinen Militärapparat, zu zerschlagen, sondern muß – eng verbunden mit reformistischen und revisionistischen Konzeptionen dem Proletariat gegenüber – vielmehr umschlagen in Resignation und Demoralisierung.

13.

Unsere Linie zum bewaffneten Kampf, zur Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges des sozialistischen Proletariats ist untrennbarer Bestandteil unserer Linie der Schaffung und Festigung einer Kommunistischen Partei, die in ihrem Aufbau, ihrer Struktur und in ihrer Arbeit von Anfang an im Kampf gegen den blutigen Terror der deutschen Imperialisten und für die Leitung des bewaffneten Kampfes des Aufstandes und des Bürgerkrieges des sozialistischen Proletariats aufgebaut werden muß.

★

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

■ Gemeinsame Broschüre von: "Spartakus" und "Gegen die Strömung"

GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Spartakus
Organ für Beiträge zum Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Türkei (Europa)

Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996

12 Genossinnen und Genossen wurden von den terroristischen Verhältnissen in den Gefängnissen des türkischen Staates gemordet!

Aus dem Inhalt

- Den Kampf der Hungerstreikenden und den Tod der 12 Genossinnen und Genossen niemals vergessen!
- Die Erfolge und die Erfahrungen der Kampfaktionen in den türkischen Gefängnissen auswerten!
- Ohne gegenseitige solidarische Kritik ist an eine wirkliche Unterstützung eines gerechten, revolutionären Kampfes nicht zu denken!
- Interview mit einem Angehörigen eines Hungerstreikenden am 27.8.1996

August 1996. 5 DM

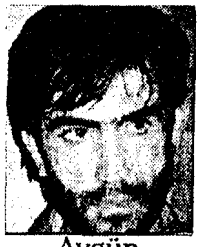
Genossinnen und Genossen, die mutig und entschlossen bis zum Tod gegen den mörderischen türkischen Staat gekämpft haben:

Altan Berdan Kerimgiller
DHKP-C

Ilginç Öskeskin
DHKP-C

Ali Ayata
TKP(ML)

Hüseyin Demircioğlu
MLKP



Aygün Uğur
TKP(ML)

NIEMALS VERGESSEN!

Müjdat Yanat
DHKP-C

Sie kämpften bis zu ihrem Tod für die „Verdammten dieser Erde"!

Hicabi Küçük
TIKB

Führen wir ihren Kampf mit Entschlossenheit und Konsequenz weiter!

Verstärkt die Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Genossinnen und Genossen in den Gefängnissen des mörderischen türkischen Staates!

Yemliha Kaya
DHKP-C

Ayçe Idil Erkmen
DHKP-C

Der deutsche Imperialismus muß als einer der Hauptdrahtzieher und Oberherren der türkischen herrschenden Klassen bekämpft werden!

Osman Akgün
TIKB

Eine gemeinsame Broschüre von „GEGEN DIE STRÖMUNG" (Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands) und „SPARTAKUS" (Organ für den Aufbau der Marxistisch-Leninistischen Partei in der Türkei) über:

- *die Ursachen und den Verlauf des Hungerstreiks und des Todesfastens in den Gefängnissen des türkischen Staates,*
- *die Verbindungen zwischen dem mörderischen türkischen Staat und dem deutschen Imperialismus*
- *sowie über die ökonomischen, politischen und militärischen Hintergründe dieser Zusammenarbeit.*

einschließlich dieses Plakates NIEMALS VERGESSEN ist auf Türkisch und Deutsch gegen 5,00 DM in Briefmarken erhältlich bei:
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt am Main, Fax.: (069) 730920.

Hayati Can
TKP(ML)

Tahsin Yılmaz
TIKB

Anzeige, die in 3 Zeitungen geschaltet wurde: in den türkisch-sprachigen Zeitungen - "Politika" und "Evrenzel" sowie in der Frankfurter Rundschau

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

Aus Anlaß einer Kritik an der "Hungerstreik-Broschüre":

❑Über die Einschätzung des vom Imperialismus abhängigen Staates der Feudalherren und Kompradorenbourgeoisie in der Türkei

Antwort auf eine Kritik an der Hungerstreik-Broschüre

●Ein berechtigter Hinweis mit falschem Hintergrund

Über Genossinnen und Genossen eines Diskussionszirkels erreichte uns der Hinweis, daß die "Hungerstreik-Broschüre" folgende Fragen aufgeworfen hat:

1. Warum wird der türkische Staat von GDS in dieser Broschüre nicht als faschistisch bezeichnet?

Und:

2. Warum wird nicht in der Vorbemerkung zum Anhang der älteren Stellungnahmen von GDS auf dieses Problem eingegangen?

Beginnen wir mit der 2., leichter zu beantworteten Frage: Ja, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn wir knapp auf die Entwicklung des türkischen Staates seit dem Militärputsch 1980 eingegangen wären.

Denn in der Tat wurde ja in den Publikationen bis 1984 der türkische Staat der Militärjunta als "faschistisch-feudal-imperialistischer Staat" bezeichnet, der die "geringsten demokratischen Rechte" unterdrückt.
(Siehe Flugblatt von GDS "Den von Genossen Ibrahim Kaypakkaya gewiesenen revolutionären Weg gehen!", September 1984, Hungerstreik-Broschüre , S.49).

In unseren späteren Publikationen haben wir diese konkrete Bezeichnung nicht mehr verwendet, in der Hungerstreik-Broschüre ist vom reaktionären türkischen Staat die Rede.
("Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996")

Mit ein Grund, warum wir leider in der ersten Auflage der Hungerstreik-Broschüre auf diese Frage noch nicht eingegangen sind, war der Umstand, daß die Reformisten und Rechtsopportunisten um diese Frage ein großes Geschrei anfangen. Sie behaupten sogar, daß angeblich "von diesem Punkt enorm wichtige Fragen der Revolution in der Türkei" abhängen.

Wir dagegen halten diese Frage NICHT für "enorm wichtig", hatten aber andrerseits das Problem, daß es relativ schwierig ist, sehr knapp auf die rechtsopportunistische Demagogie in dieser Frage einzugehen.

Das Dilemma ist: behandelt man eine nicht so wichtige Frage sehr ausführlich, entsteht doch der Eindruck daß die Frage "enorm wichtig" sei.

Möglicherweise würde folgende Formulierung für eine zweite Auflage helfen:

●Eine Ergänzung des Vorworts

Der türkische Staat heute hat sich aus einer Reihe von taktischen Gründen eine andere FORM gegeben als der türkische Staat zur Zeit der Militärjunta nach 1980. Dieser mehr oder minder fließende Übergang zwischen offen faschistischen und mehr oder minder halbfaschistischen Formen des türkischen Staates spielt insbesondere für die kommunistischen Kräfte in der Türkei taktisch eine Rolle, um die Manöver der herrschenden Klassen in der Türkei tagtäglich und konkret zu erklären, aufzudecken und einzuschätzen.

Von prinzipieller Bedeutung ist jedoch nach wie vor zu unterstreichen, daß die kemalistische Entwicklung in der Türkei ganz und gar keine bürgerlich demokratische Revolution war, daß in einem halbkolonialen Staat ohne bürgerlich demokratische Revolution auch nicht bürgerlich-demokratische Verhältnisse existieren. (Siehe Ibrahim Kaypakkaya, der von kurzen Phasen in der Türkei spricht, in der es "einige Brocken bürgerlicher Demokratie" gab, bzw. von einigermaßen demokratischen Verhältnissen" sprach, Ansichten über den Kemalismus, in 3 programmatischen Dokumente der TKP/ML S. 176)

Ibrahim Kaypakkaya erklärt diese "drei kurzen Phasen" durch die internationalen und im Land stattfindenden revolutionären Kämpfe und stellt aber eindeutig klar, daß "Schritt für Schritt ihre halbfaschistische oder faschistische Diktatur, in der sie alle demokratischen Rechte mit Füßen getreten haben, verwirklicht." (Ebenda S.177)

Die möglichen Veränderungen der Form des türkischen Staates bewegen sich also zwischen den Polen "halbfaschistisch" und " offen faschistisch", wobei auch ein halbfaschistischer Staat, der aus Demagogie vielleicht sogar Bücher des Kommunismus legal läßt größere Verbrechen gegen revolutionäre Kräfte begehen kann, als ein durch und durch faschistischer Staat, der jede demokratische oder gar kommunistische Äußerung mit sofortiger Hinrichtung beantwortet, gegen den jedoch keine Kämpfe wirklich geführt werden.

Die Ignorierung der Bandbreite des Formwechsels zwischen halbfaschistisch und faschistisch und die schematische Gleichsetzung der Zustände, sagen wir beim Militärputsch 1980 und heute 1996 könnte zur Illusion führen, als wäre der staatliche Terror und die weitere Einschränkung legaler Möglichkeiten für kommunistische Propaganda nicht mehr steigerbar. Andrerseits könnte es auch bedeuten, daß aktuell legale Möglichkeiten, mit Risiken und Opfern verbunden, nicht genutzt werden. Das wären taktische Fehler.

Das Geschrei der Rechtsopportunisten, daß auf jeden Fall der türkische Staat als "faschistisch" bezeichnet werden muß, enthält jedoch nicht nur diese taktische Frage. Für die pseudorevolutionären Schreier ist diese Frage so wichtig, ja sogar eine "enorm wichtige Frage der REVOLUTION (!!!), weil sie eine völlig falsche Konzeption eines "antifaschistischen Bündnisses", das sich in Wirklichkeit gegen die Revolution richtet, damit verbinden.

In Wirklichkeit geht es nicht um den Übergang von "Faschismus zur Demokratie", sondern es geht um die Zerschlagung des vom Imperialismus abhängigen Staates der Feudalherren und Kompradorenbourgeosie durch die Revolution unter der Führung des Proletariat.

Selbstverständlich gibt es zudem noch eine große Bandbreite der Diskussion über die Entwicklung des Begriffs "Faschismus" in der Geschichte der Kommunistischen Weltbewegung vor, während und nach der Zeit des Nazi-Faschismus, wobei einen besonderen Stellenwert die Frage der Staatsformen in vom Imperialismus unterdrückten Ländern hat.

Für diese Fragen von Interesse sind möglicherweise für die Leserinnen und Leser auch die Beiträge im Abschnitt "Ist das irakische Regime faschistisch" in Gds Nr 56 (September 1991).

★

● Aus dem Vorwort von Spartakus zu der Hungerstreikbroschüre

(Auszug aus dem türkischen Vorwort - Rohübersetzung)

"...Wie unsere Leser festgestellt haben werden, bezeichnen wir zum ersten Mal das Regime der Kompradoren und Grundherren in der Türkei nicht als "faschistisch" sondern als "reaktionär".

Dies ist weder Zufall noch ein flüchtiger Formulierungsfehler in dieser Broschüre, Wir haben uns mit GDS über die allgemeine Einschätzung geeinigt, daß es sich um eine "reaktionäre" Diktatur in der Türkei handelt.

GDS hat in dieser Diskussion folgendermaßen argumentiert:

Für uns besteht darin kein großes Problem, wenn Genossinnen und Genossen aus der Türkei, das Regime in der Türkei mit "Faschismus" charakterisieren. (Auch wir haben lange diesen Begriff benutzt.) Der Begriff Faschismus beinhaltet zwei Bedeutungen:

Erstens: Eine Art Ausdruck des Zorns gegenüber den Verbrechen, den Morden, den Folterungen des Regimes.

Zweitens: Der Begriff als wissenschaftlicher, von der KOMINTERN ausgearbeitet - Herrschaft des Finanzkapitals, als "offen terroristischer Diktatur". Die Verwendung von diesen beiden Bedeutungen haben sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Taktik. Die zweite Bedeutung spielt bei einer wissenschaftlichen Diskussion eine entscheidende Rolle. Deswegen muß darauf geachtet werden, in welchem Sinne der Begriff benutzt wird.

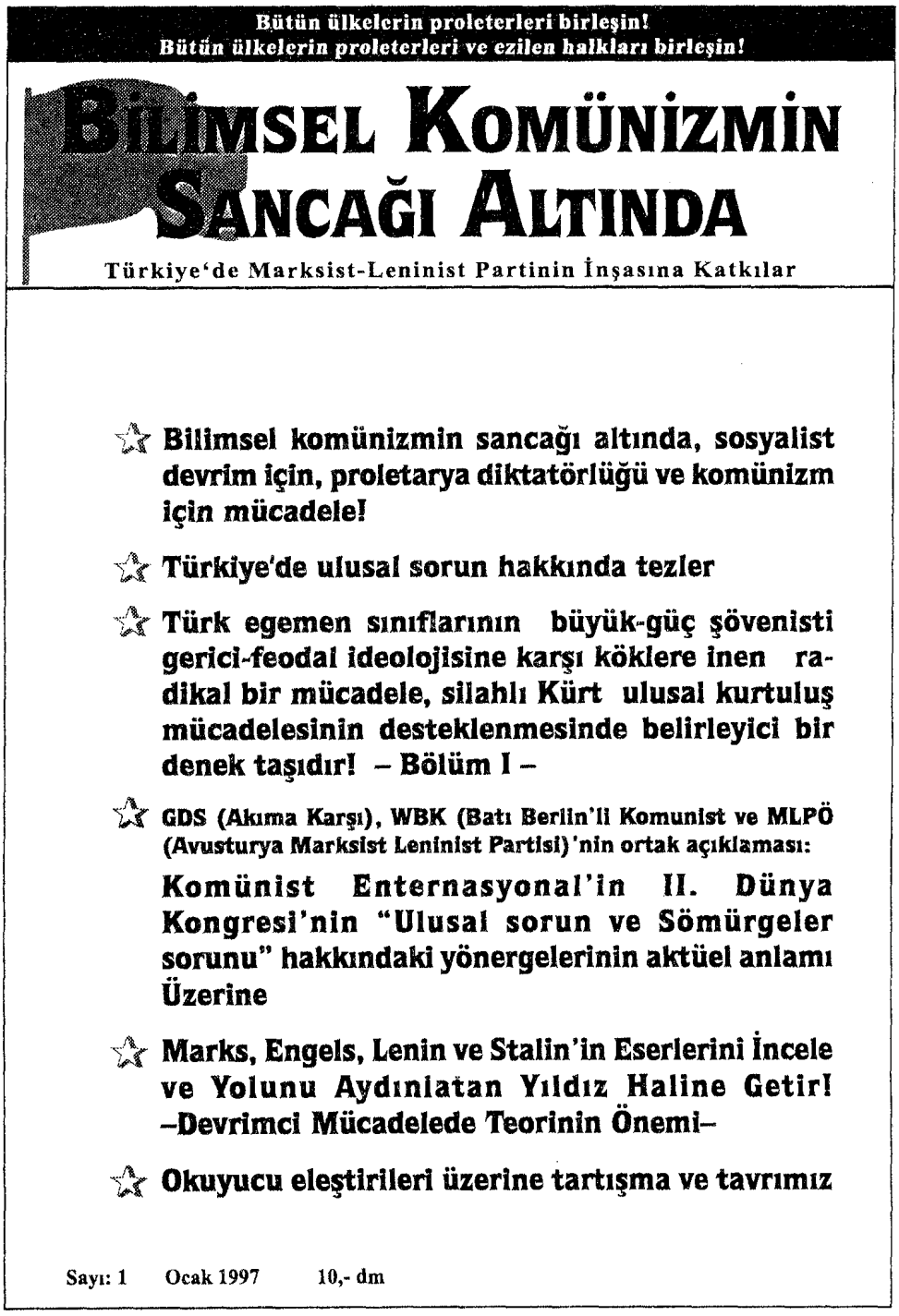
Sicherlich ist es notwendig, diese Frage ausgehend von der Tradition der KOMINTERN, basierend auf den wissenschaftlichen Kommunismus zu untersuchen, und verknüpft mit den internationalen Erfahrungen zu klären. Natürlich ist es auch wichtig, die Linie von I. Kaypakkaya über das Regime in der Türkei, die er gegen den rechten Opportunismus der "Safak" Revisionisten erarbeitet hat, zu begreifen und kritisch zu untersuchen, um eine wissenschaftliche Klärung herbeizuführen.

Wir können leider nur den Stand der Diskussion wiedergeben. Wir hoffen, daß wir diese Diskussion in der Nr. 2 mit einem Beitrag weiterführen können. ..."

„SPARTAKUS"

"Organ für Beiträge zum Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Türkei (Europa)"

Erscheint seit Januar 1997 in türkischer Sprache



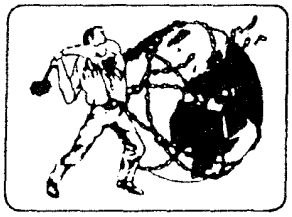
Bestellungen und Zuschriften bitte an:

„SPARTAKUS"

c/o Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/96 September 1996

Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen:

Der Polizeistaat bei der Arbeit!

Es war wie aus einem leicht vereinfachenden Lehrbuch über die Rolle des bürgerlichen Staates im Imperialismus: Während in Worms Mordtruppen der Nazis unter Polizeischutz eine Stunde lang ihre Parolen grölen konnten, während 300 deutsche Nazis ungehindert nach Polen ausreisen konnten und das Fußball-Länderspiel Polen-Deutschland nutzten, um massiv nazistische Propaganda zu verbreiten, waren ein Monat zuvor in Hannover und Bremen mit einem Polizeiaufgebot sondersgleichen die mehr oder minder politisch unangepaßten Punker-„Chaostage" verboten und mit großer Brutalität verhindert worden. Einige Wochen später wurden 313 von der Polizei als „links" eingestufte Demonstrantinnen und Demonstranten direkt aus dem Zug heraus in Grevesmühlen brutal festgenommen, um das Demonstrationsverbot durchzusetzen, das gegen die angemeldete Demonstration verhängt worden war, die sich gegen die Grevesmühlener Nazi-Szene richtete.

Es lohnt sich, anhand von diesen Schlaglichtern sich die Funktion des bürgerlich-imperialistischen Staates, seine Vorgehensweise, das Ausmaß der angewandten unterdrückerischen Methoden und die gleichzeitige Heuchelei vor Augen zu führen.

Hannover und Bremen: Der deutsche Polizeistaat in Aktion gegen die Punker-„Chaostage"!

Um jegliche Proteste im Zusammenhang mit den „Chaostagen" schon im Vorfeld zu verhindern, wurde ein ganzes ***Arsenal von polizeistaatlichen Mitteln*** aufgefahren.

Ein Aufgebot von 7000 Polizisten und Bundesgrenzschützern, zwölf Wasserwerfern, acht Räumpanzern sowie 20 Großraumhubschraubern stand bereit, um Hannover gegen Punks und Autonome abzuschirmen. Bereits eine Woche vor dem geplanten Beginn der „Chaostage" (2. bis 4. August 1996) wurden Punks von Polizei und Bundesgrenzschutz systematisch aus Hannover und dann auch aus Bremen vertrieben. Stadt- und Landesgrenzen wurden dicht gemacht, es gab ein Einreiseverbot für alle, die wie Punks aussahen. Am Freitag, den 2.8.1996, verbot auch die Stadt Bremen alle Ausweich- oder Ersatzveranstaltungen.

Speziell für die Polizeistaatsaktionen gegen die „Chaostage" wurde das niedersächsische Polizeigesetz geändert. Der Kern dieser Änderung besteht darin, daß jetzt ganz legal ohne richterliche Genehmigung vier Tage lang Personen präventiv festgenommen werden können, anstatt wie bisher nur 48 Stunden mit richterlicher Prüfung nach 8 Stunden (jw, 2.8.1996).

Allein in Hannover wurden Tausende Jugendliche, die mit Zügen ankamen, kontrolliert. 1315 wurden zurückgeschickt; insgesamt wurden 2360 „Platzverweise", in Hannover erteilt. Alle Betroffenen wurden in eine Datei aufgenommen; die Daten wurden auch nach Bremen weitergegeben. 571 Personen wurden insgesamt in Hannover und Bremen festgenommen. 141 strafrechtliche Ermittlungen laufen, größtenteils wegen des Verdachts „versammlungsrechtlicher Straftaten" (jw 6.8.1996).

Der große Teil der Festgenommenen mußte unter brutalen Bedingungen - gefesselt und ohne ein Mindestmaß an Hygiene - in Garagen auf einem ehemaligen Kasernengelände oder in Turnhallen ca. 20 Stunden ausharren. Sie wurden von der Polizei fotografiert, sie mußten zum Teil auf dem nackten Betonboden schlafen, erst nach 10 bis 11 Stunden bekamen sie etwas zu essen und zu trinken, nur wenige durften einen Rechtsanwalt verständigen (taz, 5./6./7.8.1996).

Mit welcher Brutalität die deutsche Polizei den Punks gegenüber vorgegangen ist, wird besonders deutlich an einem Beispiel: Auf der Sielwallkreuzung in Bremen fuhren am 3.8.1996 Polizisten in einem VW-Kleinbus absichtlich einen angetrunkenen Mann an, der über die Kreuzung torkelte, und dann, als er hingefallen war, überrollten sie sein Bein (FR, 6./7.8.1996).

Sämtliche Polizeistaatsaktionen waren gezielt und massiv durch systematische ***Hetze in den bürgerlichen Medien*** vorbereitet. Die angebliche „Gefährlichkeit" der Punks und damit der Polizeieinsatz wurden u.a. mit dem Hinweis auf „Alkoholexzesse", „demonstratives Urinieren in der Öffentlichkeit", „begründet", es wurde behauptet, das „Werfen von Steinen" sei für Punks genauso typisch wie das „Betreten von Kaufhäusern" (jw 4.7.96). Immer wieder wurde der Polizeiterror gegen die Punks mit dem angeblich so „hohen Sachschaden" der „Chaos-Tage" von 1995 gerechtfertigt.

Während gegen die Punker mit riesigem Polizei-Aufgebot vorgegangen wird, können zur selben Zeit in Hannover Nazi-Banden ungestört, ja unter dem Schutz der Polizei ihre nazistischen Aktionen zum „Heß-Gedenktag" vorbereiten. Ungehindert konnten sich nach Beobachtungen von Punks auch polizeibekannte Nazis in Hannover zwischen den Polizisten bewegen, die zur selben Zeit Jagd auf alle machten, die sie als „Punker" bezeichneten! (jw, 3.8.1996)

Es ist klar: Ganz gewiß sind die Punks in der Mehrheit keine hochpolitischen Aktivisten, sondern sie stellen sich mit mehr oder weniger richtigen und zum Teil auch falschen Inhalten und Formen gegen das vorherrschende deutsche Spießertum. ***Bei jedem bayerischen Oktoberfest wird der Boden mehr verkotzt und fallen mehr Reinigungsarbeiten an als bei zehn „Chaostagen" zusammen.*** Es geht also um eine Machtdemonstration gegen Jugendliche, um die offizielle Knüppelerziehung inklusive praktischer Übungsmöglichkeiten der Polizei für Bürgerkriegssituationen.

Worms: Nazi-Aufmarsch unter dem Schutz der Polizei!

Am 17.8.1996 zogen 250 Nazis nazistische Parolen grölend durch Worms und konnten anschließen eine einstündige Kundgebung in der Innenstadt abhalten. Als 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen das Nazi-Pack und die nazistische Propaganda vorgehen wollten, griff das anwesende SEK ein, ging gegen die antinazistischen Kräfte vor und schützte damit die Nazis und ihre Kundgebung. Offiziell waren zwar alle nazistischen „Heß-Gedenkveranstaltungen" verboten, faktisch erlaubte die Polizei jedoch mehrere Nazi-Aktionen: außer in Worms fanden z.B. auch in Bad Harzburg (Niedersachsen) und Merseburg (Sachsen-Anhalt) Nazi-Aufmärsche statt. Tatsache ist, daß die Polizei tatenlos zusah, wie sich die Nazis von ihrem Sammelplatz aus am Domplatz in Marsch setzten. Bereits seit dem 15. August hatte der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz Informationen über geplante Nazi-Aktionen im Raum Worms. Um 13.24 Uhr war dann der Sammelplatz „Worms, Hauptportal Dom" unter den Nazis bekanntgegeben und sofort vom Verfassungsschutz an das Landeskriminalamt von Rheinland-Pfalz weitergeleitet worden.

Polizeilich bekannt ist natürlich auch, daß Worms eine Nazi-Hochburg ist, daß sich dort in den letzten zwei Jahren regelmäßig über 100 Nazis zu nazistischen „Grillfesten" trafen. Dort fand auch die erste Nazi-Großveranstaltung nach

dem Nazi-Brandanschlag in Solingen statt (FR, 12.9.1996).

Grevesmühlen: Polizeiterror gegen die antinazistische Demonstration!

Am 31.8.1996 sollte im Anschluß an eine Kundgebung in Lübeck eine antifaschistische Demonstration in Grevesmühlen unter dem Motto „Gegen den herrschenden rassistischen Normalzustand in Deutschland" stattfinden. Der Ort Grevesmühlen wurde gewählt, um gegen die Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck vom 19.1.1996 anzukämpfen, bei dem 10 Flüchtlinge ermordet, und 38 Flüchtlinge zum Teil schwer verletzt worden waren; um gegen die rassistischen Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Safoan Eid anzukämpfen, einem ehemaligen Bewohner des Lübecker Flüchtlingswohnheimes, der von Polizei, bürgerlichen Medien und Staatsanwaltschaft zum „Täter" gemacht wird. Grevesmühlen wurde gewählt, um auf die dortige Nazi-Szene aufmerksam zu machen, aus der die vier Nazis kommen, die bis heute - trotz erdrückender Beweise dafür, daß sie zu den Nazi-Mördern von Lübeck gehören - durch eine beispiellose Kumpanei zwischen bürgerlichen Medien, Staatsanwaltschaft und Polizei geschützt werden.

Die Demonstration in Grevesmühlen wurde nach § 130 StGB, dem sogenannten „Volksverhetzungsparagraphen" verboten aufgrund von Formulierungen aus dem Demonstrationsaufruf wie „Bringen wir ihnen unsere Wut und unseren Haß" und „Den TäterInnen auf die Pelle rücken" (taz 28.8.1996).

GEGEN DIE STRÖMUNG

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Das war die staatliche Rechtfertigung dafür, daß am 31.9.1996 auf dem Grevesmühlener Bahnhof ca. 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten von 700 Polizisten eingekesselt und kurz darauf ohne Vorwarnung wahllos und brutal niedergeknüppelt wurden. Anschließend wurden die meisten der Demonstrantinnen und Demonstranten „in Gewahrsam genommen" und zu verschiedenen Sammelplätzen gekarrt, wo sie bis in die frühen Morgenstunden eingesperrt wurden.

Dies zeigt: In die Enge getrieben durch die internationale Öffentlichkeit und die Enthüllung der staatlichen Vertuschung des Nazi-Brandanschlags durch antinazistische Kräfte schlägt der Staat des deutschen Imperialismus - mit all seinen regionalen Besonderheiten - immer brutaler zu.

Die Polizeiaktion fand unter dem Applaus von rund hundert am Bahnhof versammelten Schaulustigen statt, darunter ca. 50 Nazis aus Grevesmühlen, die die antifaschistischen Demonstrantinnen und Demonstranten mit dem selbst nach deutschen Gesetzen verbotenen „Hitlergruß" und mit nazistischen Parolen am Bahnhof „begrüßt" hatten (taz 2.9.1996).

Deutsche Polizei ermöglicht Aufmarsch deutscher Nazis in Polen!

Rund 300 Nazis nutzten das Fußball-Länderspiel am 4.9.1996 zwischen Polen und Deutschland in Zabrze (Polen) für ihre nazistische Propaganda, die über das deutsche Fernsehen millionenfach verbreitet wurde. Immer wieder zeigten sie im Stadion den „Hitler-Gruß" und grölten Nazi-Parolen wie „Wir sind wieder einmarschiert" oder „Wir sind in Polen, um Juden zu versohlen". Ganz eindeutig war diese Nazi-Aktion langfristig vorbereitet: beim Abspielen der Nationalhymnen hielten die Nazis ein Transparent hoch mit der zynischen Aufschrift „Schindler-Juden, wir grüßen euch".

Wie verhielt sich der deutsche Staat? Vertreter der Polizei behaupten, während der Anreise der Nazis habe auf „deutscher Seite" nicht eingeschritten werden können. Die meisten „Störer" seien bis Zgorzelec mit Autos gefahren und erst dort in den Zug gestiegen, und ab da sei die polnische Polizei zuständig. Mit kaum zu überbietendem Zynismus wird die „Schuld" für den Nazi-Aufmarsch allein der polnischen Polizei in die Schuhe geschoben. Die Wahrheit sieht ganz anders aus:

Natürlich sind diese Nazis polizeilich bekannt, sie hätten jederzeit an der Grenze von der deutschen Polizei festgenommen werden können allein schon deshalb, weil sie noch in Deutschland während der Zugfahrt nazistische Parolen gebrüllt hatten, was nach dem sogenannten „Volksverhetzungsparagraphen" strafbar ist (FR, 6.9.1996). Und nach dem Nazi-Aufmarsch? Niemand wurde verhaftet und vor Gericht gestellt, obwohl die Gesichter namentlich bekannter Nazis im Fernsehen klar zu erkennen waren!

Wenn man die Begründungen für das Nicht-Eingreifen der Polizei im Fall der Nazis und den Polizeieinsatz zur Verhinderung der „Chaostage" gegenüberstellt, wird die Funktion des bürgerlichen Staates noch offensichtlicher: Im ersten Fall teilt das Bundesinnenministerium mit, daß Festnahmen bei der Anreise wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht möglich seien. Die Vermutung, jemand werde sich schlecht benehmen, reiche nicht aus (FR, 6.9.1996). Zur Durchsetzung des Verbots der „Chaostage" reichte genau diese Vermutung aus für den massiven, systematischen und brutalen Polizeieinsatz gegen die Punks!

☆ ☆ ☆

Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, daß der deutsche Staat gezielt die Nazi-Szene kontrolliert und dieser nur ab und zu „Mäßigung" verordnet. Die Nazis sind eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen, eine Art Reserve, die sorgsam geschützt wird gegen antinazistische Kräfte.

Allen Beschwörungen von „Gleichheit" zum Trotz, die uns tagtäglich von den bürgerlichen Medien und Politikern als die „demokratische Realität" in Deutschland vorgelogen wird, zeigt sich, daß die eh nur spärlich vorhandenen demokratischen Rechte für „linke" Kräfte immer weiter eingeschränkt und demontiert werden.

Der Gegensatz zwischen dem angeblich demokratischen Anspruch und der Realität in Deutschland muß systematisch entlarvt werden. Wir müssen eigenständige Kräfte mobilisieren, die keinerlei Illusionen in diesen Staat haben. Dabei gilt es, maximal alle existierenden Möglichkeiten im Rahmen der noch bestehenden demokratischen Rechte zu nutzen, und dennoch jederzeit damit zu rechnen, daß sie bald nicht mehr genutzt werden können. Bei diesen und anderen Fragen müssen wir ansetzen und die Rolle des Polizeistaates genauer hinterfragen, die Funktion des Staates im Kapitalismus überhaupt aufzeigen, seinen Klassencharakter offenlegen. Anlässe dazu sind mehr als genug gegeben.

Es ist unsere Aufgabe zu zeigen, daß der einzige Ausweg auf lange Sicht die proletarische Revolution, die Zerschlagung des ganzen bürgerlichen Staatsapparats durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Verbündeten und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist, wo nicht mehr wie im Kapitalismus eine kleine Minderheit die große Mehrheit mit einem gut ausgerüsteten Polizei- und Militärapparat unterdrückt, sondern wo die große Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten und Unterdrückten ihre früheren Herren niederhält und auf dieser Grundlage wirklich demokratische Verhältnisse für die Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten immer umfassender verwirklicht werden.

Es liegt an uns, massiver denn je gegen antidemokratische polizeistaatliche Manöver vorzugehen und dies maximal zu nutzen, um anknüpfend an solche Kämpfe das Programm der Kommunistischen Partei zu propagieren.

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mitttwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

* * * *Kritik und Selbstkritik* * * *

❑ Zur Diskussion gestellt: Anmerkung zum Flugblatt 9/96

"Der Polizeistaat bei der Arbeit"

In einer Diskussionsrunde gab es eine kurze Diskussion über folgende Stelle im Flugblatt:

> "Diese wenigen Beispiele zeigen deutlich, daß der deutsche Staat gezielt die Naziszene kontrolliert und dieser nur ab und zu `Mäßigung´ verordnet." (S. 2, Spalte 2 unten)

Dahinter steht, daß der Staat ja nun nicht hinter jeder Aktion der Nazis steckt, daß ihm doch wohl die ein oder andere Aktion der Nazis nicht unbedingt ins Konzept paßt. In "Rot Front" Nr. 2 wurde dies differenzierter und treffender beschrieben:

> "Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazibanden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten." (RF Nr. 2, S. 57)

Reichswehr,
Wehrmacht,
Bundeswehr,

zerschlagt das
deutsche Mörderheer!

Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Streuzettel
des Buchladen Dimitroff

Tod
dem deutschen
Imperialismus,
Revanchismus und
Militarismus!

Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Politische Stellungnahmen
zu Fragen des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus

von

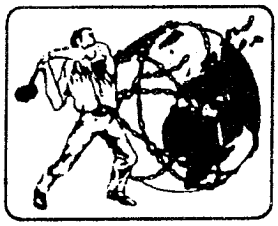
Gegen die Strömung

Die monatlichen Flugblätter von Januar 1989 - Dezember 1994,
Plakate des Buchladen Dimitroffs und Diskussionsbeiträge

Preis je Broschüre: 8,-- DM
(78 bzw. 82 bzw. 120 Seiten)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10/96 Oktober 1996

Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit:

Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!

Über hunderttausend Arbeiterinnen und Arbeiter legten in den letzten Wochen empört und voller Wut über mehrere Tage hinweg bei Mercedes, Opel, Bosch, BASF und vielen anderen Betrieben die Arbeit nieder und forderten die sofortige Rücknahme der Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit durch die Kapitalisten. Viele Kolleginnen und Kollegen spürten das erste mal, daß sie nicht ohnmächtig sind, daß sie eine Macht darstellen, wenn sie gemeinsam kämpfen. Um so größer war das Bemühen der aufgeschreckten Gewerkschaftsführer und bekannter Arbeiterbürokraten, diese Kämpfe möglichst schnell wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen und abzuwürgen.

Durch vorauseilenden Gehorsam gegenüber den Kapitalisten, durch Verhandlungsangebote und dem Appell an die Arbeiterinnen und Arbeiter, doch auf ihre „Verhandlungskunst" zu vertrauen, wollen die DGB-Arbeiteraristokraten die Situation in den Betrieben wieder befrieden. In den nächsten Wochen wird es entscheidend darauf ankommen, ob es oppositionellen und revolutionären Kräften in den Betrieben gelingt, darüber Klarheit zu schaffen, daß es in der Frage der Lohnfortzahlung nicht nur um eine Frage des Lohnes geht, sondern um die Abwehr eines viel weitergehenden Generalangriffes der Kapitalisten zur hemmungslosen Steigerung ihrer Profite auf Kosten der noch bestehenden minimalen sozialen Rechte der Arbeiterklasse und Werktätigen in diesem Land.

Worum es in diesem Kampf geht

Am 13.9.96 beschloß - im Auftrag und mit Unterstützung der deutschen Kapitalistenverbände - der Bundestag einen ganzen Katalog von Maßnahmen zur drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und weiter Teile der Werktätigen in Deutschland. Ein zentraler Punkt dabei: Die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 % des bisherigen Lohnes. Damit wurde offen das Beil an eine letztlich von der Arbeiterklasse vor 40 Jahren erkämpfte materielle Absicherung bei Krankheit gelegt.

Die Kapitalisten benutzen diese Verschlechterung der Lohnfortzahlung, um auf breiter Front eine Offensive zur Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu starten, um in den Fabriken und Betrieben die Kürzungen sofort umzusetzen. Dabei scherten sie sich einen Dreck um bestehende, sowieso in den letzten Jahren schon weitgehend ausgehöhlte Tarifverträge, die bisher die Lohnfortzahlung in Teilen der Industrie absicherten.

Angesichts der in den letzten Jahren immer mehr verschärften Intensität der Ausbeutung und Rationalisierung in den Betrieben durch realen Lohnabbau und immer weiterer Flexibilisierung der Arbeitszeiten (wie z.B. Einführung von Wochenendarbeit bei Ford oder Opel) stießen diese dreisten Angriffe der Bourgeoisie auf die geballte Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter, insbesondere in der Metall- und Chemieindustrie.

Die Kolleginnen und Kollegen haben aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen genau gespürt, daß nun verstärkt versucht werden soll, sie bei Krankheit dazu zu zwingen, weiter zu arbeiten, und diejenigen, die u.a. auch aufgrund jahrelanger Arbeitshetze krank werden, dafür auch noch zu bestrafen und selbst die in schweren, opferreichen Kämpfen errungenen minimalen sozialen Absicherungen völlig zu durchlöchern.

Ja es geht um mehr. Es geht darum, daß unter dem Schlagwort der „Leistungsgesellschaft" gegenüber den Kranken und Schwachen exemplarisch die sozialdarwinistische Mentalität des „Rechts des Stärkeren" festgeschrieben werden soll, der sich im „Überlebenskampf" gegen die „Schwächeren und Lebensunfähigen" durchsetzt.

Der beispielhafte Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metallindustrie 1956

„Was nützt uns der beste Lohn, wenn man immer diese Angst vor der Krankheit haben muß. Die ersten drei Tage gibt es überhaupt nichts - weder Lohn noch Krankengeld. Sehen Sie sich doch unsere älteren Kollegen einmal an! Keiner von ihnen kuriert eine kleine Krankheit aus. Wenn aber nachher ein richtiges Leiden daraus geworden ist, dann sind sie mit den paar Groschen Krankengeld (rund 50 % des Bruttoverdienstes) erst vollends elend dran. Uns ist es einen Streik wert, diese alte Ungerechtigkeit endlich aus der Welt zu schaffen!"
(Ein streikender Metallarbeiter gegenüber „Die Welt", 26.11.1956)

Am 24. Oktober 1956 begann einer der großartigsten Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter Westdeutschlands, der erst nach 114 Tagen am 15. Februar 1957 endete. Dieser Streik ragt nicht nur heraus, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter vier Monate lang den Versprechungen und Druckmaßnahmen von Kapitalisten und Polizei widerstanden. Der bis dahin längste Streik seit Gründung der deutschen Bundesrepublik wurde vielmehr auch im diametralen Gegensatz zur schamlosen Abwiegelei der Gewerkschaftsführung geführt.

Am 11./12. Oktober verwarfen in einer Urabstimmung rund 88 Prozent der etwa 65.000 Metallarbeiterinnen und -arbeiter Schleswig-Holsteins die bisherigen Verhandlungsergebnisse der IG-Metall-Führung und sprachen sich für Streik aus. Der Streik erfaßte 38 Betriebe, darunter 11 große Werften, mit über 34.000 Metallarbeiterinnen und -arbeitern.

Im Mittelpunkt der Forderungen stand eine wesentliche Verbesserung der betrieblichen Sozialleistungen. Der Streik richtete sich speziell auch gegen die Diskriminierung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Vergleich zu den Angestellten bei Krankheit. Während kranke Angestellte einen gesetzlichen Anspruch auf die Weiterzahlung des Gehaltes für sechs Wochen hatten, und zwar vom ersten Tag der Krankheit an, erhielten Arbeiter von der Krankenkasse erst nach drei Karenztagen für die Dauer von lediglich

Oktober 1996: Tausende streiken bei BASF gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit

Oktober 1956: Ein Streik-LKW kurz vor seinem Einsatz

28 Tagen nur etwa 50 % des Nettolohnes als Krankengeld! Die Forderungen lauteten dementsprechend unter anderem:

- **Vollen Lohn für die ersten drei Krankheitstage, für die die Krankenkasse den Stundenlöhnern kein Krankengeld zahlt.**
- **Lohnausgleich zwischen Nettolohn und Krankengeld bis zu sechs Wochen.**

Die Kapitalisten wandten - wie immer - die verschiedensten Mittel an, um die geschlossene Front der Streikenden zu durchbrechen: Erst schmeichelnde Briefe an die „lieben Mitarbeiter", dann blaue Brief mit Entlassungsbescheiden! Für zugesagte Stipendien und versprochene Werkswohnungen wurde die Zurücknahme der Zusage angedroht, wenn die betreffenden Arbeiterinnen und Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen. Mittels großer Inserate versuchten die Unternehmer auch die Öffentlichkeit gegen den Streik aufzubringen. Sie erreichten damit ihre Ziele aber nicht.

Auch in der zweiten Urabstimmung vom 7. Januar 1957 lehnten die streikenden Metallarbeiter und -arbeiterinnen den Schiedsspruch der Schlichtungskommission wiederum entschieden ab. 97,4 Prozent der stimmberechtigten organisierten Metallarbeiterinnen und -arbeiter sprachen sich für die Fortsetzung des Streiks aus!

Dieser erste Spruch war mit den Stimmen der Kapitalisten und des Vorsitzenden der Schlichtungskommission zustande gekommen und anerkannte die Hauptforderungen der Streikenden nicht an. Angesichts der Kampfentschlossenheit der Arbeiterinnen und Arbeiter konnte es sich die IG-Metall nicht erlauben, diesem ersten Einigungsvorschlag zu zustimmen, den der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein am 10. Dezember 1956 unterbreitet hatte.

Gleich danach aber fiel die IG-Metall-Führung den Arbeiterinnen und Arbeitern offen in den Rükken! Unter unmittelbarer Federführung Adenauers heckte die IG-Metall-Führung gemeinsam mit den Kapitalistenvertretern den sogenannten „Bonner Vertrag" aus, der weit unter den Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter blieb.

Die sogenannte „Große Tarifkommission" der IG-Metall setzte sich über den Streikbeschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter hinweg und forderte die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf!

Auch in der dritten Urabstimmung sprachen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter mit 76,24 Prozent für die Fortsetzung des Streiks aus!

Das war eine kräftige Ohrfeige für die IG-Metall-Kapitalistenpaktierer! Auf einer Versammlung warfen 500 Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht wußten, wie sie vor die Arbeiterinnen und Arbeiter treten sollten, der Gewerkschaftsspitze so massiv „Verrat" und „Umfallen" vor, daß die Versammlung von der Gewerkschaftsführung vorzeitig beendet wurde. Alle weiteren Großveranstaltungen wurden schnellstens abgesagt, da ähnliche Reaktionen befürchtet wurden.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst reagierten mit größter Empörung auf den „Bonner Kuhhandel". Vor den Streiklokalen wurden die „Streiknachrichten" vom 29. Januar 1957 verbrannt, in denen der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit aufrief. Örtliche Funktionäre organisierten Gegenversammlungen, in denen sie mit aller Schärfe gegen die Haltung der Gewerkschaftsführung protestierten. In den Versammlungen lasen Arbeiterinnen und Arbeitern den Funktionären ihre eigenen Durchhalte-Reden vor. Auf selbstgefertigten Plakaten wurden die Parolen „Wir streiken weiter" und „Durchhalten" proklamiert.

Der Streik ging weiter! Um den Streik abzuwürgen, war es jetzt die IG-Metall-Führung selbst, welche die „Schlichtungsstelle" anrief. Die Kapitalisten waren nur zu geringfügigen Verbesserungen gegenüber dem „Bonner Vertrag" bereit. Gegen das eindeutige Streikvotum der dritten Urabstimmung der Arbeiterinnen und Arbeiter billigte die IG-Metall den sogenannten „Kieler Entwurf", der im wesentlichen bis in den Wortlaut hinein mit dem „Bonner Vertrag" gleich blieb.

Der IG-Metall-Vorstand mobilisierte nun aus ganz Westdeutschland seine Funktionäre nach Schleswig-Holstein. Diese sollten die Streikenden bearbeiten und zur „Vernunft" bringen. Gleichzeitig begann die IG-Metall ganz im Stil der Kapitalisten materiellen Druck auf die Streikenden auszuüben: Sie kürzte Sonderleistungen oder stellte diese ganz ein!

DGB-Funktionäre bei der Arbeit: Abwiegeln im Dienst des Kapitals!

■ Als ob es vor dem 13.9.96 keinen Kapitalismus in Deutschland, keine Ausbeutung und Arbeitshetze in den Betrieben gegeben hätte, warf G. Kronawitter, IG-Metall-Bezirksleiter Frankfurt/M., den Kapitalisten *„soziale Gefühlskälte"* vor:

> **„Sie machen alles kaputt, was diesem Land jahrzehntelang inneren Frieden gegeben hat".**

Welche Ängste diesen Arbeiteraristokraten dabei wirklich trieben, wird deutlich, wenn er davor warnt, daß die Kapitalisten sich *„nicht wundern"* dürften,

> **„wenn diese Angst *(der Arbeiter, A.d.V.)* unversehens in Aggression umschlage. Und zwar gegen alles, auch gegen die Arbeitgeber".**
> (Aus: Metall Nachrichten Frankfurt vom 30.9.96)

■ Die Sorgen des DGB-Arbeiterbürokraten Bernd Frank, Betriebsrat bei Mercedes-Benz in Mannheim, bestehen darin, ob es ihm gelingen wird die Politik der Abwiegelei und Zusammenarbeit mit den Kapitalisten gegen die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen:

> **„Wir wollen uns mit der Konzernleitung verständigen, deswegen müssen die Leute ruhig halten. ... Die Kollegen würden am liebsten alles hinschmeißen. ...Wir müssen jetzt erst einmal sehen, wie sich die ganze Sache entwickelt. Wir halten uns vorerst an die geltenden Regeln. ... Die Voraussetzung ist, daß wir die Leute überhaupt so lange bei der Stange halten können. Am Mittwoch Morgen ist es bei uns eskaliert. Wir haben riesige Probleme, die Leute ruhig zu halten."**
> (junge welt, 26.9.96)

Streiks und Kundgebungen vom 23.9.96 bis zum 9.10.96 gegen den Angriff der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit:

23.9.96: Die Frühschicht einer Molkerei in Schlüchtern (Hessen) streikt drei Stunden um ihrer Forderung nach Absicherung der Lohnfortzahlung bei Krankheit in den laufenden Tarifverhandlungen Nachdruck zu verleihen. (junge welt, 24.9.96)

25.9.96: Im Bremer Mercedes-Werk kommt es immer wieder zu kurzen Protestaktionen. 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter legen spontan die Arbeit nieder. Im Kasseler Mercedes-Werk treten 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Warnstreik. (TAZ 26.9.96, FAZ 26.9.96, jw 1.10.96)

26.9.96: In den Mercedes-Werken Sindelfingen, Stuttgart-Untertürkheim, Mettingen, Hedelfingen, Mannheim, Bremen und Berlin treten 27.000 Arbeiterinnen und Arbeiter für zwei Stunden in den Streik. 1500 Kolleginnen und Kollegen der Alcatel SEL in Stuttgart beteiligen sich an Kundgebungen. (jw 27.9.96, FR 27.9.96, jw 1.10.96)

27.9.96: 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Bremer Mercedes-Werk legen die Arbeit nieder und beteiligen sich an einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude. (TAZ 28.9.96, jw 1.10.96)

28.9.96: 23.000 Arbeiterinnen und Arbeiter verweigern in den Mercedes-Werken Sindelfingen, Stuttgart-Untertürkheim und Bremen bereits gepiante Sonderschichten am Wochenende. (jw 30.9.96)

30.9.96: 3000 Mercedes - Arbeiterinnen und Arbeiter in Düsseldorf legen die Arbeit nieder und versammeln sich vor dem Betriebsratsbüro zu einer Kundgebung. Im Bremer Mercedes-Werk treten 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Frühschicht in den Streik. Nach einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude formiert sich eine kurze Demonstration außerhalb des Werkes. (jw 1.10.96)

1.10.96: Der bisherige Höhepunkt des Kampfes wird erreicht. Mehr als 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter streiken in ganz Deutschland. Allein in 50 Mercedes -Werken (u.a. Sindelfingen, Untertürkheim, Berlin, Hamburg, Friedrichshafen, Bremen, Varel, Kassel, Mannheim, Wörth, Gaggenau, Gelsenkirchen, Saarlouis) wird die Arbeit niedergelegt. Auch Arbeiterinnen und Arbeiter der DASA und DEBIS beteiligen sich daran. Allein 18.000 Arbeiterinnen und Arbeiter streiken bei Opel in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Bochum. In den Kölner Ford-Werken nehmen 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Protestaktionen teil. 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Aachener Philippswerke beteiligen sich an einer Kundgebung auf dem Betriebshof. Protestaktionen gibt es bei Stihl in Waiblingen und den Heidelberger Druckmaschinen. In vielen Städten kommt es außerhalb der Betriebe zu kämpferischen Demonstrationen und Kundgebungen. (jw 2.10.96, jw 4.10.96, TAZ 2.10.96, FAZ 2.10.96)

2.10.96: 2400 Arbeiterinnen und Arbeiter der Mercedes-Werke Sindelfingen, Gaggenau und Rastatt beteiligen sich an Protestaktionen. Kolleginnen und Kollegen der Robert Bosch AG treten in den Warnstreik. 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Fichtel & Sachs legen für eine Stunde die Arbeit nieder. 600 Arbeiterinnen und Arbeiter von Danfoss in Flensburg beenden frühzeitig die Früh- und Nachtschicht. (FAZ 4.10.96)

7.10.96: 4000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Bremer Mercedes-Werkes legen für eine halbe Stunde die Arbeit nieder. Ein kleinerer Teil nimmt die Arbeit nicht wieder auf. Arbeiterinnen und Arbeiter in Fulda streiken drei Stunden in der größten hessischen Molkerei. (jw 8.10.96, TAZ 8.10.96)

9.10.96: 15.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der BASF in Ludwigshafen beteiligen sich an einer Kundgebung. (TAZ 10.10.96)

Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!

Extrem niedrige Löhne, die oftmals gar nicht ausbezahlt werden, Unfallschutz und Arbeitssicherheit sind fast gleich Null, 12-Stunden-Tage sind der Normalfall, auch 16-Stunden-Tage sind keine Seltenheit, zusammengepfercht in überfüllten „Wohn"-Containern, gemeinsame Razzien von IG-Bau-Führung und Polizei, staatliche Abschiebungen und nicht nur rassistische Beschimpfungen und Aktionen durch Arbeiteraristokraten der IG-Bau, sondern auch ein zunehmender Rassismus von rassistisch verhetzten deutschen Arbeitern bis *hin zu nazistischen Angriffen und Nazi-Mordanschlägen* - das alles prägt inzwischen den „Alltag" der meisten Bauarbeiter aus anderen Ländern, insbesondere auch der „illegal" arbeitenden, die zu den am brutalsten ausgebeuteten Teilen der Werktätigen in Deutschland zählen.

Hier nur einige Schlaglichter:

● Ende Juni 1995 wurde in Frankfurt/Oder mit einem Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen *etwa 300 vermeintlich „illegale"* polnische Arbeiter mit äußerster Brutalität vorgegangen. Diese wurden festgenommen, in einen Lagerraum getrieben und schließlich ausgewiesen. Bei dieser regelrechten Treibjagd kam es zu Szenen, die ältere Menschen in Polen an den Terror während der Nazi-Okkupation erinnerten. Als Solidaritätsaktion mit den inhaftierten und ausgewiesenen polnischen Arbeitern besetzten über hundert polnische Jugendliche die Oderbrücke und blockierten eine Stunde lang den Grenzverkehr (jw, 27.6.1995, jw, 13.7.1995)

● An den staatlichen Razzien gegen „illegal Beschäftigte" beteiligen sich die Arbeiteraristokraten und -bürokraten der IG-Bau bundesweit. Es läuft immer nach dem gleichen Schema ab: Es wird versucht, vor Ort Betriebsräte zu bespitzeln, um an Informationen zu kommen, es werden selbstständig Kontrollen durchgeführt, die Zollbehörde wird verständigt, die dann polizeiliche Razzien organisiert. „So läuft das immer ab", erklärt der Arbeiterbürokrat Hans Schmid von der IG-Bau Hamburg, um „Ordnung auf unseren Baustellen" zu schaffen (jw, 25./26.5.1996).

● Auch der Terror der Nazis richtet sich zunehmend gegen Bauarbeiter aus anderen Ländern. Drei Bauarbeiter aus England, Noel M., Arthur B., und Michael R., wurden am 17.6.1996 auf dem *Bahnhofsvorplatz von Mahlow (bei Berlin)* von ca. 10 Nazis wegen ihrer dunklen Hautfarbe rassistisch angepöbelt. Als sie die Stadt mit ihrem Auto verlassen wollten, wurden sie von einem VW-Golf verfolgt, und nazistische Mörder warfen einen großen Stein in die Scheibe der Fahrertür, so daß sich draufhin das Auto mehrere Male überschlug. Noel M. wurde in die Intensivstation eingeliefert, mußte künstlich beatmet werden und ist seit dem Mordanschlag vom Nacken ab querschnittsgelähmt. Seine beiden Kollegen wurden leicht verletzt. Von der Polizei und Staatsanwaltschaft wurden die Nazi-Opfer wie Täter behandelt, die Nazis wurden über einen Monat nicht belangt: Als die Polizei am Unfallort eintraf, interessierte sie sich nicht für den Nazi-Angriff, sondern in rassistischer Manier nur für die Pässe der Bauarbeiter. Die Staatsanwaltschaft versuchte den Nazi-Angriff umzudrehen in eine angebliche Verfolgung der Nazis durch die Bauarbeiter, um die Nazis zu entlasten. Über einen Monat konnten sich die Nazis weiterhin am Bahnhofsvorplatz treffen, ohne daß die Polizei irgend etwas unternahm, erst am 24.7.1996 wurden zwei Nazis, Heiko H. und Mario P. aufgrund einiger Solidaritätsaktionen - u.a. eine antifaschistische Solidaritätsdemonstration in Mahlow am 27.7.1996 -, vermehrter Berichte in der deutschen bürgerlichen Presse und Fernsehen und auch Berichten in der englischen *bürgerlichen Presse festgenommen und Haftbefehl* erlassen, allerdings keineswegs wegen Mordversuch, sondern lediglich wegen „schwerer Körperverletzung und schwerem Eingriff in den Straßenverkehr". Alle anderen Nazis laufen nach wie vor frei herum und können ihre rassistischen Angriffe fortsetzen (jw, 24.-26.7.1996).

In der Nacht zum 1.10.96 wurden in Trebbin (Brandenburg) drei italienische Bauarbeiter Opfer eines *brutalen nazistischen Überfalls, zwei der Arbeiter* wurden dabei von den Nazis mit Baseballschlägern schwer verletzt, der eine liegt mit Schädelbruch im Koma. Kollegen brachten die Schwerverletzten ins Krankenhaus, und auf dem Rückweg wurde einer von ihnen erneut von Nazis angegriffen. Er erlitt einen Nasenbeinbruch. Ein paar Tage später stürmten fünf Nazis die Stammkneipe der Bauarbeiter, zerstörten große Teile des Inventars und bedrohten den libanesischen Besitzer des Lokals. Die Bauarbeiter haben nach dem Nazi-Angriff tagelang nicht geschlafen aus berechtigter Angst, daß es zu weiteren Nazi-Angriffen kommen könnte. Viele Bauarbeiter überlegten sich angesichts dieser Situation möglichst schnell aus Deutschland zu flüchten, um ihr Leben zu retten. Ein paar Tage nach dem Überfall der Nazis nutzten die Kapitalisten die Angst der Bauarbeiter ganz bewußt aus: Die ausstehenden Lohnfortzahlungen wurden verweigert und mit der Abreise spekuliert. Doch die Bauarbeiter ließen sich nicht unterkriegen und hatten eine richtige Antwort für die Kapitalisten parat: sie besetzten einen Baukran, forderten die Auszahlung der ausstehenden Löhne und konnten mit dieser Aktion auch eine vorübergehende Zusage der Kapitalisten nach teilweiser Lohnauszahlung erkämpfen (FR, 4./5.10.1996, jw, 16.10.1996).

● Besonders alarmierend ist, daß sich zunehmend auch deutsche Bauarbeiter an chauvinistischen und rassistischen Aktionen und Schikanen gegen ihre Kollegen aus anderen Ländern beteiligen. In Hamburg wollten deutsche Bauarbeiter die Toiletten mit ihren polnischen Kollegen nicht mehr teilen, weil diese angeblich so dreckig wären. Darufhin wurde ein Container aufgestellt, mit der rassistischen Parole: „Nicht für Polen". Ebenfalls in Hamburg wurde eine Baustelle, wo viele Bauarbeiter aus anderen Ländern arbeiten, mit einer Menschenkette umzingelt, *um in rassistischer Manier auf die „vielen Ausländer"* aufmerksam zu machen (jw, 25/26.5.1996).

● Die Bauarbeiter aus anderen Ländern nehmen dies alles allerdings nicht widerstandslos hin. So besetzten 100 Bauarbeiter aus Italien im Juni 1996 eine Woche lang eine Baustelle in Berlin, um ihren seit drei Monaten ausstehenden Lohn zu erkämpfen. Nach einigen Tagen wurde Polizei eingesetzt, die die Baustelle räumte, doch sie wurde erneut besetzt. Bauarbeiter aus Portugal, die die Arbeit auf der Baustelle fortführen sollten, ließen sich nicht als Streikbrecher einspannen. Inzwischen sind die Bauarbeiter gekündigt und nach Italien abgereist. Von ihrem ausstehenden Lohn von pro Person bis zu 12.000 DM hat jeder nur 400 DM erhalten, was noch nicht einmal für die Zugfahrkarte reichte (jw, 21./27.6.1996).

***

Jede wirklich ernste gewerkschaftliche Bewegung muß von vornherein gegen all diese Tendenzen massiv und militant, Seite an Seite mit den rassistisch, nationalistisch und polizeistaatlich bedrohten Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern kämpfen. Massive militante Aktionen gegen den Nazi-Terror, Schutz vor Razzien und folgende Abschiebungen und für Lohnerhöhung für die "Illegalen" seitens der zu Tariflöhnen arbeitenden Bauarbeitern, egal welcher Nationalität, müssen ein erster Schritt sein, um den verfluchten und keinesfalls unwirksamen Aktionen zur Spaltung der Bauarbeiter entgegenzutreten.

Wenn jeder einzelne Kapitalist, der zu sklavenhalterischen Bedingungen Arbeiter beschäftigt, ihren Lohn raubt und keinerlei Unfallschutz bietet, wüßte, daß am nächsten Tag die Bauarbeiter gemeinsam „seinen Laden" auseinandernehmen und seine Praktiken anprangern, wenn er durch solche Kämpfe gezwungen würde doppelt und dreifach die geraubten Löhne zu ersetzen, dann wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan. Eine Aktion in diese Richtung führten irische Bauarbeiter im Oktober 1994 durch. Um ihre nicht ausgezahlten Löhne zu erkämpfen haben sie den gerade von ihnen gebauten Dachstuhl mit Kettensägen in kleine, handliche Teile zerlegt. Sie hinterließen ein „Bekennerschreiben": „Hugo R.: Kein Geld - kein Dach."

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen von vornherein, ohne Wenn und Aber jegliche Hetze gegen die durch den Kapitalismus zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern bekämpfen. Jegliche „Sondergesetze" wie das „Ausländergesetz" sowie „Zuzugsregelungen", „Einwanderungsgesetze" usw. dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die deutsche Arbeiterklasse mit dem Geist der Überheblichkeit und des Chauvinismus anzustecken. Jede fortschrittliche Arbeiterbewegung muß unbedingt für die ***gleichen Rechte*** aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen, die ursprünglich aus anderen Ländern kommen, eintreten, für die Abschaffung des „Ausländergesetzes" und gegen jede Einwanderungsbeschränkung kämpfen, gegen jegliche Sondergesetze und *gegen jede Beschränkung für Arbeiterinnen* und Arbeiter ohne deutschen Paß.

Der Grundgedanke der proletarisch-internationalistischen Solidarität, das Ziel des Zusammenschlusses über die Grenzen der Staaten und Nationalitäten hinweg muß bei all diesen Kämpfen im Vordergrund stehen.

In der vierten Urabstimmung sprach sich noch immer nur eine Minderheit von 30 Prozent für die Aufnahme der Arbeit aus, während annähernd Zweidrittel den Kieler Kuhhandel ablehnten. Aber das reichte gemäß Satzung der IG-Metall aus, um den Streik zu beenden.

Die Gewerkschaftsführung tat genau das, was sie in den Jahrzehnten bis heute dann immer und immer wieder praktizierte: sich zuerst als wahrhaftige Interessenvertretung der Arbeiterinnen und Arbeiter aufspielen, um die Kampfbereitschaft aufzufangen, um sodann jeden effektiven Kampf zu hintertreiben und abzuwürgen, und sich sogar offen über das Votum der streikenden Belegschaften hinwegzusetzen! (Besonders schamlos hat sich zuletzt die ÖTV-Führung 1992 über das Urabstimmungsergebnis ihrer Mitglieder hinweggesetzt. Siehe dazu das ***Flugblatt von „Gegen die Strömung" vom Juli 1992: „Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!"***)

Gerade in der heutigen Situation muß mit allem Nachdruck unterstrichen werden, daß es letztlich das Verdienst der kämpfenden Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein im Jahr 1956 war, daß der kapitalistische Staat sich gezwungen sah, nur wenige Jahre später die Lohnfortzahlung bei Krankheit gesetzlich zu verankern. Einen nicht unwesentlichen Anteil an der Ausdauer dieses großen Kampfes hatte die konsequente Haltung großer Teile der Flensburger Werftarbeiter, die der dänischen Minderheit angehörten. Außerdem hatten kommunistisch orientierte Arbeiter noch großen Einfluß unter den Arbeitern in Kiel und der dortigen Howaldt-Werft, denen es gelang, die Mehrheit der in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter gegen die DGB-Fürsten zusammenzuschließen.

Die Metallarbeiterinnen und -arbeiter haben damals ihren schweren Kampf nicht nur für sich ge-

führt, sondern auch für die nächsten Generationen. Das muß für uns heute zusätzlich Verpflichtung und Antrieb sein, diese erkämpften Errungenschaften zu verteidigen und den Kampf weiterzuführen.

Wie verhält sich die DGB-Führung heute?

Schon kurz nach den ersten Streiks gegen das unverschämte Vorgehen der Bourgeoisie unternahmen Funktionäre der IG-Metall hektische Versuche, die immer wieder aufflammenden Streiks in einzelnen Betrieben wieder einzudämmen und unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Auch im Kampf gegen die Lohnfortzahlung zeigt sich für die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder einmal, daß die ganze Macht des DGB-Apparates nicht im Interesse ihres Kampfes entfaltet wird, sondern im Gegenteil sich wieder einmal als Hindernis erweist. Es gibt unzählige Beispiele, wo die DGB-Führer sich als Streikverhinderer, Streikbrecher, als Heuchler und Lügner erwiesen haben!

Doch es nützt nichts, darüber zu jammern und es ist ganz falsch, die eigene Untätigkeit damit zu entschuldigen. Der Kampf der Metaller in Schleswig-Holstein vor 30 Jahren zeigt, daß ein Kampf auch ohne und gegen die DGB-Führung möglich ist!

Sich auf die eigene Klassenkraft verlassen, den Kampf in die eigenen Hände nehmen!

Es geht darum, die Einsicht zu fördern und vertiefen, daß bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen - dann sind sie verlassen! Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf Erfolge erzielen.

In diesem schwierigen und umfangreichen Kampf gilt es, einige grundlegende Ausgangspunkte für den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften festzuschreiben:

- **Die Einheit zwischen den untersten Schichten der Arbeiterklasse unabhängig von Nationalität, Religion und Hautfarbe ist unverrückbarer Ausgangspunkt.**
- **Die Formen des Kampfes müssen darauf orientiert sein, den legalistischen Rahmen (z.B. das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz), der kaum oder gar keinen Erfolg ermöglicht, zu sprengen, und auf Betriebsbesetzungen, langandauernde, immer mächtiger werdende Streiks, kämpferische Aktionen auf der Straße usw. das Hauptgewicht zu legen.**
- **Dabei ist besonders wichtig, daß der eigene Kampf im Betrieb in einer Region nicht isoliert wird, daß der Kampf ausgeweitet, über Einzelgewerkschaften, Branchen und Regionen hinaus breit verankert und von vornherein auch mit dem Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern verbunden wird.**
- **Es muß vor Ort und darüber hinaus der möglichst enge Kontakt und die enge Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Jugendbewegung hergestellt werden, die gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Terror kämpft, die sich konsequent demokratische und revolutionäre Aufgaben stellt.**
- **Es muß in einer demokratischen Atmosphäre Raum und Gelegenheit für grundlegende Debatten geben, um das ganze System des Kapitalismus in Frage zu stellen, und Perspektiven für ein anderes Gesellschaftssystem zu diskutieren, revolutionäre und kommunistische Positionen nicht auszugrenzen, sondern gründlich und der Situation entsprechend zu debattieren.**

Das alles erfordert, daß die am wirklichen Kampf gegen das Kapital interessierten Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft einen umfangreichen ideologischen und organisierten Kampf gegen das gesamte Arsenal des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der klassenversöhnlerischen Partnerschaftsideologie sowie den Aberglauben an den Staat führen müssen, um Kolleginnen und Kollegen selbständig, ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten zu mobilisieren.

Dabei müssen wir uns auf einen harten Kampf mit allen Spielarten des Reformismus, des Revisionismus und des Opportunismus, der Abwiegelei und des Verrats auch innerhalb der Gewerkschaften einrichten.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten, egal welcher bürgerlichen Partei sie angehören, gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt - das ist der einzig mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, gegen Massenentlassungen, Lohnraub und den Abbau der sozialen Rechte, gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten durchsetzen zu können.

Die wirklich kommunistischen Kräfte werden in alle berechtigten Tageskämpfe ihre Kampfkraft, ihre Aktivität, ihre Argumentation hineintragen, und diese Kämpfe nach Kräften unterstützen. Sie werden dabei nicht verschweigen, daß aus jedem Abwehrkampf auf lange Sicht nur dann ein Erfolg hervorgehen kann, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter offensiv das Kapital und seinen Staat, das System des Kapitalismus angreifen, das Ausbeutersystem mit allen seinen Wurzeln diktatorisch beseitigen und für eine sozialistische und dann kommunistische Gesellschaft kämpfen.

★

Die Arbeiteraristokratie - Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung

Die eigenen Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter zeigen immer wieder, daß die ganze Macht des DGB-Apparates nicht im Interesse ihres Kampfes entfaltet wird, sondern im Gegenteil sich als Hindernis erweist. Dies liegt nicht allein und nicht vor allem an bestimmten Personen an der Spitze, die nur auszuwechseln wären. Diese Dinge haben tiefere Ursachen, die der folgende Auszug aus „Rot Front" Nr. 2, Juli 1996, dem theoretischen Organ von „Gegen die Strömung" (S.128-129) erläutert:

Über den Profit hinaus, den die deutschen Imperialisten aus den „eigenen" Arbeiterinnen und Arbeiter herauspressen, bringt vor allem die gigantische und besonders brutale Ausbeutung anderer Völker und auch der in Deutschland lebenden Werktätigen aus anderen Ländern riesige Extraprofite in vorher nicht gekanntem Ausmaß. Ein Teil dieser Extraprofite verwenden die deutschen Imperialisten dazu, eine besondere Schicht der Arbeiterklasse als ihre Agentur zu kaufen und heranzuzüchten. Vor allem die „Aufseher" und „Unteroffiziere" in den Betrieben, aber auch Teile der besser qualifizierten Arbeiter werden durch Privilegien deutlich bevorzugt und von den unteren Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft. Sie sind in ihrer gesamten Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert.

Diese gegenüber der gesamten Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie, bildet – neben dem Kleinbürgertum – die soziale Basis der Bourgeoisie und des Oppbrtunismus in der Arbeiterbewegung und ist Feind der proletarischen Revolution. Sie ist ein Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer konterrevolutionären Ideologie, Stoßtrupp des Reformismus, des Antikommunismus und deutschen Chauvinismus und Rassismus, sowohl gegenüber den hier lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern als auch gegenüber den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern. Aus der Arbeiteraristokratie geht die Arbeiterbürokratie hervor, die vor allem aus den Bürokraten des DGB-Gewerkschaftsapparates besteht.

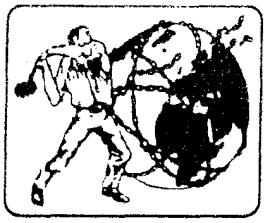
BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mitttwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11/96 November 1996

Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen - Der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen" - Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!

Nazis und Polizei - Mord und Totschlag!

Die Situation in Deutschland 1996 verschärft sich für alle Menschen, die von rassistisch-nationalistischem Terror bedroht sind, fast täglich. Mord und Totschlag werden von der sogenannten „Öffentlichkeit" nur ganz am Rande registriert. Das hat seinen Grund unter anderem in einem mehr und mehr perfektionierten System, das Gegenwehr und Demonstrationen schon im Keim durch Medienmanipulation erstickt. Während der staatliche Abschiebeterror Monat für Monat bis zu 3000 Menschen aus Abschiebegefängnissen und Abschiebehaft heraus „verschiebt", oftmals in Länder, wo Folter und staatlicher Mord an der Tagesordnung sind, haben die bürgerlichen Medien die von der deutschen Polizei erschossenen Menschen aus anderen Ländern, von Nazis Ermordeten, die von Brandanschlägen verkohlten Leichen in winzigen Pressemeldungen - wenn überhaupt - abgewickelt.

Es muß durch eigenständige Ermittlungen, eigenständige Recherche und eigenständige Aktionen, in Deutschland und international, die mörderische Fratze dieses Staates und seiner Nazibanden, wie sie einzeln auftreten und wie sie gemeinsam unter Deckung der bürgerlichen Medien arbeiten, entlarvt und bekämpft werden.

Polizei erschießt Migranten aus Griechenland in Nürnberg

Am 4. Oktober 1996 wurde der Grieche Vassilis zusammen mit anderen Migranten in Nürnberg von einer Polizeistreife angehalten. Er wurde festgenommen, weil ein Haftbefehl wegen angeblicher „Leistungserschleichung" gegen ihn vorliegt. Er versuchte wegzulaufen. Unbewaffnet und laut Zeugenaussagen bereits ***mit Handschellen gefesselt wurde er von einer deutschen Polizistin aus 15 Meter Entfernung durch mehrere Schüsse in den Rücken ermordet.***

„Zum Märtyrer hochstilisiert wird ein Rauschgiftsüchtiger, während keiner an die junge Polizeibeamtin denkt, die nur ihre Pflicht für die Allgemeinheit tat", so der zynische Kommentar von Peter von der Grün, Polizeipräsident von Nürnberg. Die bürgerlichen Medien verbreiten die Polizeiversion: Vassilis wird faktisch als „Drogendealer" hingestellt, als „Krimineller", was dazu dient den Mord zu rechtfertigen, ja als angebliche „Notwehr" hinzustellen.

Am 12.10.1996 demonstrierten ca. 700 Menschen unter dem Motto „Schluß mit der Polizeigewalt" in Nürnberg gegen den Polizeimord. Begleitet wurde die Demonstration von einem massiven „Sicherheitsaufgebot" unter anderem von Einheiten der berüchtigten Polizeispezialeinheit USK. Im Sommer hatten Mitglieder einer solchen Spezialeinheit in ihrer Kaserne eine nazistische Heß-Gedenkfeier veranstaltet, mit Transparent, Hitlergruß und Naziliedern.

Bei einer Gedenkkundgebung am 19.10.1996 wurden ca. 600 Flugblätter mit dem Titel „Vassilis wurde ermordet - Rassismus ist kein Unfall" von der Polizei beschlagnahmt, die Polizistin, die Vassilis erschossen hat, ist Tage nach dem Mord immer noch angeblich „vernehmungsunfähig".[1]

Nazi-Mord an Achmed Bachir aus Syrien in Leipzig

Am 23. Oktober 1996 wurden von den Nazis Daniel Z. und Norman E. in einem Gemüseladen in Leipzig die Auslagen umgeworfen, zwei Verkäuferinnen wurden rassistisch beschimpft und an-

Zur Nazi-Hochburg Wurzen bei Leipzig

Die Stadt Wurzen (30 km von Leipzig) und der gesamte Landkreis (Muldentalkreis) steht nach Einschätzung lokaler antifaschistischer Gruppen faktisch unter der militanten Kontrolle der Nazis. Am Aufbau der örtlichen Nazi-Szene waren geschulte Kader der „Nationalistischen Front" maßgeblich beteiligt. Auch die NPD spielt eine führende Rolle in und um Wurzen.

Im Oktober 1995 besetzten Nazis ein Gebäudekomplex auf einem stillgelegten Industriegelände in Wurzen, das mit ausdrücklicher Billigung des Eigentümers zur Festung ausgebaut wurde. Dort trafen sich teilweise bis zu 300 Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Schließung des Gebäudes im August 1996 hat die Nazis jedoch nur wenig geschwächt, weil sie, dank der tatkräftigen Mithilfe städtischer Jugend- und Sozialarbeiter/innen, alle Jugendzentren und ähnliche Anlaufpunkte sowie die Straße und die Schulen dominieren.

Die Nazis können ihre rassistische und antisemitische Propaganda in Wurzen und Umgebung nahezu ungehindert, selbst in Schulen verbreiten. ***Die Zusammenarbeit des deutschen Staates mit den Nazis wird an vielen Punkten sichtbar.***

Zur Rechenschaft gezogen für ihre Taten werden die Nazis in den seltensten Fällen, obwohl bei Überfällen der Nazis die ***Polizei*** oft Zeuge ist und sogar Videoaufzeichnungen von Nazi-Überfällen vorliegen. Eine bevorstehende Hausdurchsuchung wurde von der Polizei schon eine Woche vorher bei den Nazis „angemeldet". Als Nazis ein von Antifaschisten besetztes Haus überfielen zog die Polizei rechtzeitig ab, obwohl klar war, wann der Nazi-Angriff stattfinden würde. Die Polizei war so gut informiert, daß sie sogar die Lagepläne für den geplanten Angriff schon im Vorfeld hatte. Auch ***bürgerliche Politiker*** stellen sich offen auf die Seite der Nazis: Der Wurzener Bürgermeister Pausch traf sich bei einem „Runden Tisch der Jugend" mit 100 Nazis und ihren Eltern. Wen wundert es da noch, wenn dieser Bürgermeister behauptet: „Die NPD ist doch eine demokratische Partei" (FR 26.6.1996). Die CDU-Politikerin Katarina Kämpfe reiste im Juli 1992 mit einigen Nazis aus Wurzen nach Rumänien, um sie angeblich „umzuerziehen", tatsächlich zogen die Nazis am Hitlergeburtstag nazistische Parolen grölend durch ein rumänisches Dorf und versetzten vor allem dort lebende Roma in Angst und Schrecken.

Die Zusammenarbeit der ***Justiz*** mit den Nazis verläuft ähnlich „erfolgreich". Nazi-Verbrechen werden grundsätzlich als „jugendtypische Delikte" behandelt, entsprechend niedrig fallen die Strafmaße aus. Der zuständige Leipziger Staatsanwaltschaft tut sich dabei hervor, viele nazistische Verbrechen überhaupt nicht zur Anklage zu bringen bzw. nicht zuzulassen. Geständnisse von Nazis wie „war doch gut, was wir gemacht haben" wirken sich strafmildernd aus. Die Nazis sind laut lokaler antifaschistischer Gruppen inzwischen von Freisprüchen vor Gericht so überzeugt, daß sie sich gar nicht erst auf den Prozeß vorbereiten.

Eine Chronologie der Ereignisse in und um Wurzen von ***Februar 1991 bis August 1996*** in der Broschüre „Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen" enthält ***über 40 nazistische und rassistische Verbrechen, mit einem Toten und Dutzende von zum Teil schwer Verletzten,*** vier Überfälle auf Flüchtlings- und Aussiedlerunterkünfte. Das Flüchtlingswohnheim in Wurzen, in dem viele Roma untergebracht waren, wird nach dem Nazi-Angriff vom 23./24.8.1991 geschlossen; heute gibt es in Wurzen kein Flüchtlingswohnheim mehr.
(Quelle: Aufruf zur Demonstration in Wurzen am 16.11.1996 und die Broschüre „Wurzen - Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen")

Antifaschistische Demonstration in Wurzen (bei Leipzig), Sa. 16.11.1996, 14 Uhr, Bhf. Wurzen

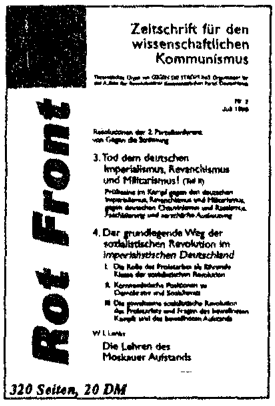
gegriffen. Achmed Bachir, ein Flüchtling aus Syrien, der in dem Laden aushalf, kam den Verkäuferinnen zu Hilfe. Er forderte die Nazis auf, den Laden zu verlassen. Vor dem Laden griffen die nazistisch verhetzten Deutschen den Syrer an. Einer der beiden zog ein Messer und stach den Syrer ins Herz, der kurze Zeit später an seinen Verletzungen starb. Die Staatsanwaltschaft vertuscht öffentlich diesen Nazi-Mord, indem sie behauptet: „...das Motiv ist völlig offen".

Stunden vor dem Nazi-Mord randalierten mehrere Nazis in einer nahegelegenen Schule und grölten nazistische Parolen. Seit langem werden laut Berichten lokaler antifaschistischer Gruppen mehrfach wöchentlich Menschen aus anderen Ländern in Leipzig von Nazis angegriffen und verletzt.

Auf einer Demonstration gegen den Nazi-Mord, an der 500 Demonstrantinnen und Demonstranten teilnahmen, trugen Flüchtlinge ein Transparent mit der Aufschrift: „Wenn keine Abschiebung, dann Mord".(2)

Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien/ Nazi-Banden

Die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus verschärft betriebene Faschisierung, Hetze und Unterdrückungspraxis, vor allem auch gegen politische Flüchtlinge und andere hier lebende und arbeitende Menschen verschiedenster Nationalität, die staatliche Politik der Leugnung und Vertuschung von nazistischem Terror ermutigt die Nazis und deren Organisationen zu ***tagtäglichen, um ein Vielfaches verstärkte Terrorakte*** gegen „Nichtdeutsche", gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Behinderte und Obdachlose, gegen alle Menschen, die nicht in ihr deutsch-nazistisches Weltbild passen, zu ***Pogromen*** wie in Hoyerswerda und Rostock, zu ***Mordtaten*** wie in Mölln, Solingen, Lübeck und jetzt in Leipzig.Die ***Komplizenschaft des deutschen Staatsapparates mit den nazistischen Brandstiftern*** wird deutlich z.B. an dem faktisch unter Polizeischutz durchgeführten Pogrom in Rostock 1991 und an der Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck 1996. Das alles diente und dient den deutschen Imperialisten zur Verschärfung ihrer rassistischen und chauvinistischen Gesetze und Politik gegen Menschen anderer Nationalität.



Durch das Anwachsen neuer Nazi-Parteien hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazifaschistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebautes Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter", als „Versuchsballon", wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerläßlich und heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende ***Faschisierung hauptsächlich vom Staat der deutschen Imperialisten ausgeht,*** daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man die Nazi-Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

Der ***Kampf*** zur Verteidigung der demokratischen Rechte ***gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/Parteien*** muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zur Zerschlagung dieses Staatsapparates und zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

Es gilt, den Kampf gegen die Nazi-Banden/Nazi-Parteien und den Kampf gegen die staatliche Faschisierung mit allen von Nationalismus, Rassismus und Nazi-Terror Betroffenen gemeinsam militant und internationalistisch zu führen!

Quellen

(1) Flugblatt zur Demonstration am 19.10.1996 in Nürnberg; „junge welt" (jw), 15.10.96, 22.10.1996; „Nürnberger Zeitung", „Abendzeitung", 14.10.1996

(2) taz, 25.10.1996, 28.10.1996; jw, 25.10.1996, 26./27.10.1996

Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet

In der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1996 wurde das Ehepaar Fethiye und Alahittin Yilmaz und Hüseyin Evcin Opfer eines feigen Brandanschlages. Eine 43 Jahre alte Bewohnerin konnte sich gerade noch rechtzeitig auf das Dach des Hauses retten.

Die Polizei machte fünf Tage lang keinerlei Angaben zur Brandursache. Ihr Kommentar lautete: „Auf Brandstiftung gibt es keinerlei Hinweise". Erst Tage nach dem Brand, aufgrund offenkundiger Tatsachen muß Polizei und Staatsanwaltschaft zugeben, daß es ein Brandanschlag war. Mit der Bekanntgabe der Brandursache wurde auch gleich ein mögliches Täterbild geliefert - der Brand könne das Werk eines Pyromanen sein, so hieß es.

Wir können nicht konkret beweisen, wer den Brand gelegt hat, dennoch muß man nach den Nazi-Morden von Stuttgart und Lübeck davon ausgehen, das Nazianschläge vertuscht werden, um vor allem auch das „Ansehen Deutschlands" in der Weltöffentlichkeit nicht zu gefährden. Laut dem Verfassungsschutzbericht von 1994 wurde in diesem Jahr kein Mord von Nazis registriert, obwohl erwiesener Maßen mindestens 22 Morde auf das Konto der Nazis gehen. Falls die Nazimörder durch Zufall gefaßt werden und ein Geständnis ablegen, wird z.B. die Aussage des Nazi-Mörders von Stuttgart, er habe die Brandanschläge „aus Haß gegen Ausländer" durchgeführt, einfach ignoriert. So werden aus Nazis und Rassisten unpolitische „Pyromanen".

Es ist auch nicht der erste Brandanschlag von Nazis in Karlsruhe. Vor ca. drei Jahren verübten Nazis einen Brandanschlag auf die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt). Die Staatsanwaltschaft und Polizei verharmlosten damals diesen nazistischen Mordanschlag, als „eine Tat von Betrunkenen Jugendlichen, die auf dem Heimweg von der Disco dort vorbeikamen."

Die ständige Desinformation und Vertuschung ist eine Methode der bürgerlichen Medien und des deutschen Staates, um Widerstand gegen den alltäglichen Nazi-Terror schon im Keim zu ersticken und zu verhindern. Deshalb ist es ***unentbehrlich eigenständige Ermittlungen und Recherchen anzustellen,*** um dieses verfluchte System zu bekämpfen, zu durchbrechen und zu entlarven.

Quellen

„Badische Neueste Nachrichten", 17/22.10.1996, jw, 22.10.1996, „Rheinpfalz", 17.10.1996

Den Nazis die gebührende Antwort erteilen!

Nachdem in Halstenbeck bei Hamburg wochenlang und mehrfach Menschen aus anderen Ländern von Nazis überfallen und zusammengeschlagen worden waren, griffen die Betroffenen zur militanten Selbsthilfe: Am 8.10.1996 wurden 15 Nazis, darunter Mitglieder der verbotenen FAP, von einer unbekannten Gruppe angegriffen; sechs Nazis wurden verletzt. Als die Polizei mit 20(!) Streifenwagen eintraf, waren die „Angreifer" bereits verschwunden (jw, taz 10.10.1996).

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr
Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin
GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Beilage zum Flugblatt – Februar 1997

Kampf gegen die braune Pest ...

*Eine Auswahl aus den Publikationen von **Gegen die Strömung** zum Thema*

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
GEGEN DIE STRÖMUNG
Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Zur Geschichte des Nazifaschismus – die bis heute ungebrochene Tradition

GDS, Nr. 34 (16 S.), Mai 1985

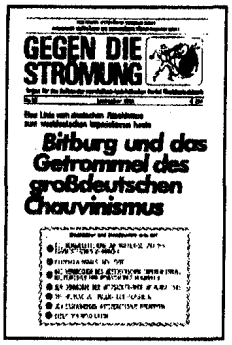
1945: Der deutsche Imperialismus ist geschlagen, aber nicht zerschlagen!
1985: Dieselben Monopole in Westdeutschland an der Macht!

Die Wurzeln des Faschismus durch die sozialistische Revolution vernichten!

GDS, Nr. 35 (60 S.), September 1985

Eine Linie vom deutschen Faschismus zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus



Angesichts der ungeheuren Provokation der Ehrung von SS und Nazi-Wehrmacht durch die Bundesregierung:

Die Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der herrschenden Klasse / Wer die Verbrechen des deutschen Imperialismus heute nicht bekämpft, macht sich mitschuldig / Die Oder-Neiße-Grenze und die Umsiedlung von Deutschen aus Polen verteidigen! / Ziele der Revolution!

Flugblatt 7/89

50 Jahre nach dem Überfall auf Polen:

Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen

Gegen die erneute Verbreitung der Nazi-Lüge, der Krieg gegen die Sowjetunion Stalins sei ‚gerecht' gewesen.

Flugblatt 6/91:

Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion:

Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!

Flugblatt 2/92

Zur Wannsee-Konferenz 1942

Nichts vergessen!

Der fabrikmäßige Völkermord der Nazis – auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft!

Flugblatt 4/92

Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier – revisionistischer SED-Funktionär – SPD-Spitzenpolitiker

Was der „Fall Just" lehren kann!

Flugblatt 1/93

Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!

Der Kampf gegen die Nazis macht die Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie, letztlich mit der Ideologie des deutschen Imperialismus notwendig.

GDS, Nr. 62 (110 S.), Mai 1993

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die KZs und Vernichtungslager im System des Nazi-Faschismus / Merkmale des Herrschafts- und Überwachungssystems in den KZs und Vernichtungslagern / Antinazistischer Widerstand und die Rolle der Kommunistischen Kräfte / Die bewaffneten Aufstände in den Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Treblinka und Sobibor.

Flugblatt 2-3/95

50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!

Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!

Flugblatt 4/95

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!

50 Jahre Schwur von Buchenwald:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"

Flugblatt 5/95

8. Mai 1995: 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!

Das Potsdamer Abkommen - eine scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

Nazibanden und Staat Hand in Hand – Widerstand dagegen

GDS, Nr. 36 (64 S.), Oktober 1985 und Flugblätter

Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus!

Während der Kundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung wurde der Antifaschist Günter Sare durch einen Wasserwerfer-Einsatz der Polizei ermordet.

GDS Nr. 36 dokumentiert u.a. die Flugblätter: „Die Braune Pest geht vom Staat aus!", „Die Drecksargumente gegen die militanten Antifaschisten zerschlagen!".

GDS, Nr. 38 (60 S.), August 1986

Den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen!

Der Antisemitismus wird wieder salonfähig – in extrem rechten wie in „linksliberalen" Kreisen. Vier demagogische Manöver des Antisemitismus *nach* Auschwitz werden analysiert und entlarvt.

Flugblatt Januar 1986

Kollege Ramazan Avci von neofaschistischer Gruppe erschlagen!

Flugblatt, September 1986

Verhindert Abschiebung und Massenausweisungen von politisch Verfolgten, die ihr Recht auf Asyl fordern! Kämpft gegen die Verdummung und Verhetzung der westdeutschen Bevölkerung!

Der westdeutsche Imperialismus schürt die Atmosphäre für Pogrome

Flugblatt 4/89

Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands: Nazi-Partei NPD erzielt Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden!

Zerschlagt die Nazi-Banden!

NPD mit 7 Abgeordneten im Frankfurter Stadtparlament / Verbot? Kein Verbot? Wie wirklich gegen die Nazis ankämpfen?

Flugblatt 8/89

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Entlarvung der ungebrochenen Tradition des Antiziganismus - der Verfolgung und des Rassismus gegen die Sinti und Roma - bis heute.

GDS, Nr. 57 (24 S.) und Flugblatt 10/91

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der „Abschreckung" verkünden:

Pogrome!

In Hoyerswerda wurden erstmalig insgesamt fünf Tage lang, mit Unterstützung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylsuchenden und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen.

Ein Artikel entwickelt Perspektiven des Kampfes für alle antinazistischen und revolutionären Kräfte und analysiert zu diesem Zweck den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus.

Flugblatt 9/92

Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:

Dahinter steckt System!

Kein „Verständnis" und keinerlei Zugeständnisse an Biedermänner und Brandstifter! / Ohne die Nazis und ihre aktiven Helfer zu schonen – vor allem die Politik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Die Braune Pest geht von diesem Staat aus / Kapitalismus und Nazis / Den aktiven Kampf gegen die Nazi-Verbrecher forcieren! Mit aller Kraft eine starke kommunistische Partei aufbauen.

Flugblatt 11/92

8. November 1992:

Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!

Nach den Nazi-Morden von Mölln heuchelten die Politiker des west/deutschen Imperialismus „Mitgefühl". Die berechtigten Proteste gegen diese Propagandashow wurden mit massivem Knüppeleinsatz der Polizei unterdrückt.

Flugblatt 6/93

Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Dieses Flugblatt prangert die Nazi-Morde von Solingen an und ruft auf: „Alle Nazi-Gegner müssen sich mit den Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Paß, mit den Sinti und Roma, mit der jüdischen Bevölkerung und den Asylsuchenden zum militanten Selbstschutz zusammenschließen!" und den Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus führen!

Flugblatt 1/94

Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben!

Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!

Beilage:

Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften.

Flugblatt 1/94

Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!

Gegen die staatliche Verfolgung und Kriminalisierung der ANTIFA (M) / Kritik an deren Konzept.

Flugblatt 12/94

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!

Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Das Flugblatt stellt heraus: „die mehr als 80 Nazi-Morde, die unzähligen Nazi-Mordanschläge, ... – all dies wird unweigerlich dazu führen, daß die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen. Es wird unweigerlich dazu führen, daß sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorzukommen versuchen."

Flugblatt 2/96

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Zehn Ermordete, 38 größtenteils Schwerverletzte war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlags auf ein Flüchtlingswohnheim in Lübeck.

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis. Die Notwendigkeit eigener Recherchen und eigenständiger politischer Enthüllungen wird betont!

Im folgenden Flugblatt 3/96: Interview mit dem Bruder des „Hauptverdächtigen" Safwan Eid / Am Beispiel des Nazi-Brandanschlags von Hattingen 1993 wird gezeigt, wie die Vertuschung von Nazi-Anschlägen in Deutschland Methode hat.

Flugblatt 9/96

Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen

Der Polizeistaat bei der Arbeit!

Flugblatt 11/96

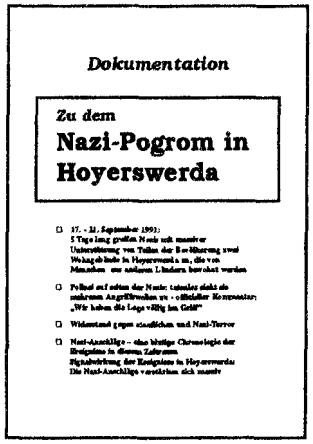
Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen – der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen" – drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!

Nazis und Polizei – Mord und Totschlag!

Nazi-Pogrome und Nazi-Anschläge von 1991 bis 1996

September 1991:

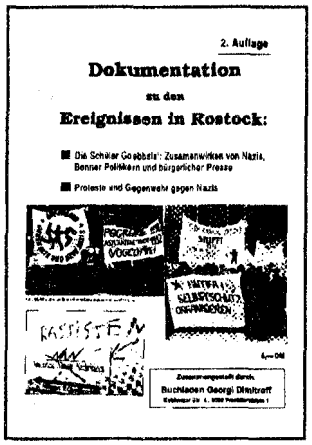
Nazi-Pogrom in Hoyerswerda



5 Tage lang Belagerung und Angriffe von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf zwei von Menschen aus anderen Ländern bewohnte Häuser.

August 1992:

Nazi-Pogrom in Rostock



2 Tage und 3 Nächte andauernde Belagerung und Angriffe bis zur Brandlegung von Nazis mit massiver Unterstützung von Teilen der Bevölkerung auf eine Flüchtlingsunterkunft.

November 1992 und Mai 1993:

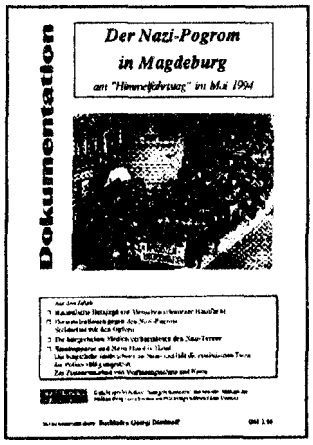
Nazi-Morde in Mölln und Solingen

- 3 Tote in Mölln,
- 5 Tote in Solingen

durch die Nazi-Brandanschläge auf zwei von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Türkei bewohnte Häuser.

Mai 1994:

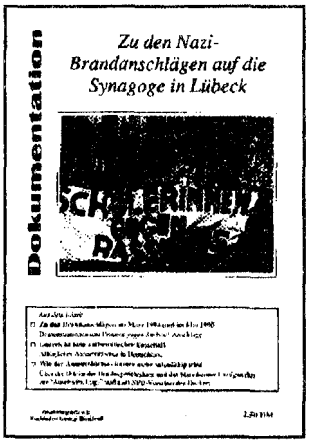
Nazi-Pogrom in Magdeburg



Am „Himmelfahrtstag" veranstalten Nazi-Schläger eine Hetzjagd auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe in der Innenstadt. Hilfe für die Verfolgten kam nur von Menschen aus anderen Ländern.

März 1994 und Mai 1995:

Nazi-Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge



Nur durch Zufall entkamen die dort Wohnenden dem antisemitischen Mordanschlag, dessen Zeitpunkt die Nazis bewußt zum 50. Jahrestag der Niederlage des Nazifaschismus wählten.

Januar 1996:

Nazi-Massaker in Lübeck

- 10 Tote,
- 38 größtenteils Schwerverletzte durch Nazi-Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Systematische Vertuschungsversuche von seiten des Staats.

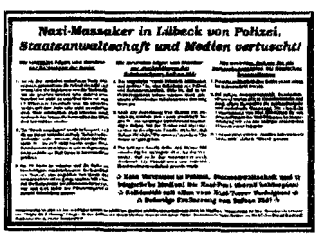
Presseplegel von 1987 bis 1993:

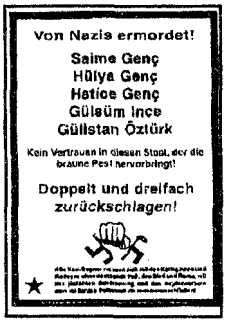
"Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!"

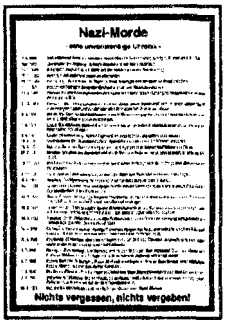
Schwerpunkte:

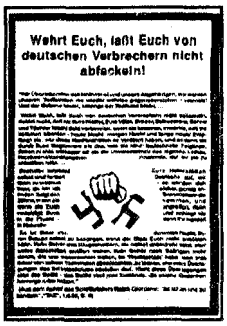
- **Proteste und Widerstand gegen die rassistisch-chauvinistische Hetze und Politik in Westdeutschland**
- **Offener Rassismus:**
  - Die Saat geht auf: Von rassistischen Überfällen bis zu Pogromen!
  - Den Asylsuchenden wird das Leben zur Hölle gemacht!
  - Beteiligung von Bundeswehrangehörigen an rassistischen Anschlägen
- **Die braune Pest geht von diesem Staat aus:**
  - Westdeutsche Justiz nimmt Nazis in Schutz!
  - Westdeutsche Polizei - Hand in Hand mit Nazis und Rassisten!
  - Einreiseerschwernisse, Ablehnung von Asylsuchenden und Abschiebungen
- **Methoden der bürgerlichen Presse**
- **Antisemitismus**
- **Chauvinistische Hetze gegen Sinti und Roma**

Plakate:









Kritik an dem von GDS benutzten Begriff "Nazi-Pest"

In Flugblättern und anderen Veröffentlichungen von GDS wird immer wieder der Begriff "Nazi-Pest" verwendet.

Obwohl klar ist, wie dieser Begriff von GDS inhaltlich gemeint ist, nämlich im Sinne einer energischen Bekämpfung der Nazi-Banden, halte ich es für wichtig, dieses Wort zukünftig nicht mehr zu verwenden und stattdessen z.B. als Parole "Die Nazi-Banden bekämpfen" auszugeben.

Der Begriff "Nazi-Pest" ist ein biologistischer Begriff, der suggeriert, daß der "gesunde Volkskörper" plötzlich und unvermittelt von einer Krankheit, eben der "Nazi-Pest", angefallen wird. Nun "befallen" die Nazis aber nicht "einfach so" den klassenunspezifischen "Volkskörper", sondern vielmehr ist der Nazifaschismus vom Klassencharakter her "die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals", genau wie die heutigen Nazi-Banden, die vom deutschen imperialistischen Staat in unterschiedlichen Formen unterstützt werden, nur auf der Basis dieses imperialistischen Gesellschaftssystem sich entwickeln können.

Positiv fand ich an der Resolution 1 der 2. Parteikonferenz gegenüber der 1 der 1 Parteikonferenz, bestimmte Begriffe wie "Entartung "nicht mehr zu benutzen. Dieser Beschluß muß konsequent angewendet werden!

Antwort auf die Kritik

Zunächst einmal finden wir das kritische Lesen unser Flugblätter ungeheuer wichtig, auch scheinbare Kleinigkeiten sind kritisch zu untersuchen.

Daß der Begriff "Nazi-Pest" theoretisch nicht sauber ist, dem stimmen wir zu. Es macht aber einen Unterschied, ob solche Begriffe agitatorisch verwendet werden, oder ob sie theoretisch etwas erklären sollen. In der Agitation wird man immer mit Ungenauigkeiten leben müssen, deshalb bitten wir Dich nochmals zu prüfen, in welchem Zusammenhang wir den Begriff "Nazi-Pest" benutzt haben. (Leider hast Du keine Quelle angegeben.). Soweit wir nachgeprüft haben, wurde er durch uns agitatorisch benutzt, deshalb können wir Deine Kritik am Begriff "Nazi-Pest", er sei biologistisch, klassenunspezifisch und ebenso wie den Begriff "Entartung" nicht mehr zu benutzen ,nicht teilen.

Die Benutzung des Begriffs "Nazi-Pest" versucht nicht den Nazifaschismus als offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals theoretisch zu erklären, sondern ist ein agitatorisches Bildnis, das erstens die Gefahr der Nazis aufzeigen soll und zweitens klar macht, daß nur ein kompromißloser Kampf hilft die Nazis zu besiegen.

Und unserer Meinung nach ist der Begriff "Nazi-Pest" nicht biologistisch. Biologistische Sichtweise, Ausdrucksweise, bedeutet doch, daß man versucht gesellschaftliche Verhältnisse mit biologischen oder Naturerscheinungen theoretisch zu erklären. (Wie z.B. Sozialdarwinismus)

Deiner Kritik ,daß dieser Begriff von einem "gesunden Volkskörper" aus gehe, also würde auf der Ideologie der Nazis basieren, stimmen wir nicht zu Auch daß "Nazipest" klassenunspezifisch ist und man unter anderem stattdessen "Nazi-Banden" benutzen solle ist ebensowenig ein wirkliches Argument, da auch der Begriff Nazibanden als Bildnis (Nazi-Banden, also die Nazis auf der Straße, oder ?, sind ja nur ein Teil der Faschisierung des deutschen Imperialismus) klassenunspezifisch ist. Außerdem verdeutlicht der Begriff "Nazipest" besser als der Begriff "Nazibanden" die Aufgaben die wir haben. Falls Du aber einen besseren Vorschlag als "Nazibanden" hast, können wir Deinen Vorschlag von neuem diskutieren.

Wenn wir Begriffe wie "Entartung" zu recht nicht mehr benutzen so ist dies begründet auf der geschichtlichen Prägung bestimmter Begriffe wie eben Entartung durch die Nazis. Dem entgegen steht der Begriff "Nazi Pest" in der Tradition des Kampfes der Partisaninnen gegen die Nazis. Er ist also geschichtlich positiv geprägt.

Uns ist allerdings durch deine Kritik klar geworden, daß wir genau überlegen müssen in welchem Zusammenhang wir diesen Begriff benutzen

Wir sind gespannt auf Deine Antwort.

Solidaritätsveranstaltung für die demokratischen und revolutionären Kämpfe in Mexiko!

VertreterInnen der "Organización Campesina de la Sierra del Sur" und der "Union de Pueblos contra la Represión de la Región de los Loxicha" berichten über die Lage der demokratischen und revolutionären Kämpfe in Mexiko.

Am Jahrestag des Massakers in Aguas Blanca im Bundesstaat Guerrero, wo 17 Bäuerinnen und Bauern der OCSS am 28. Juni 1995 durch mexikanische Polizei ermordet wurden, versammelten sich 5000 Mitglieder der OCSS und "Frente Amplio para la Construcción del Movimiento para la Liberación National" (FACMLN -Breite Front für den Aufbau der Bewegung zu Nationalen Befreiung) zu einer Protestdemonstration. Ein Trupp einer neuen Guerillabewegung, das "Ejéricito Popular Revolucionario" (Revolutionäre Volksarmee), trat am Ende des Protestmarsches auf die Rednertribüne und verlas eine Erklärung. Die OCSS wird in den letzten Jahren immer häufiger Ziel der staatlichen Repression, führende Compañeros wurden unter dem Vorwand der Unterstützung der EZLN und später der EPR verhaftet.

Landbesetzungen wie z.B. der deutschen Kaffeplantagen "Liqiudambar" und "Prusia" (Preußen) werden meist mit brutalem Terror durch Polizei und paramilitärische Banden der Großgrundbesitzer beantwortet.

Für diese Politik des reaktionären mexikanischen Staates sind deutsche Unternehmen mitverantwortlich. Allen voran der VW- Konzern, der die über zehntausend Arbeiterinnen und Arbeiter in Puebla auspresst und gegen ihren Widerstand - wie im 116 Tage dauernden Streik von 1987 - mit aller Härte vorgeht.

Ein Thema der Veranstaltung wird die Situation der ca. 10.000 demokratischen und revolutionären Gefangenen in Mexiko sein, sowie Möglichkeiten der praktischen Solidarität mit den gerechten Kämpfen in Mexiko. Für Fragen und Diskussionen wird genügend Zeit sein.

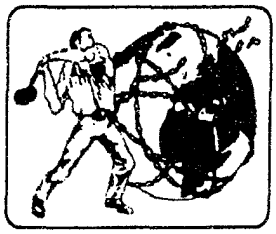
Datum: Samstag, 14.12.96
Zeit: 14.00 Uhr
Ort: Arche, Kleiststraße 20, Wolfsburg

VeranstalterInnen: Antifaschistisches Plenum Wolfsburg

UnterstützerInnen: Buchladen Georgi Dimitroff Frankfurt/M., Antifa West (BS), Ya Basta (BS), Antifaschistische Gruppe Pasaremos (BS), Antifaschistisches Plenum BS (AA/BO), Arbeitskreis Uruguay (BS)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/96 Dezember 1996

60 Jahre spanischer Bürgerkrieg:

Die Bedeutung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention

Vor rund 60 Jahren, am 18. Juli 1936, begann ein revolutionärer bewaffneter Kampf: Breite Massen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Bäuerinnen und Bauern, Spanier Schulter an Schulter mit Basken, Katalanen und Galiziern griffen zu den Waffen zur Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches der Faschisten. Antifaschistische, revolutionäre und kommunistische Kräfte aus aller Welt solidarisierten sich mit dem Freiheitskampf der Völker Spaniens, rund 50 000 Interbrigadisten, Genossinnen und Genossen von über 50 Nationalitäten, kamen als Freiwillige nach Spanien und setzten ihr Leben ein für die internationale Sache des Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus. Denn von vornherein war klar: Der spanische Bürgerkrieg war keine „Privatangelegenheit" der Völker Spaniens, sondern eine erste wichtige Schlacht des sich anbahnenden Zweiten Weltkriegs, des Kampfes der Völker der Welt gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, insbesondere gegen die faschistische Aggression Nazi-Deutschlands und des faschistischen Italiens. Die italienischen und vor allem die deutschen Imperialisten dirigierten und forcierten die faschistischen Kräfte, indem sie den Franco-Henkern von der ersten Stunde an Ausrüstung und Soldaten schickten, Städte und Dörfer in Brand setzten.

Bis heute ist der mutige und entschlossene bewaffnete Kampf der Völker Spaniens ein Vorbild und Ansporn für alle Genossinnen und Genossen. Die konterrevolutionären Kräfte jedoch spucken Gift und Galle, demagogische Abhandlungen und Artikel füllen die Regale, unzählige antikommunistische Lügen und Verleumdungen werden ausgeschüttet über die Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Bürgerkrieg, über die Rolle und Unterstützung der sozialistischen Sowjetunion zu Zeiten Stalins. Um so notwendiger ist es, Fakten sprechen zu lassen.

Vorgeschichte und Auslöser des spanischen Bürgerkriegs

○ ***Die Vorgeschichte:*** 1931 stürzten die Volksmassen die verhaßte Bourbonen-Monarchie. Die Klassenkämpfe verschärften sich, Kapitalisten schlossen ihre Fabriken, Gutsbesitzer ließen ihre Felder brachliegen. Die aus Vertretern der Republikanischen und Sozialistischen Partei bestehende bürgerliche Regierung war nicht gewillt, energisch gegen die Reaktionäre vorzugehen – dafür aber um so mehr gegen die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter sowie gegen die Bäuerinnen und Bauern. Die dringenden demokratischen Forderungen, wie z. B. die Enteignung des Großgrundbesitzes, wurden nicht wirklich angepackt. 1933 mußte die Regierung abdanken, an die Macht kam die profaschistische Regierung Lerroux.

Die Klassenkämpfe spitzten sich immer weiter zu. Erstmals organisierten die ***Landarbeiterinnen und Landarbeiter*** im Juni 1934 einen ***Generalstreik,*** an dem sich eine halbe Million Menschen beteiligten. Der Generalstreik und bewaffnete ***Oktoberaufstand der Bergarbeiter Asturiens von 1934*** war die Antwort auf die offene Einbeziehung von Repräsentanten der faschistischen Reaktion in die Regierung. Die Arbeiterinnen und Arbeiter Asturiens besetzten unter führender Beteiligung der KP Spaniens[1] wichtige Industriezentren, gründeten Arbeiter- und Bauernräte und erkämpften 14 Tage lang die Kontrolle über die regionalen Machtzentren. Mit 40 000 Soldaten wurde der Aufstand blutig niedergeschlagen. Schon damals erwarb sich Franco den Ruf als Arbeitermörder. Es folgten die „zwei schwarzen Jahre": Erneut wurde ein reaktionäres Terrorregime errichtet, die Volksmassen wurden unterdrückt, die Gefängnisse waren überfüllt mit 30 000 demokratischen und revolutionären Gefangenen.

○ ***Die Schaffung der Volksfront:*** Im Verlauf des Jahres 1935 schlossen sich einschließlich der KP Spaniens nahezu alle linken und linksbürgerlichen Gruppen zur Volksfront zusammen und einigten sich auf eine Plattform mit den dringendsten demokratischen Forderungen.[2]

Das Volksfront-Bündnis trat zu den Wahlen im Februar 1936 an und errang mit 280 Sitzen die Mehrheit, wobei die Sozialistische Partei mit 99 Sitzen die stärkste Kraft darstellte, und die KP Spaniens 17 Sitze erhielt. Eine – zunächst ohne Beteiligung der KP Spaniens – von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien dominierte republikanische Regierung wurde gebildet.

Die Arbeiter und Bauern drängten die Regierung zur Umsetzung des Volksfront-Programms und tatsächlich wurden eine Reihe positiver, radikaldemokratischer Maßnahmen zumindest in Angriff genommen: die Frage demokratischer Rechte, die Bauern- und Nationalitätenfrage sowie vor allem die Amnestierung von 30 000 revolutionären Gefangenen, hauptsächlich Teilnehmerinnen und Teilnehmer am asturischen Oktoberaufstand. Ein-

Juli 1936: Arbeiterinnen und Arbeiter stürmen die Kasernen und bewaffnen sich

Nazi-Angriff auf Überlebenden des Nazi-Massakers in Lübeck!

Am 17. November wurde William M., einer der Überlebenden des Nazi-Massakers von Lübeck, bei dem am 18.1.1996 10 Flüchtlinge ermordet und 38 weitere teils schwer verletzt wurden, vor dem Lübecker Hauptbahnhof von mehreren Nazis angegriffen und verletzt. Nachdem er zunächst aus einer Gruppe von Nazis heraus rassistisch beschimpft wurde, griffen ihn zwei Nazis an. Dabei wurde er im Gesicht und an der Hand verletzt, erlitt eine Rippenprellung und mußte später im Krankenhaus behandelt werden.

Doch William ließ sich diesen Naziangiff nicht gefallen und verteidigte sich mit Tritten und Schlägen, so daß er die Nazis auch verletzen konnte. Niemand der umherstehenden Lübecker Bürger kam ihm zu Hilfe. Das einzige was geschah, war Williams Festnahme durch BGS-Beamte, die ihn in Handschellen abführten.

Auch in diesem Falle wurde das Opfer zum Täter gemacht und William droht möglicherweise gar eine Anzeige wegen Körperverletzung.

Solidarität mit den Opfern des Nazi-Terrors!

(Quelle: Prozeßinfo Nr. 9 vom 22.11.96 des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus)

Göring: „Der spanische Bürgerkrieg war eine gute Gelegenheit, meine junge Luftwaffe auf die Probe zu stellen ... "

Bereits ab Februar 1936 wurden auf dem Fliegerhorst Wunstdorf Bomberbesatzungen des teilweise dort stationierten „Kampfgeschwader Boelcke" auf Ju-52-Bombern und Heinkel-111-Maschinen geschult, für den Einsatz in Spanien zusammengestellt und unter größter militärischer Geheimhaltung als „Zivilpersonal" getarnt nach Spanien eingeschifft. Zum ersten Militäreinsatz kam es im Juli 1936. Für jede „Feindberührung" gab es 200 RM (Zeit-Magazin, 29.7.1996), für jeden Bombenflug 1000 RM Prämie (FR, 4.6.1954). Die Soldaten der Nazi-Wehrmacht wurden in ganz Spanien eingesetzt. Anfangs griffen sie von Melilla (Marokko) aus die Häfen von Málaga, Alicante und Cartagena sowie die republikanischen Panzerkreuzer an. Ihr nächster „Einsatzort" war ab August 1936 Madrid. Mit Unterstützung von Panzerkreuzern der Nazi-Wehrmacht wurden Seeblockaden wie im Golf von Biskaya organisiert.

Bei der Einnahme Bilbaos, der Hauptstadt des Baskenlandes, im Juli 1937 wurden die spanischen Faschisten mit Flugzeugen der deutschen und italienischen Faschisten unterstützt.

Am 31. März 1937 bombardierte die berüchtigte „Legion Condor" Durango. Bei diesem Massaker wurden 248 Menschen ermordet, zahlreiche schwer verletzt. Ähnliche Luftangriffe flog die „Legion Condor" im April 1937 auf Bilbao, Ochandiano, Ermua, Elorrio, Egueta und Guerricaiz.

● *Guernica – Symbol des Vernichtungsterrors der deutschen Wehrmacht*

Das bekannteste Beispiel des deutschen Vernichtungsterrors gegen die kämpfenden Völker Spaniens ist die Bombardierung Guernicas. Guernica war seit Jahrhunderten das Symbol der Freiheit und Identität des baskischen Volkes. In Guernica war der Sitz des Parlaments der baskischen Provinzen, in Guernica stand die „Baskische Eiche", das Symbol der Freiheit und Autonomie des Baskenlands. Guernica, das ca. 27 km hinter der Front lag, wurde am Nachmittag des 27. April 1937, dem wöchentlichen Markttag, als sich die Bauern aus der ganzen Umgebung in der Stadt befanden, bombardiert (Siehe „Rundschau", Basel, Nr. 18, 1937, S. 705). Drei Stunden lang wurde die Zivilbevölkerung – Männer, Frauen, Kinder und Greise – mit Splitter- und Brandbomben beschossen. Innerhalb dieser drei Stunden warf die „Legion Condor" 50 000 kg Bomben (u. a. von IG-Farben produziert) ab, die Flüchtenden wurden mit Maschinengewehren beschossen. Guernica wurde durch die deutsche Luftwaffe ausradiert. Ziel dieses Massakers, bei dem mehr als 1600 Menschen ermordet wurden, war es, die Widerstandskraft des baskischen Volkes zu brechen, die Bevölkerung zu demoralisieren. Der Bürgermeister Guernicas schrieb am 17. Mai in einem Appell an die demokratische Weltöffentlichkeit:

„ ... Aber Guernica war nur noch ein Haufen von Flammen und Ruinen. Auf der Asche müßte man die Aufschrift anbringen: Durch diese Stadt ist die deutsche Zivilisation marschiert ..."
(José de Labauria, Bilbao, 17. Mai 1937. Zitiert aus: „Sustrai Erreak", Guernica, 1987, S. 76/77)

Die Bombardierung Guernicas, die völlige Zerstörung einer ganzen Stadt aus der Luft, zeigte den Völkern der Welt zum ersten Mal deutlich den Vernichtungsterror Nazi-Deutschlands und seiner Armee. Unmittelbar nach Bekanntwerden versuchten die Nazis, ihre Verantwortung für das Massaker zu vertuschen. In der offiziellen Nazi-Propagandapresse wurde von der Zerstörung Guernicas durch „die Roten" berichtet, Franco wurde aufgefordert, im Nichteinmischungskomitee „jegliche deutsche Beteiligung" zu dementieren. Doch die Wahrheit konnte nicht vertuscht werden:

„ ... Sogar gefangene deutsche Flieger haben wir, die die Wahrheit ausgesagt haben; deutsche Projektile, die in Guernica abgeworfen wurden; die Flugblätter Molas, in denen im Falle des Widerstandes die Zerstörung des Baskenlandes angekündigt wird."
(José de Labauria, Bilbao, 17. Mai 1937. Zitiert aus: „Sustrai Erreak", Guernica, 1987, S. 76/77)

Nun versuchten die Nazi-Mörder als „Entschuldigung" die Lüge von den „schlechten Windverhältnissen" aufzutischen. Die „Erklärung" des am Luftangriff auf Guernica beteiligten Nazi-Oberst Beust 1955:

„... durch eine starke Windabdrift fiel die Masse der Bomben in die Stadt."
(K. A. Maier: „Guernica 26. 4. 1937", a.a.O., S. 156)

Auszug aus dem „Erfahrungsbericht der Legion Condor über den Einsatz der Kampfflieger":

„...Bombenwirkung gegen Stadte:

Die 50 kg Bombe zerstort den Dachstuhl und oberstes Geschoß, ohne tiefer liegende Hausteile oder Nachbarbauten wesentlich zu gefahrden. Der Einsatz der 50 kg Sprengbombe gegen leichte Hauser war ausreichend...

Die Häuser dieser Bauart wurden durch die 50 kg Bomben völlig zerstort. Die Anwendung von nur 50 kg Bomben bei Angriffen gegen leichte Bauten ist zweckmäßig, da dann mehr Volltreffer zu erwarten sind ...

Der Verzögerungszünder der 50 kg Bombe muß also mit einer längeren Verzögerung versehen werden ... Da in einem europäischen Krieg mit massiveren Bauten als in Spanien zu rechnen ist, muß dies gefordert werden ...

gez. v. Knauer, Hauptmann
Im Entwurf gezeichnet: Sperrle
München, 12.6.1938"

(Zitiert aus: K.A. Maier, „Guernica 26.4.1937. Die deutsche Intervention in Spanien und der ‚Fall Guernica'", Freiburg 1975, S. 151 f.)

Mit haargenau der gleichen Lüge über „ungünstige Windverhältnisse" und „Sichtbehinderungen" rechtfertigte vor zwei Monaten noch der CSU-Abgeordnete E. Riedel bei einer Bundestagsdebatte eine lächerlich geringe Wiedergutmachungszahlung für die Bombardierung Guernicas (FR, 27.11.96).

● *Die Interessen Nazideuschlands*

Für die deutschen Kapitalisten, Konzerne wie die IG Farben, Krupp, AEG und Siemens, brachte die aktive Beteiligung Nazi-Deutschlands am Krieg gegen die Völker Spaniens einen bedeutenden Ausbau ihres Einflusses und ihrer Positionen in Spanien. Bis zum Herbst 1938 konnten sie neben riesigen Waffenlieferungen mehr als 70 Bergwerksunternehmen in ihren Besitz bringen. Ein weiteres Mittel waren Kredite: Mit 500 000 000 Reichsmark stand das faschistische Spanien für Waffenlieferungen und Ausrüstungshilfe für die „Legion Condor" bei Nazi-Deutschland in der Kreide, von denen 1939 erst 60 800 000 RM zurückbezahlt waren (G.T. Harper, „German Economic Policy in Spain during the Spanish Civil War", Den Haag 1967, S. 124).

„Hitler und Mussolini teilen mit Franco die Macht. ... Der deutsche Gesandte in Salamanca besitzt im ganzen Rebellengebiet eine unumschränkte Machtvollkommenheit, die soweit geht, daß er im Einvernehmen mit dem deutschen Generalstab die militärischen Operationen beschließt. ... Die Deutschen beuten die Eisenerzgruben von Marokko und des Baskenlandes aus ..."
(Aus dem Referat von José Díaz auf dem Plenum des ZK der KP Spaniens. Zitiert aus: „Rundschau", Basel, Nr. 51, 1937, S. 1929)

Über die unmittelbaren Profitinteressen hinaus war ein Sieg der spanischen Faschisten für Nazi-Deutschland auch politisch von Bedeutung. Ein erfolgreiches Beispiel des bewaffneten antifaschistischen Kampfes der Massen, vor allem aber auch die Möglichkeit eines sich daraus weiterentwickelnden Kampfes mit revolutionären Perspektiven, hätte einen gewaltigen Auftrieb für den antifaschistischen und revolutionären Kampf der Völker der Welt bedeutet.

Daneben waren auch militärische Interessen von Bedeutung, die Möglichkeit, die gerade aufgebaute Naziarmee als Probevorlauf für den 2. Weltkrieg „in der Praxis" zu testen. Göring erklärte vor dem Nürnberger Gerichtshof:

„Der spanische Bürgerkrieg war eine gute Gelegenheit, meine junge Luftwaffe auf die Probe zu stellen, damit meine Leute dort Erfahrung sammeln."
(„Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg", 14. November 1945 bis 1. November 1946. Bd. 9. Nürnberg 1948, S. 317)

☆☆☆

Dreißig Jahre später rechtfertigten Vertreter des Bundesarbeitsministeriums mit dem gleichen Hinweis, daß nämlich „der spanische Bürgerkrieg zur Erprobung der Kampfkraft deutscher Truppen und des Kriegsmaterials im Hinblick auf den späteren zweiten Weltkrieg" diente, Rentenzahlungen an die Mörder der „Legion Condor" (FR, 1.3.1969).

Noch heute sind im Rahmen der „Traditionspflege" deutsche Bundeswehr-Kasernen nach Legion-Condor-Mördern benannt, so z. B. in Visselhoven und Braunschweig die Werner-Mölders-Kaserne (jw, 27.10.96). Ehemalige Bomberflieger des „Geschwader Boelke", das an der Zerstörung Guernicas beteiligt war, treffen sich alljährlich mit Bundeswehr-Offizieren auf dem Fliegerhorst Wunstdorf der Bundesluftwaffe (FR, 2.5.87).

Nie zur Rechenschaft gezogen: Die Legion-Condor-Mörder

Einer der Nazi-Mörder der „Legion Condor", die Guernica in Schutt und Asche gebombt haben, ist Herbert Hampe, wohnhaft in 44265 Dortmund, Godefriedstr. 6. Noch heute leuchten seine Augen, wenn er von seinen „Spanien-Abenteuern" berichtet.

„Ach ja, Guernica, das haben sie uns immer angekreidet. Aber ich habe mir nichts vorzuwerfen ... "

(Quelle: „Zeit-Magazin", Nr. 29, 12. Juli 1996)

dringlich forderten und kämpften die Genossinnen und Genossen der KP Spaniens für die konsequente Durchführung des Programms der Volksfront und vor allem für die energische Bekämpfung und Liquidierung der Reaktionäre und Faschisten. Doch die in der Volksfront-Regierung dominierenden Kräfte weigerten sich, konsequent gegen die Reaktionäre und Faschisten vorzugehen: Die Armee und der Staatsapparat wurden nicht von den reaktionären und faschistischen Elementen gesäubert, die Tätigkeit der monarchistischen und faschistischen Parteien wurde nicht energisch unterdrückt.

○ ***Der konterrevolutionäre Putsch der vier Generale:*** In dieser sich zuspitzenden Situation begannen die faschistischen Militärs als bewaffnete Kraft der Großgrundbesitzer, Reaktionäre und Faschisten am 18. Juli 1936 einen konterrevolutionären Putsch gegen die Volksfront-Regierung.

Nun rächte sich, daß die Reaktionäre und Faschisten ihre einflußreichen Stellungen im Staatsapparat, in der Armee und im Polizeiapparat der Volksfront-Regierung hatten behalten können.[3] Die linksbürgerliche Regierung versuchte die Arbeiter und Bauern Spaniens mit dem „Argument" abzuwiegeln, es handele sich nur um isolierte Putschversuche, sie habe die Lage im Griff.

Der Beginn des bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen die spanischen Faschisten

Doch die Arbeiterinnen und Arbeiter Spaniens hatten aus ihrer eigenen Erfahrung, nicht zuletzt aus den Oktobertagen, gelernt und griffen zu den Waffen. Dabei hatten sie auch die Erfahrungen des internationalen Proletariats, die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland 1933, den Aufstand der Wiener Arbeiterinnen und Arbeiter 1934 vor Augen. Arbeiterinnen und Arbeiter stürmten die Waffendepots. Sofort bildeten sich unter führender Beteiligung der KP Spaniens antifaschistische Milizen und bereits in den ersten Tagen waren 60 000 Arbeiter und Bauern bewaffnet. Als sich am 19. Juli die La Montaña-Kaserne in Madrid dem faschistischen Putschversuch anschloß und sich 14 000 Soldaten in der Kaserne verschanzt hatten, brachen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Waffenlager auf und stürmten mit nur 2000 Gewehren bewaffnet die Kaserne.[4]

Straßenkämpfe in Madrid im November 1936

Die Militärgarnisonen in „Spanisch-Marokko", dem von Spanien kolonial besetzten Teil Marokkos, und die Garnisonen auf den Kanarischen Inseln schlossen sich dem faschistischen Putsch an. Jedoch konnten die Faschisten sich auf dem spanischen Festland nur in wenigen Städten behaupten. Vor allem die Matrosen, aber auch viele Soldaten der Luftwaffe blieben auf Seiten der Republik.

Der Plan einer handstreichartigen Machtübernahme der faschistischen Konterrevolutionäre war vereitelt worden, der Großteil des Truppennachschubs saß in Marokko fest. Doch Franco hatte Verbündete: Nazi-Deutschland und das faschistische Italien. Mit einem Vorauskommando von 30 Ju-52-Flugzeugen und großen Mengen Bomben an Bord eines als Ausflugsdampfer getarnten Frachters organisierte Nazi-Deutschland eine Luftbrücke, mit der in 20 Tagen 13 000 Soldaten – Fremdenlegionäre und in Marokko rekrutierte Söldner – mit Ausrüstung auf das spanische Festland überführt wurden.

Die Luftbrücke war der Auftakt zur militärischen Intervention Nazi-Deutschlands und Italiens, in deren Verlauf die Nazifaschisten Flugzeuge, Panzer, Geschütze sowie weiteres Kriegsmaterial und Offiziere, Ausbilder und Soldaten entsandten. Bereits in den ersten Monaten des spanischen Bürgerkriegs wurde von Nazi-Deutschland 1650 Flugzeuge, 1150 Panzer, 2600 Artilleriegeschütze und 8800 Maschinengewehre geliefert. Insgesamt schickte der deutsche Imperialismus rund 20 000 Soldaten seiner Nazi-Wehrmacht, allen voran die 4500 Mann starke Elitetruppe der „Legion Condor", zur blutigen Niederschlagung der kämpfenden Völker Spaniens. Italien entsandte vor allem Soldaten (ca. 100 000), Gewehre und Bomben. Die Zahl der Soldaten, die zur Unterstützung der Faschisten nach Spanien geschickt wurde, beläuft sich insgesamt auf ca. 250 000.

Nachdem der geplante handstreichartige faschistische Putsch gescheitert war, setzten die Faschisten alles daran, Madrid zu erobern. Ab dem 4. November 1936 ließ Franco im Radio Burgos täglich das Programm „Die letzte Stunde von Madrid" senden. Madrid galt praktisch als verloren. Die Volksfront-Regierung siedelte am 7. November 1936 nach Valencia über. Franco behauptete großmäulig, er werde am nächsten Tag in Madrid zur Messe sein. Nun gab die KP Spaniens die Losung „No pasarán!" aus, rief die Bevölkerung auf, Madrid zum Grab der Faschisten zu machen. Die werktätige Bevölkerung Madrids setzte dem faschistischen Angriff erbitterten Widerstand entgegen und schlug diesen zurück. Bereits bei der Verteidigung Madrids – wie im gesamten Verlauf des spanischen Bürgerkriegs – stach die breite Beteiligung der Frauen am antifaschistischen Kampf und gerade auch am bewaffneten Kampf hervor. Eigene Frauenbataillone wurden gebildet.[3] Am 8. November trafen auch die ersten Kämpferinnen und Kämpfer der erst kurz zuvor aufgestellten Internationalen Brigade ein, am Himmel tauchten zum ersten Mal sowjetische Jagdflugzeuge auf und beendeten die faschistische Luftherrschaft.

Der Kampf für die Schaffung einer Volksarmee

Im Verlauf des Kampfes, insbesondere um Madrid, zeigte sich, daß die spontan nach Bekanntwerden des Putsches entstandenen Milizen der Arbeiter und Bauern nicht ausreichten. Jede Partei, jede Gewerkschaft hatte ihre eigene Miliz. Auch die Funktion der Miliz-Kommandeure war nicht einheitlich – sie hatten teilweise nur beratende

Chronologie der wichtigsten Ereignisse des spanischen Bürgerkriegs

Anfang 1936 wurde in Spanien eine linksbürgerliche Volksfront-Regierung gebildet. Nach dem konterrevolutionären Putsch der Faschisten und gestützt auf die bewaffneten ausgebeuteten und werktätigen Massen erfuhr sie eine zunehmende Radikalisierung, was sich auch in der Regierungszusammensetzung niederschlug. Präsident war zuerst der Republikaner Azaña, dann ab Herbst 1936 der Sozialist Caballero, und ab Sommer 1937 der Sozialist Negrín.

18.07.36: Beginn des faschistischen Putsches in dem von Spanien besetzten Teil Marokkos, den Kanarischen Inseln und Spanien.

26.07.36: Die deutschen Nazifaschisten forcieren und dirigieren den Putsch der spanischen Faschisten. Sie bilden in Berlin den „Sonderstab X".

Aug. 36: In den beiden ersten Augustwochen werden 15 000 Soldaten der faschistischen Armee mit Hilfe von Transportflugzeugen der deutschen Wehrmacht von Marokko nach Spanien eingeflogen.

Aug. 36: Bildung des „Komitees für die Nichteinmischung" auf Vorschlag der sogenannten „demokratischen" Länder Frankreich, England und den USA.

01.10.36: Autonomie für das Baskenland.

07.10.36: Dekret über die Übergabe des Landbesitzes der Großgrundbesitzer an die landlosen Bauern.

24.10.36: In Albacete wird die erste von sechs internationalen Brigaden mit Kämpferinnen und Kämpfern aus insgesamt 25 Ländern aufgestellt.

07.11.36: Der Vormarsch der Faschisten wird durch den entschiedenen Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter Madrids gestoppt. Die XI. Internationale Brigade trifft zur Unterstützung des Kampfes in Madrid ein.

07.01.37: Dekret über die Gleichberechtigung der Frauen.

29.01.37: Die Volksarmee mit zunächst 70 000 Kämpferinnen und Kämpfern wird geschaffen.

März 37: Der Vormarsch der faschistischen Truppen wird bei Guadalajara gestoppt. Die republikanischen Kräfte gehen zur Gegenoffensive über.

27.04.37: Im Zuge der Faschisten-Offensive im Baskenland zerstören deutsche Legion-Condor-Mörder Guernica.

3./4.05.37: In Barcelona versucht die trotzkistische POUM, unterstützt durch einige anarchistische Kräfte, einen bewaffneten Putsch gegen die Volksfront-Regierung.

05.06.37: Brutale Bombardierung Almerías durch deutsche Kriegsschiffe.

16.03.38: Barcelona wird drei Stunden lang von der deutschen und italienischen Luftwaffe bombardiert.

15.04.38: Den Faschisten gelingt der Durchbruch zum Mittelmeer. Das republikanische Gebiet ist gespalten.

25.07.38: Letzte große Offensive der republikanischen Volksarmee am Ebro.

22.09.38: Abzug der Internationalen Brigaden.

09.02.39: Barcelona wird von den Faschisten erobert.

28.03.39: Einmarsch der Faschisten in Madrid und Errichtung der faschistischen Diktatur in ganz Spanien.

(Aus: „Geschichte Spaniens", Moskau 1953, Große Sowjetenzyklopädie Heft 41; „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Basel", Nr. 24, Mai 1938; W. Bredel: „Spanienkrieg", Bd. 2; H.-C. Kirsch (Hrsg.): „Der Spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten", München 1976)

Funktion. All das erschwerte ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen. Darüber hinaus hatte jede Provinz ihr eigenes Oberkommando, das selbständig handelte.

Dementgegen propagierte die KP Spaniens von Anfang an die Notwendigkeit der Schaffung einer Volksarmee mit einer einheitlichen zentralen Entscheidungsgewalt, um schlagkräftig gegen die faschistische Armee vorgehen und die fortschrittlichen und revolutionären Maßnahmen der Volksfront durchsetzen zu können. Im Vergleich zu den militärisch geschulten faschistischen Truppen mußten die antifaschistischen Kräfte diese Volksarmee praktisch aus dem Nichts schaffen.

Zahlenmäßig war die gerade erst im Entstehen begriffene Volksarmee den Faschisten hoffnungslos unterlegen. Ständig erhielten diese Nachschub aus den Reihen der Fremdenlegionäre und der zwangsrekrutierten Marokkaner, von den deutschen und italienischen Faschisten, ständig wurde mehr und mehr Kriegsmaterial, Militärberater usw. geliefert. Die meisten Kämpferinnen und Kämpfer verfügten über keinerlei militärische Erfahrung. Fast die gesamte militärische Offiziersriege kämpfte auf Seiten der Faschisten und erst im Verlauf des Kriegs konnte die Volksarmee aus den Volksmassen hervorgegangene Kämpferinnen und Kämpfer, Kommandeure wie Lister oder El Campesino heranbilden.

Unter diesen scheinbar ausweglosen Voraussetzungen hatten die bewaffneten Völker Spaniens jedoch ein gewichtiges Plus auf ihrer Seite: Sie wußten, was sie verteidigten, sie wußten, wofür sie kämpften, und sie haßten die Faschisten. Deshalb waren sie bereit, ihr Leben einzusetzen gegen die faschistische Konterrevolution. Aus diesem Bewußtsein entstand der heldenhafte Einsatz und die Kühnheit, mit der sie sich anfangs nur mit Messern und Spaten bewaffnet den faschistischen Truppen entgegenstellten.

Und die Nachrichten aus den von den Faschisten besetzten Gebieten führten es vor Augen: Dort wütete der weiße Terror, die alte „Macht und Herrlichkeit" von Gutsbesitzern, Kaziken (feudale Dorfgewaltige), Kirche und Reaktion war wiederhergestellt. Bei der Einnahme von Badajoz wurden beispielsweise alle Menschen verhaftet, die Schwielen oder Spuren eines Gewehrs an den Händen hatten. 1500 Menschen wurden in die Stierkampf-Arena getrieben und in Anwesenheit der Repräsentanten der herrschenden Klassen mit Maschinengewehren erschossen.[6]

Ein entscheidender Hebel innerhalb der Volksarmee waren die ***politischen Delegierten***, später ***politischen Kommissare.*** Ihre Aufgabe war die politische Schulung, die Erläuterung der aktuellen Lage und der Ziele des bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens. Regelmäßig hielten sie Versammlungen ab, in denen nicht nur über die Probleme der Revolution in Spanien, sondern auch über die Kämpfe des internationalen Proletariats, wie z. B. den Befreiungskampf des chinesischen Volkes oder den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, die 1936 verabschiedete neue Sowjet-Verfassung, diskutiert wurde. Aufgabe der politischen Kommissare war also die Hebung des politischen Bewußtseins der Kämpferinnen und Kämpfer der Volksarmee. Sie leisteten eine gewaltige antifaschistische Agitations- und Propagandaarbeit, führten Theater- und Kino-Veranstaltungen durch. Zur Stärkung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern bildeten sie Arbeiterstoßbrigaden, die den Bauern bei der Saat und Ernte halfen.

Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe war auch die ***Arbeit unter den Soldaten der faschistischen Armee***. Mit Flugzeugen und Raketen wurden Tausende von Flugblättern auf die faschistischen Soldaten abgeworfen, mit Lautsprechern wurden sie zum Desertieren aufgefordert. Gleichzeitig organisierte die Volksfront auch Partisanenaktionen und Sabotage in den von den Faschisten besetzten Gebieten: Brücken und Tunnels wurden gesprengt, um den Eisenbahntransport zu unterbinden, Autos und LKWs wurden zerstört, Telefon- und Telegraphenleitungen wurden durchschnitten.

Maßnahmen und Errungenschaften unter der Volksfront-Regierung

Um den Kampf für die Durchführung des Volksfront-Programms, um den Charakter der sich im Verlauf des spanischen Bürgerkriegs entwickelnden Revolution richtig einzuschätzen, muß man sich vor Augen halten: Spanien war 1936 – trotz wachsender Industrie – in erster Linie noch ein Agrarland mit beträchtlichen Überresten des Feudalismus. 59 Prozent der arbeitenden Bevölkerung

Kämpferinnen und Kämpfer gegen den Faschismus im spanischen Bürgerkrieg

war in der Landwirtschaft tätig, auf Industrie, Transport und Handel entfielen kaum mehr als 20 Prozent. Der übrige Teil arbeitete im staatlichen Verwaltungssektor oder in der Armee. Die Verteilung des Eigentums an Grund und Boden spiegelt die sozialen Verhältnisse wider. Zwei Prozent Großgrundbesitzer (ab 100 ha gerechnet) besaßen 67 Prozent der gesamten anbaufähigen Fläche. Die riesige Masse der armen Bauern verfügte nur über 1,1 % der gesamten Ackerfläche. Den 2,5 Millionen Landarbeitern fehlte oft das Nötigste zum Essen. Auf dem Lande war der Großgrundbesitz vorherrschend, in einigen Regionen gab es Pachtverhältnisse feudalen Ursprungs, feudale Vorrechte der Großgrundbesitzer (z. B. Monopolrecht auf Fischfang in Gewässern, die an ihren Boden grenzten), das Kazikentum und sogar noch Überreste der Leibeigenschaft. Seit dem Sturz der Monarchie hatte sich daran nur sehr wenig geändert. Erwähnenswerte Industriezentren gab es nur im Baskenland und Katalonien, dabei war die Leichtindustrie vorherrschend. Hier waren 67 Prozent der fast zwei Millionen Industriearbeiter beschäftigt.[7]

Auf der Grundlage des energischen Kampfes breiter Massen der Ausgebeuteten, die sich bewaffnet hatten, wurden unter der Volksfront-Regierung begonnen, sehr wesentliche revolutionärdemokratische Forderungen zu verwirklichen und wurden wesentliche Errungenschaften erzielt.

- ***Unterdrückung der Konterrevolutionäre und Reaktionäre*** durch Versammlungsverbot für Faschisten und Reaktionäre, Verbot entsprechender Zeitungen, Propaganda usw. als Voraussetzung für folgende Maßnahmen:
- ***Demokratische Rechte für die breiten Volksmassen,*** wie z. B. Organisationsfreiheit, Versammlungsfreiheit. Beteiligung der Volksmassen an der Leitung des Staates.
- ***Lohnerhöhungen und Arbeitsschutzgesetze*** für Arbeiterinnen und Arbeiter. Beteiligung der Arbeiterklasse an der ***Kontrolle der Produktion.***
- Verstaatlichung der Kriegsindustrie, des Transportwesens und der Banken. Entschädigungslose ***Enteignung*** derjenigen Kapitalisten, die während des Putsches die Faschisten unterstützt hatten.
- Eine sehr große Bedeutung hatte das vom kommunistischen Landwirtschaftsminister Uribe ausgearbeitete Gesetz über die ***entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer, der Kirche und der Konterrevolutionäre***. Dies war ein wesentlicher Schlag zur Liquidierung der wirtschaftlichen und politischen Macht der feudalistisch-monarchistischen Reaktion. Durch das Gesetz vom 7. Oktober 1936 wurden diese Ländereien an die Landarbeiter und Bauern übergeben, die selbst frei entscheiden konnten, ob sie den Boden kollektiv oder einzeln bestellen wollen.[8] Bis Juli 1937 wurden vier Millionen Hektar Land an arme Bauern und Landarbeiter übergeben.[9] Um den Massen der ausgebeuteten und werktätigen Bauern aber tatsächlich die Möglichkeit zur Bearbeitung des Landes zu geben, erhielten sie staatliche Produktionshilfen wie Saatgut, Düngemittel, Werkzeug, Kredite.
- Maßnahmen zur ***Hebung des Kulturniveaus und Einrichtung eines allgemeinen Bildungs- und Erziehungswesens*** für die werktätigen Massen. Schaffung von 10 000 neuen Schulen, Alphabetisierungskampagnen, Einrichtung von Arbeiter-Lehranstalten. Jeden Monat lernten ca. 10 000 Menschen Lesen und Schreiben.[10] Mit Erlaß vom 30. Januar 1937 wurden die „Kultur-Milizen" geschaffen: Inmitten des Kampfes führten Lehrerinnen und Lehrer unter den Kämpferinnen und Kämpfern der Volksarmee Alphabetisierungskurse durch. Bibliotheken, an den Frontabschnitten fahrbare Bibliothekswagen, wurden geschaffen, Wandzeitungen, Theater-und Filmvorführungen organisiert.[11]
- ***Gesetzliche Gleichstellung der Frauen***. Beteiligung der Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes.
- Inangriffnahme der Frage der nationalen Unterdrückung. Von den 24,5 Millionen Einwohnern Spaniens entfielen 1936 sieben Millionen auf Katalonien, das Baskenland und Galizien. Die Volksfront billigte das schon vor dem 19. Juli 1936 erarbeitete ***Autonomie-Statut für das Baskenland***, das dann am 1. Oktober 1936 mit den Kernpunkten autonome Regierung, unabhängige Gerichtsbarkeit, Zweisprachigkeit, eigenes Finanzwesen beschlossen wurde. Ähnliche Statute wurden auch für ***Katalonien*** und ***Galizien*** erlassen.

Dies waren die revolutionär-demokratischen Maßnahmen der Volksfront. Dabei muß bewußt sein, daß die Machtorgane der Volksfront, insbesondere die Regierung, dominiert waren von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, Anhän-

gern der Sozialistischen Partei, der Liberalen, der Republikanischen Partei und der Parteien der baskischen und katalanischen Nationalisten. Anfang November 1936 traten auch zwei Vertreter der anarchistischen CNT und FAI der Volksfront-Regierung bei. Die wichtigsten Organe des Staates blieben in den Händen der Reformisten und bürgerlichen Parteien.

Die KP Spaniens mußte gestützt auf dieVolksmassen einen zähen Kampf für die Durchführung dieser Forderungen gegen die übrigen Volksfront-Parteien führen und konnte viele ihrer weitergehenden Forderungen nicht durchsetzen.[12] In einigen Bereichen konnten auch grundlegende demokratische Forderungen, wie etwa gleicher Lohn für Männer und Frauen, vor allem aufgrund des Widerstands der anarchistischen Kräfte, die einen „Familienlohn" forderten, nicht umgesetzt werden.[12] Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die tiefgehendsten und konsequentesten Maßnahmen gerade in den Bereichen durchgeführt wurden, in denen die kommunistischen Kräfte stark waren. So wurden die revolutionär-demokratischen Maßnahmen im Rahmen der Agrarrevolution und die Schaffung eines allgemeinen Bildungswesens von kommunistischen Agrar- bzw. Erziehungsministern eingeleitet.

Die internationale Bedeutung des spanischen Bürgerkriegs

Die Situation, in der der spanische Bürgerkrieg ausgefochten wurde, war auch international von großer Dramatik und Bedeutung. In Deutschland, Italien und Japan waren bereits faschistische Diktaturen errichtet worden. Die japanischen Imperialisten versuchten, den chinesischen Befreiungskampf zu zerschlagen, das faschistische Italien besetzte Äthopien und Nazi-Deutschland war auf dem Sprung zur Annektierung Österreichs und der Tschechoslowakei. Das war die Situation, in der sich breite Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Bäuerinnen und Bauern Spaniens, unterstützt durch Tausende herbeigeeilte Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kämpferinnen und Kämpfer des internationalen Proletariats, bewaffnet gegen die faschistische Konterrevolution erhoben.

Wurden die spanischen Faschisten von Deutschland, Italien und Portugal offen unterstützt, so verhielten sich die übrigen kapitalistischen Länder, vor allem die imperialistischen Großmächte Frankreich, England und USA, etwas „vorsichtiger". Einerseits war ihnen die mit Waffengewalt verteidigte spanische Republik und vor allem die Möglichkeit einer weitergehenden Entwicklung in Richtung auf eine sozialistische Revolution ein Dorn im Auge. Andererseits mußten sie auf Druck der Protestaktionen der Bevölkerungen ihrer Länder eine scheinbare Neutralität heucheln. Doch diese anfängliche Heuchelei der „Nichteinmischung" wurde immer mehr zur offenen Parteinahme der sogenannten „demokratischen" Regierungen dieser Länder auf der Seite der faschistischen Interventen. Sie verwehrten der Volksfront-Regierung den Ankauf von Waffen, sperrten die Grenzen und verhängten eine Seeblockade, belieferten aber gleichzeitig inoffiziell die Faschisten mit Waffen und Material.

Die Haltung der damals sozialistischen Sowjetunion war eindeutig und klar auf der Seite der kämpfenden Völker Spaniens.[13] In einem an das ZK der KP Spaniens gerichteten Telegramm schrieb Stalin:

> **„Die Werktätigen der Sowjetunion erfüllen lediglich ihre Pflicht, indem sie den revolutionären Massen Spaniens nach Kräften helfen. Sie legen sich Rechenschaft darüber ab, daß die Befreiung Spaniens vom Joch der faschistischen Reaktionäre keine private Angelegenheit der Spanier ist, sondern die gemeinsame Sache der gesamten fortgeschrittenen und fortschrittlichen Menschheit."**
> (Stalin, 16. Oktober 1936. Zitiert aus: „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Basel, Nr. 47, 1936, S. 1943)

Die Unterstützung des internationalen Proletariats für die kämpfenden Völker Spaniens

Als sich die Arbeiter und Bauern gegen die faschistischen Konterrevolutionäre erhoben, da blickte das Proletariat der ganzen Welt nach Spanien, denn dort wurde ein Kampf ausgetragen, der den weiteren Verlauf der Geschichte, die Frage, ob der internationale Vormarsch der Faschisten und Reaktionäre gestoppt werden kann, entscheidend beeinflussen sollte. Mao Tse-tung, der Vorsitzende der KP Chinas, unter deren Führung zu dieser Zeit ein gewaltiger Befreiungskampf gegen den japanischen Imperialismus stattfand, schrieb in seinem Brief an die Völker Spaniens:

> **„Dieser Krieg wird nicht nur für die nationale Existenz Spaniens geführt, sondern auch im Interesse der unterdrückten Völker der ganzen Welt ... Die Sache, für die ihr kämpft, ist auch unsere Sache. Wir haben mit Begeisterung von der Schaffung der Internationalen Brigaden gehört, und**

Die Beteiligung der Frauen am bewaffneten Befreiungskampf

Die Frauen beteiligten sich am bewaffneten Kampf besonders aktiv. Aufgrund des großen Andrangs wurden in bestimmten Gegenden, z. B. in Madrid, eigene Frauenbataillone geschaffen, Frauen waren Kämpferinnen der Volksarmee, Kommandantinnen, politische Kommissarinnen und Dinamiteras.

Lina Odena war Mitglied im Kommunistischen Jugendverband, von Beruf war sie Schneiderin. Schon im Oktober 1934 wurde sie bekannt in Barcelona wegen der Unterstützung der Bergarbeiter. Als die Faschisten putschten, arbeitete Lina Odena gerade in Südspanien, in Alemería. Sie organisierte sofort eine der Milizkolonnen und wurde zur Kommandantin gewählt. Ihre Kolonne, hauptsächlich aus andalusischen Arbeitern und Bauern, wurde dann bei Granada eingesetzt. Lina Odena war bekannt wegen ihres Muts und ihrer Furchtlosigkeit. Eines Morgens machte sie nur mit einem Fahrer zusammen eine Erkundungsfahrt in das von den Faschisten besetzte Gebiet. Als das Auto von den Faschisten beschossen wurde, hielten sie an. Der Fahrer ergab sich, aber Lina Odena nicht: Sie verschanzte sich hinter dem Wagen und erwiderte das Feuer. Um den Faschisten nicht in die Hände zu fallen, erschoß sie sich am Schluß selbst.Die Faschisten verstümmelten ihre Leiche. Hunderte von Arbeiterinnen und Arbeitern kamen zur Beerdigung Lina Odenas in Granada, deren heldenhafter Einsatz ein Ansporn für alle war.

Rosario Sánchez Mora, genannt „La Dinamitera", wurde 1920 geboren. Mit 16 Jahren ging sie nach Madrid und begann eine Ausbildung als Näherin in einer Einrichtung des kommunistischen Jugendverbandes. Als am Tag des faschistischen Putsches einige Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes in den Unterricht kamen und Freiwillige für die Milizen warben, schloß sich Rosario als Milizin an. Bald kommt sie zur Abteilung der „Dinamiteros", ein bis dahin faktisch nur von männlichen Milizen dominierter Bereich. Dort erhielt sie eine Ausbildung über die Herstellung und den Einsatz von Bomben und verschiedene Angriffsformen. Bei einer Übung im September 1936 wurde ihr die rechte Hand zerfetzt, doch Rosario gab nicht auf. Kaum genesen, meldete sie sich bei ihrer Einheit zurück. Zuerst arbeitete sie als Telefonistin im Generalstab, danach wurde sie zur Verantwortlichen für die Postverteilung an der Front ernannt. Als in den Märztagen 1939 der verräterische „Verteidigungsrat" um General Casado die Macht übernahm und im Rahmen der Vorbereitung der Kapitulation vor den Faschisten Tausende von Kommunisten ermordet und verhaftet wurden, fällt Rosario ein, daß sich in der Kommandatur noch massenweise Karteien, Adressen usw. befinden. Sie rennt zu dem Gebäude und verbrennt im Hof alle Papiere. Damit hat sie vielen Genossinnen und Genossen das Leben gerettet. Nach der Niederlage der Volksfront wird die „Dinamitera" zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine Dinamitera aus Aragón

Militärische Ausbildung für Kämpferinnen der Volksarmee

(Quellen: „Rundschau", Basel, Sondernummer España, Nr. 24, Mai 1938, S. 777; Ingrid Stobl: „Sag nie, du gehst den letzten Weg", Frankfurt 1989, S. 67 f.)

Zur Rolle der anarchistischen Kräfte im spanischen Bürgerkrieg

Eine der übelsten antikommunistischen Lügen ist die Behauptung, die Kommunistinnen und Kommunisten hätten im spanischen Bürgerkrieg alle anarchistischen Kräfte verfolgt und unterdrückt. In Wirklichkeit war für die Kommunistische Partei auch gegenüber den anarchistischen bzw. anarchosyndikalistischen Kräften klar der Trennungsstrich zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Antifaschismus und Faschismus bzw. Profaschismus entscheidend. Gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Ideologie des Anarchismus suchten die Kommunisten die praktische Zusammenarbeit mit anarchistischen Kräften, wurde sie überall dort angestrebt und verwirklicht, wo anarchistische Kräfte bereit waren, sich in die gemeinsame Front gegen die Faschisten und Nazi-Interventen einzureihen. Dort hingegen, wo sie sich gegen den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter stellten, wo sie sich gegen nötige antifaschistische Maßnahmen stellten und teilweise sogar den Faschisten in die Hände spielten, mußte gegen sie und ihre Politik Front gemacht und in der erforderlichen Weise vorgegangen werden.

In der Praxis war dies allerdings eine komplizierte Frage, denn es ging nicht und nicht vor allem nur um einige anarchistische Führer. Ein großer Teil der spanischen Arbeiterinnen und Arbeiter stand unter dem noch nicht überwundenen Einfluß des Anarchismus (daneben auch der Sozialdemokratie). Nahezu die Hälfte aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter waren in der anarchistischen Gewerkschaft CNT. Im spanischen Bürgerkrieg gab es sowohl negative als auch positive Beispiele.

Vor allem die Führungsriege der CNT und der anarchistischen FAI waren ausgesprochene Antikommunisten. Schon 1931 beschlossen sie in einem Nichtvereinbarkeitsbeschluß den Ausschluß aller Kommunistinnen und Kommunisten aus der CNT. (Siehe: A.Souchy, „Nacht über Spanien", Frankfurt 1975, S. 188) Während des Oktoberaufstands der Arbeiterinnen und Arbeiter Asturiens 1934 stellten sich die Anarchosyndikalisten offen gegen den Streik. Sie bedienten sich des staatlichen Rundfunks, um anarchistische Arbeiterinnen und Arbeiter vom Kampf abzuhalten. (Siehe: MINKLOS: „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit", Moskau 1937, S.43) Diejenigen, die sich dennoch nicht von einer Teilnahme abhalten ließen, wurden als „Verräter" aus der CNT und der FAI ausgeschlossen. Der konterrevolutionäre Edelanarchist Souchy brüstete sich nach Beendigung des Bürgerkriegs sogar mit folgender Geschichte:

„In den ersten drei Monaten nach dem 19. Juli (1936) befand sich Katalonien gänzlich in den Händen der Anarchosyndikalisten, und die katalanisch-französische Grenze wurde von der FAI bewacht. Die FAI-Leute ließen ihre eigenen ausländischen Gesinnungsgenossen hinein, hatten aber Bedenken, die Grenzen für die zahlreichen Kommunisten zu öffnen. Der Organisator der antifaschistischen Miliz Kataloniens war der Anarchist García Oliver, später Justizminister in der Regierung Largo Caballero. Oliver gab den Befehl, die Grenze für die Freiwilligen aus dem Ausland vollständig zu sperren. Seine Anweisung wurde von dem Chef der katalanischen Polizei, Aurelio Fernández strikt durchgeführt."
(Augustin Souchy, „Nacht über Spanien", Frankfurt 1975, S.181/182)

Es ist bekannt, daß eine nicht unerhebliche Zahl dieser Leute in ihrem Antikommunismus sogar soweit ging, trotzkistische Konterrevolutionäre bei ihrem versuchten bewaffneten Putsch gegen die Volksfront in Barcelona 1937 zu unterstützen.

Andererseits ist es so, daß es auch anarchistisch beeinflußte ArbeiterInnen und Arbeiter gab, die im Verlauf des spanischen Bürgerkriegs durchaus die praktische Unhaltbarkeit einiger ihrer zentralen Positionen einsahen, die Notwendigkeit der diktatorischen Unterdrückung der Konterrevolution begriffen, sich an den Organen des neuen Staatsapparats, der Armee, Polizei, der Gerichte und sogar der Regierung beteiligten. Einer davon war Buenaventura Durruti. Alberto Careño, einer seiner engen Kampfgefährten, reiste am 10. November 1936 mit einer spanischen Delegation in die UdSSR und überbrachte den folgenden Brief Durrutis:

„Die CNT, die FAI, die antifaschistische Miliz, die Kolonne Durruti und, der Generalstab an das Proletariat der Sowjetunion: Genossen!

Ich benutze diesen Brief, um euch einen brüderlichen Gruß von der aragonischen Front zu schicken, wo Tausende eurer Brüder kämpfen, wie ihr vor 20 Jahren für die Befreiung der Klasse gekämpft habt, die jahrhundertelang Unterdrückung und Erniedrigung gelitten hatte. Vor 20 Jahren haben die Werktätigen Rußlands im Osten das Rote Banner – Symbol der Brüderlichkeit des internationalen Proletariats – erhoben. Ihr habt eure Hoffnungen auf das internationale Proletariat gesetzt und seine Hilfe bei dem von euch begonnenen großen Welt haben euer Vertrauen nicht betrogen, sie haben euch aufopferungsvoll und nach Kräften geholfen.

Jetzt wird im Westen eine neue Revolution geboren und es entrollt sich das Banner, das das Ideal bildet, das zwei Völker, die vom Zarismus und der despotischen Monarchie unterdrückt waren, siegreich in brüderlicher Verbundenheit vereinigen wird .... Einen Gruß von allen, die mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus an der aragonischen Front kämpfen. Osera, den 22. Oktober 1936, Euer Genosse B. Durruti."
(„Die Kommunistische Internationale", Zeitschrift des EKKI, Doppelnummer 11/12, November/Dezember 1936, S. 1156 f.)

In einem Nachruf auf Durruti heißt es in der „Prawda" vom 21. November 1936:

„Zu der ruhmreichen Liste der heldenhaften spanischen Kämpfer, die im Kampfe gegen die faschistischen Meuterer und Interventen gefallen sind, gesellt sich der Name Durrutis. Seit den ersten Tagen des faschistischen Aufstandes kämpfte Durruti mit der Waffe in der Hand an den Fronten Aragoniens gegen den Feind und riß durch sein Beispiel persönlicher Kühnheit Tausende von Arbeitern mit. Er eilte mit seiner 5000 Mann starken Kolonne nach Madrid, als die faschistischen Horden den Sturm auf die spanische Hauptstadt begannen. Durruti war ein Arbeiter von Barcelona. Sein Name war der Bourgoiosie verhaßt, vier Mal war er von ihr zum Tode verurteilt worden. Der faschistische Militärputsch veranlaßte Durruti wie noch viele spanische Anarchisten, seine Ansichten zu reflektieren. Er beherzigte die harten Lehren des Kampfes. ‚Wir müssen ein stehendes Heer schaffen. Wir werden eine eiserne Disziplin einführen. Unsere Hauptaufgabe ist die Zerschmetterung des Faschismus und die Rettung Spaniens' – das waren die Losungen, mit denen er an die Organisierung der Streitkräfte ging. Das revolutionäre Spanien hat einen selbstlosen Kämpfer und Todfeind des Faschismus verloren."
(Zitiert aus „Rundschau", Basel, Nr. 53 1936, S. 2149)

mit Freude haben wir erfahren, daß sich in ihnen auch Chinesen und Japaner befinden ... Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht die Fragen Eures Kampfes und die allgemeine Lage in Spanien besprechen."
(Mao Tse-tung. Zitiert nach „Kommunistische Internationale", Zeitschrift des EKKI, Heft 9, 1937, S. 175/176)

Über drei Jahre hinweg wurden weltweit unzählige Solidaritätsversammlungen durchgeführt, Demonstrationen und Solidaritätsstreiks organisiert, Geld, Lebensmittel und Medizin gesammelt. Zum Beispiel spendeten Arbeiterinnen und Arbeiter aus Südafrika ihren Tageslohn, in Paris führten im August 1936 300 000 Metallarbeiter einen Solidaritätsstreik durch, englische Hafenarbeiter weigerten sich, deutsche Schiffe zu beladen.[14]

Die Arbeiterklasse und die Kollektivbauern der sozialistischen Sowjetunion sammelten in den ersten zwei Monaten des Bürgerkriegs über 36 Millionen Francs für den Kampf der Völker Spaniens.[9] Unter schwierigsten Bedingungen lieferte die Sowjetunion Lebensmittel wie Weizen, Zukker, Konserven. Nicht selten wurden Sowjetfrachtdampfer von den Faschisten beschossen, durchsucht und versenkt. Von großer Bedeutung war natürlich, daß die sozialistische Sowjetunion die Völker Spaniens nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch mit Gewehren und mit militärisch geschulten Genossinnen und Genossen unterstützte.

Das herausragendste Beispiel der Solidarität des internationalen Proletariats im spanischen Bürgerkrieg waren die Tausende von Kämpferinnen und Kämpfern aus aller Welt, die ***Interbrigadisten,*** die sich sofort nach dem faschistischen Putsch der Generale um Franco auf den Weg machten, um den Völkern Spaniens, der jungen spanischen Republik mit ihrer Volksfront-Regierung im Kampf gegen den Faschismus zur Seite zu stehen. Ihre Einsatzbereitschaft, ihr Mut und ihr praktizierter Internationalismus waren ein großartiger Ansporn für den Kampf der Völker Spaniens. Auch wenn die Interbrigaden militärisch nicht von ausschlaggebender Bedeutung waren, so zeigte ihr Beispiel doch, daß das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker der Welt den Kampf der Völker Spaniens als ihren Kampf ansahen.

☆

Ende 1938 wurden die Internationalen Brigaden aufgelöst, zu Beginn des folgenden Jahres gelang es den Faschisten Barcelona zu besetzen. In dieser dramatischen Situation erhob nun die „fünfte Kolonne" ihr Haupt. Im März 1939 bildeten in Madrid die Generale Casado (ein Vertrauter des Sozialisten Caballero, der bis 1937 Präsident der Volksfront-Regierung war) und Miaja zusammen mit Teilen der Sozialistischen Partei und anarchistischen Kräften einen verräterischen „Verteidigungsrat" und gingen zum offenen Kampf gegen die Volksfront über. 9000 Volksfront-Anhänger, hauptsächlich Kommunistinnen und Kommunisten, wurden von den Schergen des „Verteidigungsrats" ermordet, 12 000 weitere zur späteren Übergabe an die Faschisten ins Gefängnis gesperrt.[16] Gleichzeitig entließ der „Verteidigungsrat" Hunderte von Faschisten und Reaktionären aus den Gefängnissen als „wohlwollende Geste" gegenüber den Faschisten. Am 18. März 1939 schickte der „Verteidigungsrat" sein Kapitulationsangebot an Franco.

Der spanische Bürgerkrieg endete mit einer Niederlage der antifaschistischen und revolutionären Kräfte. Das Ende dieses Kampfes war jedoch in

zweifacher Hinsicht nicht der Schlußpunkt: Zum einen wurde der Widerstand in der Illegalität fortgesetzt und führten revolutionäre Kräfte im Land den Partisanenkampf gegen den spanischen Faschismus weiter. Zum anderen war diese verlorene Schlacht der Auftakt für den weltumspannenden antifaschistischen Krieg zur Niederringung des Nazifaschismus und der anderen faschistischen Aggressoren. Viele Kämpferinnen und Kämpfer des spanischen Bürgerkriegs gingen ins Exil und schlossen sich nach der nazifaschistischen Besetzung Frankreichs der Resistance und anderen Kampffronten des antifaschistischen Weltkriegs in verschiedenen Ländern an.

☆☆☆

Das Studium der Erfahrungen und Lehren des spanischen Bürgerkriegs muß für alle Genossinnen und Genossen heute ein Anliegen sein, die wirklich konsequent, revolutionär und proletarisch-internationalistisch für die Revolution kämpfen wollen. Die damals praktizierte proletarische internationale Solidarität zeigt eindrucksvoll die Bedeutung des Vorhandenseins einer starken, wirklich kommunistischen Bewegung in allen Ländern. Der unversöhnliche Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei, für den Sturz und die Zerschlagung des deutschen Imperialismus, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Kommunismus erfordert im höchsten Maß eben den Kampfeswillen, die Einsatz- und Opferbereitschaft, welche die Kämpferinnen und Kämpfer in Spanien damals auszeichnete.

Beim Studium und der Diskussion grundlegender Fragen und Probleme des spanischen Bürgerkriegs stehen immer wieder Fragen im Vordergrund wie: In welchem Verhältnis stehen Krieg und Revolution, was für einen Charakter hatte die sich während des spanischen Bürgerkriegs entwickelnde Revolution, wie ist die Politik der KP Spaniens innerhalb der Volksfront zu beurteilen, was waren die Gründe für die Niederlage der spanischen Republik?

Für eine Einschätzung all dieser Fragen ist ein gründliches Studium der Originaldokumente der KP Spaniens sowie der Kommunistischen Weltbewegung, vor allem auch im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Taktik der Einheitsfront und Volksfront erforderlich.

Dokumente zum Studium des spanischen Bürgerkriegs

- **Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens**
- **Artikel von José Díaz, Vorsitzender der KP Spaniens**
- **Dokumente der Kommunistischen Internationale**
- **Anhang:**
  - **Auszug aus „Geschichte Spaniens", Große Sowjetenzyklopädie, Heft 41, Berlin 1955**
  - **ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg", Madrid 1937**
  - **MINKLOS [Internationales Agrarinstitut Moskau]: „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit", Moskau 1937**

Ca. 500 Seiten , 50 DM

Quellen und Anmerkungen:

(1) Die KP Spaniens war Mitte der 20er Jahre eine relativ kleine und unbedeutende Partei mit ca. 800 Mitgliedern gewesen. Erst in den darauffolgenden Jahren, besonders durch ihre führende Beteiligung an den entscheidenden Klassenschlachten, insbesondere die Teilnahme an den bewaffneten Streiks der Bergarbeiter in Asturien 1934, hatte sie sich unter den Arbeitermassen zunehmend Ansehen und Einfluß verschaffen können. (1934: 20 000 Mitglieder, 1936: 50 000 Mitglieder.) (Siehe: MINKLOS [Internationales Agrarinstitut Moskau] (Hrsg.): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit", Moskau 1937, S. 41)

(2) Die KP Spaniens hatte bei der Programmausarbeitung zwar weitergehende Forderungen vorgeschlagen, wie die entschädigungslose Enteignung des gesamten – nicht nur des in Händen des Adels befindlichen – Großgrundbesitzes, Arbeiterkontrolle in der Produktion, Nationalisierung der Staatsbank, aber die bürgerlichen Parteien weigerten sich, diese Vorschläge anzunehmen.

(3) MINKLOS (Hrsg.): „Spaniens Bauern ... ", a.a.O., S. 68.

(4) „Die Kommunistische Internationale", Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), Nr. 10, September 1936, S. 947.

(5) MINKLOS (Hrsg.): „Spaniens Bauern ... ", a.a.O., S. 78.

(6) „Die Kommunistische Internationale", Zeitschrift des EKKI, Nr. 10, September 1936, S. 949.

(7) Alle Angaben aus: José Díaz: „Stalins Lehre – Ein Leitstern der spanischen Kommunisten", 1940. Zitiert aus: „Die Kommunistische Internationale", Zeitschrift des EKKI, Nr. 1, 1940, S. 35 f.

(8) Kriegskommissariat der Interbrigaden: „Was die Volksfront dem Bauern und Landarbeiter gab", Barcelona 1938, S. 19.

(9) Siehe Rede des kommunistischen Landwirtschaftsministers Uribe in Valencia am 4. Juli 1937. Zitiert aus: ZK der KP Spaniens (Hrsg.), „Der Weg zum Sieg", Madrid 1937, S. 57.

(10) Siehe: „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Basel, Nr. 42, 1937, S. 1501.

(11) Siehe „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Basel, Sondernummer España, Nr. 24, Mai 1938, S. 757.

(12) Auch in der nationalen Frage hatte die KP Spaniens weitergehende, über die Autonomie hinausgehende Forderungen aufgestellt. Sie forderte:

„Anerkennung des demokratischen Rechts der nationalen Unabhängigkeit für die Katalanen, Basken und das Volk von Galizien, nationale Unabhängigkeit, die in wirklicher und dauernder Form durch eine enge und brüderliche Einheit, durch den gemeinsamen Kampf aller Völker Spaniens gegen den gemeinsamen Feind, gegen die spanischen Faschisten und die deutsch-italienischen Invasoren, sichergestellt werden kann und soll."
(Offener Brief des Politbüros der KP Spaniens an die E. K. der Sozialistischen Partei. Zitiert aus: ZK der KP Spaniens (Hrsg.), „Der Weg zum Sieg", Madrid 1937, S. 107)

Unter Berücksichtigung der nationalen Frage gab es auf dem Staatsgebiet Spaniens neben der KP Spaniens die KP Baskenland mit ihrem Zentralorgan „Euzkadi Roja", die KP Kataloniens, die sich schon 1935 mit der „Katalanischen Sozialistischen Partei" zur „Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens" zusammengeschlossen hatte, und die galizische Sektion der KP Spaniens, die sich in die KP Galiziens umwandelte. Für das spanische Kolonialgebiet in Marokko, dessen Unabhängigkeit von seiten der spanischen Volksrepublik nicht erlassen wurde, forderte die KP Spaniens:

„Wenn wir die nationalen Freiheiten der Völker anerkennen und respektieren, werden wir es verstehen, sie zu einer unzerstörbaren Einheit des antifaschistischen Spaniens des Volkes zusammenzuschweißen, werden wir es verstehen, dem marokkanischen Volke begreiflich zu machen, daß Franco, der Führer der Sklavenhalter, sie mit Betrug zur Sklaverei und zu Tode führt ... "
(Aufruf der KP Spaniens vom 18. Dezember 1936. Zitiert aus: „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Basel, Nr. 1, 1937, S. 30)

In diesem Sinne verfolgte und unterstützte die KP Spaniens auch die marokkanische Bevölkerung in ihren Protesten gegen die Rekrutierung als Söldner gegen den Befreiungskampf der Völker Spaniens. Am 12. November 1937 demonstrierten Tausende von Marokkanerinnen und Marokkanern vor dem Gebäude des Oberkommissars in Tetuan („Spanisch-Marokko"). Seit dem 18. Juli 1936 waren 150 000 Söldner nach Spanien geschickt worden, kein einziger war lebend zurückgekommen. Bei der Demonstration wurden 60 Marokkaner und 20 Spanier getötet (siehe „Rundschau", Basel, Nr. 50, 1937, S. 881). Die KP Spaniens propagierte, daß der im gemeinsamen Kampf der Völker Spaniens und Marokkos zu erringende

„ ... Sieg der spanischen Volksrepublik für das Volk Marokkos die Gewinnung seiner demokratischen Freiheiten, die Gewinnung von Brot und Boden für seine Söhne bedeuten wird."
(Aufruf der KP Spaniens vom 18. Dezember 1936. Zitiert aus: „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung", Basel, Nr. 1, 1937, S. 30)

(13) Am 23. August 1936 war die sozialistische Sowjetunion dem von England und Frankreich vorgeschlagenen Abkommen zur Nichteinmischung beigetreten, dem sich auch noch weitere 21 europäische Staaten anschlossen. Dort entlarvten die Vertreter der Sowjetunion wiederholt die Intervention Deutschlands und Italiens und die heuchlerische Politik Englands, Frankreichs und der USA. Aufgrund der anhaltenden Intervention Nazi-Deutschlands und Italiens und der stillschweigenden Zustimmung durch die übrigen Großmächte erklärte die Sowjetregierung zwei Monate später, am 23. Oktober 1936, daß sie sich an die Vereinbarung über die Nichteinmischung nicht mehr gebunden fühlen könne.

(14) Siehe z. B. „Rundschau", Basel, 1936, Nr. 46, S. 1916.

(15) MINKLOS: „Spaniens Bauern ....", a.a.O., S. 89.

(16) W. Gorrish: „Um Spaniens Freiheit", Köln 1977, S. 234.

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M.

Fax: 069 / 730920

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch - Freitag 16.30 - 18.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Vertrieb für Internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

Die Internationalen Brigaden: Vorbild des proletarischen Internationalismus

Die Internationalen Brigaden sind eines der eindrucksvollsten Beispiele der Solidarität des internationalen Proletariats, des gemeinsamen Kampfes der Unterdrückten der ganzen Welt. Schon kurze Zeit nach dem konterrevolutionären Putsch der faschistischen Generale um Franco kamen die ersten internationalen Kämpferinnen und Kämpfer der jungen spanischen Republik zu Hilfe. Viele machten sich oft unter den schwierigsten Bedingungen – in Frankreich, England und den USA wurde ihnen beispielsweise die Staatsbürgerschaft aberkannt – aus allen Teilen der Welt auf den Weg nach Spanien.

Die Antifaschistinnen und Antifaschisten, die zur Eröffnung der Arbeiterolympiade am 22. Juli 1936 in Barcelona gegen die Nazi-Propaganda-Olympiade in Berlin anwesend waren, reihten sich gleich im Juli 1936 in die spanischen Milizen ein und bildeten die erste internationale Kampfgruppe.

Zwischen 50 000 – 60 000 Interbrigadisten, revolutionäre und demokratische Kräfte aus insgesamt 53 Ländern kämpften im Spanischen Bürgerkrieg Seite an Seite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Bäuerinnen und Bauern der Völker Spaniens gegen den Faschismus. Es kamen Freiwillige aus allen Kontinenten. Interbrigadisten aus China und Japan, aus Chile und Brasilien, aus Australien und England, aus Indien und Marokko kämpften Schulter an Schulter mit Spaniern, Basken, Katalanen und Galiciern. Rund 5000 Genossinnen und Genossen aus Deutschland, größtenteils der KPD, schlossen sich den Internationalen Brigaden an. Sie alle vereinte der Haß auf die Faschisten. Vor allem für die deutschen Genossinnen und Genossen, die aufgrund der faschistischen Diktatur im eigenen Land fliehen mußten, bedeutete die Beteiligung am bewaffneten Kampf im Spanischen Bürgerkrieg die konsequente Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Nazifaschismus.

Die meisten der Interbrigadisten kamen aus der Arbeiterklasse, aber auch Intellektuelle, Schriftsteller oder Ärzte waren unter ihnen. Ab September 1936 wurde mit der Mobilisierung von Freiwilligen für den antifaschistischen Krieg in Spanien in vielen Ländern begonnen. Am 24.10.1936 wurde in Albacete die erste von insgesamt sechs Internationalen Brigaden aufgestellt, die dann am 1.11.36 als „XI. Brigada International" in die spanische Volksarmee eingegliedert wurde. In der XI. Thälmann Brigade kämpften Antifaschisten aus 24 Ländern, hauptsächlich Österreicher, Deutsche, Skandinavier, Holländer, Schweizer usw. (Siehe Franz Dahlem: „Aus der militärpolitischen Arbeit der XI. Internationalen Brigade", in: „Die Kommunistische Internationale", Zeitschrift des EKKI, Nr. 5, Mai 1938, S. 26) Ihr Gründungskommandeur war der Österreicher Manfred Stern (Deckname Emilio Kléber). Die XI. Brigade nahm unmittelbar nach ihrer Konstituierung Anfang November am Kampf um die Verteidigung Madrids teil, wo sie schon am 7.11.36 eintraf. Die „XII. Garibaldi-Brigade" wurde am 9. November 1938 gegründet. Die „XIII. Dombrowski-Brigade", in der neben Tschechen, Polen, Jugoslawen und Bulgaren die meisten von ca. 7000 jüdischen Interbrigadisten kämpften, wurde im August 1937 wegen der vielen im Kampf gefallenen Kämpfer aufgelöst. Am 22. Dezember 1936 wurde die „XIV. Brigade La Marseillaise" gegründet. Die „XV. Lincoln-Brigade" wurde im Juli 1937 aus Kanadiern, Amerikanern und Engländern zusammengestellt. Hinzu kam noch die 129. slawische Brigade, die als letzte im Februar 1938 gegründet wurde.

Neben den bewaffneten Kampfeinsätzen hatte die politische Schulung ein großes Gewicht. Von Anfang an gab es in den Internationalen Brigaden politische Versammlungen, in den Stellungen und den Schützengräben wurden Wandzeitungen ausgehängt. Durch das Wirken der Politkommissare wurde die bewußte antifaschistische Einheit im Kampf gegen den Faschismus ständig gestärkt, die Arbeit der Politkommissare bedeutete eine gewaltige politisch-militärische Erziehung im Geiste des Internationalismus.

Täglich wurden von den Brigadisten Zeitungen und Bulletins in 12 Sprachen herausgebracht, auf Spanisch, Französisch, Englisch, Deutsch, Italienisch, Polnisch, Ungarisch, Holländisch, Norwegisch und Jugoslawisch. (Siehe: „Un año de las brigadas internacionales", Barcelona 1937, S. 51) Nachrichten vom Verlauf des Kampfes und aus aller Welt wurden verbreitet.

Die Internationalen Brigaden zeichneten sich im spanischen Bürgerkrieg allerdings nicht nur durch ihren opferbereiten Kampf für die Sache der Völker Spaniens, für die Freiheit aus, sie zeigten ihre internationalistische Haltung auch bei ihrer Hilfe für die Bauern bei der Einbringung der Ernte, bei der Gründung von Elementarschulen für Kinder.

Die Teilnahme der Interbrigaden am Kampf wurde im September 1938 in der Hauptsache eingestellt durch die Ankündigung des Präsidenten Negrin für den sofortigen Rückzug der Interbrigaden vor dem Völkerbund. Im Herbst 1938 wurden die Interbrigaden aufgelöst. Diejenigen Kämpferinnen und Kämpfer, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren konnten, wie z. B. Franzosen, Engländer, Amerikaner, kehrten nach Hause zurück. Frankreich ließ aber nur passieren, wer legal zurückkehren konnte. Die restlichen Antifaschisten wurden nur in wenigen Ländern, vor allem in der Sowjetunion aber auch in Mexiko aufgenommen. Ca. 5000 Interbrigadisten, meist aus Ländern, in die sie nicht zurück konnten, Italiener, Österreicher, Polen und Deutsche – unter ihnen viele Jüdinnen und Juden – blieben in Spanien und meldeten sich freiwillig, um die Flucht der Zivilbevölkerung nach Frankreich zu decken. Ende Januar zog sich dann der Rest der Interbrigaden über die Pyrenäengrenze zurück und wurde in französische Internierungslager gesperrt.

Über 20 000 Interbrigadisten, darunter ca. 3000 Genossinnen und Genossen aus Deutschland, starben im spanischen Bürgerkrieg. Für die überlebenden Internationalisten war beim Jahreswechsel 1938/39 zwar die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg beendet, aber nicht der Kampf gegen den Faschismus. Viele Interbrigadisten kämpften in den Reihen der Sowjetarmee, in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition, der Resistance oder anderen Widerstandsgruppen und Partisaneneinheiten der verschiedenen Länder und nicht zuletzt selbst in den KZs und Vernichtungslagern Nazi-Deutschlands weiter.

Nach Angaben des Hilfskomitees für die Kriegsgefangenen blieben nach 1939 noch 500 Internationalisten in den Franco-Gefängnissen. Amerikaner, Schweden, Dänen, Italiener, Polen Tschechen, Jugoslawen usw. Sie alle wurden erschossen, die deutschen Genossinnen und Genossen jedoch an Nazi-Deutschland ausgeliefert.

Aus dem Nachruf des ZK der KPD zum Tode des Genossen Hans Beimler

„... Mit tiefem Schmerz haben wir die Kunde erhalten, daß unser Hans Beimler im Kampf vor Madrid gefallen ist. Die KPD senkt ihre Fahnen vor diesem tapferen kommunistischen Führer, dessen ganzes Leben der großen Sache des deutschen und internationalen Freiheitskampfes gewidmet war. Hans Beimler war Führer der bayrischen Kommunisten aus München, der Hochburg des deutschen Faschismus. Von der ersten Minute seiner kühnen Flucht aus der Mordhölle von Dachau ab stand er wieder in der ersten Reihe des Kampfes gegen das Hitlerregime. Als erfahrenen revolutionären Kämpfer sandte ihn die Partei sofort nach dem faschistischen Aufstand als Vertreter des ZK der KPD nach Spanien, um an der Organisierung des Verteidigungskampfes mitzuhelfen.

Die Partei senkt ihre Fahnen vor all den anderen Helden, die ihr Blut und Leben zur Verteidigung Madrids gegen den Faschismus geopfert haben.

Höher die Fahnen!
Alles für den Sieg des Freiheitskampfes des spanischen Volkes!
Alles für die Niederlage Francos!
Alles für die Niederlage Hitlers in Spanien wie in Deutschland!
Vorwärts im Sinne Ernst Thälmanns!"

3. Dezember 1936
(Zitiert aus: „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands", Berlin 1955, S. 390)

Kämpfer der Volksarmee und Interbrigadisten am Sarg von Hans Beimler

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

PRESSESPIEGEL

des BUCHLADEN DIMITROFF

*** Aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch - demokratischen Presse ***

Seit Juni 1995 sind 8 Ausgaben erschienen

PRESSESPIEGEL
NR.3/96 (7) **01.06.96 - 31.07.96**

Faksimile

aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch - demokratischen Presse

★ **Die Machenschaften des deutschen Geheimdienstes im Nahen Osten** S.12

★ **Brutale Serie von nazifaschistischen Überfällen in Brandenburg (Mahlow) und Mecklenburg - Vorpommern** S.20-S.23 und S.26-S.27

★ ***Safwan Eid endlich freigelassen - Die rassistischen Ermittlungen halten unvermindert an - Deutsche Justiz eröffnet den Prozeß gegen Safwan*** S.30-S.32

★ **Zehn Wochen Hungerstreik der revolutionären und demokratischen Gefangenen in den Gefängnissen des türkischen Staates** S.75

★ **Revolutionäre Volksarmee (ERP) erklärt dem mexikanischen Staat den Krieg** S.85

ZUSAMMENGESTELLT von
BUCHLADEN
GEORGI DIMITROFF
Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Erschienen im November 1996

PRESSESPIEGEL
NR.2/95 **31.07.95**

Faksimile

aus der bürgerlichen, opportunistischen und antifaschistisch - demokratischen Presse

Themen u.a.
★ Zehntausend politische Gefangene in der Türkei im Hungerstreik. **S.3**
★ Der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung läßt sich nicht unterdrücken, nicht in Turkisch-Kurdistan und nicht in Deutschland. Überblick auf den Seiten **3-13**
★ Bundestag beschließt direkten Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien. Ein neues Kapitel der blutigen Geschichte des deutschen Imperialismus hat begonnen. Überblick auf den Seiten **15-20**
★ Deutsche Truppen auf dem Balkan - Orginaldokumente des bestialischen Terrors der nazifaschistischen deutschen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg. **S. 22-S.23**
★ BKA versucht nazifaschistische und rassistische Morde herunterzuspielen und zu vertuschen. **S.34**
★ Abschiebung von *40000 Vietnamesen vereinbart.* **S.46**
★ Ausnahmezustand und Kämpfe in Mexiko. Überblick auf den Seiten **88-91**

ZUSAMMENGESTELLT von
BUCHLADEN
☆**GEORGI DIMITROFF**☆
Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

Juli 1995 10.- DM

Bestellungen, Abonnements an:
Buchladen Dimitroff , Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main

Bulletin

zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Seit 1991 erscheint vierteljährlich das "Bulletin - zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder", in dem die monatlichen Flugblätter von "Gegen die Strömung" in Auszügen zitiert und zusammengefaßt werden.

Es erscheint regelmäßig in türkischer, französischer, englischer, spanischer und italienischer Sprache.

Buchladen Georgi Dimitroff

... hier gibt es:

- ☞ **Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale in verschiedenen Sprachen**
- ☞ **Proletarisch-revolutionäre Romane**
- ☞ **Antifaschistische und antiimperialistische Literatur**
- ☞ **Materialien zum Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, deutschen Chauvinismus und Nationalismus**
- ☞ **Materialien zu revolutionären Bewegungen in anderen Ländern**
- ☞ **Literatur und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zum deutschen Imperialismus**
- ☞ **die monatlichen Flugblätter von "Gegen die Strömung" zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus**
- ☞ **die vierteljährlich herausgegebenen "Bulletins - zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder"; erscheint regelmäßig auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch und Italienisch**
- ☞ **"Rot Front", die halbjährlich von "Gegen die Strömung" herausgegebene "Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus"**
- ☞ **weitere Publikationen von "Gegen die Strömung"**
- ☞ **Gelegenheit zu diskutieren**

... und vieles andere mehr!

ÖFFNUNGSZEITEN:
Mittwoch bis Freitag 16.30 - 18.30 Uhr, Samstag 10 - 13 Uhr, Montag/Dienstag geschlossen

Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/M. (Telefax: 069 - 73 09 20)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin